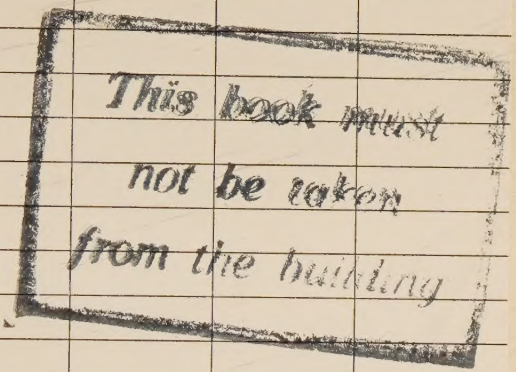
v.27 pt.2 JACKSON LIBRARY-UNCG
3 0510 0278461.

The Woman's College of
University of North Carolina

The LIBRARY

G940.28
G376
v.27
pt.2

Date Due



PRINTED IN U. S. A.

Digitized by the Internet Archive
in 2025

https://archive.org/details/part2greatpoliti0027joha

Die

Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871—1914

Herausgegeben
im Auftrage des Auswärtigen Amtes

D
394
G4
v.27
pt. 2

Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871–1914

Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes

Im Auftrage des Auswärtigen Amtes

herausgegeben von

Johannes Lepsius
Albrecht Mendelssohn Bartholdy
Friedrich Thimme

Germany. Auswärtiges amt.

1 9 2 5

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK
UND GESCHICHTE M.B.H. IN BERLIN W 8

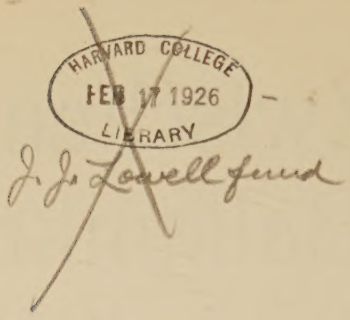
27. Band:

Zwischen den Balkankrisen 1909–1911

Zweite Hälfte

1 9 2 5

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK UND GESCHICHTE M. B. H. IN BERLIN W 8



1. Auflage

Alle Rechte, besonders das der Übersetzung, vorbehalten / Für Rußland auf Grund der deutsch-russischen Übereinkunft / Amerikanisches Copyright 1925 by Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H. in Berlin W 8, Unter den Linden 17/18 / Amerikanische Schutzzollformel: Made in Germany / Gesetzt und gedruckt in der Roßberg'schen Buchdruckerei in Leipzig

G940.28
G37g
v.27
pt. 2

Inhaltsübersicht des siebenundzwanzigsten Bandes (2. Hälfte)

KAPITEL CCXV

Die Wiederanknüpfung „normaler" Beziehungen zwischen Rußland und Österreich-Ungarn 433
Anhang:
A. Akademische Erörterungen über eine Verständigung zwischen Rußland und Österreich-Ungarn mit deutschfeindlicher Spitze 519
B. Russische Manöverparole: Krieg gegen Deutschland und Schweden 539

KAPITEL CCXVI

Die Bagdadbahn und das Deutsch-Englische Verhältnis 557
Anhang: Türkische Anleihe in Deutschland und Österreich. 1910 . 691

KAPITEL CCXVII

Die Persische Frage und die Großmächte 719

KAPITEL CCXVIII

Die „Potsdamer Abmachungen" 825

KAPITEL CCXIX

Das Deutsch-Russische Abkommen über Persien und die Bagdadbahn vom 19. August 1911 903

Ein Namenverzeichnis für die Bände XXVI—XXXVII erscheint am Schlusse des XXXVII. Bandes; ein ausführliches Namen- und Sachverzeichnis zum Schlusse des gesamten Werkes

102553

Kapitel CCXV

Die Wiederanknüpfung „normaler“ Beziehungen zwischen Rußland und Österreich-Ungarn

Nr. 9892

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Entzifferung

Nr. 341 Wien, den 27. Oktober 1909

Graf von Aehrenthal erzählte mir heute in etwas ironischem Ton, der sonst so vernünftige Herzog von Avarna habe ihm neulich eine Bemerkung gemacht, der er sofort und sehr bestimmt entgegenzutreten sich genötigt gesehen hätte. Der Botschafter habe — als Sprachrohr seines Ministers — gesagt: „Herr Tittoni pourra jouer maintenant — après l'entrevue de Racconigi* — un rôle très important en cherchant de réconcilier l'Autriche-Hongrie avec la Russie“[1]. Er, Graf von Aehrenthal, sei dem Botschafter darauf sofort ins Wort gefallen und habe ihm vorgehalten, daß von einer Rekonziliation zwischen Österreich und Rußland schon um deswillen keine Rede sein kann, weil eine Divergenz der Politik in sachlicher Beziehung nicht bestehe. Rußland habe die Erhaltung des Status quo am Balkan und die Nichtintervention im Falle von Unruhen als die Grundsätze bezeichnet, die für seine Politik maßgebend seien; und das Programm Österreich-Ungarns sei hiermit vollkommen identisch. Bleibe also nur die brouille personnelle übrig zwischen Iswolsky und ihm. Er habe aber keinen Anlaß, die Intervention eines Dritten zur Beilegung dieser brouille nachzusuchen. Für mich fügte Graf von Aehrenthal noch hinzu: „Und dann würde ich mich jedenfalls nicht an Tittoni wenden.“

Tschirschky

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] ! Aha!

* Vgl. dazu Kap. CCXIV.

Nr. 9893

Der österreich-ungarische Minister des Äußern Graf von Aehrenthal an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Eigenhändiger Privatbrief

Wien, den 24. November 1909

Ich danke herzlichst für die große Liebenswürdigkeit, die Ihrem Schreiben vom 15. d. Mts.* zugrunde gelegen ist. Es war mir in der Tat überaus wertvoll, von Ihnen direkt eine Mitteilung über die mit Erzherzog Franz Ferdinand geführten Gespräche** zu erhalten und zu hören, daß Euer Exzellenz aus dem Munde des Erzherzogs neuerdings die Übereinstimmung in allen Fragen der auswärtigen Politik Österreich-Ungarns und Deutschlands vernommen haben. Meinerseits eile ich Ihnen zu sagen, daß Seine Kaiserliche Hoheit ganz entzückt von dem so herzlichen Empfange zurückgekehrt, der ihm und seiner Gemahlin seitens Ihres allergnädigsten Herrn und der Kaiserin zuteil wurde. — Der Herr Erzherzog war ferner sehr erfreut, Euer Exzellenz Bekanntschaft gemacht und die Gelegenheit gehabt zu haben, mit Ihnen einen politischen Gedankenaustausch zu pflegen. —

Ich bin sehr dankbar, daß Sie, als im Gespräche mit dem Herrn Erzherzog Racconigi berührt wurde, eine ruhige Note anschlugen. Auch ich beurteile den seit einiger Zeit zwischen Rom und St. Petersburg begonnenen Flirt — was die nähere Zukunft anbetrifft — ohne Beunruhigung. Tittoni will als echter Sohn seines Landes womöglich nach allen Seiten hin politische Geschäfte entrieren zu dem Zwecke, Italiens Stellung unter den Mächten zu einer tonangebenden, womöglich entscheidenden zu gestalten. Sein Traum ist, den Vermittler zwischen Österreich-Ungarn und Rußland zu spielen. In dieser Richtung bewegten sich seine Gespräche mit der russischen Diplomatie, sei es vor, sei es in Racconigi selbst. Denselben Zweck verfolgen die mit uns dem Abschlusse nahestehenden Verhandlungen hinsichtlich der Interpretation des Artikels VII des Dreibundvertrages***. — Tittoni spricht es offen aus, daß er mit der Zeit zu einem accord à trois zwischen Österreich-Ungarn, Italien und Rußland gelangen möchte — ein accord, welcher sich vielleicht in der Einbildungskraft des geschäftigen Kollegen zu einer Desinteressementserklärung aller Mächte in Ansehung der Balkanhalbinsel verdichten sollte!!

Wie Sie durch Tschirschky wissen, sind wir über den Text der auszutauschenden Depeschen einig geworden. Ich habe es aber für notwendig befunden, vorher Tittoni darauf aufmerksam zu machen, daß sein Gedankenaustausch mit Iswolsky in Racconigi in betreff dessen, was nach

* Nicht bei den Akten.

** Erzherzog Franz Ferdinand war am 11. November 1909 mit seiner Gemahlin in Berlin zum Besuche des Kaiserhofes eingetroffen. Vgl. Kap. CCXII, Nr. 9783.

*** Vgl. dazu Kap. CCXIII.

dem Aufhören des Status quo in der Türkei zu geschehen hätte, eigentlich über unseren Bundesvertrag hinausgeht; in der Tat besteht zwischen Österreich-Ungarn und Italien nur eine uns beide bindende Desinteressementserklärung bezüglich Albaniens, und im übrigen stehen wir auf dem Standpunkte des Artikels VII unseres Vertrages. Aus begreiflichen Gründen erachte ich es jetzt nicht für geraten und auch nicht notwendig, den Boden dieser Bestimmungen zu verlassen. Wir hoffen ja, daß die Türkei sich erhält und tunlichst stärken wird; eine Konversation über die zukünftige Kleiderverteilung wäre zum mindesten überflüssig. —

Was Sie so freundlich waren über die deutsch-englischen Beziehungen* zu schreiben, hat mich lebhaft interessiert. Ich kann nur wiederholen, wie sehr es mich befriedigen würde, wenn die jetzt versöhnlichere Stimmung in England gegenüber Deutschland anhalten und mit der Zeit die Wege zu einem vertrauensvolleren Verhältnisse ebnen könnte. Ausgeschlossen erscheint mir eine Orientierung der englischen Politik in dieser Richtung nicht ganz; sie wäre dann aufzufassen als ein Teil des Ergebnisses der vorigjährigen Winterkrise. Gestatten Sie, daß ich in diesem Zusammenhange eine Stelle aus meinem Briefe vom 20. Februar d. Js.** an Fürst Bülow hier erwähne. Ich beglückwünschte Ihren Herrn Vorgänger zu dem gelungenen Besuch König Eduards in Berlin und fuhr dann fort: „Die Herzlichkeit, mit welcher englischerseits das deutsch-französische Übereinkommen (über Marokko) aufgenommen worden ist, ist gewiß symptomatisch und bestärkt mich in der Auffassung, daß in der englischen Politik ein Wandel wahrzunehmen sei. Die praktischen Engländer haben eben erkannt, daß eine Politik gegen Deutschland und Österreich-Ungarn eine Unmöglichkeit ist, und schicken sich an, mit dem festen Block in Mitteleuropa zu rechnen. Diese bessere Einsicht kann von Deutschlands und von unserem Standpunkte nur mit aufrichtiger Befriedigung begrüßt werden.“ —

Es ist klar, daß die versöhnlichere Stimmung in London zum Teil auf die häuslichen Sorgen und die indischen Schwierigkeiten zurückzuführen ist. Vorderhand bleibt abzuwarten, welche politische Partei durch die bevorstehenden Wahlen ans Ruder gelangt. —

Mein Bestreben geht dahin, mit der Türkei auf gutem und freundschaftlichem Fuße zu bleiben, ein engeres Band jedoch, wenigstens vorläufig, nicht ins Auge zu fassen***. — Ich teile durchaus Ihre Meinung, daß eine weitere Konsolidation des neuen Regimes abgewartet werden muß, bevor es möglich sein wird, dem Projekte einer engeren Verbindung mit der Türkei näher zu treten. Osman Nisami Pascha hat mich auf der Rückreise nach Berlin aufgesucht und seinen Lieblingsgedanken mitgeteilt. — Er sprach aber nicht von einer Militärkonvention, sondern von einer Entente zwischen Österreich-Ungarn, der Türkei und Rumänien zu dem Ende, die Balkanstaaten im Zaume zu halten. Ich habe den Gedanken

* Vgl. dazu Bd. XXVIII, Kap. CCXXIII.
** Siehe Bd. XXVI, Kap. CCIII, Nr. 9386.
*** Vgl. dazu Kap. CCXII, Nr. 9781.

nicht a limine abgewiesen, denselben akademisch aber in durchaus sympathischer Weise besprochen, das Hauptgewicht darauf legend, daß die Türkei Zeit haben müsse, sich zu sammeln und zu stärken. Eine solche Politik der Sammlung erheische aber zunächst ein gutes Verhältnis mit allen Mächten, die übrigens im Interesse der Erhaltung des Friedens im nahen Orient den Erfolg des Konsolidierungsprozesses in der Türkei wünschen müßten. Eine aktuelle Bedeutung besitze die angeregte entente à trois somit noch nicht, was aber nicht ausschließe, daß eine solche Entente eines Tages im Interesse des Status quo notwendig werden könnte. Osman Nisami Pascha schien mit dieser Antwort ganz zufrieden zu sein. —

Mit besonderem Vergnügen sehe ich der Zeit meines Besuches in Berlin entgegen*, dies schon aus dem Grunde, um den unserem persönlichen und amtlichen Vertrauensverhältnis entsprechenden intimen Gedankenaustausch fortstezen zu können. — Szögyényi hatte meiner Frau vorgeschlagen, mich nach Berlin zu begleiten. Ich sehe zu meiner Freude, daß Sie und Ihre verehrte Frau Gemahlin diesen Gedanken freundlich aufgenommen haben. Dies wird uns gewiß nur bestärken, das Vorhaben, wenn es die Umstände gestatten, zur Ausführung zu bringen. Jedenfalls werde ich mir gestatten, [mich] seinerzeit anzufragen, zu welchem Zeitpunkte Ihnen mein Eintreffen in Berlin passen könnte.

Aehrenthal

Nr. 9894

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 403
Vertraulich

Wien, den 22. Dezember 1909

Ein mir seit Jahren persönlich bekannter, zuverlässiger Gewährsmann machte mir dieser Tage Mitteilung über eine Unterredung, die er kürzlich mit dem hiesigen französischen Botschafter, Herrn Crozier, gehabt hat. Die Rede sei dabei unter anderm auch auf das derzeitige Verhältnis Österreichs zu Rußland gekommen, und Herr Crozier habe geäußert, der bestehende Zustand der Spannung sei höchst bedauerlich, und es müsse alles versucht werden, um eine Detente zu ermöglichen und eine solche wenigstens vorzubereiten. Allerdings sei, solange Herr Iswolsky als Minister fungiere, wenig zu machen, und man müsse sich außerdem vor Augen halten, daß auch nach dem eventuellen Rücktritt des derzeitigen russischen Ministers des Auswärtigen noch die ebenso bei Kaiser Nikolaus persönlich bestehende starke Verstimmung gegen Österreich zu überwinden sein würde. Übrigens könne man sich in Österreich damit trösten, daß sein

* Der Besuch Graf Aehrenthals in Berlin erfolgte erst vom 22. bis 24. Februar 1910. Vgl. Nr. 9916 und 9917.

Verbündeter, Deutschland, in Rußland nicht besser angeschrieben sei. Er könne versichern, daß in Rußland eine gleich starke Strömung gegen Deutschland wie gegen Österreich herrsche. Auf die Bemerkung meines Gewährsmanns, daß ihn diese Nachricht überrasche, und daß er einen Grund für die Gegnerschaft Rußlands gegenüber Deutschland nicht finden könne, das sich noch außerdem durch sein freundschaftliches Eingreifen im vergangenen Frühjahr* ein unbestreitbares Verdienst um Rußland erworben habe, habe der Botschafter erwidert: „Sie nennen das freundschaftliches Vorgehen, den Faustschlag, den Deutschland Rußland ins Gesicht versetzt hat?" Herr Crozier hat dann weiter noch ausgeführt, daß die „brutale" Handlungsweise, die Deutschland Rußland gegenüber anzuwenden für gut befunden habe, dauernden Groll in Petersburg zurückgelassen habe.

Im weiteren Verlaufe des Gesprächs wurden auch die österreichisch-italienischen Beziehungen berührt, und der französische Botschafter hat dabei unumwunden geäußert, man sehe es in Rußland mit Freuden, wenn zwischen Österreich und Italien Mißhelligkeiten entstünden.

Schließlich suchte Herr Crozier aus meinem Gewährsmann, der, wie allbekannt, enge Beziehungen zum Ballhausplatz unterhält, noch einiges darüber herauszubekommen, ob an den Gerüchten über eine Annäherung zwischen Österreich und Japan etwas Wahres sei. Mein Gewährsmann hat alle dahingehenden Nachrichten in das Gebiet der Fabel verwiesen, was Herrn Crozier aber nicht abhielt, darauf hinzuweisen, daß es doch für Österreich „recht angenehm" sein müsse, wenn Rußland in Ostasien beschäftigt werde.

Mein Gewährsmann fügte seinen Mitteilungen noch die allgemeine Bemerkung hinzu, es sei klar, daß der französische Botschafter die Darstellung des deutschen Vorgehens gegenüber Rußland wider besseres Wissen gegeben habe. Bis jetzt habe Herr Crozier sich hier in Wien jeder hetzerischen Tätigkeit enthalten, sein jüngstes Gespräch mit ihm lasse aber beinahe die Annahme zu, daß der Botschafter in Zukunft sich weniger Reserve aufzuerlegen gesonnen sei.

von Tschirschky

Nr. 9895

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 404 Wien, den 22. Dezember 1909

Von dem bekannten Gewährsmann habe ich nachstehenden interessanten Bericht über eine Unterredung mit dem zurzeit hier weilenden Wesselitzky** erhalten:

* Vgl. dazu Bd. XXVI, Kap. CCIV.
** Vgl. über Wesselitzky Bd. XXV, Kap. CLXXXIX, Nr. 8801, Fußnote.

Wesselitzky aus London ist seit mehr als 14 Tagen hier und hat mich bis heute so stark okkupiert, daß ich erst jetzt die erforderliche Muße habe, einen vorläufigen Bericht über diese Begegnung zu erstatten. Ich konnte mich ihm nicht entziehen, da wir seit vollen 30 Jahren mit einander in Verbindung stehen und er sich mir stets als ein wertvoller Korrespondent erwiesen hat. Auch jetzt habe ich von ihm und von den Persönlichkeiten, mit denen ich bei ihm zusammenkam, eine solche Fülle von Informationen und Aufklärungen erhalten, daß ich sie in dem heutigen Berichte gar nicht zu erschöpfen imstande bin.

Als er mich nach seiner Ankunft zum ersten Male besuchte, sagte er mir: „Sie werden es kaum erraten, woher ich jetzt komme!" Und dabei zog er einen Brief in Oktavformat hervor, welcher den Aufdruck hatte: „Ministère des affaires étrangères — Cabinet de ministre" und in französischer Sprache eine liebenswürdige Einladung zu dem Grafen Aehrenthal enthielt*. Er sagte mir, er sei hierher gekommen, um sich zu informieren und die Situation an Ort und Stelle zu studieren. Von hier soll er nach Petersburg gehen, um dort einige öffentliche Vorträge über die englisch-russische Entente zu halten und das Terrain für die englischen Parlamentarier vorzubereiten, mit welchem der Londoner Besuch der russischen Dumadelegation erwidert werden soll. Er warte nur das Telegramm ab, das ihn nach Petersburg beruft. Obwohl er in Petersburg viele wichtige Geschäfte habe, gehe er doch in dieser Jahreszeit nicht sehr gerne dorthin, da ihn das rauhe Klima schrecke und er sich mit zwei kostbaren Pelzen ausstatten müsse, für die er in London gar keine Verwendung habe.

Falls er nicht nach Petersburg geht, wird er über Paris nach London zurückkehren und in Paris für einige Tage Aufenthalt nehmen, da er mit seinen dortigen Freunden viele ernste Angelegenheiten zu erörtern hat.

Vor allem beschäftigt ihn jetzt hier die Frage, ob es einen Plan gibt, und ob eine politische Formel ausgedacht werden kann, um Österreich-Ungarn von Deutschland zu trennen. Handle Österreich-Ungarn wirklich nur unter dem Drucke von Berlin, wenn es seine Offensive gegen den Balkan kehrt, und sind jene diplomatischen Berichte authentisch, welche zu erzählen wissen, daß der österreichische Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand ein begeisterter Anhänger des Kaisers Wilhelm ist?

Graf Aehrenthal bestreitet mit der größten Entschiedenheit, daß er unter deutschem Einflusse steht, und hat ihm ganz direkt erklärt: „Fürst Bülow war niemals in der Lage, mich zu beeinflussen oder mich gar in sein Schlepptau zu nehmen!" Trotzdem sei es ihm aus bester Quelle bekannt, daß der deutsche Botschafter in Petersburg unmittelbar vor der Annexion[1] einen Schritt unternahm und Herrn Iswolsky mit der Eröffnung überraschte, daß Österreich-Ungarn entschlossen sei, falls man in Belgrad den Widerstand nicht aufgebe, „d'envahir la Serbie", und daß Deutschland vertrags-

* Über das Interview, das Graf Aehrenthal Wesselitzky bei dessen Aufenthalt in Wien gewährte, vgl. Nr. 9898.

mäßig gebunden sei, die österreichische Aktion zu unterstützen[2]*. Daraufhin sei Rußland zurückgewichen. Was hätte es auch anderes tun können? Frankreich und England waren allerdings aktionsbereit — aber Rußland selbst war es nicht.

Will vielleicht Österreich-Ungarn jetzt weitergehen, und läßt der Prozeß, der jetzt vor der Wiener Jury sich abspielt**, die Deutung zu, daß ein Coup gegen Serbien vorbereitet wird? Graf Aehrenthal versichert ihn zwar, daß ihm der Prozeß gerade jetzt höchst unbequem ist, wo er sich angeschickt hat, bessere Beziehungen auf der ganzen Linie einzuleiten. Aber sind es nicht andere und mächtigere Einflüsse, die nach dieser Richtung drängen? Sind es nicht die hohen militärischen und klerikalen Kreise, die hier die Hand im Spiele haben? Über die Tatsache kommt man nicht hinweg, daß die Annexion in der Weise eingeleitet wurde, daß Deutschland sie unter seinen militärischen Schutz stellte[3]. Der Hinweis auf den Bündnisvertrag sagte mit anderen Worten: „Wenn Rußland eine militärische Diversion in Galizien machen wollte, müßte Deutschland Polen besetzen!" Dieser Wink mit dem Zaunpfahl war ja viel zu deutlich, um nicht nach seinem wahren Sinne verstanden zu werden[4]. Und darin liegt auch die Erklärung dafür, weshalb allgemein die Auffassung besteht, daß Österreich-Ungarn unter dem Einflusse und dem Drucke Deutschlands handelt. Und welche Kompensationen wird dieses alsdann hierfür für sich fordern, und wird es alsdann nicht auf Böhmen seine eiserne Hand legen wollen?

Aus den Worten des Grafen Aehrenthal glaube er herausgehört zu haben, daß er dem deutschen Einflusse und Drucke nur deshalb erliegt, weil er nach keiner anderen Seite eine Anlehnung findet.

Es sei daher wohl zu begreifen, daß er jetzt nach der Annexion eine solche Anlehnung zu finden bestrebt ist, und daß er bessere Beziehungen nach allen jenen Richtungen herzustellen sucht, wo sie durch die Annexion gestört worden sind.

Hierher gehören insbesondere auch die Versuche des Grafen Aehrenthal, auf eigene Faust und nicht etwa unter dem Patronate Deutschlands in ein besseres Verhältnis zu Frankreich und England zu treten.

Um so mächtiger drängt sich angesichts aller dieser hier angedeuteten Umstände die Kapitalfrage in den Vordergrund, ob und wie es möglich wäre, Österreich-Ungarn von Deutschland zu trennen, und um so dank-

---

* Das ist eine ganz aus der Luft gegriffene Behauptung, für die sich in den Akten keinerlei Anhaltspunkt findet.

** Gemeint ist der sogenannte „Friedjungprozeß", der gerade am 22. Dezember ein unerwartet schnelles Ende fand, nachdem der Historiker Friedjung sich zu der Erklärung veranlaßt gesehen hatte, daß er sich auf bestimmte, inzwischen als Fälschung erwiesene Dokumente, die er als Beweise für die Anstiftung hochverräterischer Umtriebe der Leiter der serbisch-kroatischen Koalition durch die serbische Regierung herangezogen hatte, nicht mehr zu stützen vermöge. Vgl. zu dem Prozeß E. W. Seton-Watson, Die südslawische Frage im Habsburgerreiche, S. 242f.; Th. v. Sosnosky, Die Balkanpolitik Österreich-Ungarns seit 1866 II, S. 221ff.

barer ist die Aufgabe, die gesamte Situation aus diesem Gesichtswinkel zu studieren und zu prüfen.

Das sei gewiß, daß Deutschland allein für sich viel zu schwach ist, um seine dominierende Stellung zu behaupten. Der Ruhm seiner Siege von 1870 imponiert wohl noch immer, doch reicht er nicht hin, um die Hegemonie in Europa zu behaupten. Auch die siegreichen napoleonischen Heere sind schließlich geschlagen worden.

Die englischen Staatsmänner sind sich dessen bewußt, daß sie an der traditionellen Politik ihres Landes festhalten müssen, die Unabhängigkeit der europäischen Völker gegen jede Vergewaltigung durch die Hegemonie irgend eines einzelnen allzu mächtig gewordenen Staates zu verteidigen. Denn diese politische Tradition ist das eherne Piedestal, auf welchem die Größe und das Ansehen der britischen Nation ruhen.

von Tschirschky

Randbemerkungen Freiherrn von Schoens:

[1] Hier nichts davon bekannt. Iswolsky war gar nicht in Petersburg

[2] unwahr

[3] wir haben erst nach dem fait accompli Stellung genommen

[4] wir haben nur gesagt, wir ließen, wenn Rußland nicht einlenkt, „den Dingen ihren Lauf"

Nr. 9896

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 457
Vertraulich

St. Petersburg, den 27. Dezember 1909

Die erste Unterredung, die der österreichisch-ungarische Botschafter Graf Berchtold nach seiner Rückkehr von Urlaub mit Herrn Iswolsky gehabt hat, ist äußerst kühl verlaufen und hat die seit dem Erscheinen des bekannten Artikels der „Fortnightly Review"* zwischen dem Minister und der hiesigen österreichisch-ungarischen Vertretung bestehenden

---

* Vgl. dazu Bd. XXVI, Kap. CXCIII, Nr. 8930, Fußnote. Der im Novemberheft der „Fortnightly Review" erschienene Artikel „M. Iswolsky and Count von Aehrenthal", eine Erwiderung auf einen im Septemberheft derselben Zeitschrift veröffentlichten, auf Iswolsky zurückgehenden Artikel „Baron Aehrenthal and M. Iswolsky: Diplomatic Enigmas", war nach russischer Auffassung gelegentlich eines Besuchs, den der englische Journalist Dillon im Sommer 1909 in Buchlau, dem Gute Graf Berchtolds, gemacht hatte, inspiriert worden. Das war insofern nicht richtig, als Graf Berchtold bei der Entstehung des Dillonschen Aufsatzes, der in der Tat von Aehrenthal veranlaßt war, nur eine ganz nebensächliche Rolle spielte. Näheres darüber in den Erinnerungen des im obigen Schriftstück erwähnten österreich-ungarischen Botschaftsrats in Petersburg Baron J. v. Szilassy, Der Untergang der Donau-Monarchie, S. 194ff.

einigermaßen gespannten Beziehungen nicht verbessert. Graf Berchtold, welcher schon vor seiner Rückkehr auf eine Anfrage des Herrn Iswolsky hin erklärt hatte, daß er mit dem erwähnten Artikel nichts zu tun habe, hatte die jedenfalls von versöhnlichem Geiste zeugende Absicht, die Rede auf die fragliche Angelegenheit zu bringen und dem Minister im Laufe des Gesprächs in ruhiger und freundlicher Weise zu sagen, daß er das Erscheinen jenes Artikels unmittelbar nach dem Besuche des Herrn Dillon in Buchlau sowie die daran geknüpften Kombinationen bedauere, aber sich nur auf seine Erklärung, daß er dem Artikel gänzlich fernstehe, berufen könne.

Bei den ersten Worten, welche der Botschafter aussprach, um zu diesem Thema überzugehen, unterbrach ihn Herr Iswolsky ziemlich barsch, indem er eine Bemerkung über „imprudences vis-à-vis de journalistes" hinwarf und hinzufügte, es sei wohl besser, über die Frage nicht mehr zu sprechen. Der Botschafter, welcher einen Ausbruch der Leidenschaft des Herrn Iswolsky befürchtete und eine unangenehme Szene vermeiden wollte, ließ darauf das Thema fallen und verabschiedete sich. Das Benehmen des Ministers war dabei ein so wenig verbindliches, daß er den Botschafter nicht einmal, wie es sonst seine Gewohnheit ist, bis zur Tür begleitete.

Zufällig sah ich Herrn Iswolsky unmittelbar nach dieser Unterredung. Der Minister befand sich in hochgradiger Erregung und beklagte sich mir gegenüber, daß mein österreichisch-ungarischer Kollege es nicht einmal für gut gefunden habe, ihm ein Wort über den bedauerlichen Zwischenfall des Besuches von Dillon in Buchlau und des kurz darauf erschienenen Artikels der „Fortnightly Review" zu sagen[1]. Er habe ein Recht, von dem Grafen Berchtold zu verlangen, daß dieser nachträglich noch eine Erklärung in dem Sinne abgebe, Mr. Dillon habe, indem er den Artikel schrieb, seine Gastfreundschaft mißbraucht.

Ich gab dem Minister, indem ich schweigend zuhörte, deutlich zu verstehen, daß ich in die Sache nicht hineingezogen zu werden wünschte, und beschränkte mich auf die Bemerkung, ich hätte angenommen, daß die Angelegenheit durch die Erklärung des Grafen Berchtold endgiltig erledigt sei. Meinem österreichisch-ungarischen Kollegen teilte ich dann ganz vertraulich zu seiner Information die von Herrn Iswolsky mir gegenüber getanen Äußerungen mit.

Graf Berchtold ließ darauf über eine Woche vergehen, ohne wieder zum Minister zu gehen, und erledigte die ihm zugegangenen Aufträge auf schriftlichem Wege.

Inzwischen erfuhren die Mitglieder der österreichisch-ungarischen Botschaft, daß Herr Iswolsky in verschiedenen Salons gegen den Grafen Berchtold hetze, und es mehrten sich die Anzeichen, daß der Minister dem Botschafter sein Verbleiben hier unmöglich zu machen suche. Auch in der hiesigen Presse erschienen Notizen, daß ein Wechsel in der hiesigen österreichisch-ungarischen Vertretung bevorstehe[2].

Vor zwei Tagen erschien dann ein Journalist beim österreichisch-

ungarischen Botschafter, brachte das Gespräch auf dessen Verhältnis zu Herrn Iswolsky und legte ihm nahe, durch eine nochmalige Erklärung festzustellen, daß der Artikel der „Fortnightly Review" große Unrichtigkeiten enthalte. Er rechtfertigte diese Anregung, indem er sich darauf berief, daß er von Herrn Iswolsky zu derselben ermächtigt worden sei[3].

Nunmehr schickte Graf Berchtold seinen Botschaftsrat, Herrn von Szilassy, zu dem Gehilfen des Herrn Iswolsky, Herrn Sasonow, um diesem das Befremden des Botschafters über den ungewöhnlichen Schritt durch Vermittelung eines Journalisten auszudrücken. Herr von Szilassy erklärte zugleich Herrn Sasonow, der Botschafter sei mit den versöhnlichsten Absichten hierher zurückgekehrt und habe sich mit Herrn Iswolsky über die fragliche Angelegenheit in aller Ruhe freundschaftlich aussprechen wollen. Wenn es zu einer solchen Aussprache nicht gekommen sei, so sei daran allein die ablehnende Haltung des Herrn Iswolsky schuld. Graf Berchtold sei zu einer solchen Aussprache noch heute bereit, wenn ihm Garantien dafür geboten würden, daß Herr Iswolsky dabei ihm diejenige Behandlung zuteil werden lasse, auf die er als Botschafter Anspruch habe. Was aber weitere Erklärungen über den Zwischenfall Dillon betreffe, so habe der Botschafter das, was er zu erklären habe, bereits gesagt und werde sich auf keinerlei ergänzende Erklärungen einlassen. Der Botschaftsrat hat dabei deutlich durchblicken lassen, daß Graf Berchtold nicht die Absicht habe, sich zum zweiten Male eine Behandlung wie neulich gefallen zu lassen, vielmehr fest entschlossen sei, falls Herr Iswolsky noch mehr von ihm verlange oder er den Eindruck gewinnen sollte, daß hier eine Kampagne gegen ihn gemacht würde, sofort nach Wien zu reisen. Für die Verschärfung, welche ein solcher Schritt in den Beziehungen zwischen dem hiesigen und dem Wiener Kabinett herbeiführen würde, und für die weiteren sich aus einer solchen Verschärfung ergebenden Folgen werde Herr Iswolsky die Verantwortung tragen*.

Die Demarche des Herrn von Szilassy bei Herrn Sasonow ist bei diesem auf durchaus günstigen Boden gefallen. Der Ministergehilfe hat für den von dem österreichisch-ungarischen Botschaftsrat entwickelten Standpunkt des Grafen Berchtold Verständnis gezeigt, hat das Verhalten des Herrn Iswolsky durch dessen Nervosität zu entschuldigen gesucht und sich bereit erklärt, im Sinne einer Beilegung des Zwischenfalles zu wirken. Herr Sasonow hat dabei seiner Überzeugung Ausdruck gegeben, daß Herr Iswolsky, selbst von versöhnlichen Absichten geleitet, gern jeden Weg zur Beilegung des Zwischenfalls betreten werde.

In den nächsten Tagen ist also eine neue Aussprache zwischen dem Minister und dem Botschafter zu erwarten, und es ist Aussicht vorhanden, daß diese Aussprache zur Wiederanknüpfung normaler Beziehungen zwischen ihm und Herrn Iswolsky führt. Nur ist zu hoffen, daß mein österreichisch-ungarischer Kollege, der für Situationen wie die vorliegende

* Vgl. auch J. v. Szilassy, Der Untergang der Donau-Monarchie, S. 196f.

einen zu weichen und sensitiven Charakter hat, bei der bevorstehenden Unterredung die nötige Festigkeit zeigt und seine Konversation mit dem Minister auf denselben Ton stimmt, den Herr von Szilassy dem Herrn Sasonow gegenüber angeschlagen hat.

F. Pourtalès

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] ! Er hat es ja versucht, Iswolski ihn gehindert!
[2] !
[3] !!

Nr. 9897

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 18 St. Petersburg, den 20. Januar 1910

Nachdem, wie ich Euerer Exzellenz zu melden die Ehre hatte, die erste Begegnung meines österreichisch-ungarischen Kollegen mit Herrn Iswolsky nach seiner Rückkehr vom Urlaub keinen günstigen Verlauf genommen und Graf Berchtold infolgedessen während einiger Zeit den direkten Verkehr mit dem Minister gemieden hatte, fand in der vorigen Woche zum ersten Male wieder eine Unterredung zwischen beiden Herren statt, zu welcher Herr Sasonow die Wege geebnet hatte. Graf Berchtold fand dabei, wie er mir erzählte, beim Minister eine entschieden veränderte Haltung vor. Zwar wurde in der Unterredung zunächst wieder die Veröffentlichung der „Fortnightly Review" berührt, doch beschränkte sich Herr Iswolsky auf die Bemerkung, daß er nach dem, was vorgefallen sei, eine Berichtigung der in der gedachten Veröffentlichung enthaltenen Irrtümer wohl erwarten könnte. Der Minister insistierte jedoch nicht besonders auf diesen Punkt und verzichtete auch auf sein früheres Verlangen, daß der Botschafter den Verfasser der Veröffentlichung, Mr. Dillon, öffentlich desavouieren solle.

Herr Iswolsky ist dann auf die österreichisch-russischen Beziehungen im allgemeinen übergegangen. Er hat dabei sein Bedauern über die verloren gegangene Fühlung zwischen den Kabinetten von St. Petersburg und Wien ausgesprochen und auf die in diesem Mangel an Fühlung liegende Gefahr für den Fall des Eintritts von Komplikationen im Orient hingewiesen. Graf Berchtold ist auf den versöhnlichen Ton des Ministers eingegangen und hat sich bereit erklärt, im Sinne einer Wiederannäherung zwischen beiden Kabinetten in Wien zu wirken.

Herr Iswolsky, welcher auch mir schon neulich über die verloren gegangene Fühlung mit Wien geklagt hatte, kam mir gegenüber gestern wieder auf dieses Thema zurück. Er erzählte mir den Verlauf seiner Unterredung mit Graf Berchtold und fügte ausdrücklich hinzu, daß er

Wert darauf lege, mich in dieser Beziehung auf dem laufenden zu erhalten. Er las mir dann einen Privatbrief vor, den er an den russischen Geschäftsträger in Wien* gerichtet hatte, und welcher ein Resümee obiger Unterhaltung enthielt. Bemerkenswert in den gestrigen Äußerungen des Ministers war, daß er mehrere Male betonte, er wolle, obgleich er persönlich Grund genug habe, dem Grafen Aehrenthal zu grollen, das persönliche Moment nunmehr ganz ausschalten und um der Sache des Friedens willen versuchen, mit dem Wiener Kabinett wieder auf besseren Fuß zu gelangen. An Graf Aehrenthal sei es nun, ihm entgegenzukommen.

Die Sprache des Ministers war eine entschieden veränderte und trug einen milden resignierten Charakter. Noch vor kurzem klangen die Äußerungen des Herrn Iswolsky über die Politik des Wiener Kabinetts so scharf, daß ich nicht umhin konnte, die Ansichten der hiesigen österreichisch-ungarischen Botschaft über einen hier eingetretenen Stimmungswechsel zugunsten Österreich-Ungarns für zu optimistisch anzusehen. Meine gestrige Unterredung mit dem Minister hat jedoch bei mir den entschiedenen Eindruck erweckt, daß neuerdings tatsächlich hier der Wunsch besteht, in dem Verhalten Österreich-Ungarn gegenüber eine Änderung eintreten zu lassen. Der österreichisch-ungarische Militärattaché** will wissen, daß ein Immediatvortrag des Kriegsministers beim Kaiser viel dazu beigetragen hat, diesen Frontwechsel herbeizuführen. General Suchomlinow hätte dabei auf die bedrohte Stellung Rußlands im Fernen Osten hingewiesen und dem Kaiser mit Erfolg dargelegt, daß Rußland sich der Gefahr eines Krieges nach zwei Fronten nicht aussetzen dürfe***.

F. Pourtalès

---

* Sverwejew.

** Graf Spannocchi.

*** Nicht ohne Einwirkung auf die Stimmung am russischen Hofe scheint auch die Entsendung des Erzherzogs Friedrich zu den Beisetzungsfeierlichkeiten für den Ende 1909 verstorbenen Großfürsten Michael Nikolajewitsch geblieben zu sein. In einem Bericht des Militärbevollmächtigten von Hintze vom 6. Januar 1910 (Nr. B 146) heißt es darüber: „Vom österreichischen Militärattaché" — Graf Spannocchi — „höre ich, daß Seine Kaiserliche Hoheit Erzherzog Friedrich die Empfindung mitgenommen hat, absichtlich mit großer Auszeichnung behandelt worden zu sein; der Kaiser habe ihn am 23. Dezember 20 Minuten lang besucht, dabei viel von seiner Verehrung für Seine Majestät Kaiser Franz Joseph gesprochen und Erinnerungen an Mürzsteg wachgerufen. Der Erzherzog habe unter dem Eindruck gestanden, als ob sich eine Wandlung in der Haltung Rußlands — Österreich gegenüber — vollzöge. Der Graf Spannocchi ist ein verständiger Mann. Er hat dem Erzherzog auseinandergesetzt, daß nach seiner Kenntnis der russischen Psyche dergleichen Liebenswürdigkeiten nicht viel besagen, weil sie hier zu nichts verpflichten. Es ist ihm gelungen, den Erzherzog zu überzeugen; er hat ihm schließlich mit Handschlag versprochen, in Wien zwar seine guten Eindrücke zu schildern, aber zugleich vor Überschätzung zu warnen. — Ich kann dem österreichischen Militärattaché nur beipflichten. Kaiser Nikolaus hat zweifelsohne die besten Gesinnungen gegenüber Kaiser Franz Joseph; er würde auch wohl ganz gern mit Österreich auf dem Balkan Hand in Hand gehen. Und doch wird er seinem Minister der Auswärtigen Angelegenheiten in jedem Fall nachgeben, wo dieser ihm

Nr. 9898

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Botschafter in Wien von Tschirschky

Konzept

Nr. 100 Berlin, den 24. Januar 1910
Geheim

Herr von Wesselitzky hat, wie Ew. Exzellenz bekannt, in seinem Interview mit dem Grafen Aehrenthal* den Anschein zu erwecken versucht, als wüßte man in Wien von Versuchen der deutschen Diplomatie, auf die Leitung der österreichisch-ungarischen Politik einen dort unwillig empfundenen Druck auszuüben. Obgleich die Wesselitzkysche Verdrehung der Worte des Grafen Aehrenthal in der „Wiener Politischen Korrespondenz" offiziös zurückgewiesen worden ist, benutzen doch deutsche Blätter wie „Rheinisch-Westfälische Zeitung", „Hamburger Nach-

---

einen Schritt gegen Österreich vorschlägt. Bis zu dem Tage, wo solche oder ähnliche Schritte zu einer Katastrophe führen, die den Minister entweder ratlos dastehen läßt oder ihn zu Vorschlägen äußerster Art, zum Beispiel Mobilmachung, verführt. Dann, aber auch dann erst, sträubt sich Nikolaus II. und fragt nach einem anderen Ausweg. Was Österreich gegenüber gilt, mag mit gleichem Recht von dem Verhalten des Zaren anderen Staaten gegenüber gelten; mit einem Wort: Kaiser Nikolaus tut grundsätzlich das, was sein Minister des Äußern ihm vorschlägt, und tritt selbst erst in Aktion, wenn dieser nicht mehr aus noch ein weiß und Krieg an die Wand malt. Den will der Zar nicht; seine Politik ist: playing for time! Dabei erschüttern politische Mißerfolge die Stellung des Ministers wenig; Seine Majestät ist der Auslegung, daß sein Minister das Opfer listiger fremder Politiker geworden, leicht zugänglich, sogar geneigt, sich mit seinem Minister bei solchen Anlässen zu identifizieren. Bedenklich können aber dem Minister Entgleisungen persönlicher Art werden; eine solche schwebt zurzeit und hängt über Herrn Iswolsky; der Ausgang ist in diesen Tagen zu erwarten."

* Am 19. Januar hatte die „Nowoje Wremja" ein Interview ihres Londoner Korrespondenten Wesselitzky mit Graf Aehrenthal veröffentlicht. Danach sollte der österreichische Minister gesagt haben, er habe zwanzig Jahre seines Lebens der österreichisch-russischen Annäherung gewidmet; auch die bosnische Annexionskrise, die völlig fälschlich dem Einflusse Deutschlands zugeschrieben werde, habe darin keine Änderung hervorgerufen; Deutschland habe überhaupt keinerlei Einfluß auf die Angelegenheiten Österreich-Ungarns; ein solcher Einfluß könne allenfalls von Rußland ausgehen. Im weiteren Laufe seiner Äußerungen sprach Graf Aehrenthal die Hoffnung aus, daß die österreichisch-russischen Beziehungen sich wieder bessern würden; allerdings erfordere das Zeit. Ausdrücklich gelobte Graf Aehrenthal, daß in Zukunft von österreich-ungarischer Seite auf die Preßpolemik mit und gegen Iswolsky, die bei diesem so böses Blut verursacht hatte, nicht mehr zurückgekommen werden würde; auch ein neues Vordringen Österreich-Ungarns auf der Balkanhalbinsel sei weder in naher noch in entfernter Zukunft zu erwarten. Diese Äußerungen Graf Aehrenthals, die eine Hinwendung zu Rußland und ein Abrücken von dem deutschen Bundesgenossen anzudeuten schienen, gaben zu zahlreichen Presseerörterungen im Inlande und Auslande Veranlassung. Die offiziöse „Wiener Politische Korrespondenz" vom 20. Januar 1910 stellte die Authentizität des Interviews nicht in Abrede, wandte sich aber gegen die Deutung mancher Blätter, als ob Deutschland auf die österreichisch-ungarische Politik in den Balkanangelegenheiten Einfluß genommen hätte. Graf Aehrenthal selbst suchte

richten", „Reichsbote", diesen Vorfall in ihrer Ew. Exzellenz bekannten allgemeinen Kampagne gegen mich und den Staatssekretär von Schoen.

Der Pariser Korrespondent der „Nowoje Wremja" Schelking, der sich zurzeit in Berlin aufhält, sucht in hiesigen Journalistenkreisen allerlei gegen Deutschland gerichtete angebliche Äußerungen des Grafen Aehrenthal zu verbreiten. So legt er dem Grafen Aehrenthal unter anderem die Äußerung in den Mund, man behandele ihn von Berlin aus wie einen Angestellten Preußens.

Die Parallelität dieser in Wien und Berlin versuchten Hetzerei legt den Gedanken nahe, daß es sich hier nicht um einzelne zusammenhanglose Vorkommnisse, sondern um ein planmäßiges Vorgehen handelt, das dahin zielt, Österreich-Ungarn bei gleichzeitiger Annäherung an Rußland Deutschland zu entfremden.

Wir sind bemüht, dafür zu sorgen, daß die in Berlin unternommenen Versuche, Mißtrauen zu erregen, in der deutschen Presse keinen Boden fassen.

Ich bitte Euer pp., dem Grafen Aehrenthal baldmöglichst hiervon Kenntnis zu geben*.

v. Bethmann Hollweg

Nr. 9899

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Schoen

Eigenhändig

Berlin, den 24. Januar 1910

Ich habe den österreichisch-ungarischen Botschafter auf die Stimmen deutscher Blätter („Hamburger Nachrichten", „Rheinisch-Westfälische Zeitung", „Reichsbote") aufmerksam gemacht, welche die angebliche

sein Verhalten dem deutschen Bundesgenossen durch ein Schreiben an Botschafter von Szögyény, das dieser am 1. Februar im Auswärtigen Amt vorlas, plausibel zu machen. Es hieß darin: „er, Aehrenthal, habe sich diesen Journalisten ausgesucht, weil derselbe bekanntermaßen als der größte Feind einer russisch-österreichischen Entente gelte. Dadurch, daß er ihn empfangen, habe er in Rußland zeigen wollen, daß er einer Annäherung freundlich gegenüberstehe." Aufzeichnung Unterstaatssekretärs Stemrich vom 1. Februar 1910.

* Am 26. Januar berichtete Tschirschky (Nr. 43) kurz über die Ausführung des ihm erteilten Auftrags. Danach wäre auch Graf Aehrenthal der Ansicht gewesen, daß hier von verschiedenen Seiten eine Intrige eingefädelt sei, um Deutschland und Österreich auseinanderzubringen. Ähnlich hieß es in einem Telegramm Graf Aehrenthals an Botschafter von Szögyény, das dieser am 29. Januar im Auswärtigen Amt präsentierte: „Ich stimme mit dem Herrn Staatssekretär darin vollkommen überein, daß diese journalistische Hetze zu einer Verstimmung zwischen den Kabinetten von Wien und Berlin nicht den geringsten Anlaß geben könne. Es wäre traurig, wenn solche Dinge eine schädliche Rückwirkung auf unser vielfach in ernsten Zeiten glänzend erprobtes Bündnis ausüben könnten."

Äußerung Graf Aehrenthals zu Wesselitzky, „daß Deutschland keinen Einfluß auf Angelegenheiten Österreich-Ungarns nehmen könne, das könne höchstens Rußland", als ein Abschwenken der österreichisch-ungarischen Politik auffassen und zur Hetze gegen den Herrn Reichskanzler und mich benützen*.

Herr von Szögyény hatte von einigen dieser Preßäußerungen bereits Kenntnis erhalten. Er bemerkte, unsere gegenseitigen Beziehungen seien so herzlich und vertrauensvoll, daß sie durch jene Äußerungen Aehrenthals, die nur gegen die russische Legende von deutschem Druck gerichtet sein konnten, nicht tangiert werden könnten. Er erkenne aber an, daß die Äußerungen zu Mißdeutungen Anlaß geben und zu bedauernswerten Unbequemlichkeiten für die deutsche Regierung führen konnten.

Im strengsten Vertrauen fügte Herr von Szögyény hinzu, die Äußerungen Aehrenthals würden in Wien vielfach mißbilligt, auch er persönlich halte sie für unglücklich.

Ich vermied meinerseits jede Kritik der Äußerungen.

v. Schoen

Nr. 9900

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 7 Wien, den 24. Januar 1910

Heutige „Montags-Revue" bringt kurzes Telegramm über „Temps"-Artikel**, in welchem Graf von Aehrenthal gegen Intrigen Wiener Kreise, in denen Graf Goluchowski leitende Rolle spiele, sowie gegen die Haltung des deutschen Botschafters von Tschirschky verteidigt wird. Damit wird ein angeblicher Zwischenfall zwischen Graf von Aehrenthal und mir am Hofball in Verbindung gebracht. Ich habe Angelegenheit sofort persönlich und in gewohnter Freundschaft mit Graf von Aehrenthal besprochen, der noch heute kategorisches Dementi durch „Politische Korrespondenz" in dem Sinne veranlassen wird, daß von einem Zwischenfall zwischen ihm und dem deutschen Botschafter hier absolut nichts bekannt sei, und daß der Artikel, der die allzu durchsichtige Tendenz habe, Unfrieden zwischen

* Vgl. Nr. 9898.

** Am 24. Januar hatte der „Temps" einen Artikel über „Une interview du comte d'Aehrenthal" gebracht, der von angeblichen Intrigen des Botschafters von Tschirschky und des Exministers Graf Goluchowski gegen Graf Aehrenthal zu erzählen wußte. Es hieß in diesem Artikel unter anderm: „Il y a à Vienne un parti antiministériel qui collabore à Berlin avec un parti pareil et qui sert le même dessein. Ce parti serait, paraît-il, disposé à mettre en avant le comte Goluchowski qui, nous en sommes convaincus, ne consentirait pas à servir d'instrument à une opération où la paix de l'Europe n'aurait rien à gagner." Nach einem Telegramm Tschirschkys vom 26. Januar (Nr. 9) wäre der Artikel auf Inspirationen des französischen Botschafters in Wien Crozier zurückzuführen. Vgl. auch Nr. 9904.

den beiden verbündeten Reichen und deren Vertretern zu stiften, seinen Zweck verfehlen werde.

In journalistischen Kreisen wird der „Temps"-Artikel auf den hiesigen Vertreter des Blattes* zurückgeführt, der mit der französischen Botschaft und durch Herrn Steed** auch mit der englischen Botschaft in reger Fühlung steht. Graf von Aehrenthal möchte auch glauben, daß Graf Goluchowski selbst mit dahinter steckt, der in hiesigen Salons fortgesetzt gegen den Minister spricht. Wie Euerer Exzellenz bekannt, hat Graf Goluchowski seit dem preußischen Enteignungsgesetz den Verkehr mit der deutschen Botschaft völlig abgebrochen.

Das nachmittags hier bei der „Politischen Korrespondenz" eingetroffene ausführliche Telegramm über den „Temps"-Artikel wird von hier aus nicht veröffentlicht.

Tschirschky

Schlußbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
Sir A. Nicholson*** dürfte der geistige Leiter der von Petersburg ausgegangenen Campagne sein! Wesselitzky, Schelking; Temps Corresp[ondent] etc. „Wohl ausgesonnen Pater Lamormain.
Wär' der Gedanke nicht so verflucht gescheidt,
Man wär versucht ihn herzlich dumm zu nennen.

Nr. 9901

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 47
Ganz geheim

Wien, den 27. Januar 1910

Mein italienischer Kollege sagte mir heute, er hätte mir sehr interessante Mitteilungen geheimer Art zu machen, und eröffnete mir darauf folgendes: Er habe heute zuverlässige Nachricht erhalten, daß die Kampagne gegen Deutschland, speziell auf Lostrennung Österreichs von uns, von den hiesigen Botschaftern Frankreichs und Englands gemeinsam betrieben werde, und zwar wisse er, daß beide Botschafter alles daran gesetzt hätten, um die Verständigung Österreichs mit Rußland zustand zu bringen, hauptsächlich in der Absicht, damit einen entscheidenden Schritt zu unserer Isolierung zu tun. Sie hätten diese Politik persönlich bei Graf Aehrenthal lebhaft vertreten. Inwieweit Herr Crozier und Sir F. Cartwright damit den Instruktionen ihrer Regierungen gefolgt seien, wolle er dahingestellt sein lassen. Er höre weiter aus guter Quelle, daß Herr Wesselitzky von Graf Aehrenthal eigens hergerufen worden sei. Wesselitzky hat, wie mir weiter der Herzog von Avarna bestätigt, während seines hiesigen Aufenthaltes viel auf der englischen und französischen Botschaft verkehrt und gleichzeitig mit Graf Aehrenthal seine Besprechung gehabt. Graf Aehrenthal habe — und das

* Commère.
** Korrespondent der „Times" in Wien.
*** Englischer Botschafter in Petersburg.

ist mir von anderer Seite heute ebenfalls hinterbracht worden — dem Herrn Wesselitzky zur Pflicht gemacht, nichts über sein Interview zu publizieren, ehe er nicht dazu die Genehmigung des Herrn Iswolsky eingeholt haben würde. Der Herzog von Avarna schaltete hier die Bemerkung ein, daß damit wohl der erste Schritt von hier aus zur Annäherung an Rußland geschehen sei. Anscheinend — das sei aber mehr Konjektur seinerseits, bemerkte mein italienischer Kollege — sei Herr Hardinge, der seinen Frieden mit Sir F. Cartwright gemacht habe, mit an der Kampagne beteiligt. Was solle man von einer Politik Frankreichs denken, die in Berlin uns gegenüber das freundlichste Gesicht macht und gleichzeitig solche unerhörte Intrigen gegen Deutschland hier anzettele.

Der Herzog von Avarna fragte mich dann, ob ich glaube, daß Graf Aehrenthal die beiden Botschafter willig angehört und ihnen wenn auch vielleicht nicht direkt, so doch in nicht mißzuverstehender Weise zu verstehen gegeben habe, daß er ihre Politik gutheiße? Ich habe erwidert, daß ich bis zum Beweise des Gegenteils annehmen werde, daß der Minister wohl nur so weit den Ratschlägen des französischen und englischen Botschafters habe Gehör schenken können, als er dadurch seine unzweifelhaft bestehende und sehr verständliche Absicht, mit Rußland auf besseren Fuß zu kommen, zu fördern geglaubt hätte. Der Herzog von Avarna meinte darauf, wenn Graf Aehrenthal sich so verhalten hätte, daß Herr Crozier und Sir F. Cartwright das Aussichtslose ihrer Bemühungen sofort klar erkannt hätten, sie wohl in der Folge nicht mit so grobem Geschütz aufgefahren wären.

Der Herzog von Avarna hat dieser Tage dem englischen Botschafter gegenüber die Angelegenheit des „Temps"-Artikels* berührt und von diesem die kurze Antwort erhalten: „Que voulez-vous, le ‚Temps' est une feuille allemande!" Mein italienischer Kollege war, als er mir davon erzählte, noch ganz entrüstet über diese zynische Antwort und meinte: „Il n'y a qu'un mot pour tout cela, c'est de la saleté." Zur Bekräftigung dieser Beurteilung fügte er noch hinzu, daß von gewissen Seiten hier sogar ausgesprengt werde, der Artikel in der „Zeit" über den „Abstieg des Grafen Aehrenthal"** sei von der deutschen Botschaft inspiriert. „Je me suis tenu la tête en entendant cela, me demandant si j'entendais juste", schloß der Botschafter seine Mitteilungen.

Im Zusammenhang hiermit beehre ich mich Euerer Exzellenz ganz geheim nachstehendes über die Stellung des Thronfolgers zum Interview Wesselitzkys zu melden.

Heute nach der Hoftafel nahm mich der Thronfolger in eine Ecke des Salons, nachdem er bereits längere Zeit in sehr gnädiger Weise mit mir zu sprechen die Gnade gehabt hatte, und sagte mir ganz unvermittelt: „Sagen Sie mal, Aehrenthal hat wohl mit dem Empfang dieses Schw . . . . h . . . . . Wesselitzky eine kolossale Dummheit und Taktlosigkeit gemacht. Sie

* Vgl. Nr. 9900 nebst Fußnote **.

** Am 23. Januar hatte die Wiener „Zeit" einen Artikel gegen Graf Aehrenthal „Graf Aehrenthal im Abstieg" gebracht.

wissen, ich sage Ihnen stets die Wahrheit, und das ist meine Ansicht zur Sache. Ich bitte Sie dringend, nach Berlin zu schreiben, daß man dort nicht etwa auf den Gedanken kommt, daß ich etwa hinter dieser Sache stecke oder sie auch nur billige. Überhaupt lege ich Wert darauf, daß man in Berlin genau weiß, daß ich mich in keiner Weise mit Aehrenthal identifiziere. Ich dulde ihn, aber wir stimmen in gar vielen Fragen nicht überein. Jetzt will er wieder, um bei den Serben und Südslawen für Österreich Stimmung zu machen, den bekannten Dr. Bärnreither dort hinunter schicken. Das ist auch ein ganz falscher Kerl, Dilettant und unzuverlässig. Mit solchen ..... Leuten wie Wesselitzky darf man sich unter keinen Umständen einlassen, und über meine Schwelle kommt überhaupt keiner, der mit der Presse zu tun hat." Da mich der Herr Erzherzog nochmals um meine Meinung fragte und mir zur Pflicht machte, die Wahrheit zu sagen, entgegnete ich, ich sei nicht imstande zu beurteilen, ob Graf Aehrenthal gerade diese Figur auf seinem politischen Schachbrette gebraucht habe; darüber könne man nur urteilen, wenn man über alle Ziele der Politik eines Staatsmannes und die zur Erreichung derselben vorhandenen Mittel unterrichtet sei. Über den höchst minderwertigen Charakter des Herrn Wesselitzky könne ja kein Zweifel bestehen. Dieser sei seinerzeit wegen seiner österreichfeindlichen Umtriebe aus Bosnien und der Herzegowina und, wenn ich mich recht erinnerte, auch aus Berlin ausgewiesen worden.

Der Herr Erzherzog sprach sich dann noch mit Entrüstung über die geradezu lächerlichen Insinuationen des „Temps" gegen mich aus. Mit solchen Mitteln würden die Leute gewiß nichts erreichen. Die Leute müßten vollkommen verblendet sein. Schließlich sagte mir der Erzherzog noch freundliche Worte über meinen gestrigen Toast auf Seine Majestät den Kaiser Franz Joseph und mein warmes Eintreten für den Dreibund, den wir nötiger brauchten, denn je.

Ich darf schließlich noch bemerken, daß Graf Aehrenthal bei den zahlreichen Unterredungen, die ich in letzter Zeit mit ihm hatte, das Interview mit Herrn Wesselitzky niemals auch nur vorübergehend berührt hat.

von Tschirschky

Nr. 9902

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Privatbrief. Ausfertigung

Wien, den 28. Januar 1910

Es ist mir ein Bedürfnis, Euerer Exzellenz meine aufrichtigsten und wärmsten Glückwünsche auszusprechen anläßlich der hohen Auszeichnung, die Ihnen durch Verleihung des Schwarzen Adler-Ordens zuteil geworden ist.

Das Zeichen der Gnade und das persönliche Wohlwollen seitens des Kaisers wird Ihnen eine Stärkung sein auf dem gewiß schweren Wege, den Sie vor sich haben. Sie kennen mich zur Genüge, um genau zu wissen, daß niemand herzlicher und aufrichtiger als ich Ihnen persönlich und ebenso auch unserem Vaterlande wünsche, daß es Ihnen vergönnt sein möge, lange und erfolgreich an der ersten Stelle im Staate zu wirken. Für mich ist es eine Freude, unter Ihrer Kanzlerschaft zu dienen, denn es werden Wohlwollen, Sachlichkeit und Gerechtigkeit herrschen. Nehmen Sie nochmals meine wärmsten Wünsche als von einem aufrichtigen Freunde entgegen.

Der brodelnde internationale Hexenkessel ist durch die Treibereien Wesselitzkys und von Frankreich und England noch geheizt hier plötzlich zum Überkochen gebracht worden. Es besteht für mich kein Zweifel nach den Nachrichten, die wir über Wesselitzkys Wirken hier in Wien hatten, im Zusammenhang mit den interessanten Mitteilungen, die mir mein italienischer Kollege gestern gemacht hat — über die heute Bericht abgeht* —, daß die Annäherung zwischen Österreich und Rußland, die an sich ja in gewissem Grade erwünscht ist, unter dem Patronate von Frankreich und England zustande gekommen ist, und daß Graf Aehrenthal der Versuchung, sie auf diesem Wege zustande zu bringen, nachdem es ihm nicht gelungen ist, Herrn Iswolsky aus dem Sattel zu heben, nicht widerstanden hat. Eine Hinterhältigkeit Aehrenthals uns gegenüber liegt zweifellos vor, schon in der Tatsache, daß er es nicht für nötig gehalten hat, uns nur ein Wort über den Empfang Wesselitzkys zu sagen. Daraus spricht deutlich sein schlechtes Gewissen. Mich wundert dieses wenig aufrichtige Vorgehen Aehrenthals nicht; ich kenne seinen Charakter aus unserer gemeinsamen Petersburger Zeit zu genau, und Charaktere ändern sich nicht, wie die Erfahrung täglich lehrt.

Das gleiche ist von den Herren Crozier und Cartwright zu sagen. Ersterer hat in Kopenhagen mit allen erlaubten und unerlaubten Mitteln gegen uns gehetzt — worüber Seine Majestät genau unterrichtet ist —, und letzterer hat das gleiche von München aus getan.

Daß Aehrenthal ernstlich von uns abrücken will, ist natürlich ganz ausgeschlossen, er hat aber die Hand Frankreichs und Englands nicht zurückgewiesen, um damit seinen persönlichen Ehrgeiz zu befriedigen und ohne uns, wenn auch nicht gegen uns seine Pläne zu verfolgen. Zynismus in der Politik mag ja manchmal vorübergehend Erfolge zeitigen; aber auf die Dauer gräbt man sich damit selbst die Grube. Ein Akt politischen Zynismus seitens Aehrenthals war es jedenfalls, mag man die Sache auch noch so objektiv betrachten, den erbittertsten Feind Deutschlands mit vollem Bewußtsein und vorsätzlich in seine Pläne einzuweihen und ihn zu benutzen, ohne uns ein Avis zu geben. Ich habe mich hier jeder Kritik des Vorgehens des Ministers sorgsam enthalten und das gleiche auch der mehr

---

* Siehe Nr. 9901.

als offenen Stellungnahme des Thronfolgers gegen das Aehrenthalsche Vorgehen gegenüber getan. Alles was anders lautet oder über eine Gegnerschaft zwischen mir und Aehrenthal in die Welt gesetzt wird, ist Erfindung. Hier könnte man sagen: qui accuse s'excuse. Wie der Thronfolger denken übrigens hier alle einsichtigen Leute, und das wird den Herren Crozier und Cartwright, die die Drahtzieher der ganzen Sache sind, und zu deren Werkzeug sich in gewissem Maße Aehrenthal gemacht hat, nicht verborgen geblieben sein. Sie laden ihren Unmut darüber auf den deutschen Botschafter ab, weil sie Aehrenthal einwickeln wollen. Sie hoffen damit, wie ich dies bereits berichtete, auch die Stellung des gegenwärtigen deutschen Vertreters zu unterminieren, dessen Vertrauensstellung hier an den obersten Stellen und in allen Kreisen ihnen ein Dorn im Auge ist. Daher auch das blöde Märchen, daß ich zugleich gegen alle Staatsmänner Europas konspiriere. Ich nehme die Sache persönlich sehr gelassen, denn solche Lügen haben kurze Beine, und man kennt mich hier schon zu gut, um nicht zu wissen, daß ich über solchen Verdächtigungen stehe und im Sinne meines kaiserlichen Herrn und meiner Vorgesetzten die Pflichten meines Amtes versehe. Was könnte ich auch in diesem Leben noch anders wollen und wünschen, als ruhig und mit gutem Gewissen auf diesem Posten für das Vaterland zu arbeiten! Einen anderen Ehrgeiz kenne ich nicht.

Ich möchte hier zur Kennzeichnung der Stimmung erwähnen, daß Seine Majestät Kaiser Franz Joseph gestern vor und während der Hoftafel ganz besonders gnädig mit mir war und mir insbesondere mit warmen Worten für den Trinkspruch gedankt hat, den ich am Abend vorher auf sein Wohl ausgebracht hatte.

Über das lange, vertrauliche Gespräch, in das mich der Thronfolger nach der Tafel gezogen hat, berichte ich an anderer Stelle, und als der Erzherzog-Thronfolger kurz darauf den Ball der Stadt Wien eröffnete, kam er ostentativ über den Saal auf mich zu, um mich als ersten zu begrüßen, obgleich meine älteren Kollegen um mich herumstanden. Der Vorgang wurde sehr bemerkt und hat auch schon den Weg in die Presse gefunden. Auch Erzherzog Friedrich sprach mir lange über die unverantwortliche Intrige gegen Deutschland und seinen Vertreter.

Trotz der nicht einwandfreien Haltung, die Graf Aehrenthal in dieser Sache beobachtet hat, ist es übrigens meine Überzeugung, daß wir keinen zwingenden Anlaß haben, jetzt etwa auf ein Ausscheiden des Ministers des Auswärtigen in Österreich-Ungarn zu drängen. Schon allein die Erwägung, daß man nie weiß, was und wer nachfolgt, muß zu dieser Erkenntnis führen. Aehrenthal hat sich von neuem in seinem wahren Charakter gezeigt; unser Urteil über ihn kann nicht mehr schwanken. Das ist ein Vorteil. Im übrigen darf ich wiederholen, daß er an eine Änderung der Richtungslinie der österreichisch-ungarischen Politik nicht denkt und nicht denken kann. Dafür bürgen das Schwergewicht der gemeinsamen Interessen, die persönliche Disposition der höchsten Stellen und schließlich gewiß auch der Wille der Mehrheit der ausschlaggebenden Politiker in Österreich wie in Ungarn.

Frankreich und England werden, das ist mit Sicherheit anzunehmen, ihre Politik der Isolierung Deutschlands weiter fortsetzen, und nach dieser Richtung hin ist unausgesetzte Aufmerksamkeit geboten. Ich wage nicht zu entscheiden, ob es angezeigt wäre, und ob ein Weg gefunden werden könnte, um besonders in Paris deutlich merken zu lassen, daß wir nach wie vor fest entschlossen sind, uns eine „Einkreisung" nicht gefallen zu lassen.

Euerer Exzellenz habe ich versucht, ein Bild der Lage zu geben, wie es sich von hier aus darstellt. Anfang Februar habe ich in Dresden dringende Privatgeschäfte zu erledigen (Umbau meines Hauses) und möchte auf kurze Tage dorthin fahren. Ich darf Euerer Exzellenz anheimgeben, mich durch ein Wort wissen lassen zu wollen, ob Sie es angezeigt finden, daß ich bei dieser Gelegenheit mich in Berlin melde. Ich würde gern die Gelegenheit benutzen, um zu meiner Orientierung mit Euerer Exzellenz und dem Herrn Staatssekretär Rücksprache nehmen zu können.

von Tschirschky

Nr. 9903

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 26 St. Petersburg, den 28. Januar 1910

Der gegenwärtige Stand der Beziehungen zwischen dem hiesigen und dem Wiener Kabinett charakterisiert sich dadurch, daß zwar auf beiden Seiten der Wunsch, die Fühlung wiederherzustellen, besteht, keiner von beiden Teilen aber den Anschein erwecken will, als habe er die Initiative zu einer Wiederannäherung ergriffen.

Inzwischen wird die Entspannung zwischen St. Petersburg und Wien von deutschfeindlicher Seite ausgenutzt, um womöglich zwischen uns und Österreich-Ungarn Mißtrauen zu säen. Den Ausgangspunkt bildete das bekannte Interview des Grafen Aehrenthal mit dem Londoner Korrespondenten der „Nowoje Wremja" Wesselitzky, an das sich dann der von der Wiener „Zeit" verbreitete, angeblich aus Berliner diplomatischen Kreisen herrührende Brief* über die Stellung der deutschen Regierung zu der Politik des Grafen Aehrenthal sowie weitere Preßerörterungen schlossen.

Graf Berchtold erzählte mir heute, er habe gute Gründe für die Annahme, daß es sich bei dem erwähnten Berliner Brief um eine russische Intrige handele, an der in erster Linie der bekannte frühere russische Diplomat Schelking (alias Inssarow[1]) sowie der Wiener Vertreter der St. Petersburger Telegraphen-Agentur beteiligt wären.

---

* Vgl. Nr. 9901, S. 451, Fußnote **.

Die hiesige Presse beobachtet bisher mit Bezug auf die russisch-österreichische Wiederannäherung eine bemerkenswerte Zurückhaltung, die auf höheren Einfluß zurückzuführen sein dürfte.

Mein österreichisch-ungarischer Kollege gab mir heute von einem eben erhaltenen Telegramm seiner Regierung Kenntnis, in welchem Graf Aehrenthal für die Stellungnahme des Wiener Kabinetts zu dieser Frage das mot d'ordre ausgibt, man sei österreichischerseits gern bereit, mit der russischen Regierung wieder Fühlung zu nehmen. Diese Fühlungnahme sei aber zunächst als eine allgemeine gedacht, irgendwelche Vereinbarungen über bestimmte Fragen seien nicht in Aussicht genommen. Auch Herr Sasonow hat neulich bei Besprechung der russisch-österreichischen Annäherung den Ausdruck gebraucht, es handele sich um eine „entente abstraite".

Bezüglich der Frage der Initiative bei der Wiederanbahnung besserer Beziehungen hat Graf Aehrenthal dem österreichischen Botschafter gegenüber seine Absicht ausgedrückt, zunächst in die Preßpolemik über diese Frage nicht einzugreifen. Falls sich die Notwendigkeit ergäbe, in der Presse etwas mitzuteilen, wünsche er, dies nach vorheriger Verständigung mit der russischen Regierung zu tun.

Als Herr Iswolsky mir gegenüber heute das Thema der russisch-österreichischen Beziehungen berührte, zeigte er weder Begeisterung noch Optimismus bezüglich der Wiederannäherung zwischen beiden Kabinetten. Er bemerkte, die Sache sei bis jetzt noch um keinen Schritt weiter gediehen, und die Vorschläge des Grafen Aehrenthal, denen er nunmehr wohl entgegensehen könne, ließen noch immer auf sich warten.

Dem Minister sind offenbar die in der österreichischen Presse erschienenen Nachrichten über die zwischen hier und Wien eingeleiteten Pourparlers nicht angenehm. Er hätte es, wie ich annehmen möchte, lieber gesehen, wenn bis zu dem Eintreffen von „Wiener Vorschlägen" nichts über die Angelegenheit in die Öffentlichkeit gedrungen wäre. Dies würde ihm die Möglichkeit gegeben haben, der hiesigen öffentlichen Meinung gegenüber den Sachverhalt so darzustellen, als ob die Wiener Vorschläge den Ausgangspunkt zu der Wiederannäherung gebildet hätten. So wenigstens erkläre ich mir die etwas übelgelaunte Bemerkung, die Herr Iswolsky mir gegenüber tat, man könne überhaupt heutzutage zwischen Kabinetten keine vertraulichen Besprechungen mehr führen, ebensogut könne man auf der Straße verhandeln.

F. Pourtalès

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:

[1] Natürlich

Nr. 9904

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 63
Ganz vertraulich

Wien, den 1. Februar 1910

Der Herzog von Avarna machte mir heute nachstehende ganz vertrauliche Mitteilungen.

Herr Crozier habe ihn gestern aufgesucht und habe ihm ganz unvermittelt von dem Artikel des „Temps“* zu sprechen angefangen[1]. Der französische Botschafter habe beteuert, daß er die persönlichen Angriffe des Blattes auf mich lebhaft bedauere und erstaunt gewesen sei über das Retentissement, das dieser Artikel gemacht habe[2].

Mein italienischer Kollege, der mir gegenüber zunächst bemerkte, es habe ihn eigentümlich berührt, daß Herr Crozier ohne jeden Anlaß die Sache ihm gegenüber angeschnitten hätte[3], hat dem französischen Botschafter zu verstehen gegeben, daß er bei der ganzen Sache vor einem Rätsel stehe. Wenn er, Herr Crozier, auch die persönlichen Ausfälle gegen den deutschen Botschafter bedauere und mißbillige, so bleibe aber noch die Behauptung des „Temps“ über ein angeblich gespanntes Verhältnis zwischen mir und dem Grafen Aehrenthal übrig. Er sei doch mit beiden in konstanter Fühlung, und er hätte niemals die leiseste Spur einer Verstimmung zwischen ihnen entdecken können. „Comment, vous ne savez pas qu'il y a eu de sérieuses frictions entre Berlin et Vienne, qui naturellement ont influencé aussi les rapports entre le Comte Aehrenthal et Monsieur de Tschirschky“, hat Herr Crozier darauf erwidert und gegenüber der erstaunten Geste des Herzogs von Avarna folgendes vorgebracht: Es sei eine allbekannte Tatsache, daß Rußland im vorigen Jahre in der bosnischen Frage nur nachgegeben habe, weil Deutschland „lui a forcé la main de la façon la plus brutale“[4]. Dieses brutale Vorgehen Deutschlands habe „envenimé“ la situation entre Pétersbourg et Vienne, und Graf Aehrenthal könne und werde es Deutschland nie verzeihen, die bedauerliche Spannung zwischen Österreich und Rußland verschuldet zu haben[5]. Das sei der Grund der Friktionen zwischen Wien und Berlin, und das Verhältnis des hiesigen deutschen Botschafters zu Graf Aehrenthal sei naturgemäß seitdem gespannt. Der Herzog von Avarna hat gegen diese Darstellung energisch remonstriert; es sei das direkte Gegenteil von dem, was er stets und aus authentischer Quelle gehört habe[6], und widerspreche ja in allem der bekannten Politik Deutschlands, die stets auf ein gutes Einvernehmen zwischen Wien und Petersburg gehalten habe. Trotzdem sei Herr Crozier ei seiner Ansicht geblieben[7].

Mein italienischer Kollege fügte noch hinzu, er frage sich, ob Graf

---

* Vgl. Nr. 9900.

Aehrenthal eine Ahnung von diesen Umtrieben des Herrn Crozier habe. „Je ne comprends pas qu'on puisse laisser un homme comme Monsieur Crozier qui évidemment n'a pas les qualités nécessaires pour un ambassadeur à son poste. C'est un homme dangereux[8]."

Ich möchte glauben, daß Graf Aehrenthal Herrn Crozier und seine Machenschaften ganz gut durchschaut, daß er sich aber als Realpolitiker à outrance sagt: Wenn es mir paßt, kann ich alles das, was mir über Crozier bekannt ist, gegen ihn ausnutzen. Für den Augenblick ist er der Vertreter Frankreichs, den ich bei meiner Politik, die auf ein direktes, gutes Einvernehmen mit Paris gerichtet ist, gut verwenden kann. Ich bin außerdem immer der Stärkere und werde ihn lenken, wie es mir paßt.

Das, was Herr Crozier gestern dem Herzog von Avarna über unser „brutales" Vorgehen in Petersburg gesagt hat, stimmt genau überein mit seinen seinerzeitigen Äußerungen, die er einem meiner Gewährsmänner gegenüber getan hatte, dem er im Laufe eines Gesprächs sagte: „Sie nennen das freundschaftliches Vorgehen, den Faustschlag, den Deutschland Rußland ins Gesicht versetzt hat?"* Der Botschafter scheint demnach planmäßig diese erfundene Tatsache zur weiteren Verhetzung ausnutzen zu wollen[9].

von Tschirschky

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Aha! unsere Vermuthung stimmte also!

[2] Das ist für Weitergabe an Tschirschky bestimmt, den Crozier zu sprechen sich schämt!

[3] er sollte es eben weitersagen!

[4] olle camellen!

[5] von Wesselitzky ausgedacht!

[6] richtig

[7] if you tell a lie stick to it!

[8] und nun Cartwright dazu!

[9] von Cartwright unterstützt, der diese Version von Nicholson hat!

Schlußbemerkung des Kaisers:
Sehr interessant und hochwichtig

Nr. 9905

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 43
Vertraulich

St. Petersburg, den 8. Februar 1910

Den Mitteilungen meines österreichisch-ungarischen Kollegen entnehme ich, daß die österreichisch-ungarisch-russische Annäherung vorderhand über das Stadium des Austausches freundlicher Phrasen nicht hinaus-

* Vgl. Nr. 9894.

gelangt ist*. Offenbar werden die Gespräche über dieses Thema auf beiden Seiten zurzeit noch von einer starken Dosis von Mißtrauen beherrscht. Keiner von beiden Teilen scheint die Initiative zu konkreten Vorschlägen nehmen zu wollen. Daß aber auf beiden Seiten der Wunsch besteht, weiter zu gehen, beweisen die ballons d'essai, welche in der Wiener und in der hiesigen Presse losgelassen werden.

Als solchen bezeichnete Graf Berchtold mir gegenüber die in hiesigen Blättern aufgetauchte Nachricht von einem Notenaustausch und von einem bevorstehenden Besuch des Erzherzogs Franz Ferdinand am hiesigen Hofe. Der Botschafter betonte, daß beide Nachrichten unbegründet seien, und knüpfte daran die Vermutung, daß dieselben vom hiesigen Ministerium des Äußern lanciert seien, um zu sehen, wie man sich in Wien dazu stellen werde. Der Botschafter schien auch anzunehmen, daß man hier versuchen wolle, von Österreich-Ungarn eine einseitige Erklärung darüber zu erlangen, daß es keine weiteren Pläne auf der Balkanhalbinsel verfolge.

Herr Iswolsky wiederum fährt fort, die Äußerungen der österreichischen Presse über die Annäherungsfrage zu kritisieren und sein Mißtrauen gegen den Grafen Aehrenthal durchblicken zu lassen. Offenbar wünscht er, daß der österreichisch-ungarische Minister mit positiven Vorschlägen kommt.

Abgesehen von allgemeinen Redensarten hat Graf Berchtold bis jetzt nur in einem negativen Punkt dem Mißtrauen des Herrn Iswolsky gegenüber Stellung genommen. Er hat dem Minister versichert, daß das Wiener Kabinett an eine Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphären auf der Balkanhalbinsel nicht denke.

Im übrigen äußerte sich der Botschafter mir gegenüber dahin, daß er zwar über die weiteren Absichten seiner Regierung noch keine Weisungen erhalten habe, aber an den Wunsch des Grafen Aehrenthal, mit Rußland wieder zu einem Abkommen ähnlich dem Mürzsteger zu gelangen, nicht glaube. Sollte die österreichisch-russische Annäherung in der nächsten Zeit eine konkretere Form bekommen, so würde es sich wohl nur um eine gegenseitige Zusage, für die Erhaltung des Status quo einzutreten, handeln.

---

* Das traf doch nicht ganz zu. Tatsächlich hatte nach einem Telegramm Iswolskys an den Geschäftsträger in Wien Sverwejew vom 5. Februar (v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 118f.) Graf Berchtold schon am 1. Februar dem russischen Außenminister mündliche Erklärungen abgegeben, die einmal auf den endlichen Abschluß aller Erörterungen über die Veröffentlichung der „Fortnightly Review" (vgl. Nr. 9896, Fußnote) hinausliefen, sodann aber einen Meinungsaustausch über die Prinzipien der Übereinkunft von 1897 in Vorschlag brachten. Als diese prinzipiellen Grundsätze bezeichnete Graf Berchtold 1. Erhaltung des Status quo in der Türkei — solange die Umstände dies erlaubten; 2. gegenseitiges Desinteressement, im Falle der Status quo nicht mehr aufrechterhalten werden könnte; 3. Politik der Nichteinmischung in diesem letzteren Falle. Auf diese Mitteilungen Graf Berchtolds hatte zwar Iswolsky noch keine Antwort erteilt — sie erfolgte erst am 9. Februar (vgl. Nr. 9909, Fußnote ***) —, aber immerhin waren durch die Initiative Graf Aehrenthals die österreichisch-russischen Erörterungen eingeleitet und das Feld dafür abgesteckt.

Ob dies in Form eines Notenaustausches oder in einer anderen Form geschehen werde, wisse er nicht.

Bei den Mitgliedern der österreichisch-ungarischen Botschaft gewinnt die Ansicht immer mehr an Boden, daß Herr Iswolsky schon gleich nach der Reise nach Racconigi die Absicht hatte, die Fühlung mit Wien wieder aufzunehmen. Nur der Umstand, daß der Minister bei seinem ersten Gespräch mit dem damaligen Geschäftsträger, Herrn von Szilassy, sich zu leidenschaftlichen Äußerungen über den Grafen Aehrenthal hinreißen ließ, die den Geschäftsträger veranlaßten, das Gespräch schroff abzubrechen und sich von Herrn Iswolsky zu verabschieden*, sowie der Zwischenfall mit dem Artikel des Mr. Dillon in der „Fortnightly Review"** seien schuld daran gewesen, daß die Fühlungnahme mit dem Wiener Kabinett behufs Wiederanbahnung besserer Beziehungen nicht schon vor einigen Monaten erfolgte.

Manche Anzeichen sprechen dafür, daß diese Vermutung nicht unbegründet ist. Dies dürfte dafür sprechen, daß Herr Iswolsky an die Reise nach Racconigi größere Hoffnungen geknüpft hatte, die nicht alle in Erfüllung gegangen sind.

Der gegenwärtige Stand der russisch-österreichischen Beziehungen läßt sich kurz dahin präzisieren, daß man wieder mit einander spricht.

F. Pourtalès

Nr. 9906

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 53 Paris, den 10. Februar 1910

Eine Petersburger Depesche des „Matin" meldet einen guten Fortgang der österreichisch-russischen Verhandlungen und will dies erfreuliche Resultat hauptsächlich den Bemühungen der Herren Louis*** und Nicolson zuschreiben. Die französische und englische Diplomatie habe die in russischen Kreisen herrschenden Bedenken zerstreut, daß Deutschland die Gelegenheit benutzen könnte, um Rußland von der Tripelentente loszulösen. In dieser Beziehung könne man sich auf die hohe Weisheit des Zaren verlassen, der in der Tripelentente die sicherste Garantie des europäischen Friedens erkannt habe.

Radolin

---

* Vgl. dazu Baron J. von Szilassy, Der Untergang der Donau-Monarchie (1921), S. 193f.
** Vgl. Nr. 9896 nebst Fußnote.
*** Französischer Botschafter in Petersburg.

Nr. 9907

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 113
Ganz vertraulich

London, den 11. Februar 1910

Graf Benckendorff* machte mir vor einiger Zeit im Gespräche eine interessante Mitteilung. Sir E. Grey habe ihm im vorigen Jahre ungefähr zu der Zeit, als Sir Fairfax Cartwright zum Botschafter in Wien ernannt wurde, gesagt, er sehe nur zwei Fälle, die zu einem europäischen Kriege führen könnten: Die Hegemonie oder die Isolierung Deutschlands. Er habe daher dem englischen Botschafter in Wien die bestimmte Weisung erteilt, sorgfältig alles zu vermeiden, was dahin gedeutet werden könnte, als ob England eine Lockerung der Beziehungen der Dreibundmitglieder unter einander wünsche[1].

Ähnlich sprach sich Sir E. Grey seinerzeit mir gegenüber aus.

Meine Unterhaltung mit dem russischen Botschafter fand vor etwa 14 Tagen statt, als das Interview Aehrenthal-Wesselitzky gerade in die Zeitungen gekommen war. Er war der Ansicht, daß nicht so sehr der persönliche Gegensatz zwischen Herrn Iswolsky und dem Grafen Aehrenthal als vielmehr die Person des österreichischen Botschafters in Petersburg einer österreichisch-russischen Aussöhnung im Wege stehe. Herr Iswolsky habe den persönlichen und amtlichen Verkehr mit dem Grafen Berchtold auf ein Minimum beschränkt, seitdem dieser im vorigen Herbst den Korrespondenten Dillon — ich glaube in Buchlau — empfangen und Dillon dann im Novemberheft der „Fortnightly Review" einen heftigen Angriff gegen die Iswolskysche Haltung und Politik während der Balkankrise losgelassen habe. Herr Iswolsky könne dem Grafen Berchtold dieses Vorgehen nicht verzeihen.

P. Metternich

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Das ist sehr merkwürdig von Fairfax ausgeführt worden!

Nr. 9908

Der österreich-ungarische Botschafter in Berlin von Szögyény-Marich an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Schoen

Privatbrief. Ausfertigung

Berlin, den 12. Februar 1910

Graf Aehrenthal beauftragt mich, Ihnen und dem Herrn Reichskanzler folgendes vertraulich mitzuteilen:

* Russischer Botschafter in London.

Der K. und K. Botschafter in Konstantinopel* telegraphiert unterm 11. d. Mts., Herr Tscharykow habe ihm gestern gesagt, daß er, einer aus St. Petersburg erhaltenen Instruktion entsprechend, in bezug auf den zwischen den Regierungen von St. Petersburg und Wien angebahnten Ideenaustausch der Pforte erklärt habe, daß es sich hiebei nur um die Wiederanbahnung normaler diplomatischer Beziehungen zwischen den beiden Kabinetten handle, nicht aber um weitergehende irgendwelche Abmachungen**.

Graf Aehrenthal hat den Markgrafen Pallavicini telegraphisch angewiesen, sich den türkischen Staatsmännern gegenüber ganz in demselben Sinne auszusprechen.

Szögyény

Nr. 9909

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Nr. 71
Ganz vertraulich

Wien, den 11. Februar 1910

Graf Aehrenthal brachte bei meinem heutigen ersten Besuche seit meiner Rückkehr von meinem kurzen Urlaub das Gespräch auf die österreichisch-russische Annäherung. Herr Iswolsky scheine, so führte der Minister aus, nach den neusten Nachrichten des Grafen Berchtold konkrete schriftliche Vereinbarungen im Auge zu haben***; auf diesem Wege werde er dem russischen Minister aber nicht folgen. Er gedenke auf dem Stand-

---

* Markgraf Pallavicini.

** Vgl. dazu den Telegrammwechsel zwischen Iswolsky und dem russischen Botschafter in Konstantinopel Tscharykow bei v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 120f.

*** Vgl. dazu das Schreiben Iswolskys an den Geschäftsträger in Wien Sverwejew vom 9. Februar (v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 122). Danach hätte Iswolsky die Demarche Graf Berchtolds vom 1. Februar (vgl. Nr. 9905, S. 459, Fußnote) dahin beantwortet, daß die russische Regierung der Idee eines Gedankenaustausches über die leitenden Grundsätze der beiderseitigen Balkanpolitik gern zustimme, jedoch der Ansicht sei, daß dieser Gedankenaustausch nicht mehr den Charakter der Abmachungen von 1897 haben könne, sondern eine Form annehmen müsse, die es allen interessierten Mächten möglich machen würde, an diesem Meinungsaustausche teilzunehmen. Iswolsky wollte also einer österreichisch-russischen Verständigung nur dann zustimmen, wenn die übrigen Mächte hineingezogen würden. Als Programmpunkte für eine solche nicht zweiseitige, sondern allgemeine Verständigung schlug Iswolsky, abweichend von den Aehrenthalschen drei Punkten, folgende Punkte vor: 1. Erhaltung des Status quo auf der Balkanhalbinsel; 2. Erhaltung und Konsolidierung der neuen Lage der Dinge in der Türkei, insoweit diese auf der Gleichberechtigung aller die Türkei bewohnenden Völkerschaften beruhe; 3. Unabhängigkeit, Konsolidierung und friedliche Entwicklung der kleineren Balkanstaaten. Der Gedanke, der zweiseitigen russisch-österreichischen Abmachung einen internationalen Charakter zu geben, war Iswolsky von dem Botschafter in Paris Nelidow souffliert worden (vgl. dessen Brief an Iswolsky vom 3. Februar; v. Siebert, a. a. O., S. 117f.), der dafür anführte, daß auf diesem Wege die österreichischen Balkanpläne eingedämmt würden, und daß Rußland so Zeit gewinne, „in aller Sicherheit seine militärischen Kräfte auszubilden und sich für Ereignisse vorzubereiten, die nicht vermieden werden können".

punkt stehen zu bleiben, daß durch sein Eingehen auf die russische Initiative zur Herstellung eines besseren Verhältnisses zwischen Petersburg und Wien im gegebenen Momente die Möglichkeit einer Konversation et d'un échange de vues geschaffen worden sei, und daß es damit sein Bewenden haben müsse. Er habe Rußland außerdem erneut die Versicherung gegeben, daß Österreich-Ungarn keine expansive Politik am Balkan führen, für den Status quo dort eintreten und, falls dieser sich nicht aufrechterhalten lassen sollte, une politique de non-intervention et de désintéressement befolgen werde. Das sei zur Beruhigung Rußlands und als Fingerzeig für die künftige Politik Österreich-Ungarns durchaus genügend.

Herr Iswolsky sei nun aber mit konkreten, weitergehenden Vorschlägen an ihn herangetreten und habe dem Grafen Berchtold folgendes eröffnet: Ein Abkommen nach dem Muster desjenigen von 1897 sei nach Lage der Verhältnisse zwischen Rußland und Österreich-Ungarn allerdings nicht möglich, dennoch möchte er vorschlagen, entweder durch Notenwechsel ou par un instrument unique eine Vereinbarung zu treffen, und zwar in einem Umfange, daß dieser Vereinbarung auch die anderen Mächte würden beitreten können. Er schlägt weiter vor, folgende drei Punkte in dieses Abkommen aufzunehmen:

1.) Festlegung auf den Status quo am Balkan,

2.) angesichts des Umstandes, daß die Türkei neuerdings das Prinzip der Gleichberechtigung aller Nationalitäten akzeptiert habe — Aufrechterhaltung des nouveau régime en Turquie,

3.) friedliche Entwickelung der Balkanstaaten.

Graf Aehrenthal bemerkte zu vorstehenden Vorschlägen des Herrn Iswolsky, der russische Minister habe seiner Gewohnheit entsprechend mit einer Bosheit angefangen; denn von dem Abschluß einer der 1897er analogen Abmachung sei niemals die Rede gewesen. Wozu also der Hinweis, daß eine solche jetzt nicht möglich sei? Der ganze Vorschlag sei wieder ein recht Iswolskysches Feuerwerk, ohne jeden Ernst. Denn die drei von ihm angeführten Punkte enthielten nichts, was nicht schon wiederholt öffentlich beiderseits erklärt worden sei, nur mit dem Unterschiede, daß Rußland darin nicht so weit gehe wie er, Aehrenthal. Denn Iswolsky spreche nicht von einer Politik de désintéressement. Außerdem habe er den Eindruck, daß mit dem Satze, daß das nouveau régime in der Türkei aufrechterhalten werden solle, weil die Türkei jetzt das Prinzip der Gleichberechtigung der Nationalitäten proklamiert habe, eine Verbeugung vor Bulgarien und Serbien gemeint sei, die er mitzumachen keinen Anlaß habe. Ganz abgesehen von dem sachlichen, teils nichtssagenden, teils bedenklichen Inhalte der Iswolskyschen Vorschläge halte er es aber überhaupt für nicht angebracht, irgendein schriftliches Abkommen mit Rußland und besonders mit Iswolsky abzuschließen, der damit doch nur wieder einen momentanen Scheinerfolg für sich herausschlagen wolle. Solange „ce crapaud d'Iswolsky" am Ruder sei, müsse er äußerste Reserve beobachten. Außerdem sei er der Ansicht, daß in

Europa schon ein genügend dichtes Netz von Ententen und Abmachungen vorhanden sei; auch sein Verhältnis zu Italien und sein jüngstes Abkommen mit dieser Macht lege ihm Schranken auf. Aus allen diesen Erwägungen werde er nach Verlauf einiger Zeit zwar höflich, aber ausweichend auf die Iswolskyschen Vorschläge antworten.

Der Minister wird über vorstehendes noch ausführliche Instruktion an Herrn von Szögyény zur Mitteilung an Euere Exzellenz senden.

von Tschirschky

Nr. 9910

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 91
Vertraulich

Wien, den 17. Februar 1910

Gelegentlich seines letzten Aufenthalts auf der Durchreise in Wien hat der serbische Minister des Äußern, Herr Milowanowitsch, auch den hiesigen italienischen Botschafter aufgesucht. In der Unterhaltung ist dabei auch die Annäherung zwischen Wien und St. Petersburg berührt worden, und Herr Milowanowitsch hat dem Herzog von Avarna von sich aus bestätigt, daß sowohl Herr Crozier als Sir F. Cartwright sich persönlich bei Graf Aehrenthal nach Kräften für diese Annäherung eingesetzt hätten[1]. Das Zustandebringen eines besseren Verhältnisses zwischen Österreich-Ungarn und Rußland in der ausgesprochenen Absicht, dadurch Wien von Berlin abzuziehen, bilde, wie der serbische Minister weiter bemerkt hat, schon seit längerer Zeit einen Programmpunkt der französisch-englischen Politik[2]; denn schon Herr Clemenceau habe ihm, dem Herrn Milowanowitsch, seinerzeit in Karlsbad davon gesprochen[3]. Herr Milowanowitsch hat sich übrigens über ein eventuelles praktisches Ergebnis der Annäherungsversuche zwischen Wien und Petersburg sehr skeptisch geäußert und zur Begründung dieser seiner Ansicht angeführt, der russische Gesandte in Belgrad* habe ihn versichert, daß das Mißtrauen gegen den Grafen Aehrenthal nicht nur bei Herrn Iswolsky, sondern in allen russischen politischen Kreisen so stark sei, daß man dort mit dem gegenwärtigen österreichisch-ungarischen Minister des Auswärtigen niemals ernstlich in Verhandlungen zu treten gedenke.

von Tschirschky

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Wie ich es vorausgesetzt und behauptet habe
[2] richtig
[3] König Edward VII!
Schlußbemerkung des Kaisers:
Nicholson, Cartwright, Crozier, Wesselitzky, Cambon (London). Das sind die Bohrwürmer! und Edward VII! ist der Oberleiter! Dabei schreibt er „shoulder to shoulder.“!

* von Hartwig.

Nr. 9911

Der Botschafter in Rom von Jagow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 21
Geheim

Rom, den 17. Februar 1910

Der österreichische Botschafter* sagte mir, zwischen den Grafen Aehrenthal und Guicciardini** fände in letzterer Zeit ein „Flirt" statt, man wechselte die herzlichsten Briefe. Ich suchte im Laufe des Gesprächs von dem Botschafter zu erfahren, worüber man denn so eifrig korrespondiere, und ob die Abmachungen über den Balkan etwa noch weitergesponnen würden. Graf Lützow verneinte dies, den Briefen läge nichts Positives zugrunde, man versicherte sich eigentlich nur des gegenseitigen Vertrauens. Er fügte dann etwas spöttisch hinzu, das „Vertrauen" zwischen Österreich und Italien würde ja allerdings doch immer nur das von zwei Kartenspielern sein, die sich eifrig auf die Finger sähen, damit nicht einer den andern beträge. Die Definition des Botschafters ist richtig, soweit sie sich auf die allgemeine Stimmung in den beiden Ländern bezieht — und in diesem Sinne war sie auch nur gemeint —; Graf Lützow ist aber ebenso wie ich der Ansicht, daß es Graf Guicciardini ernstlich darum zu tun ist, vertrauensvolle Beziehungen zum Wiener Kabinett zu unterhalten und die äußere Politik Italiens in fester Anlehnung an die alliierten Kaisermächte zu führen. Er wie vor allem Baron Sonnino haben viel mehr Einsehen als die übrigen hiesigen Politiker dafür, daß eine Vorherrschaft des Panslawismus im Balkan und speziell bis zur Adria einen weit schwereren Druck für Italien darstellen würde als eine Ausbreitung des österreichischen Einflusses.

Vor allem aber wünscht man ängstlich die Ruhe auf dem Balkan zu erhalten, da aus einer Aufrollung der Orientfrage eine volle Befriedigung der — vermeintlichen oder wirklichen — italienischen Interessen doch nicht zu erhoffen ist, wohl aber weitere Konflikte zu entstehen drohen. Aus diesem Grunde wird die österreichisch-russische Annäherung hier auch mit Freude begrüßt. Man erblickt in dem Einvernehmen der beiden Kaisermächte die sicherste Garantie gegen den Ausbruch eines Balkanbrandes. Freilich wünscht man nicht, daß die Verhandlungen zwischen Petersburg und Wien sich zu einem zweiten Mürzsteg verdichten. Die damalige Ausschließung Italiens ist hier als ein Verstoß gegen den Geist des Dreibundes aufgefaßt worden, und die Wiederholung dieses Falles zu verhüten war das Streben Herrn Tittonis bei dem österreichisch-italienischen Abkommen*** und den Vereinbarungen von Racconigi†. Der Traum des Ministers war bekanntlich ein accord à trois. Zur Beruhigung der öffentlichen Mei-

* Graf Lützow.
** Italienischer Außenminister im Kabinett Sonnino seit Dezember 1909.
*** Vgl. dazu Kap. CCXIII.
† Vgl. dazu Kap. CCXIV.

nung meldete ein Communiqué der Agenzia Stefani in diesen Tagen, daß das römische Kabinett über die österreichisch-russischen Verhandlungen genau informiert werde. Dasselbe sagte mir Graf Guicciardini mit sichtlicher Genugtuung. Sowohl von Petersburg wie von Wien sei ihm Mitteilung von dem russischen Vorschlag einer Balkanentente gemacht worden, welcher die drei Punkte: Erhaltung des Status quo, Förderung der friedlichen Entwickelung der kleinen Balkanstaaten und Unterstützung der liberalen Regierung in Konstantinopel enthielte. Punkt zwei sei nicht näher definiert, auch die (ominösen) Worte „auf nationaler Grundlage" seien nicht gebraucht. Dagegen divergiere die russische und österreichische Mitteilung darin, daß Herr Iswolsky gesagt habe, die anderen Mächte sollten an dem Abkommen „participer", während Graf Aehrenthal nur von „y adhérer" spreche. Der Minister erwartet noch weitere Aufklärung, welche Version die richtige sei. Es läge ja ein gewisser Unterschied der Form darin, aber der Zweck würde schließlich auf beide Weise erreicht. Ich möchte vermuten, daß Graf Aehrenthal nicht ohne Absicht die schwächere Form gebraucht hat, da Graf Lützow mir schon wiederholt äußerte, Österreich könne Italien keine gleichberechtigte Stimme in Balkanfragen zuerkennen.

Graf Guicciardini sagte mir ferner, Graf Aehrenthal habe sich seine Antwort auf den russischen Vorschlag noch vorbehalten. Was Italien betreffe, so glaube er, daß es demselben unbedenklich werde zustimmen können, da die drei Punkte ja nichts enthielten, als was jedermann schon als wünschenswert erklärt habe, und was auch der Vereinbarung von Racconigi zugrunde läge.

Ich habe meinen Instruktionen gemäß dem Minister gesagt, daß auch wir eine russisch-österreichische Annäherung im Interesse des Friedens nur mit Freude begrüßen könnten. Um der Bildung falscher Auffassungen und Rückschlüsse hierselbst vorzubeugen, habe ich es mir auch gelegentlich angelegen sein lassen hervorzuheben, daß die Beziehungen zwischen Wien und Berlin nach wie vor die besten sind.

v. Jagow

Nr. 9912

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Schoen

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Berlin, den 18. Februar 1910

Graf Aehrenthal hat durch Ermächtigung des österreichisch-ungarischen Botschafters zur Mitteilung des anliegenden Erlasses* deutlich zu

* Es handelt sich um einen Erlaß Graf Aehrenthals an Botschafter von Szögyény vom 16. Februar, dem der bisherige Schriftwechsel Wien-Petersburg beigefügt war, darunter vor allem ein Erlaß an Graf Berchtold vom 16. Februar, der die Antwort Graf

erkennen gegeben, daß er uns über seine Verhandlungen mit Rußland genau informiert halten will. Es wird ihm daher für sein den herzlichen und vertrauensvollen Beziehungen zwischen Berlin und Wien entsprechendes Verhalten vor allem Dank und Anerkennung auszusprechen sein.

Sachlich werden wir uns mit seiner Antwort an Herrn Iswolsky völlig einverstanden erklären können. An der von Herrn Iswolsky ins Auge gefaßten Sanktionierung des Racconigi-Gedankens, die Entwicklung der Balkanstaaten nach dem Nationalitätenprinzip zu fördern, haben wir nicht das geringste Interesse, da wir von den dabei in Betracht kommenden Balkanstaaten, Bulgarien, Serbien und Montenegro, nichts zu erwarten haben. Das gleiche gilt für Österreich-Ungarn. Auch der Donaumonarchie kann es nicht darum zu tun sein, daß sich diese Balkanstaaten entwickeln, solange wenigstens für die Türkei in Europa eine Existenzmöglichkeit besteht, da dieser Prozeß sich nur auf Kosten der Türkei vollziehen könnte und daher Österreich-Ungarns Zukunftspläne beeinträchtigen würde. Sollte diese Entwicklung sich infolge andauernder Schwäche der Türkei tatsächlich vollziehen und schließlich die Auflösung der europäischen Türkei zur Folge haben, so ist anzunehmen, daß Österreich-Ungarn nicht den genannten Balkanstaaten allein die türkische Erbschaft überlassen, sondern auf seine Pläne au delà de Mitrowitza zurückkommen wird, wiewohl es vorderhand urbi et orbi verkündet, daß es den Vormarsch auf Saloniki gänzlich und für immer aufgegeben habe. Graf Aehrenthal geht daher in seiner Antwort auf den Iswolskyschen Vorschlag der Förderung der Balkanstaaten überhaupt nicht ein. Da mit dem oben angedeuteten stillen Wunsch der österreichisch-ungarischen Politiker unbedingt gerechnet werden muß*, würde es äußerst bedenklich sein und nur zur Trübung unserer Beziehungen zu Wien führen, wenn wir dem Grafen Aehrenthal auch nur andeutungsweise zu verstehen geben wollten, daß wir gegen die eventuelle Übernahme jenes Racconigi-Gedankens in seine Verständigung mit Iswolsky nichts einzuwenden haben würden. Für uns empfiehlt sich das Festhalten an unserer bewährten Politik, in Balkansachen unserem österreichisch-ungarischen Bundesgenossen die Vorhand zu überlassen und seine diesbezüglichen Entschließungen nur insoweit zu beeinflussen, als sie etwa unseren Interessen direkt zuwiderlaufen sollten. Dieser Fall liegt aber, wie oben aus-

---

Aehrenthals auf die russischen Vorschläge vom 9. Februar (vgl. Nr. 9909 nebst Fußnote ***) enthielt. In diesem Erlasse lehnte Graf Aehrenthal die Iswolskysche Idee eines Notenaustausches oder eines gemeinschaftlichen Instrumentes sowie eine Mitteilung an die Mächte ab und schlug statt dessen die Publizierung von Communiqués über die Identität der beiderseitigen Prinzipien vor. Vgl. auch den Brief des russischen Geschäftsträgers in Wien Sverwejew an Iswolsky vom 17. Februar 1910 (v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 125ff.).

* Nach allem, was darüber bekannt ist, wünschte Graf Aehrenthal grundsätzlich die ungeschmälerte Erhaltung und möglichste Konsolidierung der Türkei; der frühere Gedanke eines Vormarsches auf Saloniki bestand allenfalls nur noch im Sinne wirtschaftspolitischer Expansion.

geführt, hier nicht vor. Das Programm des Grafen Aehrenthal, wie es erneut bei seiner letzten Verständigung mit Italien zum Ausdruck gelangt ist, läuft zurzeit lediglich hinaus auf die Aufrechterhaltung des Status quo im Balkan, wenn dies nicht möglich ist, auf Nichtintervention und Desinteressement. An diesem Programm rüttelt Graf Aehrenthal auch in seiner Antwort an Herrn Iswolsky nicht im geringsten. Rußland wird es annehmen und seine weitergehenden Vorschläge fallen lassen müssen, da es Komplikationen im Orient in den nächsten Jahren absolut nicht brauchen kann. Wir können daher den Grafen Aehrenthal auch sachlich nur unserer vollsten Zustimmung zu seiner Stellungnahme in den vorliegenden Verhandlungen mit Rußland versichern.

Aus den bisherigen Wiener Mitteilungen erhellt nicht, daß Graf Aehrenthal auch mit Italien in der Angelegenheit Fühlung genommen hat. Es scheint fast, als ob dies nicht der Fall ist. Graf Aehrenthal würde damit nach dem gleichen Prinzip verfahren, das die österreichisch-ungarische Regierung bereits bei der ersten Verständigung mit Rußland über Balkanfragen im Jahre 1897 beobachtet hat. Es hat sich inzwischen herausgestellt, daß dies ein Fehler gewesen ist. Italien hat die Übergehung damals empfunden und sich seit jener Zeit den Lockungen der Westmächte geneigt gezeigt. Eine Fühlungnahme des Wiener Kabinetts mit Italien wegen der vorliegenden Verhandlungen mit Rußland dürfte sich schon deshalb empfehlen, weil Italien alsdann zum mindesten heucheln müßte, daß es in Racconigi nicht besonders intim mit Rußland geworden ist. Es kommt hinzu, daß nach (St. Petersburger und) Wiener Meldungen Italien anscheinend von Herrn Iswolsky völlig auf dem laufenden gehalten wird. Das gegenwärtige italienische Kabinett hat sich bisher aber zweifellos bundesfreundlicher und vertrauenswürdiger erwiesen als sein Vorgänger. Es bietet sich daher vielleicht eine günstige Gelegenheit, um die Italiener wieder mehr an den Dreibund heranzuziehen. Eine vorsichtige Anregung dieses Gedankens gegenüber Graf Aehrenthal dürfte daher zweckmäßig erscheinen.

Was den Wesselitzkyschen Empfang anlangt, so scheint die Tatsache seines gänzlichen Verschweigens gegenüber Herrn von Tschirschky dafür zu sprechen, daß die Angelegenheit dem Grafen Aehrenthal recht peinlich ist. Es dürfte sich daher empfehlen, diesen Vorfall überhaupt nicht dem Minister gegenüber anzuregen. Sollte Graf Aehrenthal selbst darauf zu sprechen kommen, so dürften wohl unsererseits seine Mitteilungen lediglich freundschaftlich entgegenzunehmen, ein Eingehen darauf aber tunlichst zu vermeiden sein.

v. Schoen

Nr. 9913

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 24 St. Petersburg, den 19. Februar 1910

Im Lager unserer hiesigen Gegner tritt offenkundiges Bestreben hervor, Sachlage so darzustellen, als habe entente cordiale bei russisch-österreichischer Annäherung Vermittlerrolle übernommen, während Deutschland mißtrauisch abseits stehe.

So behauptet heutige „Nowoje Wremja", die von Berliner Preßbureau inspirierten deutschen Blätter zeigten „Beunruhigung" bezüglich Annäherungsversuches Wien—St. Petersburg.

Bemerkenswert in diesem Zusammenhang auch der mittels heutigen Depeschenkastens eingegangene Pariser Bericht über St. Petersburger „Matin"-Meldung, welche Sir A. Nicolson und Herrn Louis als hauptsächliche Förderer der Annäherungsbestrebungen hinstellt*.

Hiesiger Timeskorrespondent Wilton, der auf englischer Botschaft ein- und ausgeht, hat neuerdings auch „Matin-"Vertretung übernommen.

Pourtalès

Randvermerk Freiherrn von Schoens:

Preßabteilung.

Wir sind vom ersten Augenblick an sowohl von Wien wie von Petersburg aus auf das genaueste über die Anbahnung der Verständigung und seitdem über den Fortgang der Sache unterrichtet worden.

Der Annahme, daß Deutschland Veranlassung hätte, eine nicht freundliche Stellung zu der Frage einzunehmen, fehlt nicht nur jede Begründung, sondern die tatsächlichen Verhältnisse liegen gerade umgekehrt.

Nr. 9914

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 68
Vertraulich St. Petersburg, den 23. Februar 1910

Nach den übereinstimmenden Mitteilungen meines österreichisch-ungarischen Kollegen und des Herrn Iswolsky nehmen die Pourparlers zwischen Rußland und Österreich-Ungarn behufs Herbeiführung einer Wiederannäherung zwischen beiden Mächten zwar ihren Fortgang, man scheint aber noch zu keinem greifbaren Resultat gekommen zu sein. Auf beiden Seiten begegnet man sich offenbar noch mit dem größten Mißtrauen.

---

* Siehe Nr. 9906.

Auffallend erschien mir, daß, während Graf Berchtold mir Andeutungen in dem Sinne gemacht hatte, als ob Rußland bei der Annäherung gern weitergehen möchte, als es bis jetzt in den Intentionen des Wiener Kabinetts liegt, Herr Iswolsky mir heute sagte, Graf Aehrenthal scheine nicht abgeneigt zu sein, eine Vereinbarung in ähnlicher Form wie seinerzeit in Mürzsteg zu schließen; auf einen solchen Gedanken könne man aber hier nach den gemachten Erfahrungen nicht eingehen.

Der Minister sagte mir ferner, er hoffe mir bald nähere Einzelheiten über die Verhandlungen mit Graf Berchtold mitteilen zu können, er lege sogar großen Wert darauf, dies möglichst bald zu tun, heute könne er mir aber nicht mehr sagen, weil er sich dem Grafen Aehrenthal gegenüber dem Vorwurf nicht aussetzen wolle, nach irgendeiner Seite hin etwas über die gegenwärtigen ganz vertraulichen Verhandlungen ausgeplaudert zu haben.

Ich habe die Gelegenheit benutzt, um dem Minister zu sagen, es hätte mich sehr belustigt, in einigen Blättern von bekannter Richtung zu lesen, daß Deutschland der von England und Frankreich begünstigten russisch-österreichischen Annäherung mißtrauisch und unfreundlich gegenüberstehe. Wie wenig diese Behauptung der Wahrheit entspreche, brauchte ich ihm nicht zu versichern.

Herr Iswolsky erwiderte darauf, es sei überhaupt ein Unsinn davon zu sprechen, daß die Verhandlungen unter der Ägide irgendeiner dritten Macht stattfinden. Er glaube aber, daß alle europäischen Mächte Grund hätten, es mit Freuden zu begrüßen, wenn der unerträgliche Zustand der Spannung zwischen Wien und St. Petersburg aufhöre. Es handele sich ja nur um eine „Detente".

Den vertraulichen Mitteilungen des Grafen Berchtold entnehme ich, daß man in Wien als Basis der Besprechungen an den drei schon früher von mir gemeldeten Punkten festhält: nämlich Aufrechterhaltung des Status quo auf der Balkanhalbinsel, Desinteressement beider Mächte bezüglich der Balkanhalbinsel und Unterstützung des jetzigen Regimes in der Türkei.

Auf meine Frage, ob auch von „normaler Entwickelung der Balkanstaaten" die Rede gewesen sei, gab der Botschafter keine ganz klare Antwort, seine Äußerungen ließen aber erkennen, daß von russischer Seite in dieser Richtung Wünsche geäußert würden, zu denen man in Wien noch nicht definitiv Stellung genommen habe. Im allgemeinen machten die Mitteilungen meines österreichisch-ungarischen Kollegen auf mich den Eindruck, als ob man russischerseits vom Wiener Kabinett Garantien für die Zukunft haben möchte, während Graf Aehrenthal darauf nicht eingehen wolle[1]. Graf Berchtold sagte mir: „Was wir wollen, ist lediglich, mit Rußland wieder auf einen Fuß zu kommen, der es ermöglicht, beim Eintritt etwaiger Komplikationen auf der Balkanhalbinsel von Fall zu Fall in vertraulichen Meinungsaustausch zu treten."

Was die Fixierung des Ergebnisses der gegenwärtigen Besprechungen betrifft, so scheint Graf Aehrenthal der Veröffentlichung eines Communiqués

vor einem Notenaustausch den Vorzug zu geben und Herr Iswolsky sich zu dieser Frage noch nicht definitiv geäußert zu haben.

F. Pourtalès

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Richtig

Nr. 9915

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Schoen an den Botschafter in Wien von Tschirschky**

Telegramm
Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 22 Berlin, den 26. Februar 1910

Zur Orientierung und Verwertung gegenüber Graf Aehrenthal. Der russische Botschafter teilte mit, daß seine Regierung mit Graf Aehrenthal über Hauptlinien einer Verständigung einig sei. Nur eine Frage sei noch offen. Graf Aehrenthal wolle Verständigung in Preßcommuniqué bekanntgeben, Iswolsky wünsche dagegen, daß Inhalt der Verständigung den Großmächten mitgeteilt wird. Iswolsky bitte uns, in diesem Sinn in Wien tätig zu sein**.

Ich habe geantwortet, ich sehe keinen Vorteil für die Sache, wenn wir im gegenwärtigen Stadium solche Mission übernehmen würden. Dieselbe könnte als Einmischung unsererseits in den Gang der russisch-österreichischen Verhandlungen aufgefaßt und jedenfalls von der Presse, die uns jetzt schon eine solche kontrollierende Tätigkeit fälschlich zuschreibe, entsprechend ausgebeutet werden. Graf Aehrenthal habe uns zwar stets auf dem laufenden gehalten, keineswegs aber Wunsch nach unserer Mitwirkung in der Sache zu erkennen gegeben. Ich nehme dankbar Akt, daß uns die russische Regierung ebenfalls auf dem laufenden hält.

v. Schoen

Nr. 9916

Aufzeichnung des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg

Eigenhändig

Berlin, den 25. Februar 1910

Graf Aehrenthal hat mir über die österreichisch-russische Annäherung lediglich das wiederholt***, was uns bereits bekannt war, und was in dem

* Das gleiche Telegramm erging unter Nr. 21 nach Petersburg.
** Über die Antwort, die Iswolsky am 24. Februar auf den Aehrenthalschen Erlaß an Graf Berchtold vom 16. Februar erteilt hatte, siehe Nr. 9916, S. 472, Fußnote *, sowie das Telegramm Iswolskys an den Botschafter in London Graf Benckendorff vom 24. Februar (v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 122f.).
*** Graf Aehrenthal weilte vom 22.—24. Februar in Berlin.

Satz gipfelt, daß er mit Rußland keinen Akkord schließen werde. Als leiser Unterton klang dabei durch, daß er sich für die Zukunft freie Hand behalten wolle. Unmittelbar und ausdrücklich sprach er dies Bestreben gegenüber der Balkanpolitik Italiens aus, das am liebsten alles im voraus in Gemeinschaft mit Rußland festlegen wolle. A trois (mit Rußland und Italien) werde er indes keinesfalls Balkanverhandlungen führen.

Verhandlungen über die Erneuerung des Dreibundes seien seiner Ansicht nach einstweilen nicht einzuleiten. Italien werde am Dreibund festhalten, und zwar um so fester, je weniger wir uns darum bemühten, worin ich ihm zustimmte*.

v. Bethmann Hollweg

Nr. 9917

*Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Schoen***

Undatierte Reinschrift

[pr. 26. Februar 1910]

Außer den Fragen, deren Besprechung in dem Preßcommuniqué vom 24. d. Mts.*** enthalten ist, hat Graf Aehrenthal mit mir persönlich weitere

---

* Seinerseits hat sich Graf Aehrenthal über seine Konversationen mit Bethmann Hollweg gegenüber Botschafter von Tschirschky eingehend ausgelassen. In einem Bericht vom 1. März (Nr. 111) legt Tschirschky Graf Aehrenthal folgende Auslassungen in den Mund: „Was speziell die österreichisch-russische Annäherung betrifft, so habe ich Herrn von Bethmann wiederholt, wie ich ja Ihnen schon gesagt hatte, daß ich nicht gesonnen bin, irgendein schriftliches Abkommen mit Iswolsky abzuschließen. In München ist die Antwort Rußlands auf mein letztes nach Petersburg gerichtetes Schreiben in dieser Sache an mich gelangt. Iswolsky konstatiert darin zunächst mit Genugtuung, daß Österreich wie Rußland über die bekannten drei Punkte, betreffend die Balkanpolitik, einig sind. (Aufrechterhaltung des Status quo am Balkan und des neuen Regimes in der Türkei; friedliche Entwickelung der Balkanstaaten.) Nachdem dies glückliche Resultat erreicht sei, stehe der Wiederaufnahme normaler Beziehungen zwischen den Kabinetten von Petersburg und Wien nichts mehr im Wege, und der russische Vertreter in Wien würde mit entsprechenden Instruktionen versehen werden. Zum Schluß kommt dann Iswolsky wieder auf seine Idee eines Hineinziehens der andern Mächte zurück, wogegen er sich über meinen Vorschlag, ein gemeinsames Communiqué in der Presse zu erlassen, ausschweigt. Wenn er das letztere nicht will, so ist es auch gut, dann erfolgt eben gar keine Kundgebung, wozu ja eigentlich auch kein zwingender Anlaß vorliegt. Ich werde in meiner Antwort, mit der ich mich nicht allzusehr beeilen werde, weder auf die Idee der Beteiligung der anderen Mächte eingehen, noch auf meinen Vorschlag des Communiqués zurückkommen, sondern nur meinerseits meine aufrichtige Genugtuung über die Wiederaufnahme normaler Beziehungen zwischen den beiden Kabinetten zum Ausdruck bringen."

** Die Aufzeichnung wurde mittels Erlasses vom 27. Februar allen europäischen Botschaften, den Gesandtschaften in den Balkanstaaten, sowie den preußischen Gesandtschaften mitgeteilt.

*** In dem offiziösen Communiqué war über die Unterredung des Reichskanzlers mit Graf Aehrenthal gesagt: „Anknüpfend an ihre Unterredungen vom vorigen Herbste waren sie in der Lage, festzustellen, daß ebenso Deutschland wie Österreich-Ungarn die

konkrete Fragen nicht in den Kreis der Erörterung gezogen, da wir mit ihm über die großen Linien der Orientpolitik — freundschaftliches Verhältnis zur Türkei, Erhaltung des Status quo auf dem Balkan, absolute Nichteinmischung in die Kretafrage* — längst einig sind.

Was die Annäherung an Rußland betrifft, so will Graf Aehrenthal nicht bis zu einem neuen Akkord mit Rußland gehen, namentlich nicht bis zu einem schriftlichen. In einem solchen müßte dann doch etwas von „der Entwickelung der kleinen Balkanstaaten" gesagt sein, und das hieße nur die Idee des Balkanbundes fördern.

In italienischen Köpfen stellt sich, wie aus Äußerungen des hiesigen italienischen Botschafters** zu entnehmen, das gegenüber der Entwickelung der Dinge im Balkan anzustrebende Verhältnis der einzelnen dort interessierten Großmächte als ein Bild dar, das etwa einem Dreieck entsprechen würde. Eine Seite dieses Dreiecks soll das Abkommen zwischen Öster-

Erhaltung des Status quo im nahen Orient anstreben, und daß sie die weitere Konsolidierung der inneren Verhältnisse des ottomanischen Reichs mit ihren Sympathien begleiten. Herr Graf Aehrenthal und Herr von Bethmann Hollweg verblieben bei ihrer ruhigen Beurteilung der nächsten Zukunft, sowohl was die Lage in Europa im allgemeinen als auch die Entwicklung im nahen Orient anbelangt. Diese Zuversicht stützt sich vor allem auf das Bundesverhältnis beider Staaten zu Italien sowie auf die günstige Entwicklung der Beziehungen Deutschlands und Österreich-Ungarns zu den anderen Mächten, welche die so notwendige Erhaltung der Eintracht unter den Mächten wirksam zu fördern geeignet ist."

Eine weitere offiziöse Auslassung fand sich in der „Süddeutschen Reichskorrespondenz": „Die Aussprache zwischen dem Reichskanzler und dem Grafen von Aehrenthal über die schwebenden Fragen der Politik ist unter Eindrücken erfolgt, die sachlich befriedigend wie persönlich angenehm sind. Dies mag für gewisse ausländische Kritiker gesagt sein, die vor der Ankunft des Grafen von Aehrenthal in Berlin bemüht waren, einen frostigen Verlauf seines Besuches vorauszusagen, und die es vielleicht auch künftig für eine besondere diplomatische Kunst halten werden, Berlin und Wien gegeneinander mißtrauisch zu machen. Man ist nicht müde geworden auszustreuen, Deutschland blicke mit scheelen Augen auf die sich vorbereitende Annäherung zwischen Österreich-Ungarn und Rußland. In Wirklichkeit lag kein Grund vor, uns wegen diplomatischer Unterhandlungen zu beunruhigen, über deren Zweck und Inhalt wir von beiden Seiten fortlaufend unterrichtet werden. Wir haben zuviel Achtung vor der Selbständigkeit der österreichisch-ungarischen wie der russischen Politik, um Winke für die fernere Gestaltung des Verhältnisses zwischen den beiden Kaiserreichen zu erteilen oder Versuche zur Herstellung eines Einvernehmens mit gönnerhaften Lobsprüchen zu begleiten. Aber wir brauchen nicht zu verschweigen, daß auch wir Interesse nehmen an dem Schwinden einer Entfremdung, die in Wien wie in St. Petersburg als abnorm und als störend empfunden wird. Zwischen zwei Großmächten, von denen eine uns fest verbündet, die andere durch keinen naturnotwendigen Gegensatz in großen Fragen von uns getrennt ist, gibt es für Deutschland nicht die Rolle des Tertius gaudens, die übrigens bei der zunehmenden Verflechtung der Interessen für keine Großmacht zeitgemäß ist. Der Ausblick auf die politische Gesamtlage erscheint nicht unbefriedigend. Das Vertrauen in die Fortdauer einer überwiegend günstigen Entwicklung gründet sich aber darauf, daß im Verkehr der Mächte gutwillige Stimmung und europäischer Geist gepflegt und gestärkt werden. Wir sind gewiß, daß hierzu die Besprechungen der Dreibundstaatsmänner, jetzt in Berlin und später in Rom, das ihrige beitragen." Siehe Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, Jg. 1910, S. 148f.

* Vgl. Kap. CCIX.

** Pansa.

reich-Ungarn und Rußland bilden, während die beiden anderen Seiten aus dem jüngsten Notenwechsel von Österreich-Ungarn mit Italien* und aus des letzteren Abmachung in Racconigi** mit Rußland bestehen würden. Dies würde eine aktive Rolle Italiens im Balkan zur Voraussetzung haben. Graf Aehrenthal zeigt aber keine Lust, Italien das Spielen dieser Rolle zu erleichtern. Es ist ihm nicht verständlich, daß Italien nicht in dem Vordringen des Slawentums bis zur Adria eine Gefahr sieht. Er vermag sich die slawenfreundliche Balkanpolitik Italiens nur aus dessen Bestreben zu erklären, Österreich-Ungarn im Zaum zu halten. Ein derartiges Stutzen der Flügel will er sich aber nicht gefallen lassen, und deshalb liegt für ihn kein Grund vor, Italien in seiner Balkanpolitik zu unterstützen. Dagegen würde Graf Aehrenthal es gern sehen, wenn Italien und Frankreich wegen des Hinterlandes von Tripolis aneinander kämen. Freilich scheint hierzu wenig Aussicht, da einerseits Italien seine Augen mehr nach dem Osten als über das Mittelmeer weg richtet, andererseits auch das Jungtürkentum fest entschlossen ist, sein Prestige und die Integrität des osmanischen Reiches aufrecht zu erhalten.

An die Frage der Erneuerung oder Erweiterung des Dreibundes jetzt schon heranzutreten, sieht Graf Aehrenthal keinen Anlaß.

v. Schoen

Nr. 9918

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 29 St. Petersburg, den 26. Februar 1910

Herr Iswolsky, der mich soeben zu sich bitten ließ, machte mir über gegenwärtigen Stand russisch-österreichischer Verhandlungen folgende Mitteilungen***. Nachdem im Prinzip über die Basis zur Wiederanbahnung normaler diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Mächten Einigung erzielt sei, handelt es sich gegenwärtig um Form, in welcher diese Einigung zum Ausdruck gelangen solle. Graf von Aehrenthal wünsche nach außen hin Zeitungscommuniqué, in welchem lediglich Tatsache wiederhergestellten Kontakts festgestellt werde, außerdem „pour satisfaire son amour propre" geheime Vereinbarung zu Zweien nach Art Mürzsteger Abkommens[1]. Iswolsky ist gegen Vereinbarung zu Zweien und wünscht eine Mitteilung an alle Mächte mit näherer Präzisierung der Punkte, hinsichtlich welcher zwischen Wien und St. Petersburg Übereinstimmung herrsche. Minister glaubt, daß solche Mitteilung Basis schaffen würde, auf welcher

* Vgl. Kap. CCXIII.

** Vgl. Kap. CCXIV.

*** Vgl. dazu das Telegramm Iswolskys an den russischen Botschafter in Rom Fürst Dolgoruki vom 27. Februar: „Wir halten über unsere Verhandlungen mit Österreich die Kabinette von Rom, Paris und London auf dem laufenden und, weniger ausführlich, auch Berlin." (V. Siebert, Diplomatische Akenstücke, a. a. O., S. 128.)

im Falle des Eintritts von Verwicklungen auf Balkanhalbinsel gemeinsame Aussprache aller Mächte unter einander ermöglicht und einer Spaltung Europas in zwei Lager wie im vorigen Jahre vorgebeugt werden würde. Minister meinte, uns müsse Mitteilung an Mächte auch lieber sein als russisch-österreichisches Geheimabkommen zu Zweien, und legte dabei Gedanken nahe, ob wir nicht im Sinne seiner Wünsche in Wien wirken wollten. Ich erwiderte, ich könnte Entscheidungen meiner Regierung natürlich nicht vorgreifen. Mir sei zwar bekannt, daß wir russisch-österreichischer Annäherung im Prinzip sympathisch gegenüberständen, ob meine Regierung aber geneigt sein werde, in dieser Frage auf das Wiener Kabinett irgendwelchen Einfluß auszuüben, wüßte ich nicht.

Pourtalès

Randbemerkung Freiherrn von Schoens:

[1] Das stimmt nicht zu dem, was uns Aehrenthal gesagt hat.

Nr. 9919

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Botschafter in Petersburg Grafen von Pourtalès

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 22 Berlin, den 27. Februar 1910

Auf Telegramm Nr. 29*.

Graf Aehrenthal hat mir wiederholt und ausdrücklich erklärt, er wünsche lediglich Zeitungscommuniqué, in welchem wiederhergestellter Kontakt festgestellt werde. Trete demnächst durch Vorgänge auf Balkan Notwendigkeit zu weiteren Verhandlungen ein, so könnten diese alsdann auf Grund des jetzt hergestellten Kontaktes eingeleitet werden. Gehe Herr Iswolsky auf diesen Vorschlag nicht ein, so werde er, Aehrenthal, ein entsprechendes Communiqué wahrscheinlich einseitig veröffentlichen. Dagegen lehne er jede weitere Vereinbarung strikte ab und ebenso Mitteilung an Mächte. Die Wünsche, die Herr Iswolsky hiermit verfolge, seien viel zu durchsichtig, als daß er ihnen nachgeben könne. Nicht er habe eine solche Vereinbarung angeregt, sondern Iswolsky sei es, der sie verlange.

Ich habe Aehrenthal erklärt, daß mir seine Haltung durchaus verständlich und zweckmäßig scheine, habe es aber geflissentlich vermieden, auch nur den Anschein zu erwecken, als ob ich Ratschläge erteilen wollte. Im Hinblick auf mögliche Komplikationen auf dem Balkan kann es uns nur erwünscht sein, wenn die Möglichkeit einer Verständigung zwischen Österreich und Rußland geschaffen wird, dagegen haben wir kein Interesse daran, daß sich eine solche Verständigung zu einem intimen Verhältnis auswächst. Ich beabsichtige deshalb im jetzigen Stadium nicht, im Sinne

---

* Siehe Nr. 9918.

der Iswolskyschen Wünsche einen bestimmten Einfluß auf das Wiener Kabinett auszuüben, und zwar das um so weniger, als nach vorstehendem die Mitteilungen, die Iswolsky Ihnen gemacht hat, nicht in allen Punkten den Tatsachen entsprechen.

Sie wollen Herrn Iswolsky bei der nächsten sich bietenden Gelegenheit bei Verwertung des Telegramms Nr. 21 v. 26. d. Mts.* sagen, wie sympathisch wir es begrüßten, daß der Kontakt zwischen Wien und Petersburg wieder hergestellt sei, und wie wir uns der sicheren Hoffnung hingäben, daß auf Grund dessen sich unschwer eine Verständigung werde erzielen lassen, falls unverhoffter und unerwünschter Weise die Aufrechterhaltung des Status quo auf der Balkanhalbinsel in Zukunft gefährdet werden sollte.

v. Bethmann Hollweg

Nr. 9920

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Schoen an den Botschafter in Wien von Tschirschky

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Freiherrn von Romberg

Nr. 287 Berlin, den 1. März 1910

Ew. pp. beehre ich mich beifolgend Abschrift eines Telegramms des Kaiserlichen Botschafters in St. Petersburg** sowie meiner ihm hierauf erteilten Instruktion*** zu Ihrer Orientierung ergebenst zugehen zu lassen.

Wie Sie aus dem Telegramm des Grafen Pourtalès ersehen wollen, sind die Eröffnungen Herrn Iswolskys in einem wesentlichen Punkt mit den Ihnen bekannten Mitteilungen nicht in Einklang zu bringen, die uns Graf Aehrenthal über seine Verhandlungen mit dem St. Petersburger Kabinett gemacht hat. Von der Absicht, eine geheime Vereinbarung zu Zweien mit Rußland abzuschließen, hat er hier auch nicht die geringste Andeutung fallen lassen. Wenn nicht ein Mißverständnis vorliegen sollte, müßte man daher auf die Vermutung kommen, daß es sich um einen Versuch Herrn Iswolskys handelt, zwischen Berlin und Wien Mißtrauen zu säen. Auf alle Fälle erscheint es mir nützlich, daß Graf Aehrenthal erfährt, was uns von Herrn Iswolsky über die Verhandlungen mit dem Wiener Kabinett mitgeteilt worden ist. Ew. pp. bitte ich gleichzeitig, dem Minister von der Antwort, die wir Herrn Iswolsky erteilt haben, Kenntnis zu geben und dabei erneut zum Ausdruck zu bringen, wie wir die von ihm gegenüber den russischen Vorschlägen eingenommene Haltung sympathisch begrüßt hätten.

v. Schoen

* Vgl. Nr. 9915, Fußnote *.
** Siehe Nr. 9918.
*** Siehe Nr. 9919.

Nr. 9921

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Schoen

Reinschrift

Berlin, den 3. März 1910

Der österreichisch-ungarische Botschafter hat mir den Dank des Grafen Aehrenthal und dessen lebhafte Befriedigung übermittelt über die Mitteilung, daß wir das Ansinnen Iswolskys bezüglich einer Einwirkung auf das Wiener Kabinett abgelehnt hätten, dahin gehend, daß dieses sich mit einer Mitteilung der Grundlinien der österreichisch-russischen Annäherung an die Mächte einverstanden erkläre.

Ferner hat mir Herr von Szögyény folgendes im Auftrage des Grafen Aehrenthal mitgeteilt:

Der russische Geschäftsträger habe dem Grafen Aehrenthal die Befriedigung des Herrn Iswolsky über die glückliche Übereinstimmung beider Mächte in den Prinzipien der Balkanpolitik ausgesprochen und hinzugefügt, er sei ermächtigt, die normalen diplomatischen Beziehungen und den vertraulichen Verkehr mit dem K. und K. Österreichisch-Ungarischen Ministerium des Äußern wieder aufzunehmen. Die Kaiserlich Russische Regierung hoffe, daß der österreichisch-ungarische Botschafter in Petersburg analoge Instruktionen erhalten werde. Graf Aehrenthal habe diese Eröffnung mit Dank entgegengenommen und erwidert, daß auch die K. und K. Regierung die Wiederherstellung des vertrauensvollen diplomatischen Kontakts mit Befriedigung begrüße. Er gedenke in der nächsten Woche eine Antwort Herrn Iswolsky auf dessen Replik in der Annäherungssache erteilen zu lassen, sei aber über den Tenor der Antwort noch nicht ganz entschlossen. Immerhin werde er auch in dieser Antwort die Wiederanknüpfung normaler vertrauensvoller Beziehungen mit Genugtuung konstatieren. Was die in der Replik des Herrn Iswolsky angeregte Frage einer Mitteilung an die Mächte angehe, so gehe sein (Aehrenthals) Eindruck dahin, daß die seinerzeit hier geltend gemachten Erwägungen auch heute noch nichts von ihrer Stichhaltigkeit eingebüßt hätten*.

Der österreichisch-ungarische Botschafter in Petersburg sei nunmehr ermächtigt, den vertraulichen mündlichen Verkehr mit Herrn Iswolsky wieder aufzunehmen.

v. Schoen

---

* Vgl. auch das Telegramm Sverwejews an Iswolsky vom 1. März 1910, v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 130f.

Nr. 9922

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 78 St. Petersburg, den 1. März 1910

Auf einer Gesellschaft bot sich mir gestern Gelegenheit zu einem vertraulichen Gespräch mit dem in seinem Bureau sehr schwer zugänglichen Herrn Sasonow.

Der Gehilfe des Ministers des Äußern kam nach einigen Bemerkungen über den bulgarischen Besuch* von selbst auf den gegenwärtigen Stand der Verhandlungen zwischen dem hiesigen und dem Wiener Kabinett. Herr Sasonow sprach dabei sein Bedauern darüber aus, daß diese Verhandlungen nicht so befriedigend verliefen, wie man es hier gewünscht hätte. Wenn Graf Aehrenthal sich jetzt auf den Standpunkt stelle, daß er nur ein die Tatsache des wiederhergestellten Kontaktes konstatierendes Zeitungscommuniqué wünsche, so sei dies ein ziemlich mageres Ergebnis der Verhandlungen. Hier würde man gern die zu erzielende Vereinbarung „auf eine breitere Basis" gestellt haben, um auf diese Weise gegenüber allen eventuell auf der Balkanhalbinsel eintretenden Verwickelungen vorbereitet zu sein. Ich entgegnete, die beste Vorbereitung scheine mir der wiederhergestellte Kontakt zu sein, welcher es erlaube, über alle auftauchenden Fragen in Besprechungen zu treten. Herr Sasonow wollte dies nicht gelten lassen und bemerkte, wenn erst konkrete Fragen auftauchen, wäre es für solche Besprechungen meist zu spät. Er könne nicht verstehen, warum sich Graf Aehrenthal einer den Großmächten mitzuteilenden Vereinbarung so hartnäckig widersetze. Nichts sei geeigneter, die so wünschenswerte Beruhigung in Europa eintreten zu lassen, als wenn sämtliche Mächte von den Abmachungen zwischen Rußland und Österreich-Ungarn Kenntnis erhielten und sich dessen Abmachungen anschlössen. Nachdem Rußland und Österreich-Ungarn hinsichtlich der dabei in Frage kommenden Hauptpunkte einig geworden seien, wäre es nur natürlich, eine Mitteilung an die Mächte ergehen zu lassen, ähnlich wie dies auch nach der Begegnung von Racconigi** geschehen sei. Graf Aehrenthal wünsche nur einen Notenaustausch zu Zweien, und das sei der Grund, weswegen er sich gegen die Mitteilung an die Großmächte sträube. Ein Notenaustausch zu Zweien, dessen Inhalt nicht bekannt würde, sei aber gegenwärtig für das St. Petersburger Kabinett unmöglich, da die hiesige öffentliche Meinung noch von zu großem Mißtrauen gegen Österreich-Ungarn beseelt sei. Ein tête-à-tête mit Österreich-Ungarn würde hier einen Sturm hervorrufen, der, weit davon entfernt, die gewünschte Beruhigung hervorzurufen, die Gemüter nur von neuem

* König Ferdinand von Bulgarien weilte vom 23. Februar bis 3. März zum Besuch des Zarenhofes in Petersburg. Vgl. dazu Kap. CCX, Nr. 9748, S. 183 Fußnote *.
** Vgl. Kap. CCXIV.

erregen würde. Auf meine Frage, ob denn Graf Aehrenthal tatsächlich den Wunsch ausgedrückt habe, eine Vereinbarung zu Zweien abzuschließen, erwiderte der Ministergehilfe: „Jedenfalls hat er diesen Wunsch deutlich durchblicken lassen."

Als ich weiterhin die Frage aufwarf, ob nicht ein Zeitungscommuniqué den Zweck der Beruhigung der öffentlichen Meinung ebenso gut erreichen würde, bemerkte der Ministergehilfe, derartigen Communiqués würde keine genügende Bedeutung beigemessen. Nach allem, was in der letzten Zeit zwischen Rußland und Österreich-Ungarn vorgefallen sei, müßte schon etwas mehr geschehen. Er wiederholte dann, daß nach seiner Überzeugung das beste Mittel zur Wiederherstellung normaler Beziehungen zwischen beiden Kabinetten der Weg einer Mitteilung an die Mächte wäre, welcher somit zugleich der Sache des Friedens einen großen Dienst leisten würde. Hieran anknüpfend sprach Herr Sasonow die Hoffnung aus, daß wir unseren Einfluß in Wien geltend machen würden, damit Graf Aehrenthal bei seinem Widerstande nicht weiter beharre.

Ich erwiderte darauf, unser Standpunkt in der Frage der russisch-österreichischen Annäherung sei bekannt und erst kürzlich gelegentlich des Besuches des Grafen Aehrenthal in Berlin von neuem wiederholt öffentlich betont worden. Wir ständen der Annäherung mit größter Sympathie gegenüber, wir würden uns aber jeder Einflußnahme bei den Besprechungen beider Kabinette enthalten, da wir uns von einer solchen keinen Nutzen versprechen könnten.

Etwas enttäuscht antwortete Herr Sasonow: „Sie wollen sich eben auch in dieser Frage von dem Standpunkt Österreich-Ungarns nicht trennen."

F. Pourtalès

Nr. 9923

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 117 Wien, den 2. März 1910
Geheim

Ich habe den mir durch hohen Erlaß von gestern Nr. 287* hochgeneigtest erteilten Auftrag bei Graf Aehrenthal ausgeführt. Der Graf läßt Euerer Exzellenz seinen verbindlichsten Dank sagen für die vertrauensvolle Mitteilung der Iswolskyschen Eröffnungen und der an Graf Pourtalès ergangenen Instruktion. Er teile vollkommen Euerer Exzellenz Ansicht, daß es sich um ein — allerdings ziemlich plumpes — Manöver des russischen Ministers handelt, zwischen Wien und Berlin Mißtrauen zu säen. Dieser Versuch falle in die Kategorie von Umtrieben, wie sie hier wieder

* Siehe Nr. 9920.

von englischer Seite in Szene gesetzt würden, um das Verhältnis zwischen uns beiden und in der Folge zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn zu trüben. Ein Mißverständnis könne nicht vorliegen. Nie und mit keinem Wort und keiner Andeutung habe er — Graf Aehrenthal — einen Wunsch nach Abschluß einer geheimen Vereinbarung zu Zweien mit Rußland jemals zu erkennen gegeben. Es handele sich vielmehr um eine bewußte Verdrehung der Tatsachen, die, wie mir bekannt, schon in einem früheren Stadium der Verhandlungen mit Rußland aufgetaucht sei, als nämlich Iswolsky seine erste Antwort nach Wien mit der Bemerkung eingeleitet habe, seiner Ansicht nach könne ein Akkord nach dem Muster des 1897er nicht mehr in Frage kommen, trotzdem von seiner — Aehrenthals — Seite niemals eine solche Möglichkeit ins Auge gefaßt worden sei.

Die Feststellung der wahren Sachlage, wie sie in dem ersten Abschnitt der Instruktion an Graf Pourtalès* dargelegt wird, bezeichnete mir der Minister als ausgezeichnet, präzise und völlig zutreffend. Er sei Euerer Exzellenz besonders dankbar für die klare Weisung an unseren Vertreter in Petersburg, wie sie in den Worten enthalten sei: „Im jetzigen Stadium beabsichtige ich deshalb nicht, einen bestimmten Einfluß auf das Wiener Kabinett im Sinne der Iswolskyschen Wünsche auszuüben, und zwar um so weniger, als nach vorstehendem die Ihnen von Iswolsky gemachten Mitteilungen den Tatsachen nicht in allen Punkten entsprechen." Graf Aehrenthal möchte hierbei Euerer Exzellenz geneigter Erwägung anheimstellen, ob es sich nicht empfehlen würde, Herrn Iswolsky jetzt in freundschaftlicher Form noch ausdrücklich darauf aufmerksam machen zu lassen, daß, soviel man bei den vertrauensvollen Beziehungen, die zwischen Wien und Berlin bestünden, habe feststellen können, die Annahme, als gehe der Wunsch Graf Aehrenthals auf eine geheime Abmachung zu Zweien, auf einer mißverständlichen oder irrigen Auffassung des österreichisch-ungarischen Standpunktes beruhe, und daß die deutsche Regierung, die das erreichte günstige Resultat der Wiederaufnahme normaler Beziehungen zwischen Wien und Petersburg sympathisch begrüße, es für ihre Pflicht halte, gerade um dieses erfreuliche Resultat nicht zu gefährden, den russischen Minister vertraulich und freundschaftlich hierauf aufmerksam zu machen. Er, Graf Aehrenthal, behalte sich vor, seinerseits bei gelegenem Anlasse dann Herrn Iswolsky gegenüber sich in gleichem Sinne zu äußern.

Es sei umso wünschenswerter, Herrn Iswolsky gegenüber die Dinge rechtzeitig klarzustellen, da er, wie es sich herausstelle, wieder wie im vergangenen Jahre ganz Europa gegen Österreich mobil zu machen suche**. Das erste Anzeichen sei ein — zwar schüchterner — Versuch von seiten Italiens, auf ihn — Aehrenthal — einen Druck dahin aus-

* Siehe Nr. 9919.

** Tatsächlich hatte Iswolsky die Kabinette von Paris, London und Rom nicht nur über seine Verhandlungen mit dem Wiener Kabinett unterrichtet, sondern sie auch um ihre Unterstützung ersucht. Näheres darüber bei v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 123, 124, 127. Vgl. auch Nr. 9929.

zuüben, auf den Iswolskyschen Gedanken des Abschlusses einer schriftlichen Abmachung und deren Mitteilung an die Mächte einzugehen. Der Herzog von Avarna sei gestern in dieser Richtung bei ihm vorstellig geworden. Der Herzog habe die Sache allerdings zögernd vorgebracht und nicht weiter insistiert, als er bei ihm — Graf Aehrenthal — auf ganz energische Abweisung gestoßen sei. Der Vorgang sei aber bezeichnend für die Taktik Iswolskys, der in Rom doch stark gedrückt haben müsse, damit sich Graf Guicciardini entschließen konnte, hier in einer Richtung vorstellig zu werden, von der er doch annehmen mußte, daß sie den hiesigen Intentionen zuwiderlaufe.

Viel ernster als diese italienische Aktion sei aber der Vorstoß Frankreichs gewesen, den Herr Crozier heute bei ihm unternommen habe. Der Botschafter sei mit ganz schwerem Geschütz aufgefahren und habe eine förmliche Pression auf ihn ausüben wollen. Er habe mit Nachdruck alle Gründe angeführt, aus denen der Abschluß einer schriftlichen Abmachung zwischen Wien und Petersburg notwendig erscheine, und besonders darauf hingewiesen, daß es angesichts der prekären Lage im nahen Orient unumgänglich geboten sei, auch die anderen Mächte an dieser Abmachung teilnehmen zu lassen. Diesem heftigen Ansturm des französischen Botschafters gegenüber habe er mit gleichem Nachdruck geantwortet. Wenn der Botschafter von der prekären Lage im Orient gesprochen habe, so müsse er ihn vor allem fragen, wodurch denn die Lage im Orient diesen prekären Charakter angenommen habe: doch nur infolge der remüanten Politik des Herrn Iswolsky, der alles tue, damit dort und in Europa überhaupt keine Ruhe eintreten könne. Die Prinzipien der österreichisch-ungarischen Politik seien zur Genüge bekannt, und die ganze Haltung des hiesigen Kabinetts während und nach der Annexion habe für jeden, der es sehen wolle, bewiesen, daß es ihr mit der Einhaltung dieser Prinzipien Ernst sei. Es sei also jedenfalls nicht hier in Wien, wo die Verantwortung für die fortgesetzte Beunruhigung Europas liege, und er müsse jede Vorstellung in dieser Richtung zurückweisen. Die Wiederaufnahme normaler politischer Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Rußland, die jetzt erreicht sei, sei ein sehr glückliches Resultat, das durch direkte Verhandlungen zwischen den beiden Reichen erzielt worden sei. Wenn Rußland aber damit allerhand andere Fragen und Wünsche verquicken und ganz Europa hineinziehen wolle, könne dieses glückliche Ergebnis nur in Frage gestellt werden. Es sei nun an Rußland, seinerseits dafür zu sorgen, daß Ruhe und Stabilität in der Politik am Balkan und in Europa wieder einkehrten. „Kurzum", so resümierte sich Graf Aehrenthal, „ich habe Herrn Crozier energisch abfallen lassen."

England, meinte der Minister weiter, habe sich bisher in dieser Sache nicht gerührt. Anscheinend sei diesmal Frankreich vorgeschickt worden.

Er bleibe, schloß der Minister, wie er nicht zu versichern brauche, unverrückbar auf dem Standpunkt stehen, den er Euerer Exzellenz als den seinen bezeichnet habe, und der in der an Graf Pourtalès ergangenen In-

struktion so klar und deutlich gekennzeichnet sei. Weiter gehe er nicht und werde sich auch nicht durch den Druck, den man auf ihn auszuüben suche, fortreißen lassen.

von Tschirschky

Nr. 9924

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Schoen

Reinschrift

Berlin, den 4. März 1910

Der österreichisch-ungarische Botschafter teilte mir auftragsgemäß geheim folgendes mit:

Graf Aehrenthal sei von der durch uns erhaltenen vertraulichen Mitteilung, daß Iswolsky, als er Graf Pourtalès bat, seinen Wunsch nach Hereinziehung der Mächte in die Frage der russisch-österreichischen Annäherung uns zu übermitteln, von einem neuen Geheimabkommen nach Art des Mürzstegers, das Österreich-Ungarn wünsche, gesprochen hat, sehr bewegt.

Graf Aehrenthal habe nunmehr den österreichisch-ungarischen Botschafter in Petersburg beauftragt, zunächst sich bei Graf Pourtalès zu versichern, ob nicht etwa ein Mißverständnis vorliege. Sei dies nicht der Fall, so solle Graf Berchtold die Sache bei Herrn Iswolsky zur Sprache bringen und das Erstaunen des Grafen Aehrenthal über jenen Widerspruch zum Ausdruck bringen[1].

v. Schoen

Randbemerkung von Bethmann Hollwegs:

[1] Das geht doch wohl etwas weit und entspricht nicht unserer vertraulichen Mitteilung.

v. B. H.

Nr. 9925

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Schoen an den Botschafter in Petersburg Grafen von Pourtalès

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Freiherrn von Romberg

Nr. 26 Berlin, den 5. März 1910

Im Anschluß an Telegramm Nr. 22*.

Graf Aehrenthal, dem ich vertraulich von den Mitteilungen Herrn Iswolskys über russisch-österreichische Annäherung Kenntnis geben ließ, war über Behauptung, er habe neues Geheimabkommen nach Art Mürz-

---

* Siehe Nr. 9919.

stegers angestrebt, peinlich berührt. Graf Aehrenthal bittet uns, Herrn Iswolsky in freundschaftlicher Form durch Ew. pp. darauf aufmerksam zu machen, daß, soviel bei vertrauensvollen Beziehungen zwischen Wien und Berlin habe festgestellt werden können, obige Annahme des russischen Ministers auf mißverständlicher oder irriger Auffassung des österreichisch-ungarischen Standpunktes beruhe.

Bitte, ohne Wunsch des Grafen Aehrenthal erkennen zu lassen, in obigem Sinne mit Iswolsky zu sprechen und ihm dabei noch zu sagen, daß Kaiserliche Regierung, die das erreichte günstige Resultat der Wiederaufnahme normaler Beziehungen zwischen Wien und St. Petersburg sympathisch begrüße, es für ihre Pflicht halte, gerade um dieses Resultat nicht zu gefährden, den Minister vertraulich auf dieses anscheinende Mißverständnis aufmerksam zu machen.

Es wäre sehr erwünscht, wenn Ew. pp. mit Herrn Iswolsky sprechen könnten, bevor Graf Berchtold, der gleichfalls mit Aufklärung der Sache beauftragt ist, den Minister sieht.

v. Schoen

Nr. 9926

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 86 St. Petersburg, den 8. März 1910

Bei einer Unterredung, die ich gestern mit Herrn Iswolsky hatte, und über welche ich Euerer Exzellenz bereits kurze Meldung erstatten durfte*, sagte ich dem Minister, daß, wenn er angenommen habe, Graf Aehrenthal strebe wieder ein Abkommen zu Zweien zwischen dem Wiener und dem St. Petersburger Kabinett an, die Mitteilungen, die der österreichisch-ungarische Minister in Berlin gemacht habe, diese Annahme nicht bestätigen, vielmehr ein Mißverständnis vorzuliegen scheine, welches aufzuklären im Interesse der Wiederherstellung vertrauensvoller Beziehungen zwischen den beiden genannten Kabinetten notwendig erscheine.

Herr Iswolsky griff sofort das Wort „Mißverständnis" auf, um darzutun, daß es bei dem derzeitigen Stand seiner Beziehungen zu Graf Aehrenthal durchaus notwendig sei, die Punkte, über die eine Verständigung erzielt worden sei, zu präzisieren und den Mächten bekannt zu geben, „pour y associer les autres grandes puissances". Von einem Mißverständnis könne gar keine Rede sein, denn das Ergebnis der Besprechungen, welche er in den letzten Wochen mit Graf Berchtold gepflogen habe, sei bei jeder Unterredung in einem Aide-mémoire festgelegt worden. Außer-

* Es war durch ein Telegramm (Nr. 37) vom gleichen Tage geschehen.

dem habe er sich nach jeder Unterredung sofort genaue Notizen gemacht, er habe somit jedes Wort schriftlich, welches ihm der österreichisch-ungarische Botschafter im Auftrage seiner Regierung mitgeteilt habe. Wenn es jetzt schon notwendig erscheine, Mißverständnisse aufzuklären, so sei dies wohl das beste Argument für die Nützlichkeit einer Mitteilung an die Mächte.

Im übrigen bestritt Herr Iswolsky, mir gesagt zu haben, daß Graf Aehrenthal ein geheimes Abkommen zu Zweien angestrebt habe. Als ich darauf den Minister an verschiedene Äußerungen erinnerte, die er im Laufe unserer letzten Unterredungen mir gegenüber getan hatte, konnte er diese Äußerungen nicht in Abrede stellen, erläuterte aber dieselben in folgender Weise: Graf Berchtold sei mit Vorschlägen über drei Punkte hervorgetreten, welche die Basis für die Wiederannäherung bilden sollten. Er, Herr Iswolsky, habe darauf mit Gegenvorschlägen geantwortet, in denen die drei Punkte etwas modifiziert worden seien. Schließlich habe man sich über diese drei Punkte geeinigt. Es sei also tatsächlich eine Verständigung über ganz bestimmte Fragen der Balkanpolitik zwischen beiden Kabinetten erreicht worden. Wenn nun Graf Aehrenthal wirklich die hiesige Ansicht teile, daß es besser sei, nicht wieder zu dem Verhältnis zu Zweien, wie es in Mürzsteg vereinbart wurde, zurückzukehren, weshalb weigere er sich, die drei Punkte, auf welche sich die Verständigung bezöge, den Großmächten mitzuteilen? Es könne keinen anderen Grund dafür geben, als daß der österreichisch-ungarische Minister par amour propre einer solchen Mitteilung widerstrebe.

Wenn jetzt nach mehrwöchentlichen Verhandlungen, auf deren Ergebnis die öffentliche Meinung aller Länder mit Spannung warte, nichts weiter als ein Zeitungscommuniqué über den zwischen den Kabinetten von Wien und St. Petersburg wiederhergestellten Kontakt erscheine, so müsse notwendig der Glaube entstehen, daß noch mehr zwischen beiden Regierungen verhandelt worden sei, was geheim gehalten werde. Die Mißstimmung aber, die hier noch immer infolge der vorigjährigen Ereignisse gegen Österreich-Ungarn herrsche, sei so groß, daß es äußerst bedenklich erscheine, der hiesigen öffentlichen Meinung gegenüber auch nur den Anschein zu erwecken, als seien zwischen Rußland und Österreich-Ungarn wieder geheime Abmachungen zu Zweien vereinbart worden. Schon jetzt fange die hiesige Presse an, sich über die Annäherung zwischen Rußland und Österreich-Ungarn sehr unfreundlich auszusprechen. Die Abneigung des Grafen Aehrenthal gegen eine offizielle Bekanntgabe der drei Punkte an die Mächte müsse als Wunsch des österreichisch-ungarischen Ministers erscheinen, das Ergebnis des Gedankenaustausches zwischen dem hiesigen und dem Wiener Kabinett als ein Internum zwischen beiden Kabinetten zu behandeln. In diesem Sinne sei es zu verstehen, wenn Herr Iswolsky mir gesagt habe, daß er nach den Erfahrungen der letzten Jahre ein tête à tête zwischen Wien und St. Petersburg nicht wieder wünsche.

Diese Erläuterungen des Ministers erscheinen einigermaßen gewunden, und ich kann mich des Eindruckes nicht erwehren, daß sowohl der Minister wie auch Herr Sasonow bei uns tatsächlich den Glauben haben erwecken wollen, als ob Graf Aehrenthal wieder ein Abkommen zu Zweien nach Art der Mürzsteger Vereinbarungen anstrebe. Es wurde dabei hier angenommen, daß uns dies nicht erwünscht sein würde, und man hoffte, uns auf diese Weise zu beeinflussen, damit wir in Wien zugunsten der von Herrn Iswolsky gewünschten Mitteilung an die Mächte wirkten.

Als ich dem Minister gestern nochmals wiederholte, mit welcher Sympathie wir die Wiederherstellung normaler Beziehungen zwischen Rußland und Österreich-Ungarn begrüßten, ließ ich zugleich durchblicken, daß wir zwar für das uns sehr erwünschte Zustandekommen dieser Wiederannäherung im allgemeinen gern gewirkt hätten, daß wir uns aber in die Details der Verhandlungen zwischen Wien und Petersburg von vornherein nicht hätten einmischen wollen und uns auch weiterhin von einer Einflußnahme nach irgendeiner Seite für die Sache keinen Nutzen versprechen könnten. Der Minister erwiderte, er sehe ein, daß wir uns „aus Zartgefühl" nicht einmischen wollten, er könne aber nicht umhin, diese unsere Haltung zu bedauern, denn er sei überzeugt, daß durch eine Mitteilung des Ergebnisses seiner Pourparlers mit Graf Berchtold an die Mächte der Sache des Friedens und der allgemeinen Beruhigung am besten gedient würde. Übrigens habe Graf Aehrenthal sein letztes Wort noch nicht gesprochen, und man sehe hier noch immer einer offiziellen Antwort des Wiener Kabinetts auf den letzten russischen Vorschlag entgegen.

Graf Berchtold, welcher schon in der vorigen Woche den Auftrag erhalten hatte, Herrn Iswolsky über das entstandene Mißverständnis dahin aufzuklären, daß Graf Aehrenthal an ein geheimes Abkommen zu Zweien nie gedacht habe, trug von Anfang an Bedenken, diesen Auftrag auszuführen, weil er überzeugt war, daß der Minister entweder leugnen würde, sich in der von mir berichteten Weise über die Wünsche des Grafen Aehrenthal ausgesprochen zu haben, oder sich irgendwie anders herausreden würde. Ich habe es nicht für nützlich gefunden, meinen österreichisch-ungarischen Kollegen von diesen Bedenken abzubringen.

F. Pourtalès

Nachschrift 9. März 1910

Wie mir Graf Berchtold heute mitteilte, hat er seiner Regierung telegraphisch die Gründe dargelegt, aus denen er Bedenken trage, den Auftrag wegen Aufklärung des Mißverständnisses bei Herrn Iswolsky auszurichten. Ich habe darauf dem Botschafter die Interpretation, welche Herr Iswolsky seinen mir gegenüber getanen Äußerungen gegeben hat, vertraulich mitgeteilt.

F. Pourtalès

Nr. 9927

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Schoen

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Wilhelm von Stumm

Berlin, den 10. März 1910

Herr Schebeko* suchte mich heute auf, um mir im Auftrage Herrn Iswolskys die bestimmte Erklärung abzugeben, daß die Reise der beiden Balkanherrscher nach St. Petersburg** nur friedliche Zwecke verfolge. Man könne in Rußland die Nervosität der österreichischen Presse über diese Besuche nicht begreifen. Alle Nachrichten, die dort aufgetaucht seien über kriegerische Absichten Rußlands, die Schenkung russischer Kriegsschiffe an Bulgarien etc. entbehrten jeglicher Grundlage.

Herr Schebeko bezeichnete es im weiteren Verlauf unserer Unterhaltung als bedauerlich, daß der Besuch des Grafen Aehrenthal in Berlin*** zeitlich mit dem temporären Stillstand in den russisch-österreichischen Verhandlungen zusammengefallen sei, weil hieraus in der Presse Schlußfolgerungen über eine Einflußnahme Deutschlands auf den Gang dieser Unterhandlungen gezogen wurden. Ich habe Herrn Schebeko sehr bestimmt erklärt, daß, so sympathisch wir auch an sich den österreichisch-russischen Annäherungsbestrebungen gegenüberstünden, wir uns doch jeglicher Einmischung in dieselben enthalten hätten. Aus diesem Grunde hätten wir es auch abgelehnt, dem Wunsche Herrn Iswolskys gemäß in Wien wegen der Frage der Beteiligung der Mächte an den zu treffenden Abmachungen zu intervenieren.

v. Schoen

Nr. 9928

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Entzifferung

Nr. 138 Wien, den 11. März 1910

Inhalt Erlasses Nr. 334† bei Grafen Aehrenthal verwertet. Minister dankte und meinte, Iswolsky suche eben, so gut er könne, sich heraus zu lügen. Er habe hiesigem russischen Geschäftsträger gestern mitgeteilt, daß er von den Äußerungen Iswolskys, betreffend angeblichen Wunsch Wiener Kabinetts nach geheimer Abmachung zu Zweien, aus

* Russischer Botschaftsrat in Berlin.

** Dem Besuch König Ferdinands in Petersburg (23. Februar bis 3. März) folgte am 22. März ein solcher des Königs Peter von Serbien. Vgl. Kap. CCX, Nr. 9748, S. 183 Fußnote*.

*** Vgl. Nr. 9916 und 9917.

† Durch Erlaß Nr. 334 war das Petersburger Telegramm Nr. 37 (vgl. Nr. 9926, Fußnote) nach Wien mitgeteilt worden.

Berlin gehört, und Sverwejew gesagt, daß hier ein „Mißverständnis" vorliegen müsse. Graf Berchtold werde nun seinerseits keine Schritte mehr in der Sache bei Iswolsky unternehmen.

Graf Aehrenthal hat heute seine Antwort auf letzte russische Propositionen nach St. Petersburg gesandt* und wird morgen Abschrift davon an Herrn von Szögyény zur Übergabe an Euere Exzellenz abgehen lassen. Minister las sie mir vor. Eingangs wird Genugtuung darüber ausgesprochen, daß Gemeinsamkeit der Anschauungen in den politischen Zielen betreffs des Balkans konstatiert und erfreuliches Resultat der Wiederaufnahme normaler diplomatischer Beziehungen erreicht sei. Dann werden Gründe dargelegt, aus denen Mitteilung an übrige Mächte besser unterbliebe. Es würde dazu eine konkrete Übereinkunft über bestimmte Punkte erforderlich sein, die man mitteilen könne. Da aber ein solches Abkommen à deux den Intentionen beider Kabinette nicht entspreche, finde er keinen Anlaß zu solcher Mitteilung. Schließlich wird nochmals auf erreichtes Resultat hingewiesen und gesagt, Graf Berchtold werde entsprechende Instruktionen erhalten. Nachdem Iswolsky die Veröffentlichung eines gemeinsamen Preßcommuniqués nicht für opportun erachte, werde er, Graf Aehrenthal, sich eine Mitteilung über das Ergebnis der Verhandlungen mit St. Petersburg zur Aufklärung der öffentlichen Meinung der österreichisch-ungarischen Monarchie in der Presse vorbehalten.

Die Antwort des Wiener Kabinetts ist, wie Graf Aehrenthal ausdrücklich hervorhob, in sehr freundschaftlichem und entgegenkommendstem Tone abgefaßt.

von Tschirschky

Nr. 9929

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 139 Wien, den 11. März 1910

Nachdem neulich von seiten Italiens in zarter, von Frankreich in sehr dringender Weise bei Graf Aehrenthal Vorstellungen im Sinne der russischen Vorschläge auf Abschluß eines bestimmt formulierten Abkommens zwischen Rußland und Österreich und dessen Mitteilung an die übrigen Mächte erhoben worden waren, ist ein gleicher Schritt gestern auch von Sir F. Cartwright hier unternommen worden. Zwar nicht so eindringlich wie Herr Crozier hat der englische Botschafter gesprochen, eher zurückhaltend, aber doch sehr bestimmt.

---

* Vgl. auch das Telegramm Sverwejews an Iswolsky vom 10. März 1910 bei v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 132f.

Wie mir Graf Aehrenthal bei Mitteilung dieser Aktion des britischen Vertreters sagte, hat in der Zwischenzeit seit dem Schritte des Herrn Crozier bei ihm ein Gespräch zwischen Sir Edward Grey und dem Grafen Mensdorff* stattgefunden, in dem der englische Minister gleichfalls für die russische Auffassung eingetreten ist. Der Botschafter hat in seiner Antwort die uns bekannten Argumente vorgebracht, die es dem Wiener Kabinette rätlich erscheinen ließen, auf die Iswolskyschen Vorschläge nicht einzugehen. Besonders interessant sei aber der Umstand, fuhr Graf Aehrenthal fort, daß sowohl Sir Edward Grey als Sir F. Cartwright die Zweckmäßigkeit der Mitteilung der zwischen Rußland und Österreich-Ungarn abzuschließenden Vereinbarung an die andern Mächte hauptsächlich damit motiviert hätten, daß eine solche besonders angesichts der Schwierigkeiten in der Kretafrage** geboten erscheine. England habe sich damit in seine Karten sehen lassen und den bei ihm, Aehrenthal, von Anfang an bestehenden Verdacht bestärkt, daß es England hauptsächlich auch darauf ankomme, uns beide auf diesem Umwege in die Kretafrage hineinzuziehen. Er habe sich erlaubt, schon in dem Gespräche mit Euerer Exzellenz auf diesen Hintergedanken der Kretaschutzmächte hinzuweisen.

In seiner Antwort an Sir F. Cartwright hat Graf Aehrenthal zunächst ganz offen und rückhaltlos den Stand der Verhandlungen mit Petersburg und die für Österreich-Ungarn maßgebenden Gesichtspunkte dargelegt, aus denen Österreich-Ungarn sich mit dem schon erreichten glücklichen Resultat der Wiederaufnahme normaler Beziehungen zufrieden geben müsse. Anschließend daran hat er dem englischen Botschafter aber keinen Zweifel darüber gelassen, daß er von Anfang an und nach wie vor die Verhandlungen mit Rußland als eine Sache betrachtet wissen wolle, die ausschließlich die beiden Kabinette angehe. Er habe auch niemals den Wunsch nach Anteilnahme anderer Mächte irgendwie zu erkennen gegeben. Wie er zu seiner Freude höre, habe sich in letzter Zeit eine Besserung in den Beziehungen zwischen Deutschland und England angebahnt. Er würde es aber darum keineswegs für seine Aufgabe halten, in diese Angelegenheit von sich aus einzugreifen oder auch nur in London oder Berlin seine Ansicht ungebeten zu äußern. Nach diesem sehr deutlichen Wink sei Sir F. Cartwright stille geworden, und er hoffe, daß damit die Sache erledigt sein werde.

von Tschirschky

---

* Österreich-ungarischer Botschafter in London.

** Vgl. dazu Kap. CCIX.

Nr. 9930

Der österreich-ungarische Minister des Äußern Graf von Aehrenthal an den österreich-ungarischen Botschafter in Berlin von Szögyény-Marich

Abschrift

Vom österreich-ungarischen Botschafter am 17. März übergeben

Streng vertraulich Wien, den 15. März 1910

Der englische Botschafter, den ich etwa drei Wochen nicht gesehen hatte, und welcher daher seit meiner Rückkehr von Berlin nicht in der Lage gewesen war, mich zu sprechen, hat sich kürzlich bei mir eingefunden und alsbald das Gespräch auf die neuliche Unterredung Sir E. Greys mit Graf Mensdorff* gelenkt, in deren Verlaufe der englische Staatssekretär des Auswärtigen in vorsichtiger Weise den Versuch gemacht hatte, für die Anregung Herrn Iswolskys zu plädieren, daß das Ergebnis der zwischen Wien und Petersburg geführten Verhandlungen den Großmächten mitgeteilt werden sollte. Ich habe nicht gezögert, Sir F. Cartwright über den Euer Exzellenz bekannten, von uns in dieser Frage eingenommenen Standpunkt sowie über den wesentlichen Inhalt unserer diesbezüglichen nach Petersburg gerichteten Antwort zu informieren und auch die naheliegenden Gründe anzuführen, welche uns zu dieser Stellungnahme veranlassen.

Angesichts dieser eigentümlichen, von uns nicht erbetenen Einmischung in unsere Konversation mit dem Petersburger Kabinett habe ich den englischen Botschafter — genau so wie seinerzeit Herrn Crozier — darauf aufmerksam gemacht, daß mir zwar das Interesse seiner Regierung für einen günstigen Abschluß unserer Verhandlungen mit Rußland vollkommen begreiflich sei, daß ich jedoch unsere Intention betonen müsse, diesen Pourparlers den Charakter einer Konversation à deux zu erhalten, und daß meinerseits ein Wunsch nach fremder Unterstützung oder nach einer Beeinflussung des russischen Kabinetts nach keiner Seite hin zum Ausdruck gebracht worden sei. Gewissermaßen zur Illustration dieser Auffassung fügte ich hinzu, daß auch wir den Symptomen einer im Zuge befindlichen Besserung der englisch-deutschen Beziehungen ein reges Interesse entgegenbringen, daß ich mich aber selbstverständlich jeder Äußerung oder Stellungnahme zu dieser erfreulichen Entwicklung enthalte, und zwar nicht aus Mangel an Sympathie, sondern weil ich der Ansicht sei, daß man sich jeder Ingerenz auf Aktionen solcher Art zu enthalten habe und sich begnügen müsse, sie mit guten Wünschen zu begleiten.

Sir F. Cartwright hat auf diesen deutlichen Wink dem Gespräche eine andere Wendung gegeben, und in dessen weiterem Verlaufe die direkte Frage an mich gestellt, wie ich mit meinem Besuche in Berlin** zufrieden gewesen sei. Ich benützte diesen mir ganz willkommenen Anlaß, um dem englischen Botschafter zu sagen, daß mich mein Berliner Aufenthalt außer-

* Vgl. dazu Nr. 9929 und v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 129, 131.
** Vgl. Nr. 9916 und 9917.

ordentlich befriedigt habe, und daß ich speziell mit lebhafter Genugtuung und wahrem Vergnügen auf meinen Gedankenaustausch mit Herrn von Bethmann Hollweg zurückblicke, dessen Geist und Charakter ich desto höher schätze, je mehr ich Gelegenheit habe, ihn kennen zu lernen.

Obwohl ich mich jeder Einmischung in die fernere Gestaltung der englisch-deutschen Beziehungen sorgfältig enthalte, schien es mir dennoch nützlich, Sir F. Cartwright gegenüber zu erwähnen, daß der Reichskanzler gesonnen ist, diplomatische Fragen in sehr realer und praktischer Weise zu behandeln, und sich mit der Absicht trägt, diese Methode auch auf das englisch-deutsche Verhältnis anzuwenden. Obwohl ich über die in Berlin vorherrschenden Intentionen nie im Zweifel gewesen sei, hätte ich mich neuerdings davon überzeugen können, daß man deutscherseits, ohne die zu überwindenden Schwierigkeiten zu verkennen, den aufrichtigen Wunsch hege, mit England auf einen guten Sprechfuß zu kommen, und daß Herr von Bethmann Hollweg dieses Ziel mit jener Loyalität und jenem sittlichen Ernst verfolgen werde, welche seine Persönlichkeit charakterisieren. Soweit ich die Verhältnisse in Deutschland zu beurteilen in der Lage sei, wäre demnach die dortige Situation einer Entspannung der englisch-deutschen Beziehungen günstig, so daß man für die weitere Zukunft zu gewissen Hoffnungen berechtigt sei. Ich nehme keinen Anstand, diese meine Wahrnehmung offen auszusprechen, da wir, wie mir scheine, auch auf englischer Seite eine gewisse Tendenz, mit Deutschland zu einer Verständigung zu gelangen, mit Befriedigung verzeichnen können. Würde es doch unseren politischen Interessen ungemein zugute kommen, wenn der bisweilen stark in den Vordergrund tretende Gegensatz dieser beiden Mächte einem den großen wirtschaftlichen Interessen Englands und Deutschlands besser angepaßten freundschaftlichen Verkehre Platz machen würde.

Meine Äußerungen machten auf Sir Fairfax sichtlichen Eindruck, und er richtete an mich die Frage, ob ich ihn dazu ermächtige, über meine Bemerkungen an Sir E. Grey zu schreiben. Ich erwiderte, daß ich hiergegen nichts einzuwenden hätte, da es doch er gewesen sei, welcher mich über meine Berliner Eindrücke interpelliert habe, wobei ich nochmals eindringlich betonte, daß ich mich in diesem Belange jeder Stellungnahme oder Äußerung — bis auf jene der Sympathie — auf das sorgfältigste enthalte.

Ich ersuche Euer Exzellenz, den Herrn Reichskanzler von dem Inhalte der vorstehenden Unterredung in streng vertraulicher Weise in Kenntnis zu setzen. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß Herr von Bethmann Hollweg meinen Ausführungen zustimmen und in letzteren eine richtige Interpretation seiner politischen Auffassung erblicken wird*. Ich habe es für ersprießlich gehalten, eine solche Sprache gerade gegenüber Sir F. Cartwright zu führen, welcher Deutschland notorisch feindselig gesinnt ist und in dem Rufe steht, alles zu versuchen, um Österreich-Ungarn von der Seite seines Bundesgenossen abzuziehen. (gez.) Aehrenthal

* Das wurde durch ein Schreiben des Reichskanzlers an Botschafter von Szögyény vom 17. März bestätigt.

Nr. 9931

Der Generalkonsul in Budapest Graf Brockdorff-Rantzau an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Schoen

Privatbrief. Ausfertigung

Streng vertraulich Budapest, den 17. März 1910

Euere Exzellenz haben mir geneigtest gestattet, mich in besonderen Fällen persönlich an Euerer Exzellenz Güte zu wenden. Wenn ich von dieser wohlwollenden Erlaubnis heute Gebrauch mache, so geschieht es, um vertrauliche Mitteilungen des Grafen Aehrenthal zu melden, die ich von hier aus nicht zum Gegenstande amtlicher Berichterstattung machen möchte, und die ich für wichtig genug halte, um sie zu Euerer Exzellenz und des Herrn Reichskanzlers Kenntnis zu bringen.

Graf Aehrenthal ließ mir bei meiner letzten Anwesenheit in Wien sagen, er möchte mich persönlich sprechen. Ich machte ihm daraufhin am Dienstag meinen Besuch; über meine Unterredung mit dem Minister habe ich Exzellenz von Tschirschky mündlich Bericht erstattet. Da ich unmittelbar nach der Unterredung aus dem Gedächtnis die Mitteilungen des Grafen Aehrenthal niedergeschrieben habe, darf ich mir gestatten, sie der Einfachheit halber ohne Kommentar so wiederzugeben, wie sie gemacht wurden*, ich übernehme dabei die Verantwortung, daß sie nahezu wörtlich den mir von dem Minister gemachten Eröffnungen entsprechen.

Graf Aehrenthal empfing mich ungemein herzlich, er stand offenbar noch ganz unter dem Eindruck des glänzenden Empfanges, den er in Berlin gefunden hat, und der ungewöhnlich auszeichnenden Aufnahme, die ihm seitens unserer allerhöchsten Herrschaften, des Herrn Reichskanzlers und Euerer Exzellenz zuteil geworden ist. Der Minister, der ja im allgemeinen für wortkarg und verschlossen gilt, fand so herzenswarme Worte aufrichtigsten Dankes, wie ich sie bisher bei ihm noch nicht gehört habe, und ich bin überzeugt, daß das Vertrauen, das er gerade jetzt in Berlin gefunden hat, in ihm das Gefühl einer Dankesschuld ausgelöst hat, das für seine zukünftige Haltung richtunggebend bleiben wird. Aus dieser Empfindung ist, glaube ich auch, bei ihm das Bedürfnis entsprungen, noch einmal mit voller Offenheit die Ziele seiner Politik, insbesondere seine Auffassung über die Beziehungen Österreich-Ungarns zu Rußland, klarzulegen und den Vorwürfen, denen er nach dem Interview mit Wesselitzky in der Presse begegnete, entgegenzutreten; er legt in seinen Mitteilungen den größten Nachdruck darauf, daß er nicht daran denke, hinter unserem Rücken mit Rußland anzubandeln und sich in Kombinationen hineinziehen zu lassen, deren letztes Ziel, wenn auch zunächst noch verhüllt, schließlich doch nur gegen Deutschland gerichtet sein könnte.

---

* Siehe Anlage.

Euere Exzellenz kennen den Grafen Aehrenthal persönlich ja viel zu gut, als daß mein Urteil über ihn von Belang sein könnte. Im übrigen habe ich es ja in wiederholten Berichten von Wien aus eingehend niedergelegt. Ich glaube, er hat selbst empfunden, daß sein Interview mit Wesselitzky eine Ungeschicklichkeit war; für eine Hinterhältigkeit seinerseits uns gegenüber habe ich diesen Schritt, wenn er auch sicher besser unterblieben wäre, nie gehalten. Daß das Interview aber so ausgelegt werden konnte, hat Aehrenthal, wie ich weiß, erkannt; um so aufrichtiger und wärmer ist sein Dank für die vertrauensvolle Offenheit, mit der man ihm in Berlin gerade jetzt an allen maßgebenden Stellen entgegengekommen ist. Er erzählte mir eingehend jede Einzelheit und gab wiederholt seiner besonderen Freude über die „herzliche Freundschaft, die ihn von nun an mit dem Herrn Reichskanzler verbinde", Ausdruck. „Ich halte es", sagte er, „für ungemein wertvoll, daß wir beide so bis ins kleinste in der Beurteilung derjenigen Faktoren übereinstimmen, aus denen auch die innere Politik unserer Reiche sich zusammensetzt; nur so allein ist es möglich, daß wir in unseren Anschauungen über die auswärtige Politik in dem Maße harmonieren, wie Herr von Bethmann Hollweg und ich, denn schließlich resultiert ja die äußere Politik aller Staaten aus ihrer innerpolitischen Entwicklung. Der Reichskanzler und ich sind homogene Naturen".

Das sind in der Hauptsache die Mitteilungen, die mir Graf Aehrenthal gemacht hat; ich werde mich selbstverständlich nicht unterfangen, mir ein Urteil anzumaßen, das mir nicht zusteht, ich glaube aber doch sagen zu dürfen, daß der Empfang des Ministers in Berlin gerade durch die psychologisch berechnete Würdigung seiner Eigenart ein Ergebnis gezeitigt hat, das, solange Graf Aehrenthal berufen ist, die auswärtige Politik Österreich-Ungarns zu leiten, für uns einen Erfolg von bleibendem Wert bedeutet.

Brockdorff-Rantzau

Anlage

Geheim Budapest, den 17. März 1910

„Iswolsky ist bös auf mich, er ist sehr bös; Sie sehen, wie unglücklich ich darüber bin. Er hat offenbar geglaubt, daß er mich jetzt hintergehen könnte. Wahrscheinlich unter dem Einfluß des Kaisers Nikolaus, dem das gespannte Verhältnis zu Österreich-Ungarn peinlich war, hat Iswolsky die Anbahnung normaler Beziehungen zu uns in die Wege geleitet, er wollte mich aber dabei bemogeln. Ich sollte kommen wie der böse Bube und vor Europa versichern, daß ich den Balkankuchen nicht anrühre. Mein russischer Kollege wollte mich festlegen und sich die Handhabe schaffen, mich gelegentlich als vertragsbrüchigen Friedensstörer stempeln zu können. Er hätte sich sagen müssen, daß solche Verträge zu nichts

sind, ich kann mich nicht in der Form binden. Aber er wollte offiziell vor Europa Garantie gegen Überraschungen. Das wäre ihm bequem gewesen, und für den Preis hätte er eine intime Annäherung an uns versucht, natürlich hätte er dann auch zwischen Berlin und Wien angefangen, Mißtrauen zu säen. Dafür bin ich aber nicht zu haben, und er irrt sich, wenn er glaubt, daß ich ihn nicht durchschaue und nicht merke, wie er seine Netze spannt. Er wollte eine Annäherung mit uns, um zu der Einkreisungspolitik von Reval zurückzukehren; das intime Verhältnis zu uns sollte der Paravent für die Ententemächte sein, hinter dem sie dann die alte Revalpolitik von neuem probiert hätten. Ein sicherer Beweis dafür, daß man an manchen Stellen die Hoffnung auf einen Erfolg der in Reval seinerzeit inaugurierten Politik noch immer nicht ganz aufgegeben hat, ist mir das auffallende Interesse, das Sir Fairfax Cartwright für die Verhandlungen an den Tag legt. Der englische Botschafter hat mich geradezu bestürmt, mich mit Iswolsky zu verständigen. Ich habe ihm darauf geantwortet, ich legte Wert darauf, daß die ganze Aktion zwischen Iswolsky und mir à deux und absolut vertraulich sich vollzöge, ich wäre darum auch nicht in der Lage, ihm irgendetwas darüber mitzuteilen, obwohl ich sein Interesse verstände und im Hinblick auf die herzlichen Beziehungen zwischen London und St. Petersburg würdigte; er werde mir aber zugeben, daß das Verhältnis zwischen Wien und Berlin doch noch bedeutend intimer sei als die englisch-russische Entente, trotzdem würde es mir aber nie einfallen, mich in eine Verständigungsaktion — so freudig ich auch eine Annäherung zwischen Deutschland und England begrüßen würde — einzumischen, ich könnte ihn daher auch nur ersuchen, dieselbe diskrete Reserve und denselben Takt zu bewahren. Sir Fairfax hat alles eingesteckt und ist mir seitdem nicht mehr mit Ratschlägen gekommen; er hat einen offenen Kopf und hier schon in manchen Dingen umgelernt; ich glaube, wenn er noch länger in Wien bleibt, wird er schließlich auch zu der Überzeugung kommen, daß das deutsch-österreichische Bündnisverhältnis zu festgefügt ist und viel zu hoch steht, als daß Intrigen sich heranwagen könnten."

Brockdorff-Rantzau

Nr. 9932

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 44 St. Petersburg, den 20. März 1910

Iswolsky, der mich soeben zu sich bitten ließ, übergab mir mehrere Schriftstücke, betreffend die zwischen den Kabinetten von St. Petersburg und Wien gepflogenen Annäherungsverhandlungen, mit dem Bemerken,

daß er diese Schriftstücke auch den übrigen Vertretern der Großmächte übergeben hätte*. Er fügte hinzu, Graf Berchtold habe ihm mitgeteilt, daß morgen in Wien ein die erfolgte Wiederherstellung des Kontakts betreffendes Communiqué** erscheinen werde. Infolgedessen werde auch er schon morgen mit entsprechendem Communiqué hervortreten.

Die mir übergebenen Schriftstücke schicke ich morgen.

Pourtalès

---

* Vgl. das Telegramm Iswolskys an den russischen Botschafter in London vom 20. März 1910 (v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 133). Es handelte sich bei den von dem russischen Außenminister übergebenen Schriftstücken — sieben an der Zahl — um folgende: 1. Depesche Iswolskys an Sverwejew vom 13. Januar 1910; 2. Depesche Iswolskys an Sverwejew vom 5. Februar (vgl. v. Siebert a. a. O., S. 118f.); 3. russisches Aide-mémoire vom 9. Februar (v. Siebert a. a. O., S. 122); 4. österreich-ungarisches Aide-mémoire vom 20. Februar (vgl. Nr. 9912, S 466, Fußnote); 5. russisches Aide-mémoire vom 24. Februar; 6. österreich-ungarisches Aide-mémoire vom 14. März (vgl. Nr. 9928); 7. Telegramm Iswolskys an Sverwejew vom 20. März. Genaue Inhaltsangaben sämtlicher Schriftstücke nach den Angaben der „Petersburger Telegraphenagentur" brachte Wolffs Telegraphisches Bureau in Nr. 1221 vom 21. März 1910. Sie gingen daraus in die deutsche Presse über.

** Das am 21. März von der „Politischen Korrespondenz" veröffentlichte österreichische Communiqué hatte folgenden Wortlaut:

„Wir haben wiederholt Gelegenheit gehabt, uns mit den zwischen Österreich-Ungarn und Rußland schwebenden Verhandlungen zu befassen, und waren schon vor einiger Zeit in der Lage mitzuteilen, daß letztere einen günstigen Verlauf nehmen. Wir sahen uns jedoch auch genötigt, darauf aufmerksam zu machen, daß die zahlreichen, in der Presse des In- und Auslandes erschienenen Nachrichten über die Einzelheiten dieser diplomatischen Aktion selbstverständlich keinen Anspruch auf Authentizität erheben können. In dieser Hinsicht muß besonders festgestellt werden, daß weder von seiten Österreich-Ungarns noch seitens Rußlands je die Absicht bestanden hat, zu einem förmlichen Abkommen zu gelangen. Den Gegenstand und Zweck der Pourparlers bildete ausschließlich die Frage der Wiederaufnahme normaler diplomatischer Beziehungen zwischen den beiden Mächten, durch die es ermöglicht wird, jederzeit in einen freundschaftlichen Gedankenaustausch einzutreten.

Wir können mit Befriedigung mitteilen, daß der angestrebte Zweck vollkommen erreicht worden ist, und auch daß beiderseits die Wiederherstellung eines normalen Verhältnisses zwischen den beiden Reichen mit Genugtuung konstatiert wurde. Dies erfreuliche Ergebnis der von den beiden Kabinetten geführten Verhandlungen, durch die Österreich-Ungarn in die gleichen vertrauensvollen Beziehungen zu Rußland tritt wie zu den anderen Mächten, wird nicht verfehlen, die Lage auf dem Balkan, wo alle Großmächte einmütig auf die Erhaltung des Status quo hinwirken, beruhigend zu beeinflussen.

Zu einer Mitteilung über die zwischen den Kabinetten von Wien und Petersburg geführten Pourparlers an die Großmächte hatte das Wiener Kabinett keine Veranlassung. Nachdem die bekannten Prinzipien der Politik Österreich-Ungarns auf dem Balkan unverändert geblieben sind, liegt diesbezüglich keine neue Tatsache vor, die Anlaß zu einer Mitteilung geben würde."

Nr. 9933

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Schoen

Eigenhändig

Berlin, den 23. März 1910

Der österreichisch-ungarische Botschafter teilte mir mit, Graf Aehrenthal habe dem russischen Geschäftsträger in Wien sein Erstaunen nicht verhehlt, daß Herr Iswolsky den gesamten Gedankenaustausch über die Annäherung veröffentlicht und an die Mächte mitgeteilt habe, ohne sich zuvor des Einverständnisses des Wiener Kabinetts hierzu zu versichern, wie letzteres es bezüglich der österreichisch-ungarischen Preßmitteilung getan. Auch habe Graf Aehrenthal hinzugefügt, daß er die Mächte auf dieses einseitige Vorgehen des Petersburger Kabinetts werde aufmerksam machen lassen. Endlich habe er bemerkt, daß in den Veröffentlichungen Iswolskys auf den bekannten Artikel der „Fortnightly Review"* Bezug genommen sei, der doch mit der Frage der Anbahnung normaler diplomatischer Beziehungen nicht im Zusammenhang stehe; überdies sei der Gegenartikel mit Stillschweigen übergangen. Graf Aehrenthal behalte sich eine geeignete Rektifizierung vor.

Im übrigen habe Graf Aehrenthal dem Geschäftsträger seine Befriedigung über die Erreichung des Zieles, die Wiederherstellung normalen Kontaktes, ausgesprochen, aber hinzugefügt, seine Befriedigung wäre größer gewesen, wenn das Petersburger Kabinett bei seiner Vorgangsweise den diplomatischen Usancen mehr Rechnung getragen hätte.

v. Schoen

Nr. 9934

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 156
Ganz vertraulich

Wien, den 22. März 1910

Graf Aehrenthal, der heute abend auf vierzehn Tage nach Abbazia reist, bat mich am Nachmittag noch zu sich. Er sagte, er wolle nicht abreisen, ohne mit mir die neueste „Teufelei" des Herrn Iswolsky besprochen zu haben, die dieser mit seiner jüngsten Publikation** über die österreichisch-russischen Annäherungsverhandlungen begangen habe.

Soeben sei der russische Geschäftsträger bei ihm gewesen. Herr Sverwejew habe einleitend bemerkt, er sei nur gekommen, um nachzu-

* Vgl. Nr. 9896, Fußnote *.
** Vgl. Nr. 9932, S. 494, Fußnote *.

fragen, ob der Minister ihm vielleicht vor seiner Abreise noch etwas zu sagen habe. Daraufhin habe er erwidert, er sei erstaunt, daß er nicht schon eher gekommen sei, um ihm, dem Minister, Erklärungen über die Publikationen des Herrn Iswolsky zu geben, die er erst aus den Zeitungen entnommen habe. „Ich habe", fuhr der Minister fort, „dem russischen Geschäftsträger ordentlich den Kopf gewaschen. Alles kann ich mir doch von Iswolsky nicht bieten lassen. Am vergangenen Sonnabend hatte ich Herrn Sverwejew den Text meiner Erklärung in der Presse zur Mitteilung nach Petersburg gegeben. Herr Iswolsky hat mir darauf antworten lassen, er sei überrascht über das einseitige Vorgehen des Wiener Kabinetts, — schon zehn Tage vorher hatte ich ihn wissen lassen, daß ich zur Aufklärung der österreichischen Meinung ein Communiqué in der Presse publizieren würde — und er müsse sich überlegen, welche Schritte er daraufhin tun solle. Das war natürlich eine Unwahrheit, denn er hatte schon sorgfältig das ganze Material zu seiner bereits gestern erfolgten Mitteilung an die Mächte zusammengestellt. Er hat mich in keiner Weise von dem Inhalte dieser Mitteilung vorher benachrichtigt, die ich, wie gesagt, erst aus den Zeitungen kennen gelernt habe. Ich habe dem russischen Geschäftsträger rund heraus erklärt, daß das Vorgehen Iswolskys „inkorrekt" sei. Die russische Publikation enthält außerdem noch tatsächliche Unrichtigkeiten und Verdrehungen der Wahrheit. So wird es unter anderem dargestellt, als ob Graf Berchtold sich förmlich entschuldigt hat wegen der bekannten Erwiderung in der „Fortnightly Review". Davon ist keine Rede. Er hat lediglich eine einverständliche Berichtigung vorgeschlagen. Auch wird von neuem der Wahrheit zuwider angedeutet, ich hätte einen Akkord nach dem Muster der Vereinbarung von 1897 proponiert, und dies sei von russischer Seite abgelehnt worden[1].

Dieser beispiellosen Haltung des russischen Ministers gegenüber werde ich mich auf den Standpunkt stellen, daß dessen Mitteilung an die Mächte für mich nicht existiert, und ich werde jede Unterhaltung darüber mit anderen Diplomaten verweigern. Den österreichisch-ungarischen Botschaftern habe ich dies mitteilen lassen und hinzugefügt, ich bleibe dabei, daß die Regelung des politischen Verhältnisses zwischen Wien und Petersburg eine Frage sei, die nur die zwei Regierungen angehe, bei der ich eine Beteiligung von anderer Seite nicht anerkennen könne. Ich hoffe, daß auch Herr von Bethmann Hollweg meine Haltung billigen wird.

In sachlicher Beziehung sehe ich übrigens das Iswolskysche Manöver mit großer Ruhe an. Tatsächlich wird dadurch an der Situation nichts geändert. Für jeden Einsichtigen wird aus der kurzen österreichischen und der langatmigen russischen Erklärung klar sein, daß wir hier mit dem Ergebnis der Verhandlungen zufrieden sind, und daß wir nie mehr gewollt und verlangt haben. Von der russischen Seite kann entschieden nicht das gleiche gesagt werden. Ich verstehe nicht, wie Iswolsky vor ganz Europa hat offen bekennen können, daß er mit seinen beiden Forde-

rungen — Abschluß eines schriftlichen Abkommens und Mitteilung desselben an die Mächte — nicht durchgedrungen ist[2].

Ich werde in der Öffentlichkeit auf die Sache nicht weiter reagieren und betrachte die ganze Angelegenheit als abgeschlossen. Allerdings ist es klar, daß mein ohnehin geringes Vertrauen in den Charakter Iswolskys und in die Loyalität seiner Politik durch diese neueste Leistung noch wesentlich gemindert worden ist[3]."

von Tschirschky

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Auf Stambul berechnet, wo es richtig gewirkt!
[2] damit Aehrenthal als der Ablehnende dastehe!
[3] ich habe schon lange keins mehr!

Nr. 9935

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 67 Pera, den 24. März 1910

Herr von Tscharykow, dem ich heute einen Abschiedsbesuch machte, sprach sich sehr erfreut über den zwischen Rußland und Österreich-Ungarn geschlossenen „Akkord" aus. Auf die Frage, welches eigentlich der Inhalt desselben sei, erwiderte er mir, es seien die von Iswolsky vorgeschlagenen und von Graf Aehrenthal angenommenen drei Punkte über die Balkanfrage. Als ich bemerkte, daß der Artikel des „Fremdenblattes"* anscheinend einer anderen Auffassung Raum gebe, sagte der Botschafter, dieser Artikel stimme nicht vollkommen mit den von russischer Seite veröffentlichten Dokumenten überein[1]. In Wirklichkeit habe nur eine formelle Differenz bestanden. Iswolsky habe den Akkord veröffentlichen wollen, während Graf Aehrenthal dies nicht gewünscht habe.

Markgraf Pallavicini, den ich später sah, sagte mir, Rifaat Pascha habe ihn gestern während der Parade auf den Akkord angesprochen, und, wenn auch etwas weniger scharf als mir gegenüber, der Verstimmung über denselben, namentlich über Punkt zwei, Ausdruck gegeben. Der Botschafter hat ihm erwidert, die Vereinbarung beziehe sich gar nicht auf die drei Punkte. Graf Aehrenthal habe im Gegenteil jede Diskussion über Balkanfragen mit dem Argument abgelehnt, daß irgendein Bedürfnis dazu nicht vorliege. Der Akkord beziehe sich lediglich auf die Wiederherstellung normaler Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Rußland. Markgraf Pallavicini hatte den Eindruck, daß der Minister

* Im „Wiener Fremdenblatt" vom 23. März war das Ergebnis der russisch-österreichischen Verhandlungen einer eingehenden Besprechung unterzogen worden, nach der die eigentliche Bedeutung derselben nur in der Wiederanknüpfung des Drahtes zwischen Wien und Petersburg zu suchen wäre.

durch seine Ausführungen nicht vollkommen überzeugt worden sei. Es sei möglich, daß Herr von Tscharykow ihm bereits die russische Version beigebracht hat, die im entscheidenden Punkt das Gegenteil behauptet.

Marschall

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Allerdings nicht!
Schlußbemerkung des Kaisers:
Die ganze Sache ist eine Infamie Rußlands zur Verdächtigung Österreichs im Balkan und vor allem in Stambul.

Nr. 9936

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Schoen an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Marschall

Telegramm
Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 37 Berlin, den 25. März 1910

Auf Telegramm Nr. 67*.

Nach unseren vertraulichen Informationen hat Graf Aehrenthal einen „Akkord" mit St. Petersburg gerade deshalb vermeiden wollen, um sich auf die drei Punkte des Iswolskyschen Programms nicht festzulegen. Graf Aehrenthal hat lediglich Wiederherstellung normaler Beziehungen mit St. Petersburg bezweckt, und nur hierauf bezieht sich die Verständigung. Schriftliche Informationen unterwegs.

Bitte Bemühungen des Markgraf Pallavicini zur Beseitigung türkischen Mißtrauens gegen Wien auch weiterhin tunlichst unterstützen**

v. Schoen

Nr. 9937

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 99 St. Petersburg, den 23. März 1910

Als ich Herrn Iswolsky an seinem Empfangstage am vorigen Mittwoch besuchte, fand ich ihn unter dem Eindruck der ihm kurz vorher durch meinen österreichisch-ungarischen Kollegen übermittelten, Euerer Exzellenz bekannten letzten Äußerung des Grafen Aehrenthal in der Frage der österreichisch-russischen Annäherung. Die Eröffnung, daß

* Siehe Nr. 9935.
** Am 4. April ließ darauf Graf Aehrenthal in Berlin seinen wärmsten Dank für die bundesfreundliche Hilfe sagen, die man seiner Politik durch die Unterstützung der Bemühungen Markgraf Pallavicinis habe zuteil werden lassen.

das Wiener Kabinett den Vorschlag einer gemeinsamen Mitteilung der zwischen Rußland und Österreich-Ungarn erzielten Verständigung an die Mächte definitiv ablehne, hatte den Minister sichtlich verstimmt. Er bezeichnete die letzte Erklärung des Grafen Aehrenthal ungeachtet ihres ausgesprochen entgegenkommenden und versöhnlichen Tones als „raide et peu aimable". Während er nur von der Absicht geleitet gewesen sei, eine Atmosphäre der Versöhnlichkeit und gegenseitigen Vertrauens zwischen beiden Kabinetten im Interesse des allgemeinen Friedens wiederherzustellen, habe der österreichisch-ungarische Minister gezeigt, daß er von seiner „politique de mauvaise humeur" Rußland gegenüber nicht ablassen wolle.

Einige Tage darauf erfolgte dann die Übergabe an meine Kollegen und mich der Schriftstücke, die ich Euerer Exzellenz unter dem 21. d. Mts. zu überreichen die Ehre hatte*, sowie am Montag deren auszugsweise Wiedergabe in dem bekannten Communiqué.

Als der Minister mich zum Zwecke der Einhändigung dieser Dokumente empfing, fand ich ihn sichtlich nervös, und es war ihm deutlich anzumerken, daß er sich wohl bewußt war, einen Schritt getan zu haben, der unter Umständen in Wien neue Verstimmung hervorrufen konnte. Er bemerkte, Graf Berchtold habe gegenüber seiner Eröffnung, daß er die auf die Annäherungsverhandlungen bezüglichen Schriftstücke den Kabinetten der Großmächte mitzuteilen beabsichtige, einiges Erstaunen gezeigt. „Aber was wollen Sie", fügte er hinzu, „die Handlungsweise des Grafen Aehrenthal nötigt mich, so zu verfahren."

Indem Herr Iswolsky den Kabinetten Einsicht in die österreichisch-russischen Verhandlungen der letzten Wochen gewährt, verfolgt er offenbar denselben Zweck, der ihm bei seinem Wunsche einer gemeinsamen Mitteilung des Ergebnisses der Verhandlungen an die anderen Kabinette vorschwebte, und der auch während der Annexionskrisis seinem Verlangen nach einer europäischen Konferenz[1] zugrunde lag. Wollte er nach der Annexion Österreich-Ungarn vor dem europäischen Areopag für seinen angeblichen Bruch des seinerzeit von den Mächten auf der Balkanhalbinsel geschaffenen Status quo zur Verantwortung ziehen, so wollte er jetzt das Wiener Kabinett zu einer feierlichen Erklärung vor ganz Europa veranlassen, daß es fortan den Status quo respektieren werde. Nachdem Österreich-Ungarn die gemeinsame Mitteilung an die Mächte abgelehnt hat, will er wenigstens die übrigen Kabinette zu Zeugen dafür anrufen, daß Österreich-Ungarn für seine von jetzt ab im nahen Orient zu führende Politik sich bestimmte, von Herrn Iswolsky in drei Punkten formulierte Prinzipien zu eigen gemacht hat.

Herr Iswolsky will damit vor Europa und besonders vor der slawischen Welt als derjenige erscheinen, der einer weiteren Expansionspolitik Österreich-Ungarns und dem „germanischen Drange nach Osten"

---

* Vgl. Nr. 9932.

einen Riegel vorgeschoben hat[2]. Er kann sich nunmehr für einige Tage an dem Beifall der slawischen Politiker erfreuen, welche die zum Ausdruck gelangte Vormachtstellung Rußlands auf der Balkanhalbinsel feiern und den slawischen Brüdern im nahen Orient vor die Augen führen, daß sie wirklichen Schutz allein von ihrem Retter und Befreier Rußland zu erwarten haben. Daß dieser Erfolg der russischen Politik lediglich auf hohlen Phrasen beruht, da in Wirklichkeit die slawischen Völker von niemandem bedroht werden, kümmert diese nur von der Phrase lebenden Herren wenig.

Ernstere hiesige Politiker aber, wie sie zum Beispiel in Reichsratskreisen und unter älteren Militärs zu finden sind, urteilen weit skeptischer und machen aus ihren Bedenken gegenüber dem Resultat der österreichisch-russischen Verhandlungen kein Hehl. Worin, so fragen diese, liegt denn der Erfolg des Herrn Iswolsky dem Grafen Aehrenthal gegenüber? Wo steht denn in den Veröffentlichungen, daß Graf Aehrenthal die von Iswolsky formulierten drei Punkte angenommen hat? Iswolsky schließt dies daraus, daß Aehrenthal gegen diese drei Punkte keinen Widerspruch erhoben hat. Hat aber Graf Aehrenthal durch seine Ablehnung der gemeinsamen Mitteilung an die Mächte nicht vielmehr deutlich gezeigt, daß er sich nicht binden will? Hat also im Grunde Herr Iswolsky nicht in dem, was er erreichen wollte, einen Mißerfolg zu verzeichnen?

Diesen und ähnlichen Fragen bin ich schon wiederholt begegnet. Dabei entgeht auch den meisten aufmerksamen Lesern der russischen amtlichen Veröffentlichung nicht, daß bei dieser letzten politischen Aktion des russischen Ministers wieder persönliche Motive eine große Rolle gespielt haben. Herr Iswolsky hat sich noch nachträglich in der Frage des Artikels der „Fortnightly Review" dem Grafen Aehrenthal gegenüber als den Großmütigen zeigen wollen. Er will den „krummen Wegen" des österreichisch-ungarischen Ministers gegenüber als der Vertreter der „gradlinigen" und loyalen Politik erscheinen. Dieser Wunsch geht aus den Veröffentlichungen zu deutlich hervor, als daß er hier nicht mehr und mehr durchschaut werden sollte. Wenn daher auch Herr Iswolsky momentan — wie anzunehmen ist, nicht ohne sein Zutun — eine leidlich gute Presse hat, so erscheint es doch fraglich, ob die hiesige öffentliche Meinung das Ergebnis der russisch-österreichischen Wiederannäherungsverhandlungen hier dauernd als einen vollen Erfolg der Iswolskyschen Politik ansehen wird. Die Freunde einer Annäherung hat dieses Ergebnis nicht befriedigt, und wenn bei den Gegnern erst der Rausch über den russisch-slawischen Erfolg verraucht sein wird, werden sich auch bei ihnen Zweifel darüber zu regen beginnen, welcher als der Sieger bei diesem letzten diplomatischen Duell zwischen den Leitern der Geschäfte am Ballhausplatz und an der Sängerbrücke anzusehen ist.

Jedenfalls ist das hochgradige Mißtrauen, welches die beiden Herren einander entgegenbringen, in keiner Weise gemindert worden. Und wenn das für uns erwünschte Ergebnis erzielt worden ist, daß der normale Ver-

kehr zwischen Wien und St. Petersburg wiederhergestellt wurde, so haben wir von einer zu großen Intimität zwischen beiden Kabinetten vorläufig, und wahrscheinlich solange die beiden jetzigen Minister am Ruder bleiben, nichts zu befürchten.

F. Pourtalès

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Mit Oesterreich auf dem Moquirstuhl davor!
[2] !

Nr. 9938

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 158
Vertraulich

Wien, den 23. März 1910

Nach einem Telegramm des italienischen Botschafters in Petersburg* an seine Regierung hat Herr Iswolsky dem letzteren gesagt, er habe vorausgesehen, daß seine Publikationen über die Verhandlungen mit Österreich in Wien übel vermerkt werden würden[1]. Die Veröffentlichung aller Dokumente sei für ihn aber der einzig gangbare Weg gewesen, um den Mißdeutungen, denen die russische Politik am Balkan ausgesetzt sei[2], zu begegnen. Wenn sich übrigens Graf Aehrenthal beklage, daß er, Iswolsky, Dokumente ohne vorherige Anfrage publiziert habe, so habe sich Graf Aehrenthal das selbst zuzuschreiben, denn dieser habe damit seinerzeit den Anfang gemacht.

von Tschirschky

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Also Absicht Aehrenthal zu ärgern!
[2] !

Nr. 9939

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 162
Ganz vertraulich

Wien, den 25. März 1910

Seit fünf bis sechs Tagen ist Herr Wesselitzky wieder in Wien auf seiner Rückreise aus Petersburg. Wie ich von befreundeter diplomatischer Seite erfahre, hat er am vergangenen Sonntag an Graf Aehrenthal einen Brief geschrieben, in dem er den Minister um eine Audienz bittet. Nach dem, was Wesselitzky selbst erzählt, hat er einen mündlichen Auftrag von

* Melegari.

Herrn Iswolsky an Graf Aehrenthal, dahingehend, ihm im Namen des russischen Ministers zu sagen, die österreichische Politik sei bisher stets unangenehm und für Rußland unfreundlich gewesen; er hoffe, daß dies in Zukunft anders werden würde. Wesselitzky soll lange schwankend gewesen sein, ob er mit dieser Mission zu Graf Aehrenthal gehen solle, hat sich aber doch dann entschlossen, den Minister brieflich um eine Unterredung zu bitten. Auf dem Ballhausplatz erklärt man aber, Graf Aehrenthal habe Herrn Wesselitzky diesmal nicht empfangen.

Der bekannte Gewährsmann der Kaiserlichen Botschaft hat über eine Unterredung zwischen ihm und Herrn Wesselitzky einen Bericht geliefert, den ich weiter unten gehorsamst folgen lasse. Es ist sehr bezeichnend, daß Wesselitzky, ebenso wie es nach einem hier eingetroffenen Telegramm des Markgrafen Pallavicini Herr Tscharykow dem Freiherrn von Marschall gegenüber getan hat, ganz positiv behauptet, die Annäherung gehe viel tiefer, als die offiziellen Communiqués es erscheinen ließen*. Hier ist entschieden der englische Wunsch der Vater dieser Unwahrheit. Über den eigentlichen Zweck der Bemühungen Wesselitzkys, der ja doch mit Instruktionen von London aus seine Fahrt nach Wien und Petersburg angetreten hat, spricht sich Wesselitzky in folgendem Satze mit genügender Deutlichkeit aus, nachdem er ausgeführt, daß es Deutschland nicht gelungen sei, die Annäherung zu hintertreiben: „Aber nachdem die Annäherung an Rußland dem Wiener Kabinett naturgemäß eine erhöhte Selbständigkeit verleiht, so ist in dem Maße, als diese Annäherung erstarkt und die österreichisch-ungarische Politik sich dieser neuen Anlehnung akkommodiert, eine Emanzipation Österreich-Ungarns von dem germanischen Einflusse und von der germanischen Hegemonie mit aller Sicherheit zu gewärtigen — und dies sei hauptsächlich das Ziel, welches ihm bei dieser ganzen Aktion vorgeschwebt habe[1]. Die Annäherung Österreich-Ungarns an Rußland habe außerdem auch noch darum eine große Bedeutung, weil sie implicite zugleich auch eine Annäherung an die gesamte slawische Welt und an die Gruppe von Großmächten, welcher Rußland angehört, in sich schließt."

Der Bericht des Gewährsmannes lautet wie folgt:

„Wesselitzky ist wieder aus Petersburg hier eingetroffen, und ich habe gestern mit ihm eine Zusammenkunft gehabt. Er sagte mir, er habe ein gutes und schweres Stück Arbeit zustande gebracht und habe darauf mehr Zeit und Mühe verwenden müssen, als er es sich ursprünglich vorgestellt hatte. Darum habe er seinen Aufenthalt in Petersburg so bedeutend verlängern müssen. Er sei auf weit größere Schwierigkeiten gestoßen, als er es erwartet hatte. Er habe wie ein russischer ‚Ledokol' (das heißt: ‚Eisbrecher') gearbeitet und ganze Eisberge von Mißtrauen durchbrechen müssen, um dem Annäherungsgedanken den Weg frei zu machen.

---

* Man sieht hier in besonders deutlicher Weise, welche Kräfte am Werk waren, um Mißtrauen zwischen Berlin und Wien zu säen.

Die Annäherung gehe viel tiefer, als dies die Communiqués erkennen lassen, welche die beiden Kabinette publiziert haben. Beide offiziellen Communiqués bedienen sich einer verklausulierten und verschleierten Sprache, wie dies überhaupt die Diplomatie liebt, und was noch insbesondere in dem vorliegenden Falle beiden Teilen mit Rücksicht auf ihre respektiven Alliierten sehr angezeigt zu sein schien. Gleichwohl ist die Annäherung eine große und ernste Tatsache, und nachdem einmal die Brücke geschlagen worden ist, so werde die Annäherung sozusagen durch sich selbst immer mehr erstarken und tiefere Wurzeln schlagen.

Daß Deutschland, nachdem es die Annäherung nicht zu hintertreiben vermocht, dieselbe nun in seinem Sinne und in seinem Interesse zu beeinflussen und zu fruktifizieren bemüht ist, darf niemanden wundernehmen. Diese Taktik ist sehr naheliegend und man müßte sich geradezu wundern, wenn das Berliner Kabinett nicht nach diesem Strohhalm greifen würde.

Aber nachdem die Annäherung an Rußland dem Wiener Kabinett naturgemäß eine erhöhte Selbständigkeit verleiht, so ist in dem Maße, als diese Annäherung erstarkt und die österreichisch-ungarische Politik sich dieser neuen Anlehnung akkommodiert, eine Emanzipation Österreich-Ungarns von dem germanischen Einflusse und der germanischen Hegemonie mit aller Sicherheit zu gewärtigen — und dies sei hauptsächlich das Ziel, welches ihm bei dieser ganzen Aktion vorgeschwebt habe. Die Annäherung Österreich-Ungarns an Rußland habe außerdem auch noch darum eine große Bedeutung, weil sie implicite zugleich auch eine Annäherung an die gesamte slawische Welt und an die Gruppe von Großmächten, welcher Rußland angehört, in sich schließt.

Es sei nur zu wünschen und zu hoffen, daß das in jeder Beziehung bedeutsame Resultat, welches erzielt worden ist, nicht durch nachträgliche Ungeschicklichkeiten und durch die fortgesetzten Machinationen des Berliner Kabinetts vereitelt werde."

von Tschirschky

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Sir A. Nicholson und Grey!

Nr. 9940

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 109
Vertraulich

St. Petersburg, den 31. März 1910

Kaum sind die „normalen diplomatischen Beziehungen" zwischen Rußland und Österreich-Ungarn wiederhergestellt, so droht schon der Streit zwischen den beiden Ministern von neuem auszubrechen.

Herr Iswolsky hatte von seinem bekannten Communiqué* meinem österreichisch-ungarischen Kollegen vor der Veröffentlichung keine Kenntnis gegeben und das den Kabinetten der Großmächte mitgeteilte Aktenmaterial weder dem Grafen Berchtold gezeigt noch dasselbe in Wien vorlegen lassen. Das Wiener Kabinett war somit das einzige, welchem die einseitige Darstellung der zwischen dem russischen Minister und dem österreichisch-ungarischen Botschafter in den letzten Monaten gepflogenen Verhandlungen zunächst unbekannt geblieben war.

Trotz des offensichtlichen Wunsches des Grafen Aehrenthal, die Streitaxt zu begraben, erscheint es fraglich, ob der österreichisch-ungarische Minister das russische Communiqué nunmehr unerwidert lassen wird. Er hat schon vor seiner Abreise nach Abbazia dem russischen Geschäftsträger, wie dieser hierher gemeldet hat, eröffnet, daß er sich eine Richtigstellung einiger in dem Communiqué enthaltener Ungenauigkeiten vorbehalten müsse. Nachdem er inzwischen Kenntnis des vollen Inhalts der den Kabinetten mitgeteilten Schriftstücke erhalten hat, dürfte er zu einer solchen Richtigstellung noch mehr Veranlassung finden. Von der Art, wie diese Richtigstellung erfolgt, wird es abhängen, ob und in welchem Maße sich die persönlichen Beziehungen zwischen Herrn Iswolsky und Graf Aehrenthal wieder verschärfen werden.

Darf man somit den Entscheidungen, welche Graf Aehrenthal nach seiner Rückkehr von seinem Osterurlaube treffen wird, mit Interesse entgegensehen, so hat das von Herrn Iswolsky beobachtete Verfahren schon jetzt den Erfolg gehabt, seine ohnehin seit Monaten stark getrübten und in der letzten Zeit nur äußerlich wiederhergestellten Beziehungen mit meinem österreichisch-ungarischen Kollegen neuerdings wieder zu beinahe gespannten zu gestalten. Graf Berchtold hat dem Minister seine Verwunderung darüber nicht vorenthalten, daß vertrauliche, mit ihm gepflogene Verhandlungen den Kabinetten anderer Mächte mitgeteilt worden sind, ohne daß er in die Lage gesetzt wurde, sich zu der einseitigen Darstellung dieser Verhandlungen zu äußern. Herr Iswolsky hat darauf dem Botschafter die den Mächten mitgeteilten Schriftstücke nachträglich geschickt. Den Empfang derselben hat Graf Berchtold durch ein Billet bestätigt, in welchem er darauf hinweist, daß er zu dem Dossier alle Vorbehalte machen müsse, „ce dossier ayant été composé sans mon concours". Herr Iswolsky hat auf diese Bemerkung, ebenfalls mittels Billets, gereizt geantwortet, er könne sich nicht erklären, was der Botschafter mit diesen Vorbehalten meine.

In ein weiteres Stadium ist die Angelegenheit seitdem nicht gerückt, da Graf Berchtold, bevor er weitere Schritte tut, auf Weisungen aus Wien warten will. Er sagt mir, daß er, falls Graf Aehrenthal die Absicht habe, die Angelegenheit weiter zu verfolgen, in der Lage sein werde, außer den von Graf Aehrenthal bereits beanstandeten Punkten des Communiqués

* Vgl. Nr. 9932 nebst Fußnote *, S. 494.

noch auf verschiedene Stellen der von Herrn Iswolsky den Mächten gegebenen Darstellung des österreichisch-russischen Gedankenaustausches hinzuweisen, welche diese Darstellung zum mindesten als wenig objektiv erscheinen lassen würden.

Herr Iswolsky wollte gestern für drei bis vier Wochen auf Osterurlaub nach München und Südfrankreich reisen, hat aber seine Abreise wegen Erkrankung seines Sohnes vorläufig um einige Tage verschoben. Sollte sich die Situation bis zu seiner Abreise nicht klären, so läßt er jedenfalls in den Beziehungen mit der österreichisch-ungarischen Botschaft eine wenig angenehme und mit der Wiederannäherung zwischen beiden Kabinetten in grellem Kontrast stehende Atmosphäre hier zurück.

F. Pourtalès

Nr. 9941

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 190
Ganz vertraulich

St. Petersburg, den 30. Juni 1910

Trotz der in diesem Winter erfolgten „Wiederanknüpfung normaler Beziehungen" zwischen Rußland und Österreich-Ungarn deuten manche Anzeichen darauf hin, daß das Verhältnis zwischen dem hiesigen und dem Wiener Kabinett zurzeit noch ein äußerst kühles, man kann wohl beinahe sagen, gespanntes ist. In Wien beklagt man sich über die agitatorische Tätigkeit, die angeblich von russischen Agenten in Galizien und der Bukowina betrieben wird. Hier wird den österreichisch-ungarischen Behörden Spionenriecherei und in diesem Zusammenhang eine mit den Regeln des Völkerrechts kaum mehr vereinbare Belästigung von russischen Untertanen auf österreichisch-ungarischem Staatsgebiet vorgeworfen. So behauptet man hier, daß vor kurzem ein Verwandter der Gräfin Schuwalow, der Witwe des ehemaligen Botschafters in Berlin, in Lemberg lediglich wegen angeblich ungenügender Legitimationspapiere die größten Unannehmlichkeiten gehabt habe.

Welches Maß von Zündstoff sich in letzter Zeit wieder in den Beziehungen zwischen beiden Nachbarreichen angesammelt hat, geht aus den scharfen Auslassungen der Wiener offiziösen Presse sowie aus den Klagen des Herrn Iswolsky meinem österreichisch-ungarischen Kollegen gegenüber hervor.

Vor wenigen Tagen erst ging der Minister so weit, dem Grafen Berchtold Repressalien, zu denen man sich russischerseits genötigt sehen würde, anzukündigen, und man geht wohl nicht fehl, wenn man die kurz darauf erfolgte Verhaftung des im Dienste des Wiener Korrespondenzbureaus stehenden Freiherrn von Ungern-Sternberg mit dieser Drohung in Ver-

bindung bringt. Alles scheint dafür zu sprechen, daß es der russischen Regierung bei dieser Verhaftung vor allem um eine Rache wegen des Vorgehens der österreichisch-ungarischen Regierung gegen den russischen Militärattaché Obersten Martschenko* und andere Russen, die sich in Österreich-Ungarn mißliebig gemacht haben, zu tun ist.

In welchem Maße Freiherr von Ungern-Sternberg und, wie man hier glauben machen will, mit ihm der österreichisch-ungarische Militärattaché Major Graf Spannocchi kompromittiert sind, läßt sich zurzeit schwer übersehen. Russischerseits wird verbreitet, daß bei der vorgenommenen Haussuchung in der Wohnung des Herrn von Ungern-Sternberg ein Heft mit Notizen gefunden worden sei, aus denen die Schuld des Genannten unzweifelhaft hervorgehe. Es sei danach erwiesen, daß Ungern-Sternberg für Beschaffung militärischer Geheimnisse von einer hiesigen Botschaft bezahlt worden sei, übrigens habe er seine Schuld auch bereits eingestanden. Die „Nowoje Wremja", welche natürlich ganz besonders bestrebt ist, den Fall möglichst aufzubauschen, zeigt sich dabei auffallend gut über Einzelheiten der eingeleiteten Untersuchung unterrichtet. Dieses Blatt ist auch das erste, welches den Namen des Grafen Spannocchi nennt. Allerdings nicht in direktem Zusammenhang mit der Untersuchung, aber in Form einer unmittelbar unter einem Artikel über den Fall Ungern-Sternberg stehenden Personalnotiz, nach welcher der österreichisch-ungarische Militärattaché angeblich demnächst seinen Posten verlassen werde. Diese Notiz hat natürlich den beabsichtigten Zweck nicht verfehlt, und der Name des Grafen Spannocchi ist heute in Verbindung mit der Affäre Ungern-Sternberg in aller Munde.

Herr Iswolsky nimmt im gegenwärtigen Stadium der Angelegenheit die Pose an, als habe er nur den einen Wunsch, jeden Skandal zu vermeiden und zu verhüten, daß dieser fatale Zwischenfall eine neue Verschlechterung der österreichisch-russischen Beziehungen herbeiführt. Er hat meinem österreichisch-ungarischen Kollegen gestern über die Sache gesprochen und dabei, wie Graf Berchtold sich ausdrückte, in „väterlich freundschaftlichem" Tone dem Botschafter zu verstehen gegeben, daß es angesichts

---

* Oberst Martschenko hatte sich der Dienste eines im Wiener Arsenal beschäftigten Artilleriewachtmeisters zu versichern gewußt, um mit dessen Hilfe Angaben über die Ausgestaltung von Artilleriereserveanstalten, sowie über die Festungsgeschütze und deren Munition zu erhalten. Durch das Geständnis des verhafteten Arsenalbeamten wurde Martschenko schwer komprimittiert. Bericht des Militärattachés in Wien Graf Kageneck vom 18. Januar 1910. Trotz der schweren Kompromittierung Oberst Martschenkos zog sich dessen Abgang aus Wien bis zum Sommer 1910 hin. Vgl. auch v. Szilassy, Der Untergang der Donau-Monarchie, S. 197. Nach ihm hätte Martschenko „regelrechte Bestechungen im hohen Stile" betrieben, während der österreichische Militärattaché in Petersburg, der kurz darauf in den Verdacht der Spionage geriet, weiter nichts begangen hätte, als sich frühzeitig einen gedruckten Parlamentsbericht zu verschaffen. Bei diesem Bericht handelte es sich nach einer Meldung Graf Kagenecks vom 26. Juli 1910 um das Protokoll einer Geheimsitzung der Duma über das letzte Rekrutenkontingent.

des „erdrückenden" gegen Graf Spannocchi vorliegenden Beweismaterials, um einen Skandal zu vermeiden, wohl das beste sein würde, wenn Graf Spannocchi, der übrigens augenblicklich auf Urlaub abwesend ist, möglichst bald St. Petersburg stillschweigend für immer verließe. Als darauf Graf Berchtold auf den Fall Martschenko und insbesondere darauf hingewiesen hat, daß dieser Offizier trotz der gegen ihn vorliegenden gravierenden Momente ruhig in Wien geblieben sei, hat der Minister bestritten (!), daß Oberst Martschenko irgend etwas Inkorrektes sich habe zu schulden kommen lassen. Mein österreichisch-ungarischer Kollege hat vermieden, sich hierüber in eine Diskussion einzulassen, sondern hat erklärt, daß er nicht in der Lage sei zu beurteilen, inwieweit Graf Spannocchi sich unerlaubter Handlungen schuldig gemacht habe. Man möge ihm das angeblich vorliegende Beweismaterial mitteilen, er sei bereit, dasselbe nach Wien zu übermitteln und dem Grafen Aehrenthal die Entscheidung anheimzustellen. „A titre tout-à-fait privé" hat darauf Herr Iswolsky alle Punkte, deren Baron Ungern-Sternberg überführt sei, und die er selbst eingestehe, angeführt, daß er dem Grafen Spannocchi gegen Zahlung die Ziffer der Rekrutenkontingente der letzten Jahre verschafft sowie Mitteilungen in bezug auf Kriegsmunition in Aussicht gestellt habe*.

Ob das angebliche Geständnis Ungern-Sternbergs, der eine wenig vertrauenswürdige Persönlichkeit ist, sowie dessen Notizen ein genügendes Belastungsmaterial gegen den Grafen Spannocchi darstellen, vermag ich nicht zu beurteilen. Mir scheint, daß Herr Iswolsky nach seiner beliebten Methode zunächst versucht hat, durch einen „Bluff" den Grafen Berchtold dahin zu bringen, die sofortige Abberufung seines Militärattachés zu beantragen, um auf diese Weise eine vollendete Tatsache zu schaffen.

Dem Grafen Berchtold ist dieser neue Zwischenfall im höchsten Grade peinlich, da Ungern-Sternberg der Vertrauensmann der österreichisch-ungarischen Botschaft in Preßangelegenheiten war und in dieser Eigenschaft auch die Zuwendung von Geldern an einzelne hiesige Zeitungen, zum Beispiel an den „Wetscherny Golos", der kurze Zeit hier erschien, vermittelt hat. Der Botschafter fürchtet, daß alle diese Dinge bei dem in nächster Zeit zu erwartenden Prozeß gegen Ungern-Sternberg zur Sprache kommen und an die große Glocke gehängt werden. Die „Nowoje Wremja" hat auch bereits Andeutungen in diesem Sinne gebracht. Die Befürchtungen des Botschafters scheinen mir um so mehr begründet, als Herr Iswolsky, wenn er die Möglichkeit dazu sieht, sich die Gelegenheit sicher nicht entgehen lassen wird, aus dem Vorgang Pfeile gegen den Grafen Aehrenthal, der seinerzeit die Beziehungen mit Ungern-Sternberg hier angeknüpft hat, zu schnitzen. Ich bin geneigt, in der ganzen Angelegenheit einen neuen Abschnitt in dem Rachefeldzug des Herrn Iswolsky gegen den Grafen Aehrenthal zu erblicken, denn „Revanche für Buchlau" wird für lange Zeit noch eines der Hauptleitmotive der Iswolskyschen Politik bleiben[1].

F. Pourtalès

* sic!

Nachschrift. 1. Juli 1910

Die heutige „Nowoje Wremja" bringt das nachstehende Entrefilet: „Graf Berchtold teilte dem Minister alles mit, was er bezüglich des Zwischenfalls mit Baron Ungern-Sternberg wisse, und setzte ihn von der bevorstehenden Abberufung des Grafen Spannocchi in Kenntnis[2]."

F. Pourtalès

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Ja
[2] !

Nr. 9942

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 202
Vertraulich

St. Petersburg, den 16. Juli 1910

Mein österreichisch-ungarischer Kollege hat in der vorigen Woche Herrn Iswolsky im Auftrage des Grafen Aehrenthal offiziell mitgeteilt, daß der Militärattaché Graf Spannocchi auf das bestimmteste in Abrede stellt, durch den vor kurzem wegen Spionage hier verhafteten Freiherrn von Ungern-Sternberg in den Besitz irgend welcher militärischer Geheimnisse gelangt zu sein. Richtig sei nur, daß er mit Baron Ungern-Sternberg, der in seiner Eigenschaft als Vertreter des Wiener Korrespondenzbureaus häufig auf der Botschaft erschienen sei, in oberflächlichem Verkehr gestanden habe. Auch habe er dem Genannten, der sich öfters in Geldverlegenheiten befunden habe, hin und wieder kleine Summen vorgestreckt, niemals aber als Entgelt für gelieferte Nachrichten. Graf Berchtold hat darauf dem Minister gesagt, Graf Aehrenthal ließe bitten, ihm vertrauliche Einsicht in das Dossier gegen Ungern-Sternberg zu gewähren, er sei seinerseits bereit, das in der Untersuchung gegen den Obersten Martschenko erwachsene Aktenmaterial hier zur Verfügung zu stellen[1].

Herr Iswolsky hat, wie mir mein österreichisch-ungarischer Kollege vertraulich erzählt, dieses Anerbieten des Grafen Aehrenthal sehr ungnädig aufgenommen. Er hat ziemlich übel gelaunt erwidert, das Dossier gegen Baron Ungern-Sternberg befinde sich nicht im Ministerium des Äußern[2], es sei sehr fraglich, ob man es im gegenwärtigen Stadium der Untersuchung werde herausbekommen können. Im übrigen handle es sich um eine Angelegenheit, die ihren gerichtlichen Gang gehe, und mit der er als Minister des Äußern garnichts zu tun habe. Der Minister hat darauf seiner Entrüstung darüber Ausdruck gegeben, daß die österreichisch-ungarische Presse die Untersuchung gegen Ungern-Sternberg als einen Racheakt wegen des Vorgehens der Wiener Behörden gegen Oberst

Martschenko darzustellen suche. Der Fall des letzteren sei erledigt; Oberst Martschenko, welchem nichts vorzuwerfen sei, werde demnächst ein höheres Kommando in der russischen Armee bekommen[3].

Graf Berchtold hat nicht unterlassen können, diesen Behauptungen des Herrn Iswolsky gegenüber darauf hinzuweisen, daß Oberst Martschenko von der Wiener Polizei zusammen mit dem Unteroffizier, welcher der Entwendung geheimer Schriftstücke überführt worden ist, ertappt wurde, also zweifellos schwerer kompromittiert erscheine als Graf Spannocchi. Diese Bemerkung hat die gereizte Stimmung des Ministers noch erhöht. Schließlich hat Herr Iswolsky in Aussicht gestellt, er werde sehen, inwieweit dem Wunsche des Grafen Aehrenthal, in die Untersuchungsakten kontra Ungern-Sternberg Einsicht zu nehmen, entsprochen werden könne.

Seit dieser Unterredung meines österreichisch-ungarischen Kollegen mit Herrn Iswolsky hat die Angelegenheit eine neue Wendung genommen, die der Minister kaum vorhergesehen haben dürfte, und die ihm wenig angenehm sein wird. Es hat nämlich auch beim Korrespondenten des Reuterschen Bureaus Baringer eine Haussuchung stattgefunden, infolge welcher sowohl der Genannte als die englischen Korrespondenten Wilton der „Times" und Reynolds der „Daily News" eiligst aus St. Petersburg verschwunden sind[1]. In hiesigen Journalistenkreisen erzählt man sich, daß bei der Untersuchung gegen Ungern-Sternberg Tatsachen konstatiert wurden, durch die besonders der Timeskorrespondent schwer kompromittiert erscheine. Inwieweit dies zutrifft, läßt sich nicht kontrollieren. Auffallend aber ist, daß es plötzlich in der Angelegenheit Ungern-Sternberg ganz still geworden ist[4]. Die Zeitungen bringen nur hie und da unwichtige Notizen über dieselbe, und es wird neuerdings vielfach behauptet, daß zu einem Prozeß gegen den Genannten wegen Hochverrats keinerlei Material vorhanden sei[5], er vielmehr wahrscheinlich nur wegen „Indiskretionen" verfolgt werden würde. Auch Herr Iswolsky hat den Grafen Berchtold bei dem letzten Empfangstage nicht wieder auf die Sache angeredet. Graf Spannocchi, der gegenwärtig auf Urlaub ist, dürfte vorläufig, bis sich die Sache geklärt hat, wie ich von meinem österreichisch-ungarischen Kollegen höre, noch einige Zeit von seinem Posten fern bleiben*.

F. Pourtalès

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Sehr gut!
[2] existirt wahrscheinlich überhaupt nicht
[3] großartiger Bluffer
[4] wegen England
[5] aha!

---

* Tatsächlich wurde Graf Spannocchi im Verfolg des Ungern-Sternberg-Prozesses, der mit dessen Verurteilung zu vier Jahren Zwangsarbeit endete, durch den Prinzen Franz zu Hohenlohe-Waldenburg ersetzt. In einem Berichte des Militärattachés in Petersburg

Nr. 9943

*Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg, z. Z. in Hohenfinow, an Kaiser Wilhelm II.**

Telegramm. Entzifferung

Hohenfinow, den 15. September 1910

Die Anzeichen mehren sich, daß Iswolsky sein Ministerportefeuille mit einer Botschaft vertauschen wird**; es sind vor allem pekuniäre Gesichtspunkte, die ihm das nahe legen, und er wird sich daher die für lange vielleicht nicht wiederkehrende Gelegenheit, daß Paris frei wird, kaum entgehen lassen.

Es wird nun interessant sein zu sehen, ob er nach Paris geht, wo er sich seit Jahren gern amüsiert oder, wie eine andere Version sagt, seinen Ehrgeiz über sein Vergnügen stellt und statt zu seinen Pariser Operettenfreundinnen zu seinem Freund Nicolson nach London*** geht[1]. Iswolskys Rücktritt würde allerdings unbedingt bei seiner persönlichen Gegnerschaft gegen Graf von Aehrenthal eine Besserung der Beziehungen zu Österreich herbeiführen, ob auch der Beziehungen zu uns[2], ist noch fraglich. Wir haben aber kein Interesse, diese Befürchtung gerade in Wien bekanntwerden zu lassen. Bei aller Freundschaft zu Österreich dürfen wir gerade dessen maßgebende Kreise nicht zu sehr in unsere leider bestehenden Gravamina gegen Rußland einweihen. Die Furcht vor Rußland und der Gedanke, daß wir uns auf Österreichs Kosten mit Rußland verständigen könnten, hat Österreich in unsere Arme getrieben und wird es auch darin erhalten. Die Gesinnungen des Kaisers Franz Joseph bürgen uns zwar dafür, daß Österreich unter allen Umständen zu uns halten wird; wenn aber die österreichischen Staatsmänner sehen, daß wir noch mehr Schwierigkeiten mit Rußland haben als sie, wird bei ihnen die alte Kálnokysche Neigung erwachen, die Leitung im Drei-

---

Majors Graf von Posadowsky-Wehner vom 14. November 1910 (Nr. 44) heißt es darüber noch: „Die Russen haben jetzt ihren Zweck erreicht, die Fälle Martschenko in Wien und Graf Spannocchi in Petersburg als gleichwertig hinzustellen, obgleich sie dies gewiß nicht sind. Die Sachen, die Graf Spannocchi erhalten hat, waren überhaupt nur geheim, weil es den Russen beliebt, fast alle militärischen Angelegenheiten als geheim zu bezeichnen. Die Presse darf ja nicht einmal über Organisations- und Dislokationsveränderungen berichten, die bereits durchgeführt sind. Außerdem hat er diese Nachrichten von einem Angestellten der österreichischen Botschaft erhalten. Sein Fehler war nur, daß er nicht bedacht hat, daß dieser Mann russischer Untertan war. Oberst Martschenko dagegen hat einen österreichischen Arsenalbeamten besoldet, um dauernd Nachrichten über Bewaffnung zu erhalten, die in jedem Lande geheim gehalten werden."

* Das Telegramm ist aufgesetzt im Hinblick auf den Besuch Kaiser Wilhelms II. in Österreich (16.—20. September 1910).

** Die Enthebung Iswolskys von seinem Posten als Außenminister und seine Ernennung zum Botschafter in Paris erfolgte am 28. September.

*** Der englische Botschafter in Petersburg Sir A. Nicolson war zum Unterstaatssekretär im Foreign Office ausersehen; seine Ernennung erfolgte am 23. November 1910.

bunde, die uns gebührt, an sich zu reißen. Die österreichischen Minister müssen in dem Gefühl erhalten werden[3], daß nicht sie sich über unsern Kopf weg mit Rußland verständigen[4], wenn der persönliche Feind Iswolsky beseitigt ist, sondern daß immer noch wir uns bei Seitensprüngen Österreichs leichter und schneller mit Rußland arrangieren können[5]. Das immer einflußreicher werdende slawische Element in Österreich schielt ohnedies nach Rußland. Es ist offenbar in Österreich die Sache mit der „deutschen Partei" in den Manövern* nicht besonders releviert worden. Sollte man nicht unzufrieden sein, daß man in Rußland damit zuerst an einen Angriff auf Deutschland dachte? Wir müssen doch wünschen[6], daß, falls es zum Äußersten kommt, der erste Angriff auf Österreich geht, das dann unserer Hülfe bedarf, und nicht auf uns, sodaß es dann von Österreichs Entschluß abhängt, ob es die Bündnistreue wahren will. Auch seitens Rußlands fehlt es nicht an Versuchen, mit „der slawischen Brudermacht Österreich" anzubandeln[7].

Ich möchte Euerer Majestät in dieser Hinsicht einen recht charakteristischen Fall mitteilen. Oberst Michelson**, trotz seines Namens ein enragierter Panslawist, hat sich im Kaisermanöver an Hauptmann Freiherrn von Bienerth*** herangemacht und von den „gemeinsamen panslawistischen Ideen" gesprochen. Nicht bei allen Österreichern würden solche Insinuationen so sehr an die falsche Adresse kommen wie bei Herrn von Bienerth.

Mißstimmungen zwischen uns und Rußland, wenn sie in Wien bekannt werden, kämen dann auch zweifellos zu Ohren von Cartwright. Dieser sehr gewandte Intrigant ist über alle Wiener Stimmungen stets auf das beste informiert. Könnte er Äußerungen Euerer Majestät über unsere Gravamina gegen Rußland und unsere Unstimmigkeiten mit diesem melden, so wäre das für unsere Londoner Gegner à la Nicolson ein erwünschter Anlaß, in unsere im Gange befindliche Aussprache mit England† störend einzugreifen. Es wird also gut sein, wenn wir die Österreicher nicht zu sehr in unsere russischen Karten sehen lassen und zunächst unser Hühnchen mit Rußland unter vier Augen rupfen[8]. Wir sind stark genug dazu, und es kann vielleicht auch wieder anders kommen[9]. Euere Majestät bitte ich alleruntertänigst mit mir darin übereinzustimmen, daß es gut ist, den Österreichern gegenüber über Rußland vielleicht kühl, aber keineswegs unfreundlich zu sprechen[10], insbesondere nicht hoffnungslos über eine mögliche Besserung unserer Beziehungen, schon im Hinblick auf Euerer Majestät bevorstehende Begegnung mit Seiner Majestät dem Kaiser von Rußland††.

---

* Vgl. dazu Anhang B.
** Russischer Militärattaché in Berlin.
*** Österreich-ungarischer Militärattaché in Berlin.
† Vgl. dazu Bd. XXVIII, Kap. CCXXV.
†† Vgl. dazu Kap. CCXVIII.

In dieser Beziehung ist es als sehr merkwürdig aufgefallen, daß die offiziöse „Russische Telegraphenkorrespondenz", deren Vertreter direkt beim kaiserlichen Hoflager in Friedberg* weilt, positiv gemeldet hat, der Zar habe in einem Telegramm aus Halle a. S. Euerer Majestät seinen Besuch am 10. Oktober angekündigt[11]. Tatsächlich hat nun der Zar das Antworttelegramm Euerer Majestät auf sein Begrüßungstelegramm gerade in Halle a. S. erhalten, Euerer Majestät aber von dort aus nicht mehr telegraphiert[12]. Ob da eine Intrige oder eine Bummelei der Umgebung vorliegt? Ich denke, Freiherr von Jenisch, der jetzt in Darmstadt ist, und den ich darauf aufmerksam gemacht habe, wird in seiner vorsichtigen Weise den wahren Tatbestand und die möglichen Dessous der Sache aus Herrn von Knorring** herausbekommen.

Zu den bevorstehenden Pirschgängen darf ich ehrerbietigst Weidmannsheil wünschen.

Alleruntertänigst

Bethmann Hollweg

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Selbstverständlich! dieses
[2] Nein!
[3] solange es geht!
[4] ganz unmöglich wird es nicht sein
[5] das dürfte bei der jetzigen gänzlich veränderten Lage und Stimmung in Russland schwer werden.
[6] ja ob es aber so kommt ist Sache geschickter Politik in Berlin!
[7] Wenn die beiden ernstlich wollen, können und werden sie sich ohne uns vertragen! Das Einzige Hinderniß sind die Ungarn! die solche Politik nicht dulden!
[8] richtig! Vorausgesetzt, daß die Russen es bei den „4 Augen" bewenden lassen
[9] ? schwacher Trost für Realpolitiker
[10] am Besten gar nicht!
[11] gelogen! aus Schreck über die Wirkung der Manöver-Idee bei mir, um uns gut zu stimmen und das dumme deutsche Volk einzulullen
[12] richtig

Schlußbemerkung des Kaisers:

Mit vorstehenden Ausführungen einverstanden. Am Besten ist es man spricht gar nicht in Wien über die Russen. Nur höchstens insoweit als sie im Balkan putschen und den Österreichern und Türken unangenehm werden. Diese müssen militärisch zusammengebracht werden; dann sind die Oesterreicher den Russen gegenüber am Besten festgelegt und anrüchig. Desswegen will ja auch Aehrenthal nicht an die Milit[är]-Convention mit der Türkei heran!*** Ist diese erst fest, werden die Russen es den Oesterreichern nicht vergessen! und ein Zankapfel zwischen ihnen sein. Die Ungarn sind auch ein Gegengewicht gegen eine Verständigung mit Russland!

W.

---

* Das russische Kaiserpaar weilte seit Ende August in Friedberg bei Bad Homburg v. d. H. als Gast des Großherzogs von Hessen.
** Russischer Ministerresident in Darmstadt.
*** Vgl. dazu Kap. CCXII.

Nr. 9944

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 420 Wien, den 14. Oktober 1910
Vertraulich

Der schon so oft angekündigte Wechsel auf der hiesigen russischen Botschaft ist nun zur Tatsache geworden. Fürst Urussow wird binnen kurzem Wien verlassen und durch den bisherigen russischen Gesandten in Brüssel, Herrn von Giers, ersetzt werden.

Mit dem Fürsten Urussow scheidet wieder einer der Diplomaten der alten Schule aus dem Amte, der es verschmähte, politischen Antagonismus auf das persönliche und gesellige Gebiet zu übertragen. Er war ein feiner politischer Kopf und verfügte über eine große Erfahrung in seinem Berufe. In den letzten Jahren seiner Tätigkeit hier in Wien konnte er allerdings nur wenig hervortreten, weil ihn einesteils seine schwache Gesundheit, andernteils der Wille seines Chefs den größten Teil des Jahres von hier fernhielten. Fast während der ganzen Zeit der Annexionskrise hielt sich der Fürst an der Riviera auf, und Rußland war in dieser Zeit hier so gut wie nicht vertreten. Wie oft klagte mir Graf Aehrenthal damals darüber, daß mit dem als Geschäftsträger fungierenden, jetzt zum Gesandten in Athen ernannten Herrn Sverwejew durchaus nichts anzufangen sei. Wenn Herr Iswolsky durch diese Entfernung des Botschafters seinem österreichisch-ungarischen Kollegen einen der von ihm beliebten Nadelstiche hat versetzen wollen, so ist ihm dies damit nur zu gut gelungen.

Das Gefühl, in dieser schweren Zeit gänzlich brach haben liegen zu müssen, ohne seine Dienste irgendwie für sein Land verwerten zu können, hat, wie aus Äußerungen des Fürsten hervorgeht, auf ihm gelastet und hat ihm die letzte Zeit seines Dienstes verbittert. Er meinte neulich einem befreundeten Kollegen gegenüber, was ihn schmerze, sei, daß er seinem Nachfolger seinen Posten zu einer Zeit übergeben müsse, in der die Beziehungen zwischen Rußland und Österreich-Ungarn, für deren Besserung er stets habe einzutreten versucht, nichts weniger als erfreulich zu nennen seien. Auch mir gegenüber hat sich Fürst Urussow dahin ausgesprochen, daß, wenn auch das Verhältnis zwischen Petersburg und Wien jetzt leidlich korrekt sei, ça ne valait pourtant pas grand'chose.

Das Reskript, das Kaiser Nikolaus an den scheidenden Botschafter gerichtet hat, hat diesem eine große Genugtuung gewährt. Fürst Urussow hob besonders hervor, daß der Satz, in dem der Kaiser sage, er, der Fürst, habe als Botschafter in Wien mit allen Mitteln die Aufrechterhaltung und Festigung guter, nachbarlicher Beziehungen zu Österreich-Ungarn erstrebt, ihn selbst aus dem Netze der persönlichen Verstimmungen heraushebe. Zu gleicher Zeit werde damit auch der feste Wille des Kaisers[1] dokumen-

tiert, auf dieser Bahn der guten Beziehungen zu Österreich-Ungarn zu verharren.

Jetzt, nach dem Abgange Iswolskys*, wird es dem Kaiser Nikolaus leichter werden, seinen guten Willen in die Tat umzusetzen. Zugleich mit dem Rücktritt des russischen Auswärtigen Ministers zieht auch ein neuer Botschafter hier ein, und es besteht für mich kein Zweifel, daß man sich aus diesem doppelten Personenwechsel auch hier eine günstige Rückwirkung auf die österreichisch-russischen Beziehungen verspricht. Dem neuen Botschafter geht zwar hier kein allzu guter Ruf voraus. Im Ministerium hat man keine besonders hohe Meinung von Herrn von Giers. Er sei kein Adler, sagte man mir, und eher „ein kleiner Mann"; vielredend und von echt russischer oberflächlicher Bonhomie. Von einer diplomatischen Persönlichkeit, die den neuen Botschafter von Paris her gut kennt, wurde darauf hingewiesen, daß Herr von Giers lange Jahre dort unter Herrn von Mohrenheim gedient, die Zeit der Gründung der russisch-französischen Allianz mit erlebt habe und wohl sicherlich noch in dem dort empfangenen Ideenkreis weiter sich bewegen werde. Seine mittelmäßige Begabung und sein etwas subalternes Wesen würden ihn wahrscheinlich in die Gefolgschaft und Abhängigkeit seiner beiden hiesigen Ententekollegen bringen, was bei Fürst Urussow nicht der Fall gewesen sei. Ich möchte glauben, daß Graf Aehrenthal nicht böse darüber ist, einen russischen Botschafter hierher zu bekommen, dem er sich überlegen fühlt; der Minister wird sich sicherlich zutrauen, auf den neuen Botschafter genügenden Einfluß ausüben zu können, um denjenigen des französischen und besonders des englischen Vertreters zu paralysieren.

Aus wiederholten Äußerungen, die Kaiser Franz Joseph im Laufe des letzten Jahres mir gegenüber getan hat, konnte ich entnehmen, daß Seine

---

* In Wien war die am 28. September erfolgte Ersetzung Iswolskys durch seinen bisherigen Adjoint Sasonow mit besonderer Genugtuung und mit der Hoffnung begrüßt worden, daß nun endlich das noch immer gespannte österreichisch-russische Verhältnis sich leichter gestalten werde. Selbst im englischen Foreign Office wurde der Rücktritt Iswolskys mit einem Gefühl der Erleichterung quittiert. Es hieß darüber in einem Bericht Graf Metternichs vom 4. Oktober 1910: „Im hiesigen Foreign Office empfindet man, wie ich vertraulich höre, über den Rücktritt Herrn Iswolskys vom russischen Ministerium des Äußern eine gewisse Erleichterung. Herr Iswolsky sei, wie mir ein Mitglied des Foreign Office sagte, hysterisch wie eine Frau; sein Rücktritt werde ein Element der Nervosität aus der europäischen Politik verschwinden lassen. Besonders habe seine Haltung während der bosnischen Annexionskrise verstimmt. Das englische Kabinett habe ihm auf sein Drängen diplomatische Unterstützung zugesagt, jedoch mit dem Hinzufügen, daß die auf dem Spiele stehenden englischen Interessen zu gering seien, um einen Krieg in der Frage zu riskieren. Diese diplomatische Unterstützung sei ihm in reichem Maße gewährt worden, und zum Lohne dafür habe er sich mit den Deutschen arrangiert, ohne die Engländer auch nur rechtzeitig zu benachrichtigen, und sei sofort dazu übergegangen, Sir E. Grey Vorwürfe zu machen, als dieser nicht sofort auf allen Punkten kapitulieren wollte, „weil diese Politik die Sachlage erschwere und Rußland gefährde".

Majestät die zwischen der Monarchie und Rußland bestehende Spannung peinlich empfindet, und Graf Aehrenthal wird in seinen Bestrebungen, mit Rußland wieder auf besseren Fuß zu kommen, sich sicherlich auch von diesem auf das gleiche Ziel gerichteten Wunsche seines kaiserlichen Herrn leiten lassen, und er wird an dieser Stelle jede mögliche Unterstützung nach dieser Richtung hin finden. Inwieweit beim Thronfolger zurzeit russische Sympathien bestehen, ist schwer zu sagen. Man wird nicht fehlgehen in der Annahme, daß er von seiner früheren Hinneigung nach Petersburg stark zurückgekommen ist, weil ihm die Erfahrungen des russisch-japanischen Krieges und der darauf folgenden russischen Revolution die Schwäche der russischen Regierungsgewalt vor Augen geführt haben müssen und er in Rußland nicht mehr in gleichem Maße wie ehedem den Hort des monarchischen Gedankens erblicken kann. Erzherzog Franz Ferdinand steht auch augenblicklich in regem und engem Verkehre mit dem Chef des Generalstabes General Conrad von Hötzendorf, und das Mißtrauen, das notorisch im österreichischen Generalstabe gegenüber Rußland besteht, dürfte wohl auch auf den Herrn Erzherzog übergegriffen haben. Aber solche Stimmungen könnten sich ändern, falls von Petersburg aus dauernd ein milderer Wind wehen sollte.

Daß man auch in Petersburg wünschen muß, der Spannung mit dem österreichischen Nachbar ein Ende zu machen, folgt schon aus dem unabweisbaren Friedensbedürfnisse des russischen Staates, der alles daran setzen muß, um den Ausbruch kriegerischer Verwickelungen in seiner Interessensphäre solange hinauszuschieben, bis er die Regeneration seiner militärischen Macht und seines gesamten inneren Organismus durchgeführt haben wird[2]. Die jetzige Lage, wo von heute auf morgen zum Beispiel am Balkan Ereignisse eintreten können, die zu kriegerischen Verwickelungen führen, denen Österreich-Ungarn wohlgerüstet und schlagfertig, Rußland aber ohnmächtig gegenüberstehen würde, ist für Rußland im höchsten Grade unerfreulich[3]. Fürst Urussow hat diesem Gedanken mir und anderen meiner Kollegen gegenüber in diesen Tagen mehrfach lebhaften Ausdruck gegeben. Der Fürst meinte, am Balkan sei die Lage so, daß bei der Schwäche des jungtürkischen Regimes jeden Moment Überraschungen eintreten könnten, die Europa vor die Gefahr eines großen Krieges stellen würden. Wie würde sich dann Österreich einer solchen Eventualität gegenüber benehmen? „Qui sait?", äußerte Fürst Urussow, „si le Comte Aehrenthal ne profiterait pas d'une telle occasion pour entreprendre de nouvelles aventures", und wer könne sagen, bis wieweit er dann wieder die Unterstützung Deutschlands finden würde? Dieser imminenten Gefahr müsse vorgebeugt werden. Eine Verständigung in letzter Stunde würde zu spät kommen. Eine Politik des faits accomplis, die in letzter Zeit, und zwar leider mit Erfolg angewendet worden sei, dürfe, besonders am Balkan, in Zukunft nicht geduldet werden. Gesetzt den Fall, Bulgarien würde in einem bis dahin lokalisierten Kriege zwischen ihm und der Türkei Salonik besetzen, und Österreich daraufhin mit der Erklärung, daß dies gegen seine vitalen Interessen ver-

stoße, eigenmächtig in den bulgarisch-türkischen Streit eingreifen, so ständen wir vor einem großen, allgemeinen Kriege, dessen Folgen nicht abzusehen seien. Dieser Gefahr müsse entgegengetreten werden, und deshalb müsse „un accord de désintéressement" über den Balkan geschlossen werden. Und zwar müsse dieser Akkord unter allen europäischen Staaten in der Weise geschlossen werden, daß sich jede einzelne Macht verpflichtet, nichts zu unternehmen, ohne die vorherige Zustimmung aller anderen Mächte[4].

Während Fürst Urussow sich mir und anderen Diplomaten gegenüber über den Weg, auf dem man zu einer solchen Abmachung kommen könnte, nicht weiter ausgesprochen hat, ist er meinem italienischen Kollegen gegenüber offener gewesen. Er hat dem Herzog von Avarna angedeutet, daß Rußland zunächst mit den beiden Ententemächten, dann mit Italien ins reine kommen müsse und dann erst an Österreich herantreten sollte[5]. Es soll also Österreich-Ungarn[6] unter dem Druck einer bereits zwischen den vier Mächten abgeschlossenen Vereinbarung gestellt werden.

Wie schon die oben ausgeführte Äußerung des Fürsten Urussow über die von seiten des Grafen Aehrenthal bei gegebener Gelegenheit zu erwartenden „nouvelles aventures" zeigt, ist der scheidende Botschafter auf den Minister nicht gut zu sprechen. Und wenn er auch sich zurzeit vielleicht nicht mehr in vollem Maße verantwortlich für seine Worte fühlt, so spricht er eben deshalb wohl freier und läßt einen tieferen Blick in seine innerste Überzeugung zu. Zudem kommt der Fürst soeben von einer Reise zu seinem kaiserlichen Herrn aus Friedberg zurück, wo er sich abgemeldet hat. In seinen Gesprächen mit Kaiser Nikolaus wird sicherlich alles, was auf die russisch-österreichischen Verhältnisse Bezug hat, besprochen worden sein, und seine Ausführungen erlangen dadurch erhöhte Bedeutung. Der Fürst sagte mir, er sei davon überzeugt, daß Kaiser Franz Joseph persönlich gewiß gute Dispositionen gegenüber Rußland hege; bei der hiesigen Regierung könne er aber leider noch keinerlei Anzeichen einer konzilianteren Stimmung entdecken. So würden zum Beispiel in Galizien fast täglich angebliche russische Spione festgenommen, die dann, weil man ihnen absolut nichts nachweisen könne, nach kürzerer oder längerer Zeit wieder freigelassen würden. Seine Archive seien voll solcher Reklamationen, und wenn dies vielleicht auch nur nebensächliche Erscheinungen seien, so werde damit doch der Geist gekennzeichnet, der bei der hiesigen Regierung gegenüber Rußland herrsche.

Ich darf hier einschalten, daß sich, meiner Ansicht nach, Fürst Urussow in einem Irrtum befindet, wenn er die hiesige auswärtige Leitung für das Vorgehen in dieser Spionenangelegenheit verantwortlich macht. Dieses liegt vielmehr auf rein militärischem Gebiet und wird vom Generalstab aus betrieben. Ebenso wie Graf Aehrenthal sich schon oft mir gegenüber darüber beklagt hat, daß durch den an dieser Stelle bestehenden scharfen Antagonismus gegen Italien seine Bemühungen, die Reibungsflächen mit diesem Lande möglichst aus der Welt zu schaffen, wesentlich erschwert

werden, so dürften in gleicher Weise diese Spionageaffären mit Rußland kaum nach dem Geschmacke des Ministers sein*.

Nach Lage der Verhältnisse, wie sie sich nach dem Abgange des Herrn Iswolsky und nach den sowohl hier in Wien als in Petersburg bestehenden Dispositionen darstellt, werden wir jedenfalls damit zu rechnen haben, daß von beiden Seiten aus versucht werden wird, die gegenseitigen Beziehungen besser und freundlicher zu gestalten. Dieses Ziel wird angesichts des bei den beiderseitigen Herrschern bestehenden guten Willens jetzt, nach Ausscheiden des Herrn Iswolsky, wahrscheinlich bis zu einem gewissen Grade erreicht werden und seinen Ausdruck vermutlich in gegenseitigen Höflichkeitsbezeugungen finden, wie unter anderen Besuche von Regimentsdeputationen, mit denen schon in allernächster Zeit durch Entsendung einer Abordnung des den Namen des Kaisers Franz Joseph tragenden Kexholmischen Garde-Grenadier-Regiments nach Wien der Anfang gemacht wird, die am 25. d. Mts. hier eintreffen soll. Daß aber die Freundschaft zwischen Wien und Petersburg in absehbarer Zeit einen Grad der Wärme annehmen könnte, der etwa, nach dem alten Aehrenthalschen Plane, das Verhältnis Österreichs zu Rußland so intim gestalten würde, daß dadurch unser Verhältnis zu Rußland oder dasjenige Österreichs zu uns ungünstig beeinflußt und in die zweite Reihe zurückgedrängt werden könnte, glaube ich nicht. Bei dem Mangel innerer Aufrichtigkeit in dem politischen Verhältnisse beider Staaten zu einander und bei der noch lange andauernden Ungleichwertigkeit der beiderseitigen zur Verfügung stehenden Machtmittel, die das Gefühl, von gleich zu gleich und vertrauensvoll, besonders in Balkanfragen, zu verhandeln, nicht aufkommen lassen wird, bei dem in weiten russischen Kreisen gewiß noch bestehenden Mißtrauen gegen die Person des Grafen Aehrenthal, möchte ich bezweifeln, daß eine mehr als nur äußerliche Annäherung zwischen Österreich-Ungarn und Rußland in absehbarer Zeit möglich sein wird.

von Tschirschky

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Den hat er gar nicht!
[2] also bis 1912!
[3] so schlimm ist es nicht mehr!
[4] Unsinn!
[5] aha!
[6] wir auch!
Schlußbemerkung des Kaisers:
Richtig

---

* Das wird bestätigt durch Conrad von Hötzendorfs Erinnerungen; Feldmarschall Conrad, Aus meiner Dienstzeit 1906—1918, I, 449 ff.

Anhang

A. Akademische Erörterungen über eine Verständigung zwischen Rußland und Österreich-Ungarn mit deutschfeindlicher Spitze

Nr. 9945

Der Militärbevollmächtigte in Petersburg Kapitän zur See von Hintze an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Homburg

Abschrift

B. Nr. 171 St. Petersburg, den 24. März 1910

General Kuropatkin* hält sich zurzeit in St. Petersburg auf, für einige Wochen, wie er sagt. Er hat sich in mehrfachen Unterhaltungen über die gegenwärtige Lage und die Zukunft ausgesprochen. Ich gebe seine Auslassungen nachstehend in möglichst wortgetreuer Übersetzung wieder.

2. „Ich habe mich über unsere Lage und Ziele mit Gutsbesitzern, Kaufleuten, Gelehrten, Bauern, kurz: mit allen Ständen unterhalten und versichere Sie: ausnahmslos herrscht die Überzeugung: nur keinen Krieg! Das wird auf 25 Jahre hinaus die Losung bleiben, vielleicht auf länger. Das Gefühl der Entkräftung ist allgemein. Hand in Hand mit dieser Empfindung geht die Furcht, Deutschland und Österreich könnten Rußlands zeitweilige Schwäche benützen, um ihre Interessen rücksichtslos auf Kosten der russischen Interessen zu fördern, womöglich Rußland zum Kriege herausfordern[1]. Diese Furcht ist es, die sich hinter dem Hetzen der Presse verbirgt, und lediglich die Angst verleiht diesen Hetzereien Glauben[2]. Die Zeitungen könnten besser unterrichtet sein, aber ob sie es sind oder nicht — sie hetzen, weil sie dafür von England und Frankreich bezahlt werden[3]. So richtet die Presse viel Übel an; denn in Rußland mehr noch als irgendwo anders glauben die großen Massen blindlings dem, was gedruckt ist — weil es gedruckt ist.

So sind die Empfindungen der Massen des russischen Volkes."

3. „Ein verschwindend kleiner, aber sehr einflußreicher Teil des russischen Volkes, die sogenannte Intelligenz (etwa zu übersetzen: die Gebildeten), lebt in den panslawistischen Idealen Danilewskys (Danilewsky hat seine Theorie in einem Buch niedergelegt: „Rußland und Europa", in dem die kommende Herrschaft des Slawentums gepredigt wird), das ist Vereinigung aller slawischen Stämme zu einem Bundesstaat und Übernahme der Führung in Europa durch diesen Staat und eine slawische

* Oberbefehlshaber im russisch-japanischen Krieg.

Kultur[4]. Er ging dabei von der Idee aus, daß die germanischen und lateinischen Rassen den Gipfel ihrer Entwicklung überschritten hätten und sich im Niedergang befänden. Damals, als er seine Theorien aufstellte, vor 40 Jahren, rechnete er mit dem Vorhandensein und der möglichen Vereinigung von 125 Millionen Slawen. Jetzt zählt das russische Reich allein soviel Einwohner und gewinnt durch die natürliche Vermehrung alljährlich 2700000 Seelen, soviel wie die kleinen Slawenstaaten etwa Einwohner zählen. Danilewsky stellte als erste Etappe zum slawischen Föderativstaat die Befreiung der Balkanslawen von der türkischen Herrschaft auf, die russische Politik des 19. Jahrhunderts ist dieser Theorie gefolgt."

4. „Zum schweren Nachteil für Rußland[3]. Aber das wollen nur unendlich wenig Russen einsehen. Ich habe ein Buch geschrieben, das demnächst erscheinen wird, betitelt: „Rußland für die Russen." In diesem Buch stelle ich die These auf, daß Geld für die Balkanslawen auszugeben — Verschwendung ist, daß wir das Geld besser für unsere Letten, Tataren und Polen ausgäben. Die nationale Idee ist es, die das russische Reich geschaffen hat und erhält, nicht die slawische oder panslawistische. Das haben die russischen Herrscher erfaßt. So schufen sie im 15. und 16. Jahrhundert die Einheit des russischen Stammes aus dem Teilfürstentum; dann, in klarer Erkenntnis der Kräfte und Fähigkeiten des russischen Stammes, eine starke Regierungsgewalt: die Selbstherrschaft. Das russische Volk war und ist ärmer und in der Kultur zurückgebliebener als seine westlichen Nachbarn, aber letztere, obgleich viel kultivierter, konnten dem Andrang der russischen Heere nicht widerstehen[2], weil sie keine einheitliche und starke Regierungsgewalt zu schaffen vermochten[5]. Die russischen Selbstherrscher konzentrierten mit unbeugsamer Hartnäckigkeit die Kräfte des russischen Volkes auf klar aufgestellte, jedermann verständliche Ziele: das waren nach Erreichung der Einheit des russischen Stammes der Zugang zu den Meeren, zum Baltischen, Kaspischen, Schwarzen und Eismeer, zum Stillen Ozean.

Schon am Schlusse des 18. Jahrhunderts hatte Rußland seine jetzigen Grenzen im wesentlichen erreicht. Schwer entkräftet durch unablässige Kriege mit vielen Feinden, bedurfte es der Ruhe zwecks Ausbaues im Innern. Die den besten Armeen jener Zeit nicht nachstehende Armee hätte ihm Sicherheit und Frieden gewährleisten können.

Aber es gelang Rußland nicht, das 19. Jahrhundert der friedlichen inneren Entwickelung zu widmen. An die Stelle der bisherigen nationalen Politik trat eine Richtung, die mit den nationalen Aufgaben nichts zu tun hatte. Dahin gehören die Kriege gegen Napoleon I., der Krieg in Ungarn 1849 und die Befreiungskriege auf dem Balkan. Nur im Kaukasus und in Turkestan wurde für nationale Ziele gefochten, denn dieser beiden Grenzmarken bedarf Rußland. Alle anderen Kriege und die gesamte Politik des 19. Jahrhunderts diente lediglich europäischen, aber nicht russischen Interessen. Die Opfer, die das russische

Volk für jene[6] europäischen Interessen brachte, waren so ungeheuer, daß es in noch größeren kulturellen Rückstand gegenüber seinen westlichen Nachbarn geriet."

5. „Ich bin der Meinung: Rußland ist groß genug; es braucht Zeit und Ruhe, um sich zu konsolidieren.

Die panslawistische Idee erweist sich schon bei oberflächlicher Prüfung als unmöglich. Eine Autonomie Polens würde Rußland in die Zeiten des Zaren Alexei Michailowitsch (er machte den Anfang mit der Zurückdrängung Polens und bahnte den Sieg des russischen Stammes über den polnischen an) zurückwerfen; sie würde zudem nur der Beginn eines Kampfes mit dem Ziele: „Polen von Meer zu Meer!" sein. Endlich wäre die Wiederaufrichtung Polens durch Rußland nur durch einen Krieg mit Deutschland und Österreich zu erkaufen. Jedermann muß einleuchten, daß Ungarn sich in den slawischen Staatenbund nicht einfügen würde; bedenken Sie aber die Gefahr eines selbständigen Ungarns inmitten der slawischen Föderation! Weiter: Böhmen will von einem Aufgehen in den slawischen Gesamtstaat garnichts wissen, es könnte dabei nur verlieren, da es dank seiner Zugehörigkeit zu Österreich unvergleichlich viel fortgeschrittener in der Kultur ist als die anderen slawischen Stämme. Ebensowenig denken die Balkanvölker an einen staatsrechtlichen Anschluß an den slawischen Bundesstaat. Und mit gutem Grund nicht: sie alle fürchten die russische Vorherrschaft in solchem Staatengebilde. Nein, was die slawischen Völker[7] von Rußland wollen, das ist vor allem Geld, dann diplomatische und selbst kriegerische Hülfe, aber zu eigennützigen, nicht zu panslawistischen Zwecken!"

„Die Hingabe an den Zaren, an die Kirche und an das Vaterland haben die Grundlagen gebildet, auf denen das russische Reich aufgebaut worden ist. Im 19. Jahrhundert haben Fremde, Ausländer und Russen an diesen Grundlagen gerüttelt. Wenn ihre, auch jetzt noch fortdauernde umstürzlerische Arbeit nicht aufgehalten wird, so droht dem mit so vielen Opfern aufgebauten Reiche der Zerfall!"

6. „Wenn ich einen Blick auf die Aufgaben werfe, die Rußland im 20. Jahrhundert erwachsen, so sehe ich vor allem die Festigung und Kräftigung im Innern. Dazu braucht Rußland den äußeren Frieden.

Von kriegerischen Möglichkeiten sehe ich eine; auch diese Möglichkeit braucht nicht notwendigerweise zum Kriege zu führen. Ich meine die Türkenfrage. Nach eingehender Untersuchung dieser Frage bin ich zu der Überzeugung gekommen, daß diese Frage einer Lösung durch Hinausdrängung der Türken aus Europa zustrebt[8]. Die Geschichte gibt mir recht: in den letzten 150 Jahren hat sich der Besitzstand der Türken in Europa von 15000 Quadratmeilen auf 2700 Quadratmeilen verringert. Einige meinen, daß das Jungtürkentum die türkische Macht erneuern würde; ich glaube weder an die Erneuerung durch die Jungtürken noch durch die Alttürken: die Türken können nur zurückgehen. Über kurz oder lang wird sich zeigen, daß Europa sie in Europa nicht mehr belassen

will noch kann. Dazu ist unter Umständen ein Krieg nicht nötig; die Entwickelung mag sich wie bei der Einverleibung Bosniens und der Herzegowina vollziehen. Dieser Zeitpunkt — der noch sehr entlegen sein mag — muß ins Auge gefaßt, ein Programm der Aufteilung der Türkei aufgestellt werden[9].

Was braucht nun Rußland von der europäischen Türkei? Einzig und allein die Straßen, das ist den Bosporus und die Dardanellen.

Das ist ein altes und wohlbegründetes Begehren Rußlands. Oft sind wir schon nahe an der Verwirklichung dieses Ziels gewesen. 1828 schrieb Daschkow dem Kaiser Nikolaus I., als Diebitsch den Balkan überschritten hatte: jetzt wäre es Zeit zuzugreifen. Der Kaiser zögerte. 1879 wiederholte sich ein ähnliches Spiel. Aber die Idee und die Absicht ist unausrottbar. Also: die Meerengen für Rußland; dann mag Österreich Saloniki nehmen, meinetwegen jeder der kleinen Balkanstaaten ein Stück und Deutschland Kleinasien[10]. Ich mache Sie aber darauf aufmerksam, daß Sie in Kleinasien mit dem Wettbewerb der Franzosen zu rechnen haben werden, und daß dort die Franzosen zwei Milliarden, die Deutschen nur eine angelegt haben.

Wir sind ja jetzt zu einer Einigung mit Österreich gekommen, aber das genügt nicht. Rußland muß ein festes Programm der schließlichen und unvermeidlichen Aufteilung der Türkei mit Deutschland und Österreich festsetzen[11]. Nur dann kann Rußland auf Frieden und zugleich auf Respektierung seiner Interessen rechnen. Die Balkanstaaten möchten zu eigenem Nutz und Frommen den Prozeß der Aufteilung der Türkei beschleunigen, solche Eile ist Rußland nachteilig. Rußland muß sich mit Deutschland und Österreich einigen, die Balkanvölker im Zaum zu halten[3], damit sie sich nicht unter einander anfressen oder die Türkei anschneiden. Je ferner die Zeit, da die Austreibung der Türken nötig werde, desto besser für Rußland; Rußland, durch seine Abkommen mit Österreich und Deutschland vor Kriegen und Überraschungen sicher, wird diese Zeit zur inneren Kräftigung und Sammlung benützen.

Bis zu dem Zeitpunkt der Verdrängung der Türken aus Europa[1] sind sie dahin zu bringen, daß sie sich als Vorposten des christlichen Europas wider den zum drittenmal drohenden Ansturm der gelben Rassen betrachten und dazu auch die anderen Muselmanen Asiens heranziehen[12]. Einst haben die Türken selbst jene zweite Welle gebildet, die im 17. Jahrhundert bis Wien gebrandet hat, jetzt mögen sie den zu erwartenden dritten Vorstoß der gelben Heiden aufnehmen[13]."

Soweit General Kuropatkin.

7. General Kuropatkins Ausführungen decken sich eigenartig mit dem, was ich nach Beobachtung und Überlegung seit langem als die Ziele des Allrussentums bezeichnet habe. Übereinstimmung besteht auch insofern, als die verhältnismäßige Verträglichkeit dieser Ziele mit Deutschlands Aufgaben von Kuropatkin ausdrücklich anerkannt wird. Die Begründung, Pflege und Verbreitung entsprechender Ideen ist ein

wesentlicher Teil meiner Tätigkeit. Bevor zu einer Beleuchtung der Thesen Kuropatkins übergegangen wird, müssen die Grundlagen der augenblicklichen russischen Politik kurz rekapituliert werden.

8. Nach dem Kriege mit Japan und nach der Revolution brauchte Rußland vor allem Ruhe. Ruhe überall. — Es hätte Ruhe finden können im Anschluß an Deutschland-Österreich[14], damit zugleich Sicherheit gegen selbständiges Vorgehen dieser Staaten im „Nahen Osten". Aber Rußland verlangte Ruhe überall, auch in Mittelasien und im „Fernen Osten". Es fragte sich, ob Deutschland-Österreich ihm auch dort — in Asien und im Fernen Orient — Ruhe und Unantastbarkeit seiner Interessen gewährleisten könnten? — Die damals leitenden Staatsmänner, vor allem Herr Iswolsky, kamen zu dem Schlusse: Nein!

Die Ruhe im Fernen Osten konnte aufs neue gestört werden durch Japan-England; in Mittelasien durch England. — England zeigte sich mittelbar oder unmittelbar als der gefährlichste Gegner. Da an eine Bekriegung Englands gar nicht — und auf lange Zeit hinaus nicht — zu denken war, so blieb nur der einzige Ausweg: das Kompromiß, die Verständigung.

Gegenüber der Not, sich Ruhe um jeden Preis zu sichern, konnten rein ethische Faktoren, wie die Dankbarkeit gegen das hülfreiche Deutschland, die Traditionen bisher bewährter Staatskunst, nicht standhalten. Nein, Rußland ging noch darüber hinaus und verstand sich zu dem Preis, den das Abkommen mit England bedingte: Die Drohung gegen Deutschland. Hier ist der Stein des Anstoßes des Vertrages mit England für den Zaren. Er hatte sich überzeugen lassen, daß allein England die Ruhe garantieren könnte, die Rußland brauchte. Er wurde stutzig und seinem Minister gegenüber aufsässig, als die wenn auch noch so fiktive Bedrohung Deutschlands von ihm verlangt wurde. Aus dem Seelenkampf des Zaren und aus seinem Widerstreben in dieser Beziehung Herrn Iswolsky gegenüber erklären sich die Vorgänge und Worte des Jahres 1909. Der Zar hat sein Gleichgewicht wiedergefunden, nachdem Herr Iswolsky ihm versichert hatte, daß, weit entfernt die traditionellen herzlichen Beziehungen zu Deutschland preiszugeben: er berufen und berechtigt sei, sie zu pflegen. Der arglistige Hintergedanke: daß mit dem Satze der traditionellen herzlichen Beziehungen Deutschland stets zu fangen sei[15] — blieb dem Kaiser verborgen.

Englands Entente von 1904 mit dem alten Verbündeten von Rußland, Frankreich, zeigte den Vermittler. Frankreich mußte erfreut sein, einen zweiten zahlungsfähigen Gläubiger in das Geschäft mit seinem überbürdeten Schuldner hineinzuziehen, von anderen Zielen zu schweigen.

Die zeitweilig notgedrungen liberalisierende Richtung der inneren Politik Rußlands und die Stimmung der bis heute vorherrschenden Dumamehrheit wies Herrn Iswolsky, der sich als „liberaler und konstitutioneller Minister" aufgetan hatte, auf Anschluß an die „liberalen" Westmächte im Gegensatz zu den „reaktionären" Kaisermächten.

Auf diesem Boden kam das russisch-englische Abkommen zustande.

9. Hat Rußland von der Entente mit England die Frucht eingeheimst, die es davon erwartet hatte?

Anfänglich ging alles gut. Japan hielt Frieden und schloß das Abkommen von 1907. Unmittelbar nach einem unglücklichen Kriege, fast noch inmitten einer Revolution stehend, spielte Rußland nichtsdestoweniger auf der Konferenz von Algeciras die Rolle eines Mittelsmannes und Schiedsrichters, dank seinem Bündnis und seiner Einigung. In Persien brachen Unruhen aus, die dieses Land dem Verlust seiner Selbständigkeit täglich näher bringen. Nie hätte Rußland ohne das Abkommen mit England in Persien vorgehen können, wie es tatsächlich vorgeht. So hörte man hier durchgängig nur Anerkennung für die neue Politik, selbst bei anfänglichen Zweiflern, und Herr Iswolsky brüstete sich, die Politik Rußlands in neue, ersprießliche Bahnen geleitet zu haben, die ihm trotz seiner tatsächlichen Schwäche, ja Ohnmacht, eine ausschlaggebende Stimme im Rate der Völker sicherten.

Nur der nahe Orient machte dem Bunde der Drei Schwierigkeiten, denn dort trat seinem Bestreben, die Dinge nach eigenem Wunsch zu ordnen, das vereinigte Interesse Deutschland-Österreichs in den Weg. Es mißlang die Organisation Mazedoniens; den Abmachungen von Reval gab die jungtürkische Erhebung die Antwort; vorher spielte die Sandschakbahn; endlich die Erklärung der Unabhängigkeit Bulgariens und die Einverleibung von Bosnien und der Herzegowina. Alles in allem: eine Reihe von Fehlschlägen im nahen Osten. Und dabei hatte Herr Iswolsky den nahen Orient für die Wiederherstellung des russischen Prestige ausersehen, als in the line of least resistance liegend. — Die Krise vom März 1909 klärte die Sachlage in unerwarteter Weise: Rußland war ohne Krieg geschlagen, Frankreich und England hatten es in größter Not im Stiche gelassen, Deutschland-Österreich waren ohne Krieg die Sieger.

Dieses Fiasko hat in Rußland manchen das Vertrauen zu der Entente mit Frankreich-England genommen und zum wenigsten die Überzeugung verbreitet, daß ein ergänzendes Abkommen mit Österreich-Deutschland erforderlich sei, um den Stillstand der Dinge im nahen Osten zu sichern, solange Rußland schwach ist. Bei der Zurückhaltung Deutschlands wäre auch schon ein Abkommen mit Österreich genügend, das heißt mit Österreich allein. Ich glaube, daß dies eine Aufgabe der russischen Politik in jüngster Zeit war, und zweifle nicht daran, daß nach dem augenblicklichen Scheitern des Planes er bald wieder aufgenommen werden wird. Die Nichtbeteiligung Deutschlands an dem Projekt ist augenfällig eine Bedingung, die Frankreich und England stellen. Denn wo bliebe bei einer Einigung Rußlands mit Deutschland die Drohung gegen Deutschland, die, vielleicht ungeschrieben, aber jedermann verständlich, die Basis der Allianz mit Frankreich und des Abkommens mit England bildet?

10. Kuropatkin rät auf der Grundlage der kurz skizzierten Vorgänge zu einer Verständigung mit Österreich-Deutschland. Ein Abkommen mit Österreich allein kommt ihm garnicht in den Sinn — wenigstens hat er nichts davon gesagt — wohl in der Annahme, daß Deutschland Mittel genug, moralische und andere, besitzt, um Österreich von einem gesonderten Vorgehen abzuhalten.

Kuropatkins Rat fußt auf einer durch Erfahrung und Studium gewonnenen Überzeugung: der Unvermeidlichkeit der Auflösung der Türkei. Obwohl ich ihm beistimme, daß hier der springende Punkt der ganzen Frage liegt, so muß ich doch von ihrer Beleuchtung Abstand nehmen, mangels hinreichender Kenntnisse darüber. Es bleibt nur übrig, in die Erörterung einzutreten unter der Annahme,

a) daß Kuropatkins Auffassung richtig ist, und

b) daß er irrt.

Ist die Türkei, ob mit Jung- oder Alttürken, tatsächlich nicht mehr lebensfähig, sondern in absehbarer Zeit der Auflösung verfallen, so dürfte ein Programm der Liquidierung mit jenen Staaten nicht von der Hand zu weisen sein, die Ansprüche erheben und imstande sind, sie zu verfechten. Aber das ist Rußland nicht, auf lange hinaus noch nicht, weder militärisch noch finanziell, noch nach Maßgabe seiner inneren Beruhigung. Es mag daher den Bosporus und die Dardanellen in einem etwaigen Abkommen fordern und Saloniki an Österreich sowie Kleinasien an Deutschland in demselben Instrument versprechen: das sind leere Worte[3], Rußland kann aus eigener Kraft davon nichts nehmen und nichts bieten und weder Österreich noch Deutschland hindern. Nur einer würde von einem solchen Abkommen gewinnen: Rußland — und zwar Zeit; Zeit bedeutet aber für Rußland sehr viel. Österreich jedoch und Deutschland würden sich ohne Gegenleistung für eine Zeit, da ihr Rival schwach ist, zur Untätigkeit verpflichten; eine echt russische Zumutung. Die Türkei endlich würde (wie Marokko und Persien) den Preis des Abkommens liefern, denn alle drei Staaten würden an ihrem Niedergange arbeiten. Die Türkei ginge also selbst der Chance verlustig zu versuchen, sich lebenskräftig umzugestalten.

Ist nun aber die Türkei, entgegen der Meinung Kuropatkins, entwicklungsfähig und militärisch stark, in der Zukunft womöglich noch stärker, so gehört wirklich die ganze russische Naivität dazu, Österreich und Deutschland ein Projekt zu ihrer Aufteilung anzuraten. Doch das geschieht in Unterhaltungen mit ernsten Männern, die keinen Zweifel an ihrer Wertschätzung der Türken lassen.

Es erweist sich also, daß, gleichgültig ob die Türkei zerfällt oder sich erneuert, ein auf ihre Aufteilung abzielendes Abkommen nur Rußland nützen, Österreich aber und Deutschland benachteiligen würde.

11. Ich bin auf einen Einwand nicht eingegangen, der dieser Argumentation entgegengehalten werden könnte, nämlich, daß ein Abkom-

men zwischen Deutschland und Rußland über die Türkei die englisch-russische Entente zu Fall bringen würde. Es ist wahr, daß die oft genug ausgesprochene, wenn nicht geschriebene Bedingung jenes Abkommens die Bedrohung Deutschlands durch Rußland ist. Aber eine Drohung (Bluff) hat nur denselben Wert wie der Schein (das Prestige): denjenigen, den der Bedrohte oder zu Blendende ihnen beilegt; eigener Wert ist nicht vorhanden. Jene Bedingung der russisch-englischen Entente hat also für Deutschland keine praktische Bedeutung, solange Rußland schwach ist. Freilich hat das Abkommen einen ideellen Wert bei Verhandlungen und in der Meinung der Völker, der etwa in der Phrase zum Ausdruck kommt: „Rußland wirft sein Gewicht zugunsten Englands in die Wagschale" — und umgekehrt. Aber ideelle Werte sind nicht zu realisieren — wenn es dazu kommt, was von den Verhandelnden abhängt.

Andererseits will es mir außerordentlich zweifelhaft erscheinen, daß eine Verständigung mit seinen westlichen Nachbarn Rußlands Einigung mit England aufzuheben vermöchte. Sicherlich nicht eine Verständigung Rußlands mit Österreich allein über Deutschlands Kopf hinweg. Und da so viele Interessen sich in dieser einseitigen Verständigung Rußlands mit Österreich begegnen, so kann eine solche für die nächste Zeit ohne Vorschnelligkeit als das Ziel der nichtdeutschen Politik angesehen werden[3]. Das russisch-englische Abkommen hat, davon abgesehen, in sich selbst eine Begründung, aus der oben geführten historischen Entwickelung folgernd, die die Entente mindestens solange in Kraft lassen wird, als Rußland schwach ist. So lange muß sich Rußland naturgemäß seinen gefährlichsten Gegner durch ein Kompromiß vom Leibe halten.

12. Eine rein sachliche Entwickelung vorausgesetzt, kann ich nur eine Möglichkeit sehen, Rußland von England zu trennen und Deutschland zu nähern. Das wäre ein Vorgehen Deutschlands auf Gebieten, wo es auf russische Interessen stößt, derart, daß die russischen Staatsmänner zu der Überzeugung kommen: Deutschland ist der augenblicklich gefährlichste Konkurrent, nicht England. Deutschland hat uns etwas zu nehmen und zu bieten. Etwa politische Situationen wie im März 1909, die die Mehrzahl meiner Freunde charakterisieren: L'Allemagne nous a forcé la main, l'Angleterre et la France nous ont lâchés. Solche Lagen sind aber nur dann zu schaffen, wenn alle mitsprechenden Umstände eine kühne und kühle Politik erlauben.

13. General Kuropatkins Rat ist gewiß für Rußland der richtige; für Österreich mag er verführerisch sein, wenn es meint, ohne Deutschland im Orient mit Rußland arbeiten zu können, woran billig zu zweifeln ist; für Deutschland aber sind seine Ratschläge wegen der von ihm selbst gegebenen Begründung unannehmbar. Es bleibt abzuwarten, welchen Eindruck sein Werk „Rußland für die Russen" mit diesen seinen Thesen auf die öffentliche Meinung machen wird. Der Grund ist durch den Versager der Politik Iswolskys im März 1909 aufgerührt, bereit, die

neue Saat aufzunehmen. Auch hat Kuropatkins Name, trotz der Erinnerungen von 1904—1905, in Rußland unleugbar Gewicht. Sodaß, alles in allem genommen, von seinem geschriebenen und gesprochenen Wort erhofft werden kann, daß die öffentliche Meinung sich erneut mit der Frage der Ersprießlichkeit des Zusammengehens mit England beschäftigt. Großen Erfolg verspreche ich mir von dieser Beschäftigung nicht. Die Intelligenz, wie hier die Gebildeten heißen, ist pan- oder neoslawistisch, der Unterschied zwischen beiden Richtungen ist praktisch belanglos; den Haupt- oder gar einzigen Gegner sehen sie im Germanentum. Ihre große Furcht ist, daß Österreich die West- und Südslawen zu einem Reich vereinigen könnte. Sehr bezeichnend hat Dr. Kramář am 3. März in der Sitzung des österreichischen Abgeordnetenhauses erklärt: er wünsche nicht, daß Österreich deutsch werde, aber er wolle auch nicht, daß es slawisch werde. Das letztere würde eine Spaltung zwischen dem West- und Ostslawentum hervorrufen (Amtliche St. Petersburger Telegraphenagentur vom 3. März 1910). — Immerhin erwarte ich einigen Eindruck von Kuropatkins Ideen bei Hofe, in einigen Regierungs- und Reichsratskreisen, im Heer und in der Flotte, und endlich vielleicht auch nach einiger Zeit bei den großen Massen in der Provinz. Ohne daß dieser Eindruck unmittelbar eine Betätigung auslösen wird. Dazu haben die sachlichen Gründe, die zur Einigung mit England geführt haben, viel zu viel inneres Gewicht. So ist es denn wahrscheinlich, daß die nächste Wirkung eine Belebung des Gedankens der Verständigung mit Österreich allein, ohne Deutschlands Beteiligung, sein wird — da dagegen England nichts einwenden wird.

(gez.) v. Hintze

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. in Abschrift:

[1] !!
[2] ?
[3] Richtig
[4] das wolle Gott verhüten!
[5] ?!
[6] seine
[7] auch die Herrscher
[8] aha!
[9] ist wenigstens offen
[10] !
[11] da wird er sich wohl mit einigen Ideen Aehr[enthals] begegnen?!
[12] kann doch nicht von ihnen verlangt werden, wenn ihnen ihre demnächstige Verdrängung aus Europa in Aussicht gestellt wird!?
[13] Das ist nicht Sache der Türken, sondern der Russen!
[14] ja
[15] o bitte sehr! Schon lange nicht mehr!

Schlußbemerkung des Kaisers in Abschrift:

Vorzüglich! klassisch!

Nr. 9946

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Privatbrief. Ausfertigung

St. Petersburg, den 2. April 1910

Kapitän zur See von Hintze hat mir unmittelbar vor Schluß der letzten Kuriersendung Kenntnis von einem längeren hochinteressanten Immediatbericht an Seine Majestät den Kaiser und König gegeben. Herr von Hintze gibt in diesem Bericht ein Gespräch wieder, das er mit dem General Kuropatkin gehabt hat, und knüpft an die von dem General getanen Äußerungen, sowie an das vor kurzem fertiggestellte Werk desselben „Rußland für die Russen" längere politische Betrachtungen. Ich habe den Bericht der Kürze der Zeit wegen nur durchfliegen und auch nicht, wie ich es gern getan hätte, nach Abgang eingehender studieren können, da Herr von Hintze, wie er versichert, keine Konzepte seiner Berichte macht.

Das von General Kuropatkin in seinen Äußerungen und in seinem Buche behandelte Thema ist, soviel ich mich nach flüchtiger Lektüre des umfangreichen Berichtes erinnere, etwa folgendes: Rußland hat nur zu lange seine wahren Interessen vernachlässigt und eine nicht eigentlich russische Politik geführt. Rußland hat von einer Unterstützung der slawischen Balkanstaaten keinen Vorteil zu erwarten. Es sollte mit seiner traditionellen Politik im nahen Orient brechen und sich Zielen zuwenden, die dem wahren russischen Interesse entsprechen. Um eine solche Politik befolgen zu können, muß Rußland sich wieder Deutschland und Österreich-Ungarn zuwenden. Dies ist um so notwendiger, als Rußland jetzt unbedingt eine lange Reihe von Friedensjahren braucht. Die größte Gefahr droht dem europäischen Frieden im nahen Orient. Der Zerfall der Türkei kann sehr nahe bevorstehen. Im Hinblick auf diese Eventualität sollten Rußland, Deutschland und Österreich sich vorher verständigen. Eine solche Verständigung sollte auf der Basis stattfinden, daß Rußland Konstantinopel erhält und Österreich-Ungarn bis Saloniki vordringt. Deutschland könnte alsdann Kleinasien (!?) überlassen werden.

Herr von Hintze knüpft an diese Darlegung der politischen Ideen des Generals längere, sehr weitgehende Betrachtungen, denen ich zum Teil beipflichte, denen gegenüber ich aber doch in einem Punkte Stellung nehmen zu sollen glaube.

Herr von Hintze legt seinen Betrachtungen den Gedanken zugrunde, daß Rußland sich leichter mit Österreich-Ungarn als mit Deutschland verständigen kann. Er glaubt, daß eine solche Verständigung von maßgebender Stelle angestrebt wird, und hält es für nicht unwahrscheinlich, daß sie in nicht zu ferner Zeit, und zwar hinter dem Rücken Deutschlands und sogar mit einer Spitze gegen Deutschland, zustande kommen könnte.

Eine Verständigung Rußlands mit Deutschland sei schwieriger, für uns auch nicht wünschenswert, da wir uns Rußland gegenüber freie Hand wahren müssen.

Die Möglichkeit, daß Rußland und Österreich-Ungarn sich einmal über unseren Kopf hinweg die Hand reichen könnten, habe ich stets im Auge gehabt und darf in dieser Beziehung auf meine frühere Berichterstattung verweisen. Daß diese Gefahr aber in letzter Zeit besonders nahe gerückt sei, dafür sehe ich keinerlei Anzeichen. Wenn ich auch zugebe, daß das augenblicklich, trotz der äußeren Wiederannäherung, noch recht kühle Verhältnis zwischen Rußland und Österreich-Ungarn hauptsächlich auf das gespannte persönliche Verhältnis zwischen den beiden Ministern zurückzuführen ist, so möchte ich doch bezweifeln, daß, selbst bei einem Personenwechsel, die russisch-österreichischen Beziehungen jetzt so leicht einen für uns bedenklichen Grad von Intimität annehmen könnten.

Die vor kurzem erfolgte Wiederannäherung ist hauptsächlich auf militärische Einflüsse zurückzuführen, die dem Zaren klar gemacht haben, daß Rußland bei dem gegenwärtigen Stande seiner Armee und bei den im Fernen Osten drohenden Gefahren sich unmöglich dem Risiko eines Krieges mit Österreich, hinter welchem wahrscheinlich Deutschland stehen würde, aussetzen könne. Iswolsky hat auf Wunsch des Zaren ziemlich contre coeur wieder Fühlung mit Wien gesucht. Bei den Verhandlungen mit dem Wiener Kabinett hat er dann eine persönliche Genugtuung wegen des Artikels der „Fortnightly Review" herausschlagen und Österreich-Ungarn vor ganz Europa auf die bekannten drei Punkte festlegen wollen. Dies ist ihm mißlungen. Die Wiederannäherung zwischen Wien und St. Petersburg hat sich auf die „Wiederherstellung des Kontaktes" beschränkt und dürfte, meiner Überzeugung nach, für absehbare Zeit kaum zu einer weitergehenden Verständigung zwischen beiden Kabinetten führen. An ein geheimes österreichisch-russisches Abkommen würde ich auch in dem Falle nicht glauben, wenn, wie ich es allerdings für nicht ausgeschlossen halte, allmählich die Beziehungen zwischen beiden Höfen wieder wärmere werden sollten und dies etwa in einem Austausch von Telegrammen oder von Besuchen von Großfürsten und Erzherzögen (wovon übrigens bis jetzt noch keine Rede ist), zum Ausdruck käme.

Ein engeres Verhältnis zwischen Wien und Petersburg, durch welches Österreich-Ungarn für die gegen Deutschland gerichtete Einkreisungspolitik gewonnen würde, könnte ich mir nur so denken, daß Rußland und Österreich-Ungarn sich wirklich über eine Teilung der Interessensphäre im nahen Orient im Sinne der Kuropatkinschen Ideen verständigten. Zu einer solchen Verständigung ist aber augenblicklich, nach meinen Beobachtungen, sehr wenig Aussicht vorhanden. Die Erbitterung gegen Österreich-Ungarn wegen der Annexion ist noch zu groß, als daß ein russischer Minister es wagen könnte, ein Abkommen auf dieser Basis

mit Österreich-Ungarn zu schließen. Die Utopie des großen Balkanbundes und der Gedanke der „Entwickelung der unabhängigen slawischen Balkanstaaten" unter dem Protektorat Rußlands hat in der hiesigen öffentlichen Meinung zu tiefe Wurzeln geschlagen, als daß man sich hier mit einer Vereinbarung, durch welche die westlichen Balkanstaaten dem Einflusse Österreichs überlassen würden, befreunden könnte.

Mögen auch zahlreiche einsichtige Politiker für die Ideen Kuropatkins im Grunde Verständnis haben, so wird doch der russische Staatsmann nicht leicht zu finden sein, der den Mut besitzen würde, die reinliche Scheidung zwischen russischer und slawischer Politik vorzunehmen. Das Gefühlsmoment darf bei dem russischen Nationalcharakter nicht außer acht gelassen werden. Den hiesigen Nationalisten — und diese gewinnen neuerdings immer wachsenden Einfluß — wäre der Gedanke unerträglich, die Hand dazu zu bieten, um rechtgläubige slawische Völker unter den Einfluß des katholischen Österreich-Ungarn zu bringen. Daran würde sich auch nichts ändern, wenn das slawische Element in Österreich-Ungarn die Oberhand gewinnen und in der Regierung den ausschlaggebenden Einfluß ausüben würde. Denn selbst in einem slawisierten Österreich würde doch der katholische Charakter der maßgebende bleiben. Sehr lehrreich erscheinen mir in dieser Beziehung die erbitterten Ausfälle, die ich während der vorjährigen Krisis öfters gegen den Einfluß der „Jesuiten" richten hörte. Diese hätten durch den Erzherzog Franz Ferdinand auf den Grafen Aehrenthal gewirkt und seien die eigentlichen Drahtzieher der Annexionspolitik gewesen.

Abgesehen von den im vorstehenden angedeuteten, gegen eine engere russisch-österreichische Annäherung mit deutschfeindlicher Spitze sprechenden Momenten glaube ich auch, daß gerade sein gegenwärtiges Friedensbedürfnis Rußland davon abhalten dürfte, sich auf die, wie man wohl annehmen darf, von England befürwortete Teilnahme an einer gegen Deutschland gerichteten Einkreisungspolitik einzulassen. Ich glaube, daß man die Gefahren einer solchen Politik hier einsieht und befürchtet, Deutschland werde, sobald es die Tendenz einer solchen Einkreisung erkennt, danach trachten, sich aus der eisernen Umklammerung zu befreien, und zu diesem Zwecke gegen ihren schwächsten Punkt, also gegen Rußland, einen Vorstoß versuchen. Eine solche Eventualität könnte aber für Rußland selbst in dem Falle die gefährlichsten Folgen haben, daß Deutschland schließlich gegen eine allgemeine Koalition unterliegen würde.

Solche Betrachtungen führen, wie ich zugebe, auf das sehr weite und unsichere Gebiet der Konjekturalpolitik. Ich habe die verschiedenen Eventualitäten hier nur beleuchten wollen, um auf die Gesichtspunkte hinzuweisen, aus denen ich es für unwahrscheinlich halte, daß wir in nächster Zeit mit einer für uns bedenklichen russisch-österreichischen Intimität zu rechnen haben.

F. Pourtalès

Nr. 9947

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt Wilhelm von Stumm

Eigenhändig

Berlin, den 16. April 1910

Graf Pourtalès hat in seinem Schreiben an den Herrn Reichskanzler vom 2. d. Mts.* bereits die Gründe angeführt, aus denen eine österreichisch-russische Verständigung über den Balkan ohne Beteiligung Deutschlands und als weitere Folge der Anschluß Österreich-Ungarns an den englischen Einkreisungskonzern gegen Deutschland nicht zu befürchten ist. Es genügt daher, die Behauptungen des Kapitäns von Hintze zu beleuchten, insoweit sie die englisch-russische Entente und ihre Rückwirkungen auf die russisch-deutschen Beziehungen betreffen.

Kapitän von Hintze geht von der Annahme aus, daß Rußland in seinem Ruhebedürfnis nach dem russisch-japanischen Kriege die Verständigung mit England gesucht habe und um den von England geforderten Preis der Bedrohung Deutschlands erlangt habe. Das ist historisch unrichtig. Schon seit lange war England bemüht gewesen, zu einer Verständigung mit Rußland über Zentralasien zu gelangen. Diese Bemühungen aber waren stets gescheitert, zuletzt an dem Widerstande des Grafen Lamsdorff. Erst die russischen Niederlagen in Ostasien machten die russischen Politiker mürbe, und die Übernahme der Leitung des Ministeriums durch den anglophilen Herrn Iswolsky verhalf schließlich den englischen Annäherungsbestrebungen zu dem gewünschten Erfolg. Es kam zu dem englisch-russischen Abkommen über Zentralasien. Es ist denkbar, daß neben den bekannt gegebenen Abmachungen geheime Klauseln existieren. Den bestimmten Erklärungen der beiderseitigen Staatsoberhäupter und der beiderseitigen Staatsmänner, daß es sich lediglich auf zentralasiatische Dinge beziehe, verdienen indessen unbedingten Glauben und sind auch — außer gelegentlich in der Presse — nie ernstlich angezweifelt worden. Es fehlt somit jeder Anhaltspunkt für die Behauptung, daß das russisch-englische Abkommen die Bedrohung Deutschlands durch Rußland zur Voraussetzung gehabt habe. Auch hält dieser Gedanke einer logischen Prüfung nicht stand. Sollten heute europäische Komplikationen entstehen, die Deutschland in einen Krieg mit Frankreich und Rußland verwickeln würden, so ist mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß die öffentliche Meinung in England eine Beteiligung Englands am Kriege auf der Seite unserer Gegner erzwingen würde. Zum mindesten würde England dem Eingreifen Deutschlands in den Arm fallen. Von dem englisch-russischen Abkommen kann man somit vielleicht sagen, daß es die Bedrohung Deutschlands durch England erhöht hat, insofern als diese Macht nach

---

* Siehe Nr. 9946.

Ausgleich ihrer Gegensätze mit Rußland sich versucht sehen könnte, im Interesse der nach englischer Auffassung erforderlichen Erhaltung des Gleichgewichts der Kräfte einem von Deutschland bedrohten Rußland beizuspringen. Rußland und Deutschland aber haben keine reellen Interessengegensätze. So wenig daher Deutschland daran denken könnte, — außer in Erfüllung seiner Bündnispflichten — über Rußland herzufallen, so wenig ist anzunehmen, daß Rußland, ohne durch sein Bündnis mit Frankreich dazu gezwungen zu werden, England zuliebe aggressiv gegen Deutschland vorgehen sollte. Darüber dürfte man sich auch in England nicht im unklaren sein. Damit aber fällt die These von der angeblich in dem russisch-englischen Abkommen liegenden Bedrohung Deutschlands durch Rußland.

Stumm

Nr. 9948

*Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Botschafter in Petersburg Grafen von Pourtalès**

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Wilhelm von Stumm

Nr. 731 Berlin, den 19. April 1910
[abgegangen am 20. April]

Ew. pp. beehre ich mich beifolgend einen Immediatbericht des Militärbevollmächtigten am russischen Hofe Kapitäns zur See von Hintze, betreffend Kuropatkin über die gegenwärtige Lage zur ganz vertraulichen, rein persönlichen Information zu übersenden.

Ew. pp. haben bereits in dem gefälligen Schreiben vom 2. d. Mts.** die Darlegungen des Kapitäns von Hintze, insoweit sie die Eventualität einer österreichisch-russischen Verständigung mit deutschfeindlicher Spitze zum Gegenstande haben, kritisch beleuchtet. Ich kann mich Ihrer Auffassung nur anschließen. Aber auch die Ausführungen des Herrn Militärbevollmächtigten, welche sich mit der Entstehung der russisch-englischen Verständigung über Zentralasien und ihren Rückwirkungen auf die russisch-deutschen Beziehungen beschäftigen, vermögen einer Prüfung vom historischen und logischen Gesichtspunkte nicht standzuhalten. Die Beseitigung des russisch-englischen Gegensatzes mag die Gefahr einer Beteiligung Englands an einem kontinentalen Kriege auf seiten unserer Gegner erhöht haben. Gegen die Wahrscheinlichkeit aktiven Eintretens Rußlands zugunsten Englands ohne den Zwang der franko-russischen Allianz spricht schon die Tatsache, daß unmittelbare reale Interessengegensätze zwischen uns und Rußland nicht bestehen.

v. Bethmann Hollweg

* Mit einem ähnlichen Erlaß (Nr. 546) ging der Hintzesche Immediatbericht auch nach Wien.
** Siehe Nr. 9946.

Nr. 9949

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Dirigenten der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes Zimmermann

Privatbrief. Ausfertigung

Ganz vertraulich Wien, den 1. Mai 1910

Den hohen Erlaß vom 19. v. Mts.* — Nr. 546 —, durch welchen mir der Immediatbericht des Militärbevollmächtigten am russischen Hofe Kapitäns zur See von Hintze auf allerhöchsten Befehl zugesandt wurde, habe ich zu erhalten die Ehre gehabt und die Ausführungen des Herrn Reichskanzlers zu den politischen Deduktionen des Kapitäns von Hintze mit großem Interesse gelesen.

Wenn ich hier noch ganz vertraulich einige Bemerkungen hinzuzufügen mir erlaube, die sich auf die politischen Erörterungen des Herrn von Hintze beziehen, so geschieht es gewiß nicht, um ihm auf das Gebiet der Konjekturalpolitik zu folgen, sondern im Gegenteil, um — hauptsächlich insoweit Österreich-Ungarn mit in Frage kommt — die tatsächlichen Verhältnisse, insoweit sie sich von hier aus beurteilen lassen, fest- und klarzustellen.

Zunächst möchte ich bemerken, daß, meiner unmaßgeblichen Ansicht nach, es zu bezweifeln ist, daß zur Zeit des Abschlusses der russisch-englischen Verständigung, die sich ja auf ganz bestimmte Punkte der asiatischen Politik bezog, auf russischer Seite eine deutschfeindliche Absicht mit im Spiele gewesen ist. Rußland dürfte damals vielmehr ausschließlich die Sicherung seines Friedensbedürfnisses im Auge gehabt haben. Mit der Zeit und durch den Einfluß Englands, der in der Revaler Entrevue seinen Höhepunkt erreichte, ist dann das, was Herr von Hintze die Drohung gegen Deutschland nennt, hinzugekommen. Ebenso glaube ich auch nicht, daß es richtig ist, wenn Kapitän von Hintze die liberalisierende Richtung in der inneren russischen Politik mit als den Boden bezeichnet, auf dem das russisch-englische Abkommen entstanden ist. Wohl hat die liberale Strömung in Rußland dazu beigetragen, das bereits bestehende Abkommen mit England bei der russischen Intelligenz populärer zu machen; für den Abschluß waren aber gewiß nur Momente der auswärtigen Politik maßgebend.

Das sind aber Fragen von untergeordneter Bedeutung. Wichtig dagegen wäre es, wenn tatsächlich mit der von Herrn von Hintze in den Bereich der Möglichkeit gezogenen direkten Verständigung Rußlands mit Österreich über den Balkan zu rechnen wäre. Meiner Ansicht nach ist eine solche Möglichkeit für absehbare Zeit nicht vorhanden.

Zunächst wäre zu untersuchen, was als Substrat einer solchen Verein-

---

* Vgl. Nr. 9948, Fußnote *.

barung dienen könnte. Kuropatkin sagt ganz richtig, daß Rußland, was den Balkan anlangt, nichts anderes anstrebt als den Besitz der Meerengen. Die Meerengen sind ihm aber bereits in Buchlau* vom Grafen Aehrenthal konzediert worden. Rußland müßte sich in dieser Beziehung nicht mit Österreich-Ungarn, sondern mit England auseinandersetzen. Andererseits ist es, wie der Herr Reichskanzler schon bemerkt hat, für Rußland mit Rücksicht auf das russische Volksempfinden nicht möglich, um Österreich etwas zu bieten, orthodoxe Balkanstaaten mit slawischer Bevölkerung vertragsmäßig den Österreichern auszuliefern. Es bleibt sonach nichts übrig, was als Basis einer speziellen Abmachung dienen könnte, nachdem ja schon in den beiderseitigen amtlichen Erklärungen Rußlands und Österreichs für die allgemeine Politik das Prinzip des Status quo und der Nichtintervention festgelegt wurde.

Die ganze Hypothese einer separaten Verständigung zwischen Rußland und Österreich fällt — abgesehen davon, daß auf lange Zeit hinaus kein russischer und kein österreichischer Staatsmann die Verantwortung der Stimmung in beiden Ländern gegenüber auf sich würde nehmen können, sich in ein tête-à-tête mit dem anderen einzulassen — damit zusammen, daß nach dem jüngsten Abkommen zwischen Österreich und Italien ersteres überhaupt nicht mehr in der Lage ist, allein mit Rußland zu paktieren. Italien muß schon von jeder Proposition in der Richtung eines Abkommens sofort verständigt und dann als gleichwertiger Faktor zugezogen werden.

Aus allen diesen Gründen ist meines Erachtens mit einer separaten Verständigung zwischen Österreich und Rußland über den Balkan bis auf weiteres nicht zu rechnen und eine solche in unseren politischen Kalkül nicht einzustellen.

Allerdings haben Frankreich und England, und hierin stimme ich mit dem Kapitän von Hintze überein, ihren Interessen entsprechend letzthin den Versuch gemacht, Österreich zu einer direkten und separaten Verständigung mit Rußland zu drängen. Der materielle Inhalt einer solchen Verständigung war ihnen aber dabei Nebensache; es kam ihnen nur darauf an, Österreich mit Rußland zu verkuppeln, um dadurch das legitime Band zwischen Wien und Berlin zu lockern. Gescheitert ist der Plan aus folgenden drei Gründen: 1. an dem persönlichen Mißtrauen der beiden leitenden Minister, 2. an der Unmöglichkeit, eine materielle Basis für eine Abmachung zu finden, und 3. an dem festen Willen Österreichs, sein Verhältnis zu seinem Bundesgenossen nicht zu kompromittieren.

Kuropatkin hat für die tatsächliche Lage der Verhältnisse auch das ganz richtige Gefühl gehabt, wenn ihm, wie Kapitän von Hintze bemerkt, ein Abkommen mit Österreich allein überhaupt nicht in den Sinn gekommen ist.

Was endlich die Frage anlangt, ob ein Abkommen zwischen den

---

* Vgl. Bd. XXVI, Kap. CXCIII.

drei Staaten Deutschland, Rußland und Österreich — denen aber Italien hinzuzurechnen sein würde — wünschenswert wäre, so ist schon vom Kapitän von Hintze darauf hingewiesen, daß ein solches lediglich im Interesse Rußlands gelegen sein würde, dem daran liegen muß, vor allem Zeit zu gewinnen, um wieder Kräfte zu sammeln. Deutschland wird, wie ich meine, es überhaupt vermeiden müssen, an irgend einer Abmachung über den Balkan teilzunehmen. Deutschland ist keine Balkanmacht. Wir haben im vergangenen Jahre aus Gründen höherer Politik das Schwergewicht unseres politischen Einflusses für Österreichs Balkaninteressen in die Wagschale geworfen; wir werden aber meines Erachtens gut tun, einer Wiederholung dieses Vorganges möglichst vorzubeugen. Wir müssen uns für die Zukunft freie Hand bewahren und uns so wenig wie möglich in die Balkanfragen hineinziehen lassen, schon deshalb, um im psychologischen Momente unsere Stellungnahme frei wählen, bezw. so teuer wie möglich verwerten zu können.

von Tschirschky

Anhang

B. Russische Manöverparole: Krieg gegen Deutschland und Schweden

Nr. 9950

*Bericht des Militärattachés in Petersburg Majors Grafen von Posadowsky-Wehner**

Abschrift

St. Petersburg, den 12. August 1910

Gestern haben die Truppenübungen in Krasnoje vor Seiner Majestät dem Kaiser begonnen. Die fremden Militärattachés, die französische Deputation und der englische Major Knox wohnten bei.

In der Kriegslage wurde ausgesprochen:

„Deutschland und Schweden sind im Kriege gegen Rußland." Die eine Partei wurde als deutsche bezeichnet.

Die Verantwortung für diese ganz ungewöhnliche Ausdrucksweise trägt der Stab des Großfürsten Nikolai oder er selbst. Vermutlich will man Offizieren und Mannschaften die Kriegshandlung hierdurch anregender und verständlicher gestalten.

(gez.) Graf von Posadowsky-Wehner

---

* Im Januar 1910 war von der russischen Regierung offiziell die Zurückverlegung von vier Armeekorps von der deutschen Grenze ins Innere des Landes angekündigt worden. Nikolaus II. sprach zu dem Prinzen Heinrich von Preußen, der Ende Dezember 1909 gelegentlich der Beerdigung des Großfürsten Michael Nikolajewitsch in Petersburg weilte, bei der Mitteilung von diesem Entschluß „in den herzlichsten Ausdrücken von der tradionellen Freundschaft unserer beiden Länder und von ihrer vor einem Jahrhundert geschlossenen Waffenbrüderschaft" (Kaiser Wilhelm II. an den Zaren, 11. Januar 1910; Briefe Wilhelms II. an den Zaren, ed. W. Goetz, S. 404). Es kann indessen keine Rede davon sein, daß dieser Maßregel, deren hauptsächlicher Befürworter der im März 1909 an das Ruder gelangte Kriegsminister Suchomlinow war, deutschfreundliche Motive zugrunde lagen. In einem Bericht des Militärattachés Majors Grafen Posadowsky-Wehner vom 6. Mai 1909 (Nr. 21) heißt es über die Gründe der schon damals geplanten Maßregel:

„Man fürchtet gegenüber der viel schnelleren Mobilmachung Deutschlands und Österreichs mit dem Aufmarsch nicht fertig zu werden und durch einen konzentrischen Vormarsch der Gegner von der Basis abgeschnitten zu werden. In dem Gefühl, mit der Offensive zu spät zu kommen, hält man die Lage zwischen den beiden Gegnern überhaupt für ungünstig. Die russische Kriegswissenschaft rechnet stets mit anfänglichen Rückschlägen und zählt darauf, durch den Zuwachs an Kräften, den der Raum und das angeblich unversiegliche Menschenmaterial ihnen gewähren soll, den Gegner niederzuringen. Auch während der letzten Krise spukte in allen Gesprächen immer die Ansicht, ‚wir werden zuerst wohl geschlagen werden, aber dann gehen wir zurück bis an den Ural, wenn es nötig ist'. Ich weiß, daß mit diesen Worten an der Militärakademie

Nr. 9951

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 239 St. Petersburg, den 12. August 1910

Euerer Exzellenz beehre ich mich anbei eine Meldung des Militärattachés Grafen Posadowsky* vorzulegen.

Daß in einer gedruckten, an alle fremden Militärattachés verteilten Manöverdisposition direkt von der Möglichkeit eines deutsch-russischen Krieges gesprochen wird, scheint mir in der Tat ein ungewöhnlicher Vorgang[1]. Meines Wissens pflegt sonst in ähnlichen Fällen, zumal wenn fremde Militärs zugegen sind, immer nur von einem Ostkorps und einem Westkorps oder von einer blauen und einer roten Armee gesprochen zu werden[2].

---

ein Vortrag geendet hat. Diesen Rückzug sah man bei dem bisherigen Aufmarsch gefährdet." Ähnlich äußert sich der Militärbevollmächtigte von Hintze in einem Bericht vom 19. Januar 1910 (B Nr. 150): „Natürlich wird die Rückziehung von vier Korps aus Polen mir hier als ein Beweis des Vertrauens auf Deutschlands Beharren bei seinen traditionellen herzlichen Beziehungen zu Rußland vorgehalten; es sei daran erinnert, daß die Maßnahme in rein strategischen Gründen ihren Ursprung hat, die sich am kürzesten mit den Worten charakterisieren lassen: Voraussicht eines Sedan und Rückzug vor einer solchen Katastrophe." In einem Berichte des Grafen Posadowsky-Wehner vom 30. April 1910 (Nr. 22) heißt es dann wieder:

„Die Zurückziehung starker Kräfte von unserer Grenze ist den Franzosen damit erklärt worden, daß Rußland sich auf Verwickelungen in Ostasien einrichten müsse, die mit Sicherheit im Laufe der nächsten zehn Jahre zu erwarten seien. Im übrigen wäre der Gedanke in keiner Weise etwa einem Wohlwollen für Deutschland entsprungen. Was die Stimmung in militärischen Kreisen anbetrifft, ist diese Behauptung vollkommen richtig. Die Maßnahme ist nur allein im Interesse Rußlands ergriffen und, meiner Ansicht nach, auf Grund vollkommen richtiger Erwägungen. Ich habe die Gründe bereits früher erörtert. Es sind: Die Erkenntnis, daß man nicht seine Armee dislozieren kann lediglich nach der augenblicklichen politischen Lage und auf einen noch dazu ziemlich unwahrscheinlichen Kriegsfall hin. Die Lage im Fernen Osten. Die Erkenntnis, daß der bisherige Aufmarsch nach den Erfahrungen, die man im letzten Kriege gemacht hat, nicht zustande gekommen wäre. Die schlechte Unterbringung der Armee in Polen. Die Durchführung der territorialen Ergänzung. Die Abneigung, die erforderlichen großen Summen für den Unterhalt des Heeres und für Neubauten von Kasernen, Magazinen, Schießständen pp. den Polen zukommen zu lassen. Der Mangel an Garnisonen im Zentrum gegenüber inneren Unruhen. Ein entschiedenes Mißtrauen gegen die politische Zuverlässigkeit Frankreichs und die innere Kraft der französischen Armee."

Daß trotz der Zurückverlegung der russischen Armeekorps von der deutschen Grenze, die in Frankreich sehr unliebsam berührte und noch im Februar 1911 im Zusammenhang mit den Erörterungen über die Potsdamer Entrevue zu scharfen Angriffen in der Presse führte (vgl. darüber Kap. CCXVIII, Nr. 10184, S. 896, Fußnote), die Einstellung des russischen Militarismus eine deutschfeindliche blieb, lehren die in diesem Kapitel zusammengeschlossenen Schriftstücke.

* Siehe Nr. 9950.

Wenn auf diese Weise Deutschland als der mutmaßlich zu bekämpfende Gegner direkt genannt wird, so kann dies nur dazu beitragen, die Armee auf Deutschland als den nationalen Feind hinzuweisen[3] und die deutschfeindliche Gesinnung zu fördern.

Euerer Exzellenz erlaube ich mir gehorsamst zur Erwägung zu stellen, ob es sich nicht vielleicht empfehlen möchte, mich zu ermächtigen, Herrn Sasonow gelegentlich gesprächsweise eine Bemerkung in diesem Sinne zu machen und dabei auf den Widerspruch hinzuweisen, der in der Tatsache dieses Manöverbefehls gegenüber den uns fortwährend erteilten Versicherungen, daß man hier stets nur die Pflege der traditionellen freundnachbarlichen Beziehungen im Auge habe, liegt[4].

Wie ich höre, hat der Manöverbefehl in den Kreisen der hiesigen Militärattachés Aufsehen erregt.

F. Pourtalès

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Ob mir Meine Minister nun wohl endlich glauben werden, daß Russland etwas vorhat, und wir unsere Rüstung ausbauen müssen!!?

[2] richtig

[3] ja

[4] das würde doch wohl in diesem Falle zu Milde sein. Solchen Russ[ischen] Unverschämtheiten gegenüber ist eine andere Tonart geboten.

Schlußbemerkung des Kaisers:

Polit[ische] Entente mit England ist darauf die richtige polit[ische] Antwort.

Nr. 9952

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg, z. Z. in Wilhelmshöhe, an den Botschafter in Petersburg Grafen von Pourtalès

Telegramm. Konzept von der Hand des Staatssekretärs von Kiderlen

Wilhelmshöhe, den 18. August 1910

Zu Bericht Nr. 239 vom 12.*

Euere pp. wollen Vertreter des Ministers des Äußern auf den Vorgang aufmerksam machen und dabei hervorheben, daß es sich um einen Verstoß gegen allgemein übliche internationale Courtoisie handle, der nicht von einem mit internationalen Gepflogenheiten vielleicht wenig vertrauten Frontgeneral, sondern von einem jedenfalls ausgesuchten Stabe bei Kaisermanöver begangen, durch seine schriftliche Fixierung weiteren Kreisen bekannt geworden sei und allgemein, nicht bloß bei uns, Aufsehen erregen mußte. Die Kaiserlich Russische Regierung werde begreifen, besonders wenn sie sich den Fall vorstelle, daß die Sache in derselben Weise bei uns passiert wäre, daß wir den Vorgang, der sich vor den geladenen Vertretern der Armeen aller europäischen Großmächte

---

* Siehe Nr. 9951.

abgespielt habe, bei der Beurteilung der Gesinnungen Rußlands gegen uns und unserer beiderseitigen Beziehungen mit Bedauern in Rechnung ziehen müßten.

v. Bethmann Hollweg

Nr. 9953

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 244 St. Petersburg, den 22. August 1910

Erhaltenem Auftrage gemäß habe ich heute dem Vertreter des Ministers des Äußern gegenüber die Manöverdispositionen der vorigen Woche, in denen die eine Partei ausdrücklich als deutsche bezeichnet wurde, zur Sprache gebracht. Ich habe Herrn Sasonow nicht verhehlt, daß der Vorgang bei uns einen peinlichen Eindruck gemacht habe. Der Ministergehilfe sprach sofort sein aufrichtiges Bedauern aus und bezeichnete die Ausgabe des Manöverbefehls als „une grande maladresse“[1]. Er bat aber dringend, daß man die Bedeutung dieses Zwischenfalles nicht überschätzen und keine Schlüsse daraus ziehen möge[2], zu denen derselbe nach seiner Auffassung nicht berechtige. Es handele sich eben nur um ein bedauerliches Versehen[3]. Als ich darauf hinwies, daß es noch allenfalls zu entschuldigen wäre, wenn ein solches „Versehen“ bei Manövern irgendwo in der Provinz vorgekommen wäre, daß der Vorfall aber deswegen nicht als ganz bedeutungslos angesehen werden könne, weil er bei Übungen der Garde, in Gegenwart des Kaisers und der militärischen Vertreter fremder Mächte vorgekommen sei, versuchte Herr Sasonow gerade aus diesen Tatsachen mildernde Umstände herzuleiten. Wenn man keine Bedenken getragen habe, den gedruckten Manöverbefehl den fremden Offizieren und selbst dem deutschen Militärattaché in die Hand zu geben[4], so sei dies der beste Beweis, daß der Bezeichnung der einen Partei als deutsche keinerlei politische Hintergedanken zugrunde gelegen hätten[5]. Man habe sich in den militärischen Kreisen offenbar nicht vergegenwärtigt, daß in der Nennung einer bestimmten Macht als Gegner eine Unfreundlichkeit gegen dieselbe erblickt werden könne[6]. Ich konnte darauf nur erwidern, daß, wenn sich die betreffenden verantwortlichen Stellen bei der Sache nichts gedacht hätten, dasselbe von den fremden Offizieren nicht gesagt werden könne. Im Gegenteil habe der Vorfall, wie ich bestimmt wisse, im Kreise der Militärattachés Aufsehen erregt und sei viel besprochen worden. Aber auch abgesehen davon scheine es mir bedenklich, in einem Befehl, der allen Subalternoffizieren bekannt gegeben werde, eine bestimmte Macht, mit der man auf friedlichem und freundschaftlichem Fuße stehe, als Feind zu bezeichnen und

die Truppe auf solche Weise daran zu gewöhnen, diese Macht als den mutmaßlichen Gegner im Ernstfalle hinzustellen.

Herr Sasonow drückte schließlich nochmals sein aufrichtiges Bedauern über den Vorfall aus und versprach die Angelegenheit an der maßgebenden Stelle zur Sprache zu bringen[7].

F. Pourtalès

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Nein! Er war sehr gut! Er hat Klarheit verschafft
[2] Angst!
[3] falsch!
[4] unverfroren!
[5] Nur ein factum constatirt!
[6] rührendes Schaf!
[7] Nana!?
Schlußbemerkung des Kaisers:
Pflaumenweiche Ausrede! Es ist ihm sehr unangenehm, daß wir durch den Vorfall eine vorzeitige Warnung, über was uns droht erhalten haben.

Nr. 9954

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 251 St. Petersburg, den 26. August 1910

Herr Sasonow erzählte mir gestern, er habe in Gegenwart des Herrn Stolypin* dem Chef des Generalstabes General Gerngroß und dem Gehülfen des Kriegsministers General Poliwanow — General Suchomlinow ist augenblicklich abwesend — sehr ernste Vorstellungen wegen des Vorkommnisses bei den Manövern, bei welchen in der Generalidee die eine Partei ausdrücklich als deutsche bezeichnet wurde, gemacht. Er stehe auch im Begriff, diese Vorstellungen schriftlich zu wiederholen, um ihnen auf diese Weise noch größeren Nachdruck zu geben. Auch bei seinem kaiserlichen Herrn hat der Ministergehülfe die Angelegenheit zur Sprache gebracht. Seine Majestät hat die Sache angeblich zuerst gar nicht glauben wollen. Den Eindruck, den seine Mitteilung bei dem hohen Herrn hervorgerufen habe, meinte Herr Sasonow nicht anders als mit dem Worte „stupeur" bezeichnen zu können. Der Kaiser, höchstwelcher nach den Versicherungen des Ministergehülfen für die Ungehörigkeit des Vorkommnisses volles Verständnis gezeigt hat, will selbst bei den Manövern stets nur Dispositionen mit der Bezeichnung „rote" und „blaue" Partei erhalten haben. Herr Sasonow sprach die Hoffnung aus, daß die Folge, die er meiner Demarche gegeben habe, uns befriedigen werde. Er widerholte dabei die Bitte, daß die Kaiserliche Regierung dem Zwischenfall nicht eine Bedeutung beimessen möchte, die ihm tatsächlich nicht zukomme[1].

---

* Russischer Ministerpräsident.

Was mich bewogen hat, Euerer Exzellenz anheimzustellen, mich zu Vorstellungen über den Vorfall bei der hiesigen Regierung zu ermächtigen, war die Erwägung, daß der Anlaß ein günstiger schien, um hier einmal ernstlich darauf hinzuweisen, wohin die fortgesetzten Hetzereien gegen Deutschland führen müssen. Ich habe auch Herrn Sasonow gesagt, wir könnten uns gar nicht darüber wundern, wenn das fortwährende alberne Geschrei von der „deutschen Gefahr" und dem „deutschen Drang nach Osten" schließlich in militärischen Kreisen die Vorstellung erwecke, daß ein Krieg mit Deutschland in naher Zukunft unvermeidlich sei[2].

Wenn ich somit dem Vorgang eine gewisse Bedeutung beimessen zu sollen geglaubt habe, so bin ich doch der Ansicht, daß man diese Bedeutung auch nicht wird überschätzen dürfen. Ich würde zum Beispiel entschieden Bedenken tragen, in dem Vorgang etwa einen Beweis dafür zu erblicken, daß Rußland planmäßig einen Krieg gegen Deutschland vorbereitet[3].

Es ist zweifellos, daß, wenn Rußland eifrig an der Reorganisation seiner Wehrmacht arbeitet, es dabei das Ziel verfolgt, in möglichst kurzer Zeit seine Armee zu einer den stärksten europäischen Heeren ebenbürtigen zu machen. Es ist auch nicht zu bestreiten, daß bei Rußlands Rüstungen seit dem japanischen Kriege die Eventualität eines europäischen Konfliktes, bei welchem Rußland beteiligt sein würde, wieder in höherem Maße in den Bereich der politischen wie militärischen Berechnungen gezogen wird als vorher. Der Grund hierfür ist wohl hauptsächlich darin zu suchen, daß die im vorigen Jahre erlittene diplomatische Schlappe beinahe bitterer empfunden wird als die Niederlagen auf den ostasiatischen Schlachtfeldern, und daß die nach hiesiger Auffassung Rußland zugefügte „Demütigung" nur dadurch möglich war, daß Rußland in jenem Augenblick außerstande war, sein Recht und seine Ehre mit den Waffen zu verteidigen. Die noch heute nachzitternde Erregung richtet sich außer gegen Österreich beinahe in gleichem Maße gegen uns, weil allgemein angenommen wird, daß Österreich-Ungarns Auftreten und sein diplomatischer Erfolg ohne unsere Unterstützung niemals möglich gewesen wäre. Die Erbitterung in der öffentlichen Meinung gegen uns wurde dadurch immer größer, daß unsere englischen Freunde alles taten, um das Feuer zu schüren. Die Legende von dem deutschen „Ultimatum", von der „Drohung mit der gepanzerten Faust" ist englischen Ursprungs. Diese Wahrnehmung veranlaßte mich, unmittelbar nach den bekannten Vorgängen im März des vorigen Jahres zu bitten, es möge auf die deutsche Presse tunlichst eingewirkt werden, damit das „vae victis" Rußland gegenüber nicht zu sehr betont, vielmehr auch auf den freundschaftlichen Charakter unserer Demarche zur Lösung der Krisis hingewiesen werde.

Ich glaube also, daß die russischen Rüstungen zunächst keinen anderen Zweck verfolgen, als Rußland in die Lage zu versetzen, bei einem neu auftauchenden diplomatischen Konflikt mit größerem Nachdruck für die russischen Interessen einzutreten[4]. Dabei will ich die Tatsache

nicht in Abrede stellen, daß man der russischen Politik den Vorwurf machen kann, die Möglichkeiten eines solchen Konfliktes in mancherlei Beziehung zu fördern[5]. Daß aber die russischen Staatsmänner planmäßig auf einen Krieg hinarbeiten, vermag ich nicht zu glauben. Von den gegenwärtigen Leitern der russischen Politik und denjenigen Persönlichkeiten, die als solche in nächster Zeit in Frage kommen könnten, ist keiner (selbst Herr Iswolsky nicht ausgenommen), dem ich noch auf eine lange Reihe von Jahren hinaus das Maß von Leichtsinn zutrauen möchte, daß er die Verantwortung übernimmt, Rußland in das Abenteuer eines Krieges mit Deutschland zu stürzen. Wenn man auch in Rußland in den letzten zwei Jahren zweifellos wieder recht „groß geworden" ist, so geben sich die verantwortlichen russischen Staatsmänner doch, wie ich bestimmt glauben möchte, keinen Täuschungen darüber hin, daß Rußland noch lange Zeit Ruhe braucht, und daß ein auswärtiger Konflikt den kaum erstickten Brand der Revolution leicht wieder an allen Enden zur Flamme entfachen könnte.

Trotz des in Rußland weit verbreiteten und in den letzten Jahren auch durch fremde Wühlereien künstlich genährten Hasses gegen Deutschland möchte ich auch nicht soweit gehen zu behaupten, daß ein Krieg gegen uns allgemein und besonders in der Armee populär sein würde[6]. Ich gebe allerdings zu, daß ein solcher Krieg der populärste Krieg von allen[7] und jedenfalls populärer als ein neuer Krieg in Ostasien sein würde. Um aber einen Krieg wirklich in einer Armee so populär zu machen, daß er allgemein wirklich gewünscht wird, gehört doch ein Grad von Siegeszuversicht, wie ich ihn in der russischen Armee der deutschen gegenüber, trotz zweifellos vielfach vorhandener großer Selbstüberhebung, nicht voraussetzen möchte[8].

Die in Rußland immer mehr anwachsende und von der Regierung neuerdings als Mittel gegen die Revolution stark begünstigte nationalistische Richtung trägt gewiß auch dazu bei, den Haß gegen die Deutschen, wie übrigens gegen alle Fremden, zu vermehren. Daß aber die einen Krieg gegen Deutschland verlangenden Volksleidenschaften in absehbarer Zeit einen Umfang annehmen könnten, dem die Regierung keinen Widerstand zu leisten vermöchte, läßt sich doch meines Erachtens vor der Hand nicht annehmen.

Wir haben meines unmaßgeblichen Erachtens schon wiederholt, zum Beispiel in den achtziger Jahren, der Möglichkeit eines Krieges mit Rußland näher gestanden als jetzt[9].

F. Pourtalès

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] ? !

[2] Richtig

[3] ja! das thut es schon seit Alexander dem III.

[4] d[as] h[eißt] auf dem Balkan Oesterreich so zu ärgern, bis es zum Conflikt kommt und wir in den Casus foederis gezogen werden.

[5] zweifellos!

[6] ja! doch!
[7] na! also!
[9] zu vorsichtig! die ist gefährlich
[8] kommt noch! Der Bericht ist sehr auf Schrauben gestellt und läßt viele Thüren offen! Die Russen rüsten zum event[ue]l[len] Kriege gegen Oesterreich und uns!

Nr. 9955

Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Danzig, an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Telegramm. Entzifferung

Nr. 3 Danzig, den 26. August 1910

Soeben militärpolitischer Bericht von Hintzes aus St. Petersburg eingetroffen* über Vorfall mit Manöveridee, die Euerer Exzellenz bekannt. Der Bericht ist der ernsteste und wahrhaftigste, der bisher von dort eingetroffen ist. Er läßt keinen Zweifel an zielbewußten, energischen Kriegsvorbereitungen, gegen Deutschland gerichtet, mit dem in baldiger Zukunft gefochten werden soll. Er bezeichnet die Manöveridee als öffentliche Bestätigung der seit langem vorbereiteten und allgemein populären Absicht eines baldigen Krieges mit uns, um die Scharte des japanischen Krieges auszuwetzen. Herr Tatischtschew** soll durch seine Berichte zu falschen Vorstellungen über uns mit beigetragen haben. Material für neue Militärvorlage im Bericht ausgiebig vorhanden.

Wilhelm I. R.

Nr. 9956

Der Militärbevollmächtigte in Petersburg Kapitän zur See von Hintze an Kaiser Wilhelm II.

Abschrift

B. Nr. 210 St. Petersburg, den 19. August 1910

Die mir unter „Geheim" und mit dem Siegel der Militärkanzlei Seiner Majestät des Kaisers von Rußland dienstlich zugegangenen Dispositionen für das Manöver vom 7., 8. und 9. August (Anlagen A) und fernerhin für die Manöver vom 10. und 11. August (Anlagen B)*** statuieren als Kriegslage mit klaren Worten: Deutschland, bezw. Deutschland-Schweden befinden sich im Kriege mit Rußland[1].

2. Im verflossenen Jahr lag den Manövern wohl die gleiche Annahme zugrunde (wie in meinem Manöverbericht betont), sie war aber nicht mit dürren Worten ausgesprochen.

* Siehe das folgende Schriftstück.
** Russischer Militärbevollmächtigter bei der Person Kaiser Wilhelms II.
*** Anlagen A und B nicht bei den Akten.

Die Marinemanöver 1903, 1906, 1907 bis 1909 rechneten mit derselben Kriegslage; ob sie in den Dispositionen auch so bezeichnet war, ist mir nicht bekannt geworden.

3. Die ausdrückliche Benennung des Gegners Rußlands: — Deutschland — in Manöverprogrammen ist ein um so auffälligeres Novum, als diesen Manövern der Zar beiwohnen sollte — er kam am 7., 8. und 9. August nicht — und am 11. August tatsächlich beigewohnt hat; erschwerend ist ferner, daß die Militärattachés und die französische Militärdeputation dieselben Dokumente mit der Statuierung der Kriegslage „Deutschland gegen Rußland" in die Hand bekamen.

Nun ist nichts sicherer, als daß der Zar an der Wahl der Kriegslage und gar an der Benennung derselben ganz unbeteiligt ist. Die unbedingt fehlerhafte russische Organisation läßt den Kommandierenden der Militärbezirke in der Anlage der Manöver Freiheit und Selbständigkeit nicht nur in bezug auf den allerhöchsten Kriegsherrn, sondern sogar vom Generalstab der Armee werden keine Direktiven ausgegeben; ersteres ist unzweifelhaft, letzteres behauptet der Chef des Generalstabes der Armee Gerngroß[2]. Ich möchte ihm wenigstens für den Petersburger Militärbezirk glauben, da hier die Person des Höchstkommandierenden Großfürst Nikolai Nikolajewitsch sich völlige Unabhängigkeit zu schaffen sucht und in diesem Streben angesichts seiner Geburt und vermöge der Nachsicht des Kaisers[3] entschieden Erfolg hat. Ist somit der Zar selbst für die Anführung Deutschlands als Feind nicht verantwortlich zu machen, so bleibt nichtsdestoweniger bestehen, daß seine Gegenwart bei einem der fraglichen Manöver jener Kriegslage in den Augen der Nichteingeweihten — und das ist die ungeheuere Mehrzahl — gewissermaßen die kaiserliche Sanktion gegeben hat[4]. Und das vor den amtlichen Vertretern der Mächte in militärischen Angelegenheiten, den Militärattachés.

Es wäre zu wenig, von einem Taktfehler zu sprechen, als welchen manche meiner Freunde die Nennung Deutschlands ansehen wollen: es liegt meines Erachtens ein Verstoß gegen die guten Sitten internationalen Verkehrs vor[5].

Dies ist die eine Seite der Angelegenheit, die Form. Es erübrigt zu prüfen, wie es um das Wesen, das Sachliche steht.

4 A. Vor dem japanisch-russischen Kriege und nach ihm hat Rußland seine militärische Rüstung auf einen und denselben Krieg zugeschnitten: den Krieg gegen Deutschland bezw. gegen Deutschland-Österreich. Moltke hat gesagt, daß eine Armee sich immer nur auf einen Krieg hin organisieren und vorbereiten könne. Nun dieser Krieg war und ist für Rußland der Krieg gegen Deutschland bezw. gegen Deutschland-Österreich. In Rußland gibt es kaum Leute, denen dieser Satz nicht gewissermaßen körperliche Überzeugung wäre; selbst der grauen Masse der Bauern ist der Gedanke eines Krieges mit Deutschland wohlgefällig; denn der Deutsche bedeutet ihnen „Ausländer" überhaupt und die Juden vor allem mit eingeschlossen. Als Kuropatkin von seiner Japanreise

zurückkehrte, versuchte er, den Krieg im Fernen Osten vorzubereiten: es ist ihm mißlungen, so fest stand die Idee von dem einen überhaupt nur möglichen Krieg hier. Während des japanisch-russischen Krieges mußte die Verfolgung dieser Idee notgedrungen ruhen. Kaum ist der Krieg zu Ende, die Revolution noch im Gange, so nimmt wenigstens die Politik den alten Gedanken wieder auf, die Wehrmacht sucht ihr zu folgen. Heute ist der Krieg gegen Deutschland doppelt begründet: stand früher die Bedrohung Deutschlands in den Bedingungen des mit Frankreich geschlossenen Bündnisses, so ist sie jetzt Forderung und Grundlage der Entente mit England noch dazu. In der Tat, es muß zugestanden werden, daß Rußland sich seine Allianzen und Ententen etwas kosten läßt; denn diese Feindschaft gegen Deutschland übt Rußland, soweit es nicht seinen „Gefühlen" dadurch Genugtuung bietet, lediglich zum Besten Frankreichs und Englands. Rußland selbst wird sogar nach einem siegreichen Kriege mit Deutschland in Verlegenheit sein, womit es sich an dem Besiegten direkt schadlos halten kann. Ich fürchte, es sind im vorstehenden eine Reihe von Thesen aufgestellt, die so oft begründet, nochmals geprüft und wiederum bestätigt worden sind, daß sie als Gemeinplätze an Klang und Kraft verloren haben und keinen Eindruck machen[6]; aber die vorliegende Untersuchung zwingt zu einer teilweisen Wiederholung in gedrängter Form dessen, was seit dem Jahre 1906 berichtet worden ist: daß Rußland sich auf den Krieg mit Deutschland rüstet, daß es nicht fertig damit ist, daß es für Deutschland mit Entgegenkommen oder mit Nachsicht nicht zu gewinnen ist, wohl aber durch die Furcht vor einem Hieb, daß die „alten traditionellen freundschaftlichen Beziehungen" hier bewußt als ein Mittel gehandhabt werden, das etwa argwöhnisch oder empfindlich werdende Deutschland zu beschwichtigen. Es ist sehr verständlich, daß Deutsche sich gegen Anerkennung dieser Lage sträuben und die Folgerungen daraus nicht ziehen wollen; denn abgesehen von der bei uns lebendig gehaltenen Überlieferung ist es unerfindlich, was Deutschland von der Feindschaft mit Rußland an Vorteil erwachsen könne, oder wie es sich nach einem siegreichen Kriege mit Rußland selbst an ihm schadlos zu halten vermöchte. Ganz anders das Ausland; ihm fallen die Früchte solcher Feindschaft zu, und so erkennt es früher und bereitwilliger die Absichten Rußlands. Für die fremden Militärattachés war somit die Annahme einer Kriegslage Deutschland-Rußland nichts weniger als eine Offenbarung; sie mußte ihnen vielmehr als gegeben erscheinen. Alles, was sie an Neuorganisationen beobachten, dient derselben Kriegsidee: die Zurückziehung von zwei Korps aus Polen, um einem Sedan dort zu entgehen; die Vernachlässigung der Festungen in Polen; die Aufstellung von zwei Armeekorps in Finnland gegen die befürchteten Landungen. Sachlich waren die Militärattachés nicht überrascht; immerhin jedoch in der Form, die einen freudig, die anderen mit Schadenfreude, vielleicht einige mit ehrlichem Tadel. Noch weniger als die Militärattachés werden die fremden Regierungen überrascht sein; denn es muß

der russischen Politik zugestanden werden, daß sie einfach, folgerichtig und ohne viel Ableugnen — mit einziger Ausnahme Deutschland gegenüber — ihre Ziele verfolgt: liquider l'Extrême-Orient, préparer la guerre inévitable en Europe. Seit der Konvention vom Juli 1907, die den eigentlichen Friedensschluß mit Japan darstellt, ist Herr Iswolsky schon zu dem Bürgschaftsvertrag vom Juni 1910* gelangt; er wird ohne Bedenken in der Liquidation noch weiter gehen, um die Hände frei zu haben für eine aktive Politik in Europa. Hier sieht er Aussichten für Rußland, in Ostasien keine. Hier sieht er ferner die Krise näher, und die gewaltsame Lösung durch einen Krieg hält er für die einzig mögliche Lösung; den Anlaß zum Kriege sucht und findet er wohl zu gelegener Zeit im nahen Orient.

4 B. Über diese Politik Rußlands ließe sich noch manches sagen, das ihre verblüffende Zielbewußtheit, Opferwilligkeit und, Deutschland gegenüber, ihre Unwahrhaftigkeit in ein helles Licht setzen würde. Aber die Politik ist nicht meines Amtes; ich gehe daher zur Stimmung in Heer und Flotte über, um in der sachlichen Beleuchtung der Annahme der Kriegslage „Deutschland-Rußland" fortzufahren. Weder die Armee noch die Marine ist kriegerisch gesonnen. Sie haben eine kräftige Lektion erhalten, zu hart, um schon wieder nach Lorbeeren auszuschauen. Aber diese Lektion kann natürlich nicht auf lange nachwirken, das läßt der nationale Dünkel nicht zu. Sie werden sich also mit der Zeit nach einem „Erbfeind" umsehen; die Psyche der Völker braucht solche Illusionen. Nichts läge näher für eine andere europäische Nation als den siegreichen Gegner von gestern, den Japaner dazu auszuersehen. Nichts liegt dem Russen ferner. Seine eigenartig kindliche Veranlagung läßt ihn den, der ihn tüchtig gehauen hat, fürchten und achten, alle anderen gering schätzen. Niemand im russischen Heer oder in der russischen Flotte denkt an Revanche gegen Japan; eine billigere Gelegenheit zur Wiederherstellung der beschädigten Eigenliebe mußte aufgesucht werden. Was lag näher, als auf den Feind von vor 1904 zurückzugreifen? zumal, da Rußland ganz gewiß nicht allein zu stehen brauchte, sondern inmitten einer großen Meute in vergleichsweiser Sicherheit mitkläffen könnte? Dem gemeinen Mann war zudem seit alters her der Deutsche der Feind, warum ist oben und des öfteren ausgeführt worden. Der Krieg mit Deutschland ist also populär! Wahrlich, eine der wichtigsten, unschätzbarsten Vorbedingungen für den Sieg war damit schon gegeben! Und die Regierung, die Kommandogewalt[7] tut das ihrige, den Krieg mit Deutschland noch populärer zu machen. Erstere läßt die Presse hetzen; es ist eine Lüge, wenn sie, zur Rede gestellt, sich für ohnmächtig der Presse gegenüber erklärt; denn der in fast ganz Rußland herrschende „außerordentliche" oder „verstärkte" Schutz macht die Regierung allmächtig gegenüber der Presse. Die Kommandogewalt ist gezwungen, einen Krieg der Organisation der Wehrmacht zugrunde zu legen; sie hat

* Es handelt sich offenbar um das russisch-japanische Mandschureiabkommen vom 4. Juli 1910; vgl. dazu Bd. XXXII, Kap. CCLI.

lange vor 1904 ihre Wahl getroffen. Sie erfüllt ihre Pflicht, wenn sie die Truppen mit dieser Kriegslage vertraut macht. Was mir Generalstabsoffiziere von ihrer Tätigkeit und den ihnen gestellten Aufgaben erzählen, läuft stets auf dieselbe Annahme hinaus: Krieg mit Deutschland bezw. mit Deutschland-Österreich; die Vorträge in den Kasinos, soweit sie als „retentissants" geschildert werden, beschäftigen sich mit dem gleichen Thema. Wie soll, nachdem seit Alexander III. in Armee und Marine Deutschland der supponierte Gegner in allen Übungen ist, nicht allmählich eine instinktive Gegnerschaft gegen Deutschland erwachsen? Um Worte wie „Haß" und „Geringschätzung" zu vermeiden, obgleich sie der Psychologie der Massen weit besser entsprechen. Denn, wie ich mehrfach berichtet habe: die höheren Offiziere respektieren die deutsche Wehrmacht, aber die überwältigende Menge der niederen glaubt mit Deutschland leicht fertig zu werden. Daher auch der Mut. Zu der Unterschätzung der deutschen Kriegstüchtigkeit haben die Berichte der russischen Militärattachés und des Generals Tatischtschew manches beigetragen; für die meisten aber liefert die deutsche und die russische Presse die Grundlagen ihres Urteils, die das „Anwachsen der roten Flut, der Indisziplin und der Verweichlichung" in der deutschen Wehrmacht in die Welt hinausposaunen. Ernster und weiter denkende Offiziere wollen außerdem erkennen, daß Deutschland schweren inneren Krisen entgegengeht, und nennen als Ursachen die Wahlreform in Preußen und eine vermeintliche Verstimmung Süddeutschlands gegen Norddeutschland[2]. Alles Gründe, Deutschland schwach erscheinen zu lassen und den Mut seiner Gegner zu erhöhen.

5. Die Untersuchung zusammenfassend möchte ich sagen:

A. Die offene Nennung Deutschlands als Gegner Rußlands in einem Manöverprogramm ist ein grober Vorstoß gegen die gute Sitte, was die Form angeht;

B. Was das Wesen betrifft, so bedeutet sie keineswegs eine Offenbarung, sondern spricht nackt und nüchtern eine Wahrheit aus, die lediglich zwischen dem amtlichen Berlin und Petersburg Interesse und gute Form mit einem Mantel umkleiden.

Ich bin über den lapsus calami des Oberkommandierenden der Garde* und des Petersburger Militärbezirkes sogar ein wenig erfreut[8]; gibt er doch Anlaß, die Lügenhaftigkeit der offiziellen Versicherungen von Rußlands Freundschaft für Deutschland eklatant festzunageln![9] und wird doch in Deutschland nun manches Urteil, das den russischen Beteuerungen zu glauben gewohnt war, wankend werden![5]

6. Als ich die beiliegenden Dokumente mit der Nennung Deutschlands als Feind Rußlands in die Hand bekam, habe ich mich gefragt, welche Haltung ich demgegenüber zu beobachten haben würde.

Ich brauche eine Definition meiner Stellung nicht zu geben, auch erübrigt sich zu wiederholen, daß sie angesichts der obwaltenden Umstände nur mit einem beträchtlichen Aufwande von Takt, Diskretion

* Generalleutnant Danilow.

und Geduld und endlich unter öffentlicher Betonung des Grundsatzes, daß sie lediglich den persönlichen Beziehungen Euerer Majestät zu Seiner Majestät Kaiser Nikolaus diene — haltbar ist. Auch haben die Nachteile und die Vorzüge, die mit der Stellung der Eueren Majestäten attachierten Offiziere verknüpft sind, des öfteren den Gegenstand alleruntertänigster mündlicher Berichterstattung gebildet. Kaiser Nikolaus wird immer schweigsamer; er spricht offen aus, daß er Gespräche über Politik haßt; er hat selbst mit Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät seit längerer Zeit politische Themata nicht erörtert[10]; er hat noch mehr getan, oder vielmehr unterlassen: Auf Euerer Majestät direkte schriftliche Aufforderung, sich zu bestimmt angegebenen politischen Fragen zu äußern, hat er — geschwiegen[5]. Ihn zur Mitteilsamkeit zu bewegen im Hinblick auf die bevorstehende Begegnung Euerer Majestäten* ist, wie berichtet, das Ziel der Arbeit dieses Jahres gewesen. Die Zurückhaltung des Zaren ist eine Tatsache; nicht minder steht aber fest, daß er weit entfernt davon ist, einen Krieg mit Deutschland anzustreben, daß er vielmehr eine Verständigung mit Österreich und Deutschland wünscht. In einem gewissen Sinne ist der Zar also eher ein Freund Deutschlands[11]. Ich habe nun lediglich mit seiner Person offizielle Beziehungen; hätte ich durch das Wort oder durch die Tat gegen die Proklamierung Deutschlands als Feind Rußlands in einem amtlichen Schriftstück protestiert, so hätte ich mich an Seine Majestät halten müssen, der dem Vorgang in jeder Beziehung fern steht, sowohl nach seinen Absichten und Neigungen wie in bezug auf Mitwirkung am Zustandekommen jener Nennung. Es bot sich mir daher für meine Person nur ein Ausweg: den Vorgang geflissentlich zu übersehen. Das habe ich mit einiger Deutlichkeit getan.

Obgleich die Angelegenheit mir höfisch und militärisch gleich untraitabel erschien, glaubte ich, daß sie politisch eine hervorragende Verwendbarkeit besitze[12]. Ich habe sie daher zur Kenntnis des Kaiserlichen Botschafters gebracht.

(gez.) v. Hintze

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. in Abschrift:

[1] Unerhört!

[2] !

[3] die hat hier auch obgewaltet

[4] er muß doch die Disposition gelesen haben.

[5] ja

[6] im Gegenteil sehr gut!

[7] S[eine] M[ajestät] Zar selbst!

[8] ich auch

[9] Gott sei Dank ja

[10] richtig

[11] kann ich nicht zugeben!

[12] Jetzt kommt eine handfeste Militärvorlage!

Schlußbemerkung des Kaisers:

Ich denke dies Material wird Kanzler und Kriegsminister wohl genügen!

(gez.) W.

---

* Zusammenkunft in Potsdam (4.—6. November); vgl. Kap. CCXVIII.

Nr. 9957

Der Generaladjutant von Plessen, z. Z. in Mongoros an der Donau, an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Eigenhändiges Privatschreiben

Mongoros bei Belye, den 17. September 1910

Seine Majestät der Kaiser und König genehmigten, daß ich Euer Exzellenz den Inhalt meiner Konversation mit General Tatischtschew und Kapitän von Hintze berichte. Beide Herrn sprach ich gelegentlich unserer Kaisermanöver zwischen dem 7. und 10. September d. Js.

In Kenntnis der Berichte des Käpitäns von Hintze sagte ich ihm, er schiene mir die russischen Verhältnisse Deutschland gegenüber zu schwarz zu sehen, seine Berichte bekämen dadurch etwas Alarmierendes. Was er für Rüstungen gegen uns hielte, wäre nach meiner Meinung nichts als eine Reorganisation der russischen Landesverteidigung überhaupt! Nach den Niederlagen in der Mandschurei und nach der Revolution wäre man mit dem Retablissement des ganzen Staatswesens, speziell der Armee, in sehr begreiflicher, angestrengter Tätigkeit. Letztere würde dabei weiter ausgebaut, vermehrt, anders disloziert! Daraus ergäben sich natürlich Truppentransporte, zumal Finnland in Anbetracht der dortigen inneren Verhältnisse eine stärkere Dotierung mit Militär erklärlich machte. Ich vermöchte nicht zu begreifen, wie Rußland nach dem äußeren und inneren Desaster jetzt schon wieder an das Wagnis eines neuen Krieges, und zwar mit Deutschland, mit der stärksten Armee Europas denken sollte! Alle diese Ausführungen vermochten den Kapitän von Hintze nicht von seiner festen Überzeugung abzubringen, daß Rußland gegen uns rüste. Er behauptete, daß das in Petersburg überhaupt ganz offen behandelt würde, daß jedermann dort es als etwas Selbstverständliches ansähe, daß der Botschafter Graf Pourtalès und der Militärattaché Graf Posadowsky genau wie er dächten[1], und daß der Balkan den erwünschten Anlaß liefern würde.

Aus Anlaß der auffallenden Taktlosigkeit bei den diesjährigen russischen Manövern im St. Petersburger Militärbezirk, wo die eine Partei offiziell als die „deutsche" bezeichnet war, sprach ich eingehend über unsere Beziehungen zu Rußland mit General Tatischtschew. Ich möchte hier vorweg bemerken, daß ich in früherer Zeit dem General über seine Stellung bei uns sehr ernst und ausdrücklich sein Vertrauensverhältnis betont und hinzugefügt hatte, wie ich seine Hauptaufgabe darin sähe, daß er andauernd trachten müßte, jedes Mißverständnis zwischen den beiderseitigen Höfen zu begleichen. So hat mir der General, nachdem er beim Zaren in Friedberg gewesen war, ausdrücklich versichert, daß

* Generaladjutant von Plessen weilte in Begleitung des Kaisers bei dem Erzherzog Friedrich in Belye in Ungarn.

letzterer jenen Manövertaktfehler aufrichtig bedauerte und dem Schuldigen dafür „den Kopf waschen würde". — Tatischtschew verschwor sich des weiteren, daß alle Gerüchte über ihre angeblich feindlichen Pläne dummes Geschwätz seien! Rußland habe Ruhe dringend notwendig, sei „müde" und habe außerdem aus wirtschaftlichen Gründen und in Ansehung des monarchischen Prinzips alle Veranlassung, mit Deutschland gut zu stehen! Allerdings — fügte er hinzu — benötige man bei ihnen eines durchgreifenden Antriebes zur Gesundung, und das sei der nationale Gedanke, das „Nationalgefühl", was den Antrieb hergeben müßte zum Retablissement des gesamten Staatswesens! —

Als ich mit Kapitän von Hintze die Tatischtschewschen Ausführungen erörterte, meinte ersterer, Tatischtschew habe ihm dasselbe gesagt und rundheraus hinzugefügt, in Deutschland predige man auch nationale Gesinnung mit energischem Widerstand gegen die „Slawen"!

Ich habe zum Schluß den Kapitän von Hintze ermahnt:

1) Hüten Sie sich, daß Ihre Berichte nicht einen alarmierenden Charakter haben.

2) Sehen Sie sich vor, daß Sie nicht in Konflikt kommen mit Ihrer eigenartigen, besonderen Vertrauensstellung, — damit Ihre Tätigkeit nicht ein uns alle kompromittierendes Ende findet*.

Kapitän von Hintze war mit mir einig, daß es gut wäre, wenn dieser Adjutantenaustausch aufhörte, welcher total andere Voraussetzungen hat als die heutigen. —

Plessen
Generaladjutant

Randbemerkung Wilhelm von Stumms:
[1] Durchaus nicht!

---

* Tatsächlich wurde der Militärbevollmächtigte von Hintze schon Anfang 1911 durch den Generalmajor von Lauenstein ersetzt. Die Initative zu der Abberufung Hintzes erfolgte durch den Zaren selbst, der gegenüber dem Großherzog von Hessen den Wunsch nach derselben zu erkennen gab. Aufzeichnung des Gesandten Freiherrn von Jenisch vom 19. November 1910. Darauf fragte Kaiser Wilhelm II. Ende November direkt bei dem Zaren an (vgl. Briefe Wilhelms II. an den Zaren, ed. W. Goetz S. 405), worauf dieser in einem Schreiben vom 2. Dezember das Vorhandensein des Wunsches auf Abberufung bestätigte.

Kapitel CCXVI

Die Bagdadbahn und das Deutsch-Englische Verhältnis

Nr. 9958

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Schoen

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Berlin, den 8. Dezember 1908

Nach dem in den Anlagen beigefügten Briefe an Direktor Gwinner* hat Herr Helfferich Anhaltspunkte dafür, daß englischerseits in Konstantinopel eine türkische Parlamentsaktion zwecks Annullierung der letzten Bagdadbahnverträge** in die Wege geleitet wird. Helfferich befürchtet, daß die deutschen Bagdadbahninteressen hierdurch gänzlich in Frage gestellt werden könnten, und befürwortet daher Einigung mit den Engländern.

Direktor Gwinner teilt die Besorgnisse Helfferichs und ist geneigt, vorsichtig mit seinen englischen Geschäftsfreunden Fühlung zu nehmen wegen eventueller Überlassung des Bahnbaus von Bagdad bis Basra an England etwa gegen 30% deutsche Beteiligung.

Freiherr von Marschall hat hiergegen dem Eingang A 20466*** zufolge keine Bedenken, vorausgesetzt, daß ein entsprechendes Abkommen erst zur Ausführung gelangt, wenn wir bis Bagdad gebaut haben oder doch der Weiterbau bis dahin gesichert ist.

Die Stimmung in der Türkei ist zurzeit den Unternehmungen der Deutschen Bank zweifellos ungünstig. Da das Zustandekommen der letzten Bagdadbahnverträge durch das unter dem alten Regime übliche Mittel reichlichen Backschischs wesentlich gefördert worden ist, würde eine Diskussion dieser Verträge im türkischen Parlament unseren Feinden eine günstige Gelegenheit bieten, auf das „deutsche Geschäftsgebaren" loszuziehen. Aus diesem Grunde und mit Rücksicht auf die unausgesetzten englischen Treibereien gegen uns erscheint es nicht ausgeschlossen, daß das türkische Parlament die Bagdadbahnverträge einer unliebsamen Kritik unterzieht und den Wunsch nach deren Annullierung verlautbart.

---

* Siehe Anlage.

** Gemeint ist die Konvention vom 2. Juni 1908, welche den Weiterbau der Bagdadbahn von der bisherigen Endstation Bulgurlu bis zu dem 840 km entfernten Helif genehmigte, nebst dem dazu gehörigen Finanzvertrage. Vgl. Bd. XXV, Kap. CLXXXVI, Nr. 8680.

*** Telegramm Freiherrn von Marschalls Nr. 488 vom 7. Dezember 1908.

Dieser peinlichen Situation könnte durch eine Verständigung mit England vorgebeugt werden. Eine solche Verständigung war früher für uns mit Rücksicht auf den Sultan unmöglich. Dieser Gesichtspunkt ist fortgefallen, seitdem England der intimste Freund der Türkei geworden ist. Ob allerdings die türkische Freundschaft so weit gehen wird, daß sie den Engländern die Bahn bis Bagdad hinauf ausliefert, mag immerhin zweifelhaft sein. Diese Frage werden die neuen Freunde miteinander auszumachen haben. Wir brauchen nicht türkischer zu sein als die Türken[1].

Hiernach dürften dem von Direktor Gwinner geplanten Schritte Bedenken nicht entgegenzusetzen sein, vorausgesetzt, daß dabei dem von Herrn von Marschall betonten, an sich selbstverständlichen Gesichtspunkte Rechnung getragen wird. Darf Herr Gwinner entsprechend verständigt werden?

v. Schoen

Bemerkung des Fürsten von Bülow am Kopf des Schriftstücks:
Einverstanden B. 8/12.
Randbemerkung des Fürsten von Bülow:
[1] Richtig

Anlage

Der Direktor der Deutschen Bank Helfferich, z. Z. in Konstantinopel, an den Direktor der Deutschen Bank Gwinner

Privatbrief. Abschrift

Konstantinopel, den 30. November 1908

Voraussichtlich werde ich nicht vor Freitag von hier abreisen können. Ich möchte Ihnen deshalb noch einige Gesichtspunkte darlegen, die für unsere künftige Politik in den türkischen Geschäften von maßgebender Bedeutung sind.

Wir haben eine schwere Arbeitszeit vor uns. Es ist mein Eindruck aus allem, was ich hier höre und sehe, daß wir unsere Position hier in wichtigen Punkten geradezu neu werden aufbauen müssen; und dieser Eindruck hat sich von Tag zu Tag verschärft. Wir haben unsere Position unter dem alten Regime zweifellos bedeutend überschätzt. Viele, die sich als aufrichtige Freunde gaben, taten dies nur, weil der Sultan der erklärte Freund Deutschlands war. Jetzt unter dem neuen Regime stehen sie auf der anderen Seite. England ist Trumpf; und das wird für längere Zeit so bleiben*. Bei all den Umzügen und Manifestationen,

* Die gleiche Auffassung von der Verdrängung des deutschen Einflusses in Konstantinopel durch den englischen infolge der jungtürkischen Revolution kommt in einer eingehenden Aufzeichnung des Londoner Botschafters Graf Metternich, geschrieben an Bord des Dampfers „Amerika", vom 14. August 1908, zum Ausdruck. Graf Metternich sah durch den Umschwung der Verhältnisse in Konstantinopel, ähnlich wie Helfferich,

wie sie jetzt bei den Wahlen wieder stattgefunden haben, sah man Flaggen aller Nationen, nur die österreichischen und die deutschen Farben fehlten gänzlich. Gegen Österreich herrscht Erbitterung*, gegen uns teils Gleichgültigkeit, teils Mißtrauen. Eine Ausnahme machen eigentlich nur die aus der deutschen Schule hervorgegangenen hohen Militärs; diese bedauern die gegen Deutschland gerichtete Strömung der öffentlichen Meinung, aber sie können nichts ändern. Der Bedeutendste von ihnen, Mahmud Muchtar, hat mir auch heute wieder gesagt: Ihr müßt stillhalten und unbeirrt Euren Weg weitergehen; es werden schon Gelegenheiten kommen, bei denen das Volk zwischen wahren und falschen Freunden zu unterscheiden lernt.

Es ist müßig, heute zu untersuchen, wie es kommt, daß wir so gänzlich unter die Räder geraten sind. Viel dazu beigetragen hat zweifellos die persönliche Marke der deutsch-türkischen Freundschaft, die sich den breiten Massen als eine Freundschaft zwischen Kaiser und Sultan darstellt. Wir haben uns in unserer hiesigen Stellung, die wir durch unsere tatsächlichen Leistungen für die Türkei gegen jeden Sturm fundiert glaubten, zu sicher gefühlt und zu wenig getan, um uns durch die Pflege von Beziehungen zu den außerhalb der herrschenden Clique stehenden Kreisen gegen einen Umschlag der Strömung zu verankern. Dazu kommt, daß uns der Makel des Absolutismus ebenso fest anhängt, wie Frankreich

---

auch die deutsche Bagdadbahnpolitik bedroht: „Ob die Bagdadbahn, wenn sie nach sieben Jahren noch denselben rein deutschen Charakter trägt, den sie heute hat, bei vorwiegendem englischen Einfluß in Konstantinopel neue kilometrische Garantien erhalten wird, ist zum mindesten zweifelhaft, da England bekanntlich in ihrem Ausbau eine Gefährdung seiner Stellung am Persischen Golf erblickt." Das einzige Heilmittel sah Graf Metternich, hier noch weitergehend als Helfferich, der eine Beteiligung Englands an der Bagdadbahn vorschlug, darin, daß man die Spannung zwischen Deutschland und England zu beseitigen suche, nämlich durch ein Einlenken in der Flottenbaufrage. „Auch die Bagdadbahn bekommt dann für England ein anderes Gesicht. Den Einfluß eines mit ihm befreundeten Deutschlands braucht es in Konstantinopel nicht mehr zu fürchten, und es hat dann keinen Anlaß mehr, ihn zu bekämpfen."

Die Voraussetzung für die Ausführungen Graf Metternichs war natürlich, daß „die Neugestaltung der Verhältnisse in der Türkei in der gleichen Weise sich weiter entwickeln sollte, wie sie begonnen hat". Das war indessen nicht der Fall. Richtiger als Graf Metternich, der den dominierenden Einfluß Englands in Konstantinopel schon allzusehr als gesichert annahm, beurteilte den Umschwung in der Türkei Kaiser Wilhelm II., der sich in einer Schlußbemerkung zu der Metternichschen Aufzeichnung dahin äußerte: „Die Revolution ist nicht von den ‚Jung Türken' aus Paris und London, sondern allein von der Armee und zwar ausschließlich von den in Deutschland erzogenen sog[enannten] ‚Deutschen Offizieren' gemacht worden. Eine reine Militär-Revolution. Diese Offiziere haben das Heft in der Hand und sind absolut deutsch gesonnen. Ein Erstarken der Türkei durch Englands Hilfe duldet Russland auf die Dauer nicht. Und dürfte hier der Punkt für ernste Differenzen liegen in Zukunft." Die Zukunft hat dem Kaiser insofern recht gegeben, als der englische neu begründete Einfluß in der Türkei schon nach der neuen Umwälzung im April 1909 zugunsten des deutschen wieder zurückgedrängt wurde. Vgl. Nr. 9964. Den vollen Text der Metternichschen Aufzeichnung und der kaiserlichen Randbemerkungen zu ihr siehe in Bd. XXV, Nr. 8906.

* Infolge der im Oktober 1908 erfolgten Annexion von Bosnien und der Herzegowina

von der Gloriole der großen Revolution und England von derjenigen des reinsten Parlamentarismus umstrahlt ist. Den Rest hat uns die Aehrenthalsche Aktion gegeben, in deren Verlauf und Konsequenzen die Türken aufs neue eine Bestätigung für die durch Kueit, Akaba und Mazedonien hervorgerufene Ansicht sehen, daß die deutsche Freundschaft bei jeder Gelegenheit, in der sie sich betätigen könne, gänzlich versage.

Unsere Lage wurde ganz wesentlich dadurch verschlechtert, daß wir es an jeder Organisation und Bemühung zur Bearbeitung der öffentlichen Meinung in der entscheidenden Zeit haben fehlen lassen. Kiderlen* war allein ohne Botschaftsrat, ohne Ersten und Zweiten Dragoman, ohne Weitz**, ohne Dispositionsfonds; der einzige Kanal zu den Türken war Testa***, und auch dieser funktionierte nicht, teils weil er zu sehr, um nicht zu sagen ausschließlich, auf das alte Regime und seine Männer eingestellt war und ist, teils weil sein Alter und sein klapperiger körperlicher Zustand ihn der nötigen Elastizität beraubt. Die Engländer haben Sir Adam Block†, der unermüdlich arbeitet und Intrigen spinnt, persönliche Beziehungen zu den neuen Männern anknüpft und pflegt, den Ministern mephistophelische Ratschläge gegen Deutschland erteilt und in der Dette in Abwesenheit des kranken Berger†† dominiert. Sie haben ferner in Mr. Fitzmaurice einen Ersten Dragoman von außerordentlicher Versalität und Geschicklichkeit, der nahezu ein Menschenalter unter Türken und Arabern gelebt hat, alle Gewohnheiten der Leute kennt, mit Türken jeden Standes Freund und Bruder ist und eine ausgezeichnete politische Nase hat. Unser Erster Dragoman Dr. Gies ist ein braver, bequemer Herr, der die Feinheiten der türkischen Sprache so gut beherrscht, daß mitunter gebildete und hochstehende Türken in stilistischen Fragen sich an seine Autorität wenden. Aber er geht nicht gern unter die Leute außer zu seinem deutschen Stammtisch bei Janni, und er hat gar keinen, aber auch gar keinen politischen Sinn.

Die Engländer haben hier ferner sofort nach dem Umschwung eine Reihe erster Journalisten stationiert, die sofort die Pflege der Beziehungen zu den neuen türkischen Berufsgenossen übernahmen. Sie haben mit den großen ihnen zur Disposition stehenden Mitteln der und jener türkischen Zeitung sofort unter die Arme gegriffen. Der „Ikdam", dessen Chefredakteur der anerkannt erste türkische Schriftsteller Ali Kemal ist, und die „Yeni Gazetta", das Organ des Großwesirs†††, sind ganz und gar in englischen Händen, weil die Engländer das nötige Geld für die Aus-

* Der Gesandte in Bukarest von Kiderlen vertrat den beurlaubten Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Marschall von Anfang Juni bis Ende August 1908.
** Korrespondent der „Frankfurter Zeitung" in Konstantinopel, Vertrauensmann der deutschen Botschaft.
*** Vertreter Deutschlands in der Verwaltung der Dette Publique Ottomane.
† Englischer Delegierter bei der Dette Publique Ottomane.
†† Französischer Delegierter und Präsident der Dette Publique Ottomane.
††† Kiamil Pascha.

gestaltung dieser Blätter gegeben haben; andere türkische Zeitungen werden von den Engländern stark subventioniert.

Das einzige, was wir zurzeit dieser mit Hochdruck arbeitenden englischen Organisation gegenüberzustellen haben, ist die Person des Herrn Weitz, der überall seine Fäden angeknüpft hat und die ganze jungtürkische Welt kennt. Aber auch Weitz ist abgespannt und desillusioniert; er klagt außerdem, daß er finanziell die Pflege dieser immerhin etwas kostspieligen Beziehungen nicht durchhalten könne. Die Jungtürken sind reichlich groß in ihren Ansprüchen; ein Diner im großen Klub oder im Pera Palace mit zugehörigem Champagner und Rauchwerk und andere derartige Huldigungen sind zur Erhaltung der Freundschaft und zum Lösen der Zunge erforderlich, und wer mit der großen Anzahl von Personen, die heute, wenn auch nicht maßgebend, so doch in Presse und Regierung einflußreich sind, in guten Beziehungen bleiben will, darf nicht knapp im Gelde sein. Der „Osmanische Lloyd" muß sich erst noch entwickeln, er macht vorläufig Kinderkrankheiten durch, und Dr. Grunwald muß erst die für eine Einwirkung auf türkische Kreise erforderliche Fühlung gewinnen; das Blatt muß späterhin unbedingt in deutscher und türkischer Sprache erscheinen, dann kann etwas Wirksames daraus werden. Augenblicklich ist es noch keine Hilfe.

Es ist traurig zu sehen, wie sich unter den widrigen Verhältnissen die Stellung Marschalls verändert hat, früher nahezu allmächtig, um Haupteslänge über die Botschafter hervorragend, heute zur Ohnmacht verurteilt. Der deutsche Botschafter hat heute in Konstantinopel kein Gewicht in die Wagschale zu werfen; er ist durch die österreichische Freundschaft gänzlich matt gesetzt. Als Marschall am Sonnabend dem Großwesir im Auftrage der deutschen Regierung ernste Vorstellungen wegen der Boykottbewegung gegen Österreich* machte, soll ihm Kiamil geradeswegs ins Gesicht gelacht haben. Marschalls Stellung wird eine weitere Erschwerung erfahren, wenn demnächst Tewfik Pascha seinen Posten als Minister des Äußern verliert, und wenn Constans durch eine den Jungtürken genehmere Persönlichkeit ersetzt wird. Mit dem ersteren verliert er seine letzte Brücke zur türkischen Regierung, mit Constans verliert er eine wertvolle Stütze der gemeinsamen deutsch-französischen Interessen in der hiesigen Diplomatie**. Es ist jedenfalls schon heute absolut ausgeschlossen, daß Marschall in irgend einer Deutschland oder

---

* Vgl. dazu Bd. XXVI, Kap. CCI.

** In den Akten über die Bagdadbahn ist von der mehr deutsch- wie englandfreundlich gerichteten Haltung des Botschafters Constans und von daraus resultierenden Intrigen der Engländer gegen ihn oft die Rede. So heißt es in einem Berichte Kiderlens vom 11. Juni 1908: „Es ist begreiflich, daß Herr Constans keine Freude daran hatte, häufig nur wegen der französischen Englandbegeisterung direkt gegen französische Interessen stimmen zu müssen. Der Botschafter, der hauptsächlich die wirtschaftlichen und finanziellen Interessen seines Landes im Auge hat, kann natürlich keine Freude daran haben, wenn er direkt gegen die französischen Interessen angehen und den Engländern helfen muß, den Schuldner der Franzosen durch Ausgaben für sogenannte Reformen moralisch und pekuniär zu schwächen. — Es scheint nun neuer-

gar Österreich betreffenden Angelegenheit einen wirksamen Druck auf die türkische Regierung ausübt; der Versuch eines Druckes würde im Gegenteil verschiedenen Leuten die erwünschte Gelegenheit geben, Marschall die Veränderung seiner Position gründlich auskosten zu lassen.

Unsere augenblickliche Lage, die an sich schon sehr prekär ist, kann sich aus zwei Punkten heraus noch wesentlich verschlimmern.

Zunächst besteht die Gefahr, daß der Boykott von Österreich auf Deutschland übergreift. Die Gefahr war in den letzten Wochen mitunter bereits akut. Sie wird zweifellos zur Tatsache werden, sobald Österreich, durch den Boykott aufs äußerste gereizt, zu einem Gewaltmittel greift, um Vergeltung zu üben; sagen wir zur Neubesetzung des Sandschaks Nowipasar. Das liegt keineswegs außerhalb der Möglichkeiten. Wenn nun in einem solchen Fall Deutschland nach wie vor für Österreich Partei nimmt, dann halte ich es für sicher, daß die deutschen Waren und Schiffe mit derselben bewunderungswürdigen Ausdauer und Disziplin boykottiert werden wie heute die österreichischen Waren und Schiffe. Was dann? — Österreich hat zweifellos bei dem Husarenstreich des Herrn von Aehrenthal die Türken zu leicht eingeschätzt. Es steckt in den Leuten ein solches Maß von natürlicher Disziplin und natürlichem Organisationsgeist, daß ihnen in einem auf das wirtschaftliche Feld verlegten Kampfe gar nicht beizukommen ist. Der Boykott gegen Österreich wird geradezu musterhaft durchgeführt, in dem Maße, daß die österreichische Schiffahrt und der österreichische Handel in der Türkei zurzeit völlig lahmgelegt sind. Dabei nirgends ein Übergriff, nirgends ein Vergreifen an Personen, kurz nirgends eine Handlung, welche den Österreichern die Möglichkeit gäbe, die Türken ins Unrecht zu setzen. In Deutschland, ebenso in jedem anderen europäischen und amerikanischen Lande, würde es bei einem solchen Boykott Raufereien, Mord und Totschlag geben. Hier vollzieht sich alles in den besten Formen und in musterhafter Ruhe. An dem Tage, an dem das Boykottkomitee den Boykott für beendigt erklärt, wird alles mit einem Schlage aufhören, und die Leute werden wieder österreichische Schiffe entladen und österreichische Waren verkaufen wie zuvor. Die Disziplin ist heute noch dieselbe wie bei den Armeniermassakers; nur die Stelle, von der das mot d'ordre ausgeht, hat gewechselt.

Wenn eine solche Bewegung sich gegen uns Deutsche richtet, so fehlt uns bei den heutigen Verhältnissen nahezu jedes Mittel zu einer wirksamen Gegenaktion. Wir können nicht einmal wie die Österreicher im Sandschak einmarschieren.

---

dings namentlich infolge der Haltung von Constans in der Bagdadangelegenheit englischerseits stark gegen ihn gearbeitet zu werden. — Wie ich von zuverlässiger Seite höre, hat der englische Delegierte bei der türkischen Staatsschuldenverwaltung Sir Adam Block über die jüngste Etappe in der Bagdadbahnfrage einen ausführlichen Bericht an Sir Edward Grey erstattet, in dem er das Verhalten des Botschafters Constans und des französischen Delegierten und gegenwärtigen Präsidenten der Staatsschuldenverwaltung Léon Berger einer scharfen Kritik unterzieht. Herr Block soll in seinem Bericht darauf hinweisen, daß ohne die Haltung des Herrn Constans die dies

Das zweite, was ich fürchte, ist eine Aktion gegen die Bagdadbahn; sei es daß im Parlament die Annullierung der letztgeschlossenen Verträge beantragt wird, sei es daß die Regierung zum Rückkauf der Konzession aufgefordert wird, sei es daß die Regierung den Engländern eine Konzession für eine direkte Verbindung von Aleppo nach Bagdad erteilt. Ich glaube nicht, daß die gegenwärtige Regierung sich mit solchen schwarzen Absichten trägt; ich habe aber Anhaltspunkte für die Ansicht, daß von englischer Seite auf eine Parlamentsaktion nach dieser Richtung hingearbeitet wird*. Gelingt es den Engländern, das Parlament für eine solche Aktion zu gewinnen, so wird die Regierung keinen allzu großen Widerstand leisten. Wo sind unsere Machtmittel, die wir dagegen stellen könnten?

Es heißt also vorbauen, die öffentliche Meinung in unserem Sinne präparieren und eventuell rechtzeitig eine Gegenaktion im Parlament organisieren.

Der Artikel des Herrn Edwin Pears, Mitglied unseres Mersina-Adana-Boards, den ich Ihnen habe signalisieren lassen (Novemberheft der „Contemporary Review"), kommt uns sehr zu statten, und ich will für seine journalistische Ausnutzung sorgen. Aber mit einer solchen einmaligen Einwirkung ist es nicht getan; wir müssen versuchen, nachhaltig die öffentliche Meinung und später das Parlament zu bearbeiten und der Organisation der Engländer etwas einigermaßen Gleichartiges gegenüberzustellen. Die Sache ist einige Opfer wert. Mündliche Vorschläge vorbehalten.

Weiter müssen wir nach meiner Ansicht suchen, uns wenn irgend möglich durch eine Einigung mit den Engländern den Rücken zu decken. Der Traum der „deutschen Bagdadbahn" bis zum Golf ist ausgeträumt. Eine Anzahl von großen Perspektiven, aber auch eine Anzahl von Hindernissen entfallen durch die Änderung in den deutsch-türkischen und englisch-türkischen Beziehungen. Wir können heute den Engländern die Vorherrschaft über Bagdad-Basra zugestehen, ohne daß uns die Türken als Landesverräter hinauswerfen. Und wenn unsere Alldeutschen über Verrat schreien, so können wir das ertragen.

Wir müssen uns der neuen Situation anpassen, ehe es zu spät ist. Ich mache deshalb hier in Englandfreundschaft und sage überall: Wir haben stets für die wirtschaftliche und finanzielle Kräftigung der Türkei gearbeitet; wenn heute die Engländer aus Gegnern zu Freunden einer vorwärts schreitenden Türkei werden, so begegnen wir uns auf dem Wege zum gleichen Ziel und freuen uns, mit ihnen zusammen arbeiten zu können.

Ich möchte Sie sehr bitten, sich die Frage, ob und wie eine baldige, mit unseren Interessen verträgliche Einigung mit England über die Bagdadbahn möglich ist, durch den Kopf gehen zu lassen. In der glücklichen Lösung dieser Frage liegt der Schlüssel der gesamten Situation.

---

maligen deutsch-türkischen Verhandlungen keinen so glatten Fortgang genommen hätten. Die Stellungnahme des Herrn Constans habe in direktem Gegensatz zu derjenigen der hiesigen amtlichen englischen Kreise gestanden."

* Tatsächlich wurde am 18. Januar 1909 von dem Abgeordneten für Bagdad Ismail Hakki eine Interpellation wegen der Bagdadbahn eingebracht. Vgl. Nr. 9960.

Wir werden in Bälde Gelegenheit haben, uns über alle diese Dinge mündlich auszusprechen. Ich komme zwar übermorgen auch nicht weg, jedoch bestimmt am Freitag, es sei denn, daß Sie mir wegen der ostrumelischen Bahn andere Instruktionen geben, etwa daß ich die Rückkehr von Groß* hier zur Besprechung des Weiteren abwarten soll. Liaptschew** hat, als er sich heute von mir verabschiedete, von neuem den Wunsch ausgesprochen, ich möchte mich in Sofia aufhalten. Ich sehe aber keinen Zweck dabei. Das Nächste ist eine Vereinbarung über das Provisorium, und zu dieser bin ich nicht nötig und auch nicht legitimiert. Ich sehe meine „orientalische" Aufgabe damit als beendet an, daß ich geholfen habe, das Terrain für die provisorische und definitive Lösung vorzubereiten.

(gez.) Helfferich

Nr. 9959

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt Wilhelm von Stumm

Eigenhändig

Berlin, den 11. Dezember 1908

Gelegentlich meiner Verabschiedung von Sir E. Grey*** brachte der Minister die Sprache auf die orientalischen Angelegenheiten. Er betonte, einen wie großen Wert er auf eine baldige Verständigung zwischen der Türkei und Österreich lege, und wie ungerechtfertigt der Vorwurf sei, daß er einer solchen entgegenarbeite†. Die Schwierigkeit liege daran, daß Österreich, das in der ganzen Sache im Unrecht sei, der Türkei nichts bieten wolle, sondern verlange, daß dieselbe das Geschehene tel quel, ohne Kompensationen akzeptiere.

Sir E. Grey äußerte dann, angesehene englische Finanzkreise trügen sich mit dem Gedanken, ihre Tätigkeit in Zukunft auch auf die Türkei zu erstrecken. Damit sei indessen eine Beeinträchtigung deutscher Interessen nicht beabsichtigt. Im Gegenteil, er wünsche ein Zusammengehen Deutschlands und Englands in der Türkei. Allerdings könne man englischerseits das bisher befolgte System der Kilometergarantien nicht billigen. Dasselbe habe sich unter dem alten Regime und als Folge der dasselbe charakterisierenden Mißstände entwickelt.

* Direktor der Orientbahnen in Konstantinopel.

** Der bulgarische Handelsminister Liaptschew weilte seit Ende Oktober 1908 zwecks Sonderverhandlungen mit der Türkei, speziell über die Frage wegen eines bezüglich der Orientbahnen abzuschließenden Provisoriums, in Konstantinopel. Vgl. Bd. XXVI, Kap. CCII, Nr. 9287 nebst Fußnote *.

*** Legationsrat von Stumm war bis Ende November 1908 als Erster Sekretär bei der Botschaft in London tätig gewesen.

† Vgl. dazu Bd. XXVI, Kap. CCI.

Ich habe dem Minister entgegnet, daß ich glaubte ihm versichern zu können, daß uns nichts erwünschter sein könne als ein Zusammengehen mit England in der Türkei in wirtschaftlichen Dingen. Was die politischen Fragen angehe, so seien unserer Bewegungsfreiheit zurzeit durch die Rücksichten auf unseren Alliierten gewisse Schranken gezogen.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit erwähnen, daß sich ein Vertrauensmann im Foreign Office mir gegenüber ähnlich äußerte und eine deutsch-englische Verständigung über die Bagdadbahn als wünschenswert bezeichnete. Er sagte mir, daß man englischerseits an den für die Bagdadbahn gewährten Kilometergarantien Anstoß nehme, die eine erhebliche finanzielle Schädigung der Türkei bedeuteten, indem eine starke Überkapitalisierung des Unternehmens stattgefunden habe, um den dasselbe fundierenden Banken größere Gewinne zu sichern. Mein Gewährsmann erzählte mir ferner im strengsten Vertrauen, Sir E. Grey habe verschiedentlichen englischen Finanzleuten, die mit Bahnprojekten in der Türkei an ihn herangetreten seien, die erbetene Unterstützung mit der Begründung versagt, daß er Konflikte mit deutschen wirtschaftlichen Interessen in der Türkei zu vermeiden wünsche.

Stumm

Nr. 9960

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 26 Pera, den 24. Januar 1909

Der Abgeordnete für Bagdad Ismail Hakki sagte gestern einem Dragoman der Kaiserlichen Botschaft, seine Interpellation wegen der Bagdadbahn* sei keineswegs gegen diese oder gegen Deutschland gerichtet. Er sei der Ansicht, daß der Vertrag, nachdem er definitiv geschlossen sei, unbedingt zu Recht besteht. Er wolle nur einige Wünsche wirtschaftlicher Natur geltend machen, welche die Gesellschaft wohl erfüllen könne. Der wichtigste Punkt sei, daß die Linie über Alexandrette und von da über Aleppo geführt werde und nicht über unwirtliche Gebirge, wie dies in der Konvention vorgesehen sei. Die strategischen Gründe, welche

* Die am 18. Januar in der türkischen Kammer eingebrachte Interpellation, die eine Veröffentlichung oder doch Aufklärung über die Konvention vom 2. Juni 1908 bezweckte, wurde am 27. Februar verhandelt. In einem Telegramm Freiherrn von Marschalls vom 27. Februar (Nr. 66) heißt es darüber: „Die Interpellation wurde vom Handelsminister Noradunghian in klarer Weise beantwortet. Nachdem einige Redner die Wahl der Trace und die finanziellen Bestimmungen kritisiert hatten, widerlegte Handelsminister die erhobenen Einwände, indem er unter anderm darauf hinwies, daß das Tracieren auf Wunsch Kriegsministers erfolgt sei. Schließlich erklärte Kammer mit großer Majorität die gegebenen Aufklärungen für genügend und ging zur Tagesordnung über."

seinerzeit gegen die Linie längs des Meeres nach Alexandrette geltend gemacht worden seien, können bei der heutigen Haltung Englands nicht mehr in Betracht kommen. Gelegentlich seiner Interpellation wolle er auch die Kueitfrage klarstellen. Mit ausweichenden Antworten der Minister werde er sich nicht begnügen, denn bezüglich Kueit müsse England zeigen, daß es seiner Freundschaft für die Türkei auch praktische Folge zu geben geneigt sei.

Marschall

Nr. 9961

Notiz des Reichskanzlers Fürsten von Bülow

Eigenhändig

Berlin, den 21. Februar 1909

Ich stelle zur Erwägung, ob der Augenblick für eine Verständigung über die Bagdadbahn* gekommen ist.

Bülow

Bemerkung Freiherrn von Schoens:
Ich meine, man überläßt die Initiative zunächst den Bankiers. 21./II. v. Sch.
Bemerkung Stemrichs:
Der Deutschen Bank brauchen wir nur einen Wink zu geben. St.

Nr. 9962

Der Geschäftsträger in London von Kühlmann an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 528 London, den 13. Mai 1909

Auf eine Anfrage im Unterhause, ob es möglich sei, angesichts der veränderten politischen Lage in der Türkei den Bau der Bagdadbahn am Persischen Golf England und englischem Kapital zu sichern, erwiderte der parlamentarische Unterstaatssekretär im Foreign Office, Mr. Mc Kinnon Wood, die neue türkische Regierung sei durch die Bagdadbahn-

---

* Bei der Verständigung über die Bagdadbahn denkt Fürst Bülow zweifellos in erster Linie an England. Der Gedanke lag nahe nach dem Besuche König Eduards VII. und Sir Charles Hardinges in Berlin (8.—11. Februar), bei dem zwar nicht von der Bagdadbahn direkt die Rede gewesen war, wohl aber von der beiderseitigen Befriedigung der englischen und der deutschen Regierung, daß man in den Balkanfragen in der letzten Zeit vielfach eine parallele Haltung habe einnehmen können. Vgl. Bd. XXVI, Kap.CCII, Nr. 9330 und Bd. XXVIII, Kap. CCXXI. Den unmittelbaren Anlaß zu der Notiz des Reichskanzlers bot ein Bericht Graf Metternichs vom 17. Februar (Nr. 181) über einen Leitartikel der „Pall Mall Gazette" vom gleichen Tage, worin die verschiedenen Möglichkeiten einer deutsch-englischen Verständigung unter Hervorhebung der Bagdadbahn besprochen wurden.

konvention gebunden, deren Bestimmungen bis jetzt nicht verändert worden seien. Die englische Regierung sei sich über die Wichtigkeit der Angelegenheit völlig klar. Er könne aber keine weiteren Erklärungen abgeben.

R. v. Kühlmann

Nr. 9963

Der Geschäftsträger in Konstantinopel von Miquel an das Auswärtige Amt

Ausfertigung

Nr. 208 Therapia, den 20. Juli 1909

Der Herr Minister der Öffentlichen Arbeiten* sagte mir heute, er beschäftige sich jetzt eifrig mit den Verhandlungen über die etwaige Änderung der Trace der Bagdadbahn und hoffe sehr, zu einem baldigen und günstigen Abschlusse zu gelangen. Aus diesem Grunde sei ihm die Anwesenheit des Herrn Generaloberſten von der Goltz doppelt erwünscht. Er werde sich mit ihm in Verbindung setzen, um über die militärischen Bedenken volle Klarheit zu erlangen.

Wie aus dem Gespräch hervorging, war es noch mehr die Angst vor Rußland als vor England, welche die Türkei früher veranlaßt hatte, bei Abfassung der Pläne die Bahnlinie vom Meere abrücken zu lassen.

Herr Gabriel Noradunghian verhehlte im übrigen nicht, daß sich viele Stimmen gegen den Bahnbau erhöben, weil solch große Unternehmungen eine viel zu bedeutende Belastung des kapitalarmen Landes darstellten. Gleichwohl werde er mit Energie dafür eintreten, daß der Bahnbau ungestört fortgesetzt werde, weil er nur nach seiner Vollendung den erhofften Nutzen bringen könne.

Miquel

Nr. 9964

*Aufzeichnung der Vortragenden Räte im Auswärtigen Amt Zimmermann und Freiherrn von Griesinger***

Konzept

Berlin, den 17. Juli 1909

Das gute und vertrauensvolle Verhältnis, das zwischen Deutschland und der Türkei seit Jahrzehnten unter der Regierung Abdul Hamids bestanden hatte, war durch die Ereignisse des vorigen Sommers stark gefährdet worden***. Man hatte uns der liberalen Bewegung der Jungtürken gegenüber als die Macht der Reaktion verdächtigt, und einige

* Gabriel Effendi Noradunghian.

** Die Aufzeichnung, die unmittelbar nach dem Rücktritt des Fürsten Bülow vom Posten des Reichskanzlers (14. Juli) niedergeschrieben wurde, diente dem Zweck, seinen Nachfolger von Bethmann Hollweg über die deutsch-türkischen Beziehungen zu unterrichten.

*** Vgl. Nr. 9958 nebst Anlage.

Zeitlang schien es, als ob England dank dem ihm blind ergebenen Großwesir Kiamil Pascha die einzige maßgebende Macht am Bosporus werden wollte. Allein nachdem sich infolge der Ereignisse dieses Frühjahrs die Militärdiktatur der Jungtürken herausgebildet und der englische Botschafter* sich durch reaktionäre Ratschläge kompromittiert und das Vertrauen in Englands Loyalität erschüttert hatte, gelang es uns, die alte Stellung wieder zurückzuerobern. Hierbei fiel besonders ins Gewicht, daß Seine Majestät der Kaiser und König der Bitte der türkischen Regierung um Entsendung des Generalobersten Freiherrn von der Goltz und einer größeren Anzahl von preußischen Offizieren zur Reorganisierung der türkischen Armee bereitwilliges Entgegenkommen gezeigt sowie die Übernahme von über 20 türkischen Offizieren zu ihrer Ausbildung in die preußische Armee genehmigt hatte**. Freiherr von der Goltz war zunächst nur mit einem einmonatlichen Urlaub informandi causa nach Konstantinopel gegangen, um nach Prüfung der dortigen Verhältnisse ein Urteil über Dauer, Art und Umfang seiner künftigen Mitwirkung bei der geplanten Reorganisation zu gewinnen. Da der Generaloberst von dieser Prüfung durchaus befriedigt zurückkehrte und sich einen ersprießlichen Erfolg von seiner ferneren Tätigkeit versprechen zu können glaubte, so ist ihm ein längerer Urlaub bewilligt worden, den er jetzt militärisch in der Türkei ausnutzt. Aus der Tatsache seiner Berufung ergibt sich, daß auch die gegenwärtigen Machthaber in der Türkei auf die Freundschaft Deutschlands größten Wert legen. Dies ist für die wirtschaftlichen Interessen, die wir in der Türkei verfolgen, von nicht zu unterschätzender Bedeutung. In dieser Beziehung kommt für uns in erster Linie in Betracht die Bagdadbahn.

I. Die mit der Baukonzession betraute Gesellschaft hat die Bahn bisher bis Bulgurlu am Fuß des Taurus fertig gestellt und im Betrieb. Im Juni vorigen Jahres ist durch ein Iradee des Exsultans Abdul Hamid der Weiterbau der technisch schwierigsten und teuersten Strecke über Taurus und Amanus bis zu dem 840 km von der bisherigen Endstation entfernten Helif bewilligt worden. Nachdem die Pläne für eine genügende Strecke der Bagdadbahn von der Pforte definitiv genehmigt sind, wird mit dem Weiterbau alsbald begonnen werden, und zwar zunächst von Adana aus nach zwei Seiten hin und beim Eintritt besserer Jahreszeit auch von dem bisherigen Endpunkt Bulgurlu aus über den Taurus. Zur Bestreitung der Baukosten wird ein unter Leitung der Deutschen Bank stehendes Syndikat, an welchem die Ottomanbank in Paris, der Wiener Bankverein in Wien und die Schweizerische Kreditanstalt teilnehmen, die Anleiheserien II und III im Gesamtbetrag von 220 Millionen francs fest übernehmen. Die von der Türkei zu beschaffende Garantie pro Kilometer und Jahr beträgt 16500 francs. Von Helif bleibt dann noch bis Bagdad eine Strecke mit zirka 400 Ki-

* Sir G. A. Lowther.
** Vgl. dazu Kap. CCXII, Anhang A.

lometern. Die Vorteile, die sich aus diesem bedeutenden Unternehmen für uns ergeben, bestehen in den Aussichten, die unserer Industrie auf bedeutende Lieferungen an Schienen, Rollmaterial und sonstigem Eisenbahnbedarf eröffnet werden. Deutsche Ingenieure, Bautechniker und Handwerker werden ferner eine lohnende Beschäftigung bei dem Bahnbau finden. Auch ist mit Sicherheit anzunehmen, daß mit der steigenden Kultur und den sich mehrenden Lebensansprüchen der Bewohner des Landes uns ein neues Absatzgebiet erschlossen wird.

Unter der Voraussetzung, daß dem Unternehmen sein deutscher Charakter gewahrt bleibt, haben wir uns nie gegen eine Beteiligung ausländischen — französischen, englischen und russischen — Kapitals daran gesträubt. Daß wir mit der Bagdadbahn keine politischen Hintergedanken verbinden, haben wir urbi et orbi verkündet, namentlich auch den Engländern. Diese hatten das deutsche Unternehmen bekämpft, weil es in ihre Einflußsphäre im Flußdelta des Euphrat und Tigris hineinreichte. Die Oberhoheit des Sultans war dort eine strittige, und dies war wohl der Hauptgrund, weshalb wir seinerzeit von Abdul Hamid die Konzession erhielten — aber auch mit ein Grund, warum wir uns mit den Engländern nicht verständigen konnten. Seitdem die Verhältnisse in Konstantinopel durch die Ereignisse des vorigen Sommers sich gänzlich umgestaltet haben, ist dieses Hindernis gefallen. Immerhin sprechen aber politische Erwägungen dafür, daß wir nicht unsererseits an England mit Anträgen herantreten, sondern zunächst ruhig abwarten, bis dieses uns mit Vorschlägen kommt. Wie intensiv England gegenwärtig seine auf Mesopotamien und das Wilajet Bagdad gerichteten Bestrebungen verfolgt, ergibt sich aus drei Forderungen, mit denen es dort in der letzten Zeit an die Türkei herangetreten ist. Diese sind: Das Begehren der Schiffahrtskonzession auf Tigris und Euphrat, die Irrigation Mesopotamiens und das Anerbieten, eine ungarantierte Bahn von Kueit nach Bagdad zu bauen. Angesichts dieser recht weitgehenden Forderungen scheinen den einsichtsvollen Türken allmählich die Augen darüber aufzugehen, daß hinter der von England gegenwärtig so demonstrativ betriebenen Türkenfreundschaft nur eigennützige Interessenpolitik lauert.

II. Ein zweites höchst wichtiges Kulturwerk in der Türkei führen wir durch den im November 1907 gezeichneten Vertrag zwischen der Pforte und der Anatolischen Eisenbahngesellschaft mit der Bewässerung der Ebene von Konia aus. Für die südwestlich von Konia an beiden Seiten der Bagdadbahn gelegenen, für den Ackerbau besonders geeigneten Flächen der Hochebene soll das Wasser des Beyschehirsees unter Benutzung des Gerinnes des Beyschehir- und des Tscharschembeflusses durch Stauanlagen mittels Dämmen ausgenutzt und damit der Landwirtschaft ein Areal von 53000 Hektar gewonnen werden. Das Werk erfordert annähernd 20 Millionen Franken, die von der Anatolischen Eisenbahngesellschaft vorgeschossen werden gegen 5% Verzinsung mit einer Amortisation von 35 Jahren von der Inbetriebsetzung an gerechnet. Für den Zinsendienst und die Tilgung haften:

1. eine Summe von 25000 türkischen Pfund jährlich, die von der Staatsschuldenverwaltung aus den Überschüssen der sogenannten revenus divers gezahlt werden;

2. der Überschuß der Zehnten aus dem Irrigationsgebiet;

3. die für die Bewässerung zu entrichtenden Abgaben und der Ertrag aus den Landverkäufen in den durch die Bewässerung für die Kultur nutzbar gewordenen Gebieten.

Gegenüber den an die Anatolischen Bahnen und die Bagdadbahn erteilten Konzessionen hat die russische Regierung sich im Frühjahr 1900 die Zusicherung von der Türkei erwirkt, daß in einer Zone, welche auf der Seite des Schwarzen Meeres im Westen durch die Linie Adabasar—Heraclea und im Süden durch die Linie Angora—Siwas—Diarbekr—Wan begrenzt wird, der türkischen Regierung zwar das unbeschränkte Recht zustehen soll, selbst Eisenbahnen zu bauen, die letztere sich jedoch verpflichtet, im Fall der Übertragung von Bau und Betrieb an eine fremde Gesellschaft die Konzession russischen Syndikaten zu erteilen und bei Festsetzung der Linien die beiderseitigen kommerziellen Interessen in Rücksicht zu nehmen. Ob diese der russischen Regierung seinerzeit erteilte Zusicherung mit Rücksicht darauf, daß die Russen in absehbarer Zeit kaum in der Lage sein dürften, die für die Bahnbauten erforderlichen Mittel aufzubringen, sich wird aufrecht erhalten lassen, scheint sehr fraglich. Wahrscheinlich wird das Bedürfnis sich in Bälde kundgeben, Bahnverbindungen in jenen Gegenden zu schaffen, und für diesen Fall dürfte sich auch unseren deutschen Interessen ein aussichtsreiches Gebiet für Ausdehnung der bereits in ihrem Besitz befindlichen Linien eröffnen.

Daß wir bei diesen wirtschaftlichen Unternehmungen Hand in Hand mit England gehen, wäre aus politischen Gründen im höchsten Grade wünschenswert. Es würde hierdurch nicht bloß zur Erstarkung und Konsolidierung der Türkei beigetragen, an der wir mit unserem österreichisch-ungarischen Bundesgenossen zusammen das größte Interesse haben, sondern es würde dadurch auch die Kluft zwischen England und Rußland vertieft, das seiner alten Politik getreu auf möglichste Schwächung der Türkei hinarbeitet. Und hat sich in England das Vertrauen in die Dauerhaftigkeit des gegenwärtigen Systems in der Türkei befestigt, so steht zu erwarten, daß dieses durch weitere wirtschaftliche und finanzielle Betätigung an der Erschließung der Türkei mitwirken und durch die Gemeinschaftlichkeit der Interessen, die uns dort bereits mit Frankreich verbinden, uns näher gebracht werden dürfte.

In der letzten Zeit ist die Türkei wegen unserer Zustimmung zu einer Erhöhung der türkischen Eingangszölle um 4%, von bisher 11% auf künftig 15%, an uns herangetreten*. Wir haben diesem Wunsche ent-

* Vgl. das folgende Schriftstück. Die Frage der Erhöhung der türkischen Eingangszölle, die schon früher in engem Konnex mit der Frage der Garantien für die Bagdadbahn gestanden hatte (vgl. Bd. XXV, Kap. CLXXXVI), wurde auch diesmal wieder durch Englands Verhalten (vgl. Nr. 9966) damit verquickt.

sprochen unter der Voraussetzung der Zustimmung der anderen Mächte und unter der ausdrücklichen Bedingung, daß die unter dem alten Regime mit unseren Staatsangehörigen abgeschlossenen Verträge in vollem Umfang anerkannt und ausgeführt würden. Wegen weiterer Kompensationen auf wirtschaftlichem Gebiet schweben noch Verhandlungen.

In der Kretafrage* enthalten wir uns getreu der von Anfang an befolgten Politik jeder Einmischung und überlassen es den vier Schutzmächten, eine Lösung zu finden. Ob die Kretafrage zu einem Kriege zwischen der Türkei und Griechenland führen wird, läßt sich heute nicht sagen. Die Türkei hat allerdings erklärt, sie würde die Entsendung kretensischer Abgeordneter in das Parlament nach Athen als casus belli auffassen. Während die früheren Regierungen in Athen bemüht waren, durch möglichste Hinausschiebung der griechischen Wahlen eine derartige Entsendung zu vermeiden, sind infolge der Militärrevolte und der daraus entstandenen Unsicherheit aller politischen Verhältnisse in Griechenland die Chancen einer friedlichen Lösung namentlich für den Fall, daß die griechische Dynastie das Land verlassen müßte, erheblich gesunken.

Zimmermann
v. Griesinger

Nr. 9965

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Stemrich an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Marschall

Eigenhändiges Konzept

Nr. 1460 Berlin, den 20. September 1909

Zu Euerer Exzellenz gefälligen Orientierung.

Der türkische Botschafter** teilte beim Diplomatenempfang (14. d. Mts.) mit, seine Regierung habe sich an die Vertragsmächte gewandt, um ihre Zustimmung zur Erhöhung des türkischen Eingangszolles von 11 auf 15% zu erlangen.

An Österreich-Ungarn und uns habe sie sich nicht gewandt, weil Österreich-Ungarn seine Zustimmung bereits gegeben habe, und an uns nicht, weil wir bereits erklärt hätten, der Türkei bei einer etwaigen Zollerhöhung keine Schwierigkeiten bereiten zu wollen.

Ich habe Osman Nisami gesagt, bei allem Wohlwollen, das wir der Türkei bekundet hätten und auch jetzt noch zu zeigen bereit wären, könne ich ihm über unsere definitive Stellungnahme in der Zollfrage nichts sagen und müßte uns in dieser Beziehung die Entschließungsfreiheit vorbehalten.

Stemrich

---

* Vgl. dazu Kap. CCIX.
** Osman Nisami Pascha.

Nr. 9966

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 338 Therapia, den 4. Oktober 1909

Vertraulich

Rifaat Pascha* sagt mir vertraulich, die englische Regierung habe die Erhöhung der Zölle auf 15% unter folgenden Bedingungen angenommen:

1. Die Erbauung von Zollschuppen und anderen den Handel und die Abfertigung erleichternden Gebäuden an bestimmten Plätzen.

2. Die Zulassung des englischen Marktes für größere türkische Anleihen.

3. Daß die Ergebnisse der Zollerhöhung nicht zur Ausführung von Kontrakten benutzt würden, die, wie zum Beispiel derjenige über die Bagdadbahn, unter dem alten Regime abgeschlossen seien.

Auf die Frage des Ministers, wie die Pforte sich bezüglich des dritten Punktes verhalten solle, habe ich erwidert, daß es sich da um den mit der Bagdadbahn abgeschlossenen Vertrag handele und ich anheimstelle, mit dieser über die Frage in Verbindung zu treten.

Meines Erachtens sollte die Bagdadgesellschaft den Standpunkt vertreten, daß sie auf die „excédents des revenus concédés", insoweit sie durch die Zollerhöhung gesteigert werden, für die später zu vereinbarende Fortführung der Bahn nicht reflektiert, daß sie dagegen bezüglich der bereits definitiv konzedierten 840 km nach dem Wortlaut ihres Vertrages ein wohlerworbenes Recht besitze, auf die neuen Einnahmen in dem Falle zurückzugreifen, daß die bisherigen „excédents" nicht vollständig genügten**.

Rifaat sagte mir ferner, Sir E. Grey habe mündlich den Wunsch ausgedrückt, daß das bisher der Zivilliste zustehende Schiffahrtsabkommen auf dem Tigris*** auf die Gesellschaft Lynch übertragen werde.

Marschall

Randvermerk Freiherrn von Schoens:

Der türkische Botschafter sagte mir heute, Frankreich habe der Zollerhöhung bedingungslos zugestimmt. Herr Pichon habe dabei geäußert, es liege im Interesse der Türkei, womöglich vollständige Übereinstimmung und Desinteressement aller Mächte zu erreichen; auf diese Weise würden Rivalitäten vermieden werden.

Der italienische Botschafter sagt mir, Italien habe für seine Zustimmung die Bedingung der bestimtmen Zusage der türkischen Regierung gestellt, daß verschiedene uralte Reklamationen befriedigt werden.

5./10. v. Sch.

* Türkischer Minister des Äußern im Kabinett Hilmi Pascha.

** Dieser Standpunkt wurde von der Bagdadbahngesellschaft in einem Memorandum vom 16. Oktober akzeptiert.

*** Vgl. Nr. 9974.

Nr. 9967

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 316 Therapia, den 16. Oktober 1909

Der Kabinettschef Rifaat Paschas* bestätigte meinem Vertrauensmanne, daß in Livadia** die Meerengenfrage nicht erwähnt worden ist. Auch über die Reise des Zaren nach Konstantinopel sei kein Wort gefallen, nachdem der türkische Geschäftsträger in Petersburg*** dringend vor einer Berührung dieses Themas gewarnt hatte.

Das Ergebnis der Besprechungen bezeichnete der Kabinettschef als unbefriedigend. Die Forderung, daß das bekannte Eisenbahnabkommen „dans le bassin de la Mer Noire" aufgehoben werde, habe Herr Iswolsky mit dem Hinweis auf die deutsche Bagdadbahn abgelehnt, über die er sich mit starker Animosität äußerte. Dagegen sei von russischer Seite wiederum auf der alsbaldigen Räumung des persischen Territoriums durch türkische Truppen† insistiert worden.

Auch aus anderen Quellen höre ich, daß die Russen entschlossen sind, die Türken nicht länger in Nordpersien zu dulden. In den von den Türken besetzten persischen Distrikten sind im Gegensatze zu dem übrigen Persien die Sunniten vorherrschend. Es ist daher verständlich, daß die Russen, welche Nordpersien als ihre Domäne ansehen, die Anwesenheit türkischer Streitkräfte in jenen Gegenden mit dem äußersten Mißtrauen betrachten.

Marschall

Nr. 9968

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 344 Therapia, den 23. Oktober 1909

Minister des Innern Talaat Bey und der Finanzminister Dschawid Bey, welche soeben von einer Reise, die sie in Begleitung Huguenins†† nach Konia, Eregli und Angora gemacht haben, zurückgekehrt sind, haben mich gestern besucht und sich in geradezu begeisterten Worten über den Zustand und den Betrieb auf der Anatolischen Bahn wie der ersten Strecke der Bagdadbahn ausgesprochen. Sie bezeichneten alle Einrichtungen als musterhaft. Auf der ersten Strecke der Bagdadbahn haben sie bis zu

---

* Salih Bey.

** Am 6. Oktober war eine türkische Sondergesandtschaft unter Führung von Rifaat Pascha in Jalta eingetroffen. Am 7. wurde sie in Livadia vom Zaren empfangen.

*** Raghib Raif Bey.

† Vgl. dazu Kap. CCXVII.

†† Generaldirektor der Anatolischen Eisenbahngesellschaft.

120 km per Stunde gemacht, ohne daß eine wesentliche Erschütterung zu verspüren war. Ich habe diese Gelegenheit benutzt, um sehr kräftig für die alsbaldige Fortsetzung der Bagdadbahn zu sprechen; beide Minister stimmten mir zu.

Diese sehr günstige Stimmung, in welcher sich die beiden einflußreichen Minister befinden, bestärkte mich in der Ansicht, daß es dringend nötig ist, sofort den Weiterbau der Bahn von Adana aus zu beginnen. Die Trace bis dahin ist definitiv genehmigt. Die Frage wegen Alexandrette ist noch in der Schwebe, da die Militärs immer noch Schwierigkeiten machen. Dabei sind von englischer Seite fortwährend Intrigen im Gange. Zu diesen gehört auch die Verdächtigung, die Deutsche Bank wolle gar nicht ernstlich weiterbauen, sondern den Gewinn, den sie bei Konia-Eregli gemacht hat, realisieren. Alle diese Treibereien werden alsbald ein Ende finden, wenn der erste Spatenstich in Adana erfolgt ist. So sehr ich den Wunsch der Deutschen Bank begreife, den Bahnbau von Adana aus nach beiden Richtungen hin gleichzeitig zu beginnen und daher die definitive Regelung der noch streitigen Tracefrage abzuwarten, so halte ich doch des moralischen Effekts wegen den Beginn des Baues, selbst wenn er vorläufig nur nach der Taurusseite hin erfolgen kann, für absolut geboten.

Marschall

Nr. 9969

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 345
Geheim

Therapia, den 25. Oktober 1909

Der Großwesir sagte mir heute im strengsten Vertrauen:

„Der englische Handelsminister Winston Churchill und General Hamilton haben gelegentlich der Kaisermanöver* Mahmud Schewket erklärt, daß ein englisches Syndikat demnächst die Konzession für eine Eisenbahn vom Persischen Golf (Kueit) über Basra nach Bagdad, und zwar ohne jede Garantie verlangen werde. Beide Herren haben den Versuch gemacht, Mahmud Schewket für dieses angeblich für die Türkei höchst vorteilhafte Unternehmen zu gewinnen; derselbe hat jedoch die Eröffnung lediglich ad referendum genommen. Inzwischen hat Tewfik Pascha** aus London telegraphiert, daß man ihm ebenfalls derartige Er-

* Die Kaisermanöver fanden vom 15. bis 17. September bei Würzburg statt. Churchill, der eben damals eine Tournee in Süddeutschland zum Studium der deutschen Arbeitsvermittlungseinrichtungen machte, stellte selbst die Anfrage, ob er wohl an den Kaisermanövern, denen er schon 1906 mit großem Interesse beigewohnt habe, wieder teilnehmen könne. Auf Befehl des Kaisers erging dann eine Einladung an ihn. Ebenfalls an den Kaisermanövern nahmen unter anderen der englische General Sir J. Hamilton, der türkische Kriegsminister Mahmud Schewket Pascha und der rumänische Kriegsminister General Crainicianu teil. Vgl. Kap. CCXII, Nr. 9787.

** Türkischer Botschefter in London.

öffnungen gemacht habe mit dem Bemerken, daß der Bannbau alsbald beginnen könne*."

Hilmi Pascha fuhr fort:

„Cette question nous met entre le marteau et l'enclume. Aus politischen Gründen kann ich den Engländern diese Konzession nicht gewähren. Lieber jährlich ein oder zwei Millionen Pfund Garantien zahlen, als England und seinem Einfluß durch ein unter seiner ausschließlichen Kontrolle stehendes großes Verkehrsunternehmen den Weg in das Innere unseres Landes erschließen. Auf der anderen Seite ist es für uns sehr schwierig, das englische Begehren einfach unter Hinweis auf die den Deutschen bereits erteilte Bahnkonzession abzulehnen. Das würde England, das sich gegenwärtig freundlich stellt, und auf dessen Hülfe wir in vielen Fragen angewiesen sind, ernstlich verstimmen. Dazu kommt, daß wir im Parlament für eine solche Haltung kein Verständnis finden würden. Unser Parlament würde nur die finanzielle Seite betrachten und für die politische Frage kein Verständnis haben; auch ist es unmöglich, dem Parlament selbst in geheimer Sitzung die wahren politischen Gründe, welche die Ablehnung erheischen, darzulegen. Endlich werden die Engländer alle Minen springen lassen, um die Mehrzahl der Deputierten zu gewinnen. Unter diesen Umständen appelliere ich an die Hülfe Deutschlands. Ich möchte den Engländern, falls die Konzession verlangt wird, erwidern, daß die Konzession dieser Linie zwar der deutschen Bagdadeisenbahngesellschaft bereits erteilt sei, die Pforte jedoch, um den englischen Wünschen entgegenzukommen, dafür eintrete, daß an der Linie Persischer Golf—Bagdad das englische Kapital zu gleichen Teilen mit dem deutschen und eventuell mit dem französischen derartig zugelassen werde, daß die Kontrolle über die Bahn unter diesen Drei stattfinde. Diese Antwort kann ich aber den Engländern nicht geben, ohne vorher der Kaiserlichen Regierung und eventuell der Bagdadeisenbahngesellschaft sicher zu sein. Ich bitte Sie, in diesem Sinne nach Berlin zu telegraphieren."

Ich habe Hilmi Pascha erwidert, daß die Kaiserliche Regierung stets bereit sei, der Türkei in schwierigen Lagen Beistand zu leisten, ich könne aber bezüglich einer Konzession auf dem Gebiete der Bagdadbahn eine Vermittelung nur eintreten lassen, wenn mir die absolute Sicherheit gewährt würde, daß die Konvention vom 2. Juni 1908 über die Linie Bulgurlu—Helif einschließlich der für diese Linie erfolgten Verpfändung der „excédents des revenus concédés" zur strikten Ausführung gelängen. Hilmi Pascha sagte mir dies bestimmt zu und bat mich, diese Zusage noch

---

* Vgl. dazu die retrospektiven Angaben Tewfik Paschas vom 27. Juli 1910, Anhang Nr. 10040; ferner den Brief Iswolskys an den russischen Geschäftsträger in London vom 18. November 1909, v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, S. 320 f. Wie kurz darauf Sir E. Grey dem Botschafter Graf Metternich sagte (vgl. Nr. 9972), wäre der Plan einer eigenen englischen Bahn vom Persischen Meerbusen bis nach Bagdad nur für den Fall ins Auge gefaßt gewesen, daß man nicht mit Deutschland zu einem Einvernehmen über die Bagdadbahn gelange.

durch Rifaat Pascha bestätigen zu lassen. Ich habe darauf bemerkt, daß vor mehreren Jahren die Deutsche Bank mit England über Beteiligung an der Bagdadbahn verhandelt habe, die bereits erreichte Verständigung jedoch an einer künstlich in der öffentlichen Meinung in England erregten Stimmung gescheitert sei.

Meines Erachtens würde kein Bedenken vorliegen, dem Großwesir zu erklären, daß wir, wenn es von der türkischen Regierung und englischer Seite angeregt wird, bereit seien, die Verhandlungen über eine Beteiligung Englands, sei es an der Linie Kueit—Bagdad oder der ganzen Linie, wieder aufzunehmen. Verlangt dann England für die untere Strecke, wie ich vermute, eine Präponderanz, so werden wir zunächst den Türken überlassen können, sich aus politischen Gründen dagegen zu wehren.

Marschall

Nr. 9970

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 346 Therapia, den 25. Oktober 1909

Ich habe Rifaat Pascha heute unter Bezugnahme auf die von England für die vierprozentige Zollerhöhung gestellte Bedingung erklärt, daß die Bagdadbahngesellschaft eventuell bereit sei*, auf ihr vertragsmäßiges Recht, die „excédents des revenus concédés" für die gesamte Linie bis Bagdad als Pfänder zu beanspruchen, unter der Bedingung zu verzichten, daß die Konvention vom 2. Juni 1908 bezüglich der Linie Bulgurlu—Helif in der Weise strikt zur Ausführung gelange, daß dafür die erwähnten „excédents" auch, soweit sie aus der Zollerhöhung herrührten, verpfändet seien. Ich habe dem Minister keinen Zweifel gelassen, daß dies auch für die Kaiserliche Regierung die Vorbedingung irgendwelcher Konzession bilde.

Rifaat Pascha versicherte mich, daß die erwähnte Konvention innerhalb dieses Rahmens zur Ausführung gelangen werde, und bat mich, ihm eine diesbezügliche Erklärung der Gesellschaft zu verschaffen. Ich habe ihm anheimgestellt, sich dieserhalb selbst an den Vertreter der Gesellschaft zu wenden.

Marschall

* Vgl. Nr. 9966, Fußnote *.

Nr. 9971

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 347 Therapia, den 26. Oktober 1909
Geheim

Im Anschluß an Telegramm Nr. 345*.

Die gestrigen Mitteilungen des Großwesirs, die er mir in unverkennbarer Erregung gemacht hat, sind von erheblicher politischer Bedeutung. Sie zeigen einerseits, mit welcher Intensität die Engländer gegenwärtig ihre auf Mesopotamien und das Wilajet Bagdad gerichteten Bestrebungen verfolgen, und wie andererseits bei den Türken endlich die Erkenntnis heranreift, daß hinter der demonstrativen englischen Türkenfreundschaft eigennützige englische Interessenpolitik steht. Die Gründung der Nationalbank durch Cassel, die Übertragung der Küstenschiffahrt auf eine englische Gesellschaft, das Begehren der Schiffahrtskonzession auf Tigris und Euphrat, die Irrigation Mesopotamiens und endlich der Wunsch, eine ungarantierte Bahn von Kueit nach Bagdad zu bauen, haben den verständigen Türken die Augen geöffnet. Speziell der Großwesir sieht jetzt, wie die englische Gegnerschaft gegen unsere Bagdadbahn sich darauf gründet, daß eine Schienenverbindung zwischen der Hauptstadt und dem Wilajet Bagdad die türkische Staatsautorität in den südlichen Gebieten stärken und die vom Persischen Golf nach Norden gerichteten englischen Expansionsbestrebungen stören würde. In der Überzeugung, daß diese erkennbar** von selbst kommen müßte, habe ich mich der größten Zurückhaltung befleißigt, dabei allerdings auf indirektem Wege, ohne die Quelle ersichtlich zu machen, die Türken ernstlich vor den Gefahren warnen lassen, die ihnen von ihren neuesten Freunden drohen.

Hilmi Pascha bestätigte mir, daß eine der von England für die Zollerhöhung gestellten Bedingungen dahin laute: „Das englische Kapital solle bei jedem auf die neuen Zolleinnahmen abgeschlossenen Anlehen zu einem Drittel beteiligt werden." Der Großwesir hält dies für ganz unannehmbar.

Marschall

---

* Siehe Nr. 9969.
** Falsche Zifferngruppe, lies: „Erkenntnis".

Nr. 9972

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Privatbrief. Ausfertigung

London, den 28. Oktober 1909

pp.* Zur Festigung des Vertrauens sei vor allem Offenheit erforderlich und die Klarlegung der politischen Motive. Deshalb wünsche er [Sir E. Grey] mir heute seinen Standpunkt in der Frage der Erhöhung der türkischen Einfuhrzölle um 4% darzulegen, welche der Herr Staatssekretär des Auswärtigen kürzlich Sir E. Goschen gegenüber berührt habe. Nach den angestellten Berechnungen würde einen bedeutenden Teil derselben der englische Handel zu tragen haben. An dem Handel in Mesopotamien sei bis jetzt hauptsächlich der englische beteiligt durch die Lynchsche Dampferlinie. Eine unter der Kontrolle[1] einer fremden Macht stehende Eisenbahnlinie aber sei geeignet, den Handel abzuleiten und in andere Hände übergehen zu lassen. Es werde daher hier ins Auge gefaßt, eventuell eine englische Eisenbahn im Euphratgebiet zu erbauen, damit der englische Handel unabhängig von der Bagdadbahn bleibe[2]. Diese Eventualität werde aber nur für den Fall ins Auge gefaßt, daß wir nicht inzwischen zu einem Einvernehmen über die Bagdadbahn gelangen sollten**. Ein Einvernehmen ziehe er, der Minister, vor[3]. So, wie die Dinge lägen, könne kein englischer Auswärtiger Minister vor dem Lande und dem Parlament in die vierprozentige Zollerhöhung einwilligen, ohne daß er sich vorher von der türkischen Regierung die Zusicherung erteilen lasse, daß die Einnahmen aus den vier Prozent nicht auf den Weiterbau der Bagdadbahn verwendet werden dürften[4]. Der Belastung des englischen Handels durch die vier Prozent zugunsten eines Bahnbetriebes, der den englischen Handel schädige, könne kein englischer Minister zustimmen.

Ich wies den Minister darauf hin, daß die Bagdadbahn nicht in der Hand einer fremden Macht sei, sondern in der der Türkei, und daß nur die Verwaltung eine vorwiegend deutsche bleiben solle, und frug ihn, ob er den Widerstand gegen die freie Benutzung der vier Prozent durch die Türkei fallen lassen würde, falls wir uns über die Bagdadbahn mit England verständigten. Er erwiderte nach einigem Nachdenken, daß die englische Regierung der jungtürkischen Regierung versprochen habe, für die Konzession von Bahnbauten in der Türkei keine kilometrische Garantie zu verlangen, er daher schwerlich von der türkischen Regierung verlangen könne, daß der Gewinn aus den vier Prozent für eine kilometrische Garantie der Bagdadbahn festgelegt werde.

Er sei kein prinzipieller Gegner der Bagdadbahn, glaube vielmehr,

* Anfang und Schluß des Briefes, die die Flottenfrage betreffen, sind abgedruckt in Bd. XXVIII, Kap. CCXXIII, Nr. 10351. Vgl. auch die englische Aufzeichnung über die Grey-Metternichsche Unterredung vom 28. Oktober in Bd. XXVIII, Kap. CCXXIII, Nr. 10354.

** Vgl. Nr. 9969, Fußnote.

daß dieselbe mit der Zeit doch gebaut werde, und er halte es für unrichtig, sich der Eröffnung eines Landes durch eine Eisenbahn zu widersetzen. Der Widerstand richte sich hier nur dagegen, daß diese Verbindung mit dem Persischen Golf und dadurch mit Indien ausschließlich in die Hände einer einzigen Nationalität gerate[5].

Ich bemerkte hier, daß man nicht politischen Einfluß mit wirtschaftlicher Tätigkeit verwechseln dürfe. Wir beanspruchten keinen politischen Einfluß in Kleinasien mit Hülfe der Bagdadbahn, sondern wünschten nur, daß der deutsche Unternehmungsgeist, der die Bagdadbahn schaffe, dadurch belohnt werde, daß der entscheidende Einfluß auf die Verwaltung der Bahn in deutschen Händen bleibe. Unter dieser Voraussetzung werde weder fremdes Kapital beim Bau noch fremde Mitwirkung in der Verwaltung ausgeschlossen. Es würden keine Vorzugstarife erhoben, und die Benutzung der Bahn stehe allen Nationen unter gleichen Bedingungen frei. Auch hätten wir es nie von der Hand gewiesen, uns über die Endstrecke mit England zu verständigen. Allerdings brauche unter Endstrecke nicht gleich ganz Mesopotamien verstanden zu werden, welches nach dem Urteil der Sachverständigen nach Einrichtung von Bewässerungsanlagen der ergiebigste Teil zu werden verspreche, den die gesamte Bahnstrecke zu durchlaufen habe.

Sir Edward Grey bemerkte ferner, zur Zeit der Anwesenheit Seiner Majestät des Kaisers in Windsor sei von englischer Seite der Vorschlag gemacht worden, die Bagdadbahnfrage in einer Konferenz à quatre zu regeln*. Ich sei dagegen gewesen, weil ich gefürchtet hätte, daß daraus eine Konferenz von Dreien gegen Einen entstanden sein würde. Dies sei nicht seine Absicht gewesen, sondern er habe Frankreich und Rußland mit hineinziehen wollen, weil für beide Länder bedeutende Interessen mit der Bagdadbahn verknüpft seien. Frankreich sei durch die Smyrnabahn an dem kleinasiatischen Eisenbahnnetz beteiligt und habe Kapital in dem Bagdadbahnunternehmen angelegt.

England habe Rußland zu wiederholten Malen den Weg zum freien Meere versperrt: zur Zeit des Krimkrieges und zur Zeit des letzten russisch-türkischen Krieges; auch zur Zeit des russisch-japanischen Krieges, als Rußland der Weg nach dem eisfreien pazifischen Ozean versperrt worden, habe England als Bundesgenosse Japans mit verschränkten Armen zugesehen[6]. Würde nun auch die Bahn nach dem Persischen Golf mit Einwilligung Englands, ohne die russischen Interessen zu berücksichtigen, erbaut, so würde daraus sogleich eine politische Frage entstehen, geeignet, das englisch-russische Verhältnis wieder zu trüben. Er habe zwar jetzt wohl seit einem Jahre nicht mehr mit der russischen Regierung die Frage der Bagdadbahn besprochen, vorher ihr aber wiederholt seine Ansicht dahin ausgedrückt, daß er nicht glaube, daß die Bagdadbahn russische Interessen ernstlich gefährden würde.

Ich antwortete dem Minister hierauf, daß die Franzosen sich längst

* Vgl. dazu Bd. XXV, Kap. CLXXXVI, Nr. 8669 ff.

gerne in weiterem Umfange an dem Bagdadbahnunternehmen beteiligt haben würden, hätten sie dies nicht aus Rücksicht vor der englischen Politik unterlassen. Falle der englische Widerstand, so sei Frankreich sofort für die Bagdadbahn zu haben. Von der französischen Seite bestehe also keine Schwierigkeit. Sein Argument, daß Rußland durch die Bagdadbahn wiederum vom freien Weltmeere abgesondert werde, sei mir nicht verständlich. Infolge der drei Kriege, die er erwähnt hätte, sei Rußland der Weg ins Mittelmeer und nach dem eisfreien Ozean im Fernen Osten verwehrt worden. Wo aber verwehre die Bagdadbahn Rußland den Zugang zum Meere?

Der Minister erwiderte, er habe nur sagen wollen, daß Rußland durch eine Anschlußlinie an die Bagdadbahn einen Ausgang zum Persischen Golf gewinnen würde[7], und daß deshalb die Bagdadbahn für Rußland von bedeutendem Interesse sei.

Ich bemerkte, daß zur Zeit des verflossenen Sultans und schon früher Rußland sich als den hauptsächlichen Erben des kranken Mannes angesehen habe, und daß es daher auch anfangs die Bagdadbahn mit scheelen Augen betrachtet habe. Seit der neuen Ära in der Türkei aber seien jene Zukunftspläne wohl sehr in den Hintergrund gerückt, was sich auch daraus erkennen lasse, daß die russische Regierung und ihre Vertreter die Erstarkung der Türkei und die Konsolidierung ihrer Verhältnisse unterstützten. Die Befürchtung, daß die Bagdadbahn zu deutsch werden könne oder sich aus ihr ein, übrigens von uns nie erstrebter, politischer Einfluß in Kleinasien entwickeln könne, falle bei einer erstarkten Türkei fort. Dieselbe Erwägung treffe für England zu. Ich hätte daher seit Einführung der jungtürkischen Herrschaft persönlich sofort den Eindruck gehabt, daß nun eine deutsch-englische Verständigung über die Bagdadbahn leichter sei. —

Sir Edward Grey gab zu, daß, falls der jungtürkische Einfluß sich auf die Dauer befestigen und bis nach Mesopotamien erstrecken sollte, der Einfluß einer einzelnen europäischen Macht auf der Bahnstrecke nicht allein maßgebend sein werde.

Eine Verständigung über die Bagdadbahn sollte, gestatte ich mir hier einzufügen, meines Erachtens erst dann versucht werden, wenn eine allgemeine politische Verständigung plus Flottenbauverständigung vorausgegangen ist. Dann werden Spezialabkommen mit uns nicht mehr, wie bisher, im Parlament und in der Presse hier angefeindet werden. pp.

P. Metternich

Randbemerkungen Freiherrn von Schoens:

[1] Kontrolle? Wir üben keine aus
[2] starker Pfeffer!
[3] je le crois
[4] sind bereits zugesichert
[5] will ja niemand
[6] den Krieg angefacht
[7] Haben wir Rußland angeboten. Es ist aber nicht darauf eingegangen

Nr. 9973

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Privatbrief. Ausfertigung

London, den 5. November 1909

Ich bin in dieser Woche nicht bei Sir Edward Grey gewesen, weil ich Ihnen zunächst Zeit lassen wollte, die von dem Minister bei mir angeregte Bagdadbahnfrage in Erwägung zu ziehen und mich zu instruieren.

Mit meinem Privatschreiben vom 28. v. Mts.* hat sich nun der Erlaß Nr. 1950 vom 29. v. Mts.** gekreuzt. Aus ihm ersehe ich, daß Herr von Marschall ermächtigt ist, dem Großwesir zu erklären, daß wir, wenn es von der türkischen Regierung und von englischer Seite angeregt wird, bereit seien, die Verhandlungen über eine Beteiligung Englands, sei es an der Linie Kueit—Bagdad oder der ganzen Linie, wieder aufzunehmen. Es ist anzunehmen, daß der Großwesir inzwischen den Engländern diese Mitteilung gemacht hat, und daß somit die ganze Frage in Fluß gerät.

An und für sich wäre mir eine Verzögerung wünschenswert erschienen bis zu dem Zeitpunkt, wo eine Vereinbarung über die Flottenfrage, welcher Art sie auch sei, vorläge. Denn erst diese wird den Boden für eine günstige Stimmung in der englischen öffentlichen Meinung für weitere Vereinbarungen mit uns vorbereiten. Wir setzen uns sonst der Gefahr aus, daß wie vor mehreren Jahren so auch jetzt die Vereinbarung über die Bagdadbahn an dem Widerstande der englischen öffentlichen Meinung scheitert, oder daß wir, um zu einer Vereinbarung zu gelangen, weitergehende Konzessionen machen müßten. Der Würfel ist aber gefallen, und wir werden wohl bald Stellung nehmen müssen. Über den Inhalt eines Bagdadbahnabkommens will ich mich nicht verbreiten, da das Material hierzu in Berlin und Konstantinopel liegt und an diesen Stellen besser beurteilt werden kann als hier. Es wird aber wohl in der Hauptsache darauf hinauskommen, daß deutsches, englisches, französisches Kapital sich auf der gesamten Strecke zu gleichen Teilen beteiligen kann, die drei Länder in der Verwaltung vertreten sind, dabei aber in ihr, wenigstens bis Bagdad, die deutsche Stimme ausschlaggebend bleiben soll.

Sir Edward Grey sagte mir vor längerer Zeit, daß die englische Regierung, soviel ich mich erinnere unter Lord Lansdowne, der russischen und französischen Regierung versprochen habe, keine Vereinbarung mit uns über die Bagdadbahn ohne Zustimmung der beiden anderen Regierungen zu treffen. Darauf beruht auch der spätere Vorschlag einer Konferenz à quatre, worauf der Minister auch bei seiner neulichen Unterredung mit mir zurückkam. Sollte er dieses Thema nun

---

* Siehe Nr. 9972.

** Durch Erlaß Nr. 1950 war dem Botschafter Grafen Metternich das Telegramm Nr. 345 aus Konstantinopel mitgeteilt worden. Siehe Nr. 9969.

demnächst wieder anregen, so möchte ich ihm vorbehaltlich Euerer Exzellenz Genehmigung antworten, die Bagdadbahnfrage betreffe in erster Linie Deutschland und England. Verhandlungen zu Vieren wären weitläufig und ständen einer Einigung im Wege. Es stände ihm aber unbenommen, wenn er, um seinen Verpflichtungen Rußland gegenüber nachzukommen, die Zustimmung der russischen Regierung zu dem zwischen uns und England zu Vereinbarenden einhole, wobei vorauszusetzen sei, daß in Anbetracht der türkenfreundlichen Haltung Rußlands das Petersburger Kabinett keinen grundsätzlichen Widerstand gegen das für die Türkei notwendige Kulturwerk der Erschließung Kleinasiens durch ein Bahnnetz entgegensetzen werde. Von den Franzosen wüßten wir seit langem, daß sie sich gern an dem Unternehmen in noch weiterem Umfange als bisher beteiligen würden, sobald wir uns mit England verständigt hätten. Wir sähen daher unter dieser Voraussetzung von der französischen Seite keine Schwierigkeiten voraus und wären gern bereit, die Zustimmung der französischen Regierung auf der Basis der deutsch-englischen Abmachungen selbst herbeizuführen. Auf diese Weise werde eine Konferenz à quatre mit ihren Weitläufigkeiten vermieden und trotzdem keine der vier Mächte ausgeschaltet.

Ich könnte zunächst auch, falls Euere Exzellenz mit diesem Gedankengange einverstanden sind, diesen Versuch der Umgehung einer vierseitigen Verhandlung als eine persönliche Anregung meinerseits und nicht sogleich als einen amtlichen Vorschlag hinstellen. pp.*

P. Metternich

Nr. 9974

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 355 Pera, den 6. November 1909

Frage der Schiffahrt auf dem Tigris und Euphrat scheint politische Wendung zu nehmen. Bekanntlich verlangen Engländer eine Fusion zwischen türkischer Hamidie-Gesellschaft und derjenigen des Mr. Lynch, die beide bisher Tigris befahren haben, und zwar soll fusionierte Gesellschaft das Schiffahrtsmonopol auf beiden Flüssen besitzen[1]. Verschiedene hiesige Preßorgane haben gegen diese Konzession Front gemacht, die auch im Ministerrat starke Opposition gefunden hat[2].

* Der Schluß des Briefes betrifft die Kongofrage.

Heutige offiziöse „Agence ottomane" meldet nun, Sir E. Grey habe türkischem Botschafter erklärt, es hätten drei türkische Minister Lowther formelle Zusagen bezüglich der Konzession gemacht. Wenn trotzdem Erteilung derselben verweigert oder verzögert werde, riskiere die Türkei, der englischen Sympathien[3] verlustig zu gehen. Das bezügliche Telegramm Tewfik Paschas habe auf der Pforte tiefen Eindruck gemacht und Anlaß zur alsbaldigen Einberufung eines außerordentlichen Ministerrats gegeben.

Marschall

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Unerhörte Unverschämtheit der Briten

[2] Den Türken muß der Rücken gestärkt werden! Es geht gegen die Bagdadbahn!

[3] Creta! Sudabai!
Da kommt die Teufelsklaue heraus! Die „Sympathie" hat einen geschäftlichen Hintergrund!

Nr. 9975

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 1123 London, den 18. November 1909

Sir E. Grey bemerkte mir gestern, Herr Gwinner und Sir William Whittall, der bekannte Türkenfreund und Geschäftsmann in Konstantinopel, hätten kürzlich dort eine Aussprache über die Bagdadbahn gehabt*. Sir William Whittall sei augenblicklich hier. Er, der Minister, wünsche jetzt der Bagdadbahnfrage näher zu treten, um womöglich sich mit uns über dieselbe zu verständigen. Wie und auch auf welcher Grundlage er sich eine Verständigung denkt, darüber sprach sich Sir E. Grey nicht aus, und ich habe auch nicht versucht, seine Ansichten hierüber zu erfahren, da ich einerseits ohne Instruktion bin und es mir andererseits schien, daß der Minister zunächst die Geschäftsleute unter sich verhandeln lassen will. Er sprach indessen die Hoffnung aus, daß die Sache jetzt in Fluß komme, und zwar trotz der bevorstehenden Wahlen und der geringen Zeit, die er und das Kabinett augenblicklich zur Behandlung auswärtiger Fragen zur Verfügung habe.

Ich frug ihn, ob die Verhandlungen Sir William Whittalls mit der türkischen Regierung zur Monopolisierung der Schiffahrt in Mesopotamien, worüber die Zeitungen meldeten, abgeschlossen seien. Er erwiderte, zum Abschluß sei es noch nicht gekommen, da erst noch einige Nebenfragen

---

* Vgl. dazu auch das folgende Schriftstück.

zu erledigen seien. Ich bemerkte nebenbei, es nähme mich wunder, daß die englische Regierung, die doch sonst für die Offne Tür eintrete, in Mesopotamien ein Monopol anstrebe. Sir E. Grey erwiderte hierauf, es handele sich um die Beteiligung der Lynchschen Gesellschaft im Verein mit Sir William Whittall an dem Monopol, welches die türkische Regierung für die Schiffahrt auf dem Euphrat und Tigris besitze. Das Schiffahrtsmonopol werde auch unter dem neuen Abkommen mit Whittall türkisch bleiben. Hierauf erwiderte ich: „Doch wohl nur nominell." Der Minister widersprach dem nicht und gab zu, daß Whittall und Lynch durch ihre bedeutende Kapitalbeteiligung an dem neuen Unternehmen auch einen maßgebenden Einfluß auf dasselbe haben würden. Sodann fügte er noch entschuldigend hinzu, daß durch das Schiffahrtsmonopol niemand aus seiner Handelsstellung verdrängt werde, da bisher außer Engländern keine fremde Nation an der Schiffahrt in Mesopotamien beteiligt sei. Als ich bemerkte, daß nach der Ansicht des Sir William Willcocks durch die von diesem geplanten Bewässerungsanlagen für Mesopotamien den Hauptströmen so viel Wasser entzogen werden würde, daß dadurch die Schiffahrt auf ihnen problematisch werde, erwiderte Sir E. Grey, dies sei richtig, und die Zukunft gehöre daher dort der Eisenbahn, welche durch die Fruchtbarmachung des Landes durch ein Irrigationssystem um so notwendiger werde.

P. Metternich

Nr. 9976

Der Direktor der Deutschen Bank von Gwinner an den Vortragenden Rat im Auswärtigen Amt Zimmermann

Privatbrief. Ausfertigung

Berlin, den 20. November 1909

Unter Rückreichung des außerordentlich interessanten Berichts des Grafen Metternich* möchte ich mich in Erwiderung Ihrer Anfrage aussprechen, zunächst dem Herrn Botschafter nur zu sagen, daß gelegentlich meiner Anwesenheit in Konstantinopel sich folgendes zugetragen hat:

Der Großwesir redete mich auf die „impasse" an, in welche die türkische Regierung gerate, weil England seine Zustimmung zu der türkischen Zollerhöhung davon abhängig mache, daß die Einnahmen aus den Zöllen nicht für den Bagdadbau verwendet werden dürfen, mit anderen Worten, daß die Türken einen rechtsgültig bestehenden Vertrag brechen müßten, während Deutschland die Zollerhöhung zwar bewilligen wolle, aber unter der selbstverständlichen Voraussetzung, daß deutsche Interessen dadurch

* Siehe Nr. 9975.

nicht direkt durch Bruch des Bagdadvertrages verletzt würden. Der Großwesir bat mich, den Türken aus dieser Sackgasse herauszuhelfen. Ich erwiderte: Was die Engländer wollen, ist uns seit langem bekannt; sie wollen keine prozentuale Beteiligung an dem Bagdadbahnunternehmen, sondern eine geographische Teilung der Einflußsphären. Dieses habe mir Sir Ernest Cassel im Sommer 1908 direkt gesagt, nachdem ich es schon viel früher durch den verstorbenen Sir Edward Law erfahren hatte. Eine Beteiligung Englands an dem Bagdadunternehmen auf dieser Basis war unter dem alten Regime (Cassel hatte mich im Mai 1908 gefragt) ausgeschlossen.

Ich erwiderte nun dem Großwesir: Wenn Ihr (Türken) wollt, daß die Engländer die Strecke vom Persischen Meerbusen bis Bagdad kontrollieren, so könnte mir auch diese Verständigung mit den Engländern recht sein, wenn

a) der Bau der Bagdadbahn gleichzeitig von Helif bis Bagdad sichergestellt wird und
b) eine Verständigung zwischen den Kaufleuten möglich ist über die Aufteilung der Bagdadsubvention.

Wir erschöpfen nämlich mit dem Bau bis Helif die Reserven der Bagdadgesellschaft und müssen für die Strecke von Helif bis zum Persischen Meerbusen aus der Subvention 2000 Pfund Sterling Geld oder den entsprechenden Anleihebetrag zurücklegen. Bekanntlich ist der Bau in der mesopotamischen Ebene ein ganz leichter und selbst nach Abzug der obigen 2000 Pfund Sterling pro Kilometer aus dem Rest der Subvention von rund 6000 Pfund Sterling mit angemessenem, wenn auch nicht mehr als normalem Gewinn für die Unternehmer und Finanzleute durchzuführen. Der Bau der ganzen Bagdadbahn, ohne daß zwischen unserer Strecke und der eventuell englisch kontrollierten Strecke ein fehlendes Stück entsteht, wird aber allein imstande sein, die finanzielle Last für die Türkei erträglich zu machen. Durch die Bahn werden die Staatseinnahmen in den durchschnittenen Wilajets von Anfang an um einen weit höheren Betrag steigen, als die Subvention erfordert, und schließlich wird bei sorgfältiger Verwaltung die Einnahme der Bahn allein dem Staat volles Äquivalent für die Subvention bringen. Das eine wie das andere haben wir an dem Beispiel der mazedonischen und der anatolischen Bahnen bewiesen.

Kein Bauunternehmer und Finanzmann kann Eisenbahnen in der Türkei ohne Subvention bauen; tut er es dennoch, so macht er kein kommerzielles, sondern ein politisches Geschäft.

Bekanntlich gehören alle Einnahmen der Bagdadbahn der türkischen Regierung mit Ausnahme von 45% dieser Einnahmen bis zu 10000 frs. pro Kilometer und von 40% von dem Plus. Niemand hat jemals in der Türkei eine Bahn mit einem so bescheidenen Betriebskoeffizienten betrieben, und auch wir würden heute nach der eingetretenen allgemeinen Steigerung der Löhne nicht mehr imstande sein, solches zu tun. Vielmehr wollen

und müssen wir eben aus den billigen Strecken die Reserven schaffen, um die ganze Bahn instand zu halten, das Rollmaterial allmählich dem steigenden Verkehr entsprechend zu vermehren und einen guten Betrieb entwickeln zu können.

Ich schalte diese Bemerkungen zum besseren Verständnis meines Gedankenganges ein. Dem Großwesir habe ich nur einzelne dieser Gedanken und Argumente entwickeln können, vor allem weil ihm das Verständnis für derartige Zahlen und Fragen abgeht.

Er erwiderte mir: Was heißt „die Kontrolle"?

Ich setzte ihm auseinander, die Kontrolle bedeute die Herrschaft: anstatt daß ich eine Baugesellschaft unter Holzmanns Leitung bilde, würden die Engländer vom Persischen Golf bis Bagdad eine Baugesellschaft unter Führung eines englischen Unternehmers bilden; statt daß ich einen Herrn Huguenin oder einen Herrn Kautz zum Direktor ernenne, werde Cassel einen Engländer zum Direktor ernennen. Der Großwesir gab mir keine entscheidende Antwort, und die mehr als vierstündige Unterhaltung, der auch der Finanzminister beiwohnte, fand schließlich an der Erschöpfung der Teilnehmer nachts zwei Uhr ihr Ende. —

Nachher hatte ich Gelegenheit, dem Mr. Edwin Whittall von der Unterhaltung und Sachlage zu erzählen. Er kam am nächsten Abend dann mit Sir Henry Babington Smith* zu mir, und dabei wurden die gleichen Gedanken und der Inhalt meiner Unterhaltung mit dem Großwesir erörtert** mit dem Resultat, daß Smith an Cassel schreiben wollte und Whittall nach London fuhr. Beiläufig bemerke ich, daß Edwin Whittall Sohn des Sir William Whittall ist. Dieser hat mit seinen Söhnen ein bedeutendes Getreide-Export- und „general merchants" Geschäft. Edwin Whittall aber ist nicht Teilhaber der Firma; vielmehr gehört er dem Board of Directors der Casselschen National Bank of Turkey an, deren Managing Director Babington Smith ist. Whittall ist auch der Verhändler für Lynch in Sachen der Euphrat- und Tigris-Schiffahrt-Konzessionswerbung.

Edwin Whittall ist bei weitem intelligenter als Babington Smith, Stockengländer, aber einsichtig und kein blinder Germanophobe. Er hält seit langer Zeit eine Verständigung zwischen England und Deutschland über die wirtschaftlichen Interessen in der Türkei für geboten, wie er mir oft gesagt hat.

Ich vermute, daß Whittall nächstens in Berlin auftauchen wird, und möchte empfehlen, daß die Botschaft sich durchaus zurückhält, und daß es zunächst den Geschäftsleuten überlassen bleibt, sich untereinander zu verständigen. Wir werden selbstverständlich das Auswärtige Amt über jeden Schritt unterrichtet halten, während doch unsere Worte und Taten für das Auswärtige Amt unverbindlich sind.

---

* Präsident der National Bank of Turkey.

** Vgl. auch v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 322.

Zunächst halte ich für die einzig richtige Taktik, die wir ja auch gestern noch Herrn Kautz eingeschärft haben, meine Unterhaltungen mit den Engländern bei den Verhandlungen in Konstantinopel zu ignorieren und die Engländer nunmehr antworten zu lassen, nachdem ich doch in Konstantinopel den ersten Schritt zur Verständigung im Sinne der englischen Wünsche getan habe. Jedes weitere Entgegenkommen unsererseits müßte als Schwäche ausgelegt werden und würde das Gelingen einer Verständigung gefährden.

Gwinner

Nr. 9977

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 2089 Berlin, den 23. November 1909

Auf den Bericht Nr. 1123 vom 18. d. Mts.*

pp.** Der Vorschlag des Herrn von Gwinner, zunächst den Geschäftsleuten die Herbeiführung einer Verständigung über die Bagdadbahn zu überlassen, entspricht völlig dem Standpunkte, den die Kaiserliche Regierung bisher in der Angelegenheit vertreten hat. Ein Festhalten an diesem Standpunkt empfiehlt sich zurzeit schon deshalb, weil Herr von Gwinner seinen Mitteilungen zufolge der englischen Finanz weites Entgegenkommen gezeigt hat und bei ihr diesmal, was auch aus den Äußerungen Sir Edward Greys hervorgehen dürfte, Verständnis gefunden zu haben scheint. Wir werden die weitere Betreibung der Sache daher in erster Linie den Interessenten überlassen und uns im wesentlichen darauf beschränken können, den Faden der Verhandlungen nicht abreißen zu lassen.

Sollten Euere Exzellenz daher von Sir Edward Grey oder anderen Mitgliedern der Regierung von neuem auf die Bagdadbahnfrage angesprochen werden, so bitte ich Sie, sich gefälligst dahin zu äußern, daß die Kaiserliche Regierung zu einer Verständigung mit England in der Angelegenheit nach wie vor gern bereit sei und mit Genugtuung von der Aussprache des Direktors von Gwinner und Sir William Whittalls Kenntnis genommen habe. Die Kaiserliche Regierung hoffe, daß diese Aussprache zu weiteren freundschaftlichen Verhandlungen der interessierten Finanzkreise führen werde. Ein amtliches Eingreifen in diesen Meinungsaustausch der Finanzkreise käme wohl noch nicht in Frage. Es dürfte sich vielmehr empfehlen, daß sich die Regierungen, zurzeit wenigstens, im wesentlichen darauf beschränken, die bei den Geschäftsleuten anscheinend vorhandenen

* Siehe Nr. 9975.

** Der Anfang des Erlasses gibt den wesentlichen Inhalt des Gwinnerschen Schreibens vom 20. November (siehe Nr. 9976) wieder.

günstigen Dispositionen für eine Verständigung nach Möglichkeit zu fördern. Die Kaiserliche Regierung werde sich angelegen sein lassen, in diesem Sinne auf die beteiligten deutschen Finanzkreise einzuwirken, dabei indes jedes Eingehen auf Detailfragen zu vermeiden suchen.

Eine derartige Sprache wird sich namentlich dann empfehlen, wenn Sir Edward Grey etwa von neuem mit seinem Wunsche nach Verhandlungen à quatre an Euere Exzellenz herantreten sollte. Ich bemerke auch an dieser Stelle, daß ein Eingehen auf diesen Wunsch für uns aus den bekannten Gründen nicht in Frage kommen kann.

v. Bethmann Hollweg

Nr. 9978

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 344 Pera, den 22. November 1909

pp.* Das weitaus interessanteste Thema auf dem in diesem Berichte behandelten Gebiete bildet „die englische Politik unter der neuen Ära". Hoch schlugen nach Wiedereinführung der Verfassung die Flammen der Begeisterung für das liberale England, die Wiege des konstitutionellen Systems, den Förderer aller freiheitlichen und humanitären Ideen. Alles Leid, das von englischer Seite dem türkischen Reiche zugefügt war, Aden, Ägypten, Akaba, Kueit usw., war mit einem Schlage vergessen. Ich habe dem in voller Ruhe zugesehen. Mir war es von vornherein klar, daß die Engländer niemals Gefühlspolitik treiben, daß ihnen die Frage, ob ein fremdes Land autokratisch oder verfassungsmäßig regiert wird, völlig gleichgiltig ist[1], daß sie den Sultan Abdul Hamid bekämpften, nicht weil er ein Tyrann war, sondern weil er England feindlich und mißtrauisch gegenüberstand. Auch daran habe ich nie gezweifelt, daß England in der jungen Türkei lediglich seine eigenen Interessen verfolgen und eines Tages für die erwiesene Freundschaft eine Gegenrechnung präsentieren werde, welche die Jungtürken schwerlich honorieren könnten. Es folgte zunächst jene Periode, da die englische Botschaft und der Großwesir Kiamil gemeinschaftlich das Land regierten. Ohne Genehmigung der Botschaft hat Kiamil nichts Wichtiges getan. Ein fremder Vertreter, der sich in dieser Weise mit dem Minister eines fremden Staates identifiziert, begeht stets einen Fehler. So auch in diesem Falle. Als Kiamil wegen angeblich reaktionärer Tendenzen im Februar d. Js. fiel, galt dies allgemein als eine englische Niederlage. Es folgte die Meuterei vom

* Aus dem sehr eingehenden Berichte Freiherrn von Marschalls über die äußere Lage der Türkei wird hier nur derjenige Teil wiedergegeben, der die englisch-türkischen Beziehungen behandelt.

13. April*, gelegentlich welcher Kiamil entgegen seiner Hoffnung nicht wieder Großwesir wurde. Dann kamen die kritischen Tage. In diese Zeit fällt einer der seltsamsten Vorgänge — der englische Versuch, Abdul Hamid auf dem Throne zu halten —. Daran war Kiamil zweifellos beteiligt. Daß Abdul Hamid damals den Engländern, um sich zu retten, Zusagen gemacht hat, mit denen er seine Vergangenheit vollkommen verleugnete, gilt mir als Gewißheit[2]. Tatsache ist, daß an dem Tage, an welchem ich die bevorstehende Entthronung des Sultans telegraphisch berichtete — es war am 25. April —, mein englischer Kollege an seine Generalkonsulate telegraphierte, das Verbleiben Abdul Hamids auf dem Throne sei gesichert. Dieses Telegramm wurde an demselben Tage noch in Smyrna öffentlich angeschlagen. Achtundvierzig Stunden später war Mehmed V. zum Sultan ausgerufen.

Seit jener Zeit haben die Engländer ihre Tätigkeit in der Türkei auf das wirtschaftliche Gebiet verlegt. Sie haben dabei erreicht, daß die Türken allmählich mißtrauisch gegen die englische Politik geworden sind[3]. Die Konzession der Küstenschiffahrt im Marmarameer, in Syrien, dem Roten Meer, dem Persischen Golf, nach Mazedonien und Albanien fiel zwei englischen Schiffsbaufirmen zu. Andere ernstliche Bewerber waren nicht vorhanden, da nach den Bedingungen, die gestellt waren, das Geschäft ruinös erschien. Schon damals warfen ältere erfahrene Türken die Frage auf, ob dahinter nicht politische Momente ständen, und ob es wohlgetan sei, die Kontrolle über die türkischen Truppentransporte nach Jemen und Hedjas gerade den Engländern zu geben? Die Stimmen verhallten zunächst in der Wüste. Dann kam Mr. Willcocks aus Mesopotamien. Er brachte die Pläne für die Bewässerung jenes einst so blühenden Landstrichs. Er wollte dort wiederum ein Paradies schaffen. Die Arbeiterfrage schien ihm leicht lösbar. Man konnte ja muselmanische Hindus, an denen England einen Überfluß besitzt, dort einwandern lassen. Gleichzeitig legte der berühmte Techniker, der in Ägypten seine Sporen verdient hatte, den Türken einen Plan vor über die Erbauung einer schmalspurigen Bahn von Tripolis (Syrien) nach Bagdad. Die Herstellung dieser Bahn, die auf 400 Kilometer durch die Wüste führt, sollte sofort öffentlich ausgeschrieben werden. Den Engländern wäre natürlich die Konzession sicher gewesen. Bewerber, die lediglich wirtschaftliche Zwecke verfolgten, konnte es nicht geben, denn das Geschäft war finanziell ebenso schlecht wie dasjenige der Schiffahrtsgesellschaft.

Während über diese Fragen mit der Pforte verhandelt wurde, führte die englische Regierung zum ersten Male amtlich und öffentlich einen Schlag gegen unsere Bagdadbahn[4]. Die Pforte hatte von den Mächten die Genehmigung erbeten, ihre Eingangszölle von 11 auf 15 Prozent zu erhöhen. Da stellte das Londoner Kabinett die conditio sine qua non, daß von den Mehreinnahmen nichts zugunsten der Bagdadbahn

---

* Vgl. dazu Kap. CCVII.

verwendet werde[5]. Eine seltsame Zumutung, die darauf hinauslief, daß die Pforte einen fest geschlossenen Vertrag nicht halte. Die Mehreinnahmen aus den Zöllen waren, soweit sie der Pforte zufließen, der Bahn verpfändet. Wir haben den Schlag, der uns treffen sollte, alsbald pariert. Derselbe ist dann auf die Engländer zurückgefallen. Denn die Türken haben sich erstmals ernstlich nach den Gründen gefragt, denen die englische Gegnerschaft gegen eine die Hauptstadt mit Mesopotamien und dem Wilajet Bagdad verbindende leistungsfähige Bahn entspringt. England will jene Gegenden der Kultur und dem Fortschritt erschließen. Wie stimmt dazu die Feindschaft gegen eine Bahn, die dasselbe Ziel verfolgt? Zum wirksamen Schutze der neu zu schaffenden wirtschaftlichen Interessen bedarf es angesichts der dortigen unsicheren Zustände einer Stärkung der türkischen Staatsautorität in jenen Provinzen. Die Bagdadbahn dient diesem Zwecke, indem sie rasche Truppentransporte ermöglicht. Da erinnerte man sich, daß die wirtschaftlichen Interessen, die England sich in fremden Ländern schafft, regelmäßig nach einiger Zeit durch Unruhen bedroht werden und dann die englische Macht, wenn der einheimische Staat keinen Schutz gewährt, zur Selbsthilfe schreitet. So ist es in Aden gewesen. Aus einem kleinen Kohlendepot ist dort in wenigen Jahrzehnten ein englisches Territorium von 30000 Quadratkilometern entstanden. Ähnlich war es in Ägypten. Die englische Regierung hatte die Suezkanalaktien gekauft. Da brach der Aufstand Arabis aus, der angeblich den Kanal bedrohte. Die türkische Regierung war machtlos einzuschreiten. Darum ist Ägypten heute englischer Besitz. Man dachte an Kueit, auf das England die Hand gelegt hat, weil der dortige Scheich durch unruhige Araberstämme bedroht war. Bestehen ähnliche Pläne für das Hinterland des Persischen Golfes? Bekämpft man den Schienenstrang zwischen der türkischen Machtzentrale und Bagdad etwa deshalb, weil man dort unten nach Gutdünken schalten und walten will? Aus allen diesen Fragen und Erwägungen ist eine Wirkung entstanden, die sicherlich von den Engländern nicht erwartet wurde, nämlich der feste Entschluß der Türken, unsere Bagdadbahn um jeden Preis durchzuführen.

Im Vordergrunde des Interesses steht in diesem Augenblicke die Frage der Schiffahrt auf Tigris und Euphrat. Die beiden Flüsse waren bisher von zwei Gesellschaften befahren, einer ottomanischen und der englischen des Mr. Lynch, der eine eigentliche Konzession niemals erworben hatte. Nun hat ein angesehener hiesiger englischer Kaufmann, Mr. Whittall, den Antrag gestellt, beide Gesellschaften zu vereinigen. Die neue Gesellschaft soll eine ottomanische sein. Die türkische Flagge für die Schiffe wird zugestanden. Die Leitung ist einem englischen Direktor zugedacht. Die Aktien sollen unter Ottomanen und Engländern verteilt werden. Hinter dieser Bewerbung, mittels welcher im Widerspruch mit allen Grundsätzen, die England in der übrigen Welt zu verfechten pflegt, ein Schiffahrtsmonopol begehrt wird, steht die englische Regierung.

Dieselbe hat von Anfang an die Sache amtlich unterstützt und ist neuerdings, als sich Schwierigkeiten zeigten, sogar zu ziemlich deutlichen Drohungen übergegangen[6]. Ich habe von Anfang an den Eindruck gehabt, daß die Engländer hier den Bogen überspannt haben. Der Ministerrat schien der Sache geneigt. Er glaubte, daß dieselbe nicht bedeutsam genug sei, um die englischen Sympathien aufs Spiel zu setzen. Aber allmählich hat sich in der öffentlichen Meinung eine Opposition entwickelt, die täglich größere Proportionen annimmt. Die „Yeni Gazetta", eines der bedeutendsten Blätter der Hauptstadt, hat den Kampf aufgenommen und denselben mit stets wachsender Schärfe weitergeführt. Mit rücksichtsloser Logik stellt sie die politischen Gefahren einer derartigen Konzession vor Augen. Sie verlangt die freie Schiffahrt auf beiden Flüssen, die allein eine Sicherheit dagegen gewähre, daß nicht ein Staat sich in jenen Gegenden den überwiegenden Einfluß verschaffe. Seit einigen Tagen veröffentlicht die Zeitung Zustimmungsadressen, die ihr namentlich von arabischer Seite zugehen. In einer derselben stellt ein früherer Beamter des Bagdader Wilajets aus seiner amtlichen Erfahrung fest, daß die Kapitäne der Lynchgesellschaft nicht nur systematisch Konterbande betreiben, sondern in enger Fühlung mit den Chefs der arabischen Stämme stehen, die sie durch Geschenke für ihre Zwecke dienstbar machen. Einen gewaltigen Zuwachs hat die Opposition gegen den englischen Plan durch die Abgeordneten des Wilajets Bagdad erhalten. Dieselben haben sich vorgestern zum Großwesir begeben und bei ihm gegen die Erteilung der Konzession protestiert. Dabei sind scharfe Worte gefallen. Der Abgeordnete der Stadt Bagdad Ismail Hakki hat direkt erklärt, daß jeder Minister, der diese Konzession gebe, ein „Landesverräter" sei[3]. Nur durch Intervention des Ministers des Innern gelang es, die Besprechung wieder in ruhige Bahnen zu lenken. Heute soll das Komitee „Union et Progrès" über die Sache beraten. Wie ich höre, ist auch da eine große Majorität gegen das englische Projekt.

Ich habe diese Vorgänge etwas ausführlicher behandelt, weil in den englischen Treibereien möglicherweise die ersten Anfänge einer weltgeschichtlichen Katastrophe liegen[7]. Wenn wir von der „orientalischen Frage" reden, so denken wir an die europäischen Teile, Mazedonien, Albanien und an die Meerengenfrage. Alle diese Dinge liegen auf der Peripherie des türkischen Reiches. Dagegen würde ein erfolgreiches Vorgehen Englands in Mesopotamien einen Stoß in das Herz der Türkei bedeuten[8]. Die Türkei kann ihre europäischen Provinzen einschließlich der Hauptstadt verlieren und doch ein großes lebensfähiges Reich bleiben. Mit dem Verluste Mesopotamiens dagegen bricht das Reich rettungslos zusammen. Mir schien es darum von besonderem Interesse zu beobachten, wie Rußland sich zu den englischen Projekten verhält. Das Resultat ist, daß die hiesige Botschaft nicht nur keine Opposition macht, sondern von dem Gesichtspunkte des wirtschaftlichen Fortschrittes die englischen Pläne gutheißt[9]. Das ist doch ein recht

ernstes Symptom. Unwillkürlich drängt sich die Frage auf, ob nicht zwischen Rußland und England — entgegen den vielfachen amtlichen Zusicherungen — gewisse Abmachungen bezüglich der Türkei bestehen[8]? Man könnte sich denken, daß England, wenn ihm vom Persischen Golf aus freie Hand nach dem Flußgebiet des Tigris und des Euphrat gesichert ist, an der Dardanellenfrage kein Interesse mehr besitzt und der Lösung derselben im russischen Sinne zustimmen könnte.

Selbstverständlich verteidige ich hier die deutschen Interessen mit aller Kraft gegenüber den englischen Versuchen, unsere Zirkel zu stören[10]. Im übrigen beobachte ich in Fragen, die uns nicht direkt berühren, amtlich Zurückhaltung. Dagegen würde ich glauben, meine Pflicht zu versäumen, wenn ich die Mittel und Wege, die mir zu Gebote stehen, ohne selbst hervorzutreten, nicht benützte, um die Türken über die schweren Gefahren aufzuklären[11], die ihnen drohen. Wenn England zu der Erkenntnis gelangt, daß es ohne und gegen uns hier nichts erreichen kann, so könnte dies eine deutsch-englische Verständigung anbahnen, die ich aus allgemeinpolitischen Gründen für sehr nützlich erachten würde.

Marschall

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Richtig
[2] also uns verrieth
[3] gut!
[4] so ist es!
[5] unerhörter Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht der Türkei, gegen uns!
[6] !
[7] ist auch mein Eindruck!
[8] ja
[9] Reval!
[10] gut
[11] natürlich
Schlußbemerkung des Kaisers:
Sehr richtig
mir aus der Seele geschrieben!
ganz meine Auffassung!

Nr. 9979

Der Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandter Freiherr von Jenisch, z. Z. auf der Fahrt Sigmaringen—Rodziankau, an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 17
Geheim

Im Sonderzug, den 23. November 1909

Seine Majestät der Kaiser hat in den Zeitungen die Nachricht gelesen, daß England seine Zustimmung zu der Erhöhung der türkischen Einfuhrzölle angeblich davon abhängig macht, daß in Zukunft die türkischerseits zugesagte Garantie für die Bagdadbahn in Fortfall komme.

Seine Majestät sieht hierin einen so direkten Vorstoß Englands gegen uns, und zwar gegen eine große kulturelle Aufgabe, die sich Deutschland gestellt habe, daß allerhöchstderselbe Euerer Exzellenz anheimgibt, durch den Kaiserlichen Botschafter in London der englischen Regierung in freundschaftlicher Form zu verstehen zu geben: Falls England in dieser Frage auf seiner unfreundlichen Haltung uns gegenüber beharre, werde von weiteren Versuchen, zu einer allgemeinen Verständigung mit England zu gelangen*, kaum mehr die Rede sein können.

Seine Majestät verurteilt das Vorgehen Englands in Konstantinopel, abgesehen von der darin liegenden offenen Spitze gegen uns, noch von dem Gesichtspunkte aus, daß England sich herausnehmen dürfe, dem auch von ihm gutgeheißenen neuen Regime in der Türkei Vorschriften zu machen, als ob es sich um eine der kleinen südamerikanischen Republiken handle[1].

Seine Majestät sprach es wiederholt aus, daß er hinsichtlich der Bagdadbahn keinen Spaß verstehe.

Jenisch

Eigenhändiger Zusatz Kaiser Wilhelms II.:

[1] Es sei ein Eingriff seitens einer fremden Macht in das Selbstbestimmungsrecht einer zweiten, mit direkter Spitze gegen eine dritte!

Nr. 9980

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Pless

Ausfertigung

Berlin, den 24. November 1909

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät beehre ich mich zu dem ehrfurchtvollst wieder in Vorlage gebrachten Bericht des Freiherrn von Jenisch vom gestrigen Tage** alleruntertänigst zu melden, daß die englische Regierung ihre Zustimmung zur Erhöhung der türkischen Einfuhrzölle von 11 auf 15% in der Tat von der Bedingung abhängig gemacht hat, daß die Ergebnisse der Zollerhöhung nicht zur Ausführung von Kontrakten des alten Regimes benutzt werden. England will dabei in erster Linie den Vertrag über die Bagdadbahn treffen[1]. Dasselbe Ziel hat das Londoner Kabinett bereits im Jahre 1906 im Auge gehabt, als es seine Zustimmung zu der damals in Frage stehenden dreiprozentigen Zollerhöhung der Türkei von dem Vorbehalt abhängig machte, daß die Ergebnisse dieser Erhöhung lediglich dem mazedonischen Budget zugeführt werden sollten.

---

* Vgl. dazu Bd. XXVIII, Kap. CCXXIII.

** Siehe Nr. 9979.

Diese Vorbehalte gehen ersichtlich von der Erwägung aus, daß hauptsächlich der englische Handel durch die Zollerhöhungen getroffen wird da er drei Viertel des Gesamteinfuhrhandels der Türkei darstellt, während andererseits englisches Kapital und englische Industrie an dem Bagdadbahngeschäft nicht[2] beteiligt sind[3].

Euerer Majestät huldreichen Intentionen entsprechend habe ich mir schon bei dem bisher mit der englischen Regierung über eine allgemeine Verständigung gepflogenen Meinungsaustausch angelegen sein lassen, den englischen Widerstand gegen das große deutsche Kulturwerk zu beseitigen, indem ich das Londoner Kabinett ausdrücklich darauf hingewiesen habe, daß für uns zu einer allgemeinen Verständigung auch die befriedigende Regelung der Bagdadbahnfrage unbedingt gehöre. Diese Vorstellungen scheinen Erfolg gehabt zu haben. Die Verhandlungen über eine allgemeine Verständigung werden allerdings mit Rücksicht auf die innerpolitischen Verhältnisse Englands vorläufig ausgesetzt werden müssen[1]*. Nach einer privatschriftlichen Mitteilung Euerer Majestät Botschafters in London hat nämlich Sir Edward Grey dem Grafen Metternich erklärt, daß mit der nunmehr bestimmt zu erwartenden Ablehnung der Finanzbill durch das Oberhaus für die Regierung eine neue Lage geschaffen sei. Die Neuwahlen für das Unterhaus fänden Anfang Januar statt, und erst Ende desselben Monats werde es sich herausstellen, welche Regierung dann am Ruder sei. Anfangs nächsten Monats würden er selbst sowohl wie die übrigen Minister sich in ihre Wahlbezirke begeben und ihre Aufmerksamkeit auf die Wahlen zu konzentrieren haben. Die Weiterführung unserer Verhandlungen würde dadurch notwendig bis Ende Januar einen Stillstand erfahren. Zudem sei es für das jetzige Ministerium schwierig, in der wichtigen, uns angehenden Frage zu Entschlüssen zu gelangen, ehe es wisse, ob die bevorstehenden Wahlen ihm wieder die Majorität gebracht hätten.

Das Zutreffende dieser Bemerkungen Sir Edward Greys werden wir nicht in Abrede stellen können. Während aber der Minister hiernach mit stichhaltigen Gründen für die Aussetzung unserer Verhandlungen über eine allgemeine Verständigung eingetreten ist, hat er dem Grafen Metternich gleichzeitig den Wunsch zu erkennen gegeben, jetzt der Bagdadbahnfrage näher zu treten, um sich womöglich mit uns darüber zu einigen. Er hat dabei auf einen Meinungsaustausch Bezug genommen, den Direktor von Gwinner kürzlich in Konstantinopel ohne diesseitige Anregung mit den dortigen Vertretern Sir Ernest Cassels, den Herren Edwin Whittall und Sir Henry Babington Smith, über eine englische Beteiligung an dem Unternehmen gehabt hat. Herr von Gwinner hat, wie aus seinen Mitteilungen an mich** hervorgeht, bei diesem Meinungsaustausch den gleichen Gedankengang verfolgt, den Euere Majestät gegenüber Mr.

---

* Vgl. dazu Bd. XXVIII, Kap. CCXXIV.
** Vgl. Nr. 9976.

Haldane und Sir Edward Grey gelegentlich Allerhöchstdero Besuchs in Windsor im November 1907 darzulegen geruht hatten, und demgemäß betont, daß sich über den Wunsch, das „Ausgangstor" der Bahn am Persischen Golf in Händen zu haben, zwar reden ließe, jedoch nur, wenn England unbedingte Sicherheit dafür biete, daß dieses Tor immer offen und der Bagdadbahn der Charakter als deutsches Unternehmen gewahrt bliebe.

Direktor von Gwinner hat nunmehr gebeten, zunächst den Finanzleuten die Herbeiführung einer Verständigung über die Bagdadbahn zu überlassen. Er werde selbstverständlich Euerer Majestät Regierung über jeden Schritt in der Angelegenheit unterrichtet halten, während seine Worte und Taten andererseits für die Regierung unverbindlich blieben. Dieser Vorschlag entspricht völlig dem Standpunkte, den wir Allerhöchstdero Direktiven entsprechend bisher in der Frage beobachtet haben. Ein Festhalten an diesem Standpunkt empfiehlt sich meines alleruntertänigsten Dafürhaltens zurzeit schon deshalb, weil Herr von Gwinner diesmal bei den englischen Finanziers Verständnis für das Bahnunternehmen gefunden zu haben scheint. Für diese Annahme spricht jedenfalls der Umstand, daß Mr. Whittall sich sofort nach der Unterredung mit Direktor von Gwinner nach London begeben und dort mit der Regierung Fühlung genommen hat. Wir dürften daher die weitere Betreibung der Sache in erster Linie den Interessenten zu überlassen und uns im wesentlichen darauf zu beschränken haben[1], den Faden der Verhandlungen nicht abreißen zu lassen.

In diesem Sinne habe ich Euerer Majestät Botschafter in London ersucht, die Anregung Sir Edward Greys dahin zu beantworten, daß Euerer Majestät Regierung zu einer Verständigung mit England über die Bagdadbahnfrage nach wie vor bereit sei. Von der Aussprache des Direktors von Gwinner und Mr. Whittalls habe sie Kenntnis genommen und hoffe, daß diese Aussprache zu weiteren freundschaftlichen Verhandlungen der interessierten Finanzkreise führen werde. Ein amtliches Eingreifen in diesen Meinungsaustausch der Finanzkreise käme wohl noch nicht in Frage. Es dürfte sich vielmehr empfehlen, daß sich die Regierungen, zurzeit wenigstens, im wesentlichen darauf beschränken, die bei den Geschäftsleuten anscheinend vorhandenen Dispositionen für eine Verständigung zu fördern, ohne indes auf Detailfragen einzugehen.

Euere Kaiserliche und Königliche Majestät wage ich zu bitten, in Würdigung der vorstehend ehrerbietigst dargelegten Gesichtspunkte dieser Behandlung der Bagdadbahnfrage allergnädigst zustimmen zu wollen.

v. Bethmann Hollweg

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Pless 26/XI 09 Ja W.
Randbemerkungen des Kaisers:
[1] Ja
[2] aufgefordert sind sie worden!
[3] sein wollte!

Nr. 9981

Aufzeichnung des Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amt Stemrich

Eigenhändig

Berlin, den 4. Dezember 1909

Baron Neuflize, Direktor der Ottomanbank in Paris, den ich vorgestern bei Schwabach traf, sagte mir, unmittelbar vor seiner Abreise hierher habe er von dem französischen Ministerium des Auswärtigen die Nachricht erhalten, daß die Engländer im Begriffe ständen, sich mit der Deutschen Bank über die Bagdadbahn zu einigen. Herr von Gwinner hier habe ihm gesagt, so weit sei es noch nicht, aber Sir Ernest Cassel werde in den nächsten Tagen zum Zwecke von Bagdadbahnverhandlungen hierher kommen.

Ich habe mich diesen Mitteilungen gegenüber sehr reserviert gehalten und gesagt, die Regierung wisse von Verhandlungen, werde sich aber in dieselben nicht einmischen, wenn es auch selbstverständlich sei, daß etwaige Abkommen nicht ohne ihre Zustimmung zustande kommen könnten.

Baron Neuflize schien ziemlich pikiert darüber, daß die Engländer der Ottomanbank von den Verhandlungen nichts mitgeteilt haben. Er sagte: „Die Engländer haben uns immer Steine in den Weg geworfen, wenn wir mit den Deutschen zusammen gehen wollten, sie haben alles getan, um unser Zusammenarbeiten mit der Deutschen Bank zu hintertreiben — und jetzt beginnen sie hinter unserem Rücken Verhandlungen über die Bagdadbahn, das ist unerhört."*

---

* Tatsächlich hatte die englische Regierung, wie aus den bei v. Siebert abgedruckten Aktenstücken (a. a. O., S. 325, 330) hervorgeht, die französische Regierung ebenso wie die russische von den Gwinnerschen Vorschlägen und der dadurch angebahnten deutsch-englischen Verständigung in Kenntnis gesetzt. Die Mitteilungen riefen in Paris wie in Petersburg einen peinlichen Eindruck hervor und zeitigten von neuem das Bestreben, sich zwischen die deutsch-englischen Verhandlungen zu schieben. In einem Briefe an den Botschafter Tscharykow in Konstantinopel vom 26. November 1909 (v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O. S. 326ff.) untersucht Iswolsky, ob Rußland in Zukunft zweckmäßig an dem im Herbst 1907 aufgestellten Plan von Verhandlungen zu Vieren festhalten oder sich auf Einzelverhandlungen mit Deutschland einlassen solle. Den russischen Standpunkt präzisierte Iswolsky bei dieser Gelegenheit dahin: „Die Erbauung dieser Bahn wird für uns schädliche Folgen haben, und wir müssen Maßnahmen treffen, um diese Wirkung abzuschwächen." Auf die Mitteilung der russischen Besorgnisse nach London beeilte man sich dort mit der Erklärung, daß man keine deutschen Vorschläge annehmen werde, ehe man sich mit Rußland und Frankreich verständigt haben werde, „so daß ein endgültiger Entschluß stets zu Vieren gefaßt werden wird". Brief Sir A. Nicolsons an Iswolsky vom 1. Dezember 1909 (v. Siebert, a. a. O., S. 330). Damit war bei der gegensätzlichen Stellungnahme Rußlands und bis zu einem gewissen Grade auch Frankreichs zu der Bagdadbahn eine deutsch-englische Verständigung über diese im voraus kompromittiert.

Im Laufe der Unterhaltung fragte ich den Baron Neuflize nach der letzten türkischen Anleihe von 5 Millionen Ltqs. Er sagte mir, der auf Frankreich fallende Teil sei völlig placiert, dagegen befänden sich die 2 Millionen Ltqs., die die Engländer übernommen, noch unangetastet in den Händen der dortigen Bankiers. Letztere hätten sogar den Wunsch geäußert, die 2 Millionen Ltqs. nach Paris zu geben, das sei aber glatt abgelehnt worden. „Seit dem Transvaalkrieg", sagte Baron Neuflize, „ist die internationale Bedeutung der Börse von London total verschwunden. In London werden noch britische und koloniale Wertpapiere sowie Minenshares gehandelt, aber das Geschäft in allen ausländischen Werten hat aufgehört und ist ruiniert."

Auf meine Bemerkung: man scheine aber doch in London jetzt Interesse für russische Papiere zu gewinnen, antwortete der Baron Neuflize etwas flau, daran glaube er noch nicht, näher auf dieses Thema einzugehen vermied er aber.

Stemrich

Nr. 9982

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 1187 London, den 7. Dezember 1909
Geheim

Sir Ernest Cassel beabsichtigt, wie er mir gestern vertraulich und gesprächsweise mitteilte, in einigen Tagen nach Berlin zu reisen, um mit Herrn Gwinner über die Bagdadbahn zu konferieren.

Es handele sich um die Überlassung der deutschen Konzession von Bagdad bis zum Persischen Golf an ein englisches Konsortium. Herr Gwinner verlange dafür £ 2000 per Kilometer plus 50% an dem Anteil der Bahn von Bagdad zum Golf. Sir Ernest will gar keine kilometrische Entschädigung und auch nicht annähernd 50% an dem Anteil gewähren. Er äußerte sich nicht darüber, wieviel er zugestehen würde.

Sir Ernest hält sich ehrlich für einen freundschaftlichen Vermittler zwischen deutschen und englischen Forderungen und zwischen deutscher und englischer Politik. Kommt es aber zur Tat, so steht er stets stramm für die englischen Interessen ein. Er hat in England eine zweite und für ihn äußerst angenehme Heimat gefunden, Reichtum uud Ansehen, eine große soziale Stellung und die Freundschaft des Königs erworben: kein Wunder, daß für ihn der Schwerpunkt nicht nur seiner Interessen, sondern auch seiner Neigungen in England und nicht bei uns liegt.

Er sprach sich im Vertrauen höchst abfällig über die deutschen Eisenbahnunternehmungen in Kleinasien aus. Die Türkei werde durch dieselben finanziell in einem Grade ausgebeutet, wie es selbst nicht an-

nähernd seinerzeit durch die Hirschschen Balkanbahnen geschehen sei. Anstatt der teuren weitspurigen Strecke hätten die deutschen kleinasiatischen Bahnen, und zwar ohne erdrückende kilometrische Garantien, für ein Drittel des Geldes schmalspurig gebaut werden sollen, was für den Verkehr vollkommen ausreichen würde. Für die von ihm in Kleinasien angelegte Bahn bestehe keine kilometrische Garantie. Das Willcockssche Projekt einer Bahnverbindung zwischen Smyrna und Bagdad bezeichnete er als lediglich dem Kopfe ihres Erfinders entsprungen. Das Projekt genieße hier weder amtliche noch finanzielle Unterstützung.

Als kluger Unterhändler wird Sir Ernest Cassel die Forderungen der Gegenpartei zunächst als überschwänglich und unerfüllbar bezeichnen. Wenn er mit Herrn Gwinner verhandelt, werden sich beide Herren voraussichtlich in ihren Desiderata nähern. Es mag sein, daß Sir Ernest mit der hiesigen Regierung über die Bagdadbahn Rücksprache genommen hat; ich möchte aber annehmen, daß er sich über die Bedingungen einer Verständigung mit der deutschen Gesellschaft freie Hand bewahrt hat, solange das Prinzip gewahrt bleibt, daß England von Bagdad bis zum Golf der prädominierende Partner wird.

Im übrigen wird es aber durchaus irreführend sein, bei Sir Ernest Cassel wegen seiner Intimität mit dem König auch einen Einfluß auf die hiesige auswärtige Leitung anzunehmen. Dieser besteht nicht und besonders auch nicht in der Flottenfrage. Es würde vielmehr die hiesige Regierung stark verstimmen, wenn in Berlin an irgend einer maßgebenden Stelle eine vertrauliche Aussprache über jene Frage mit Sir Ernest stattfände. Dieser gewiegte Geschäftsmann ist zwar sozial befreundet mit dem Premierminister und politisch mit Sir John Fisher, dessen Standpunkt der Relation von 1 zu 2 in dem Stärkeverhältnis der deutschen und englischen Flotte er vertritt, mit Sir Edward Grey hat er aber keine Fühlung, und die Leitung des Foreign Office läßt ihn nicht in die Karten blicken, obwohl Sir Charles Hardinge wegen seiner höfischen Beziehungen auch mit Sir Ernest in Berührung kommt.

P. Metternich

Nr. 9983

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Schoen für den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Reinschrift von der Hand des Unterstaatssekretärs Stemrich

Berlin, den 10. Dezember 1909

Sir Ernest Cassel wird demnächst Herrn von Gwinner hier in Berlin aufsuchen, um mit ihm über die Bagdadbahn zu verhandeln.

Inzwischen ist Herr Whittall, mit dem Gwinner in Konstantinopel schon Besprechungen über die Angelegenheit gehabt hatte, bereits hier

gewesen. Er hat sich dahin geäußert, am erwünschtesten werde es in England sein, wenn die Deutsche Bank den Bau der Bagdadbahn überhaupt aufgebe und sich auf die Herstellung von Stichbahnen zur Erschließung des Landes beschränke. Wenn die Deutsche Bank aber durchaus an dem Bau der Bagdadbahn festhalte, so hege man in England den lebhaften Wunsch, daß die Bahn in ihrem weiteren Verlaufe schmalspurig ausgeführt werde.

Herr von Gwinner denkt selbstverständlich nicht daran, auf solche Zumutungen einzugehen, aber er wünscht sehr, mit Sir Ernest Cassel zu einer Verständigung zu gelangen und zwar bald, weil er glaubt, daß das Werk der Bagdadbahn ohne Verständigung mit den Engländern gefährdet sei. Er ist dabei insbesondere der Meinung, daß die Engländer dem Weiterbau der Bahn von Helif an ernste Schwierigkeiten bereiten könnten und denselben sogar zu hindern imstande seien. Das, was seiner Ansicht nach bei der Verhandlung mit Sir Ernest Cassel erreicht werden muß und auch zu erreichen sein wird, ist folgendes:

a) Aufrechterhaltung des jetzigen Bagdadbauplans im vollen Umfang,
b) Zustimmung der Engländer dazu, daß die Erträgnisse der vierprozentigen Zollerhöhung zur Sicherung der Bagdadbahnanleihe verwandt werden,
c) Einräumung der Kontrolle über die Strecke Bagdad-Kueit in einer Weise, die unser face wahrt. Das könnte zum Beispiel in der Weise geschehen, daß den Engländern nicht ohne weiteres die Majorität gegeben wird, sondern daß dies indirekt geschieht, indem etwa Engländer und Türken zusammen die Stimmenmehrheit erhalten und nichts dagegen eingewandt wird, daß die Engländer sich die Verfügung über die türkischen Stimmen verschaffen.

Auf ein derartiges Arrangement wird wohl die Einigung mit England über die Bagdadbahn herauskommen müssen. Es erscheint aber äußerst bedenklich und geradezu unzulässig, eine Einigung unter solchen Bedingungen jetzt abzuschließen.

Was die Engländer wollen, liegt klar auf der Hand. Durch die jetzt schwebenden Verhandlungen mit der türkischen Regierung, die anscheinend zum Abschluß kommen werden, beabsichtigen sie sich die Herrschaft über den Tigris zu sichern. Durch Verhandlungen mit uns möchten sie die Bahnverbindung von Mesopotamien nach dem Persischen Golf, das heißt die beste Verbindung des Landes mit der Welt in ihre Hand bringen. Die oben zitierten Äußerungen Mr. Whittalls zeigen endlich, daß die Engländer von vornherein darauf Bedacht nehmen, das Land ausschließlich für sich zu konservieren. Sie wünschen keine oder höchstens eine Kleinbahnverbindung nach Norden hin, damit Mesopotamien wirtschaftlich nur vom Meere aus, d. s heißt im wesentlichen nur von ihnen exploitiert werden kann. Und sie suchen damit gleichzeitig zu erreichen, daß der Pforte ein

militärisches Vorgehen zum Schutze ihrer Hoheitsrechte in Mesopotamien erschwert oder unmöglich gemacht wird. Es handelt sich also um nicht mehr und nicht weniger als um eine englische Besitzergreifung Mesopotamiens, zu der wir unsere Hand leihen und die Sanktion geben sollen.

Wenn wir uns dazu entschließen, so ist das ein gewaltiges Zugeständnis, ein Zugeständnis, das bei unseren allgemeinen Verhandlungen mit England eins der wichtigsten Atouts bilden wird. Dieses Atout wird nur aus der Hand gegeben werden können, wenn wir dadurch zu einem allgemein befriedigenden, wirklich vorteilhaften politischen Arrangement gelangen. Nur unter diesen Umständen kann dazu die Zustimmung von Seiner Majestät erbeten und die Verantwortung der öffentlichen Meinung gegenüber übernommen werden.

Herr von Gwinner wünscht, wie gesagt, jetzt mit Sir E. Cassel zum Abschluß zu gelangen. Abgesehen von den oben bezeichneten Befürchtungen ist er auch deswegen dafür, weil er den Liberalen den Erfolg der Verständigung über die Bagdadbahn gönnen möchte. Er meint, ihre Position werde dadurch gestärkt, und es werde dadurch die uns günstige Chance, daß sie am Ruder blieben, wesentlich vermehrt werden. Meine Bemühungen, ihm ein Temporisieren mit den Verhandlungen nahezulegen, hatten keinen rechten Erfolg und konnten ihn nicht haben, weil ich nur den schlechten Eindruck, den der Abschluß auf Seine Majestät und die öffentliche Meinung üben werde, ins Feld führen konnte, worauf er ganz logisch erwiderte, diese Unannehmlichkeit müsse ja doch einmal überwunden werden, ob jetzt oder später, sei einerlei. Anders würde Gwinner urteilen, wenn er die ganze Sachlage kennte oder wenigstens in allgemeinen Zügen von unseren Verhandlungen mit England unterrichtet wäre.

Es fragt sich, ob es sich nicht empfehlen würde, daß Euere Exzellenz Gwinner empfingen und ihn im Sinne des Vorstehenden aufklärten.

Gwinner ist ein verläßlicher Mann, der sich durch das Vertrauen Euerer Exzellenz geehrt fühlen und gern bereit sein wird, gegen jedermann, auch seinen nächsten Kollegen gegenüber, Schweigen zu beobachten. Darüber, daß im vorigen Jahre beim damaligen Reichskanzler Geneigtheit zu einer Verständigung mit England bestanden hat, ist er (durch Herrn von Tirpitz) unterrichtet. Es kommt hinzu, daß Cassel von den mit England schwebenden Unterhandlungen mehr oder weniger Kenntnis hat, ein Umstand, der bei Verhandlungen zwischen ihm und dem völlig in Unwissenheit gelassenen Gwinner eine gewisse Ungleichheit herstellen würde.

Freilich wird Gwinner nach dem anliegenden Berichte des Grafen Metternich* zu verpflichten sein, Cassel gegenüber seine Bekanntschaft mit den Verhältnissen in keiner Weise erkennen zu lassen.

v. Schoen

---

* Siehe Nr. 9982.

Nr. 9984

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 387 Pera, den 14. Dezember 1909

Nachdem Ministerium, wenn auch nur mit Aufwendung schärfster Pressionsmittel, sich vom Parlament freie Hand in der Lynchfrage verschafft hat, ist der Abschluß der Konvention über das englische Schiffahrtsmonopol auf Tigris und Euphrat gesichert. Unter diesen Umständen scheint mir eine Verständigung mit England über die Bagdadbahn mehr als je erwünscht. Wir haben bisher Anstand genommen, den Engländern für die Strecke Bagdad—Basra—Persischer Golf überwiegende Kontrolle zuzugestehen, weil wir darin eine Förderung der auf jenes Gebiet gerichteten politischen Aspirationen Englands erblickten. Damit waren wir in vollem Einklang mit den Anschauungen des alten Regimes. Nunmehr steht neue Türkei im Begriff, durch Einräumung des Schiffahrtsmonopols in den Flußgebieten Tigris Euphrat ökonomische Entwickelung jener Gegenden den Engländern zu überliefern. Daraus wird mit eiserner Konsequenz politische Herrschaft erwachsen. Wir können aber nicht türkischer sein als die Türken und für ein fremdes Interesse eintreten, welches der fremde Staat selbst preisgegeben hat. Natürlich dürfte an der Bagdadkonvention nichts geändert werden. Insbesondere ist der Plan, den mir Sir Cassel jüngst entwickelt hat, nämlich Erbauung der Bahn als einer schmalspurigen mit Zahnrad, für uns ganz unannehmbar. pp*.

Marschall

Nr. 9985

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Schoen für den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Reinschrift von der Hand des Unterstaatssekretärs Stemrich

Berlin, den 15. Dezember 1909

Bei der ersten Unterredung mit Sir Ernest Cassel (vorgestern) ist nicht viel herausgekommen. Herr von Gwinner hat ihm gesagt, über die Stellung der Kaiserlichen Regierung zu der Bagdadbahnfrage könne er nicht viel sagen; soviel er wisse, würde die Regierung eine Verständigung der deutschen und englischen Interessenten sehr gern sehen, da aber noch andere koloniale Fragen schwebten, werde sie sich mit ihrer definitiven Stellungnahme abwartend verhalten und wahrscheinlich für eine gemeinsame Erledigung aller dieser Fragen eintreten.

---

* Der Schluß des Telegramms betrifft Interna des türkischen Parlaments.

Sir Ernest Cassel hat erklärt, das finde er ganz natürlich. Die deutsche Regierung mache es wie die englische, sie lasse erst die Kaufleute und Finanziers unter sich verhandeln und behalte sich die eigene Entscheidung vor.

Nach Gwinners Mitteilung hat Sir Ernest Cassel offensichtlich die Absicht gehabt, der Deutschen Bank das ganze Bagdadbahnprojekt oder so viel als möglich davon auszureden. Gwinner hat ihn hiermit aber nicht herauskommen lassen, sondern in extenso seine Ideen über die Bagdadbahn entwickelt und dabei zugleich allem demjenigen, was Sir Ernest für seine Einwürfe vorzubringen hatte (Teuerheit der Vollbahnen, Vorzüge der schmalspurigen Bahnen), den Boden zu entziehen gesucht.

Sir Ernest Cassel hat darauf allerdings gesagt: „Ich sehe, wir sind in unseren Anschauungen weit auseinander." Er ist dann aber doch auf eine Diskussion aller einzelnen Punkte des bestehenden Bagdadprojektes eingegangen, so daß Gwinner den Eindruck gehabt hat, ihn zu seinen Anschauungen herübergezogen zu haben.

Gestern abend sollte eine zweite Unterhaltung stattfinden — über das Resultat derselben ist noch nichts bekannt.

Daß Sir Ernest Cassel Intimus Seiner Majestät des Königs Eduard ist, und daß er bei dem Besuch unseres Kaisers nach Windsor* eingeladen und dort mit vielen égards behandelt wurde, wird Euerer Exzellenz bekannt sein.

v. Schoen

Randvermerk von Bethmann Hollwegs:

Sir Ernest Cassel sagte mir auf meine Frage, ob er glaube, mit Herrn von Gwinner zu einer Verständigung zu gelangen, daß er das im Endergebnis hoffe, wiewohl ihm schiene, daß die Propositionen Gwinners noch ungenügend seien, wiewohl er große Besorgnisse hege, daß sich die Türkei auf die beabsichtigte Finanzierung nicht einlassen werde, und wiewohl er nicht wisse, wie sich Rußland zu der ganzen Angelegenheit stellen würde.

Ich habe mich lediglich rezeptiv verhalten. v. B. H. 15.

Nr. 9986

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Schoen an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Marschall

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 1847 Berlin, den 22. Dezember 1909

Zu Euerer Exzellenz gefälliger Information.

Sir Ernest Cassel hat während seines Berliner Aufenthalts Gelegenheit gefunden, die Frage einer englischen Beteiligung an der Bagdadbahn

---

* Vgl. Bd. XXIV, Kap. CLXXIV, Nr. 8171.

mit Direktor von Gwinner zu erörtern. Bei der letzten Besprechung der Angelegenheit hat er Herrn von Gwinner ein Schriftstück vorgelegt, in dem er den deutschen Standpunkt wiedergegeben hat. Herr von Gwinner hat dieses Schriftstück durchkorrigiert. Auf diese Weise ist die in der Anlage abschriftlich beigefügte Aufzeichnung* zustandegekommen. Direktor von Gwinner hat den Eindruck gewonnen, daß Sir Ernest Cassel mit den darin enthaltenen Ausführungen einverstanden sei und auf Grund derselben mit den Interessenten in London verhandeln wolle.

Die Frage Sir Ernest Cassels nach der Stellungnahme der Kaiserlichen Regierung zu der Bagdadbahnfrage hat Herr von Gwinner dahin beantwortet, daß er in dieser Hinsicht nicht viel sagen könne. Soviel er wisse, würde die Kaiserliche Regierung eine Verständigung der deutschen und der englischen Interessenten in der Angelegenheit sehr gern sehen. Da aber noch andere koloniale Fragen schwebten, werde sie sich mit ihrer definitiven Stellungnahme abwartend verhalten und wahrscheinlich für eine gemeinsame Erledigung aller dieser Fragen eintreten.

Sir Ernest Cassel hat erklärt, das finde er ganz natürlich: Die deutsche Regierung mache es wie die englische, sie lasse erst die Kaufleute und Finanziers unter sich verhandeln und behalte sich die eigene Entscheidung vor.

Die von Herrn von Gwinner vertretene Ansicht entspricht völlig dem Standpunkte der Kaiserlichen Regierung. Es wird hier beabsichtigt, die Betreibung der Angelegenheit zunächst lediglich den interessierten Finanzkreisen zu überlassen.

v. Schoen

Anlage

Memorandum of Conversations between Mr. Arthur von Gwinner and Sir Ernest Cassel, 13th, 14th and 15th December 1909

Berlin, 15th December 1909

Mr. von Gwinner formulated his ideas on behalf of the Bagdad Company as follows:

With the consent of the Ottoman Government a separate Company, English or Ottoman, to be formed to take over that part of the concession of the Bagdad Company which relates to the line from Bagdad to the Persian Gulf.

The capital of the new Company to be £ 300,000 nominal (£ 150,000 paid up), or a less amount as may appear sufficient for working the line.

A Construction Company to be formed, in Switzerland or elsewhere, upon lines similar to those of the construction companies formed by the Bagdad Company.

---

* Siehe Anlage.

In both these companies an interest of 50% is claimed, which is to be distributed as follows:

30% for the Bagdad Company,
10% for the Anatolian Railway, and
10% for the Turkish Government.

Mr. von Gwinner says that he has discussed the question of the distribution of the participations with Hussein Hilmi in the presence of Djavid Bey; Hussein Hilmi wished the English participation not to exceed 50%. So far as the Bagdad Company was concerned, they would have no objection to the English interests having a controlling proportion.

Mr. von Gwinner stated that the origin of this idea was Hussein Hilmi's remark asking him to come to an understanding with the English. Owing to the refusal on the part of the British Government to sanction the 4% additional Customs unless an undertaking were given that the proceeds should not be pledged to the Bagdad Railway, there might now be a moderate deficiency in the provision of the security for the 3rd series of Bagdad Bonds which are to be issued for the purpose of completing the line up to Helif. This security is based upon the excess at the Public Debt to which the Government is entitled, and which would be increased immediately if an augmentation of the customs tariff were agreed to. It is not expected that this issue will have to be made for several years yet, when the other income would cover all requirements, but both the Turkish Government and the Bagdad Company recognize that it would be an advantage to all parties if a definite arrangement relating thereto could be come to without much delay, and the Germans distinctly object to a change of the existing contract and bonds. Accordingly the Grand Vezier in the presence of the Minister of Finance suggested to Mr. von Gwinner to see whether arrangements could be made by the Bagdad Company with English interests. The discussion of the terms was confined to the respective participations.

Mr. von Gwinner explained that he had verbally informed the Turkish Government that the Bagdad Company would not insist upon the application of the 4% additional Customs beyond the Bagdad loans series 2 and 3. Their contract entitled them to this, but as they were anxious to meet the wishes of the Turkish Government and desirous not unduly to burden Turkish Finance, it would in such case be left to the Government to fix themselves a future date on which they would provide the security for the construction from Helif to the Persian Gulf.

Mr. von Gwinner states that no arrangement for handing over the Bagdad end of the line to the control of other interests would be satisfactory to the Bagdad Company nor to the Turkish Government unless it ensured the whole construction from Helif to the Gulf; this for the reason that whereas a line terminating somewhere in Upper Mesopotamia would be a burden on the Turkish Treasury, a through line would soon

pay itself and immediately increase the revenue of Turkey by a larger amount than the subvention loans would require. Mr. von Gwinner sees no other way now of carrying this out, except by assigning part of the additional Customs dues to the guaranty of the Bagdad subvention loans from Helif to the Persian Gulf. These loans would require about half a million £ sterling per annum, the distance being some 1100 kilometers, whereof about 560 kilometers between Bagdad and Basra, (outside of about 106 kilometers from Zobeir Junction to Kazima on the Gulf of Kuweit; this section may be built later). It appears from the Bagdad concession that the Turkish Government is to pay about frs. 269000 in 4% Bonds per kilometer being, at 80%, about £ 8,500 cash per kilometer. Now Mr. von Gwinner explained this amount is an average, there are kilometers that cost six times the average, and further the Bagdad Railway requires to set aside a sum not inferior to £ 2,000 on the 1100 kilometers unfinished towards a reserve required for the working of the entire line, towards gradually increasing the rolling stock and generally to fulfil the burdensome clauses of the concession. Accordingly his proposal is that, of the subvention loan for the section from Bagdad to Basra, a sum of 2000 £ per kilometer should be left to the Bagdad Railway Company, the remaining £ 6500 per kilometer being amply sufficient to construct the line from Bagdad to the Gulf to provide its rolling stock and leave a sufficient reserve in the new Company's treasury for fulfilling on this section the working of the line and conditions of the general concession. This concession for the line between Bagdad and the Persian Gulf would have to be transferred with the consent of the Turkish Government to the new company to be formed. The share which the old Bagdad Railway Company claims as its consideration, viz. the 30% interest in the new Railway and Construction Companies, would remain in the old Company's treasury.

Nr. 9987

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 455 St. Petersburg, den 27. Dezember 1909

Der Besuch des Sir Ernest Cassel in Berlin scheint Herrn Iswolsky einiges Unbehagen zu bereiten. Er redete mich auf diesen Besuch neulich an und frug mich, ob ich nähere Informationen über die von dem genannten englischen Finanzmann in Berlin gepflogenen Unterhandlungen hätte. Als ich diese Frage verneinte, bemerkte der Minister, er nehme an, daß es sich vorerst nur um Besprechungen zwischen Finanziers gehandelt habe. Im übrigen behalte man hier in Erinnerung, daß englischerseits vor zwei

Jahren der Standpunkt vertreten wurde, die Regelung der Bagdadbahnfrage könne nur durch eine Vereinbarung „à quatre" erfolgen. Was Rußland betreffe, so halte es an seinem bisherigen Standpunkt in der Angelegenheit sowie an den in der Sache gegebenen Zusagen fest.

Da ich über den gegenwärtigen Stand der Angelegenheit nicht unterrichtet bin, habe ich es vermieden, mich auf eine weitere Erörterung derselben einzulassen.

F. Pourtalès

Nr. 9988

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Schoen an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 2329 Berlin, den 31. Dezember 1909
[abgegangen am 6. Januar 1910]

Zu Euerer Exzellenz gefälliger vertraulicher Information.

Direktor von Gwinner hat in der Bagdadbahnfrage das abschriftlich beigefügte Schreiben Sir Ernest Cassels* vorgelegt, wonach die englischen Finanziers mit der in dem Memorandum vom 15. d. Mts.** vertretenen deutschen Auffassung der Angelegenheit im allgemeinen einverstanden sind. Nur verlangen sie, daß ihnen bezüglich der Strecke Bagdad—Kueit nicht 50, sondern 60 % überlassen werden. Herr von Gwinner hat dies Verlangen in dem in Abschrift angeschlossenen Schreiben vom 27. d. Mts.*** mit Rücksicht auf den ihm von Hilmi Pascha entwickelten türkischen Standpunkt ausweichend dahin beantwortet, daß er den Engländern nur anheimstellen könne, sich dieserhalb eventuell an die Türken zu wenden.

Der Berliner Besuch Sir Ernest Cassels ist nach dem ferner abschriftlich beifolgenden Bericht des Kaiserlichen Botschafters in St. Petersburg vom 27. d. Mts.† Herrn Iswolsky nicht entgangen. Aus den französischen Kammerverhandlungen erhellt, daß auch Herr Pichon der Angelegenheit besondere Aufmerksamkeit widmet. Daß wir gegenüber dem aus diesem Anlaß in St. Petersburg wie in Paris von neuem zutage getretenen Wunsche nach Verhandlungen à quatre über die Bagdadbahnfrage an unserem bisherigen ablehnenden Standpunkte festhalten, bedarf keiner besonderen Betonung. Es liegt auf der Hand, daß wir uns aus den bekannten Gründen weder auf derartige Verhandlungen noch auch auf förmliche Internationalisierung des deutschen Unternehmens einlassen können.

v. Schoen

* Siehe Anlage.
** Siehe Anlage zu Nr. 9986.
*** Hier nicht abgedruckt.
† Siehe Nr. 9987.

Anlage

Private London, 22nd December 1909

On my return from Berlin I found rather disquieting telegrams from Cairo relating to my daughter's health, and I have decided to leave tomorrow for Egypt, in order to join her there. This unavoidable change in my plans is highly inconvenient, from many points of view, but I hope that, with regard to our Bagdad discussions, it will not be a serious drawback, inasmuch as Sir Henry Babington Smith will be here until after the beginning of the New Year, and when he has to go back to Constantinople, no doubt an efficient representative — probably Lord Revelstoke or Mr. Sidney Peel — will be found to deal with any question that may arise. Meanwhile will you be good enough to address your reply to this letter to Sir Henry Babington Smith, c/o National Bank of Turkey, 50 Cornhill, London, E. C., and perhaps you will indicate to him what is the next step that you propose to take in the matter?

I have had an opportunity of discussing with my friends here the views you expressed, as embodied in the Memorandum of our conversations. As I expected, nothing short of absolute control of both the construction and the working companies would be satisfactory to us, and the maximum interest that we could allow to other parties would be 40%. The manner in which that 40% is distributed would be immaterial to us.

A great deal of discussion took place about the £ 2000 per kilometer, but finally the view prevailed that from the English standpoint the proposal to let this amount revert to the Bagdad Company was fair and reasonable and that under the circumstances it should be accepted without bargain or barter. This would, of course, be subject to a provisional examination of the cost of construction, the result of which, I have no doubt, would not differ materially from the figures given to me confidentially by you.

I am pleased to add that the suggestion which we discussed in Berlin of a 25% interest for you in anything we might undertake in Mesopotamia, subject to reciprocity to the same extent in anything you might undertake on your part of the line, is also favourably entertained.

(signed) E. Cassel

Nr. 9989

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 4 Pera, den 4. Januar 1910

Auf dem Gebiete der innern türkischen Politik hat der vergangene Monat zwei wichtige Ereignisse gebracht: den Sieg des Kabinetts Hilmi

und den Sturz desselben. In beiden Fällen handelte es sich um die bekannte „Lynchfrage". An sich betrachtet sind solche raschen Witterungsumschläge nichts Ungewöhnliches. Auch anderwärts kommt es in parlamentarisch regierten Ländern vor, daß eine Frage, die heute die Regierung zum Siege geführt, am nächsten Tage zum Steine wird, über den sie zu Falle kommt. Aber hier zu Lande vollzieht sich auch das alla turca, was europäischen Ursprungs ist. Die neue Türkei sucht in ihrem Verfassungsleben das Ausland, vor allem Frankreich zu imitieren. Was sie aber auf diesem Gebiete zustande bringt, ist lediglich Karikatur. So auch hier. Nach zweitägiger Redeschlacht hatte vor kaum drei Wochen das Kabinett Hilmi in der Lynchfrage mit überwältigender Mehrheit ein Vertrauensvotum erhalten. Vor drei Tagen beschloß das Komitee in geheimem Konventikel, daß Hilmi Pascha demissionieren müsse. Darauf verschwand dieser lautlos von der Bildfläche*, ohne auch nur einen Versuch gemacht zu haben, sich vor der Öffentlichkeit zu rechtfertigen. Dabei glauben die Komiteetürken im Besitze des waschechten, modernsten Parlamentarismus zu sein!

Unzweifelhaft hat der bisherige Großwesir in der Frage der Schiffahrt auf Tigris und Euphrat verhängnisvolle Fehler begangen. Als mildernden Umstand kann man ihm zurechnen, daß er sich von dem Finanzminister Dschawid Bey bestricken ließ, der ihm an Schlauheit weit überlegen ist und mit Sir Ernest Cassel bei dessen jüngster Anwesenheit in Konstantinopel nach allgemeiner Ansicht intimere Beziehungen angeknüpft hat, als dies mit der vielgepriesenen Integrität des neuen Regimes vereinbar war[1]. Was Dschawid versprochen, hat Hilmi übernommen. Versprechungen müssen gehalten werden. Und England drohte. Trotzdem wäre es den türkischen Staatsmännern wohl möglich gewesen, auch bei Erfüllung der den Engländern gegebenen Zusage wenigstens den odiosesten Teil aus der Konzession zu beseitigen, nämlich das Monopol. Nach dem türkischen Zivilrecht, das im wesentlichen eine Nachahmung des französischen Code civil bildet, sind die großen schiffbaren Flüsse „mubah", das heißt zum allgemeinen Gebrauch bestimmt. Das ist eine Paraphrase des Artikels 538 des Code civil, der die großen Flüsse den Staatsstraßen gleichstellt und beide für „domaine public" erklärt. Im Widerspruche mit diesem Grundsatze hat Sultan Abdul Hamid vor einigen Jahren die Schiffahrt auf Tigris und Euphrat zum „Monopole der Zivilliste" gemacht. Nun waren die Türken in der taktisch überaus günstigen Lage, den Engländern sagen zu können: „Das Schiffahrtsmonopol in Mesopotamien war ein Auswuchs des alten tyrannischen Regimes. Mit Wiederherstellung der Verfassung ist eine Einrichtung verschwunden, die aus einer natürlichen Wasserstraße eine Erwerbsquelle der Krone macht. Wir haben den Grundsatz wiederhergestellt, für den England seit zwei Jahrhunderten in der ganzen Welt erfolgreich gekämpft hat, und der heute in der ganzen zivilisierten Welt

* 28. Dezember 1909.

gilt, nämlich der Freiheit der Schiffahrt". Statt diese Sprache zu führen, die England, ohne sich selbst zu verleugnen, schwerlich zu einem Konfliktsfall machen konnte, haben die türkischen Staatsmänner die Fortexistenz des Monopols in dem Sinne anerkannt, daß dasselbe von der Zivilliste auf den Staat übergegangen sei. Sie haben zugesagt, dasselbe an eine von Mr. Lynch zu gründende neue Gesellschaft zu verkaufen. Die Regierung sollte die Hälfte des Aktienkapitals in der Form von 160000 Ltqs. liberierter Aktien erhalten, dagegen im Aufsichtsrat die Stimme des englischen Präsidenten ausschlaggebend sein. Dem türkischen Verlangen, daß die neue Gesellschaft eine „ottomanische" sei und alle Schiffe die türkische Flagge führen, haben die Engländer alsbald zugestimmt. Eine interessante Parallele zu unseren alldeutschen Patrioten. Während diese auf Äußerlichkeiten den höchsten Wert legen und die vaterländischen Interessen in Gefahr glauben, wenn sie bei deutschen Unternehmungen im Auslande nicht überall die deutsche Flagge und in Wort und Schrift die deutsche Sprache finden, sieht der praktische Engländer nur auf die Sache, nicht auf die Etikette. In Ägypten weht überall die türkische Flagge. Auch die ägyptischen Schiffe führen dieselbe. Aber das Land selbst ist englisch und wird es nach menschlicher Voraussicht auch bleiben. Kommt der Lynchvertrag, wie er entworfen ist, wirklich zustande, so wird Mesopotamien trotz der türkischen Flagge demselben Geschicke anheimfallen.

Der schwerste Vorwurf, welcher Hilmi trifft, besteht darin, daß er den arabischen Sturm gegen das englische Schiffahrtsmonopol nicht vorhergesehen und, als er eintrat, nicht verwertet hat. Seit Jahrzehnten ist die englische Politik bestrebt, nach dem Grundsatze „divide et impera" zwischen Türken und Arabern Zwietracht zu säen. So im Jemen, im Hinterlande von Aden, in Kueit und anderwärts. Neuerdings sind diese Bestrebungen auch auf Palästina und Syrien übergesprungen. In den Rahmen dieser Politik gehört auch die jüngste Reise des Khediven nach Mekka. Ein hochgestellter arabischer Fürst an den heiligen Stätten muß natürlich bei der arabischen Bevölkerung die noch immer schmerzhafte Wunde neu aufreißen, die einst der Übergang des Kalifats auf die Türken ihr zugefügt hat. Diese Wirkung dient englischen Zielen, und Abbas Hilmi, wenn er auch im vertrauten Kreise über seine „Bedrücker" bittere Klagen führt, ist doch nur ein willfähriges Werkzeug in ihren Händen. Als nun angesichts jener zentrifugalen Bestrebungen die arabische Bevölkerung zweier großer Provinzen von der türkischen Regierung Schutz gegen englische Umklammerung begehrte, bot sich der türkischen Staatskunst die Chance eines Erfolges, der die Gefahr etwaigen englischen Stirnrunzelns weit überwogen hätte, nämlich die Bekundung einer türkisch-arabischen Interessengemeinschaft gegenüber englischen Gelüsten. Gemeinsame Feldzüge, auch wenn sie nicht militärischer, sondern nur politischer Natur sind, bilden stets einen Kitt zwischen verschiedenen Nationalitäten. Aber so weit denken die Türken nicht. Die arabischen Abgeordneten, welche zum großen Teile ihren türkischen Kol-

legen an Intelligenz, allgemeiner Bildung und Beredsamkeit weit überlegen sind, haben alsbald den Kern der Lynchfrage erkannt und klar gesehen, daß es sich dabei am letzten Ende um Mesopotamien handle. Ein englisches Schiffahrtsmonopol auf dem Tigris bis Mosul und auf dem Euphrat bis in die Nähe von Biredjik müßte den Engländern eine wirtschaftliche Präponderanz gewähren, die notwendig zur politischen Herrschaft führen würde. Speziell die Abgeordneten von Bagdad haben aus eigener Wahrnehmung bekundet, daß schon bisher die Lynchkapitäne Politik trieben, indem sie mit den aufrührerischen Scheiks intime Verbindungen unterhielten. Aber alle ihre Vorstellungen, alle Hinweise auf die geschichtlich konstatierte Tatasche, daß wirtschaftliche Konzessionen, die sich England in schwächeren Staaten gewähren ließ, regelmäßig Vorläufer der englischen Herrschaft gewesen sind, fanden auf der Pforte nur taube Ohren[2]. Es waren Versprechungen gegeben worden. Und England drohte mit Kreta*. Wer die Türken nicht kennt, wird gar nicht verstehen, wie man sich wegen Kreta zu Konzessionen an England in Mesopotamien einlassen kann. Der Kenner der türkischen „Mentalität" begreift dies. Kreta ist heute, Mesopotamien morgen. Die kretische Frage ist aktuell; was aus Mesopotamien wird, gehört einer ferneren Zukunft an. Was in fünf oder gar in zehn Jahren geschieht, steht außerhalb des türkischen Gesichtskreises.

So hat Hilmi Pascha die Gelegenheit versäumt, Türken und Araber zum Widerstand gegen englische Ansprüche zu vereinigen. Auf der anderen Seite hat er den Engländern die Lynchkonzession noch wertvoller gemacht, indem sich die Aussicht eröffnete, daß sie sich zum Streitgegenstand zwischen Türken und Arabern entwickeln werde. Man hätte nun glauben sollen, daß Hilmi Pascha gegenüber diesen Schwierigkeiten Deckung im Parlamente suchen werde. Versprechungen konstitutioneller Minister haben doch stets den stillschweigenden Vorbehalt, daß das Parlament die Zustimmung zu ihrer Erfüllung geben werde. Bestand wirklich ein dem Staate gehöriges Schiffahrtsmonopol für Tigris und Euphrat, so konnte dasselbe nicht ohne Gesetz an eine private Erwerbsgesellschaft übertragen werden. Aber auch hier war das Verhalten des Großwesirs schwer begreiflich. Er suchte zunächst eine Interpellation über die Lynchfrage zu verhindern. Als dieser Versuch an der Intransigenz der arabischen Abgeordneten, welche aus der Interpellation eine nationale Sache zu machen erklärten, gescheitert war, nahm er die Interpellation an, weigerte sich aber, die Lynchkonzession, falls sie zum Abschluß gelange, der Kammer zu unterbreiten. In der Sitzung vom 11. Dezember vertrat er die These, daß „Konzessionen irgend welcher Art, die an Private erteilt werden, nur dann der parlamentarischen Genehmigung bedürfen, wenn dieselben das Budget belasten". Die These ist staatsrechtlich ganz unhaltbar. Bestände sie zu Recht, so könnte eine Regierung im administrativen Wege

* Vgl. dazu Kap. CCIX.

alles staatliche Hab und Gut an Regalien, Monopolen und Hoheitsrechten an die meistbietenden Privatleute oder Syndikate verkaufen. Denn ein Verkauf wird nie das Budget belasten, sondern im Gegenteil Geld einbringen, und zwar um so mehr, je wertvoller das staatliche Recht ist, das zur Veräußerung gelangt. In der Kammer hat denn auch die Erklärung Hilmis anfangs auf fast allen Seiten Widerspruch gefunden. Nur muß man sich nicht denken, daß hier irgend ein Abgeordneter imstande wäre, eine Rechtsfrage in zusammenhängender, logischer Weise zu erörtern. Nur die arabischen Abgeordneten und von den Türken der talentvolle Vertreter von Kutahia haben die Lynchfrage sachlich behandelt und die schweren Gefahren, die sie heraufbeschwören müßte, geschildert. Die Sitzung verlief sehr stürmisch. Beinahe wäre es zwischen Anhängern und Gegnern von Lynch zu Tätlichkeiten gekommen. Am ersten Tage bestand die Mehrheit zweifellos aus Gegnern der Konzession, und das Kabinett wäre gefallen, wenn eine definitive Abstimmung stattgefunden hätte. Am folgenden Tage, an dem wegen des Sonntags keine Sitzung stattfand, gelang es dann Hilmi, der selbst der Besprechung beiwohnte, den Sturm zu beschwören. Welche Pressionsmittel er dabei angewendet, ist im einzelnen nicht bekannt geworden. Daß dabei die voraussichtliche Wirkung einer Ablehnung der Lynchkonzession auf die englische Politik eine Rolle gespielt hat, wird mir von vielen Seiten bestätigt. So bot die zweite Sitzung über die Interpellation ein weit harmloseres Bild. Es wurde, da die Sache entschieden war, kaum mehr diskutiert. Mit 168 gegen 8 Stimmen erhielt das Kabinett ein Vertrauensvotum, nachdem etwa 60 bis 70 der dissentierenden Abgeordneten protestierend die Sitzung verlassen hatten.

Das Kabinett Hilmi ist dieses Sieges niemals froh geworden. Um der Gefahr vorzubeugen, daß durch etwaige Entschädigungsforderungen der Lynchgesellschaft am Ende doch das Budget belastet werden könne, hat die Pforte nachträglich Lynch die Bedingung gestellt, daß, falls Tigris und Euphrat durch die Bewässerung Mesopotamiens die Schiffbarkeit verlören, er keine Ansprüche an die türkische Regierung stellen werde. Das Ansinnen ist seltsam. Denn wenn ich für schweres Geld ein Schiffahrtsmonopol verkaufe, so kann ich doch unmöglich vom Käufer verlangen, daß er ruhig zusehe, wenn ich ihm durch eigene Handlungen das Wasser entziehe, das für die Schiffahrt unumgänglich ist. Lynch hat denn auch abgelehnt und die Gegenforderung gestellt, daß im erwähnten Falle die Pforte die Konzession zurückkaufe. Das kann die Pforte wieder nicht gewähren, da die Konzession dann wieder das Parlament passieren müßte. So steht augenblicklich die Lynchfrage. Wie die Verhandlungen enden werden, ist ungewiß.

Weit größere Sorgen bereiteten aber dem Kabinett die Nachrichten aus Bagdad und Mesopotamien. Die Kunde von dem Verlaufe der Kammersitzung hat zunächst in dortigen Handelskreisen lebhafte Entrüstung hervorgerufen, die in Telegrammen an die Abgeordneten ihren Ausdruck fand. Die Versuche der Regierung zu beschwichtigen blieben ohne Erfolg.

Von den Handelskreisen ging die Bewegung auf die Bevölkerung über. Große Protestmeetings wurden abgehalten, deren Resolutionen telegraphisch an die Regierung, den Senat und die Kammer übermittelt wurden. Diese Kundgebungen scheinen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig zu lassen. Ein Senator sagte mir: „Nous avons reçu de Bagdad de terribles télégrammes". Die anfängliche Nachricht, daß in Bagdad und Mesopotamien ernste Unruhen ausgebrochen seien, hat sich zwar nicht bewahrheitet. Immerhin ist die Erregung in jenen Gegenden so bedeutend, daß die Pforte beschlossen hat, den General Nazim Pascha mit außerordentlichen Vollmachten nach Bagdad zu entsenden. Auch von der Verhängung des Belagerungszustandes über jenes Wilajet war im Ministerrate die Rede. Als die arabischen Abgeordneten davon erfuhren, erklärten sie auf der Pforte, sie würden in ihrer überwiegenden Mehrheit an den Arbeiten der Kammer nicht mehr teilnehmen und Konstantinopel verlassen, falls eine solche Maßregel beschlossen werde.

Nach dem geschilderten Verlaufe ist die ganze Lynchfrage von Anfang bis zu Ende in der denkbar unglücklichsten Weise geführt worden. Obgleich die dadurch geschaffene Lage für Hilmi Pascha eine sehr schwierige geworden war, so dachte doch niemand daran, daß sein Sturz nahe bevorstehe. Wiederum ein Beweis dafür, daß man trotz sorgfältiger Beobachtung hier unmöglich heute vorhersehen kann, was sich morgen auf innerpolitischem Gebiete ereignen wird. Noch am Montage, dem regelmäßigen Empfangstage, hatte Hilmi Pascha eine Reihe von Botschaftern und Gesandten gesehen. An demselben Abend kam der Chef der Komiteepartei zu ihm und teilte ihm mit, daß diese seine Demission beschlossen habe. Dieser Vorgang ist charakteristisch für die bestehenden Zustände. Im Bewußtsein seiner Allgewalt setzt das Komitee sich nicht nur über parlamentarische Gebräuche und Regeln, sondern auch über die Verfassung hinweg. Es greift direkt in die Prärogative des Sultans ein, dem verfassungsmäßig allein die Ernennung und Entlassung des Großwesirs zusteht. Ein selbstbewußter Staatsmann konnte auf jene Mitteilung nur eine Antwort geben: „Wenn ich Euer Vertrauen verloren habe, so interpelliert mich aus irgend einem Anlaß. Dann werde ich öffentlich Red' und Antwort stehen. Erteilt Ihr mir ein Mißtrauensvotum, so kennt die Verfassung zwei Wege: entweder ich gehe oder Ihr geht. Darüber, welcher von diesen beiden Wegen einzuschlagen ist, werde ich dann die Entscheidung Seiner Majestät des Sultans einholen." Zu dieser Antwort hat Hilmi nicht die Kraft gefunden. Er hat alsbald sein Demissionsgesuch geschrieben und dem Sultan überbracht. Diese schwächliche Haltung hat mich nicht überrascht. Bei aller Anerkennung , die ich der Intelligenz, dem Pflichtbewußtsein und der Ehrlichkeit Hilmis zolle, muß ich wahrheitsgemäß sagen, daß er nach meiner Wahrnehmung und nach der meiner Kollegen dem Komitee gegenüber ein schwankendes Rohr war, das jeder Windhauch von dort bald nach der einen, bald nach der anderen Seite in Bewegung setzte. Als General-

inspektor Mazedoniens galt Hilmi als energischer Mann. Als Großwesir war er es nicht mehr. Unwillkürlich drängt sich der Gedanke auf, daß er in jenen kritischen Julitagen in Mazedonien vor Wiederherstellung der Verfassung dem Komitee einen Treueid geschworen hat, der ihm jede Opposition unmöglich machte. Dann hätte er freilich die Stelle als Großwesir niemals annehmen dürfen.

Sultan Mehmed V., den man bisher als willenloses Werkzeug der heutigen Machthaber zu betrachten gewohnt war, hat, als ihm die Demission überreicht wurde, gezeigt, daß er mehr politischen Sinn und bessere Nerven besitzt als sein erster Beamter. Der hohe Herr hat alles aufgeboten, um Hilmi Pascha zur Zurücknahme seiner Demission zu bewegen, und hat ihm sogar die Auflösung des Parlamentes angeboten. Dieses Angebot bekundet ein Autoritätsgefühl, dessen weitere Entwickelung im Interesse des Landes dringend zu wünschen wäre. Aber alle Vorstellungen waren umsonst. Hilmi beharrte auf seinem Entschluß und wies den Gedanken einer Kammerauflösung zurück.

Die Behandlung, welche das Komitee dem verdienten Staatsmanne Hilmi Pascha angedeihen ließ, hat natürlich in allen Kreisen, die nicht im Banne des Komitees stehen, die schärfste Kritik hervorgerufen. Auch im Auslande hat das Komitee eine schlechte Presse. Gegen diese Kritiker wendet sich im gestrigen „Tanin" der gefürchtete und weithin gehaßte Hussein Dschahid. Das Ausland, so führt er aus, kennt unsere Sitten und Gebräuche nicht. Wir Orientalen sind höfliche Leute. Die Demission des Großwesirs war von der Majoritätspartei beschlossen worden. „Es ist aber höflicher, dies dem leitenden Staatsmanne in vertraulicher Weise mitzuteilen, als ihm in öffentlicher Sitzung ein Mißtrauensvotum zu erteilen." Wer diesen Artikel liest, muß staunen über die Ignoranz, welche dem Verfasser die Feder geführt hat. Daß Beschlüsse, welche parlamentarische Parteien in ihren Konventikeln fassen, lediglich Direktiven für die Haltung der Partei sind, daß sie wirksam erst dann werden, wenn sie in der Plenarsitzung ordnungsmäßig diskutiert und durch die Majorität angenommen sind, daß es ein Recht der Minorität gibt, vor jeder Entscheidung gehört zu werden, daß auch die Wähler ein Interesse haben, zu wissen, was vorgeht — das alles ist den Leuten unbekannt. Sie haben noch nicht einmal das A B C des parlamentarischen Lebens gelernt.

Marschall

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Geschmiert

[2] sie waren mit Gold gestopft

Schlußbemerkung des Kaisers:

Vorzüglich

Nr. 9990

Promemoria

Reinschrift

Vom englischen Botschafter in Berlin Sir Edward Goschen am 15. Januar dem Auswärtigen Amt übergeben

Secret January 14, 1910

During a recent conversation* Your Excellency referred to Sir E. Cassel's visit to Berlin and the discussions between that gentleman and Herr Gwinner. Your Excellency said, quite loyally and frankly, that it was quite possible that Herr Gwinner and Sir E. Cassel might come to an agreement on the subject as far as the commercial and financial interests involved in the question were concerned, but that it did not necessarily follow that the Imperial Government would see their way to confirming such an agreement, at all events at once. You added that I was not to think that the Imperial Government had any objection in principle to British participation, because that was far from being the case. But the fact was that public opinion in Germany would be certain to find fault with the Imperial Government unless the latter could show that there was to be some return for what would be certainly regarded as a concession. The so-called Lynch Monopoly would not improve matters and there would be a universal cry that German interests were being sacrificed with nothing to show on the credit side of the account.

After repeating that the Imperial Government had no wish to raise any objection to British participation in the Bagdad Railway, Your Excellency gave me to understand that, as, owing to events in England, there was no immediate hurry, there would be plenty of time to discover some means by which German public opinion could be satisfied that the advantage was not wholly on the side of England; and you suggested that perhaps some means could be found on the resumption of the discussion with regard to the future relations between Great Britain and Germany.

In reply I stated that Your Excellency need not regard events in England as any obstacle to negotiations on the subject of the Bagdad Railway, because, as I had already had the honour to inform you, Sir E. Grey was perfectly ready to discuss the matter with the Imperial Government as soon as the parties directly interested in the matter as a commercial undertaking had exchanged their views on the subject. I added that it was obviously impossible for me, without knowing the result of the discussions between the two financial groups, either to agree or disagree with you as to the effect which any understanding that might be come to would have upon German public opinion, but that I thought that as the discussions had

* Über diese Konversation des Reichskanzlers mit dem englischen Botschafter findet sich keine Aufzeichnung bei den Akten, es ist nicht einmal festzustellen, an welchem Tage sie stattfand.

apparently been initiated by Herr Gwinner and were in his capable hands, it was fairly certain that the interests he represented would not suffer much in any arrangement which he might suggest or accept, at all events to a degree which would shock German public opinion.

I reported the substance of this conversation to Sir E. Grey and in a despatch which I have just received he makes the following observations upon it.

In the first place he states that he is exceedingly obliged for your very frank explanation of the attitude of the Imperial Government towards the participation of His Majesty's Government in the construction and control of the Gulf section of the Line, although somewhat disappointed to learn that even if the Financiers arrive at an agreement acceptable to His Majesty's Government, the Imperial Government may find it difficult at any rate at the present moment, to confirm it owing to the opposition which is to be anticipated from German public opinion. With regard to this point he wishes me to remind you that, so far as His Majesty's Government are aware, it was Herr Gwinner who first approached Sir E. Cassel on the subject of British participation and that the initiative in no way proceeded from the British group, still less from His Majesty's Government who have made no move in the matter since the discussion which took place at Windsor in 1907. Sir Edward Grey desires me to add that when His Majesty's Government were first informed that Herr Gwinner had made overtures to the British group they assumed that the Imperial Government were not unaware of the proposals which had been put forward, presumably after due consideration of the advantages of British participation.

Sir Edward Grey then makes the following observations:

The Imperial Government are aware of the attitude of His Majesty's Government towards the present discussion. Should an agreement be arrived at by the Germans which is in all respects satisfactory to His Majesty's Government, they would be perfectly willing to sanction participation after due discussion with the Governments of France and Russia, and they would welcome the conclusion of an agreement on a question which has been long outstanding and which has, they fear, occasioned some soreness of feeling between the two countries.

But the suggestion that the German Government regard British participation in the light of a concession and that some quid pro quo will be required from the British Government in return, in order to make the arrangement acceptable to the German people, is one which His Majesty's Government cannot entertain.

His Majesty's Government consider that any advantages which may accrue to them from participation in the railway will be more than equally shared by Germany, especially when it is remembered that the consent of His Majesty's Government to the increase of the Turkish Customs duties by 4% would follow upon the conclusion of an agreement, thus imposing

for the advantage of the Bagdad Railway, which has a lien upon the Customs revenue, an additional burden upon the foreign trade of Turkey, of which such a large proportion is British.

Public opinion in this country would, it may safely be said, welcome an agreement with Germany on equitable lines but any attempt on either side to obtain special advantages or to overload the agreement with extraneous questions might overreach the mark and, far from improving the feeling between the two countries, react injuriously upon the harmonious relations now existing between the two Governments.

As in your conversation with me you mentioned the Lynch concession, Sir E. Grey wishes me to explain to Your Excellency that this question seems to be the subject of some misunderstanding in Germany. British vessels were accorded the right to navigate the Euphrates and Tigris by Firmans of 1834 and 1841, and a company was formed by Messrs. Lynch in 1862 for the purpose of navigating these rivers. Ever since that time this firm have maintained their steamers on the rivers. The present negotiation merely relates to the amalgamation of Lynch's concession with the Turkish Hamidie Company and the transformation of what has been an entirely British concession for so long a period into a Turkish company in which Lynch has a share.

No new rights have been acquired: on the contrary Mr. Lynch is surrendering rights which he has enjoyed many years and is amalgamating his interests with those of a Turkish Company.

It is also to be observed that the contemplated participation of British interests in the Bagdad Railway is not an advantage additional to the Lynch concessions, but may possibly impair that concession and at any rate will be in the same region. Even if the new Lynch concession were granted and a participation of British interests in the Bagdad Railway admitted, Great Britain would only have a controlling interest in means of communication in which this country has for a long time had a vested interest through the Lynch steamers. Nothing more will have been accomplished than what will have been essential to prevent that long established interest from being crushed out by new developments.

Nr. 9991

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 26
Vertraulich

Wien, den 17. Januar 1910

Euerer Exzellenz hatte ich seinerzeit die Ehre eine der hiesigen „Politischen Korrespondenz" zugegangene Mitteilung aus Paris vorzulegen, die dahin ging, daß auch von seiten Frankreichs die Erhöhung

der türkischen Zölle von 11 auf 15% nur unter der Bedingung genehmigt werden würde, daß der Mehrerlös nicht zugunsten der Bagdadbahn Verwendung finde. Zur Kontrolle dieser Nachricht habe ich durch eine befreundete Seite, die viel auf der hiesigen französischen Botschaft verkehrt, ganz unauffällig Herrn Crozier darüber sondieren lassen, ob und wie die französische Regierung zu dieser Frage Stellung genommen habe. Der Botschafter hat sich, wie mir mein Gewährsmann mitteilt, ihm gegenüber dahin geäußert, daß zurzeit zwar noch kein Anlaß vorliege, in dieser Angelegenheit eine definitive Entscheidung zu treffen, daß aber, falls England auf der fraglichen Bedingung bestehen bleibe, Frankreich „sich in dieser Frage von England nicht werde trennen können".

Im Anschluß an diese Mitteilung kam mein über die Vorgänge in Frankreich stets unterrichteter Gewährsmann auf die allgemeine Richtung der gegenwärtigen französischen Politik zu sprechen. Er meinte, daß, wenn auch Herr Clemenceau entschieden anglophil gewesen sei, dieser Staatsmann doch in erster Linie bestrebt gewesen sei, eine selbständige Politik zu machen, et il ne s'est pas toujours laissé entraîner par les ministres anglais. Seit Herrn Clemenceaus Abgang* sei hierin allmählich eine Wendung eingetreten, und in neuerer Zeit sei ein Wachsen des englischen Einflusses in Paris und eine größere Abhängigkeit der französischen Politik von London zu beobachten. Das weitere Hinabgleiten der französischen Politik zu einem Instrumente Englands hänge wohl zum Teil damit zusammen, daß der Ministerpräsident, Herr Briand, sich um die auswärtige Politik nicht kümmere, sondern sich ganz von den inneren Fragen absorbieren ließe. Herr Briand sei aber der einzige bedeutende Kopf des Ministeriums, der auch genügende Festigkeit und Autorität der Kammer und dem Lande gegenüber besitze, um eine selbständige auswärtige Politik zu vertreten. Herr Pichon sei ja gewiß ein ganz geschickter Auswärtiger Minister, aber ohne eigene Ideen und allzu weich und nachgiebig. Man werde sich jedenfalls darauf einrichten müssen, in nächster Zeit die beiden Mächte Frankreich und England noch geschlossener als bisher zusammengehen zu sehen.

von Tschirschky

Nr. 9992

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 33
Vertraulich

Paris, den 20. Januar 1910

Die im Dezember des vergangenen Jahres stattgehabten Verhandlungen des Herrn von Gwinner mit Sir Ernest Cassel in der Bagdadbahn-

* 20. Juli 1909.

frage sind hier natürlich nicht verborgen geblieben und scheinen Finanz und Regierung in lebhafte Erregung versetzt zu haben.

Offensichtlich nur zu dem Zweck, um über die Bagdadbahn zu sprechen, hatte kürzlich ein dem Botschaftsrat gut bekannter hiesiger Finanzier diesen und den früheren Finanzminister Caillaux zu sich zum Frühstück geladen. Dabei wurde das Gespräch bald auf die Bagdadbahn gebracht, und ungeachtet der ablehnenden Haltung des Herrn von der Lancken, der gänzlich unorientiert zu sein erklärte, wurde das Thema eingehend behandelt. Die Ausführungen der Herren lassen sich dahin zusammenfassen, daß man hier, und zwar gleichmäßig bei Finanz und Regierung, aufs peinlichste überrascht worden sei durch die Kunde, Deutschland und England versuchten sich in der Bagdadbahnfrage zu verständigen und wollten Frankreich an der Verständigung nicht teilnehmen lassen. Deutschland würde um so klüger handeln, auch Frankreich hineinzunehmen, als ohnehin die Einigungsversuche Gwinner-Cassel ein praktisches Ergebnis nicht haben dürften. (Cassel soll, so wurde wenigstens behauptet, seinen hiesigen Vertrauten gesagt haben, die Gwinnerschen Vorschläge seien zwar von ihm diskutiert worden, schienen ihm aber kaum eine Basis für die Sicherung des Zustandekommens des ganzen Unternehmens bilden zu können.) Frankreich stelle keine übertriebenen Ansprüche, sei auch durchaus einverstanden damit, daß der vorwiegend deutsche Charakter des Werkes gewahrt bleibe. Die Franzosen müßten sich jedoch durchaus dem entgegenstemmen, daß man versuchte, ohne sie, was so viel heiße wie gegen sie, die Bahn zustande zu bringen. Die Herren ließen durchblicken, daß die französische Finanz eventuell Deutschland in manchen Dingen unbequem werden könnte. Hier allein griff der Botschaftsrat ein, indem er mit Nachdruck erklärte, Deutschland sei auch wirtschaftlich stark genug, um ohne Schwierigkeit auf finanzielle Hülfe Frankreichs verzichten zu können. Jedenfalls wäre ein Vorgehen, das irgendwie nach Drohung aussehe, der falscheste Weg, wenn man zu einem Zusammengehen mit uns auf irgend welchem Gebiete gelangen wolle. Dieser Hinweis veranlaßte besonders Herrn Caillaux, sofort einen sehr entgegenkommenden Ton anzuschlagen.

Radolin

Nr. 9993

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Marschall

Privatbrief. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Freiherrn von dem Bussche-Haddenhausen

Ganz vertraulich Berlin, den 6. Februar 1910

Euere Exzellenz werden sich erinnern, daß ich mit Ihnen auf der Fahrt nach Wilhelmshöhe die Frage eines mit England zu schließenden

Flottenabkommens*, verbunden mit einer allgemeinen politischen Verständigung, besprochen habe. Ich habe seitdem die Frage in mehreren streng vertraulichen Unterredungen mit Sir Edward Goschen erörtert; die Verhandlungen sind aber ins Stocken geraten, weil die liberale Regierung den Ausfall der Wahlen** abwarten wollte. Über mehr oder weniger allgemein gehaltene Besprechungen sind die Verhandlungen nicht hinausgekommen; namentlich sind keine bestimmten Vorschläge gemacht worden.

Nachdem jetzt die Wahlen mit einer wenig zuverlässig erscheinenden Majorität der bisherigen Regierung geendet haben, frage ich mich, ob die Engländer die Frage eines Flottenabkommens wieder anregen werden. Ich werde warten, bis die Angelegenheit wieder von englischer Seite angeschnitten wird. Was ich nach dem in Abschrift angeschlossenen Promemoria der englischen Botschaft in Berlin*** befürchte, ist, daß England den Versuch machen wird, die Bagdadbahnfrage unabhängig von der Flottenfrage und der allgemeinen politischen Verständigung zu lösen. Da die Bestrebungen Englands in der Bagdadbahnfrage dahin zielen, die Kontrolle über die Strecke Bagdad—Persischer Golf zu erhalten und hierin eine Aufgabe deutscher Rechte erblickt werden würde, kann ich ein Abkommen über die Bagdadbahn nur dann vor der öffentlichen Meinung Deutschlands vertreten, wenn ich in der Lage bin, auf Kompensationen hinzuweisen. Bei einem allgemeinen politischen Abkommen würden die Kompensationen in diesem selbst zu finden sein. Kommen wir zu keinem Abkommen allgemeiner Natur, so muß eine Verständigung über die Bagdadbahn mit anderen Kompensationen verbunden werden.

Meines Erachtens ist nicht daran zu denken, daß englische Kolonien mit Selbstverwaltung zum Vorteil des Mutterlandes Rechte aufgeben würden — ich denke da zum Beispiel an die Walfischbai. Ich möchte mir nun erlauben, an Euere Exzellenz die Frage zu richten, ob wir nicht in der Türkei selbst Kompensationen finden könnten. Im Auswärtigen Amt ist mit Herrn von Gwinner die Frage besprochen worden, ob nicht eine deutsche Beteiligung bei der Schiffahrt auf dem Euphrat und Tigris ins Auge gefaßt werden könnte, was unsere öffentliche Meinung ohne Zweifel als einen deutschen Erfolg ansehn würde. Herr von Gwinner hat sich nicht ganz ablehnend verhalten. Wie denken Euere Exzellenz über die Frage? Nach Osman Nisami ist die Lynchfrage endgültig gefallen. Mir erscheint das bei der Zähigkeit, mit der England seine Pläne zu verfolgen pflegt, nicht ganz sicher. Beteiligen wir uns an der Sache, so laufen die Türken weniger Gefahren, als wenn sie allein mit den Engländern gelassen werden.

---

* Näheres darüber in Bd. XXVIII, Kap. CCXXIII.

** Sie waren am 10. Januar für ein am 15. Februar einzuberufendes Parlament ausgeschrieben.

*** Siehe Nr. 9990.

Sollten Sie noch andere geeignete Kompensationsobjekte wissen, so wäre ich Ihnen für eine privatbriefliche bezügliche Mitteilung sehr verbunden.*

v. Bethmann Hollweg

Nr. 9994

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 31 Pera, den 5. Februar 1910

Der Großwesir** sagte mir, als übelste Erbschaft habe sein Vorgänger ihm die Lynchfrage hinterlassen. Hilmi Pascha habe diese Sache in einer geradezu unglaublichen Weise verfahren. Erst habe er den Engländern Zusagen gegeben, deren politische Tragweite er gar nicht übersehen konnte, und dann habe er auf das Parlament, das in der großen Mehrheit gegen das Projekt sei, eine Pression geübt, um ein für die englischen Wünsche günstiges Votum zu erzielen. Schließlich habe Hilmi den begangenen Fehler erkannt und ihn dadurch zu verbessern gesucht, daß er den Engländern die ganz unmögliche Bedingung stellte, daß die Gesellschaft keinen Anspruch auf Entschädigung habe, wenn dem Tigris und Euphrat durch eigene Handlungen der türkischen Regierung das für die Schiffahrt nötige Wasser entzogen werde. Diese Bedingung sei natürlich abgelehnt worden.

Hakki Pascha ist der Ansicht, daß eine Konvention auf der von den Engländern gewünschten Basis nicht nur wegen der eventuellen Belastung des Staates, sondern auch wegen des Monopols durchaus der Genehmigung der Kammer bedürfe und sich dafür kaum eine Majorität finden werde. Unter diesen Umständen gedenkt er, die Angelegenheit dilatorisch zu behandeln und zunächst einen Gesetzentwurf über das gesamte Konzessionswesen ausarbeiten und durch die Kammer genehmigen zu lassen.

Marschall

* In gleichem Sinne hatte der Reichskanzler schon am 1. Februar an Botschafter Graf Metternich geschrieben. Siehe den Text in Bd. XXVIII, Kap. CCXXIV, Nr. 10369; die Antwort des Grafen Metternich vom 10. Februar in Nr. 9995.

** Hakki Pascha, Großwesir seit 10. Januar 1910.

Nr. 9995

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Privatbrief. Ausfertigung

London, den 10. Februar 1910

Mit diesen Zeilen gestatte ich mir auf die Fragen bezüglich der Bagdadbahn einzugehen, welche Sie mir in Ihrem Briefe vom 1. d. Mts.* vorlegten.

Es ist ganz richtig, daß Sir Edward Grey die Bagdadbahnfrage auch unabhängig von den Flottenverhandlungen zu betreiben wünscht. Er sagte dies ausdrücklich im November — und ich habe darüber auch berichtet oder Ihnen geschrieben—, als er mir auseinandersetzte, daß infolge der Wahlen die Flottenverhandlungen vorläufig ruhen müßten. Er sprach dabei die Hoffnung aus, daß eine Verständigung über die Bagdadbahn einem ferneren politischen und Flotten-Abkommen die Wege ebnen würde.

Nach dem englischen Promemoria, welches Sie Ihrem Briefe vom 21. v. Mts. zu meiner Kenntnis beigefügt haben**, vertritt die englische Regierung den Standpunkt, daß die Teilnahme der englischen Gruppe an dem Ausbau der Bahn von Bagdad bis zum Persischen Golf dergestalt im Interesse des Gedeihens der gesamten Bahn liege, daß eine Kompensation für Zulassung der englischen Gruppe von uns nicht gefordert werden dürfe. Die englische Zustimmung zu der türkischen Zollerhöhung um 4%, welche nach Vereinbarung über die Bagdadbahn erfolgen würde, sei, da hauptsächlich der englische Handel getroffen werde, ein Opfer, welches die englische Regierung der Bahn bringe. Die englische Sektion der Bahn durchschneide zudem ein Gebiet, in welchem englische Interessen infolge der Dampfer der Lynchgesellschaft schon lange vorhanden gewesen seien. Sir Edward Grey weist auf das bestimmteste Kompensationen an uns zurück, nachdem die deutsche Finanzgruppe, welche die deutschen Interessen verträte, sich mit der englischen Gruppe geeinigt haben würde.

Unter diesen Umständen halte ich es für vollkommen aussichtslos, Kompensationen von der englischen Regierung zu erhalten. Die Walfischbai steht aber auch abgesehen davon meines Erachtens ganz außer Frage, da England wahrscheinlich Südafrika verlieren würde, wenn die englische Regierung auf Abtretung der Walfischbai an uns bestände.

Die deutsche Finanzgruppe war schon mehrmals im Laufe der Jahre bereit, die südliche Sektion der Bahn an England abzutreten, und zwar in

---

* Vgl. Nr. 9993, S. 622, Fußnote *.

** Siehe Nr. 9990. Das Schreiben des Reichskanzlers vom 21. Januar ist nicht bei den Akten.

der Form, daß England die Kontrolle, also wenigstens die Hälfte und den Vorsitz für die Strecke von Bagdad bis zum Golf erlangen würde. Sie geht von dem rein geschäftlichen Gesichtspunkt aus, daß ihr durch Partizipation des englischen Kapitals die Bürde, welche unsere Gruppe doch wohl als drückend empfindet, erleichtert werden wird.

Wir hingegen, das heißt die Kaiserliche Regierung darf, wie Sie sehr richtig bemerken, den politischen Gesichtspunkt nicht außer acht lassen, und Sie können, wie Sie in Ihrem Briefe hervorheben, vor unserer öffentlichen Meinung nicht den Standpunkt vertreten, daß die Überlassung der Strecke von Bagdad bis zum Golf an England in sich eine genügende Förderung des gesamten Bahnunternehmens darstelle, so daß wir ohne weitere Kompensationen englischerseits dieses Zugeständnis machen dürften. Dafür ist die Bagdadbahn durch den Widerstand anderer Mächte im Laufe der Zeit zu sehr mit der Politik verquickt worden. Vom rein geschäftlichen Gesichtspunkte aus hat Herr von Gwinner wahrscheinlich ganz recht. Der Reichskanzler hat aber auch mit der Nörgelsucht im heutigen Deutschen Reiche zu rechnen. Die Konzession für das gesamte Bahnunternehmen ist deutsch. Wir können daher nicht die Kontrolle über einen wichtigen Teil der Strecke ohne Kompensation an ein anderes Land abtreten. Bei den chinesischen Eisenbahnen liegt die Sache anders. Dort bewerben sich von vornherein mehrere national geteilte Gruppen um die Konzession, den Ausbau oder die Kontrolle und müssen sich, so gut es geht, in den Preis teilen. Die Konzession für die Bagdadbahn ist aber rein deutsch, und da England ein Interesse daran hat, in Mesopotamien bis zum Golf nicht ausgeschaltet zu werden, so soll es auch einen Preis dafür zahlen oder die Kontrolle den Deutschen überlassen. Die großmütige Übernahme einer Eisenbahn, die einem andern gehört, ist bisher noch nie als eine dem ursprünglichen Besitzer gemachte Konzession aufgefaßt worden.

Bei der bestimmten und klaren Weigerung Sir Edward Greys erscheint mir aber die Erlangung einer Kompensation als ausgeschlossen, und es bleibt uns daher meines Erachtens nur übrig abzuwarten, ob die Flottenverhandlungen ein günstiges politisches Resultat erzielen, wodurch ein Abkommen über die Bagdadbahn auf Gwinnerscher Grundlage erklärlich erscheinen würde.

Sollte die englische Regierung auf Abschluß drängen, so kann ihr meines Erachtens ganz ruhig erwidert werden, daß wir eine Abtretung der Strecke Bagdad bis zum Golf an England ohne Kompensation unter den augenblicklichen Verhältnissen vor der öffentlichen Meinung Deutschlands nicht vertreten können, daß aber die Sache anders liegen würde, wenn wir zu einer allgemeinen Klärung der politischen Lage zwischen England und Deutschland gelangen sollten. pp.*

P. Metternich

* Der Schluß des Briefes betrifft die Flottenfrage. Vgl. Bd. XXVIII, Kap. CCXXIV, Nr. 10372, Fußnote.

Nr. 9996

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Privatbrief. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Wilhelm von Stumm

Berlin, den 21. Februar 1910

Ich bin im Gegensatz zu der Auffassung, die Sie in Ihrem Schreiben vom 10. d. Mts.* äußern, nicht geneigt, die Weigerung Sir E. Greys, uns eine Kompensation für die Aushändigung der Bagdadbahn von Bagdad bis zum Persischen Golf an das englische Kapital zu bieten, bereits als eine unabänderliche und endgültige anzusehen. Die Sprache des Memorandums erscheint mir nicht so kategorisch, die dort vorgebrachten Argumente sind so anfechtbar, daß ich einstweilen an der Ansicht festhalten möchte, daß es bei geschickter Einwirkung auf Sir E. Grey wohl gelingen kann, den Minister davon zu überzeugen, daß die englische Regierung für die großen Vorteile, die unser Entgegenkommen ihr in politischer Beziehung bietet, auch ihrerseits ein Opfer zu bringen hat und auch ein Opfer bringen kann, ohne damit in einen Gegensatz zu ihrer eigenen öffentlichen Meinung zu geraten. Ich muß mir indessen eine endgültige Stellungnahme in der Frage noch vorbehalten und möchte Sie heute nur bitten, falls Sir E. Grey Ihnen gegenüber auf die Sache zu sprechen kommen sollte, aber auch nur dann, ihm lediglich als Ihre persönliche Ansicht auszusprechen, Sie glaubten nicht, daß wir im Hinblick auf die öffentliche Meinung in Deutschland in der Lage sein würden, den Vereinbarungen Sir E. Cassels und Herrn von Gwinners vorbehaltlos zuzustimmen. Von einer Bezugnahme auf das geplante allgemeine politische Abkommen wird es besser sein abzusehen, um den Anschein zu vermeiden, als wollten wir mit einer solchen Anspielung einen Druck auf die Entschließungen der englischen Regierung in dieser Hinsicht ausüben. pp.**

v. Bethmann Hollweg

Nr. 9997

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Privatbrief. Ausfertigung

Ganz vertraulich — Pera, den 18. März 1910

In Beantwortung des hochgefälligen Privatschreibens vom 6. v. Mts.*** beehre ich mich Euerer Exzellenz die anliegende Denkschrift† gehor-

---

* Siehe Nr. 9995.

** Der Schluß des Briefes betrifft die Flottenfrage; vgl. Bd. XXVIII, Kap. CCXXIV, Nr. 10372.

*** Siehe Nr. 9993.

† Siehe Anlage.

samst zu überreichen. Dieselbe ist länger ausgefallen, als ich es gewünscht hätte, allein die Materie ist überaus kompliziert, und es war notwendig, verschiedene noch ungewisse Eventualitäten in Betracht zu ziehen. —

Über einen Punkt bin ich nicht im klaren. Das Promemoria der dortigen englischen Botschaft spricht stets von einer englischen „participation" an der Golflinie, während Sir Ernest Cassel in seinem Brief an Gwinner vom 22. Dezember* nur „absolute control" über die Linie als befriedigende Lösung bezeichnet. Es fragt sich, ob das verschiedene Ausdrucksweisen für dieselbe Sache sind, oder ob Sir Edward Grey andere Pläne hat als Sir Ernest. Die in dem Promemoria enthaltene Bemerkung, die englische Regierung sei geneigt, ein Abkommen über die „participation" zu sanktionieren „after due discussion with the Governments of France and Russia", gibt der Auslegung Raum, daß England an eine Internationalisierung der Linie denkt, wobei die englische Kontrolle nicht sowohl eine zahlenmäßige nach den Prozenten der Beteiligung, sondern auf Grund der bestehenden Ententen eine politische wäre. Das tiefe Mißtrauen gegen England, welches die Lynchaffäre bei den Türken hervorgerufen hat, könnte dem Londoner Kabinett den Gedanken inspiriert haben, die Franzosen, die den Türken politisch unverdächtig sind, in Mesopotamien vorzuschicken, um englische Geschäfte zu treiben. Bei den Willcocksschen Unternehmungen (Bewässerung und Bahn) scheint dieser Gedanke, wie aus den jüngsten Mitteilungen des Herrn Ornstein** hervorgeht, bereits greifbare Gestalt gewonnen zu haben.

In dieser Beziehung liegt also die Möglichkeit einer weiteren Eventualität vor, die natürlich auch auf die Kompensationsfrage einwirken würde.

Marschall

Anlage

Denkschrift

Pera, den 13. März 1910

Nachdem zwischen den finanziellen Interessenten Besprechungen stattgefunden haben, welche eine deutsch-englische Verständigung über

* Siehe Nr. 9988, Anlage.

** Über die Pläne Ornsteins, eines in Paris wohnenden naturalisierten Engländers, früheren Unterstaatssekretärs der Finanzen in Kairo, die mit den Willcocksschen Bewässerungs- und Eisenbahnprojekten zusammenhingen, hatte sich Freiherr von Marschall in einem Telegramm vom 10. März (Nr. 53) geäußert. Er zog darin aus den Ornsteinschen Mitteilungen den Schluß: „Offenbar wollen die Engländer, nachdem sie mit Lynch die Türken so erschreckt haben, die Franzosen in Mesopotamien vorschieben, die letzteren aber wollen uns ‚bluffen', um eine höhere französische Beteiligung an der Bagdadbahn, wie sie neulich Pichon in der Kammer verkündigte, zu erhalten. Unsre Stärke gegenüber diesen Versuchen beruht vor allem darauf, daß die maßgebenden türkischen Faktoren eine erstklassige leistungsfähige Bahn nach Bagdad, wie wir sie bauen wollen, politisch und militärisch für absolut notwendig erachten."

die Bagdadbahn bezwecken, ist der Moment gekommen, auch die politische Seite der Angelegenheit ins Auge zu fassen und in ernster Weise die Frage zu prüfen, worin die Gegenleistungen zu bestehen hätten gegenüber etwaigen uns zugemuteten Verzichten. Um diese Frage zu beantworten, bedarf es bei der Kompliziertheit der Matierie einer eingehenden Betrachtung.

Zunächst ist die in dem Promemoria der englischen Botschaft vom 14. Januar d. Js.* aufgestellte Behauptung, daß Herr von Gwinner Sir Ernest Cassel gegenüber die Initiative zu den jüngsten Besprechungen ergriffen habe, richtig zu stellen. Die Engländer haben natürlich ein Interesse daran, gerade wegen der Kompensationsfrage die Sachlage so darzustellen, als ob wir von ihnen etwas gewünscht und verlangt hätten. Vor den Tatsachen hält diese Behauptung nicht stand. Die Initiative zu den Verhandlungen ging von den Türken aus. Auf einen von hier aus in London ausgesprochenen Wunsch ist Sir Ernest Cassel nach Berlin gegangen.

Das an die Mächte gestellte Verlangen, einer vierprozentigen Zollerhöhung zuzustimmen, hat die Pforte in ein schwieriges Dilemma gebracht. Mit Rücksicht auf die Finanzlage waren neue erhebliche Einnahmen unentbehrlich. Ein anderer Weg als die Zollerhöhung schien nicht gangbar. Aber England machte die Genehmigung der Zollerhöhung davon abhängig, daß von den Mehreinnahmen nichts der Bagdadbahn zukomme. Nun sind die „excédents des revenus concédés" — die Überschüsse der für die alte Staatsschuld nach dem Muharremdekret verpfändeten Staatseinnahmen —, welchen die Mehreinnahmen aus der Zollerhöhung zu drei Vierteln zufallen würden, der Bagdadbahn für die Strecke Bulgurlu-Helif definitiv verpfändet und für die weiteren Strecken als zukünftige Pfänder in einer Form in Aussicht genommen, die man als ein „pactum de contrahendo" bezeichnen könnte. Die englischen Bedingungen laufen also darauf hinaus, daß die Pforte eine uns gegenüber übernommene Rechtspflicht nicht erfüllen soll. Darauf habe ich der Pforte meinerseits erklärt, daß für uns die Erfüllung jener der Bagdadbahngesellschaft gegenüber übernommenen Verpflichtungen conditio sine qua non für die Genehmigung der Zollerhöhung bilde. Nur für die Strecke über Helif hinaus bis Bagdad habe ich die Konzession als möglich in Aussicht gestellt, daß wir auf die „excédents des revenus concédés" verzichten könnten, wenn uns andere gute Pfänder, und zwar schon jetzt, definitiv gewährt würden, zum Beispiel die „excédents des revenus divers" — die Überschüsse aus den für Eisenbahngarantien verpfändeten, von der Dette publique eingezogenen Staatseinnahmen —.

Am 25. Oktober v. Js. hat mir Hilmi Pascha sein Leid geklagt. Er fühlte sich in der Position „entre le marteau et l'enclume" und bat mich um Hülfe. Er nahm an, daß es sich für die Engländer bei der Bagdadbahn

---

* Siehe Nr. 9990.

vornehmlich um die Linie südlich von Bagdad — die Golflinie — handle, und wollte, daß wir die englische Begehrlichkeit durch Gewährung einer Partizipation für diese Linie befriedigten. Er meinte, daß wir dabei bis 50% gehen könnten. Ähnliche Mitteilung hat Hilmi Pascha einen Monat später Herrn von Gwinner gemacht. Sowohl dieser wie ich selbst haben damals erklärt, daß wir nach den früheren üblen Erfahrungen auf diesem Gebiete die Initiative England gegenüber nicht ergreifen könnten. Darauf wurde Tewfik Pascha beauftragt, in London eine Demarche zu machen, um deutsch-englische Verhandlungen mit der Bagdadbahn über die Golfstrecke anzuregen. Dieser Demarche entsprang die Reise Sir Ernest Cassels nach Berlin. Herr von Gwinner hat seinerzeit Mr. Whittall von den Eröffnungen des Großwesirs Mitteilung gemacht. Die Engländer wissen also genau, daß die jüngsten Verhandlungen nicht auf deutsche, sondern auf türkisch-englische Initiative zurückzuführen sind. —

Überaus zart und milde spricht das Promemoria der englischen Botschaft stets von einer „participation" Englands an der Golfstrecke der Bagdadbahn. Sir Ernest Cassel drückt sich derber und darum aufrichtiger aus. Er spricht von „absolute control". In Wirklichkeit handelt es sich darum, daß für diese Strecke eine neue Gesellschaft errichtet wird, in welcher England die Herrschaft besitzt. Das Verlangen Cassels, daß dem englischen Kapital 60% gewährt werden, den übrigen Teilhabern aber nur 40% verbleiben sollten, ist in dieser Beziehung klar genug. Aber auch nach dem Gwinnerschen Vorschlag würde die Sachlage, wenn auch nicht de jure, so doch de facto nicht wesentlich anders werden. Wenn die Engländer 50, die Bagdadbahn 30, die Anatolische Bahn 10 und die türkische Regierung 10% erhalten sollen, so steht praktisch den Engländern jenes Übergewicht zu, das man bei Aktiengesellschaften finanztechnisch mit „Kontrolle" bezeichnet. Recht bedenklich ist mir auch der Passus in dem Promemoria, in welchem von der „due discussion with the Governments of France and Russia" die Rede ist. Sollten diese beiden Staaten bei der Verteilung auch noch berücksichtigt werden, so würde für uns kaum mehr etwas übrig bleiben. —

Angesichts der mit der Pforte abgeschlossenen Bagdadkonvention, welche der deutschen Gesellschaft die Konzession der Bahn von Konia bis zu einem noch zu bestimmenden Punkte am Persischen Golf gewährt, würde selbstverständlich jede Verabredung, welche den Engländern für die Golfstrecke in irgend einer Form die „Kontrolle" einräumt, als ein Rückzug Deutschlands vor England erscheinen. Wenn ich mir die Wirkung eines solchen auf unsere öffentliche Meinung vorstelle, so denke ich gar nicht an jene alldeutschen Patrioten, die alsbald erklären werden, daß die Golfstrecke, obgleich sie mit schiffbaren Wasserwegen parallel läuft, die einzig wertvolle sei und die deutschen Staatsmänner wieder einmal gründlich hineingefallen sind. Selbst ruhig und maßvoll denkende Deutsche würden den erwähnten Rückzug wohl in einem politischen Gesamtabkommen mit England verstehen, nicht aber in einem Spezialabkommen

über die Bagdadbahn, bei welchem wir ohne genügendes Äquivalent zugunsten Englands auf Rechte verzichten, welche die türkische Regierung in Ausübung ihrer Souveränität uns erteilt hat. Auch nach meiner Ansicht ist daher ein solcher Verzicht zugunsten Englands ohne eine gleichwertige Konzession von englischer Seite für uns politisch nicht möglich.

Bevor ich die Kompensationsfrage des näheren behandle, scheint es mir, nachdem seit den Berliner Verhandlungen Monate verflossen sind, zunächst nötig zu sein, die gegenwärtige Stellung der Pforte in der Frage klarzulegen. Ohne die Pforte können wir schon darum mit England auf der erwähnten Basis nicht abschließen, weil in Artikel 8, Absatz 5 der Konvention die Bagdadbahngesellschaft die ausdrückliche Verpflichtung übernommen hat, „de ne céder ni transférer les lignes à construire de Konia à Bagdad et à Bassorah et ses embranchements". Abgesehen von dieser Bestimmung ist eine Zustimmung der Pforte auch darum unerläßlich, weil es sich in den Besprechungen mit den Engländern nicht etwa um eine englische Beteiligung an der bestehenden Bagdadbahngesellschaft, sondern um die Gründung einer neuen Gesellschaft von Bagdad ab handelt. Selbst die Zustimmung des türkischen Parlaments würde dafür erforderlich sein.

Nun ist infolge des Wechsels im Großwesirate an maßgebender Stelle eine wesentlich andere Auffassung bezüglich der englischen Aspirationen auf Mesopotamien eingetreten. Während Hilmi Pascha diese Dinge ziemlich leicht nahm, hat Hakki Pascha alsbald erkannt, daß es sich da nicht sowohl um wirtschaftliche Fragen, als um die Herrschaft Mesopotamiens handelt. Schon in der ersten Unterredung, die ich mit ihm hatte, klagte er über die üble Erbschaft, die ihm sein Vorgänger bezüglich Lynch, Willcocks usw. und speziell wegen der vierprozentigen Zollerhöhung hinterlassen habe*. Er fand in der englischen Bedingung, daß von den Mehreinnahmen, entgegen den bestehenden Konventionen, nichts für die Bagdadbahn verwendet werden solle, einen Eingriff in die türkische Selständigkeit, sah aber kein Mittel, die Zollerhöhung anders als durch Erfüllung der Bedingung zu erhalten. Hakkis Gedanke war, die dornenvolle Frage der Golfstrecke ruhen zu lassen, die Bagdadbahngesellschaft durch Stellung anderer Pfänder zu befriedigen und dann den Engländern nachzugeben.

Die Verhandlungen mit der Gesellschaft waren bereits im Gange, als ein Hindernis eintrat. Im Ministerrat war das Bedenken geltend gemacht worden, es könne von England als Illoyalität betrachtet werden, wenn man erst den Bau der Bagdadbahn durch Gewährung neuer Pfänder sicherstelle und dann England erkläre, daß nichts von der Zollerhöhung für Bagdad verwendet werden würde. Man baue dann die Bagdadbahn zwar nicht mit dem Gelde aus der Zollerhöhung, aber mit anderen Staatseinnahmen, die eben nur durch die Zollerhöhung verfügbar geworden seien. Im Grunde genommen sei beides dasselbe. Dieses Argument, das nament-

---

* Vgl. Nr. 9994.

lich von dem Finanzminister geltend gemacht wurde, hat die Verhandlungen mit der Gesellschaft ins Stocken gebracht. Man wandte sich an mich mit dem Ansinnen, in die Verschiebung der Verhandlungen über die neuen Pfänder bis nach Einführung der Zollerhöhung zu willigen. Ich habe das selbstverständlich abgelehnt. Darauf wurde beschlossen, in England vertraulich anzufragen, wie man sich dort zu der Verpfändung anderer Staatseinnahmen für die Bagdadbahn stelle? —

Die Antwort aus London ist vor einigen Tagen hier eingetroffen. Nach vertraulicher Mitteilung Rifaat Paschas und des Großwesirs lautet dieselbe dem Sinne nach folgendermaßen:

„Wir verlangen die Erklärung, daß die Pforte von den Mehreinnahmen aus der Zollerhöhung, die vornehmlich unseren Handel belastet, nichts für die Bagdadbahn verwenden werde. Wenn die Pforte andere Staatseinnahmen für die Bahn bis Bagdad verpfändet, so berührt uns dies nicht. Dagegen ist die englische Regierung der Ansicht, daß, wenn die Linie von Bagdad nach dem Persischen Golf von einer fremden Gesellschaft gebaut wird, England in derselben die präponderierende Stellung einnehmen muß." —

Diese Antwort hat das Gute, daß sie nun auch den Türken, die sich bisher noch immer in Illusionen wiegten, klar und unzweideutig die Stellung Englands zur Bagdadfrage definiert. Für uns enthält die Antwort nichts Neues, denn wir wissen seit lange, daß England uns mit der bisherigen Kapitalsverteilung bis Bagdad bauen lassen wird, aber nicht weiter. —

Bei einer längeren Unterredung, die ich gestern mit Hakki Pascha hatte, erwiderte er mir auf die Frage, was er nun zu tun gedenke, folgendes: Er beabsichtige, nunmehr die Verhandlungen mit der Bagdadgesellschaft wieder aufzunehmen und sich mit ihr über die Verpfändung anderer Staatseinnahmen bis Bagdad zu verständigen. In der Frage der Golfstrecke werde er temporisieren. Die Frage sei gar nicht aktuell. Es werde mindestens fünf Jahre dauern, bis die Bahn bis Bagdad fertiggestellt sei. Bis dahin bestehe um so weniger Anlaß, die Frage des Weiterbaues zu entscheiden, als nach der Bagdadkonvention — Artikel 29, Absatz 2 — die Bahn von Bagdad nach dem Süden erst in Betrieb gesetzt werden dürfe, wenn die Bahn bis Bagdad hergestellt sei. Sei die letztere erst im Betriebe, so stellten sich manche mesopotamische Angelegenheiten in einem anderen Lichte dar als heute, da die Pforte nicht in der Lage sei, ihre Macht in jener Provinz zur Geltung zu bringen. Auf meine Bemerkung, es scheine mir zweifelhaft, ob England sich bezüglich der Golfstrecke auf eine temporisierende Behandlung einlassen werde, vielmehr sei ich überzeugt, daß England gelegentlich der Zollerhöhung diesen Punkt zu erledigen gewillt sei, erwiderte Hakki: „Eher als eine Gesellschaft zuzulassen, in welcher die Engländer die Präponderanz besitzen, werden wir die Linie Bagdad –Bassorah–Persischer Golf selbst bauen." Dieser

neue Gedanke, die Golfstrecke in eigener Regie zu bauen, scheint schon im Ministerrat ventiliert worden zu sein. Als ich gestern Rifaat Pascha in einer anderen Sache besuchte, kam er auf die englische Antwort zu sprechen und frug mich: „Würden Sie damit einverstanden sein, daß wir die Linie Bagdad—Persischer Golf selbst bauen?" Ich erwiderte, daß mir diese Frage zu neu sei, als daß ich eine bestimmte Antwort darauf zu geben in der Lage sei; dagegen verstände ich wohl, daß der Pforte der eigene Bau der Linie sympathischer sei als derjenige durch eine englische Gesellschaft.

Das ist die gegenwärtige Sachlage. Ich nehme an, daß Hakki Pascha nunmehr die Verhandlungen mit der Bahngesellschaft wieder aufnehmen und ihnen bis Bagdad die „excédents des revenus divers" anbieten wird als Ersatz für Mehreinnahmen, welche den bisher verpfändeten „excédents des revenus concédés" aus der Zollerhöhung zufließen werden. Ein definitives Abkommen auf dieser Basis würde unsere Lage besser gestalten, als sie bisher war; denn während wir heute definitiv nur bis Helif abgeschlossen haben, könnten wir in einem Zug bis Bagdad bauen. Wir hätten also keinen Anlaß, Widerspruch dagegen zu erheben, daß die Pforte den Engländern die gewünschte Zusage wegen der Mehreinnahmen aus der Zollerhöhung erteilt.

Vollzieht sich die Sache in dieser Weise zu unserem Vorteil, so wird England um so gewisser die Gelegenheit benutzen, um die Frage der Golfstrecke zu seinen Gunsten zu regeln. Wenn nun die Pforte erklärt: „Wir werden die Südstrecke keiner fremden Gesellschaft geben, sondern diese selbst bauen", so halte ich es für möglich, daß England sich damit begnügt. Der Entschluß der Türken, eine Eisenbahn selbst zu bauen, wird auch unter dem neuen System den Effekt haben, daß die Bahn nicht gebaut wird. England würde sein vornehmstes Ziel erreicht haben, nämlich daß die Deutschen dort nicht bauen. Ein dringendes Interesse an dem Bahnbau hat England zurzeit nicht. Von Basra nach dem Persischen Golf ist der Meeresarm des Schatt-el-Arab, der durch Beseitigung der Barre, die sich an der Mündung befindet, für große Schiffe zugänglich gemacht werden kann. Von Bagdad bis Basra fließt der Tigris, der künftig die ausschließliche Domäne des Herrn Lynch bilden soll. Man wird sich in London vielleicht auch sagen, daß die Wiederbelebung der Lynchfrage ernstlich gefährdet wird, wenn man jetzt die englische Präponderanz an der Golfstrecke der Bagdadbahn endgültig durchsetzen will.

Natürlich könnte die Pforte die schwebende Frage auf der Basis des „Selbstbauens" nur dann lösen, wenn wir als Inhaber der Konzession die Zustimmung erteilen. Ich würde, falls es dahin kommt, nicht anstehen, dieselbe zu erteilen, natürlich unter der Bedingung, daß für eine Reihe von Jahren die Türkei sich nicht anders besinnen und die Konzession anderweit vergeben kann. Die Lösung der Frage durch eine deutsch-türkische Verständigung, wenn sie auch nur als ein „replâtrage" erschiene, wäre mir aus allgemeinen politischen Gründen sympathischer als diejenige durch ein deutsch-englisches Separatabkommen. Wenn wir

in irgendeiner Form unter obiger Bedingung auf die Konzession bezüglich der Golfstrecke den Türken gegenüber verzichten, so wird natürlich jeder, der die Entwickelung der Dinge verfolgt hat, erkennen, daß dieser Verzicht mit englischen Wünschen im Zusammenhang steht. Weil dem so ist, so wird auch diese Lösung auf die deutsch-englischen Beziehungen günstig einwirken. Für unsere öffentliche Meinung jedoch ist das Bild ein ganz wesentlich anderes, wenn wir der Pforte einen Teil der Konzession zum Selbstbau zurückgeben, als wenn wir in direkter Verständigung England die Herrschaft über einen Teil der Bagdadbahn, die wir ins Leben gerufen haben, einräumen oder, um mich etwas drastisch auszudrücken, wenn wir von Bagdad ab den Engländer einladen, in dem Bett zu schlafen, das wir gezimmert, zubereitet und gewärmt haben, während wir uns bescheiden auf den Boden legen. —

Der voraussichtliche Eindruck auf unsere öffentliche Meinung wirkt selbstredend auch auf die Kompensationsfrage ein. In dieser Beziehung denke ich ebenfalls an die Lynchfrage. Wenn man die offiziellen englischen Schilderungen über das Wesen dieser Frage liest, so wird man fast gerührt über die Bescheidenheit, welche dabei die Engländer entwickeln. Das Promemoria der englischen Botschaft vom 14. Januar d. Js. stellt die Sache so dar, als ob Mr. Lynch nicht der Verlangende, sondern eigentlich der Entsagende sei. Danach soll es sich nur darum handeln, die bisher bestandenen Schiffahrtskonzessionen des genannten Herrn mit der türkischen Hamidie-Gesellschaft zu einer türkischen Gesellschaft zu amalgamieren, „in which Mr. Lynch has a share". Die Darstellung stellt die Sache geradezu auf den Kopf. Mr. Lynch hat nämlich nicht nur „a share" der neuen Gesellschaft, sondern er bringt das ganze Aktienkapital auf. Davon gibt er der türkischen Regierung die Hälfte der Aktien als Ersatz für ihren früheren Betrieb, zugleich wahrt er sich aber die Präponderanz dadurch, daß der Vorsitzende des Aufsichtsrats stets ein Engländer sein muß und ihm bei Stimmengleichheit das entscheidende Votum zusteht. Ganz verschwiegen ist endlich die Hauptsache, daß Mr. Lynch für seine Gesellschaft im Widerspruch mit allen englischen Grundsätzen das Schiffahrtsmonopol auf Tigris und Euphrat begehrt!

Es wird zu erwägen sein, ob wir, falls wir in irgendeiner Form den Türken gegenüber auf den Bau der Golfstrecke der Bagdadbahn verzichten sollen, nicht als Kompensation von seiten der Pforte verlangen sollten, daß sie auf Tigris und Euphrat kein Schiffahrtsmonopol gewährt. Von einer großen praktischen Bedeutung würde dies nicht sein, da wir voraussichtlich eine Konkurrenzgesellschaft für Mr. Lynch nicht gründen werden. Aber ich glaube, wir würden eine gute Figur spielen, wenn wir in Übereinstimmung mit der modernen Wissenschaft und im Einklang mit dem dringenden Verlangen der arabischen Bevölkerung für die Schiffahrtsfreiheit auf den beiden großen türkischen Strömen, die zum Meer fließen, eintreten. Auch besteht ein innerer Zusammenhang zwischen unserem Verzicht und einer solchen Forderung insofern, als die Bahngesellschaft

ein dringendes Interesse besitzt, daß auf der Wasserstraße zwischen ihrer Endstation (Bagdad) und dem nächsten Meereshafen (Basra) nicht Zustände bestehen, die den Verkehr zwischen beiden Punkten einzuschränken und zu behindern drohen. Möglicherweise wäre eine derartige Forderung der Weg, um von den Engländern eine Beteiligung an dem Lynchunternehmen zu erhalten. Denn das Monopol bildet für sie ein „pudendum", von dem sie dringend wünschen, daß es nicht zum Gegenstand einer internationalen Kontroverse gemacht werde.

Gestützt auf die konditionelle Fassung der letzten englischen Antwort glaubt die Pforte, daß die Engländer sich beruhigen werden, wenn man ihnen sagt: „Die Bahn von Bagdad nach dem Golf wird weder von einer deutschen noch einer englischen Gesellschaft, sondern von uns selbst gebaut werden". Das würde bezüglich der Golflinie eine Art Waffenstillstand bedeuten, während dessen die Bahn bis Bagdad zur Vollendung käme. Hakki Pascha hat vollkommen recht in der Annahme, daß, wenn es erst so weit ist, die mesopotamische Frage für die Pforte in einem wesentlich günstigeren Lichte erscheinen wird als bisher. Aber die Engländer wissen dies auch. Darum ist auch mit der Möglichkeit zu rechnen, daß man in London, die Waffe der Zollerhöhung gebrauchend, auf der definitiven Lösung bezüglich der Golfstrecke besteht und daraus eine Bedingung für die Zollerhöhung macht. Dann würde Hakki Pascha ebenso weit sein wie sein Vorgänger. Und an uns wäre es, auf der bereits betretenen Bahn weiter zu gehen und uns mit den Engländern zu verständigen. Von einer Verteilung des Aktienkapitals, wie die Engländer es wünschen, nämlich nach dem Maßstabe von 60 zu 40, kann natürlich nicht die Rede sein. Schließt sich das Londoner Kabinett dem von Sir Ernest Cassel ausgesprochenen Grundsatze an, „nothing but absolute control of both the construction and the working companies would be satisfactory to us", so ist meines Erachtens jede Verständigung unmöglich. Die äußerste Grenze scheint mir die von Hilmi Pascha angegebene und von Herrn von Gwinner vorgeschlagene Grenze von 50% für die Engländer und die übrigen 50% für die Bagdadbahn, die Anatolier und die türkische Regierung. Aber auch bei dieser Verteilung sollte wenigstens der Versuch gemacht werden, daß bezüglich des Vorzitzenden des Aufsichtsrats in irgend einer Form ein Alternat stipuliert wird unter Zurückweisung des Verlangens, das die Engländer voraussichtlich stellen werden, daß stets einem Engländer diese Stelle zufallen solle.

Die Kompensationsfrage spielt aus den oben angegebenen Gründen eine viel größere Rolle, wenn wir uns mit den Engländern direkt über eine neue Gesellschaft verständigen, als wenn nach dem Wunsche Hakki Paschas die Streitfrage verkleistert wird und unter dem Vorwande des türkischen Selbstbaues weder wir noch die Engländer vorläufig eine Konzession erhalten. Kommt es dahin, daß wir uns mit den Engländern verständigen, so werden wir die Gegenleistungen an Ort und Stelle, das heißt in der Gegend zu suchen haben, welche die Bagdadbahn durchzieht.

Auf außerhalb liegende Konzessionen wird sich das Londoner Kabinett nach meiner Erfahrung nicht einlassen.

Als mögliche Kompensationen in diesem Falle erachte ich:

1.) Verzicht Englands auf das von Mr. Lynch angestrebte Schiffahrtsmonopol auf Tigris und Euphrat, eventuell deutsche Beteiligung an dem Unternehmen.

2.) Beteiligung deutschen Kapitals an dem Willcocksschen Irrigationsunternehmen in Mesopotamien.

3.) Verzicht auf die von Willcocks geplante Zweigbahn von Bagdad nach Homs—Tripolis.

4.) Endlich wären mit den Engländern Vereinbarungen über eine entsprechende Beteiligung der deutschen Industrie an der Golfstrecke zu treffen. —

Marschall

Nr. 9998

*Aufzeichnung des Geschäftsträgers in London von Kühlmann**

Reinschrift

London, den 31. März 1910

Sir Edward Grey hat mich heute zu sich rufen lassen und mir nach einigen Mitteilungen über laufende Sachen ganz spontan sehr ausführlich über die Bagdadbahnfrage gesprochen und dabei nebenher auch die Flottenfrage** gestreift. Diese schiene ihm, so ungefähr führte der Minister aus, keine großen Hoffnungen auf praktische Ergebnisse zu versprechen, da angesichts der deutschen Erklärung, daß unter allen Umständen am Flottengesetz festgehalten werden solle, kaum Aussicht auf erhebliche Herabsetzung der englischen Rüstungskosten zu bestehen scheine. Der Minister spielte dann auf seinen alten Lieblingsgedanken an, wonach Austausch von Informationen und gelegentliche, wenn auch nur oberflächliche Besichtigungen der Werften durch die beiderseitigen Marineattachés ins Auge gefaßt werden sollten. Ich vermied es, auf den Gegenstand einzugehen, warf aber ein, daß die Art, wie die durch die Kaiserliche Regierung im vorigen Jahre abgegebene Erklärung hier behandelt worden sei, nicht gerade zur Verfolgung solcher Gedanken ermutigen könne. Der Minister entgegnete ohne jede Schärfe, daß diese Erklärung, insbesondere die Mitteilung über vorzeitige Zusage von zwei Schiffen des 1909-Programms sehr spät gekommen sei, und daß, was die Zahl der Schiffe anbetreffe, diese Erklärung von der englischen Regierung niemals als bindende Zusage aufgefaßt worden sei. Die Hauptsache sei jetzt, die öffentliche Meinung zu überzeugen, daß kein Wettrüsten stattfinde und keine der beiden

* Herr von Kühlmann sandte die Aufzeichnung mit Privatbrief vom 31. März an den Reichskanzler.

** Vgl. dazu Bd. XXVIII, Kap. CCXXIV, Nr. 10382.

Mächte danach strebe, heimlich einen Vorsprung vor der anderen zu gewinnen. Als sicherstes Mittel scheine ihm nach wie vor periodische Berichterstattung durch den eigenen Marineattaché. Er möchte übrigens hinzufügen, daß er diese Bemerkungen nicht in der Absicht mache, die Frage wieder zur Diskussion zu stellen, sondern nur, um zu seinem eigentlichen Thema überzuleiten.

Er würde es persönlich tief bedauern, wenn die über die Bagdadbahn eingeleiteten Verhandlungen im Sande verliefen, da ihm sowohl die allgemeinen Umstände als auch die Persönlichkeit Euerer Exzellenz und des Herrn Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes für einen erfolgreichen Abschluß dieser Verhandlungen besondere Garantien zu bieten schienen. Er wolle, wie er das schon getan, vorausschicken, daß nach seiner Auffassung die Zustimmung Englands zu der geplanten türkischen Zollerhöhung eine genügende Kompensation für die Überlassung des überwiegenden Einflusses an England in der Golfstrecke gewähre. Bei dem Zustand der öffentlichen Meinung in Deutschland, welchen zum Beispiel die Mannesmann-Angelegenheit* gezeigt habe, verstehe er allerdings vollständig die Lage der deutschen leitenden Staatsmänner, welche ungern mit einem Vorschlage vor die deutsche öffentliche Meinung treten würden, welcher als einseitige Konzession an England gedeutet werden könnte. Andernteils sei auch seine Lage der englischen öffentlichen Meinung gegenüber nicht ganz leicht. Es bestehe gegen die türkischen Zollerhöhungen, welche in erster Linie den englischen Handel treffen würden, eine starke Strömung. Durch die Bahn werde die Schiffahrt auf dem Euphrat und Tigris, die bisher in englischen Händen gelegen habe, praktisch wertlos. Er könne also nicht die türkischen Zollerhöhungen zugestehen, wenn er nicht einen Gegenwert aufzuweisen habe. Er sei aber der Ansicht, daß dieser Punkt die vollständige und eingehende Diskussion der Frage nicht hindern sollte. Selbst wenn man aus diesem oder einem anderen Grunde nicht zum Abschluß käme, so wäre doch die Atmosphäre geklärt, und, wie der Minister sich ausdrückte, „selbst wenn man die Schüssel nicht in diesem Augenblick servieren könnte, so sei sie doch bereit". (Ich hatte den Eindruck, daß der Minister diese Frage offen lassen wollte. Als meine persönliche Meinung möchte ich hinzufügen, daß eine substantiierte, genau umrissene Kompensationsforderung jedenfalls in Erwägung gezogen und, wenn sie der englischen Meinung akzeptabel schiene, wohl auch angenommen würde.)

Eine aufmerksame Betrachtung der Lage habe ihn zur Überzeugung gebracht, daß zweckmäßigerweise zugleich mit der Besprechung der Bagdadbahnfrage eine offene Diskussion der persischen Angelegenheiten** stattfinden könne. England habe, wie sich aus der geographischen Lage ergebe, im Persischen Golf und in Persien wichtige Interessen, teilweise

---

* Vgl. dazu Bd. XXIX, Kap. CCXXVI.
** Vgl. dazu Kap. CCXVII.

strategischer Natur, die es um jeden Preis wahren müßte. Wir hätten nach unseren bisherigen offiziellen Erklärungen dort ausschließlich wirtschaftliche Interessen. Ohne im geringsten einen Vergleich ziehen zu wollen, hätte die Lage doch einige Ähnlichkeit mit der, wie sie seinerzeit in Marokko war, und er sehe nicht ab, warum nicht durch eine vollständige und aufrichtige Darlegung der gegenseitigen Interessen eine Übereinkunft zustande kommen solle, welche die deutschen wirtschaftlichen Interessen sichere, ohne die der anderen in erster Linie interessierten Mächte zu schädigen. Sei doch auch in bezug auf marokkanische Angelegenheiten zwischen Deutschland und Frankreich ein befriedigendes Abkommen getroffen worden.

Er kenne aus früheren Erklärungen unsere Abneigung gegen eine Diskussion zu Vieren; an deren Stelle könne ja eine Verständigung von Kabinett zu Kabinett treten. In der Bagdadbahnfrage glaube er, daß von Frankreich keine besonderen Schwierigkeiten zu gewärtigen seien, während er über die Haltung Rußlands nicht ganz so sicher sei.

R. von Kühlmann

Nr. 9999

*Aufzeichnung**

Unsignierte und undatierte Reinschrift

[pr. 8. April 1910]

Ich habe die mir durch den Kaiserlichen Geschäftsträger in London übermittelten Anregungen Sir Edward Greys** mit Interesse entgegengenommen und sie als Beweis eines Vertrauens begrüßt, das ich aufrichtig erwidere. Ich bin gern bereit, den Anregungen Sir Edwards zu entsprechen und meinen Standpunkt in der Bagdadbahn- und persischen Frage vertraulich und vollständig darzulegen.

Aus den Mitteilungen des Geschäftsträgers ersehe ich, daß Sir Edward Grey die vorbehaltlose Zustimmung Englands zu der geplanten türkischen Zollerhöhung als genügende Kompensation für die Überlassung des überwiegenden Einflusses an England in der Golfstrecke der Bagdadbahn ansieht. Dieser Ansicht kann ich nicht beipflichten.

Der Bagdadbahngesellschaft ist seitens der Pforte die Konzession zum Bau der Bahn von Konia bis zu einem noch zu bestimmenden Punkte des Persischen Golfs definitiv erteilt worden. Die Strecke von Bagdad bis zum Golf stellt einen der wichtigsten und zukunftsreichsten Teile der ganzen Linie dar. Angesichts dieser Tatsachen würde jede Vereinbarung, welche

* Die Aufzeichnung war am 8. April von dem Dirigenten der Politischen Abteilung Zimmermann zum Zweck einer Unterredung des Reichskanzlers mit dem englischen Botschafter Sir E. Goschen, die am 10. stattfand, aufgesetzt worden und wurde dem letzteren am 11. April abschriftlich übergeben.

** Vgl. Nr. 9998.

England für diese Strecke den überwiegenden Einfluß einräumt, seitens der deutschen öffentlichen Meinung als eine schwächliche Nachgiebigkeit der Kaiserlichen Regierung gegenüber England angesehen werden. Wie sehr ich mit der deutschen öffentlichen Meinung zu rechnen habe, ist Sir Edward Grey nicht entgangen und übrigens bei den Verhandlungen über die Mannesmannschen Minenansprüche in Marokko neuerdings ersichtlich geworden. Die Bagdadbahnfrage wird aber seitens der deutschen öffentlichen Meinung mit ganz besonderem Interesse verfolgt. Es entspricht nur den Tatsachen, wenn ich behaupte, daß diese Frage durch die Presse namentlich infolge der Opposition der englischen Regierung gegen das Projekt, eine Opposition, die auch von Rußland und Frankreich aufgenommen worden ist, — sehr gegen den Wunsch der Kaiserlichen Regierung und der beteiligten Finanzkreise — fast zu einer nationalen Frage ersten Ranges gestempelt worden ist. Bei dieser Sachlage würden selbst ruhig und maßvoll urteilende Deutsche ein Spezialabkommen über die Bahn nicht verstehen, bei welchem die Kaiserliche Regierung ohne genügendes Äquivalent zugunsten Englands auf Rechte verzichtet, die die Pforte in Ausübung ihrer Souveränität erteilt hat. Als genügendes Äquivalent könnte aber die vorbehaltlose Zustimmung Englands zur vierprozentigen türkischen Zollerhöhung keinesfalls angesehen werden. Diese Maßnahme würde vielmehr im wesentlichen ein Entgegenkommen Englands auf türkische Wünsche darstellen, indem es der Pforte die Erfüllung der gegenüber der Bagdadbahngesellschaft übernommenen Verpflichtungen erleichterte. Selbst durch Aufrechterhaltung des Vorbehalts würde der Bahnbau übrigens nur verzögert, aber keineswegs gänzlich vereitelt werden können, da die Pforte allmählich in die Lage kommen dürfte, den gegenüber der Bagdadbahngesellschaft eingegangenen Verpflichtungen auf anderem Wege gerecht zu werden.

Kann hiernach die vorbehaltlose Zustimmung zur Zollerhöhung als Äquivalent nicht in Betracht kommen, so ist zu prüfen, ob für den von England gewünschten Verzicht auf die deutsche Präponderanz in der Golfstrecke anderweitige Konzessionen zu finden sind, die als gleichwertige englische Gegenleistung angesehen werden könnten.

Ich habe diese Frage eingehend erwogen, mich indes davon überzeugen müssen, daß sich Gegenleistungen nicht ermitteln lassen, die den Abschluß eines Separatabkommens über die Bagdadbahn vom deutschen Standpunkte rechtfertigen könnten. Ich würde mir daher durch Abschluß eines Separatabkommens den begründeten Vorwurf der Schwäche und übertriebenen Nachgiebigkeit gegenüber England zuziehen. Wie Sir Edward Grey bekannt ist, hege ich den aufrichtigen Wunsch nach dauernder Herstellung vertrauensvoller und freundschaftlicher Beziehungen zwischen Deutschland und England. Durch jenen Vorwurf würde ich aber die Erfüllung dieses Wunsches zweifellos vereiteln und der deutschen öffentlichen Meinung einen ernsten Grund zur Animosität nicht nur gegen mich, sondern auch gegen England geben. Unter diesen Umständen sehe

ich zu meinem Bedauern keine andere Möglichkeit zu einer Verständigung über die Bagdadbahn als den Abschluß eines politischen Gesamtabkommens zwischen Deutschland und England, in das diese Frage einzureihen wäre. Nur ein derartiges Gesamtabkommen würde mich nach meiner Überzeugung gegen den Vorwurf sicherstellen können, daß ich in der Bagdadbahnfrage einen offenbaren Rückzug vor England angetreten habe. pp.*

Nr. 10000

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Schoen an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Marschall

Telegramm

Konzept von der Hand des Dirigenten der Politischen Abteilung Zimmermann

Nr. 52 Berlin, den 2. Mai 1910

Geheim

Mit Bezug auf Erlaß Nr. 559** zu Euerer Exzellenz Orientierung.

Zuverlässig verlautet, daß Sir Edward Grey unsere Mitteilung betreffend Bagdadbahn und Persien vorläufig nicht beantworten, dagegen in Konstantinopel nachdrücklich für Erteilung einer Konzession an England zum Bau Eisenbahnlinie Bagdad—Persischer Golf eintreten wird.

v. Schoen

Nr. 10001

*Aufzeichnung des Geschäftsträgers in London von Kühlmann****

Reinschrift

London, den 5. Mai 1910

Sir Edward Grey will, wie er mir sagte, die ganze Zeit bis zum Wiederzusammentritt des Parlaments zu seiner Erholung benützen und wird bis zum 25. d. Mts. nur vorübergehend auf ganz kurze Zeit in London sein.

Er habe noch nicht Gelegenheit gehabt, mit Mr. Asquith die ihm vom Herrn Reichskanzler übermittelte Aufzeichnung, betreffend ein Gespräch mit dem großbritannischen Botschafter in Berlin†, zu diskutieren; er werde in nicht allzu ferner Zeit Sir Edward Goschen eine ausführliche Aufzeichnung als Antwort auf die Mitteilung des Herrn Reichskanzlers zugehen lassen.

* Der Schluß der Aufzeichnung, der die persische Frage betrifft, findet sich in Kap. CCXVII, Nr. 10105.

** Durch Erlaß Nr. 559 war die Aufzeichnung Kühlmanns vom 31. März (siehe Nr. 9998) und die darauf dem englischen Botschafter am 11. April übergebene Aufzeichnung (siehe Nr. 9999) Freiherrn von Marschall mitgeteilt worden.

*** Herr von Kühlmann sandte die Aufzeichnung mit Privatbrief vom 5. Mai an den Reichskanzler.

† Siehe Nr. 9999.

Im Laufe des Gesprächs bemerkte der Minister, es würde nicht leicht sein, die Frage der Beteiligung der deutschen Industrie an persischen Konzessionen unseren Wünschen entsprechend zu regeln, da voraussichtlich andere Mächte, er denke zum Beispiel an Frankreich und Österreich, mit demselben Rechte mit derartigen Forderungen an England herantreten würden. Ich erwiderte dem Minister, unsere durch die Bagdadbahn geschaffenen Interessen schienen mir wohl eine besondere Stellung in persischen Fragen zu rechtfertigen. Er schien nicht geneigt, dies nachdrücklich zu bestreiten, und verwies nochmals darauf, daß er seine Anschauungen sowohl über die Flottenfrage als die Bagdadbahnangelegenheit und die persischen Besprechungen zusammenhängend und ausführlich schriftlich zur Kenntnis der Kaiserlichen Regierung bringen werde*.

R. v. Kühlmann

---

* Der wahre Sinn der dilatorischen Antwort Sir E. Greys, der die in Aussicht gestellte schriftliche Beantwortung der Aufzeichnung vom 8. April (siehe Nr. 9999) überhaupt nicht mehr folgte, war der einer runden Absage. Das wird durch Äußerungen Sir E. Greys und Sir Ch. Hardinges zu Graf Benckendorff aus dem April und Mai bestätigt. Vgl. das Telegramm Graf Benckendorffs an Iswolsky vom 4. Mai 1910: „Grey hat mir bestätigt, daß er fürs erste nicht die Absicht habe, den Eröffnungen des deutschen Reichskanzlers Goschen gegenüber Folge zu leisten. Nach seiner Ansicht erfordert diese Unterredung keine direkte Antwort; vor allem aber erblickt Grey in dieser Unterredung keine Verhandlungsbasis, weder für ein politisches Abkommen noch für eine Lösung der Bagdadfrage." v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 345. Auch Sir E. Cassel faßte die dilatorische Haltung Sir E. Greys als einen gewollten Abbruch der Verhandlungen auf. Er schrieb darüber am 7. Mai an Direktor von Gwinner: „I am informed that communications have passed between our respective Governments upon the subject of our Bagdad negotiation, and that there is no prospect of the basis adopted by us being approved by the German Government. Under these circumstances, I must consider, much to my regret, that our negotiation is at an end." Im Auswärtigen Amt teilte man diese Auffassung nicht. Der Dirigent der Politischen Abteilung Zimmermann bemerkte zu dem ihm mitgeteilten Schreiben Sir E. Cassels: „Direktor von Gwinner ist davon unterrichtet worden, daß die Kaiserliche Regierung keineswegs die Verhandlungen in der Bagdadbahnfrage als abgebrochen ansehe." In diesem Sinne schrieb dann Gwinner an Sir Ernest am 21. Mai 1910: „Was unsere Bagdadverhandlungen anbelangt, so hat man Ihnen nicht ganz zutreffend berichtet, und man hat die Ausdrücke der deutschen Regierung nicht ganz richtig verstanden. Es liegt auf der Hand, daß die deutsche Regierung nicht die englische Zustimmung zu der türkischen Zollerhöhung von 4% als Äquivalent dafür hinnehmen will, daß ich Ihnen die Kontrolle der Strecke von Bagdad bis zum Persischen Meerbusen abtrete. Sie wissen, daß wir die Bagdadbahn ohne die Zollerhöhung bauen können. Die Türkei hat das große Interesse an der Zollerhöhung, nicht Deutschland. Ferner haben Sie 60% des Kapitals für die Endstrecke verlangt, während Hilmi und Dschawid mir ausdrücklich gesagt hatten, wie ich es Ihnen wiederholte, weiter als 50% dürften wir nicht gehen. Hilmi ist inzwischen gefallen, und Dschawid hat, wenigstens für den Augenblick, Angst gekriegt. Die Zustimmung der jungtürkischen Regierung wäre zurzeit auch nicht für das zwischen uns erörterte Abkommen, wie es Hilmi wollte, zu erlangen. Das ist aber nicht Deutschlands Schuld. Mit vereinten Kräften würden wir wohl die Türken allmählich umstimmen können; wenn wir uns bekämpfen, wird keiner viel mehr erlangen, als er schon hat; wir aber sind in diesem Falle nicht nur die Nachgiebigen und Freundwilligen, sondern auch die beati possidentes. Die deutsche Regierung hat offenbar kein Interesse

Nr. 10002

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 103 Pera, den 11. Mai 1910

Rifaat Pascha, der übermorgen mit dem Thronfolger* zu den Beisetzungsfeierlichkeiten** nach London reisen wird, sagte mir, er werde dort voraussichtlich mit Sir E. Grey über die Bagdadbahn sprechen und sei in Verlegenheit, was er ihm sagen solle. England habe nämlich neuerdings bezüglich der Zollerhöhung zu der ersten Bedingung, daß das Ergebnis derselben nicht für die Bagdadbahn verwendet werde, eine zweite beigefügt, daß, wenn die Strecke von Bagdad nach Süden durch eine fremde Gesellschaft gebaut werde, England in derselben die Präponderanz haben müsse. Diese zweite Bedingung könne die Pforte nicht nur deshalb, weil die Konzession bereits vergeben sei, sondern auch aus politischen Gründen nicht erfüllen. Sei es nicht möglich, einen moyen terme zu finden?

Ich erwiderte, die beiden englischen Bedingungen griffen meines Erachtens in die türkischen Souveränitätsrechte ein — Rifaat gab dies zu — und verlangten ferner die Verletzung einer rechtsgültig mit deutschen Kapitalisten geschlossenen Konvention. Bezüglich der ersten Bedingung sei eine Verständigung möglich, wenn andere Pfänder definitiv bis Bagdad gegeben würden. Bezüglich der Golfstrecke sei wohl eine Partizipation englischen Kapitals annehmbar, eine englische Präponderanz aber für uns ebenso inakzeptabel wie für die Pforte.

Als der Minister darauf fragte, ob nicht ein Ausgleich auf der Basis möglich sei, daß die Pforte selbst den Bau der Golfstrecke übernehme,

---

daran, nur einen englischen Sieg proklamiert zu sehen. Es müßte doch auch in dem Sinne, wie wir es besprochen haben, ein freundschaftliches Handinhandgehen mitverkündet werden, also gegenseitige Minoritätsbeteiligung an den Irrigationsgeschäften und ähnlichem.“ Darauf antwortete Sir E. Cassel in einem Schreiben vom 3. Juni: „With regard to Bagdad, I note with considerable satisfaction that I have not been quite correctly informed and that the expressions of the German Government have not been quite rightly understood. You would not, I am sure, have written this without certain knowledge, and if, as I assume, what you develop subsequently represents the frame within which the German Government would be prepared to assent to an arrangement, I do not consider the eventual resumption of negotiations and a satisfactory result as hopeless as I had done.“ Es kam indessen trotz dieser etwas optimistischeren Auffassung Sir E. Cassels vorerst nicht zu einer Wiederaufnahme der deutsch-englischen Verhandlungen; vielmehr setzten zunächst türkische Verhandlungen einerseits mit England andererseits mit Deutschland in der Richtung ein, daß die Türkei selbst die Erbauung der Endstrecke der Bagdadbahn zwischen Bagdad und dem Persischen Meerbusen in die Hand nehmen wolle. Vgl. die folgenden Schriftstücke.

* Prinz Yussuf Izzeddin.

** Am 20. Mai fand die Beisetzung des am 7. Mai verstorbenen Königs Eduard VII. in Windsor statt.

erwiderte ich, daß das mit einem Annullieren der Bagdadkonvention für jene Strecke gleichbedeutend sein werde. Wenn der Minister nach einem moyen terme suche, könne ich nur raten, sich zu erkundigen, ob das Londoner Kabinett überhaupt zu einem solchen bereit sei. Bis jetzt hätte ich diesen Eindruck nicht. Bei der Sicherheit unserer Rechtslage bestehe für uns kein Anlaß, im voraus Erklärungen darüber abzugeben, ob und auf welcher Basis eine Verständigung möglich sei.

Marschall

Nr. 10003

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Entzifferung

Nr. 417 London, den 18. Mai 1910

Nachtrag zum Bericht Nr. 416 vom 17. Mai*.

Als Alternative einer Verständigung mit uns über die Bagdadbahn bezeichnet Sir E. Grey den eventuellen Bau einer englischen Eisenbahn durch Mesopotamien.

Der in der Begleitung des türkischen Thronfolgers zu den Beisetzungsfeierlichkeiten nach London gereiste Rifaat Pascha dürfte in diesem Sinne hier jetzt bearbeitet werden.

Metternich

Randvermerk Freiherrn von Schoens:

Nisami sagte mir, Rifaat würde es ablehnen, auf die Idee einer englischen Bahn durch Mesopotamien einzugehen.

v. Sch. 19./V.

Nr. 10004

Der Geschäftsträger in Paris Freiherr von der Lancken an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 313 Paris, den 5. Juli 1910

Herrn André Tardieu, dem bekannten Leitartikler des „Temps", genügt seine hervorragende journalistische Stellung nicht mehr. Er möchte, wie dies in der hiesigen Berichterstattung schon wiederholt erwähnt wurde, eine aktive und maßgebende Rolle in der auswärtigen Politik spielen. Mag er nun auch die Bedeutung seiner bisherigen Betätigung gelegentlich ein wenig überschätzen, so läßt sich doch nicht leugnen, daß es ihm bereits gelungen ist, in politischen und finanziellen Kreisen zu recht namhaften

---

* Siehe den über Persien handelnden Bericht in Kap. CCXVII, Nr. 10121.

Einfluß zu gelangen. Besonderen Geschmack scheint er neuerdings an einem Zusammenarbeiten Frankreichs mit Deutschland auf praktischem Gebiet gefunden zu haben, nachdem es ihm gelungen ist, eine Verständigung zwischen Kolonialgesellschaften beider Länder an der Kamerun-Kongo-Grenze in die Wege zu leiten.

Schon seit einiger Zeit machte Herr Tardieu geheimnisvolle Andeutungen darüber, daß er sich mit einem neuen großen Plane in dieser Hinsicht trage. Gestern entwickelte er mir gelegentlich eines längeren Beisammenseins seine Ideen. Sie betreffen eine Art Kompromiß zwischen unserem Bagdadbahnprojekt und dem französischen Plane einer Linie Homs—Bagdad. Die Konzession für letztere, so sagte er mir, werde jetzt als Gegenleistung für die von Dschawid zurzeit hier negoziierte türkische Anleihe* gefordert und verliehen werden. Herr Tardieu hat mir über sein Projekt in Form eines Briefes eine eingehende Aufzeichnung übergeben, welche ich anbei im Original nebst Kartenskizze vorzulegen mich beehre**.

Die technische Seite der Frage entzieht sich meinem Urteil. Nur das eine möchte ich mir zu bemerken gestatten, daß Herr Tardieu, um seinen Plan nicht scheitern zu lassen, sich sicherlich zu Kombinationen verstehen wird, die geeignet wären, den vorwiegend deutschen Charakter der ganzen Linie bis Bagdad zu wahren. Im Gespräch mit ihm habe ich die Diskussion über Details betreffend das Bahnunternehmen tunlichst vermieden. Wohl aber habe ich, um ihn zu ausführlichem Sprechen und namentlich zur Niederschrift seines Planes zu bringen, zugegeben, daß dieser eine interessante Anregung enthalte. Auch habe ich darin zugestimmt, daß der Plan, wenn er zu verwirklichen sein sollte, in der Tat hoffnungsvolle Ausblicke auf die weitere Entwickelung der deutsch-französischen Beziehungen gestatte. In diesem Sinne versprach ich auch seinen Brief meiner Regierung zu unterbreiten.

Herr Tardieu legt den allergrößten Wert darauf, seine Vorschläge mündlich vor dem Herrn Staatssekretär oder gar vor Euerer Exzellenz selbst entwickeln zu können. Ich glaube sehr empfehlen zu sollen, Herrn Tardieu — selbst wenn seine Anregung noch nicht als annehmbare Basis für Verhandlungen erscheinen sollte — nach Berlin kommen zu lassen. Ich weiß zwar nicht, ob eine weitgehende Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich den Absichten Euerer Exzellenz entsprechend ist. Sollte dies der Fall sein, so wäre die durch die vorliegende Anregung sich bietende Gelegenheit äußerst günstig. Herr Tardieu würde, wenn er jetzt bei uns gute Aufnahme fände, hier sicherlich für solche Bestrebungen mit Erfolg Stimmung machen. Um seiner von ihm selbst als très hardie bezeichneten Idee zur Verwirklichung zu verhelfen, würde er zum energischen Vorkämpfer der praktischen Verständigungspolitik werden.

Es sind meiner Überzeugung nach allerdings durchaus nicht nur rein ideale Motive, die ihn leiten. Er will vor allem seinen nach seinen Fähig-

* Vgl. den Anhang.
** Hier nicht abgedruckt.

keiten vollberechtigten Ehrgeiz befriedigen, wobei ihm als ein vielleicht bald erreichbares Ziel ein hoher diplomatischer Posten vor Augen schweben dürfte. Deshalb ist auch meines Erachtens Herrn Tardieus Versicherung durchaus glaubwürdig, daß er bei dieser Mission von seiner Eigenschaft als Journalist gänzlich absehen und lediglich als Mandatar der französischen Finanzgruppen (er nannte vornehmlich die Namen: Vitali, Neufville, Bardac) kommen würde.

Ich glaube zu der Annahme berechtigt zu sein, daß auch Herr Pichon von den Tardieuschen Plänen Kenntnis hat.

Lancken

Nr. 10005

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Schoen

Konzept von der Hand des Dirigenten der Politischen Abteilung Zimmermann

Berlin, den 8. Juli 1910

Eine direkte Verständigung zwischen der Kaiserlichen Regierung und Herrn Tardieu kann wohl nicht in Frage kommen, wir dürften vielmehr auch Herrn Tardieu gegenüber an unserem Standpunkte festhalten, daß die Regelung der Bagdadbahnfrage Sache der interessierten Finanzkreise ist. Die Deutsche Bank ist mit dem Tardieuschen Projekt bereits befaßt und beabsichtigt, die fraglichen Anregungen zunächst dilatorisch zu behandeln. Zu einem Eingehen auf diese Anregungen liegt zurzeit um so weniger Veranlassung vor, als gute Aussicht dafür vorhanden ist, daß die Türkei zur Hergabe der erforderlichen Kilometergarantien bis Bagdad alsbald in der Lage sein wird.

Der vorliegende Bericht dürfte zunächst mit der Deutschen Bank und Herrn von Marschall zu erörtern sein. Das Ergebnis dieser Erörterungen wird voraussichtlich dahin hinauslaufen, daß Herrn Tardieu eine freundliche ausweichende, zum mindesten dilatorische Antwort erteilt wird*.

v. Schoen

Randvermerk Zimmermanns:

Direktor Helfferich, dem soeben von A 11676** Kenntnis gegeben worden ist, bezeichnet die Tardieuschen Anregungen als unannehmbar und empfiehlt die oben angedeutete Bescheidung Tardieus. Z. 8./7.

---

* Gemäß dieser Aufzeichnung wurde durch Erlaß Nr. 1031 vom 19. Juli an den Geschäftsträger in Paris die Tardieusche Anregung ablehnend beantwortet.

** Siehe Nr. 10004.

Nr. 10006

Der Geschäftsträger in Konstantinopel von Miquel an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 229 Therapia, den 5. Juli 1910

Vertraulich

Bei den Verhandlungen über die Zollerhöhung hatte die englische Botschaft früher erklärt, keinesfalls dürften die vier Prozent zu Garantien für die Bagdadbahn verwendet werden. Auf die Frage des Herrn Ministers der Auswärtigen Angelegenheiten, ob wenigstens andere türkische Staatseinnahmen für die weiteren Garantien in Aussicht genommen werden könnten, hatte sie (wie dies auch nicht gut anders möglich war) zustimmend geantwortet. Dies fand in einer Zeit statt, wo die englische Botschaft in Anbetracht der antideutschen Stimmung und der Abneigung gegen Garantiebahnen hoffen zu können glaubte, die Fortsetzung der Bagdadbahn sei höchst unwahrscheinlich. Nachdem jetzt 13000 Arbeiter in Bulgurlu und Adana beschäftigt wurden und sich das Bedürfnis nach einer schnellen Verbindung zwischen der Hauptstadt und Bagdad wieder stärker geltend gemacht hat, hält die englische Regierung es für nötig, einen neuen Druck auf die Türkei auszuüben, um dem deutschen Einfluß südlich von Bagdad von vornherein vorzubeugen.

Rifaat Pascha sagte mir gestern, die englische Botschaft bereite wegen der Bagdadbahn immer größere Schwierigkeiten gegen die Zollerhöhung vor. Sie habe zwar nicht direkt gefordert, daß weder die vier Prozent noch andere Gelder als Garantien für die Bagdadbahn verwendet würden, doch sei dies offenbar ihr Ziel. Um nun ein so unbilliges Verlangen nicht formulieren zu müssen, hätte Sir Gerard Lowther einen übrigens nicht mißzuverstehenden Umweg gewählt. Er wünsche die Konzession zum Bau einer englischen Bahn von Bagdad nach dem Golf, welche ungefähr als Parallelstrecke zu unserer Linie gedacht sei. Natürlich könne die Türkei hierauf in keinem Falle eingehen. Englische Eisenbahnen in Mesopotamien seien das letzte, was man bei der jetzigen Stimmung des Landes zugeben könne. Andererseits könne aber auf die vier Prozent nicht Verzicht geleistet werden. Als Ausweg gebe es für die Hohe Pforte nur eine Möglichkeit, nämlich den Bau der Strecke Bagdad—Golf durch den türkischen Staat. Diesen Vorschlag wolle er — Rifaat Pascha — mir heute machen, nachdem früher schon einmal davon die Rede gewesen sei*. Für Deutschland bedeute der Verzicht auf diese Linie keinen großen Verlust, England würde sich dann zufrieden geben, und die Türkei erhalte die Zollerhöhung unter der Bedingung, daß andere Mittel als die vier Prozent für die Bagdadbahngarantien verwendet werden könnten.

---

* Vgl. Nr. 9997, Anlage, Nr. 10002.

Ich erwiderte, wir würden im Prinzip sehr gern bereit sein, der Türkei aus ihren Schwierigkeiten herauszuhelfen. Über die von England an sie stets von neuem gestellten Zumutungen sei ich erstaunt, und ich wisse nicht, ob wir auf die letzte Teilstrecke mit Rücksicht auf die Interessen der Bahn und die öffentliche Meinung verzichten könnten. Jedenfalls würde dies nicht in der einfachen bedingungslosen Form des Vorschlages geschehen können. Überdies scheine mir der Moment sehr wenig günstig gewählt zu sein, da gerade jetzt ein Iradee unterzeichnet sei, durch welches die Linie Brücke—Haidar Pascha vertragswidrig einer englisch-ottomanischen Gesellschaft zugewiesen werde.

Es folgte eine längere Unterhaltung über diese letztere Streitfrage, wobei Rifaat Pascha schließlich sagte, man könne sich wohl noch nachträglich darüber verständigen.

„Les Anglais", so fuhr der Herr Minister fort, „n'ont pas de prise sur vous, mais ils en ont malheureusement sur nous. Il vaut mieux ne pas en parler en public, mais ici, entre nous, je peux bien le dire confidentiellement. Notre position est très difficile, il faut que nous venions à un arrangement. La Turquie sait que l'Angleterre a des visées politiques, tandis que l'Allemagne ne s'occupe que de son développement économique."

Auf den Wunsch Rifaat Paschas habe ich versprochen, Euerer Exzellenz von dieser Unterredung Kenntnis zu geben und über die Einzelheiten hier nur mit Herrn Kautz, dem stellvertretenden Generaldirektor der Anatolischen Eisenbahn, zu sprechen.

Falls wir uns mit dem Gedanken an den Verzicht auf die Strecke Bagdad—Golf überhaupt befassen, dürfte die Verkettung dieser Frage mit der Mahsussé-Gesellschaft und der Garantie für Helif—Bagdad etc. durchaus geboten erscheinen. Am sympathischsten wäre es mir jedoch, wenn die Angelegenheit der Mahsussé unabhängig davon vorher zum Austrag gebracht werden könnte. Denn entweder haben die Anatolier darin recht oder unrecht; ist die Entscheidung darüber gefallen, so muß es dabei bleiben, ohne daß ein Kompensationsobjekt aus dieser Rechtsfrage konstruiert wird.

Soweit ich unterrichtet bin, legt die Deutsche Bank, insofern es sich um ihre nicht politischen Interessen handelt, auf den Bau der Linie Bagdad—Golf keinen besonders großen Wert.

Miquel

Nr. 10007

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Schoen an den Geschäftsträger in Konstantinopel von Miquel

Konzept von der Hand des Dirigenten der Politischen Abteilung Zimmermann

Nr. 988 Berlin, den 20. Juli 1910

Vertraulich

Auf den Bericht Nr. 229 vom 5. d. Mts.*

Dem Wunsche Rifaat Paschas, daß wir den Bau der Eisenbahnstrecke Bagdad—Persischer Golf dem türkischen Staat überlassen mögen, stehen mit Rücksicht auf unsere öffentliche Meinung schwerwiegende Bedenken entgegen. Die Bagdadbahnfrage ist durch die Haltung Englands ohne unser Zutun und ganz gegen unseren Willen zu einer Prestigefrage geworden. Ein Verzicht auf den Bau der Strecke Bagdad—Persischer Golf zugunsten der Türkei würde daher in Deutschland aller Wahrscheinlichkeit nach nicht als Gefälligkeit gegenüber der Hohen Pforte, sondern als ein Zurückweichen vor England angesehen werden. Der türkische Wunsch wird daher, so sehr wir, wie Euer Hochwohlgeboren Rifaat Pascha gegenüber bereits betont haben, im Prinzip geneigt sind, der Türkei aus den ihr seitens Englands bereiteten Schwierigkeiten in der Frage der vierprozentigen Zollerhöhung herauszuhelfen, einer ernsten Prüfung unterzogen werden müssen. Bevor wir diese Prüfung vornehmen, erscheint es indes geboten, daß sich die Hohe Pforte zunächst darüber vergewissert, ob England in der Tat seinen Widerstand gegen die Zollerhöhung endgiltig aufzugeben gewillt ist, falls die fragliche Strecke nicht durch die Bagdadbahngesellschaft, sondern durch den türkischen Staat selbst gebaut wird. Die optimistische Auffassung Rifaat Paschas in diesem Punkte vermag die Kaiserliche Regierung nicht ganz zu teilen. Solange diese Vorfrage aber nicht durch ein Abkommen zwischen England und der Hohen Pforte in endgiltiger, beide Teile bindender Form im türkischen Sinne beantwortet worden ist, hält die Kaiserliche Regierung es für zwecklos und verfrüht, zu dem türkischen Wunsche Stellung zu nehmen**.

Euerer Hochwohlgeboren stelle ich ergebenst anheim, Rifaat Pascha, falls er auf die Angelegenheit zurückkommt, mündlich und vertraulich in entsprechendem Sinne zu verständigen.

v. Schoen

* Siehe Nr. 10006.

** Vgl. dazu den Brief Zimmermanns an den Gesandten von Kiderlen vom 13. Juli 1910. E. Jäckh, Kiderlen-Wächter, der Staatsmann und Mensch, II, S. 119ff.

Nr. 10008

Der Geschäftsträger in Konstantinopel von Miquel an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 244
Vertraulich

Therapia, den 26. Juli 1910

Euerer Exzellenz beehre ich mich auf den Erlaß vom 20. d. Mts. — Nr. 988* zu erwidern, daß ich dem Herrn Minister der Auswärtigen Angelegenheiten unsere Stellungnahme zu dem Vorschlage unseres Verzichtes auf den Bau der Linie Bagdad—Persischer Golf dargelegt habe.

Der Gedanke, zunächst von England eine bindende Erklärung fordern zu müssen, war Rifaat Pascha sichtlich unsympathisch. Als ich jedoch erwiderte, ein solches Abkommen bilde für uns die Basis für die Prüfung des türkischen Vorschlages, meinte er, er werde Schritte in London zu diesem Zwecke einleiten; für den Fall, daß er hiermit Erfolg habe, möchte ich ihm doch jetzt schon Hoffnungen auf unsere Zustimmung machen. Ich wiederholte die Versicherung, daß wir sowohl zur Erreichung der Zollerhöhung als zur Aufrechterhaltung des türkischen Einflusses in Mesopotamien unser möglichstes tun würden, daß ich aber gleichwohl einer Entscheidung über die Bagdadlinie in keiner Weise vorgreifen könne. Überdies würde unser Verzicht gewiß nicht ohne eingehende Verhandlungen und ohne Bedingungen erfolgen können.

Hiernach haben wir uns für jeden Fall, wie auch immer die Antwort Englands auf die von Rifaat Pascha beabsichtigte Anfrage lauten möge, vollkommen freie Hand gewahrt.

Während der Unterhaltung klagte Rifaat Pascha wiederholt über die englischen Aspirationen in Mesopotamien und sagte unter anderem, man werde alles tun, um die übrigens nicht wieder angeregte Erneuerung der Lynch-Angelegenheit zu verhindern, in welcher das Parlament seiner ablehnenden Haltung treu bleibe.

Miquel

Nr. 10009

Der Geschäftsträger in Paris Freiherr von der Lancken an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 345

Paris, den 26. Juli 1910

Ich habe Herrn Tardieu auftragsgemäß davon verständigt, daß sein Vorschlag eines Kompromisses zwischen unserem Bagdadbahnprojekt und dem französischen Projekt einer Eisenbahnlinie Homs—Bagdad der

* Siehe Nr. 10007.

deutschen Interessentengruppe nicht annehmbar erscheine*. Ich habe nicht verfehlt hinzuzufügen, daß die deutsche Regierung die dem Vorschlage zugrunde liegende freundliche Absicht einer Ausgestaltung der deutsch-französischen Beziehungen anerkenne; daß sie jedoch mit der vorliegenden Anregung sich zu ihrem Bedauern nicht näher befassen könne, da sie in der Behandlung der Bagdadbahnfrage den interessierten deutschen Finanzkreisen nicht vorzugreifen sich zum Grundsatze gemacht habe.

Herr Tardieu war durch meine Eröffnungen offenbar enttäuscht. Allerdings stieß er in seiner impulsiven Art sofort hervor, nicht nur die Herren Auboyneau, Bardac und Vitali, sondern auch Sir Charles Hardinge hätten ihm von vornherein erklärt bezw. erklären lassen, sein Bemühen, sich mit den Deutschen in der Bagdadbahnfrage zu verständigen, werde vergeblich sein. Zugleich aber ließ er deutlich erkennen, wie schwer es ihm wird, seinen französischen und englischen Freunden eingestehen zu müssen, daß er nicht mehr hat zustande bringen können als all die anderen, die sich bisher an der gleichen Aufgabe umsonst versuchten. Augenscheinlich hatte er weidlich damit geprahlt, daß es seiner geschickten Diplomatie schon gelingen werde, auf uns eine Einwirkung im Sinne der gewünschten Verständigung auszuüben.

Tardieu wollte auch das Spiel noch nicht so leicht verloren geben, und sein erster Gedanke war, ein Zusammentreffen mit Herrn von Gwinner in dessen Sommerfrische herbeizuführen, um mit diesem persönlich nochmals seine Pläne zu besprechen. Ich glaubte, dieses Vorhaben nicht hindern zu sollen, trotzdem ich mir natürlich über seine Aussichtslosigkeit nicht im unklaren war. Mich leitete dabei vornehmlich die Idee, daß Tardieu, beseelt von dem Wunsche, Erfolg zu haben, und indiskret, wie er gelegentlich ist, Herrn von Gwinner, wenn dieser sich in längere Diskussionen mit ihm einließe, vielleicht manchen interessanten Blick in die wirtschaftspolitischen Pläne tun lassen würde, die Frankreich im nahen Orient verfolgt. Zur Vermittelung der Zusammenkunft mit dem Leiter der deutschen Bagdadgruppe wollte sich Herr Tardieu eines gemeinschaftlichen Bekannten aus der hiesigen Haute Finance bedienen. Wenige Tage nach unserer Unterredung teilte er mir jedoch telephonisch mit, daß „man" ihm zu verstehen gegeben habe, sein Herantreten an Herrn von Gwinner erscheine nicht opportun. Tardieu wählte bei der Mitteilung an mich seine Worte sehr vorsichtig. Es kann aber kaum einem Zweifel unterliegen, daß er mit der Stelle, die sich gegen die Zusammenkunft ausgesprochen, nicht etwa die interessierten französischen Finanziers, sondern die hiesige Regierung meint.

Aus dem Gespräch mit Tardieu, in welchem ich ihm die Eröffnung über die Ablehnung seiner Anregung machte, habe ich im übrigen noch folgendes zu erwähnen. Meinem Hinweis auf die schon bestehende erhebliche Beteiligung französischen Kapitals an dem jetzigen Bagdadbahnunter-

* Vgl. Nr. 10005 nebst Fußnote.

nehmen begegnete er einfach mit dem Verlangen, daß Frankreich, um dem Unternehmen nicht entgegenzuarbeiten, ein noch größeres und allgemeineres Interesse an ihm erhalten müsse. Auch das Argument machte keinen Eindruck auf ihn, daß sein Vorschlag bereits durch die Vereinbarung mit der Pforte hinsichtlich der Bauausführung über den Gabelpunkt zwischen Euphrat- und Tigrislinie hinaus überholt sei. Die Arbeiten, so meinte er, seien gewiß noch nicht so weit vorgeschritten, um die Änderung der Linienführung unmöglich erscheinen zu lassen. Überhaupt war ihm an einer sachlichen Diskussion der Momente, die für und gegen eine weitergehende französische Beteiligung sprechen könnten, offensichtlich wenig gelegen; vielmehr ließ er immer wieder erkennen, daß es ihm in erster Linie darauf ankommt, eine erfolgreiche Vermittlerrolle in der weltbewegenden Sache zu spielen und den französischen und — wie jetzt hervortritt — auch englischen Interessenten zu zeigen, daß er erreichte, was bisher niemandem gelang, nämlich die Deutschen zu Zugeständnissen zu vermögen. Die Enttäuschung über seinen Mißerfolg wird er nicht ganz leicht verwinden, und es würde mich nicht wundern, wenn in den „Temps"-Artikeln der nächsten Monate gelegentlich eine uns weniger freundliche Stimmung zum Ausdruck kommt.

Anführen möchte ich endlich aus der Unterhaltung mit Tardieu noch, daß, als ich unter Hinweis auf Artikel 12 der Bagdadkonzession erwähnte, die Konzessionierung der Bahn Homs—Bagdad könne nur unter Verletzung der vertragsmäßigen Rechte der Bagdadgesellschaft erfolgen, er mit überlegenem Lächeln meinte, natürlich werde im Falle des Scheiterns der Verständigungsversuche mit uns die Bauerlaubnis für eine von Bagdad und der Bagdadlinie unabhängige Bahnverbindung von Syrien nach dem Persischen Golf nachgesucht werden. Der Artikel 12 werde hier selbstredend nicht außer acht gelassen. Zum Schlusse sei auch noch die Äußerung registriert, daß Dschawid Bey in der letzten Zeit seines Hierseins, wie Tardieu behauptete, täglich bei ihm angefragt habe, ob denn immer noch keine deutsche Antwort auf den Kompromißvorschlag eingegangen sei.

Lancken

Nr. 10010

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Marschall

Telegramm. Konzept von der Hand des Ständigen Hilfsarbeiters von Rosenberg

Nr. 111 Berlin, den 9. September 1910

Deutsche Bank befürchtet nach mündlicher Mitteilung des Herrn von Gwinner, daß französische Regierung bei Verhandlungen über Kotierung türkischer Anleihe in Paris* starken Druck zugunsten Tardieuschen

* Vgl. dazu Anhang.

Bahnprojekts ausübt. Türkisches Eingehen auf diesen Plan wäre mit Artikel 12, Absatz 1 der Bagdadkonzession unvereinbar und enthielte offensichtliche Verletzung vertragsmäßig verbürgter deutscher Interessen, die wir keinenfalls zulassen würden.

Bitte bei dortiger Regierung sondieren und zutreffendenfalls bestimmter Erwartung Ausdruck geben, daß sie etwaige Einwirkungen im Tardieuschen Sinne zurückweist.

Drahtbericht. Kiderlen

Nr. 10011

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 183 Therapia, den 10. September 1910

Antwort auf Telegramm Nr. 111*.

Rifaat Pascha sagt mir, der Großwesir habe bisher nicht erwähnt, daß gelegentlich seiner Pariser Verhandlungen die Bagdadbahnfrage zur Sprache gekommen sei. Dagegen habe Bompard** ihm — dem Minister — vor einiger Zeit von den französischen Wünschen bezüglich der Fortsetzung der Bahn von Tripolis—Homs nach Bagdad gesprochen. Dabei sei auch von dem „Projekt Tardieu" die Rede gewesen.

Als ich dem Minister darauf erklärte, daß wir entschlossen seien, die uns durch Artikel 12 der Bagdadbahnkonvention eingeräumten, wohlerworbenen Rechte nicht antasten zu lassen, erwiderte Rifaat, die Pforte werde die französisch-englischen Projekte schon darum ablehnen, weil deren Ausführung infolge der Staatsgarantien für unsere Bagdadbahn den türkischen Staatsschatz schwer schädigen würde.

Marschall

Nr. 10012

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 290 Therapia, den 10. September 1910

Rifaat Pascha kam heute mir gegenüber auf den bereits dem Kaiserlichen Geschäftsträger unterbreiteten Gedanken zurück, wir möchten auf die Konzession der sogenannten Golflinie von Bagdad nach dem Meere zu verzichten und den Bau derselben der Pforte überlassen. Meine Frage,

---

* Siehe Nr. 10010.

** Französischer Botschafter in Konstantinopel.

ob irgend eine Sicherheit vorhanden sei, daß England dann die vierprozentige Zollerhöhung bewilligen werde, vermochte der Minister nicht zu bejahen. Er glaubte nur aus Äußerungen Sir Edward Greys und Sir Charles Hardinges, mit denen er vor drei Monaten in London gesprochen hatte, zu entnehmen, daß diese Konzession der englischen Regierung genügen werde.

Ich habe dem Minister darauf erklärt, daß England in dieser Frage fortwährend seine Stellung wechsele. Erst habe man in London die alleinige Bedingung gestellt, daß der Ertrag der Zollerhöhung nicht für die Bagdadbahn verwendet werde, und dabei ausdrücklich erklärt, daß die Verpfändung anderer Einnahmen keinen Widerspruch finden werde. Als dann die Deutsche Bank sich bereit erklärt habe, von Helif an die „excédents des revenus divers" an Stelle der verpfändeten „excédents des revenus concédés" anzunehmen, sei England mit der neuen Forderung einer „participation" an der Golflinie hervorgetreten. Bei den auf Wunsch der Pforte zwischen der Deutschen Bank und Sir Ernest Cassel geführten Besprechungen habe sich jedoch alsbald ergeben, daß England nicht eine „participation", sondern eine „absolute control" anstrebte, was für uns ebenso unannehmbar sei wie für die Pforte. Der Minister werde zugeben müssen, daß wir angesichts dieser Haltung Englands unmöglich irgend einen auch nur eventuellen Verzicht auf erworbene Rechte in Aussicht stellen könnten. Auch sei ich überzeugt, daß die Rückgabe der Konzession von Bagdad aus in unserer öffentlichen Meinung auf den entschiedensten Widerspruch stoßen werde.

Rifaat Pascha gab die Richtigkeit meiner Argumentation zu und führte bittere Klage über England. Ich habe dem Minster schließlich gesagt, wir pflegten wohlerworbene Rechte anderer Staaten in anderen Ländern gewissenhaft zu respektieren, seien aber darum auch entschlossen, den neuerdings speziell in der Türkei hervortretenden Versuchen anderer Mächte, die Pforte zur Antastung deutscher Rechte zu bewegen, mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich darauf hinweisen, daß gegen die Rückgabe der Bahnkonzession an die türkische Regierung von Bagdad an abgesehen von allen anderen Gründen auch ein gewichtiges rechtliches Moment spricht. Solange wir die Konzession über Bagdad hinaus besitzen, zum Beispiel bis Basra, können wir das englisch-französische Projekt der Bahn Tripolis—Homs—Bagdad auf Grund des Artikel 12 der Bagdadkonvention mit Erfolg bekämpfen. In dem Augenblicke dagegen, wo Bagdad durch Rückgabe der Golflinie an die türkische Regierung Terminus unserer Bahn wird, erhält die Linie Tripolis—Homs—Bagdad den Charakter einer selbständigen Konkurrenzlinie, auf welche der im Artikel 12 der Bagdadkonvention gebrauchte Ausdruck „embranchement" schwerlich angewendet werden kann. —

Marschall

Nr. 10013

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Entzifferung

Nr. 294 Therapia, den 15. September 1910

Mit einem Einführungsschreiben Sir Ernest Cassels ausgerüstet, hat mir der englische Minister Mr. Winston Churchill, der sich seit einigen Tagen auf einer Jacht hier aufhält, einen längeren Besuch gemacht. Der Zweck dieses Besuchs, mit mir über Politik und speziell die Bagdadbahn zu sprechen, trat alsbald zutage. Er begann das Gespräch mit dem Ausdruck des Wunsches, daß bald die alten freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und England wiederhergestellt sein möchten. Der einzige Differenzpunkt, der zwischen beiden Ländern bestehe, sei die Flottenfrage*. Die fortwährende Zunahme der deutschen Flotte errege in weiten englischen Volkskreisen Besorgnisse und zwinge die Regierung zu immer stärkeren Ausgaben, während die großen sozialpolitischen Pläne der Arbeiterversicherung, die er nach dem bewunderungswürdigen deutschen Beispiel entworfen habe, in den Hintergrund gedrängt würden. Ich habe erwidert, daß mir zur Besprechung dieser Angelegenheit jede Kompetenz fehle. Die Friedensliebe Seiner Majestät des Kaisers, die vom gesamten deutschen Volke geteilt werde, die ruhige, maßvolle Haltung, welche das Deutsche Reich seit seiner Gründung eingenommen, und die gewissenhafte Achtung wohlerworbener Rechte anderer Staaten, welche unentwegt die Richtung der deutschen Politik bilde, ...** bei vorurteilsfreien Menschen die Möglichkeit eines Verdachts, daß Deutschland zum Friedensstörer werden könne, vollkommen aus. Mr. Winston Churchill gab dies zu, bemerkte aber, daß es in England Kreise gäbe, welche ernstlich befürchteten, daß Deutschland seine Flotte vermehrt, um eines Tages England zu überfallen und daraus eine deutsche Provinz zu machen. Ich beschränkte mich auf die Bemerkung, daß es auch in Deutschland Leute mit absurden politischen Ideen gäbe, dieselben aber bei uns in ernsten Kreisen keinerlei Beachtung fänden.

Mr. Winston Churchill ging dann noch weiter und sagte mir, sein lebhafter Wunsch sei, daß zwischen Deutschland und England eine „cooperation" in verschiedenen Ländern der Erde eintrete. Ich erwiderte, daß mir der Gedanke an sich sympathisch sei, er mir aber nicht übelnehmen möge, wenn ich offen sage, daß speziell in der Türkei, wo mir die Wahrung der deutschen Interessen obläge, eine Spur von Betätigung dieses Wunsches bisher nicht zu erblicken gewesen sei. Darauf wurde mein Besucher lebhaft und begann alsbald von Mesopotamien

* Vgl. dazu Bd. XXVIII, Kap. CCXXV.
** Zifferngruppe fehlt.

und der Bagdadbahn zu sprechen. Es sei ein Irrtum, so führte er aus, zu glauben, daß England ein Gegner der Bagdadbahn sei. Das sei nicht der Fall. Im Gegenteil. Er betrachte diese Bahn als ein großes und nützliches „Kulturwerk" — er gebrauchte dieses deutsche Wort, während unsere Unterredung in englischer Sprache geführt wurde —. Gegen den Bahnbau bis Bagdad durch die Deutschen unter den vereinbarten Bedingungen bestände in England kein Widerspruch. Man wünsche nur, daß die vornehmlich kommerziellen englischen Interessen in Mesopotamien und am Persischen Golf gewahrt würden, und das sei nur möglich, wenn England bezüglich der „Golflinie", das heißt der Linie von Bagdad bis Kosima, besondere Rechte eingeräumt würden. Ich wandte hier ein, daß der Begriff „Golflinie" im Laufe der Zeit mehrfach gewechselt und dabei fortwährend an geographischer Ausdehnung gewonnen habe. Ursprünglich habe man darunter die letzten 200 km bis zum Golf verstanden, dann die Linie von Basra, später von Bagdad aus, und kürzlich sei sogar der Versuch gemacht worden, dieselbe schon von Helif aus beginnen zu lassen, obgleich dieser Punkt zirka 1500 km vom Golfe entfernt sei. — Mr. Churchill fuhr fort: England habe in Mesopotamien so große Interessen, daß es schon von Bagdad aus besondere Rechte an der Bahn beanspruchen müsse. Ich wies darauf hin, daß in den Verhandlungen zwischen der Deutschen Bank und Sir Ernest Cassel englischerseits nur „absolute control" über die erwähnte Golflinie als annehmbar bezeichnet worden sei. Scherzend fügte ich hinzu, daß, wenn jemand sich mit Mühe und Kosten ein Bett hergestellt habe, es eine schwere Zumutung darstelle, dasselbe wieder zu räumen und einen anderen darin schlafen zu lassen. Mr. W. Churchill lachte und bemerkte, wir könnten ja beide in dem Bette schlafen as man and wife, worauf ich replizierte, daß ich diesen Vergleich nicht ablehnte, daß aber in guten Ehen die Benutzung des gemeinsamen Ehebetts auf dem Prinzip der gleichen Rechte sich vollziehe, während uns die englischen Finanziers diese nicht einräumen wollten. Churchill suchte dies mit der Bemerkung zu bestreiten, daß nicht absolute but effective control verlangt werde, konnte aber wenig erwidern, als ich ihm nachwies, daß praktisch dies nur verschiedene Worte für ein und dieselbe Sache seien.

Im Laufe unseres weiteren Gesprächs, welches in der freundschaftlichsten ....* geführt wurde, bemerkte ich, daß bei uns, soviel mir bekannt, der Wunsch, über die erwähnte Frage zu gegebener Zeit sich zu verständigen — natürlich mit dem Vorbehalt der Zustimmung der Pforte —, fortbestehe, daß aber inzwischen ein fait nouveau eingetreten sei, das der ernstesten Beachtung bedürfe. Vor kurzem sei von französischer Seite ein Vorstoß gegen unsere Bagdadbahn gemacht worden, der erkennbar darauf ziele, derselben den Todesstoß zu versetzen. Ein französisches Syndikat habe von der Pforte die Konzession für den Bahnbau von

* Zifferngruppe fehlt.

Tripolis über Palmyra nach Bagdad mit eventueller Fortsetzung nach Chanikin begehrt. Diese Konzession würde unsere wohlerworbenen Rechte verletzen und außerdem unsere Bahn über Mosul wirtschaftlich schwer schädigen. Mr. W. Churchill wollte anfangs dieses Projekt nicht kennen, gab jedoch die Kenntnis zu, nachdem ich ihm den Namen Ornstein genannt und gesagt hatte, daß dasselbe in Zusammenhang mit den Willcocksschen Irrigationsplänen gebracht worden sei*. Ob dieses Projekt — fuhr ich fort — irgendeiner Kooperation entspreche oder nicht, sei mir unbekannt. Ich könne nur sagen, daß wir fest entschlossen seien, unsere Rechte und Interessen diesem Projekt gegenüber zu wahren. Durch dasselbe werde meines Erachtens die Situation kompliziert und die direkte Verständigung zwischen uns und England jedenfalls nicht erleichtert, denn die deutschen Finanziers würden verlangen, daß vorher bezüglich des Ornsteinschen Planes reiner Tisch gemacht werde. Wir würden erst in sechs bis sieben Jahren in Bagdad sein, sodaß die Angelegenheit der Golflinie wohl kaum als eine dringende zu betrachten sei.

„Aber die Frage der vierprozentigen Zollerhöhung, auf welche die Türken mehr wie je drängen", warf hier Mr. W. Churchill ein. Ich entgegnete, es sei ein Irrtum zu glauben, daß Deutschland ein besonderes Interesse an dieser Maßregel besitze. Bestehe ein solches überhaupt außerhalb der Türkei, so verteile sich dasselbe auf alle Staaten, welche aus wirtschaftlichen oder finanziellen Gründen die innere Stärkung der Türkei wünschen müssen. Unter diesen Staaten stehe Deutschland keineswegs an erster Stelle. Übrigens seien mir die Bedingungen, welche England für seine Zustimmung für die Zollerhöhung formuliert habe, gar nicht bekannt. Ich wisse dagegen, daß andere Mächte, wie Frankreich und Rußland, ihre Bedingungen noch gar nicht aufgestellt hätten. Die geplante Zollerhöhung bilde also nach meiner persönlichen Auffassung für unsere Finanziers keinen Anreiz, in diesem Augenblick Konzessionen zu machen, denen voraussichtlich nur weitere Ansprüche von anderer Seite folgen würden. Die Bereitwilligkeit der Bagdadbahngesellschaft, auf die Mehreinnahmen aus der Zollerhöhung, die ihr vertragsmäßig verpfändet sind, zu verzichten, wenn die Pforte andere Pfänder stellt, sei bekannt.

Das ist der wesentliche Inhalt meiner Unterredung mit Mr. Winston Churchill. Ich habe in ihm einen klugen, geistig überaus lebhaften Staatsmann gefunden. Ob seine deutschfreundlichen Gesinnungen aufrichtig sind, vermag ich natürlich nicht zu beurteilen. Da derselbe in den letzten Tagen nicht nur mit meinem englischen, sondern auch mit meinem französischen Kollegen sowie mit den hervorragenden türkischen Staatsmännern wie Dschawid Bey und Talaat Bey konferiert und dabei zweifellos überall Informationen über die Bagdadbahnfrage eingeholt hat, so habe ich mich verpflichtet gehalten, ihm, als er dieses Thema mir gegenüber berührte, Rede und Antwort zu stehen. Irgend ein Ausweichen meinerseits würde

* Vgl. Nr. 9997, S. 626, Fußnote **.

zur Folge gehabt haben, daß er mit falschen Eindrücken die hiesige Hauptstadt verlassen hätte. Daß ich bei dieser Gelegenheit, wie man englisch sagt, „to the point" gesprochen habe, entspringt meiner Erfahrung, daß man nur auf diese Weise bei ernsten englischen Staatsmännern — ich will nicht sagen Vertrauen erwecken, aber jedenfalls Mißtrauen und falsche Schlußfolgerungen vermeiden kann.

Marschall

Nr. 10014

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Marschall

Konzept von der Hand des Ständigen Hilfsarbeiters von Rosenberg

Nr. 1159 Berlin, den 21. September 1910
[abgegangen am 24. September]

Bei den Verhandlungen, die von Herrn von Gwinner hier kürzlich mit Dschawid Bey über die Bagdadbahn gepflogen worden sind, hat sich letzterer dahin geäußert, daß eine Erhöhung der staatlichen Kilometergarantie bei Überlassung der Endstrecke von Bagdad zum Persischen Meerbusen an die Türkei von der türkischen Regierung unter allen Umständen abgelehnt werden müsse.

Dagegen hat Dschawid Bey die Aussicht eröffnet, daß eine annehmbare Kompensation für den Verzicht auf die Golfstrecke auf anderer Grundlage zu erreichen sein werde.

Die Deutsche Bank glaubt, auf ein Arrangement etwa folgenden Inhalts eingehen zu können:

1. Die Bagdadbahngesellschaft tritt der türkischen Regierung den Bau der Strecke Bagdad—Golf unter der Bedingung ab, daß die Türkei diese Strecke selbst und innerhalb eines bestimmten Zeitraums baut und selbst in Betrieb nimmt; im Falle die türkische Regierung zur Erfüllung dieser Bedingung nicht imstande ist, fällt das Recht zum Bau und Betrieb der Bahn an die bisherige Konzessionärin zurück.

2. Die türkische Regierung verpfändet die excédents des revenus divers für den Weiterbau der Bahn bis Bagdad und stellt schon jetzt die erforderlichen Subventionsanleihen auf jederzeitigen Abruf zur Verfügung; die Anleiheverträge werden alsbald aufgestellt und unterzeichnet.

3. Die Frage der Pfänder und Subventionen für den Bau der Anschlußlinie von Sadije nach Chanikin wird nach Maßgabe der Bestimmungen unter Nr. 2 geregelt.

4. Der Bagdadbahngesellschaft wird die Berechtigung erteilt, Anschlußbahnen von Aleppo nach Alexandrette sowie von näher zu bezeichnenden Punkten der Hauptlinie nach Urfa und Mardin herzustellen. Für diese Zweiglinien werden türkischerseits die gleichen Garantien wie für die Hauptlinie bewilligt.

Bei der finanziellen und politischen Bedrängnis der Türkei vermögen wir uns nicht der ernsten Befürchtung zu verschließen, daß es den am Werke befindlichen englischen und französischen Treibereien schließlich doch gelingen könnte, den Weiterbau unserer Bahn über Helif hinaus zu vereiteln und so der Prophezeiung des Herrn von Kapp vom „Ende des deutschen Bagdadtraumes"* zur Erfüllung zu verhelfen. Eine solche Sistierung des Bahnbaus wäre mit dem Scheitern des ganzen Unternehmens gleichbedeutend, da der in Helif endende Torso sich weder wirtschaftlich rentieren noch der Türkei die erhofften strategischen und politischen Vorteile bringen würde.

Angesichts dieser bedrohlichen Situation glauben wir uns in unseren Entschlüssen von übertriebenen Rücksichten auf die öffentliche Meinung emanzipieren zu müssen. Auch sind wir der Ansicht, daß eine Verständigung auf der von Herrn von Gwinner angedeuteten Basis als ein Zurückweichen vor England füglich nicht gedeutet werden könnte. Zwar würde England erreichen, daß der Plan einer deutschen Bahn vom Bosporus zum Golf vorläufig nicht weiter verfolgt wird. Da indessen der Verzicht auf die Golfstrecke nicht zugunsten Englands, sondern zugunsten der Türkei ausgesprochen und durch die Eventualanwartschaft der deutschen Unternehmer unser Rücken gegen türkische Saumseligkeit gedeckt werden soll, blieben Englands Hoffnungen auf einen britischen Schienenstrang zum Persischen Meerbusen gleichfalls unerfüllt. Sodann nehmen wir an, daß bereits die Bahn bis Bagdad ausreichen wird, Großbritanniens politische und wirtschaftliche Aspirationen in Mesopotamien wirksam in Schach zu halten.

Euere Exzellenz bitte ich, die Angelegenheit unter Berücksichtigung der vorstehenden Gesichtspunkte auch Ihrerseits prüfen und mir Ihre Ansicht mitteilen zu wollen.

v. Bethmann Hollweg

Nr. 10015

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 319 Therapia, den 14. Oktober 1910

Mit Bezug auf den Erlaß Nr. 1159 vom 21. v. Mts.** beehre ich mich Euerer Exzellenz meine Äußerung zu den Vorschlägen der Deutschen Bank, betreffend den Weiterbau der Bagdadbahn bezw. den Abschluß eines

* Diese Prophezeiung war in einem Artikel ausgesprochen, den der Geheime Baurat Kapp von Gültstein in der „Frankfurter Zeitung" hatte veröffentlichen wollen, der jedoch auf Anraten Freiherrn von Marschalls von dem Blatte nicht gebracht war.
** Siehe Nr. 10014.

Arrangements mit der türkischen Regierung bezüglich der sogenannten Golfstrecke in beifolgender Denkschrift* zu überreichen.

Marschall

Schlußbemerkung von Bethmann Hollwegs:
Hiernach wird es sich empfehlen, die Sache einstweilen ruhen zu lassen**
v. B. H. 24./10.

Anlage

Denkschrift

Therapia, den 10. Oktober 1910

Die Frage, ob es rätlich ist, im gegenwärtigen Augenblicke eine Vereinbarung mit der Pforte des Inhaltes anzustreben, daß wir unter gewissen Modalitäten die Strecke Bagdad—Golf an die Türkei abtreten und dafür die alsbaldige finanzielle Sicherstellung der Strecke Helif nach Bagdad und Sadije—Chanikin sowie die Anschlußbahnen nach Alexandrette, Urfa und Mardin mit den für die Hauptlinie festgesetzten Garantien uns gewähren lassen, bedarf nach verschiedenen Seiten hin einer sorgfältigen Prüfung. Zunächst scheint es mir unumgänglich, die Wirkungen ins Auge zu fassen, welche die Abtretung der sogenannten Golflinie, wie sie gedacht ist, voraussichtlich ausüben wird. Erst wenn dies geschehen, wird die Summe der moralischen und materiellen Werte, die wir aufgeben, sich ermessen lassen und die Beantwortung der Frage möglich sein, ob die in Aussicht genommenen türkischen Gegenleistungen ein genügendes Äquivalent bilden. Endlich bedarf auch die politische Seite der Frage einer ernsten Erörterung.

Vollkommen einverstanden bin ich damit, daß die Überlassung der Linie Bagdad—Golf, der sogenannten Golflinie im englischen Sinne, nur unter gewissen Kautelen in Frage kommen könnte. In erster Reihe müßten wir uns gegen die Eventualität schützen, daß eine andere Großmacht für die aufgegebene Strecke an unsere Stelle träte. Sodann war unser einmal erworbenes Besitzrecht grundsätzlich zu wahren. Beiden Forderungen würde eine Vereinbarung des Inhalts gerecht werden, daß nur die Türkei die Golflinie bauen und betreiben dürfe, und daß nach

---

* Siehe Anlage.

** In der Tat trat bei den deutsch-türkischen Erörterungen über die Bagdadbahn die bisher vorzugsweise ventilierte Frage der Golfstrecke für eine Weile in den Hintergrund; dafür bildete sie nunmehr den Gegenstand englisch-türkischer Vorbesprechungen. Um Deutschland für ein Entgegenkommen bezüglich der Golfstrecke zu gewinnen, wie es die Voraussetzung der türkischen Besprechungen war, brachte die Türkei die sofortige finanzielle Sicherstellung der Hauptbahn von Helif bis Bagdad und daneben die Konzession von Zweigbahnen zur Sprache. Ernstlich betrieben konnten diese Vorschläge allerdings erst werden, nachdem ein deutsch-österreichisches Bankkonsortium der Türkei im Herbst 1910 durch einen großen Vorschuß auf eine Anleihe aus ihrer chronischen Finanznot herausgeholfen hatte. Näheres darüber im Anhang des Kapitels.

Umlauf einer gewissen Frist unsere Konzession wieder in Kraft trete. Eine bessere Formel wüßte ich nicht zu finden. Nur darf man sich über die praktische Wirkung einer solchen Vereinbarung keiner Täuschung hingeben. Wer mit den hiesigen türkischen Verhältnissen vertraut ist, wird durch den Schleier jener Modalitäten den definitiven Verzicht auf die Golflinie deutlich erkennen.

Die Überlassung des Baues und Betriebes einer Bahn an die Türkei hat unter dem neuen Regime eine ganz andere Bedeutung als zu Zeiten Abdul Hamids. Als Rußland im Jahre 1900, um der im Jahre vorher geschlossenen Vorkonvention über die Bagdadbahn ein Paroli zu bieten und das „bassin de la Mer Noire" vor fremden, namentlich deutschen Eisenbahngelüsten zu schützen, von dem Sultan jene Konvention erzwang, nach der in einem näher bezeichneten weiten Gebiete des türkischen Staates Eisenbahnen nur von russischen Gesellschaften oder von der Türkei in eigener Regie gebaut werden durften*, war über Zweck und Wirkung des russischen Vorgehens kein Zweifel möglich. Eisenbahnen sollten in jenem Gebiete überhaupt nicht gebaut werden. Russisches Kapital für Eisenbahnbauten in fremden Ländern gibt es nicht, und der alten Türkei fehlte das Geld und noch vieles andere, um an Bauten in eigener Regie zu denken. Das russische Mittel hat sich als probat erwiesen. Kein Spatenstich zu einem Bahnbau ist in jenen wirtschaftlich entwicklungsfähigen Landstrecken erfolgt. Heute ist die Lage von Grund aus verschieden. Als charakteristisches Merkmal für diese Wandlung dient ein Vorgang der neuesten Zeit. Die Jungtürken haben bezüglich der Konvention von 1900, wie man zu sagen pflegt, den Stiel umgedreht. Als die Franzosen vor kurzem mit Zustimmung Rußlands, das dem Alliierten bereitwillig eine Sonderstellung eingeräumt hatte, die Konzession für die in dem „bassin de la Mer Noire" gelegene Linie Samsun—Siwas verlangten, war die Antwort der Pforte der Beschluß, diese Bahn selbst zu bauen. Bereits ist die Adjudikation in die Wege geleitet. Die öffentlichen Blätter enthalten die Aufforderung des Arbeitsministers an die Unternehmer, ihre Offerten für eine Schmalspurbahn auf der ersten Teilstrecke von Samsun nach Kawsa — 85 Kilometer — innerhalb einer gewissen Frist einzureichen. Vergeblich bemüht sich die französische Botschaft, diesen Beschluß rückgängig zu machen. Der Vorgang ist auch für unseren Fall überaus lehrreich.

Kommt eine Vereinbarung des im Eingange erwähnten Inhaltes zustande, so müßte die Frist, die wir den Türken für den Eigenbau der Golflinie stellen, da es sich hier um mindestens 700 Kilometer handelt, einen Zeitraum von mehreren Jahren umfassen. Unter dem alten System würde, ob die Frist kurz oder lang bemessen ist, die unfehlbar sichere Prognose lauten: die Türken werden nicht bauen. Unter der jungtürkischen Herrschaft glaube ich ein guter Prophet zu sein, wenn ich

* Vgl. dazu Bd. XXVII, Kap. CXIV, A, Nr. 5221.

sage, sie werden bauen. In jungtürkischen Kreisen besteht heute ein wahrer Feuereifer für Entwicklung des Landes durch Straßen, Bewässerungen und Bahnen. Erst vor wenigen Tagen bezeichnete mir der Kriegsminister Mahmud Schewket den Bau eines Netzes von schmalspurigen Bahnen als ein unabweisbares Bedürfnis. Dem gesteigerten, mit einem starken Tropfen von „Xenophobie" gemischten Selbstgefühl ist der Eigenbau ungemein sympathisch. Das große Defizit des Staatshaushaltes bereitet den Jungtürken keine erhebliche Sorge. Für „produktive" Zwecke glauben sie jederzeit die nötigen Gelder finden zu können. Im vorliegenden Falle kommt noch ein weiteres Moment in Betracht. Das Wilajet Bagdad steht heute wegen der bekannten englischen Aspirationen im Vordergrunde des türkischen Interesses. Der Wunsch, sich dort als Herren des Landes zu zeigen und zugleich das Wiederaufleben der Lynchfrage durch Konkurrenz zu verhindern, wird unwiderstehlich auf Benutzung der Frist hinwirken. Eine Kontrolle darüber, wie gebaut und betrieben wird, ob gut oder schlecht, können wir nicht ausüben. Zum Bau einer erstklassigen Bahn sind die Türken außerstande, für einen geordneten Betrieb aber fehlt ihnen alles, was dazu erforderlich ist. Die trostlosen Betriebszustände bei der Hedjasbahn geben davon Zeugnis. Wird türkischerseits im Laufe der Frist zwar nicht auf der ganzen Golflinie, aber doch auf einer größeren Strecke ein Gebilde geschaffen, das mit dem Worte „Eisenbahn" bezeichnet werden kann, so sehe ich nicht, auf welche Weise wir nach Ablauf der Frist unsere Forderung auf Wiederaufleben der Konzession praktisch zur Geltung bringen können.

Man muß meines Erachtens der Tatsache fest ins Auge schauen, daß in dem Augenblicke, da wir in Bagdad Halt machen und südlich davon die Türken wirtschaften lassen, die Bagdadbahn ihren Charakter von Grund aus verändert. Sie war als eine von deutschem Unternehmungsgeist ersonnene und vornehmlich mit deutschen Kapitalien auszuführende „Weltbahn" gedacht. Sie sollte das Mittelländische Meer und das Herz Europas durch einen erstklassigen Schienenweg mit dem Persischen Golf verbinden. Diesen Charakter würde die Bagdadbahn bewahren, wenn sie in Basra ihr Ende fände. Denn Basra ist heute schon für Seeschiffe mittlerer Größe ein Hafen des Persischen Golfs und wird es unbeschränkt werden, wenn die Barre am Ausfluß des Schatt-el-Arab beseitigt ist. Tritt aber für die 700 Kilometer von Bagdad ab der Türke als Bau- und Betriebsherr ein, so wird jener große Gedanke definitiv zu Grabe getragen. Für die materiellen Verluste, welche dadurch der Bagdadbahngesellschaft entstehen, kann leicht Ersatz geschaffen werden. Bei moralischen Werten, die zugrunde gehen, liegen die Dinge wesentlich anders. Darum werden die Gründe, welche für die projektierte Vereinbarung geltend gemacht werden, einer sorgfältigen Prüfung zu unterziehen sein.

Unter den Gegenleistungen, welche Herr von Gwinner von türkischer Seite ins Auge faßt, steht offenbar die alsbaldige Sicherstellung der

Linie Helif — Bagdad in vorderster Reihe. Das Ziel ist zweifellos in hohem Maße erstrebenswert. Sollen wir aber ein Opfer dafür bringen, so wird der Beweis zu führen sein, daß jene Strecke bei längerem Zuwarten ernstlich bedroht ist. Zwei Gefahren kommen dabei in Betracht, die finanzielle, insofern als die Pforte in ihrer Geldnot über die als Pfänder für jene Strecke zur Verfügung stehenden Einnahmen freie Hand hätte, und die politische, daß die englisch-französischen Treibereien, welche systematisch gegen die Bagdadbahn am Werke sind, von Erfolg begleitet würden. Nach beiden Richtungen hin wird die Sachlage zu prüfen sein.

In der Convention additionnelle vom Jahre 1908 sind die excédents des revenus concédés — die Überschüsse aus den für die alte, inzwischen unifizierte Staatsschuld verpfändeten Einnahmen — allgemein für die Bagdadbahn verpfändet. Die damals definitiv vereinbarte Linie Bulgurlu — Helif (840 Kilometer) erfordert eine Annuität von 406560 Ltqs. und außerdem bei Annahme einer Einnahme von 2000 frcs. — 110 Ltqs. — per Kilometer an Betriebsgarantie den Betrag von 92400 Ltqs., zusammen = 498960 Ltqs. Da die erwähnten excédents damals zur Deckung dieser Summe nicht hinreichend erschienen, wurden subsidiär noch die Aghnams (Hammelsteuer) verschiedener Wilajets als Pfand gegeben. Inzwischen haben die excédents des revenus concédés die steigende Tendenz, die sie alsbald nach der Unifikation einschlugen, stetig fortgesetzt. Die nachstehende Tabelle gibt darüber Aufschluß:

Die erwähnten Überschüsse betrugen:

	Ohne die Zollerhöhung von 3%	Anteil der Regierung 75%
1320 (1904/05)	Ltqs. 336101	Ltqs. 252075
1321 (1905/06)	„ 500181	„ 375136
1322 (1906/07)	„ 495834	„ 371875
1323 (1907/08)	„ 606102	„ 454575
1324 (1908/09)	„ 482648	„ 361986
1325 (1909/10)	„ 705930	„ 529448

Von dem der Regierung verbleibenden Betrage gehen jährlich 124000 Ltqs. als Annuität des 4% Anlehens der Ottomanbank von 1904 in Abzug. Eine weitere sehr erhebliche Steigerung wird in diesem Jahre dadurch eintreten, daß der Reservefonds der Dette publique den gesetzmäßig vorgeschriebenen Stand von 2 Millionen Ltqs. nunmehr erreicht hat. Infolgedessen fallen die Zinsen desselben, die bisher zu seiner Auffüllung benutzt wurden, von jetzt an mit 80000 Ltqs. den excédents zu. Außerdem kommt eine jährliche Zahlung an den Reservefonds mit 15000 Ltqs. in Wegfall. Nach Information an maßgebender Stelle der Dette publique werden jene Überschüsse für das laufende Jahr — 1./14. März 1910 bis dahin 1911 — auf mindestens 850000 Ltqs. geschätzt. Davon kommen drei Viertel mit 637500 Ltqs. der türkischen Regierung zu. Nach Abzug der erwähnten 124000 Ltqs. verbleiben 513500 Ltqs.

zur Verfügung, also bereits mehr als für die Linie Helif—Bulgurlu erforderlich ist. Nach menschlicher Voraussicht werden sich die excédents des revenus concédés dank der vortrefflichen Verwaltung der Dette publique weiter steigern, zumal dann, wenn die Frage der Verlängerung der Tabaksregie eine verständige Lösung findet. Es wäre natürlich allzu sanguinisch, wollte man behaupten, daß die Strecke Helif—Bagdad (570 km), welche an Annuität zirka 275000 Ltqs. und an Betriebsgarantie, bei Annahme einer Einnahme von 2000 frcs. per Kilometer, 62000 Ltqs., zusammen rund 337000 Ltqs. jährlich erfordert, durch die voraussichtliche weitere Steigerung der Überschüsse aus der alten Schuld bereits gesichert sei. Auch hier werden weitere Pfänder erforderlich sein. Mit Recht hat Herr von Gwinner die excédents des revenus divers — die Überschüsse aus den für Eisenbahnen verpfändeten Zehnten — dafür in erster Reihe in Aussicht genommen. Er hält jedoch in dieser Beziehung unsere Position für schwächer, als sie in Wirklichkeit ist. Die Gefahr, daß die Pforte eines Tages in ihrer Finanznot diese excédents allgemein für andere Zwecke verpfänden könnte, besteht nicht. Denn wir haben heute schon für Bagdad ein juristisch wohl vertretbares Pfandrecht auf den Teil jener Überschüsse, die von den Anatolischen Bahnen herrühren. Artikel 30, Absatz 3 der Koniakonvention lautet:

„Toutes les dîmes affectées aux lignes de Haïdar-Pascha à Angora et d'Eskischéhir à Konia, ainsi que celles pouvant éventuellement être affectées à d'autres prolongements, formeront un tout destiné à assurer le service régulier des différentes garanties accordées ou à accorder dans l'avenir à la Compagnie du chemin de fer d'Anatolie au terme de l'Article 32."

In dem angezogenen Artikel 32 ist nun auch die Bagdadbahn genannt mit dem Worte „ligne de Sivas jusqu'à Diarbékir et Bagdad". Das war die Trace, welche damals — 1893 — in Aussicht genommen war. Legt man diese Bestimmung nicht nach dem Buchstaben, sondern nach der Absicht der Vertragschließenden aus, so kann es keinem Zweifel unterliegen, daß der Schwerpunkt jener Bestimmung nicht in der angegebenen Trace, sondern in einem Bahnbau liegt, der das anatolische Netz und damit die türkische Hauptstadt mit Bagdad verbindet. Unter allen Umständen würden jene Paragraphen der Koniakonvention die Rechtsgrundlage bilden, um gegen eine Verpfändung der excédents des revenus divers mit Einschluß der anatolischen Überschüsse Einspruch zu erheben. Gegen den Protest einer Großmacht ist aber eine finanzielle Transaktion, welche die bestrittenen Pfänder zur Unterlage hat, nicht zu machen. Die Überschüsse der Anatolischen Bahn wechseln natürlich mit dem Umfang der Transporte, die vornehmlich durch die Ernte beeinflußt werden. Im Durchschnitt betragen dieselben jährlich zirka 150000 Ltqs. Die Bewässerung von Konia, welche 50000 Hektar Landes der Kultur erschließt, wird dieselben noch steigern. Aus diesem Grunde kann ich nicht zugeben, daß wir uns von Helif aus in einer Art von

finanzieller Wehrlosigkeit befinden. Die voraussichtliche Steigerung der uns verpfändeten excédents des revenus concédés in Verbindung mit unserem Rechtstitel auf die Überschüsse der Anatolischen Bahn geben uns Waffen in die Hand, die uns sowohl gegen die Folgen der türkischen Finanznot wie gegen englisch-französische Treibereien wirksam schützen.

Die französisch-englischen Treibereien erstrecken sich neuerdings auch auf die Linie Helif—Bagdad. Das ist richtig. Bezüglich der Verteidigung gegenüber solchen Aktionen wird man zu unterscheiden haben: Beruhen dieselben auf wirklichen Interessen, so wird sich meist eine gewisse Rücksichtnahme empfehlen. Wir haben der Stellung der Franzosen in Syrien Rechnung getragen, indem wir ihnen die Linie von Homs bis Aleppo retrozedierten. Wir sind bereit, dem Interesse Englands an der Golflinie Konzessionen zu machen. Aber es gibt noch eine andere Art von „Treibereien". Das sind diejenigen, die lediglich dem **Übelwollen** gegen uns und dem Wunsche entspringen, überall da, wo Deutsche auftreten, ihnen das Spiel zu verderben. In diese Kategorie fallen die englisch-französischen Intrigen gegen die Fortführung der Bahn von Helif bis Bagdad. Auf dieser Strecke haben weder England noch Frankreich irgend etwas zu suchen. Gegen derartige Dinge gibt es nur eine Remedur, das ist der unerschütterliche Entschluß durchzuhalten und die Betätigung dieses Entschlusses durch festes und, wenn es sein muß, rücksichtsloses Vorgehen. Ich spreche in dieser Beziehung aus einer zehnjährigen Erfahrung. Die Geschichte der Bagdadbahn ist die Geschichte des fortwährenden Kampfes gegen offene und verborgene Gegner. Es würde zu weit führen, wollte ich alle die Intrigen, Drohungen und Teufeleien darlegen, die in jener Zeit gegen uns im Gange waren. Wir sind dessen ungeachtet langsam, aber festen Schrittes unserem Ziele näher gekommen. Warum soll dies von Helif an anders werden? Das alte Regime war ängstlich, schwach und gegen jeden Druck von außen empfindlich. Bezüglich der Bagdadbahn hat dasselbe trotzdem festgehalten. Das Jungtürkentum dagegen hat ein fast übertriebenes Selbständigkeitsgefühl gegen äußere Einflüsse. Es wacht sorgsam darüber, Herr seines eigenen Hauses zu bleiben. Dabei besteht bezüglich des Bahnbaus bis Bagdad eine starke Interessengemeinschaft zwischen uns und den Türken. Seitdem England seine Pläne nördlich des Persischen Golfs mehr und mehr demaskiert hat, herrscht in maßgebenden jungtürkischen Kreisen die feste Überzeugung, daß die Fortsetzung der Bahn bis Bagdad für die Türkei politisch und militärisch eine vitale Bedeutung besitze. Allgemein besteht die Ansicht, daß, wenn erst die erste Lokomotive in Bagdad anlangt, England in jenen Gegenden Wasser in seinen Wein schütten werde. Dazu der finanzielle Punkt. Die Bahn kann nicht als Sackbahn mitten im Gelände an einem lediglich geographisch bestimmten Punkte stehen bleiben, ohne die Staatsgarantie übermäßig zu belasten. Politisch, militärisch und finanziell drängt die Bahn von Helif an weiter. An dem

Gegendruck, welchen diese staatliche Notwendigkeit übt, werden ausländische Treibereien sich brechen.

So sehr ich den Wunsch der Bagdadbahngesellschaft verstehe, bezüglich der Bahn bis Bagdad klaren Tisch zu haben und die Frage der Golflinie für immer oder doch auf längere Zeit von Jahren aus der Welt zu schaffen, so muß ich doch gegen die neuerdings geplante Vereinbarung das Bedenken geltend machen, daß Leistung und Gegenleistung hierin sich nicht im richtigen Verhältnisse befinden. Dabei bin ich auf den Einwand gefaßt, daß meine Ausführungen sich wesentlich in der Negative bewegen, die Frage der Golflinie aber in der einen oder anderen Weise ihre positive Lösung finden müsse. Darauf erwidere ich: Die Haltung Englands erheischt Konzessionen unsererseits bezüglich jener Linie. Darüber hat niemals ein Zweifel bestanden. Aber ich meine, wir sollten unserem bisherigen Programm getreu die Gegenwerte dafür vornehmlich auf politischem Gebiete suchen, das heißt darin, daß wir eine Streitfrage, die wir mit England haben, schiedlich und friedlich lösen und damit wenigstens im nahen Orient gute und vertrauensvolle Beziehungen anbahnen. Dieser Gedanke führt mich zu dem schwächsten Punkte der neuen Kombination. Ich finde ihn darin, daß über die Stellung Englands zu der Übertragung der Golflinie an die Türkei ein vollkommenes Dunkel besteht.

Bekanntlich hat England seine Zustimmung zu der von der Pforte begehrten vierprozentigen Zollerhöhung von Konzessionen bezüglich der Golfstrecke der Bagdadbahn abhängig gemacht. Die auf türkischen Wunsch zwischen deutschen und englischen Finanziers stattgehabten Verhandlungen haben zu einem Resultate nicht geführt. Das englische Verlangen der „absolute control" für die neu zu bildende Gesellschaft war für uns ebenso unannehmbar wie für die Pforte. Aus dieser Lage heraus ist bei den Türken der Gedanke entstanden, die Frage der Golflinie dadurch zu lösen, daß wir auf dieselbe zu türkischen Gunsten verzichten. Wie sich das Londoner Kabinett dazu stellen würde, ist hier bis zur Stunde nicht bekannt. Rifaat Pascha hat, als er jüngst in London war, Sir Edward Grey darüber befragt und eine ausweichende Antwort erhalten. Seither ist nichts weiter von hier aus erfolgt. Mir scheint es sehr zweifelhaft, ob jener Vorschlag in London genehm sein würde. England hat in den Gebieten, welche die Golflinie durchzieht, zu erhebliche wirtschaftliche Interessen, um die Überlassung des Bahnbaus an die Türken wünschen zu können. Die Klausel über das eventuelle Wiederaufleben unserer Konzession wird diese Stimmung nicht bessern. Daß England für die Übertragung die vierprozentige Zollerhöhung bewilligen würde, halte ich für ausgeschlossen. Ohne diese Genehmigung verliert aber jene Lösung für die Türkei jeglichen Wert. Eine Kombination ohne oder gar gegen England würde die Pforte mit neuen Schwierigkeiten bedrohen und auch für uns aus Gründen allgemeiner Politik in keiner Weise wünschenswert sein.

Von der oben begründeten Ansicht ausgehend, daß der Durchführung unseres Unternehmens bis Bagdad bei normaler Entwickelung keine ernste Gefahr droht, gelange ich zu der Schlußfolgerung, daß wir auch weiterhin eine abwartende Stellung einnehmen sollten. Wird der Faden der Verhandlungen mit England wieder aufgenommen, so kann dies nur an der Stelle geschehen, wo er gerissen ist, nämlich bei der Gründung einer neuen Bahngesellschaft von Bagdad aus. Auf diesem Boden allein scheint mir eine Lösung der Frage möglich zu sein. Selbst wenn es dabei zu einer Vereinbarung käme, welche ein Teil unserer öffentlichen Meinung als „Rückzug vor England" empfinden könnte, würde mich das nicht schrecken. Von Haidar Pascha bis zum Persischen Golf hat die Bahnlinie (einschließlich der anatolischen) eine Länge von mehr als 3000 Kilometern. Von diesen blieben mehr als 2300 unter unserer Kontrolle. Würde für die restierenden 700 Kilometer eine Form gefunden, welche die englische Präponderanz nicht allzu scharf hervortreten ließe, so wäre dies ein Zustand, den ich, schon weil der Grundgedanke der Bagdadbahn dabei intakt bliebe, der Übertragung der Golflinie an die Türken weit vorziehen würde.

Marschall

Nr. 10016

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 260 Therapia, den 25. Oktober 1910

Dschawid Bey sprach mir heute von der Zollerhöhung und der Bagdadbahn. Er bat dringend, wir möchten auf die Mehreinnahmen aus der Zollerhöhung für Bagdad verzichten, ohne an deren Stelle andere Pfänder zu verlangen. Der Regierungsanteil der excédents des revenus concédés betrage in diesem Jahre schon sechshunderttausend Ltqs. und werde weiter steigen. Das genüge bis Bagdad. Auf meine Bemerkung, daß dies zu optimistisch sei und der Beizug der excédents des revenus divers unumgänglich erscheine, erwiderte Dschawid, er sei bereit, im Austausch für unseren Verzicht die formelle Erklärung abzugeben, daß die Überschüsse aus den Pfändern der Anatolischen Bahn durch die Koniakonvention bereits definitiv für Bagdad verpfändet seien. Dann würden die Pfänder sicherlich genügen. Er wisse wohl, daß die gewünschte Erklärung England nicht bewegen werde, die Zollerhöhung zu bewilligen, er erreiche aber dadurch einen doppelten Zweck: er nehme England einen Vorwand gegen die Zollerhöhung und stärke dadurch die türkische Position in der Frage. Sein wichtigster Gesichtspunkt aber sei die Rücksicht auf das Parlament. Er beabsichtige in der kommenden Session die Verlängerung Helif—Bagdad dem Parlament zur Genehmigung zu unterbreiten. Könne er

sich dann darauf berufen, daß die bereits verpfändeten Einnahmen — excédents des revenus concédés und Überschüsse der anatolischen Zehnten — genügten und neue Pfänder nicht erfordern würden, so sei er der Durchbringung der Vorlage sicher.

Ich habe Dschawid versprochen, seine Mitteilungen nach Berlin zu melden.

Marschall

Randvermerk Zimmermanns:
Mit der Deutschen Bank besprochen unter Mitteilung einer Abschrift in Umstellung. Der Vorschlag Dschawids erscheint akzeptabel.*

Z. 26./10.

Nr. 10017

*Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt***

Telegramm. Entzifferung

Nr. 283 Pera, den 14. November 1910

Für Herrn Gwinner.

Ich kabelte direkt, daß Riese*** Freitag hier ankomme, und daß infolgedessen Verschiebung meiner Rückreise um einige Tage notwendig. Situation Bagdad steht folgendermaßen:

1. Sowohl Mahmud Schewket als auch Großwesir und Finanzminister sind für möglichst beschleunigten Weiterbau bis Bagdad.

2. Großwesir und Dschawid sind für authentische Interpretation der Artikel 30 und 32 der Koniakonzession in unserem Sinne gewonnen.

3. Wir haben außerdem Großwesir und Finanzminister unsere Wünsche bezüglich Osmanije—Alexandrette und Hafen Alexandrette signalisiert; Osmanije—Alexandrette ist mit Garantie für Türken undiskutabel, dagegen für uns zum mindesten in Verbindung mit Hafen Alexandrette ohne Garantie ausführbar, namentlich wenn Frage Weiterbau wie 4. geregelt wird.

4. Bezüglich Weiterbau haben wir folgenden Vorschlag ausgearbeitet: A. Die Türken stellen uns auf jederzeitigen Abruf nach unserem Belieben

---

* Am 28. Oktober wurde darauf an Freiherrn von Marschall (Nr. 139) telegraphiert, daß die Deutsche Bank Dschawid Paschas Anregung akzeptiere, aber besonderen Wert auf Erteilung sofortiger Bauerlaubnis für Linie Osmanije—Alexandrette lege. Vgl. Anhang Nr. 10056.

** Das Telegramm Freiherrn von Marschalls enthielt ein für die Deutsche Bank bestimmtes Telegramm ihres Direktors Helfferich, der am 1. November zu den abschließenden Verhandlungen mit der Pforte über die der Türkei zu bewilligende deutsch-österreichische Anleihe in Konstantinopel eingetroffen war (vgl. Anhang) und hier auch die Verhandlungen über den Weiterbau der Bagdadbahn energisch in Zug brachte.

*** Geheimer Baurat Otto Riese, Direktor der im engen Konnex mit der Deutschen Bank und der Anatolischen Eisenbahngesellschaft stehenden Frankfurter Firma Ph. Holzmann.

drei weitere Serien der Bagdadanleihe von je 54 Millionen frcs. zur Verfügung. B. Wir müssen die drei Serien spätestens abnehmen, wenn in zwei aufeinanderfolgenden Jahren die Überschüsse der revenus concédés und der anatolischen Zehnten einen für die Verzinsung der Serien 2 bis 6 und für die Deckung der forfaits d'exploitation ausreichenden Betrag ergeben haben. Fertigstellung der gesamten Strecke in zwei oder drei Jahren nach Übergabe letzter Serie. C. Die Strecke von Bulgurlu bis Bagdad bildet ein einheitliches Ganzes, und für diesen Bau ist die Gesamtheit des Erlöses der Serien 2 bis 6 zu verwenden. Dementsprechend sind wir autorisiert, Bau sofort in Bagdad und jedem anderen Punkt zwischen Bulgurlu und Bagdad zu beginnen und auch bereits den Erlös der Serien 2 und 3 auf die Konstruktion ab Bagdad etc. zu verwenden, mit der Maßgabe, daß von den verschiedenen Angriffspunkten aus die Sektionen von je 40 Kilometer nach Fertigstellung sofort in Betrieb genommen werden können. Die enormen Vorteile dieser Lösung in technischer, finanzieller und politischer Beziehung liegen auf der Hand.

5. Für alle vorstehenden Punkte ist Parlament nur insoweit zu befassen, als es den Finanzminister autorisieren muß, für den Zweck des Weiterbaus bis Bagdad die Serien 4, 5 und 6 der Bagdadanleihe auf Grund der heute schon der Bagdadgesellschaft zustehenden Pfänder zu kreieren.

6. Für Gelingen des gesamten Plans ist erforderlich, daß wir möglichst rasch marschieren. Dies wird erleichtert, wenn ich mit Herrn Riese, Herren Huguenin und Kautz hier die technische Seite des Operationsplans durchsprechen kann, und wenn Sie mir baldigst Ihre Gesichtspunkte und Wünsche drahten*. Helfferich

Marschall

Nr. 10018

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Kiderlen

Eigenhändig

Berlin, den 17. Januar 1911

Herr Cambon hat mich heute so ganz en passant gefragt, ob wir mit den Engländern schon über die letzte Strecke der Bagdadbahn verhandelten. Ich habe nur erwidert, es handle sich um eine türkische Bahn,

* Die Antwort der Deutschen Bank an Helfferich liegt nicht bei den Akten. Am 23. November war Helfferich in der Lage, dem Großwesir einen Entwurf einer Zusatzkonvention zu der am 5. März 1903 abgeschlossenen „Mutter-Konvention", ferner ein Konzessionsgesuch für den Bau einer Zweigbahn nach Alexandrette zu überreichen. Über diese Entwürfe wurde nun zwischen Generaldirektor Huguenin und der Pforte lange verhandelt. Über den Stand der Dinge in der ersten Hälfte Februar 1911 siehe Nr. 10023.

für deren Erbauung Deutsche eine Konzession hätten; ich wüßte nicht was es da mit Dritten zu verhandeln gebe. Ich zeigte dann Herrn Cambon den Artikel des „Daily Telegraph“* und warf hin, bisher hätte die Tripelentente gegen die Bagdadbahn gearbeitet, jetzt gestehe sie es auch offen ein. Das Interesse Frankreichs dabei sei mir nicht recht verständlich. Herr Cambon war so unvorsichtig zu erwidern, er kenne einen Herrn, der auch für seinen Bundesgenossen eingetreten, obgleich seine Interessen nicht engagiert gewesen seien. Ich begnügte mich zu sagen: „Quelle action généreuse“!

Interessant ist dabei, daß Herr Cambon gleich dem „Daily Telegraph“ das Komplott der drei Mächte gegen die Bagdadbahn offen zugab!**

Kiderlen

Nr. 10019

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 105 London, den 3. Februar 1911

Ein kurzer Leitartikel des heutigen „Daily Graphic“ begrüßt mit Befriedigung die immer wahrscheinlicher sich gestaltende Aussicht auf eine englisch-türkische Verständigung über die Bagdadbahn und die englischen Interessen im Persischen Golf. Nachdem Rußland und Frankreich der bisher von ihnen im Verein mit England verfolgten Politik der Gegnerschaft gegen das Bagdadbahnprojekt untreu geworden seien*** und England im Stiche gelassen hätten, werde eine freundschaftliche Annäherung Englands an die Türkei und eine direkte Aussprache mit ihrer Regierung am besten zu einer glücklichen Lösung der dort schwebenden Fragen führen. Die Politik der „starken Hand“ zur Wahrung der englischen Interessen am Persischen Golf sei nicht zu empfehlen. Auch eine Verständigung mit Deutschland über Englands Sonderstellung in jener Gegend werde den englischen Interessen nicht vollständig Rech-

---

* Gemeint ist ein Artikel vom 10. Januar „Bagdad and the Entente“, in dem es u. a. hieß: „For ten years past Russia, France and Great Britain have made common cause in opposing the Baghdad Railway. At one time we were actually disposed to come to terms with Germany, but in deference to Russian wishes the negotiations were broken off. At that time we were not bound to Russia in any way, and there really was no reason — except the prospect of the Entente which Lord Lansdowne had already in contemplation — why we should not have proceeded on our way without consulting any interests but our own. Since then the Entente has become a reality, and among the points established in that understanding is an Anglo-Russian community of interests in the Middle East which virtually places their attitude towards the Baghdad Railway on a common basis.“

** Vgl. auch das folgende Schriftstück.

*** Anspielung auf die „Potsdamer Abmachungen“; vgl. Kap. CCXVIII.

nung tragen und der Freundschaft mit der Türkei und bestehenden Vertragsrechten zum Nachteil gereichen. Eine englisch-türkische Verständigung biete zwar auch Schwierigkeiten, besonders da England dann die uneingeschränkte Souveränität der Türkei anerkennen müsse. Aber dieser Weg sei doch das geringste Übel. Für die Gebiete von Kueit und Irak-Arabi sei entschieden die Freundschaft der Türkei wertvoller als eine Verständigung mit Deutschland, und Nichtachtung der türkischen Rechte würde die Türkei nur zu leicht in Deutschlands Arme treiben. Außerdem werde eine englisch-türkische Verständigung, die zur Verstärkung der türkischen Macht in ihren südöstlichen Provinzen beitragen werde, in vollem Einklang mit den internationalen Verträgen stehen, welche die Integrität und Unabhängigkeit des ottomanischen Reiches garantierten. Aus diesen verschiedenen Gründen müsse eine englisch-türkische Verständigung angestrebt werden; sie würde eine logische Antwort auf das Potsdamer Übereinkommen bilden.

Wie aus Gesprächen mit einflußreichen Mitgliedern der hiesigen Presse sich ergibt, gewinnt in diesen Kreisen die Überzeugung an Boden, daß den englischen Interessen am besten durch eine Politik der Erhaltung und inneren Kräftigung der Türkei gedient würde.

P. Metternich

Nr. 10020

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Privatbrief. Eigenhändiges Konzept

Berlin, den 3. Februar 1911
[abgegangen am 6. Februar]

Sir Edgar Speyer*, der sich einige Tage hier aufhielt, hat mich gestern aufgesucht und brachte den Wunsch zum Ausdruck, daß eine Verständigung mit England über die Bagdadbahn herbeigeführt werden möchte. Ich habe ihm folgendes mitgeteilt.

Wie in der persischen so sind wir auch in der Bagdadbahn-Frage durchaus bereit, uns mit England zu verständigen. In beiden Fällen, speziell bei Bagdad, sind wir beati possidentes. Die Ausführung der Bahn bis Bagdad ist gesichert, bis zum Golf besitzen wir die Konzession. Deshalb würde es an England sein, uns Vorschläge auf einer Grundlage zu machen, die der Tatsache Rechnung trägt, daß wir den Engländern etwas von dem abgeben würden, was wir haben. Auch das Einverständnis der Türkei ist erforderlich. Jedes hiermit in Widerspruch stehende Propos wäre von Anfang herein zum Scheitern verurteilt. Ein Gespräch à quatre, wie es England immer gewünscht hat, ist ausgeschlossen.

* Englischer Bankier.

Sir Edgar stimmte zu. Er ließ einfließen, wie sehr er es bedauere, daß ich noch keinen persönlichen Meinungsaustausch mit Sir Edward Grey gepflogen hätte. Im Foreign Office seien viele deutschfeindliche — er nannte Nicolson — Elemente vertreten, die auf anderem Standpunkt als Grey stünden. Ich erwiderte, daß mir eine Begegnung mit Grey nur erwünscht sein würde.

Ich erlaube mir, Sie von vorstehendem in Kenntnis zu setzen, wiewohl es materiell nichts Neues enthält. Es schien mir nicht ausgeschlossen, daß Speyer von dem Gespräch an Asquith oder Grey Mitteilung machen werde.*

v. Bethmann Hollweg

Nr. 10021

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 33 Pera, den 5. Februar 1911

Rifaat Bey, den ich heute unter Hinweis auf die Nachrichten einiger Zeitungen fragte, ob zwischen der Pforte und England Verhandlungen wegen der Bagdadbahn eingeleitet seien, verneinte die Frage und bemerkte dabei, er habe dem hiesigen englischen Botschafter nur gesagt, die Pforte sei bereit, demnächst in England eine Verständigung über die Golflinie anzuregen. Aus den Äußerungen Lowthers hat der Minister entnommen, daß man in England auch die Beteiligung Frankreichs an den Verhandlungen wünsche. Ich habe mich über die Sache nicht geäußert, da ohne unsere Zustimmung der durch die Bagdadkonvention geschaffene Rechtszustand nicht geändert werden kann und ein Anlaß, den beabsichtigten Verhandlungen Schwierigkeiten in den Weg zu legen, meines Erachtens vorläufig nicht besteht. Sollten die Verhandlungen wirklich beginnen, so werde ich über den Verlauf derselben informiert werden. Einen klaren Gedanken scheinen die Türken hinsichtlich eventueller Basis der Verhandlungen bis jetzt nicht zu haben.

Die Verhandlungen zwischen Pforte und Huguenin wegen Sicherstellung der Linie bis Bagdad nehmen bis jetzt einen günstigen Fortgang.

Marschall

---

* In einem weiteren Briefe vom 14. Februar fügte Reichskanzler von Bethmann Hollweg noch die Weisung hinzu, daß Graf Metternich sich bei Gelegenheit in dem Sinne der obigen Bemerkungen zu Sir Edgar Speyer äußern möge. „Es ist nur zu wünschen, daß man sich in England klar darüber wird, daß wir zu einer Verständigung über die Bagdadbahn zwar nach wie vor bereit sind, aber nur auf der Basis des do ut des."

Nr. 10022

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 35 Pera, den 10. Februar 1911

Der Großwesir bestätigt mir, daß er demnächst mit England über die Golflinie der Bagdadbahn und zugleich über die Verhältnisse am Persischen Golf, speziell über Kueit, zu verhandeln beabsichtigt. Sein Gedanke ist, für die Golflinie eine neue Gesellschaft zu gründen. An dieser soll die türkische Regierung mit etwa 40% beteiligt sein, die Deutschen, Engländer und Franzosen mit je 20%. Die Präsidentschaft des Aufsichtsrats soll stets in türkischen Händen sein. Den Plan, die Linie selbst in türkischer Regie zu bauen, hat Hakki Pascha wieder aufgegeben. Aus seinen Äußerungen entnehme ich, daß er in jenen Gegenden nicht mit den Engländern allein bleiben will, die bei türkischem Eigenbau ihm in alles hineinreden würden, sondern daß er die Internationalisierung der Linie für nützlicher hält. Er glaubt, daß, wenn erst die Frage der Golflinie mit England geregelt sei, die Kueitfrage an Schärfe verlieren und auch in dieser Beziehung ein Ausgleich zu erreichen sein würde. Der Großwesir erwägt noch, ob er vor Eintritt in die Verhandlungen mit England mit der Bagdadbahngesellschaft verhandeln oder dies erst in einem späteren Stadium tun soll. Ich habe mich darüber nicht geäußert, glaube jedoch, daß bei vorherigen Verhandlungen mit der Bagdadbahngesellschaft nichts herauskommen würde, da es sich doch wesentlich um eine politische Angelegenheit handelt. Mit dem obigen Plan bezüglich der Golflinie werden die Türken bei den Engländern voraussichtlich nicht viel Glück haben. Denn die Absicht, mit den Deutschen über die Majorität in der Gesellschaft zu verfügen, tritt zu offen hervor.

Der Großwesir will Verhandlungen mit England erst beginnen, wenn die Angelegenheit der Bahn bis Bagdad* definitiv geregelt ist. Er bat mich dringend, dahin zu wirken, daß der Abschluß alsbald erfolge.

Über den Stand der Verhandlungen** wird Herr Huguenin telegraphisch berichten.

Marschall

Randvermerk von Kiderlens:
Meo voto können wir der Sache ruhig zusehen, da wir durch die Bagdadgesellschaft doch das letzte Wort haben. Von besonderm Wert ist, daß die Türken erst Bagdad sicherstellen wollen. K. 10./2.

Randvermerk von Bethmann Hollwegs:
Einverstanden. Für uns ist vorderhand das wichtigste (England!), daß die Bahn bis Bagdad gesichert ist. v. B. H.

* Vgl. darüber Nr. 10017.
** Vgl. darüber das folgende Schriftstück.

Nr. 10023

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 37 Pera, den 10. Februar 1911

Der Großwesir hat mich gebeten, bezüglich der schwebenden Verhandlungen über die Fortsetzung der Bahn bis Bagdad mit dem Finanzminister zu sprechen. Ich habe mich diesem Wunsche nicht entziehen können und deshalb Dschawid Bey gestern mit Huguenin und heute allein empfangen. Ich glaube, den Minister überzeugt zu haben, daß die von ihm gewünschte Bestimmung, die Gesellschaft solle sich im Falle einer Insuffizienz der Garantien verpflichten, den Bau im Wege eines Vorschusses zu beenden, für die Gesellschaft nicht diskutierbar ist. Ich habe ihm dargelegt, daß die Gesellschaft unmöglich heute auf Jahre hinaus sich zu einem Vorschuß verpflichten kann, dessen Höhe unbestimmt, dessen Rückzahlung von zukünftigen ungewissen Ereignissen abhängt, und für dessen Sicherheit lediglich die Aussicht gegeben wird, daß die verpfändeten Einnahmen wieder eine steigende Richtung einnehmen. Dschawid sagte mir, er würde sehr gern auch für die drei letzten Sektionen die Aghnams als eventuelle Pfänder geben, er müsse aber dann an das Parlament gehen, was er vermeiden möchte. Es bedürfe jedoch gegenüber etwaigen Interpellationen im Parlament, an denen es nicht fehlen werde, irgendeiner Bestimmung, welche auch für den höchst unwahrscheinlichen Fall einer Insuffizienz der Pfänder Vorsorge bezüglich der Vollendung des Baues treffe.

Man könnte nach meiner Ansicht dem Wunsch des Ministers etwa in der Weise Rechnung tragen, daß im Artikel 4 des Helfferichschen Projekts* hinter Absatz 2 eingefügt wird:

„Dans le cas où les revenus indiqués à l'article 2 ne suffiraient pas à assurer le service de l'ensemble de l' annuité kilométrique et du forfait d'exploitation pour les séries en 5 et 6 la société s'engage à prendre d'accord avec le Gouvernement Impérial les mesures nécessaires pour l'achèvement des travaux."

* Vgl. dazu Nr. 10017, S.666, Fußnote. Artikel 4 des Helfferichschen Projektes lautete:

„La Société aura le droit de demander au Gouvernement Impérial Ottoman, à tout moment et dès la signature de la présente Convention Additionnelle, la remise des séries IV, V et VI de l'emprunt. La valeur nominale de chacune de ces séries est fixée à frs. 54,000,000.

Réciproquement, le Gouvernement Impérial Ottoman aura le droit de remettre à la Société, à tout moment qu'il jugera opportun, et sans attendre qu'elle lui en fasse la demande, les trois séries susmentionnées de l'emprunt, aussitôt que les recettes désignées à l'article 2 ci-dessus auront, d'après les rapports officiels de la Dette Publique Ottomane, dépassé d'au moins 410,000 Ltqs, et ce pendant deux exercices consécutifs, les sommes affectées aux séries II et III de l'emprunt, ainsi qu'au forfait d'exploitation des 840 kilomètres."

Ich halte es für möglich, daß Dschawid eine solche Klausel, die zu gar nichts verpflichtet, annehmen wird. Eine weitere erhebliche Differenz besteht nicht.

Nach amtlicher Auskunft der Dette publique beträgt im laufenden Jahre der für Bagdad freibleibende Teil der excédents des revenus concédés zirka 445000 Pfund Türkisch. Die Überschüsse der Anatolier belaufen sich im Durchschnitt der fünf letzten Jahre (mit drei schlechten Ernten) auf 160000 Pfund Türkisch. Dazu kann man infolge der Irrigation von Konia mindestens 100000 Pfund Türkisch rechnen.

Bitte der Deutschen Bank den Inhalt dieses Telegramms mitzuteilen. Ich überlasse nun die Verhandlungen wiederum Herrn Huguenin. Bitte alle Telegramme an denselben durch mich gehen zu lassen.

Marschall

Nr. 10024

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 47 Pera, den 24. Februar 1911

Rifaat Pascha sagt mir über die türkisch-englischen Besprechungen: Er habe in seiner ersten Unterredung mit Sir G. Lowther diesem folgendes gesagt: Er habe den Eindruck, daß in der letzten Zeit „les relations entre l'Angleterre et la Turquie étaient un peu tendues", und glaube in der Annahme nicht zu irren, daß der Grund in den ungeklärten Verhältnissen bezüglich der Golflinie der Bagdadbahn und am Persischen Golf liegt. Es schwebten zurzeit Verhandlungen mit der Bagdadbahngesellschaft zu dem Zweck, die Linie bis Bagdad sicherzustellen. Bei diesen Verhandlungen, die demnächst zum Abschluß gelangen würden, habe die Gesellschaft sich bereit erklärt, auf die Einnahmen aus der vierprozentigen Zollerhöhung bedingungslos zu verzichten. Bezüglich der Golflinie sei der ursprüngliche Gedanke, dieselbe in türkischer Regie zu bauen, wieder aufgegeben worden. Der jetzige Plan gehe dahin, eine neue Gesellschaft mit englischem, türkischem, deutschem und französischem Kapital mit einer zu vereinbarenden Anteilquote zu gründen. Als Ausgangspunkt käme zunächst Kueit in Betracht. Die Pforte müsse jedoch entscheidenden Wert darauf legen, daß der Terminus der Bahn unter ihrer Kontrolle stehe, das heißt eine türkische Douane und eine türkische Polizei dort installiert werde. Eventuell käme neben Kueit auch Basra als Endpunkt in Frage. Über alle diese Punkte wünsche die Pforte in einen Meinungsaustausch zu treten.

Herr Lowther, der diese Mitteilung ad referendum genommen hatte, hat vor zwei Tagen dem Minister die Antwort Sir E. Greys überbracht

dahingehend, die englische Regierung sei bereit, mit der Pforte über die bezeichneten Punkte in eine Besprechung einzutreten, und bitte zunächst um detaillierte Vorschläge darüber, wie die Konstruktion der neuen Gesellschaft gedacht sei.

Der Minister, der mir den Ton der Antwort als durchaus entgegenkommend bezeichnete, will nunmehr nach Rücksprache mit seinen Kollegen ein Projekt über die Bildung der neuen Gesellschaft, namentlich auch über die Quotenverteilung, ausarbeiten und Herrn Lowther schriftlich als Aide-mémoire übergeben.

Rifaat Pascha hat auch Herrn Bompard über die Sache gesprochen, bei diesem aber eine ziemlich kühle Aufnahme gefunden. Der Botschafter meinte, eine Beteiligung Frankreichs an der Golflinie biete keine erheblichen Vorteile, da die französischen Interessen vornehmlich dahin gingen, das syrische Bahnnetz auszubauen. Der Minister hat ihm erwidert, daß von einer Bahn von Tripolis—Homs nach Bagdad zurzeit nicht die Rede sein könne. Zwei Bahnen nach Bagdad zu bauen, würde ein Luxus sein, welchen die Pforte sich bei ihrer gegenwärtigen Finanzlage nicht gestatten könne.

Marschall

Nr. 10025

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 195 London, den 26. Februar 1911

Der hiesige französische Botschafter sagte mir, er habe kürzlich seinen Bruder vor dessen Rückreise nach Berlin gesehen. Er kam dann ohne weiteres auf die Bagdadbahnfrage zu sprechen, wohl in der Absicht, um den Eindruck zu erwecken, daß sein Bruder auch in Berlin diese Frage berühren werde. Herr P. Cambon sprach den Wunsch aus, daß die Bagdadangelegenheit demnächst erledigt werden möge, und zwar sieht er, soweit Frankreich in Betracht komme, eine mögliche Lösung darin, daß wir die französischen Eisenbahninteressen in Syrien bei der türkischen Regierung unterstützten und Frankreich dafür das französische Kapital für die Bagdadbahn freigebe. Der Botschafter sagte nicht ausdrücklich, daß seine Regierung bereit sei, sich auf dieser Basis mit uns zu verständigen, er würde aber wohl kaum diesen Plan erörtert haben, wenn er nicht des Einverständnisses seiner Regierung, die ihn in allen wichtigen Fragen auf dem laufenden hält, gewiß wäre.

Hinsichtlich Englands steht er auf dem Standpunkt, daß die Zustimmung der englischen Regierung zu der vierprozentigen Zollerhöhung

eine Gegenleistung darstelle, für die wir England einen Anteil an der Golfstrecke — welchen Anteil sagt er nicht — überlassen könnten, da dadurch erst die Kapitalien flüssig würden, um das letzte Stück zu bauen.

P. Metternich

Nr. 10026

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 49 Konstantinopel, den 26. Februar 1911

Der Großwesir bestätigte mir heute die Mitteilungen Rifaat Paschas über die türkisch-englischen Vorbesprechungen wegen der Golflinie. Er sagte mir, daß er langwierige Verhandlungen voraussehe, da die Kueitfrage große Schwierigkeiten machen würde. Die Pforte sei der Ansicht, daß, si les Anglais ne dégageraient pas Kueit in dem Sinne, daß dort eine türkische Polizei und eine türkische Douane errichtet werde, Basra zum Endpunkt der Bahn gewählt werden müsse. Käme über Kueit eine Vereinbarung nicht zustande, so verbleibe es bei der vor einigen Tagen geschlossenen Verabredung über Aufrechterhaltung des Status quo daselbst.

Bei dieser Gelegenheit drückte mir Hakki Pascha den Wunsch aus, irgend eine Erklärung der Bagdadeisenbahngesellschaft darüber zu besitzen, unter welchen Bedingungen sie bereit sein würde, auf ihre Konzession von Bagdad aus zum Golf zugunsten einer neu zu gründenden Gesellschaft zu verzichten. Er sehe voraus, daß man englischerseits, wenn die eigentlichen Verhandlungen erst ihren Anfang nehmen, in dieser Beziehung interpellieren werde und er daher in eine peinliche Lage gerate, wenn er nicht irgendeine Rückendeckung seitens der Gesellschaft habe. Ich erwiderte, daß ich diesen Wunsch lediglich ad referendum nehmen könne, aber schon im voraus sagen könne, daß von irgendeiner auch nur eventuellen und bedingten Konzession bezüglich der Golflinie nur die Rede sein könne, wenn vorher die Frage der Bahn bis Bagdad in einer für die Gesellschaft annehmbaren Weise definitiv erledigt sei.

Vom politischen Gesichtspunkt aus liegt meines Erachtens kein Grund vor, den ....* des Großwesirs abzulehnen. Wir haben kein Interesse daran, die türkisch-englischen Verhandlungen zu erschweren. Was die Bedingungen betrifft, die zu stellen wären, so sollten wir darauf bestehen, daß unsere Beteiligung an der neuen Gesellschaft nicht geringer sein darf als diejenige eines anderen fremden Staates. Wie groß der türkische Anteil ist, kann uns gleichgültig sein. Sodann würde

* Zifferngruppe fehlt.

die Gesellschaft wohl berechtigt sein, von der neuen Gesellschaft eine finanzielle Entschädigung dafür zu verlangen, daß ihr eine technisch leichte und daher billige Strecke von etwa 600 km, bei welcher sie sich für die teuereren Strecken des Taurus und Amanus erholen konnte, entzogen wird.

Marschall

Nr. 10027

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 50 Pera, den 2. März 1911
[aufgegeben am 3. März]

Der Großwesir, den ich heute in einer anderen Frage besuchte, ließ Dschawid Bey rufen, um mit mir über Bagdad zu sprechen. Ich habe beiden die Formel der Deutschen Bank für Artikel 4* mitgeteilt und erklärt, daß ich noch nicht wisse, ob die Deutsche Bank dieselbe annehmen werde, unter allen Umständen aber, wenn dies geschehe, die Konvention à laisser ou à prendre sei. Beide Herren versprachen, die Konvention, wie sie nach Annahme dieser Formel lautet, dem Ministerrat zur Genehmigung vorzulegen.

Der Großwesir kam dann dringlich auf die Erklärung der Gesellschaft bezüglich der Golflinie zurück — Telegramm Nr. 49** —. Er sagte mir, daß, wenn die Konvention bis Bagdad unterschrieben sei und bekannt werde, ohne daß er, wenn auch in bedingter Weise, freie Hand zu Verhandlungen mit England über die Golflinie besitze, seine Position gegenüber der öffentlichen Meinung und dem Parlament eine unmögliche werde. Die Konvention mit uns wegen der Bahn bis Bagdad werde in England und Frankreich als deutscher Erfolg empfunden werden. Der Gefahr, daß daraus neue Verstimmungen entständen, könne er nur dadurch vorbeugen, daß er gleichzeitig für die Verhandlungen mit England eine Basis sich schaffe. Ohne eine solche werde man in London die angekündigten Verhandlungen nicht ernst nehmen. Ich habe Hakki nochmals gesagt, daß ich nicht wisse, ob die von ihm gewünschte Erklärung gegeben werden würde, daß aber der vorherige Abschluß der Zusatzkonvention unerläßlich. Hakki bat mich nochmals nach Berlin zu telegraphieren.

Daß die Stellung des Großwesirs eine schwierige würde, wenn er nicht neben der Zusatzkonvention über die Bahn bis Bagdad auch irgend eine bedingte Zusage bezüglich der Golflinie erhält, ist zuzugeben. So sehr die große Mehrheit des Parlaments den möglichst raschen Bau bis

* Vgl. Nr. 10023, Fußnote.
** Siehe Nr. 10026.

Bagdad wünscht, so ist man doch gerade in diesem Augenblick sehr ängstlich gegenüber England. Man wird daher dem leitenden Staatsmann Vorwürfe machen, wenn er nicht alsbald die bereits angekündigten Verhandlungen mit England wegen der Golflinie aufnimmt und dadurch England einen Anlaß zur Verstimmung gibt.

Da die Bagdadbahngesellschaft schon in den Verhandlungen mit Sir Ernest Cassel sich unter gewissen Bedingungen bereit erklärt hat, ihre Konzession für die Golflinie an eine neue Gesellschaft zu übertragen, so dürften auf ihrer Seite prinzipielle Schwierigkeiten nicht bestehen. Ob politische Bedenken gegen die gewünschte Erklärung vorliegen, kann ich nicht beurteilen. Vorläufig möchte ich annehmen, daß eine türkisch-englische Verständigung über jene Linie auch für unsere Beziehungen mit England nützlich wäre.

Die Erklärung würde etwa so lauten, daß die Gesellschaft sich bereit erklärt, ihre Konzession für die Bahn nach Basra beziehungsweise dem Persischen Golf unter nachstehenden Bedingungen an eine dritte Gesellschaft zu zedieren:

1. daß die Gesellschaft bezüglich des Kapitals, der Stellen im Aufsichtsrat sowie der höheren Beamten und der Materialbestellungen mindestens nicht weniger Anteil haben darf als die meistbegünstigten der fremden Nationen,

2. daß die neue Gesellschaft die Bagdadbahn für die Aufwendungen bei Vorarbeiten nach Verhältnis der zedierten Kilometer schadlos halte und ebenso dafür, daß ihr mehrere hundert Kilometer leichten und billigen Baus, die seinerzeit bei der Durchschnittssumme der kilometrischen Garantie in Rechnung gestellt wurden, entzogen werden usw.

Ob dabei auch die Tariffrage bei den Bedingungen erwähnt werden soll, vermag ich nicht zu beurteilen.

Falls die Bereitwilligkeit zu irgend einer derartigen Erklärung besteht, so würde ich dankbar sein, wenn sie mir möglichst bald telegraphisch mitgeteilt würde. Ich werde dieselbe selbstredend nur nach Zeichnung der Zusatzkonvention abgeben.

Marschall

Randvermerk von Bethmann Hollwegs:

Die Formel 1 entzieht uns unter allen Umständen einen ausschlaggebenden Einfluß für die Golfstrecke. An sich habe ich nichts dagegen. England erreicht aber seine Wünsche — denn daß es nur mit Frankreich zusammen das Übergewicht erhält, wird ihm momentan gleichgültig sein —, ohne daß es uns irgend eine Gegenleistung gewährt, lediglich dadurch, daß es mit der Türkei verhandelt. Das einzige, was wir erhalten, ist, daß wir schneller bis Bagdad bauen können. Aber das ist keine Gegenleistung Englands. Darin scheint mir der politische Haken zu liegen.

v. B. H. 3./3.

Nr. 10028

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Marschall

Telegramm
Konzept von der Hand des Dirigenten der Politischen Abteilung Zimmermann

Nr. 37 Berlin, den 4. März 1911

Auf Telegramm Nr. 50*.

Mit Euerer Exzellenz bin ich der Ansicht, daß der Abschluß der Zusatzkonvention über die Bahn bis Bagdad unerläßlich ist, bevor wir uns auf Verhandlungen wegen der Golflinie einlassen können. Die Ausführungen des Großwesirs lassen eine übertriebene Rücksichtnahme auf England erkennen. Nachdem England dem Unternehmen andauernd Schwierigkeiten bereitet und sich endlich davon überzeugt hat, daß die Bahn auch ohne seine Mithülfe gebaut werden kann, erscheint die Zumutung eigenartig, daß wir nunmehr schleunigst zwecks Erleichterung türkischer Beziehungen zu England mit möglichst weitgehendem Ablassen von uns zustehenden Rechten herauskommen sollen. Wir sind die Inhaber der Konzession bis zum Golf und können daher erwarten, daß man uns Vorschläge für eventuelle teilweise Aufgabe alleiniger Ausführung der Golflinie macht. Immerhin ist es uns aufgefallen, daß Türkei zunächst über eine uns erteilte Konzession schon mit England verhandelt und uns nur nachträglich informiert hat. Es ist uns aber keinenfalls zuzumuten, ohne englische Wünsche genau zu kennen, Verzichte auf Rechte auszusprechen ohne irgendwelche Gegenleistung. Durch Eingehen auf die Anregung des Großwesirs würden wir unsere günstige Position stark beeinträchtigen. Sache der Türken ist es, die englischen Wünsche, soweit sie deren Berücksichtigung bei einem ausschließlich auf türkischem Gebiet auszuführenden Bahnbau für nötig hält, klarzustellen und alsdann mit Vorschlägen an uns heranzutreten. Wenn durch unsere Haltung der Bahnbau verzögert werden sollte, würden wir dies zwar vom türkischen Standpunkt bedauern, selbst aber ertragen können, da wir die beati possidentes sind und die Bagdadbahngesellschaft durch die Ausführung der 840 km bis Helif bis auf weiteres beschäftigt ist. Sobald aber die Türkei nach Abschluß der Zusatzkonvention mit positiven Vorschlägen wegen der Golfstrecke an uns herantritt, kann sie sicher sein, daß wir diese Vorschläge in freundschaftlichem Sinne prüfen und, falls das Ergebnis der Prüfung dies zuläßt, für ihre Annahme seitens der deutschen Interessenten eintreten werden.

v. Bethmann Hollweg

---

* Siehe Nr. 10027.

Nr. 10029

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 53 Pera, den 5. März 1911

Antwort auf Telegramm Nr. 37*.

Befehlsgemäß habe ich dem Großwesir die Gründe auseinandergesetzt, welche einer Erfüllung seines Wunsches entgegenstehen, und betont, daß, wenn die positiven Desiderien, welche England stelle, uns mitgeteilt werden, eine freundschaftliche Prüfung derselben sicher sei.

Hakki Pascha erwiderte mir: Seine Haltung werde in der Tat durch Rücksichten auf England bestimmt. England sei im Persischen Golf sehr stark und bedrohe in steigendem Maße Kueit. Die englischen Treibereien in Mesopotamien seien bekannt. Dagegen sei die Türkei in jenen Gegenden zurzeit noch schwach und militärisch nicht aktionsfähig. Jüngst habe man in London, und zwar in Presse und Parlament, die mazedonische Frage wieder aufgegriffen. Es sei klar, daß damit eine Pression bezüglich der Golflinie beabsichtigt gewesen sei, aber die friedenstörende Wirkung auf die Bulgaren bleibe bestehen. Der Zusammenhang mit der Bagdadbahn sei auch dadurch erkennbar, daß seit der Bereitwilligkeit, über die Golflinie zu verhandeln, die Sprache Sir E. Greys wesentlich versöhnlicher geworden sei. Angesichts dieser Vorgänge würde er, Hakki, seiner Pflicht und den vitalen Interessen seines Landes zuwiderhandeln, wenn er nicht neue englische Erwägungen**, soweit möglich, vermeide. Obgleich er wisse, daß die Vereinbarung über den Bau bis Bagdad in England nicht gern gesehen werde, sei er entschlossen, diese Vereinbarung samt der Konzession für Osmanije—Alexandrette und den Hafen daselbst zu zeichnen, und in diesem Entschluß durch seinen gestrigen Erfolg in der Kammer bestärkt worden***. Man müsse ihm aber die Mittel geben, um England zu überzeugen, daß er mit ihm über die Golflinie loyal und ernst verhandeln wolle. Schon vor Jahren, als er noch Conseiller légiste gewesen, habe er mir gesagt, daß die Golflinie auf Grund der Konvention nicht gebaut werden würde, sondern nur nach einer Verständigung mit England. Damals hätte ich ihm recht gegeben. Irgendeine Erklärung der Gesellschaft, daß sie unter gewissen Bedingungen die Konzession an eine neue Gesellschaft zedieren werde, sei unentbehrlich, obgleich er vorhersehe, daß bei den Verhandlungen mit England nichts herauskomme. Auf meinen Einwand, daß dann die gewünschte Erklärung unnötig sei, erwiderte Hakki, das sei nicht der Fall. Er wolle mit mir ganz offen reden: Wenn

* Siehe Nr. 10028.

** Wohl irrtümlich entziffert für „Erregungen".

*** Am 4. März hatte Hakki Pascha in der Deputiertenkammer, gelegentlich einer bei der Budgetdebatte an ihn gestellten Frage, sich unter dem Beifall des Hauses für eine energische Fortführung der Bagdadbahnpolitik ausgesprochen.

er nach Abschluß der Zusatzkonvention in Verhandlungen trete, ohne irgendeine Erklärung der Gesellschaft hinter sich zu haben, werde man ihm in England Illoyalität vorwerfen und den Verdacht schöpfen, daß er nur zum Scheine verhandele in der Absicht, de jouer les Anglais. Scheiterten daran die Verhandlungen, so werde eine um so größere Erbitterung eintreten, für deren Folgen er die Verantwortung nicht übernehmen könne. Sei er aber in der Lage, den Engländern zu sagen, daß die Gesellschaft unter gewissen Bedingungen bereit sei, die Konzession für die Golflinie an eine dritte Gesellschaft zu zedieren, in welcher das deutsche Element nicht die Präponderanz habe, so werde auch beim Scheitern der Verhandlungen bei den vernünftigen Engländern der Krankheitsstoff beseitigt sein, der bisher die Frage der Bagdadbahn vergiftet habe, nämlich der englische Verdacht, daß Deutschland an den Persischen Golf wollte, um dort England Konkurrenz zu machen. Im Jahre 1909 habe Gwinner dem Großwesir Hilmi Pascha und Dschawid Bey erklärt, daß ihm sogar eine neue Gesellschaft mit englischer Kontrolle genehm sei, wenn nur die Kilometergarantie geordnet werde. Die Erklärung sei mündlich gegeben, aber von Hilmi Pascha schriftlich fixiert worden. Auf eine englische Kontrolle werde die Pforte sich nie einlassen, aber er verstehe nicht, daß die Gesellschaft, die damals zu so weitgehenden Konzessionen bereit war, jetzt viel geringere, eventuelle und bedingte Verzichte nicht aussprechen könne. Würden die Bedingungen nicht angenommen, so bleibe die Gesellschaft ausschließlich Konzessionärin mit den ihr konventionsmäßig zustehenden Rechten. Ich entgegnete, daß im Jahre 1909 die Sachlage eine ganz andere gewesen sei. Damals habe es sich um unverbindliche Besprechungen der beiderseitigen Finanzgruppen gehandelt, jetzt verhandele ein Staat mit dem anderen. Müsse die Pforte auf England Rücksicht nehmen, so sei für uns dasselbe gegenüber unserer öffentlichen Meinung der Fall. Außerdem sei es auffallend, daß die Pforte Verhandlungen mit England begonnen habe, ohne uns vorher zu informieren. Auf die Bemerkung Hakkis, er habe mir darüber gesprochen, bevor irgendein Schritt in London erfolgt sei, replizierte ich, daß der fragliche Schritt nicht in einem beiläufigen Gespräch, sondern in amtlicher Form hätte erfolgen müssen.

Auf meine Bemerkung, daß die Gesellschaft bis Helif ausreichend beschäftigt sei, erwiderte Hakki, er würde es sehr bedauern, wenn es dabei bleibe, denn er halte den Bau bis Bagdad nicht nur aus wirtschaftlichen, sondern auch aus politischen Gründen für dringend nötig.

Ich kenne Hakki lange genug, um zu wissen, daß er mir die Wahrheit gesagt hat. Am meisten präokkupiert ihn Bulgarien. Das jüngste englische Vorgehen bezüglich Mazedoniens — die Artikel der „Times" und die Rede Lord Lansdownes* — haben die Türken erschreckt. Darum möchte Hakki die Engländer während der gefährlichen nächsten Monate,

* Gelegentlich der Adreßdebatte hatte Lord Lansdowne am 7. Februar im Oberhause scharfe Kritik an den Zuständen in Mazedonien geübt.

namentlich wegen des Feldzuges im Jemen*, vor weiteren mazedonischen Treibereien abhalten, indem er mit ihnen über Golflinie, Mesopotamien und Kueit verhandelt. Aber, wie er mir wörtlich sagte, „les Anglais m'enverront promener, si je n'ai rien dans la poche."

Die Erklärung Gwinners, auf welche Hakki anspielt, ist in einem Erlaß nach London vom 23. November 1909 Nr. 2089** wiedergegeben.

Marschall

Nr. 10030

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 54 Pera, den 6. März 1911

Im Anschluß an Telegramm Nr. 53***.

Hakki Pascha, mit dem ich seit mehr als zwölf Jahren befreundet bin, ist von allen für das Großwesirat in Betracht kommenden Persönlichkeiten diejenige, welche gegenüber England das stärkste Rückgrat besitzt. Als er Großwesir wurde, hatte sein Vorgänger Hilmi Pascha die berüchtigte Lynchkonvention, welche den Engländern das Schiffahrtsmonopol auf dem Tigris gewährte, und die Mahsussékonvention, welche die türkische Handelsschiffahrt englischer Kontrolle unterstellte, bereits durch das Parlament genehmigen lassen. Hakki hat beide Konzessionen zerschlagen und sich dadurch den Haß der Engländer zugezogen. Die künftige Mahsussé wird durch einen Deutschen geleitet werden. Ich kenne auch keinen Minister, der den Mut gehabt hätte, den vorgestrigen, natürlich von England inspirierten Sturm gegen die Bagdadbahn in der Kammer so energisch abzuweisen, wie dies Hakki getan hat. Seit Monaten streben die Engländer den Sturz Hakkis an. Hussein Dschahid erzählte meinem Vertrauensmann, daß in einer Sitzung der Partei „Union et Progrès" verschiedene Abgeordnete zugestanden haben, von dem Ersten Dragoman englischer Botschaft† bearbeitet worden zu sein, um bei der Vertrauensfrage gegen Hakki zu stimmen.

Hakki Pascha teilt meine Ansicht, daß es das vernünftigste wäre, zunächst den Bahnbau bis Bagdad sicherzustellen und die Golflinie als cura posterior zu behandeln. Aus den näher entwickelten Gründen hält er es aber für nötig, im Augenblick der Unterschrift der Zusatzkonvention donnant donnant eine Erklärung der Gesellschaft zu erhalten, die es ihm ermöglicht, falls England positive Vorschläge verlangt, solche mit Rückendeckung zu formulieren. Von unserer Zusicherung, daß wir

* Seit Ende November 1910 breitete sich im Jemengebiet eine aufständische Bewegung aus, die der Türkei sehr zu schaffen machte, und gegen die im Frühjahr 1911 eine größere Aktion eingeleitet werden sollte.

** Siehe Nr. 9977.

*** Siehe Nr. 10029.

† G. H. Fitzmaurice.

etwaige Vorschläge in freundschaftlichem Geiste prüfen wollen, bis zu einer Erklärung der Gesellschaft, in welcher sie den Rahmen ihrer eventuellen Konzessionen skizziert, ist doch kein so weiter Weg, daß nicht eine vermittelnde Formel gefunden werden könnte. Die Gesellschaft ist allerdings bezüglich der Golflinie beatus possidens. Das Glück dieses Besitzes wird aber durch zwei Momente stark beeinträchtigt, einmal durch die Überzeugung, daß dieselbe so, wie sie verabredet ist, nie gebaut werden wird, und dann dadurch, daß jener Besitz eine ständige Reibungsfläche zwischen England und der Türkei und indirekt auch zwischen uns und England bildet.

Die Gesellschaft hat allerdings bis Helif noch auf Jahre hinaus Arbeit. Sie erhält aber in der Zusatzkonvention zwei neue Konzessionen, die Zweigbahn nach Alexandrette und den Häfen daselbst. Diese Konzessionen sind nicht nur wirtschaftlich wertvoll. Sie haben insofern auch eine politische Bedeutung, als der zweitgrößte Hafenplatz Syriens, das bekanntlich Frankreich als Interessensphäre betrachtet, in unsere Hände gelangt. Reißt der Faden jetzt ab, so sehe ich nicht, wann und mit welchem Erfolge er bei der geringen Stabilität der hiesigen Verhältnisse wieder aufgenommen werden kann.

Marschall

Nr. 10031

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Marschall

Telegramm
Konzept von der Hand des Dirigenten der Politischen Abteilung Zimmermann

Nr. 40 Berlin, den 7. März 1911

Auf Telegramm Nr. 54*.

Um dem dringenden Wunsche des Großwesirs zu entsprechen, ist die Deutsche Bank bereit, bei Unterzeichnung der Convention Additionnelle der türkischen Regierung folgende Erklärung abzugeben:

Le groupe allemand qui a le contrôle financier de la Société du Chemin de Fer de Bagdad, est prêt à céder à une Société Anonyme Ottomane à former la concession conférée à la Société du Chemin de Fer de Bagdad par la convention du 20 Février/2 Mars 1903, pour une section de 400 à 500 kilomètres calculés à partir du Golfe Persique, ainsi que pour les ports à établir à Basra et au Golfe, et ce à des conditions dont les détails seront fixés d'un commun accord entre le Gouvernement Impérial Ottoman et la Société du Chemin de Fer de Bagdad. Le susdit groupe allemand déclare d'ores et déjà qu'il sera d'accord à ce qu'une large part dans la nouvelle Société Anonyme Ottomane soit réservée à la Turquie et qu'il

* Siehe Nr. 10030.

ne réclamera pour l'ancienne Société du Chemin de Fer de Bagdad qu'un intérêt de minorité qui, pourtant, ne serait pas inférieure à la part de n'importe quelle nationalité non-ottomane. D'autre part, il serait réservé à la nouvelle convention de fixer les compensations qui reviendraient à la Compagnie de Bagdad pour l'abandon des avantages pécuniaires et autres que lui assurait la convention actuellement en vigueur.

Für alle Fälle geht heute eine unterzeichnete Ausfertigung an Generaldirektor Huguenin ab.

Euere Exzellenz sind ermächtigt, Großwesir entsprechend vertraulich zu verständigen.

Kiderlen

Nr. 10032

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Marschall

Telegramm

Konzept von der Hand des Dirigenten der Politischen Abteilung Zimmermann

Nr. 41 Berlin, den 10. März 1911

Bitte gestrige Rede Sir Edward Greys im Unterhaus betreffend Bagdadbahn dem Großwesir gegenüber zu verwerten. Besonders bedeutsam erscheint folgende Bemerkung des Ministers: „Wir haben weder ein Recht noch einen Anspruch darauf, gegen die Ausführung der Bagdadbahn nach den Bestimmungen der Konzession seitens der deutschen Konzessionäre und der Türken Einwendungen zu erheben."

Dieses unumwundene Zugeständnis wird dem Großwesir die Erkenntnis erleichtern, daß seine Sorge wegen englischer Empfindlichkeit übertrieben ist. Der verständige Standpunkt Sir Edward Greys bietet eine günstige Prognose für allseitig befriedigenden Abschluß der Bagdadbahnfrage.

Kiderlen

Nr. 10033

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 59 Konstantinopel, den 11. März 1911

Antwort auf Telegramm Nr. 41*.

Der Großwesir, dem ich heute in der befohlenen Weise über die Rede Sir E. Greys gesprochen habe, erwiderte mir, auch ihm sei der Satz, daß England kein Recht zustehe, gegen die Ausführung konzessionierter Bahnen in der Türkei Einwendungen zu erheben, angenehm aufgefallen. Leider folgten aber einige Bemerkungen, welche den günstigen Eindruck wieder verwischten. Sir E. Grey erkläre ausdrücklich, daß, da die Bahn

* Siehe Nr. 10032.

englischen Konzessionären — hier sei Lynch mit seiner Schiffahrt auf dem Tigris gemeint — Konkurrenz mache, England die 4 % Zollerhöhung nicht gewähren werde. Auch spreche Sir E. Grey in einer verdächtig unklaren Weise von einer Gegenleistung in der Form von Konzessionierung von Eisenbahnen mit englischem Kapital. Überaus bedenklich aber sei der Teil jener Rede, welcher sich auf die Kueitfrage beziehe und einen scharfen Unterschied zwischen Kueit und türkischem Territorium konstruiere. Als Ganzes machten die Erklärungen Sir E. Greys den Eindruck: „Ihr Türken könnt die Bagdadbahn bauen lassen, wie Ihr sie den Deutschen konzessioniert habt, aber England wird seinerseits die Maßregeln ergreifen, um seine Interessen zu wahren." Diese indirekte Drohung lasse erkennen, daß der einleitende Satz der Rede nicht aufrichtig gemeint sei.

Hakki Pascha, dem ich vertraulich von der Geneigtheit der Deutschen Bank Mitteilung machte, bezüglich der Golflinie eine Erklärung abzugeben, wie er sie gewünscht hatte*, sprach für dieses Entgegenkommen seinen Dank aus. Er wußte nicht recht, warum man nicht wie bisher als Golflinie die Strecke von Bagdad aus bezeichne, sondern statt dessen eine Kilometerzahl vom Persischen Golf aus in die Erklärung gesetzt habe, bei der man nicht wisse, von welcher Stelle an sie berechnet würde. Ich habe eine Diskussion über die Erklärung abgelehnt. Auch von den Wünschen der Gesellschaft bezüglich Nedjefs** habe ich nicht gesprochen, da dies im Augenblick die Sache wieder kompliziert hätte.

Marschall

Nr. 10034

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 62 Pera, den 17. März 1911

Rifaat Bey hat mich soeben besucht und mir mitgeteilt, daß der gestrige Ministerrat einstimmig beschlossen habe, die Zusatzkonvention wegen Fortsetzung der Bahn bis Bagdad sowie die Verträge über die Linie Osmanije—Alexandrette und den Hafen daselbst alsbald zu zeichnen, aber den dringenden Wunsch an mich richte, die Gesellschaft möge erklären, daß sie schon von Bagdad an bereit sei, die Golflinie unter den angegebenen Bedingungen an eine neue Gesellschaft zu zedieren. Bisher

* Vgl. Nr. 10031.

** Der deutschen Bank schwebte vor, auf die Endstrecke nicht von Bagdad, sondern erst von Nedjef ab zu verzichten, da die Linie Chanikin—Bagdad—Nedjef, die in Zukunft die große Pilgerstraße ersetzen würde, unter einer Verwaltung gehalten werden sollte, da eventuelle spätere französische Anschlußlinien voraussichtlich in die Strecke Bagdad—Nedjef einmünden würden, und da endlich auch Nedjef von Basra 400 und von Kueit 500 Kilometer entfernt sei — Distanzen, die den Engländern vollauf genügen würden (Telegramm Nr. 39 vom 7. März nach Konstantinopel).

sei in allen Besprechungen unter dem Begriff „Golflinie" stets die Strecke von Bagdad aus verstanden worden. Die neue Formel mit den 4—500 Kilometern vom Persischen Golf aus bringe die Pforte in äußerste Verlegenheit. Denn der Terminus der Bahn sei bisher nicht bestimmt. Es fehle also an einem Punkt, von welchem aus die Kilometerzahl berechnet werden soll, und damit die Basis für die Verhandlungen. Sobald Herr Huguenin der Pforte einen Brief schreibe, in welchem die Erklärung der Gesellschaft in der angegebenen Weise interpretiert werde, solle sofort, vielleicht schon morgen, spätestens aber übermorgen gezeichnet werden.

Ich halte den Wunsch der Pforte für gerechtfertigt und bitte die Deutsche Bank dringend, denselben zu erfüllen. Es ist richtig, daß in den früheren Stadien der Verhandlungen unter „Golflinie" stets die Linie von Bagdad aus verstanden worden ist. Auch Herr Gwinner hat in seinen Erklärungen — Erlaß nach London vom 23. November 1909 Nr. 2089* — und seinem Memorandum vom 15. Dezember 1909 — Erlaß vom 22. Dezember hierher Nr. 1847** — die Verhandlungen sowohl mit dem Großwesir wie mit Sir Ernest Cassel auf dieser Basis geführt. Die Formel mit den Kilometern vom Persischen Golf ab bringt die Türken in der Tat in eine sehr schwierige Lage. Aus begreiflichen Gründen wünschen dieselben zunächst mit England über das Prinzip der neuen Gesellschaft und ihre Zusammensetzung zu verhandeln und dann erst, wenn darüber eine Einigung erzielt ist, den Terminus am Golf zu erörtern, welcher in der schwierigsten und umstrittensten Frage von Kueit gipfelt. Nach der Formel der Deutschen Bank dagegen müßten die Verhandlungen zunächst über den Endpunkt beginnen, da nur nach Festsetzung desselben ermessen werden könnte, von welchem Punkte an die Gesellschaft zu einer Zedierung ihrer Konzession geneigt ist. Das Programm, welches mir kürzlich Hakki Pascha entwickelte: „Si l'Angleterre ne dégage pas Kueit" (in dem Sinne, daß dort eine türkische Douane und eine türkische Polizei installiert werden), „nous finirons à Basra" wäre dann unmöglich. Weit schlimmer wäre, daß über den Präjudizstreit um den Terminus der politische Effekt der deutschen Konzession vollkommen versagen würde. Da voraussichtlich bei den englisch-türkischen Verhandlungen ein positives Resultat in absehbarer Zeit nicht erreicht werden wird, so scheint mir das Opfer, welches die Gesellschaft durch die verlangte Ergänzung ihrer Erklärung bringen würde, im Verhältnis zu dem für uns alsbald erreichbaren Erfolg nicht in die Wagschale zu fallen.

Marschall

Schlußbemerkung von Kiderlens:
Die Deutsche Bank soll doch offen sagen, sie wolle die 100 Kilometer von Bagdad ab als lukrativ behalten, für den Rest gelte ihr Verzicht.
K.

* Siehe Nr. 9977.
** Siehe Nr. 9986.

Nr. 10035

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Marschall

Telegramm

Konzept von der Hand des Dirigenten der Politischen Abteilung Zimmermann

Nr. 46 Berlin, den 18. März 1911

Auf Telegramm Nr. 62* antwortet Deutsche Bank:

„Die Deutsche Bank trägt Bedenken, in der von der Pforte verlangten Erklärung ausdrücklich zu sagen, daß sie bereit ist, ihre Konzession ab Bagdad an eine neu zu gründende türkische Gesellschaft abzutreten. Der Hauptgrund ist, daß die Bagdadgesellschaft das auf Grund des Artikels 12 ihrer Konzession beruhende ausschlaggebende Mitwirkungsrecht bezüglich eventueller späterer Verbindungsbahnen von Mittel- und Südmesopotamien nach Syrien nicht preisgeben darf. In diesem Mitwirkungsrecht sieht die Deutsche Bank nicht nur einen notwendigen Schutz gegen eine gefährliche Konkurrenzlinie, sondern eventuell auch das Mittel zu einer späteren Verständigung mit den Franzosen. Die Deutsche Bank ist mit jeder dort durch Herrn Huguenin abzugebenden Deklaration einverstanden, die diesem Punkte gerecht wird. Sie hätte insbesondere nichts gegen eine Interpretation der Worte „une section de 400 à 500 kilomètres calculés à partir du Golfe Persique" in dem Sinn, daß hierunter verstanden ist „la section comprise entre Bagdad et le Golfe Persique, soit en totalité, soit en partie". Den Türken würde man sagen, daß hiermit ausgedrückt sei, daß die deutsche Gruppe prinzipiell bereit ist, auch über einen Verzicht ab Bagdad zu verhandeln, daß aber andererseits für die Verhandlungen auch der Weg eines Verzichts nur auf einen noch zu bestimmenden südlichen Teil der Strecke Bagdad—Golf offen gehalten werden soll. Von den Bedingungen, die erst in den auf Unterzeichnung der Convention Additionnelle folgenden Verhandlungen besprochen werden können, werde es abhängen, ob die eine oder andere Alternative schließlich sich als annehmbar zeigen werde. Da ohnedies der von deutscher Gruppe abzugebenden Erklärung nur prinzipielle Bedeutung zukommt und alle Einzelbedingungen noch zu verhandeln sind, gibt die von der Deutschen Bank vorgeschlagene Interpretation der Pforte für die von ihr England gegenüber nach Unterzeichnung Convention Additionnelle zu unternehmenden Demarchen ausreichende Bewegungsfreiheit und Rückendeckung."

Kiderlen

* Siehe Nr. 10034.

Nr. 10036

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 65 Pera, den 19. März 1911

Antwort auf Telegramm Nr. 46*.

Rifaat Pascha, dem ich von dem Inhalt obigen Telegramms Kenntnis gab, sprach mir dafür seinen Dank aus und bemerkte dabei, die Franzosen seien plötzlich sehr aufgeregt über die bevorstehende Zeichnung der Konvention. Der französische Geschäftsträger** sei bei ihm gewesen und habe ihm gesagt, man sei in Paris von der Ansicht ausgegangen, daß die deutsche Bagdadfrage nur gleichzeitig mit den französischen Eisenbahnwünschen erledigt werden wird. Wenn Deutschland hier eine Priorität eingeräumt werde, so würde das in Frankreich einen schlechten Eindruck machen. Rifaat Pascha hat erwidert, daß die Pforte niemals irgend einen Grund zu der Annahme gegeben habe, daß die Bagdadfrage erst mit den noch in den ersten Vorstadien befindlichen neuen französischen Eisenbahnplänen zur Erledigung gelänge.

Es ist meines Erinnerns das erste Mal, daß die Franzosen einen amtlichen Schritt bei der Pforte unternehmen, um unsere Zirkel bezüglich der Bagdadbahn zu stören. Vielleicht macht sich hier bereits der Geist Delcassés*** geltend. Einen Erfolg wird das französische Vorgehen nicht haben.

Marschall

Nr. 10037

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 67 Pera, den 21. März 1911

Nachdem das kaiserliche Iradee gestern ergangen war, sind die drei Konventionen mit der Bagdadbahngesellschaft soeben auf der Pforte gezeichnet worden. Die erste derselben betrifft die Linie bis Bagdad. Die Strecke von Bulgurlu bis Bagdad wird als ein Ganzes bezeichnet

* Siehe Nr. 10035.
** A. Boppe.
*** Delcassé war in das am 1. März gebildete Kabinett Monis als Marineminister eingetreten.

mit der Wirkung, daß die Gesellschaft jeden Augenblick die Übergabe der Serien von Staatsobligationen bis Bagdad, ohne daß besondere Finanzverträge erforderlich wären, verlangen und sofort den Bau auch von Bagdad aus gegen Mosul zu beginnen kann. Die Pfänder bestehen in den „excédents des revenus concédés" und den Überschüssen der für die Anatolische Bahn verpfändeten Einnahmen. Dagegen verpflichtet sich die Gesellschaft, den Bau bis Bagdad in fünf Jahren nach Genehmigung der Pläne zu vollenden. Sie verzichtet auf die Erträge der geplanten vierprozentigen Zollerhöhung.

Mit dieser Konvention ist Bahnbau bis Bagdad definitiv geordnet. Mit Einschluß der Anatolischen Bahn unterstehen damit zirka 2700 km der deutschen Kontrolle, das ist etwas mehr als die Entfernung von Berlin—Köln—Paris nach Madrid.

In der zweiten Konvention wird der Gesellschaft die Konzession einer Zweigbahn von Osmanije nach Alexandrette erteilt. Damit wird Aleppo mit letzterem Orte durch einen Schienenweg verbunden, der kürzer ist als die französische Linie Aleppo—Homs—Tripolis.

In der dritten Konvention konzediert die Pforte der Bagdadgesellschaft die Erbauung eines Hafens in Alexandrette unter denselben Bedingungen, wie sie für Haidar Pascha vorgesehen sind. Da Alexandrette einen guten natürlichen Hafen besitzt, während in Tripolis nur eine offene Reede ist, wird sich der Verkehr fast ausschließlich dem erstgenannten Orte zuwenden.

Bei der Zeichnung hat Herr Huguenin der Pforte die bekannte Erklärung überreicht, wonach die Gesellschaft unter gewissen Bedingungen bereit ist, die Golflinie an eine neue Gesellschaft zu zedieren, falls in derselben das deutsche Kapital mindestens ebenso viele Anteile hat wie dasjenige des meistbegünstigten nichtottomanischen Staates. Huguenin hat dabei erklärt, daß die Gesellschaft für jene Linie die Interpretation akzeptiere, daß darunter zu verstehen sei „la section comprise entre Bagdad et le Golfe Persique, soit en totalité, soit en partie". Die Türken können nun mit den Engländern verhandeln. Kommt dabei nichts heraus, so verbleibt die Konzession der Gesellschaft.

Der französische Geschäftsträger hat gestern nochmals bei Rifaat Pascha den Versuch gemacht, die Zeichnung der Konventionen unter Hinweis auf schlechten Eindruck, den dieselben in Frankreich machen, zu vereiteln.

Marschall

Nr. 10038

*Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Kiderlen für den Reichskanzler von Bethmann Hollweg**

Undatierte Reinschrift

[pr. 24. März 1911]

Das Abkommen über die Bagdadbahn sicherte an und für sich den Ausbau dieses gewaltigen Werkes durch deutschen Kopf und deutsche Hand. Die pekuniären Garantien, die die Türkei gegeben hatte, waren immerhin so vage, daß es den Feinden des Unternehmens, Engländern, Russen und Franzosen, seit 1903 gelungen ist, dem Unternehmen immer wieder Schwierigkeiten zu bereiten. In letzter Zeit sind nun zwischen Baugesellschaft und türkischer Regierung Verhandlungen in Gang gekommen, welche den Bau in allen Einzelheiten pekuniär sicherstellen sollen. Diese Verhandlungen stehen vor dem Abschluß. Die Zeitungsmeldungen vom definitiven Abschluß sind verfrüht. Es ist aber bestimmt zu erwarten, daß wir in den allernächsten Tagen die amtliche Bestätigung von der Unterzeichnung erhalten. Ist der Vertrag unterzeichnet, so bedeutet er einen großartigen Triumph deutschen Unternehmungsgeistes und zäher deutscher Politik. Das Hauptziel des ganzen Unternehmens, Bagdad, wird in wenigen Jahren erreicht sein. Der Vertrag gestattet, während der langsam vorschreitenden Arbeiten im Taurusgebirge von Bagdad aus entgegenzubauen. Gleichzeitig wird der Bahn über Aleppo nach Alexandrette der Anschluß nach dem Ägäischen Meere und letzterer Hafen dem deutschen Einflusse gesichert. Der Kampf gegen das deutsche Unternehmen richtete sich gegen die Erreichung von Bagdad. Dieser Kampf ist gescheitert. Die Bahn nach Bagdad bedeutet das Scheitern der englischen Hoffnung, Mesopotamien unter ausschließlich englischen Einfluß zu bringen. Sie bedeutet eine Niederlage Frankreichs, das 1903 sich durch Herrn Delcassé verleiten ließ, entgegen dem Wunsche vieler französischer Unternehmer die angebotene Beteiligung an dem deutschen Werke auszuschlagen und eigene französische Unternehmungen zu verfolgen. Daß die Erkenntnis der Niederlage in Frankreich vorhanden ist, das zeigt der Umstand, daß Herr Vitali, der große französische Bahnunternehmer im Orient, bereits hier eingetroffen ist, um Fühlung mit uns zu suchen. Ferner hat der „Temps" bereits Herrn Delcassé angegriffen wegen des von ihm 1903 organisierten Widerstands gegen die deutsche Bagdadbahn und dabei den Beweis angetreten, die Behauptung des Herrn Delcassé, es sei den Russen die Bekämpfung der Bagdadbahn schon vorher zugesagt gewesen, sei unwahr.

* Die von dem Dirigenten der Politischen Abteilung Zimmermann für den Staatssekretär von Kiderlen entworfene Aufzeichnung, die vermutlich die Grundlage für einen Immediatvortrag bilden sollte, ist am 24. März zu den Akten gekommen, dürfte aber einige Tage früher entstanden sein.

Es galt vor allem diese immensen Vorteile für Deutschland zu sichern. Im Laufe der Verhandlungen stellte sich heraus, daß die Türkei nicht zur Unterzeichnung zu bewegen war, wenn ihr nicht die Möglichkeit wenigstens zu Scheinverhandlungen mit England über die Strecke Bagdad—Persischer Golf gegeben würde. Dies ist dadurch geschehen, daß die Bagdadbahngesellschaft ihr Angebot von 1903, an dem Bahnbau in einem näher zu bestimmenden Maße auch fremde, speziell englische, eventuell französische Kapitalien zu beteiligen, wiederholte. Während aber das Angebot 1903 sich auf die ganze Bagdadstrecke bezog, bleibt es jetzt auf die Strecke Bagdad—Golf beschränkt. Irgendein deutsches Recht ist nicht vergeben worden. Keinerlei bindende Zusage ist gemacht. Es ist lediglich die Aussicht auf Verhandlungen eröffnet worden. Dafür, daß Deutschland bei etwaigen Verhandlungen nicht zu kurz kommt, wird schon gesorgt werden. Momentan posaunt die englische Presse die Fabel vom „Verzicht auf deutsche Rechte" aus, um sich über die Niederlage bis Bagdad zu trösten; der türkische „Tanin" schreibt in demselben Sinne, um den befürchteten Zorn Englands zu mildern. Wir wollen dem nicht entgegentreten, solange die amtliche Bestätigung der Unterzeichnung nicht vorliegt. Diese könnte sonst im letzten Momente noch gefährdet werden. Wenn wir unseren Vertrag erst in der Tasche haben, dann können wir schon anders reden. Die ganze Sache ist lediglich infolge der verfrühten Nachricht von der Unterzeichnung aufgebauscht worden. Es war hier vorbereitet, daß im Moment des Abschlusses der Abmachungen, die sich lediglich in der von Seiner Majestät und Euerer Exzellenz stets gebilligten Richtung bewegten, und die sich wesentlich um langweilige kleine Finanzdetails drehten, Seiner Majestät und Euerer Exzellenz Bericht erstattet würde. Es war nicht vorherzusehen, daß die Unterzeichnung verfrüht gemeldet werden würde, und daß sich daran allerlei sensationelle Nachrichten über deutsche „Verzichte" knüpfen würden. Vielleicht hat die Deutsche Bank dieses Preßgetreibe nicht ungern gesehen: Heute wird die türkische Anleihe aufgelegt.

Kiderlen

Anhang

Türkische Anleihe in Deutschland und Österreich 1910

Nr. 10039

Der Geschäftsträger in Konstantinopel von Miquel an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 124 Therapia, den 21. Juni 1910

Der Finanzminister Dschawid begibt sich demnächst nach Paris und vielleicht nach London, da die Türkei zu einer Anleihe von annähernd 200 Millionen Mark genötigt ist.

Dschawid hat heute dem Vertrauensmann der Botschaft angedeutet, er würde gern auch Berlin aufsuchen, wisse jedoch nicht, wie man ihn dort empfangen würde. Der Vertrauensmann erwiderte, sachliche Meinungsverschiedenheiten würden nicht hindern, daß der Minister in Berlin sehr gut empfangen würde.

Dschawid hat seine guten Beziehungen zu Frankreich, während er für Deutschland weniger Sympathien zu haben scheint. Immerhin würde ich es für ratsam halten, ihn in Berlin freundlich aufzunehmen, falls er überhaupt seinen Plan ausführen sollte.

Miquel

Nr. 10040

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 617 London, den 28. Juli 1910

Der türkische Finanzminister ist aus Paris hier eingetroffen, um über eine Anleihe zu verhandeln. Er hat vorgestern die erste Unterredung im Foreign Office gehabt und gestern bei Sir Ernest Cassel gespeist.

Der hiesige türkische Botschafter Tewfik Pascha sagte mir gestern, daß die Aussichten für eine Anleihe hier ungünstig ständen. Als ich ihm die Vermutung aussprach, daß hier wohl für etwaige Geneigtheit in finanzieller Hinsicht politische Kompensationen verlangt würden, kam er gleich auf die Bagdadbahn zu sprechen und auf das Verlangen der englischen Regierung, das letzte Stück selbst zu bekommen oder eine Parallellinie zu bauen. Er, der Botschafter, habe es damals (also wohl vor zwei Monaten*)

* Tatsächlich stammte das englische Angebot schon aus dem Herbst 1909. Vgl. dazu Nr. 9969.

abgelehnt, den Wunsch der englischen Regierung nach Konstantinopel weiterzugeben, und zwar unter der Begründung, daß ihm der Standpunkt der Hohen Pforte bekannt und er daher schon ohne weiteres in der Lage sei, hier eine Antwort zu erteilen. Er habe der hiesigen Regierung auseinandergesetzt, daß die Konzession der Bahn bis zum Persischen Golf der deutschen Gesellschaft erteilt worden sei und daher nicht einseitig von der Hohen Pforte geändert werden könne. Auch eine Parallelbahn in Mesopotamien könne den Engländern nicht zugestanden werden, da dies nur eine Umgehung der der deutschen Gesellschaft gegenüber eingegangenen Verpflichtung bedeute und den Wert der bereits erteilten Konzession herabsetzen würde. Die Hohe Pforte vertrete den Standpunkt, daß die Bagdadbahn überhaupt nicht in einzelne fremden Ländern zu überweisende Sektionen geteilt werden dürfe, sondern eine türkische Bahn bleiben müsse. Der Beteiligung fremden Kapitals, also auch englischen und französischen, an der Gesamtstrecke stehe nichts im Wege. Transport- und Frachtsätze seien für alle gleich. Die englische Regierung habe geltend gemacht, daß England von alters her besondere Handelsinteressen in Mesopotamien besitze und daher auch einen besonderen Anspruch darauf, an neuen Verkehrsunternehmungen dort beteiligt zu werden. Der Botschafter habe geantwortet, daß die bestehenden Handelsinteressen Englands nicht angetastet werden sollten.

Ob nun Dschawid Bey, der, soviel ich weiß, englandfreundlich ist und unter Casselschem Einfluß steht, sich hier ebenso energisch wehren wird wie der alte Tewfik, bleibt dahingestellt; jedoch wird er wohl kaum befugt sein, im Namen seiner Regierung zu sprechen, sobald hier das rein finanzielle Gebiet mit dem politischen verquickt werden sollte. Nach den Äußerungen Tewfik Paschas ist die Frage der Bagdadbahn vorgestern im Foreign Office nur flüchtig gestreift oder angedeutet worden. Trotzdem mag bei der nächsten Besprechung mit voller Wucht darauf zurückgegriffen werden. Über die Höhe der von der Türkei gesuchten Anleihe sprach sich Tewfik Pascha nicht klar aus. Jedoch schien mir, daß es sich um etwa sechs Millionen Pfund handelt. Der Botschafter steht bisher unter dem Eindruck, daß hier keine Anleihe zustande kommen wird. Er setzt seine Hoffnungen vielmehr auf die Ottomanische Bank im Verein mit der Deutschen Bank. In Paris scheint aber auch nichts zustande gekommen zu sein, und ich habe den allerdings bis jetzt noch nicht begründeten Verdacht, daß die französische Regierung ihre Finanzkreise abhält, das von der Türkei gewünschte Geld vorzustrecken, um sich der englischen Regierung willfährig zu zeigen, die eine Anleihe nur dann begünstigt, wenn die Türkei sich politisch, das heißt in der Bagdadbahnfrage willfährig zeigt*.

P. Metternich

* In Wirklichkeit hat nicht sowohl die englische als vielmehr die russische Regierung in Paris die türkischen Anleihewünsche zu hintertreiben gesucht. Vgl. darüber v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 297 ff. Iswolsky ließ in Paris schweres Geschütz

Nr. 10041

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 630 London, den 30. Juli 1910

Sowohl der hiesige türkische Botschaftsrat* wie auch Sir Edward Grey erwähnten gesprächsweise mir gegenüber gestern, daß der hier weilende türkische Finanzminister nicht beabsichtige, eine Anleihe aufzunehmen. Dazu sei das Terrain hier nicht günstig. Der Botschaftsrat bemerkte, daß Dschawid Bey hier nur das Terrain sondieren wolle. Übermorgen werde er von Seiner Majestät dem Könige empfangen werden und dann sofort über Paris, wo er sich wieder einige Tage aufhalten werde, über Berlin und Wien nach Konstantinopel zurückreisen.

Es scheint, daß der türkische Finanzminister, nachdem er in Paris wenig finanzielles Entgegenkommen gefunden hat, seinen Aufenthalt in London mehr als eine Empfehlung für das in seinem Nimbus hier erblassende Jungtürkentum denn als ein finanzielles Geschäft betrachtet.

P. Metternich

Nr. 10042

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 109 London, den 10. August 1910

Unter Bezug auf Bericht Nr. 617 vom 28. Juli**.

Sir Ernest Cassel teilt mir vertraulich mit, daß Dschawid Bey, nachdem seine Verhandlungen mit der Banque Ottomane bei seinem ersten Aufenthalt in Paris resultatlos geblieben seien, jetzt bei seiner Rückkehr von hier nach Paris durch den Crédit Foncier, das Syndicat oder die Union des Banquiers Provinciaux sowie durch andere Geldinstitute eine Anleihe

---

auffahren: wenn Frankreich der Türkei Geld vorstrecke, das dieser die Möglichkeit einer Verstärkung ihrer militärischen Stellung, namentlich an der kaukasischen Grenze gewähre, so würde das entsprechende russische Gegenmaßnahmen hervorrufen; „dies müßte aber notwendigerweise auf unsere Westgrenze Einfluß haben". Telegramm Iswolskys an Nelidow vom 28. Juni. Dieser Hinweis machte, wie der russische Geschäftsträger in Paris am 7. Juli berichtete, einen starken Eindruck auf Pichon. Auch in Berlin erfuhr man davon, daß Iswolsky alles aufbot, um die türkische Anleihe in Paris zu hintertreiben. Vgl. Kap. CCXII, Nr. 9795.

* Dschewad Bey.

** Siehe Nr. 10040.

von sechs Millionen Pfund erhalten habe, und zwar ohne Genehmigung der französischen Regierung und gegen den Wunsch der Banque Ottomane, so daß bis jetzt die Erlaubnis zur Kotierung der Anleihe an der Pariser Börse verweigert werde. Sir Ernest Cassel glaubt aber, daß die französische Regierung die Erlaubnis der Kotierung angesichts der an der Anleihe beteiligten mächtigen französischen Finanzgruppen auf die Dauer nicht werde verweigern können, ohne in eine schwierige Lage zu geraten. Sollte wider Erwarten die Kotierung dauernd verweigert werden, so habe Dschawid Bey sich vorbehalten, die Anleihe rückgängig zu machen. Englisches Kapital ist, Sir Ernest Cassel zufolge, an der Anleihe nicht beteiligt. Die Anleihe stehe nicht unter fremder Kontrolle, als Sicherheit aber dienten die türkischen Zölle.

Sir Ernest Cassel ließ durchblicken, daß er Dschawid Bey habe abfallen lassen, da dieser zu anspruchsvoll in seinen Bedingungen gewesen sei. Hätte Dschawid Bey das Geld nicht anderweitig erhalten können, so würde Sir Ernest, wie er sagte, den Türken aber doch wohl schließlich geholfen haben.

Sir Ernest bemerkte schließlich, daß Dschawid Bey ihm versprochen habe, in Berlin den Versuch einer Einigung über die Golfstrecke der Bagdadbahn zu erzielen. Er glaube, daß bei der türkischen Regierung jetzt der Wunsch nach Einigung bestehe. Auch liege es im türkischen Interesse, wenn Deutschland und England sich in der Türkei verständigten.

Ich ging auf die Bagdadfrage nicht ein.

Metternich

Nr. 10043

Der Geschäftsträger in Paris Freiherr von der Lancken an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Entzifferung

Nr. 351

Paris, den 11. August 1910

Ein französischer Finanzier, Direktionsmitglied einer hiesigen Großbank, erzählte mir über die soeben hier zum Abschluß gebrachte vierprozentige ottomanische Anleihe von frcs. 125 Millionen folgendes:

Dschawid Bey habe sich im Laufe der in den letzten Wochen mit der Ottomanbank geführten Verhandlungen mit deren Leitern persönlich gänzlich verzankt. Nachdem die dann von ihm in London unternommenen Versuche, dort die Anleihe zustande zu bringen, erfolglos geblieben seien, habe er sich entschlossen, das Angebot der Gruppe Crédit mobilier — Louis Dreyfus — Benard und Jarislowsky anzunehmen und ihr die der Gruppe Banque Ottomane — Comptoir d'Escompte — Bardac etc. verweigerte Spezialgarantie (Zolleinkünfte des Hafens von Konstantinopel) zuzugestehen.

Ungelöst ist noch die Frage der Kotebewilligung. Nach meinem Gewährsmann enthält der Anleihevertrag die Klausel, daß derselbe hinfällig wird, wenn die französische Regierung die Kote verweigert. Die Banque Ottomane mache die größten Anstrengungen nach dieser Richtung. Mein Gewährsmann meinte jedoch, nach seiner Auffassung werde die französische Regierung nach etlichem aus Rücksicht auf die Banque Ottomane geleisteten Widerstand doch nicht umhin können, die Zulassung zu gewähren.

Lancken

Nr. 10044

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 374 Paris, den 8. September 1910

In Börsenkreisen will man wissen, daß zwischen der französischen Regierung und Hakki Pascha in der Anleihefrage eine prinzipielle Einigung erzielt worden sei*. Die französische Regierung, so heißt es, bewillige die Kote unter der Bedingung, daß die als Bürgschaft dienenden Zolleinnahmen des Wilajets Konstantinopel bei der Banque Ottomane deponiert und zur Sicherung der Couponzahlung verwendet werden. Aus dem Umstande, daß Hakki Pascha Herrn Rouvier vorgestern auf seinem Landsitze besuchte, wird geschlossen, daß der letztere bei der Anbahnung der Verständigung wesentlich mitgewirkt hat.

Einem weiteren Gerüchte zufolge ist bei den Verhandlungen eine Erhöhung des Anleihebetrages um 100 Millionen francs in Aussicht genommen worden, welch letzteren Betrag die Ottomanbankgruppe übernehmen würde. Man erzählt mir noch, Hakki Pascha habe, um einen kleinen Druck auszuüben, erklärt, er würde sich gegebenenfalls mit seinen Anleihewünschen an eine Londoner Finanzgruppe wenden, die ihm schon vor längerer Zeit günstige Propositionen gemacht habe.

Radolin

Nachschrift

Wie ich von dritter Seite höre, leugnet der türkische Botschafter**, daß man in Sachen der Anleihe bereits zu einem Einvernehmen gekommen sei. Es sei nur beiderseits der gute Wille zutage getreten, die bestehenden Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen. Hakki Pascha werde zunächst nach Konstantinopel zurückkehren, um mit Dschawid Bey über die hier gestellten Bedingungen zu beraten.

Radolin

---

* Über Hakkis Pariser Reise vgl. auch Nr. 10010 und 10011.
** Naum Pascha.

Nr. 10045

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 184 Therapia, den 10. September 1910

Rifaat Pascha sagte mir heute vertraulich, nach Ansicht des Großwesirs strebe Frankreich vornehmlich danach, das von M. Laurent* ausgearbeitete Projekt der Überlassung der gesamten türkischen „Tresorerie" an die Banque Ottomane** gelegentlich der Verhandlungen über die Kote für das neue Anlehen durchzusetzen. Die Forderungen der Garantien und der Bestellungen seien nur nebensächlich. Jenes Projekt, welches der englisch-französischen Bank die gesamte Kontrolle über die türkische Finanzgebarung überträgt, sei aber für die Pforte unannehmbar. Kein Ministerium würde sich halten können, welches einen derartigen Vorschlag der Kammer unterbreitet.

Marschall

Nr. 10046

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 195 Therapia, den 20. September 1910

Bompard sprach heute meinen Vertrauensmann auf der Straße an und bat ihn, mit ihm eine Spazierfahrt zu machen. Er bestätigte, daß die Pariser Verhandlungen wegen der Anleihe abgebrochen seien. Vielleicht würden dieselben wieder aufgenommen werden, aber voraussichtlich nicht in der nächsten Zeit. Sir Ernest Cassel habe nämlich Dschawid Bey ein Anlehen von sechs Millionen Ltqs. zugesagt, falls er mit den Franzosen nicht reüssiere. Darauf sei Dschawid mit der festen Absicht nach Paris gegangen, dort mit der Ottomanischen Bank zu brechen. Dahinter stehe der englische Delegierte zur Dette Publique Sir Adam Block, der systematisch den Finanzminister gegen die Ottomanbank aufgebracht habe. Mein Vertrauensmann erwiderte: Daß Block den Finanzminister zum Bruch mit der Ottomanbank getrieben habe, sei in hiesigen Finanzkreisen längst bekannt und könne unmöglich in Paris unbekannt sein. Die französische Presse würde also besser tun, diese Tatsache offen zu konstatieren, statt gegen Deutschland zu polemisieren, dessen haute finance die Ottomanbank stets mit der striktesten Loyalität behandelt habe. Bompard meinte, er habe auf die französische Presse, die ihn selbst angreife, keinen Einfluß.

* Präsident des französischen Rechnungshofes, seit 1908 türkischer Finanzbeirat.
** Näheres über dieses Projekt in Nr. 10047.

Sir E. Cassel hat schon im vorigen Jahre, nachdem er die „National Bank of Turkey" gegründet hatte, im Verein mit Block den Versuch gemacht, hier ein Anlehen auf die freigewordene russische Kriegsentschädigung abzuschließen, später aber, als die Ottomanbank das Anlehen übernahm, nicht einmal ein Zehntel der ihm überlassenen Quote in England unterbringen können. Ein nur von England negoziiertes Anlehen, gelegentlich dessen die Türken speziell englische Wünsche auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet zu erfüllen hätten, würde möglicherweise Erfolg haben. — Interessant ist, daß gerade der französische Botschafter uns vor dieser Eventualität warnt.

Marschall

Nr. 10047

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 198 Therapia, den 22. September 1910

Der Wortlaut des Laurentschen Projekts über die Tresorerie, welches bei den Verhandlungen in Paris die entscheidende Rolle gespielt hat, ist nunmehr auf vertraulichem Wege in meine Hände gelangt. Daraus ergibt sich, daß in der Tat die Absicht bestand, die ganze türkische Finanzverwaltung in die Zwangsjacke der Banque Ottomane und damit Frankreichs zu stecken. Der Bank, ihren Filialen und Agenturen sollen alle staatlichen Einnahmen zufließen, während die Ausgaben, welche von den Finanzbehörden befohlen werden, nur effektuiert werden, wenn sie das „Visa" der Bank tragen. Die Bank hat die Aufgabe „de veiller à ce que les ordonnancements et les payements s'effectuent dans les limites du budget" und kann das Visa verweigern, wenn sie der Ansicht ist, daß Überschreitung des Budgets vorliegt. Diese Grundgedanken werden in 10 Kapiteln und 115 Paragraphen des näheren ausgeführt. Mit dieser Einrichtung würden natürlich auch alle Ausgaben für die Armee und die Marine der französischen Kontrolle unterstellt. Das dürfte der Punkt sein, der Rußland besonders interessiert.

Darüber, daß es sich bei diesem Projekt nicht nur um „finanzielle Sicherheiten", sondern um einen großen politischen Coup handelt, kann kein Zweifel bestehen. Daraus erklärt sich auch, daß man einen Politiker wie Révoil* zum Generaldirektor der Bank ernannt hat, während diese Stelle bisher stets von Finanzbeamten versehen worden ist. Unbegreiflich bleibt die Verblendung der Franzosen. Wer die Jungtürken auch nur annähernd kennt, der mußte wissen, daß auch die größte Geldnot sie niemals dazu bewegen würde, das ganze türkische Staatswesen der

* Bisher Botschafter in Madrid.

Kontrolle einer Privatbank zu unterstellen, die bekanntlich — ich erinnere an die Zeiten von Sir E. Vincent und an die Tätigkeit des Herrn Pangiri Bey — eine recht dunkle Vergangenheit besitzt.

Marschall

Nr. 10048

Der Geschäftsträger in Paris Freiherr von der Lancken an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Entzifferung

Nr. 395 Paris, den 24. September 1910

Die zügellosen Hetzereien der französischen Presse gegen Sir Ernest Cassel wegen seiner Anleiheverhandlungen mit der türkischen Regierung sind ohne Zweifel auf Anstiftung des Quai d'Orsay zurückzuführen. Bezeichnend für die dort herrschende Stimmung ist auch die Tatsache, daß der hiesige Reutervertreter vom Preßreferenten dringend aufgefordert wurde, die Meldung über die zwischen Cassel und Hakki Pascha erfolgte Verständigung rundweg als einen gegen Frankreich gerichteten Erpressungsversuch zu bezeichnen.

Weiter höre ich von bisweilen recht gut informierter Seite, die französische Regierung habe durch den englischen Botschafter* nach London mitteilen lassen, daß sie in einer Unterstützung des Casselschen Anleiheprojekts in England ein Vorgehen erblicken würde, welches im argen Widerspruch zur entente cordiale stände. Ich habe diese Nachricht auf ihre volle Glaubwürdigkeit nicht nachprüfen können, da mein verläßlichster finanzieller Gewährsmann augenblicklich nicht in Paris weilt**.

Hinzufügen möchte ich noch, daß der erwähnte Reuterkorrespondent gestern vom Quai d'Orsay ersucht wurde, an seine Agentur zu berichten, die Haltung der englischen Presse in der Anleihefrage habe hier außerordentliche Befriedigung hervorgerufen.

Lancken

Nr. 10049

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg, z. Z. in Hohenfinow, an Kaiser Wilhelm II.

Ausfertigung

Hohenfinow, den 30. September 1910

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät verfehle ich nicht zu dem hier ehrfurchtsvollst wiedervorgelegten Ausschnitt aus der „Frank-

* Sir F. L. Bertie.

** Aus den bei v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 300f. mitgeteilten Dokumenten ergibt sich in der Tat, daß die französische Regierung auf die englische eingewirkt hat, um den Abschluß der Anleihe in England, der bereits gesichert war, zu hintertreiben.

furter Zeitung"* alleruntertänigst zu melden, daß der türkischen Regierung seinerzeit nach Benehmen mit dem Direktor von Gwinner für den Fall des Scheiterns der Anleiheverhandlungen in Paris die Hilfe des deutschen Geldmarktes zugesagt worden ist**. Euerer Majestät huldreichen Intentionen entsprechend ist der Türkei durch dieses Anerbieten gezeigt worden, daß das deutsche Kapital bereit ist und die Macht besitzt, ihr gegen übertriebene Prätentionen der französischen Finanzpolitik Schutz und Rückhalt zu gewähren. Wir dürfen annehmen, daß der neue Beweis unserer freundschaftlichen Gesinnung in Konstantinopel volle Würdigung finden und seine Wirkung auch dann nicht verfehlen wird, wenn der Gang der Ereignisse die Pforte diesmal noch der Notwendigkeit eines Appells an die deutsche Finanz entheben sollte.

Nach den neuesten Meldungen scheint man in Paris von der deutschen Hilfsbereitschaft Kenntnis erhalten und sich infolgedessen in letzter Stunde zum Einlenken entschlossen zu haben. Unter diesen Umständen wäre es nicht zu verwundern, wenn das türkische Anleihegeschäft mit der Gruppe des Crédit Mobilier von der französischen Regierung schließlich doch zu Bedingungen sanktioniert würde, die mit der Finanzhoheit des osmanischen Reiches und mit seiner Würde vereinbar sind.

v. Bethmann Hollweg

---

* Der Ausschnitt der „Frankfurter Zeitung" vom 26. September 1910 gab einen Artikel der Wiener „Sonn- und Montags-Zeitung" wieder, der scharfe Kritik an der „finanziellen Einkreisungspolitik Frankreichs und Englands" gegenüber der Türkei und Österreich-Ungarn übte und mit der Drohung schloß, daß die Einkreisung zu einem noch festeren wirtschaftlichen Zusammenschluß zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn, der Türkei und den Balkanstaaten führen werde. Zu dem Ausschnitte der „Frankfurter Zeitung" bemerkte Kaiser Wilhelm II.: „Wir müssen in diesem Falle finanziell unbedingt den Türken in Gemeinschaft mit Österreich helfen, damit sie nicht ad aeternum unter Gallo-Britische Druckherrschaft per Beutel fallen. Gwinner darüber fragen! Der ist eben aus Stambul zurück."

** Es war das am 26. September geschehen. In einem Telegramm der Deutschen Bank an die Anatolische Eisenbahngesellschaft von diesem Tage heißt es darüber: „Wir haben heute hiesiger türkischer Botschaft unsere Bereitwilligkeit erklärt, für den Fall endgültigen Scheiterns der Pariser Anleiheverhandlungen der türkischen Regierung im Weg Diskontierung von Schatzscheinen die Summe von sechs Millionen Pfund, zahlbar in monatlichen Raten à eine Million Pfund, beginnend Oktober, zur Verfügung zu stellen. Türkische Botschaft drahtet hierüber an Finanzminister. In Anbetracht heutiger Diskonterhöhung der Reichsbank auf fünf Prozent müßten wir einen Satz von sechs Prozent berechnen. Dresdner Bank wird ihr Angebot einer viereinhalbprozentigen Anleihe nicht aufrechterhalten, da sie sich von Untunlichkeit Placierung einer solchen Anleihe auf deutschem Markt überzeugt hat. Falls die von uns angeboten Operation zustandekommt, würden wir großes Konsortium unter Einschluß Dresdner Bank bilden. Wir haben uns zu der bei der gegenwärtigen Lage des deutschen Geldmarktes keineswegs geringen Leistung entschlossen, um zu verhindern, daß die Türkei mit gebundenen Händen an Frankreich und England ausgeliefert ist. Wir hoffen, daß die Franzosen, wenn sie bei uns Ernst sehen, sich zu vernünftigen Bedingungen verstehen werden, schlimmstenfalls gewinnt die Türkei durch Annahme unserer Proposition sechs wertvolle Monate."

Nr. 10050

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 212 Therapia, den 2. Oktober 1910

Dschawid sagte gestern meinem Vertrauensmann, Baron de Clauzel* sei gestern wiederum im Auftrage Bompards bei ihm gewesen und habe ihm mitgeteilt, daß die französische Regierung nicht nur auf die Tresorerie, sondern auch auf die Kontrolle der für den Anleihedienst angewiesenen Zolleinnahmen verzichte, dagegen auf der Zusage bestehen müsse, daß bei allen Heeres- und Marinebestellungen die französische Industrie stets in demselben Umfang wie die deutsche bedacht werde[1]. Der Minister hat dies abgelehnt[2] und dabei bemerkt, die Franzosen träten mit sich selbst in Widerspruch, wenn sie zuerst die Finanzkontrolle mit der Notwendigkeit der Beschränkung der türkischen Armee- und Marineausgaben begründen und dann eine Bedingung stellten, die notwendig zur Vermehrung der Ausgaben für diese Zwecke führen würde. Dschawid bemerkte meinem Vertrauensmann ferner, er werde keine Bedingung akzeptieren, welche direkt oder indirekt sich als eine Einmischung in die inneren Verhältnisse der Türkei darstellt, auch lehne er jedes Eingreifen der Ottomanbank in das Anleihegeschäft ab[2]. Das Angebot des Berliner Syndikats habe im Ministerrat einen ganz außerordentlichen Eindruck gemacht, der auch dann nicht verschwinden werde, wenn schließlich das Anlehen in Frankreich zum Abschluß gelange. Mit jenem Angebot sei der Pforte gegenüber den französischen Anmaßungen der Rücken gestärkt worden. Das sei und bleibe ein wahrer Freundschaftsdienst[2].

Aus der Umgebung des Großwesirs höre ich, daß dieser sehr unzufrieden mit der Haltung der französischen Regierung hierher zurückgekehrt, und daß zwischen ihm und Dschawid Bey wie mit den übrigen Ministern ein volles Einverständnis bezüglich der Anlehenfrage hergestellt ist.

Marschall

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Frechheit!

[2] gut

Schlußbemerkung des Kaisers:

Sehr erfreulich

---

* Zweiter Sekretär bei der französischen Botschaft in Konstantinopel.

Nr. 10051

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 234 Therapia, den 17. Oktober 1910

In einer vorgestern abend stattgehabten dritten Unterredung zwischen Herrn Bompard und Dschawid Bey hat ersterer verlangt:

1) daß bei künftigen Bestellungen Frankreich in erster Reihe bedacht werde (que la France soit la nation la plus favorisée[1]). Dschawid hat dies mit dem Bemerken abgelehnt, daß er ein Versprechen in dieser Hinsicht nicht geben könne. Er könne nur sagen, daß die Absicht bestehe, fünf Kanonenboote und eine Anzahl Berggeschütze in Frankreich zu bestellen.

2) daß die weiteren Verhandlungen nicht mit Dschawid, sondern mit Rifaat Pascha geführt würden[2] „que ces négociations aient un caractère purement diplomatique[3] et que le résultat soit communiqué au Gouvernement français par une note verbale." Der Finanzminister hat dies kategorisch mit dem Argument zurückgewiesen, die Pforte habe in Frankreich Geld gefunden und werde dasselbe anderwärts finden ohne Dazwischenkunft und Unterstützung von irgend welcher Seite. Er, Dschawid, habe das Anlehen abgeschlossen, und nur mit ihm könne über die Details verhandelt werden.

3) endlich verlangte Herr Bompard „la solution de quelques questions politiques pendantes sans importance[4]*". Auch dies hat Dschawid mit dem Hinweis darauf abgelehnt, daß ein für allemal politische Fragen von finanziellen getrennt werden müßten[5]. Auf die Frage, um welche Punkte es sich handele, erwiderte Herr Bompard, er könne ohne weitere Instruktion von Paris keine weitere Auskunft darüber geben[2].

Die Garantiefrage wurde nicht berührt.

Marschall

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Unerhörte Frechheit!
[2] !!
[3] also politisch!
[4] na! na!?
[5] gut

Schlußbemerkung des Kaisers:

Das ist ja die reine Chantage! Die Gallier behandeln die Türken wie einen Negerstaat 5ter Güte! Eine Manier die geradezu beleidigend ist

---

* Nach einer Äußerung des französischen Außenministers Pichon zu Freiherrn von der Lancken vom 19. Oktober handelte es sich dabei um die Frage der Staatsangehörigkeit der Algerier und Tunesier.

Nr. 10052

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 244 Therapia, den 20. Oktober 1910

Der Großwesir sagt mir, die Verhandlungen mit Frankreich ständen nicht gut. Neuerdings habe Cochery* verlangt, daß beim Finanzministerium ein französischer „Chef comptable" zur Kontrolle über Ausführung des Comptabilitätsgesetzes und ein französischer Beamter bei der „Cour des comptes" angestellt werde[1], um die Tätigkeit dieser Behörde zu überwachen. Die Funktionen dieses Beamten sollten näher fixiert und seitens der Pforte eine schriftliche Erklärung darüber abgegeben werden[1].

Diesen Vorschlag, welcher eine Art von internationalem Vertrag über die Tätigkeit fremder Beamter darstelle[2], bezeichnete mir Hakki Pascha als durchaus unannehmbar. Die einzige Hoffnung auf Zustandekommen des Anlehens bestehe darin, daß Herr Pichon Wasser in den Wein seines Finanzkollegen gieße[3].

Marschall

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] !

[2] Unglaubliche Frechheit

[3] wird wohl kaum erfolgen aber Stambul muß festbleiben! wir müßen ihnen den Rücken stärken. Sie können das Geld auch bei uns bekommen

Nr. 10053

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an Kaiser Wilhelm II.

Ausfertigung

Berlin, den 21. Oktober 1910

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät beehre ich mich alleruntertänigst das beifolgende Telegramm des Botschafters Euerer Majestät in Konstantinopel** vorzulegen, wonach die türkische Anleihe in Paris an erneuten französischen Forderungen[1] in letzter Stunde zu scheitern scheint. Die Meldung wird durch Nachrichten der hiesigen Banken aus Paris bestätigt.

Bei der großen politischen Tragweite der Angelegenheit haben auf meine Anregung die deutschen Banken, diesmal in erwünschtem einigen

* Französischer Finanzminister im Kabinett Briand.
** Siehe Nr. 10052.

Zusammengehen, die nötigen Vorbereitungen getroffen, um der Türkei die ihr momentan nötige Summe von sechs Millionen Ltqs. (etwa 100 Millionen Mark) geben zu können[2] und sie damit vor der Zwangslage zu bewahren, sich unter das kaudinische Joch der französischen Forderungen zu begeben[3].

v. Bethmann Hollweg

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:

Das factum, daß bei uns Geld bereit liegt muß den Türken mitgetheilt werden. Sie dürfen keinenfalls auf die Französ[ischen] Unverschämtheiten eingehen! 22./X. 10.

Randbemerkungen des Kaisers: W.

[1] Und was für welche!?
[2] gut
[3] Das darf bestimmt nicht geschehen

Nr. 10054

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 257 Therapia, den 25. Oktober 1910

Dschawid Bey hat mich heute vormittag nach vorheriger Ansage auf der Botschaft besucht. Er bestätigte hier den Abbruch der Anleiheverhandlungen mit Frankreich, deren Verlauf er mir in der bereits gemeldeten Weise schilderte. Sodann bekundete ...* seine Absicht, sich nunmehr nach Berlin wegen eines Anlehens oder der Diskontierung von Schatzscheinen zu wenden, und bat mich, dies meiner Regierung zu melden. Ich erwiderte, daß ein deutsches Syndikat zur Befriedigung der türkischen Staatsbedürfnisse . . . .* sei und ich alsbald seiner Bitte entsprechen werde. Inzwischen anheimstelle ich ihm, sich mit Herrn Huguenin und Herrn Kautz ins Benehmen zu setzen, die bereits Instruktionen in Händen hätten. Der Großwesir, den ich nachmittags sah, bestätigte mir, daß Dschawid mit seinem Einverständnis die heutige Demarche gemacht habe.

Meines Erachtens sollten die Verhandlungen hier geführt werden. Wenn Dschawid einen Finanzagenten wie Gulbenkian nach Berlin sendet, so würden voraussichtlich Mißverständnisse nicht zu vermeiden sein. Bei direkten Besprechungen mit Dschawid, an denen nötigenfalls ein von Berlin zu entsendender Beamter der Deutschen Bank teilzunehmen hätte, wird ein Resultat am sichersten erreicht werden. Ich werde mich über den Gang der Verhandlungen auf dem laufenden erhalten, ohne mich in dieselben einzumischen.

---

* Zifferngruppe fehlt.

Aus politischen Gründen halte ich es für nötig, daß nur solche Bedingungen unsererseits gestellt werden, die direkt mit der Sache zusammenhängen. Bagdad sollte, wenn die Türken nicht davon anfangen, aus dem Spiel bleiben. Auch anheimstelle ich der Erwägung, ob für den Fall der Diskontoisse von Schatzscheinen der Zinsfuß von sechs Prozent nicht schließlich ermäßigt werden könnte. Der Diskont von fünf Prozent wird voraussichtlich in zirka drei Monaten wieder ermäßigt werden, während die Schatzscheine mindestens sechs Monate zu laufen haben. Daß bei einer förmlichen Anleihe der Zinsfuß niedriger ist als bei Schatzscheinen, und daß bei uns das Geld teuerer ist als in Paris, wissen die Türken sehr wohl. Aber der Unterschied zwischen der französischen Anleihe, bei welcher der Zinsfuß 4,6 Prozent betragen würde, und sechs Prozent wird dem Finanzminister und namentlich der hiesigen Meinung als allzu groß erscheinen.

Marschall

Nr. 10055

Der Geschäftsträger in Paris Freiherr von der Lancken an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 444 Paris, den 25. Oktober 1910

Der Abbruch der türkisch-französischen Anleiheverhandlungen wird hier, wie ich aus Finanzkreisen höre, als ein starker Mißerfolg empfunden, für den man in letzter Linie Herrn Cochery verantwortlich macht. Es war jedenfalls recht geschickt von Herrn Pichon, sich aus den Verhandlungen mehr und mehr zurückzuziehen und diese in der Hauptsache seinem Kollegen von der Finanz zu überlassen. Jetzt ist Herr Cochery der Sündenbock, und es erscheint nicht ausgeschlossen, daß man ihn der allgemeinen Mißstimmung — vielleicht schon bald — zum Opfer darbringt.

Die Möglichkeit, daß die türkische Regierung für ihre Geldbedürfnisse Befriedigung bei deutschen Banken findet, wird, wie ich weiter höre, hier recht unangenehm empfunden. Man scheint sich noch mit der leisen Hoffnung zu tragen, daß die deutsche Regierung „Herrn von Gwinner nicht blindlings folgen" und aus finanziellen und vielleicht auch politischen Gründen den Abschluß des Geschäfts mit den deutschen Banken verhindern wird. Jedenfalls soll die französische Regierung entschlossen sein, alles zu tun, was in ihrer Kraft steht, um dem deutschen Kapital die Befriedigung der türkischen Anleihewünsche zu erschweren. Herr Cochery hat, wie mir mein Gewährsmann im strengsten Vertrauen mitteilte, die Vertreter der hiesigen Institute zu sich entboten und sie unter Appell an ihren Patriotismus und Androhung erbitterter Feindschaft der Regierung dringend ersucht, für die nächsten Monate keinerlei Kredite nach Deutschland zu geben, die dort direkt oder indirekt das Türken-

geschäft erleichtern könnten. Mein Gewährsmann meinte, es würden hieraus den gesamten deutsch-französischen Geschäftsverbindungen in den nächsten Monaten voraussichtlich empfindliche Schädigungen erwachsen.

Lancken

Nr. 10056

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Marschall

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 139
Vertraulich

Berlin, den 28. Oktober 1910

Deutsche Bank hat mit sämtlichen hiesigen Großbanken Konsortium für türkisches Geschäft gebildet. Einer Anleihe stehen zurzeit schwere finanzielle Bedenken entgegen, Konsortium ist aber bereit zu Vorschuß von 150 Millionen francs, rückzahlbar eventuell erst in eineinhalb Jahren. Helfferich abreist morgen dorthin als Unterhändler.

In Bagdadbahnfrage teilt Deutsche Bank Euerer Exzellenz Standpunkt Berichts Nr. 319*. Ebenso akzeptiert Bank Dschawids Anregung in Telegramm Nr. 260**, legt aber besonderen Wert auf Erteilung sofortiger Bauerlaubnis für Linie Osmanije—Alexandrette, eventuell ohne Kilometergarantie. Diesbezügliche Verhandlungen mit Pforte sollen gänzlich unabhängig von Vorschußfrage durch Huguenin und Kautz geführt werden.

Kiderlen

Nr. 10057

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 263
Geheim

Pera, den 28. Oktober 1910

Mein Vertrauensmann meldet mir:

„Finanzminister Dschawid Bey ließ mich gestern telegraphisch nach Stambul rufen. Er teilte mir das Folgende mit: Am Vormittag sei der Präsident der Dette Publique, französischer Delegierter de la Boulinière bei ihm gewesen. Er habe ihm sein Bedauern über den Abbruch der Verhandlungen ausgesprochen, dann aber hinzugefügt, daß Frankreich alle gestellten Bedingungen fallenlasse, wenn die Türkei die Anleihe von 11 Millionen Pfund auf Basis der Überschüsse der revenus divers

* Siehe Kap. CCXVI, Nr. 10015.
** Siehe Kap. CCXVI, Nr. 10016.

abzuschließen bereit sei. Falls Dschawid Bey auf diese Konzessionen eingehe, würde er, de la Boulinière, dem französischen Botschafter Bompard Kenntnis geben. Letzterer habe bereits Instruktionen, und der Abschluß würde dann einen schnellen Verlauf nehmen.

Dschawid Bey erwiderte: er könne zu seinem lebhaften Bedauern auf dieser Basis keinerlei Verhandlungen wieder aufnehmen. Das hieße, rund heraus gesagt, die Bagdadkonzession kaput machen wollen. Kein türkischer Minister könne die Hand hierzu bieten. Herr de la Boulinière ersuchte dann Dschawid, die Unterredung als nicht erfolgt ansehen zu wollen und mit niemand darüber zu sprechen.

Herr Tardieu war also gut informiert, als er Dschawid Bey die Wiederaufnahme der Anleiheverhandlungen anbot*."

Marschall

Nr. 10058

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 265 Konstantinopel, den 29. Oktober 1910

Es bestehen Anzeichen dafür, daß die Deutsche Bank die gegenwärtige Lage vollkommen falsch beurteilt. Sie glaubt, in dem jüngst durch Herrn de la Boulinière gemachten französischen Angebot (Telegramm Nr. 263**) einen „bluff" zu sehen. Das ist ganz und gar nicht der Fall. Es ist bitter ernst. Die Sachlage, wie sie sich heute darstellt, ist folgende: Als die Franzosen von unserer Offerte erfuhren, haben sie ihre Bedingungen gesteigert in voller Kenntnis, daß sie für die Türken unannehmbar wären. Sie haben in der schroffsten Form die Verhandlungen abgebrochen. Die Taktik des Verfahrens ist jetzt vollkommen klar. In Paris hatte man bezüglich eines Anlehens die Parole ausgegeben: „Berlin ne peut pas." Alles kam darauf an, die Wahrheit dieses Satzes zu konstatieren. Man hat abgebrochen in der Erwartung, von Berlin einen „aveu d'impuissance" zu erzielen***. Sobald dieser erfolgt ist, werden die Franzosen alle onerosen Bedingungen fallen lassen und daher Anlehen machen, wie es den Türken genehm ist. Dann ist der ganze Erfolg auf französischer Seite, und zwar nicht nur in finanzieller, sondern auch in politischer Hinsicht. Wir wären dann gründlich hineingefallen. Sollte es dahin kommen, dann wäre es besser gewesen, wir hätten uns gänzlich zurückgehalten.

So sehr ich die Bedenken würdige, welche zurzeit aus der Versteifung des Geldmarkts dem Abschluß entgegenstehen, so muß ich es doch als

* Durch Telegramm Nr. 261 vom 26. Oktober hatte Freiherr von Marschall eine dahin lautende Meldung seines Vertrauensmanns wiedergegeben, daß Dschawid Bey einen Brief Tardieus erhalten habe, in dem ihm dieser einen für seine Pläne günstigen Umschwung in Paris in Aussicht stellte.

** Siehe Nr. 10057.

*** Vgl. dazu Helfferich, Der Weltkrieg I, 136.

eine politische Notwendigkeit bezeichnen, daß jetzt sofort ein Anlehen mit der Pforte vereinbart werde. Man kann die Emission bis zum nächsten Frühjahr verschieben, welches erfahrungsmäßig leichteren Geldstand bringt, und der Pforte vorläufig auf das Anlehen hin Schatzscheine diskontieren. Man kann bei der Vereinbarung alle Kautelen treffen, welche gegen unvorhergesehene zukünftige Ereignisse den nötigen Schutz gewähren. Das Angebot der Diskontierung von Schatzscheinen war in einem früheren Stadium nützlich, weil dasselbe den Türken den Rücken gegenüber den Franzosen gestärkt hat. In diesem Augenblick dagegen können Schatzscheine nur in Verbindung mit einem fest vereinbarten, zukünftig zu emittierenden Anlehen in Frage kommen. Die Verlängerung der Lauffrist für die Schatzscheine auf anderthalb Jahre ist für die Türken selbstverständlich keine Konzession, da sie infolge des höheren Zinssatzes lediglich eine Belastung darstellt.

Darauf, daß der gegenwärtige steife Geldstand bei der Vereinbarung über das Anlehen in Betracht gezogen wird, sind die Türken gefaßt. Der Finanzminister weiß sehr wohl, daß, wenn der Abschluß des Anlehens auf das Frühjahr verschoben würde, er bessere Bedingungen erzielen würde. Aber nach dem gewaltigen Aufsehen, welches die jüngsten Verhandlungen gemacht haben, kann er dem Parlament nicht mit einem Geschäft gegenübertreten, welches nichts als das . . . . . .* expediens von Schatzscheinen enthält, sondern nur mit einer Anleihe, bei welcher die Schatzscheine einen Annex bilden. Für die schlechteren Bedingungen wird er sich leicht Indemnität durch das Argument verschaffen, daß die Wahrung der Würde und Unabhängigkeit des türkischen Reichs die Mehrkosten reichlich aufwiege.

So liegt die Sache. Daß der Abschluß einer Anleihe in diesem Augenblick für die Banken höchst unbequem ist, gebe ich gern zu. Aber das Syndikat, wie es sich gebildet hat, ist weitaus stark genug, um das Geschäft, wie ich es im Auge habe, zu machen. Wir können unmöglich in dieser Frage uns einer Niederlage aussetzen.

Marschall

Nr. 10059

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Marschall

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 141 Berlin, den 30. Oktober 1910

Auf Telegramm Nr. 265**.

Euerer Exzellenz Standpunkt, daß im Fall Zustandekommens französischer Anleihe der ganze Erfolg in finanzieller und politischer Hinsicht

* Ziffergruppe fehlt.
** Siehe Nr. 10058.

auf französischer Seite sein würde, möchte ich nicht ohne weiteres beipflichten. Sollten die Franzosen in letzter Stunde noch einlenken, alle onerosen Bedingungen fallen lassen und eine den Türken genehme Anleihe anbieten, so würde sich Pforte unmöglich der Tatsache verschließen können, daß sie diesen Erfolg lediglich uns und dem entschiedenen Eintreten unserer Finanz zu danken hat, die ihr dann zu billigem französischen Geld ohne lästige Bedingungen verholfen hätten.

Wenn deutsche Banken gegenwärtig Vorschuß, nicht Anleihe empfehlen, so glauben sie, gerade dem türkischen Interesse gerecht zu werden. Wie auch Euere Exzellenz anerkennen, würde gegenwärtig eine Anleihe infolge des durch französische Treibereien verursachten Kurssturzes türkischer Werte nur zu ungünstigen Bedingungen möglich sein. Durch Abschluß des Vorschußgeschäfts mit Lauffrist von anderthalb Jahren überwindet Pforte gegenwärtige prekäre Finanzlage, und der Pforte und deutschen Banken wird Möglichkeit gegeben, für eine spätere Anleihe günstigsten Zeitpunkt zu wählen. Helfferich, der morgen dort eintrifft, ist übrigens auch über unsere Auffassung genau unterrichtet. Ich stelle daher anheim, ihn nach Ankunft baldigst zu hören.

v. Bethmann Hollweg

Nr. 10060

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 267 Pera, den 31. Oktober 1910

Antwort auf Telegramm Nr. 141*.

Die Annahme der deutschen Banken, daß sie durch Hingeben eines Vorschusses auf längere Zeit hinaus gerade dem türkischen Interesse gerecht werden, beruht auf einem vollkommenen Irrtum. Der Vorteil wäre lediglich auf seiten der Banken, die auf anderthalb Jahre sich eine Verzinsung von sechs Prozent sichern, während die Pforte dringendes Interesse hat, möglichst bald auf den geordneten Weg einer Anleihe zu gelangen. Vorschußgeschäfte, wie sie die deutschen Banken im Auge haben, gehören zu den schlechtesten Praktiken des alten Regimes. Der türkische Finanzminister kann mit solchen Vorschlägen überhaupt nicht vor das Parlament treten.

Das Urteil darüber, was dem türkischen Interesse am meisten entspricht, sollten wir den Türken überlassen[1]. Die Frage ist also einfach die: ist das deutsche Syndikat imstande, jetzt schon eine Anleihe, natürlich unter gewissen Kautelen, für das nächste Frühjahr fest zu vereinbaren oder nicht? Das Argument, daß man die Verhältnisse, wie sie sich dann gestalten werden, nicht kenne, beweist also gar nichts. Alle Finanz-

* Siehe Nr. 10059.

geschäfte, die nicht Zug um Zug erledigt werden, sind künftigen unvorhergesehenen Eventualitäten ausgesetzt. Sie können daher nur auf der Basis einer normalen Entwickelung abgeschlossen werden. Erfahrungsmäßig tritt aber im Frühjahr stets eine erhebliche Erleichterung des Geldstandes ein, während derselbe in dieser Periode des Jahres sich am schwierigsten gestaltet. Darauf, daß der jetzige Geldstand bei den Bedingungen der Anleihe in Betracht kommen wird, sind die Türken gefaßt. Was aber den gegenwärtigen Kurssturz der türkischen Papiere in Paris betrifft, so weiß jeder Finanzmann, daß derselbe lediglich ein Produkt des Unmuts und des Wunsches ist, uns zu schaden, und die Franzosen mit ihren zwei Milliarden francs türkischer Werte eine Baisse gar nicht aufrechterhalten können, bei der jedes Prozent einen Verlust von 20 Millionen für sie bedeutet. Solange uns nicht andere Gründe vorgehalten werden, behaupte ich: ein Syndikat von 10 bis 15 Berliner und Wiener Großbanken muß imstande sein, für das Frühjahr eine Anleihe von 150 Millionen francs zu vereinbaren, selbst wenn dasselbe Gefahr läuft, die Titres einige Zeit in ihren Portefeuilles zu behalten.

Bleiben die Berliner Banken auf ihrem Standpunkt, den ich als einen finanziell berechtigten nicht anzuerkennen vermag, so scheitert die Sache. Nach dem hochpolitischen Kampf, zu dem die französische Anleihe geführt hat, wird dann der Echec der deutschen Finanz das Ereignis des Tages bilden und das moralische Moment, daß die Türken uns für unsere Intervention dankbar sein sollten, vollkommen zurücktreten. Vor der ganzen türkischen Welt wird dann die finanzielle Präponderanz Frankreichs und zugleich unsere eigene finanzielle Ohnmacht konstatiert sein. Einen besseren Erfolg könnten die Franzosen sich überhaupt nicht wünschen.

Wenn noch ein Zweifel darüber möglich gewesen wäre, ob Frankreich mit seinem Bundesgenossen bei dem jüngsten Feldzug das Ziel verfolgte, unsere politische Stellung hier zu erschüttern und unsere wirtschaftlichen Unternehmungen zu schädigen, so müßte er schwinden angesichts des Streichs, den die Franzosen in diesem Augenblick gegen unsere Bagdadbahn führen*. Die gegenwärtige Lage verlangt, daß die Banken die schwebende Finanzfrage vom großpolitischen Gesichtspunkt aus lösen. An einem Verständnis dafür hat es speziell die Deutsche Bank bisher niemals fehlen lassen.

Marschall

Randbemerkung von Kiderlens:

[1] Eben deswegen treffen die Ausführungen über die Schatzscheine nicht zu K

---

* Vgl. Nr. 10057.

Nr. 10061

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Kiderlen

Eigenhändig

Berlin, den 31. Oktober 1910

Wir werden doch wohl Marschall antworten müssen:

Bitte Eure Exzellenz wiederholt im Anschluß an Weisung Reichskanzlers, Ankunft Helfferichs und Einleitung der Verhandlungen mit Türken abwarten zu wollen; es muß sich zeigen, ob diese glauben, daß ihnen mit Vorschuß gedient oder nicht. Banktechnische Berechnungen dabei sind nicht unsere Sache. Auch handelt es sich für uns nicht darum, ob Franzosen „triumphieren" oder nicht, und um Prestigefragen, sondern darum, daß wir tatsächlich von Franzosen angestrebte ausschließliche Kontrolle aus dem Felde schlagen oder nicht. Wir können überhaupt nicht unsere ganze Politik lediglich danach orientieren, ob wir einen momentanen Begeisterungserfolg in der Türkei erzielen. Ich erinnere in dieser Beziehung an unsre Haltung in Annexionsfrage, die lediglich vom momentanen Konstantinopler Standpunkt angesehen auch hätte anders sein müssen.

Kiderlen

Nr. 10062

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 268

Pera, den 31. Oktober 1910

Dschawid sagte meinem Vertrauensmann, Herr de la Boulinière sei heute bei ihm gewesen und habe nochmals auf Verpfändung der excédents des revenus divers insistiert mit dem Anerbieten, daß in diesem Fall der Pforte eine Anleihe in beliebiger Höhe ohne jede Bedingung gewährt werden würde. Auf die Frage Dschawids, ob Herr de la Boulinière im Auftrage der französischen Regierung handele, habe dieser ausweichend mit der Bemerkung geantwortet, darüber könne er sich nicht äußern. Dschawid hat wiederum abgelehnt und hinzugefügt, er werde auf ein solches Geschäft niemals eingehen. Vielleicht werde sein Nachfolger dies tun.

Diese letztere Bemerkung bezieht sich auf die Tatsache, daß die Franzosen gegenwärtig eine förmliche Kampagne eröffnet haben, um Dschawid zu stürzen.

Marschall

Nr. 10063

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung*

Nr. 269 Pera, den 1. November 1910

Für Deutsche Bank.

„I. Für Beurteilung allgemeiner Situation verweise ich auf gestriges Telegramm des Herrn Botschafters an Auswärtiges Amt**.

II. Nach meinen heutigen Besprechungen mit Exzellenz Freiherrn Marschall von Bieberstein und Dschawid bin auch ich der Überzeugung, daß wir nicht umhin können, heute schon in irgendeiner Form den Türken die Konsolidierung der Schatzscheine durch die Übernahme einer zu deren Einlösung bestimmten Anleihe zuzusagen. Der leider durchaus ernst zu nehmende Vorstoß der Franzosen auf die revenus divers läßt keinen Zweifel, daß Franzosen, nachdem allgemeine Kontrolle über Türkei nicht erreichbar, alles daran setzen, Bagdad zu blockieren. Dschawid erklärt sich nur dann stark genug, diesen Vorstoß zu parieren, wenn er der Kammer nachweisen könne, daß er an deutscher Gruppe nicht nur kurzfristige Hilfe, sondern durch Aussicht auf Anleihe dauernde Stütze habe, und daß französische Behauptung, Deutschland könne wohl einen kurzen Vorschuß, aber keine Anleihe machen, durch Tatsachen dementiert werde. Es besteht Gefahr, daß Dschawid, wenn wir keine ihm genügende Formulierung finden, zurücktritt und sein Nachfolger trotz eventuellen Protestes unsererseits auf Basis revenus divers mit Franzosen abschließt.

III. Dschawid braucht zunächst nur Gegenwert von sechs Millionen Ltqs. Dagegen sind für Deckung Defizits kommenden Finanzjahres weitere fünf Millionen Ltqs. Anleihe bezw. Schatzbons nötig, die er, wenn er heute mit uns abschließt, nicht von Franzosen sondern nur von uns bekommen kann. Er will auch hierüber vergewissert sein. Unsererseits müssen wir uns klar machen, daß wir auf das A auch B sagen müssen, und daß finanzielle Durchhaltung der Türkei bis zu der notwendigen Verständigung mit Frankreich über eine internationale Konsolidationsanleihe zu unseren Lasten geht. Unser großes Konsortium sollte hierzu stark genug sein.

IV. Dschawid scheint in heutiger Unterredung begriffen zu haben, daß wir bei gegenwärtiger Marktsituation weder jetzt Anleihe machen noch für das nächste Frühjahr uns auf einen festen üblichen Kurs für eine Anleihe jetzt schon binden können. Ich glaube deshalb, daß wir mit folgender in

---

* Das Telegramm enthält ein für die Deutsche Bank in Berlin bestimmtes Telegramm ihres nach Konstantinopel zu den abschließenden Verhandlungen entsandten Direktors Helfferich. Vgl. zu Helfferichs Reise nach Konstantinopel auch Helfferich, Der Weltkrieg I, 136ff.

** Siehe Nr. 10060.

Gemeinschaft mit Herrn Botschafter und Herrn Huguenin entworfener Formel durchkommen, die sechsmonatliche Schatzbons zur Voraussetzung hat:

A l'échéance des dits bons de trésor le Gouvernement aura le droit de les prolonger sur la base du présent contrat pour la durée de six mois jusqu'à un an, soit de les remplacer sur le produit d'un emprunt quatre percent d'un montant nominal de onze millions de livres turques que le syndicat s'engage d'.....* et déjà à conclure avec le Gouvernement aux conditions que les parties contractantes fixeront suivant la situation du marché financier à cette date. Folgt Bestimmung, daß Zolleinnahme von Konstantinopel der Anleihe als Sicherheit dienen soll. Wir sind durch diese Formel juridisch nicht stärker engagiert, als wir es materiell durch die Natur des Vorschußgeschäftes unter obwaltenden Verhältnissen ohnedies sind.

V. Mit Reduktion primärer Laufzeit der Schatzbons auf sechs Monate fällt wahrscheinlich die sonst für Dschawid wohl annehmbare Konstruktion der Zinsjouissance. Dschawid will zu effektiv sechs Prozent oder einem ähnlichen Satz nicht für länger als sechs Monat abschließen. Wir können aber Zinsjouissance am Anfang des Geschäfts vielleicht durch Zinsjouissance am Ende Vorschußgeschäfts ersetzen, wenn wir Schatzbons gleichmäßig auf sechs Monat stellen, also Verfallzeit echelonieren mit Maßgabe, daß Erlös Konsolidationsanleihe zu allmählicher Einlösung Schatzbons zu niedrigem Satze bei uns stehen bleibt.

VI. Erhöhung Nominalbetrages Schatzbons von sechs auf sieben Millionen Ltqs. behufs Einlösung Schatzscheine für Kriegsschiffe erklärt Dschawid für überflüssig, da Flottenverein über Mittel zu pünktlicher Einlösung verfüge.

VII. Ziffer 4 neueres durch Botschaft gesandten Telegramms von gestern ist gänzlich unverständlich.

VIII. Umgehende Rückäußerung dringend erforderlich, da Situation die möglichste Beschleunigung des Abschlusses erfordert.

Helfferich".
Marschall

Nr. 10064

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 270 Pera, den 2. November 1910

Für Deutsche Bank.

„In heutiger Verhandlung bestand Dschawid als unerläßlich auf Übernahme fester Verpflichtung unsererseits. Bezeichnend für Situation sind

* Zifferngruppe unverständlich.

die in der Stadt zirkulierenden Gerüchte über Rücktritt Dschawids und Neubildung Ministeriums. Unter diesen Umständen machte ich das von Ihnen autorisierte Zugeständnis, gleichzeitig Abschluß Anleihevertrags mit Vorschußvertrag. Betreffend Nettokurs habe ich mich in hartnäckiger Gegenwehr von 80 auf 81 hinaufhandeln lassen, jedoch ohne endgültiges Einverständnis Dschawids zu erreichen. Das halbe Prozent bleibt vorläufig für türkische Zugeständnisse in den Einzelheiten in Reserve. Morgen wird Text der Verträge redigiert, über die Dschawid abends mit morgen zurückkehrendem Großwesir konferieren wird. Erwarte definitive Einigung für Freitag und Unterzeichnung Anfang nächster Woche.

Hatte vormittag Besuch Nias', der zurzeit allein Ottomanbank hier repräsentiert, und der fragte, ob Ottomanbank im Falle des Abschlusses unsererseits an Geschäft interessiert sei, was ich verneinte. Nias äußerte sich sehr bitter über französische Regierung und auch über Pariser Leitung Ottomanbank und sprach Hoffnung aus, später wieder mit uns zusammenzuarbeiten.

Dschawid stellte mir nachmittags die Frage, ob Ottomanbank oder andere französische Banken direkt oder indirekt bei uns beteiligt seien, und war sehr zufrieden über kategorische Verneinung.

Helfferich."
Marschall

Nr. 10065

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 272 Pera, den 6. November 1910

Für Herrn von Gwinner.

„Ergebnis heutiger vierstündiger Konferenz mit Dschawid:

A. Schatzscheine:

1. Laufzeit sechs Monate mit Recht für Regierung, um zweimal drei Monat und einmal vier Monat, also im ganzen bis 1./14. März zu prolongieren. Weitere Prolongation etatsrechtlich unmöglich. Regierung muß von Recht Prolongation auf Verlangen der am Anleihevertrag beteiligten Banken Gebrauch machen.

2. Betrag ist auf 5500000 Ltqs. reduziert, da Regierung für laufendes Finanzjahr nicht mehr benötigt.

3. Auf ganzes Geschäft berechnen wir fixe Kommission von ein viertel Prozent. Nicht ausgeschlossen, daß Dschawid hierauf morgen zurückkommt. Ich werde nach Möglichkeit durchhalten.

4. Diskonto für erste sechs Monat $5\frac{1}{2}\%$, für zweimalige Prolongation um drei Monat 5%, für Prolongation vier Monat $5\frac{1}{2}\%$.

5. Dschawid wird morgen mitteilen, in welchen Raten er über Valuta verfügen muß. Nur kleine Abweichungen von siebzehn Millionen Mark monatlich. Für das bei uns stehenbleibende Geld muß ich $3^1/_2$ % konzedieren. Da ich annehme, daß wir Anleihe nächstes Frühjahr emittieren und der $5^1/_2$ prozentige Diskonto plus $^1/_4$ % Kommission auf einhalb Jahr 6 % per annum ausmacht, fällt uns Wert Zinsjouissance über sechs Prozent hinaus zu.

6. Dschawid möchte etwa über Hälfte Valuta in London in Pfund Sterling verfügen und ebenso zurückzahlen. Drahtet umgehend und dringend, ob dies auch genehm und zu welchem Kurs.

B. Anleihe:

1. Fest zu übernehmender Betrag sieben Millionen Pfund Türkisch. Dschawid ist sich wegen restlicher vier Millionen noch unklar und will bis morgen überlegen, ob er Option oder droit de préférence à condition égale geben will oder was sonst. Ich suche Option zu erreichen, muß aber eventuell einhalb Prozent mehr geben.

2. Übernahmekurs $81^1/_2$ netto. Es ist mir nur mit allergrößter Anstrengung gelungen, Dschawid zu überzeugen, daß höherer Kurs unmöglich. Er erklärt, diesen Kurs vor Parlament nur vertreten zu können, wenn wir Regierung Anteil an Mehrbetrag Emissionskurses über $86^1/_2$ % konzedieren. Wir müssen dies meines Erachtens zugestehen.

3. Infolge sechsmonatiger Laufzeit Schatzscheine und Prolongation entfällt deren Kündigung vor Verfall. Dschawid will unter keinen Umständen gleichzeitig auf Schatzscheine und ....* Zinsen zahlen. Dies ist der wichtigste Punkt, der uns noch trennt und morgen erledigt werden muß. Ich bestehe auf Formulierung, daß wir auf Prelevement für Einlösung Schatzscheine Zinsen zu ein Prozent unter Banksatz nur vergüten en tant que le temps entre la remise de l'emprunt à la Deutsche Bank et l'échéance des bons de trésorerie dépasse les quatre semaines.

Dschawid wird morgen im Ministerrat über Angelegenheit referieren und dann letzte Besprechung mit mir haben.

Erfolg unserer Intervention in Anleihefrage macht sich bereits auf ganzer Linie bemerkbar. Heute sind durch Regierung die für Hafen Haidar-Pascha bedrohlichen Arbeiten am Kai Kadiköi eingestellt worden. „Tanin" von heute bringt Artikel über unbedingte Notwendigkeit sofortiger Fortsetzung Bagdadbahn bis Bagdad. Elektrifikation Trambahn, die im Staatsrat auf totem Punkt angelangt und durch neue Forderungen für Expropriation schwer bedroht war, ist wieder flott gemacht und wird voraussichtlich in den nächsten Tagen erledigt. Ich halte es für eminent wichtig, daß wir Anleihegeschäft nicht nur prompt abschließen, sondern auch Eindruck großherzigen Entgegenkommens hinterlassen.

Helfferich."
Marschall

* Zifferngruppe fehlt.

Nr. 10066

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm en clair

Nr. 279 Pera, den 9. November 1910

Der Vertrag über Vorschuß und Anlehen ist heute abend gezeichnet worden. Das Anlehen beträgt elf Millionen Pfund, von denen sieben Millionen fest übernommen sind. Über die Übernahme der weiteren vier Millionen Pfund ist ein Spezialvertrag abgeschlossen worden.

Marschall

Nr. 10067

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 285 Pera, den 15. November 1910

Helfferich an Deutsche Bank.

Ich wurde heute mittag in Gegenwart Finanzministers vom Sultan empfangen. Der Sultan sprach seine große Genugtuung und Zufriedenheit aus über den außerordentlichen Dienst, den die deutschen und österreichisch-ungarischen Banken der Türkei geleistet*. Er fügte hinzu, daß er zu seiner Freude erfahren habe, daß auch Seine Majestät der Kaiser Herrn von Gwinner seine Zufriedenheit mit dem Abschluß der Anleihe habe aussprechen lassen. Der Sultan sprach dann von der Reise nach Ismid, die er im vorigen Jahr mit Herrn von Gwinner auf der Anatolischen Bahn gemacht habe, und ersuchte mich, Herrn von Gwinner seine Grüße zu überbringen. Daran anknüpfend sprach er den Wunsch aus, daß die Bagdadbahn so rasch wie irgend möglich bis Bagdad weitergebaut werde. Er rechne darauf, daß wir seinem Lande auch diesen großen Dienst leisten würden.

Marschall

---

* Wie sehr der deutsch-türkische Anleihevertrag dazu beitrug, die jungtürkischen Sympathien, die früher vorwiegend den Westmächten zugewandt gewesen waren, auf Deutschland zu konzentrieren, dafür legt der Bericht des belgischen Gesandten in Berlin Baron Greindl vom 9. November 1910 Zeugnis ab. Vgl. Kap. CCXII, Nr. 9794, Fußnote *** und Zur Europäischen Politik, ed. B. Schwertfeger, III, 209.

Nr. 10068

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 487 Paris, den 18. November 1910

Minister Pichon hat, wie ich unter der Hand höre, dieser Tage in einem Gespräch mit einem hiesigen Bankdirektor seinem Ärger über das Scheitern der türkischen Anleihe in Paris unverhohlen Ausdruck gegeben und dabei die Wendung gebraucht: Es sei dies der erste ernstere Mißerfolg, den er seit seinem Amtsantritt als Minister zu verzeichnen habe*.

v. Schoen

* Wie peinlich der deutsche Erfolg auch auf die russischen Staatsmänner wirkte, wo man doch von Rußland aus selbst sein möglichstes getan hatte, um eine türkische Anleihe in Paris zu Fall zu bringen (vgl. Nr. 10040, S. 694, Fußnote *), zeigt das Telegramm des Botschafters Tscharykow an Sasonow vom 23. Oktober 1910: „Für die Franzosen hat die Erstarkung des deutschen Einflusses in Konstantinopel keine besondere Bedeutung; für uns ergeben sich aber sehr unzeitgemäße Verwicklungen politischer, militärischer und ökonomischer Natur." v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 302.

Kapitel CCXVII

Die Persische Frage und die Großmächte

Nr. 10069

Der Gesandte in Teheran Graf von Quadt an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. A 93 Teheran, den 18. Mai 1908

Kürzlich hatte ich eine Unterredung mit einem schon lange Jahre sich in Teheran in amtlicher Stellung befindlichen Russen über die allgemeine Lage in Persien*. Der Betreffende bezeichnete dieselbe als hoffnungslos und gab der Ansicht Ausdruck, daß es nicht mehr sehr lange so weitergehen könne. Auf meine Frage, wie er sich die schließliche Gestaltung der Dinge hier denke, zuckte mein Gewährsmann die Achseln. Ich sagte ihm deshalb plötzlich ziemlich brüsk und unvermittelt: Rußland wird wohl einmarschieren? Auf diese so krasse, undiplomatische Fragestellung war mein Gewährsmann nicht gefaßt und daher auf eine ausreichende Beantwortung nicht vorbereitet. Derselbe erwiderte sichtlich verlegen, natürlich müsse es so kommen, aber dann, wie erschrocken über ein so einseitiges Vorgehen Rußlands, fügte er bei, England werde sich gewiß bei der Besetzung Persiens beteiligen. Ich habe keinen besonders hohen Begriff von der Intelligenz meines Gewährsmannes, aber halte seine Äußerung von dem Gesichtspunkt aus für sehr charakteristisch, daß derselbe auf der russischen Gesandtschaft ein und aus geht. Es dürfte daselbst vor ihm sehr frei gesprochen werden. Ferner deckt sich die gemachte Äußerung in ganz auffallender Weise mit dem, was ich neulich über eine Unterredung mit dem französischen Gesandten, Herrn de la Martinière, der in die russischen Absichten wohl eingeweiht sein dürfte, zu berichten die Ehre hatte. Mein französischer Kollege wollte bekanntlich die einzige Rettung Persiens in einem Einmarsche von russischen Truppen sehen.

Wiederholt habe ich in meiner Berichterstattung der Ansicht Ausdruck gegeben, daß ich vorläufig, wenn nicht ganz besondere Ereignisse eintreten, nicht an einen Gewaltakt Rußlands in Persien glaube. Wohl

* In Persien hatten seit längerer Zeit Wirren zwischen dem Schah und dem Parlament stattgefunden, die die Möglichkeit einer englisch-russischen Einmischung heraufführten. Auch Unruhen an der türkischen Grenze ließen eine fremde Einmischung befürchten. Vgl. Bd. XXV, Kap. CLXXXV.

aber bin ich der Überzeugung, daß die russische Politik zurzeit sich abwartend verhält und dabei den Gedanken verfolgt, daß Persien, wenigstens der nördliche Teil dieses Landes, ihm eines Tages, völlig von allen Mitteln entblößt, wie ein reifer Apfel in den Schoß fallen wird. Aus diesem Grunde dürfte es wohl auch von der Absicht, die ohne jeden Zweifel vor kurzer Zeit noch bestanden hat, Persien durch eine in Frankreich aufzunehmende Anleihe zu helfen, abgekommen sein. Rußland wird ohne Zweifel versuchen, seine Absichten zu verschleiern, und aus diesem Grunde vielleicht auch Persien in irgendeiner Form dieses oder jenes an sich bedeutungslose Almosen gewähren. Für unsere kommerziellen Interessen wäre bei dem bekannten Eigennutz der Russen auf diesem Gebiet die Verwandlung Persiens in eine Art russischen Ägyptens ein tötlicher Schlag. Ich bin deshalb nach wie vor der Ansicht, daß wir, ehe es zu spät ist, mit allen Mitteln auf eine Internationalisierung der Finanzen Persiens hinarbeiten sollten. Ich habe Grund zu der Annahme, daß mein italienischer Kollege* in der Berichterstattung an seine Regierung — übrigens ohne mein Zutun, denn ich vermeide hier alles, was russische Empfindlichkeit verletzen könnte — den gleichen Standpunkt vertritt. Die kommerziellen Interessen Italiens sind freilich, verglichen mit denen, wie die unsrigen sich besonders in der Zukunft, gestützt auf eine deutsche Banknieder-lassung, in Persien entwickeln sollten, nur sehr gering. Aber es handelt sich um das Prinzip, ob Europa gewillt ist, ruhig zuzusehen, daß Persien sich in eine russisch-englische Provinz, was den Ausschluß des Handels des übrigen Europa de facto trotz aller gegenteiligen Versicherungen in Wort und Schrift bedeuten würde, verwandelt. — Dies wäre um so merkwürdiger zu einer Zeit, wo wohl die meisten Länder unter Überproduktion auf industriellem Gebiete leiden und auf die Schaffung neuer Absatzgebiete angewiesen sind.

Als bezeichnend möchte ich hier einen Passus aus einem mir gestern zugegangenen Telegramm des Korrespondenten des „Berliner Tageblattes" Mygind, welcher zurzeit im Innern Persiens reist, anführen. Das Telegramm ist aus Ahwaz datiert, und der einschlägige Text lautet: „Splendid soil, enormous cattle herds, english commercial influence on Karun very strong. England seems almost to consider southwest british dependency what modesty in famous agreement confining her to east explains."

A. Quadt

* Baron Romano Avezzana.

Nr. 10070

Der Gesandte in Teheran Graf von Quadt an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. A 113 Teheran, den 3. Juni 1908

Mein russischer Kollege* sprach mir gestern über die russisch-persische Grenzfrage** und gab dabei der Ansicht Ausdruck, daß die Lage sich insoweit gebessert habe, als die Perser das Wenige, was sie zu tun imstande seien, täten, um Rußland Genugtuung zu leisten. Sehr bestimmt sagte Herr von Hartwig, von mir hierüber befragt, es seien keine russischen Truppen zurzeit mehr auf persischem Gebiet.

Das scharfe Vorgehen der Russen in der Grenzfrage hat hier in Persien allgemein stark erbittert und dürfte der sehr verbreiteten antirussischen Stimmung weiteren bedeutenden Vorschub geleistet haben. Freilich wird sich Rußland, da es die Macht hat zu tun, was es will, wenig darum zu kümmern brauchen, ob es hier Sympathien hat oder nicht. Ich habe mich öfter gefragt, ob England nicht dem scharfen Vorgehen Rußlands in den Grenzangelegenheiten und dem starken Anziehen der Schraube in der Finanzfrage mit Besorgnis zusieht, da, trotz der Einteilung Persiens in Interessensphären, eine Verwandlung Nordpersiens in etwas, was einer russischen Provinz sehr gleich käme, doch unmöglich im englischen Interesse gelegen sein kann. Die englisch-russischen Vertretungen in Teheran arbeiten aber so systematisch und halten gegen Outsiders — wie die deutsche Vertretung — so eng zusammen, daß eine Kritik des Vorgehens der einen oder der anderen Macht nie laut wird. Trotzdem ist es mir vorgekommen, wie wenn ich bei gelegentlichen Äußerungen des englischen Geschäftsträgers*** hie und da in dieser Beziehung einen leisen Anklang von Besorgnis herausgehört hätte. Herr Marling ließ sich jedoch nie auf eingehende Besprechungen ein, sondern brach immer gleich ab, indem er sagte, England sei in jenen Gegenden gar nicht vertreten und er daher ohne Nachricht über die Vorgänge daselbst.

Berichte aus Simla und Buschir haben in der letzten Zeit besagt, daß anglo-indische Truppen verschiedene Schutzwachen im Süden verstärkt hätten. Es dürfte wohl keinem Zweifel unterliegen, daß ebenso, wie Rußland an der Stärkung seiner Stellung in der ihm zuerkannten Interessensphäre arbeitet, auch England, wahrscheinlich in vollem Einverständnis mit Rußland, bemüht ist, sich im Süden durchaus zu sichern und zu festigen. Ich glaube nicht, daß jetzt schon eine direkte Absicht von seiten beider Mächte vorliegt, die Integrität Persiens nicht länger

* Hartwig.
** Es hatten Ausschreitungen persischer Banden auf russischem Gebiete stattgefunden.
*** Marling.

aufrechtzuhalten*, aber man wird wohl erst auf alle Fälle gerüstet sein wollen, um bei einem etwaigen Zerfall Persiens gleich, jeder auf seinem Gebiet, eingreifen zu können. —

Die Perser kommen etwa bestehenden Absichten beider Mächte, sich in Persien häuslich einzurichten, durch ihre ungeordneten Verhältnisse, ihre Finanznot, den Mangel an Männern, die handeln, statt zu reden, ungemein entgegen. Falls Rußland und England wirklich Persien als unabhängiges Land halten und stützen wollten, wäre die Einsetzung einer internationalen Finanzkontrolle ein durchaus sicheres Mittel[1]. Aber bei Gelegenheit hat mir, wie gemeldet, mein russischer Kollege gesagt, Rußland könne eine solche Finanzverwaltung Persiens auf internationaler Basis nicht zugeben, da es zuviel Interessen in diesem Lande habe. Damit ist doch schon ziemlich deutlich gesagt, daß es mit vollständig freier Selbstbestimmung Persiens als unabhängiges Reich schlecht steht. —

A. Quadt

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Richtig.

Nr. 10071

Der Gesandte in Teheran Graf von Quadt an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. A 155 Teheran, den 3. Juli 1908

Der Herr Staatssekretär des Auswärtigen Amtes hat seinerzeit die Gewogenheit gehabt, mir auf meine Bitte hin Instruktionen, betreffend die Gewährung von Asyl, zu erteilen. Wie Eurer Durchlaucht bekannt ist, bin ich in der letzten Zeit** sehr häufig von allen möglichen Seiten — darunter auch einmal vom Parlament in corpore[1] — um Gewährung von Asyl angegangen worden. Die englische, französische und italienische Gesandtschaft haben in mehreren Fällen in diesen bewegten Zeiten Asyl gewähren zu sollen geglaubt, zum großen Ärger der hiesigen russischen Vertretung und des Schah, sowie seiner Partei. Ich habe geglaubt, in allen Fällen, die an mich herangetreten sind, das Asyl verweigern zu sollen, um nicht den Anschein zu erwecken, im vorliegenden Falle für das Parlament gegen den Schah Partei zu nehmen. Es dürfte ja keinem Zweifel unterliegen, daß die Gewährung von Asyl immer wenigstens den Anschein der Parteinahme und der Einmischung hat[2]. Ich hatte mir vorgenommen,

---

* In diesem Sinne versicherte Iswolsky anläßlich der Beilegung des russisch-persischen Grenzkonflikts am 17. Juni dem Grafen Pourtalès, „daß Rußland, weit entfernt davon, wie hie und da behauptet werde, Gelegenheit zu einer Intervention in Persien zu suchen, im Gegenteil alles tue, um einer solchen vorzubeugen". (Bericht Nr. 240 aus Petersburg vom 17. Juni 1908).

** Über die inneren Wirren Persiens im Juni 1908 vgl. Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, Jg. 1908, S. 446f.

nur dann jemanden aufzunehmen, wenn er verfolgt und in unmittelbarster Lebensgefahr sein würde[2], und ihn dann nur so lange zu behalten, bis ich die nötigen Sicherheiten erlangt haben würde, daß sein Leben nicht mehr bedroht sei. Da ich aber einen solchen Fall nur selbst zu beurteilen in der Lage war, hatte ich die Tore der Gesandtschaft in der Stadt schließen lassen. — Flüchtlinge kamen viele, sogar als Weiber oder Bettler verkleidet, auf das Land hinaus. Es ist aber kein Fall eingetreten, in welchem ich mich für berechtigt gehalten hätte, wirklich Asyl zu gewähren. Während also viele andere Vertreter während des Parteikampfes aus reinen Gefühlen der Menschlichkeit, wie sie sagen, Feinde des Schah bei sich aufgenommen haben, habe ich für den Augenblick der Schahpartei gegenüber vielleicht insofern eine etwas stärkere Stellung, als es mir gelungen ist, auch den Anschein einer Parteinahme gegen ihn zu vermeiden. Auch Herr von Hartwig war von meiner Haltung sehr befriedigt und hat mir gesagt, er habe jedesmal, wenn er gehört habe, daß ich wieder einmal Asyl verweigert habe, dies nach Petersburg telegraphiert. Der englische Geschäftsträger, dessen Sympathie wie die der ganzen englischen Vertretung auf seiten der Parlamentspartei ist, hätte, glaube ich, gern gesehen, wenn ich das Odium der Asylgewährung von ihm auf mich genommen hätte. Herr Marling hätte dann gewiß, sich in seinem Innern freuend, weidlich mit den Russen über meine Einmischung in die inneren Verhältnisse Persiens geschimpft. Aber er selbst hätte nicht Stellung zu nehmen gebraucht. Auch Marling erwähnte mir gegenüber gelegentlich mit süßsaurer Miene, er habe beständig über meine Haltung telegraphisch nach London berichtet.

Wie gesagt, nach den mir erteilten Instruktionen und in Berücksichtigung der ganzen Lage hielt ich mich nicht für berechtigt, eine andere Stellung einzunehmen. Dabei bin ich mir aber vollständig klar, daß unser Prestige hierdurch im Land gelitten hat. Das Volk, wenn von einem solchen die Rede sein kann, hatte auf unparteiische Vermittelung Deutschlands zwischen Schah und Parlament gebaut[3]. Ich bin wiederholt, sowohl von der Stadt aus, wie auch aus verschiedenen Provinzen im Innern nach dieser Richtung hin angegangen worden. Meine vollständige Zurückhaltung und die Ablehnung des Asyls wird uns als Furcht ausgelegt, Rußland zu mißfallen. Ich bin mir ganz klar darüber, daß Persien für unsere Interessen nicht von großer Bedeutung ist. Aber wir sollten nichtsdestoweniger unsere Stellung und Interessen für ein Land nicht pour les beaux yeux de la Russie ohne sehr ernste Kompensation auf anderem Gebiete aufgeben. Wir können auch, so wie die Dinge hier liegen, wenn wir einmal einer kleinen Pression Rußland gegenüber bedürfen, in Petersburg wissen lassen, daß wir den Russen in Persien sehr unbequem werden könnten. Die Politik, die wir jetzt hier in Persien treiben, ist eine Politik der Selbstverleugnung in großer Rücksichtnahme auf Rußland. Wir werden dies aber doch wohl nur fortsetzen können, wenn wir den Eindruck gewinnen, daß Rußland in der gleichen Weise auf anderen Gebieten dieselbe Rücksicht auf unsere Interessen nimmt. Ich bitte dabei ver-

sichern zu dürfen, daß mir nichts ferner liegt, wie aus lokalem Vorurteil die Bedeutung Persiens irgendwie zu überschätzen. Im Gegenteil, ich werde glücklich sein, hier mit der größten Zurückhaltung und dem äußersten Takt nichts zu tun, wo es leicht wäre viel zu tun, wenn ich überzeugt bin, daß Rußland dies anerkennt und in den großen Linien unserer Politik uns entsprechend Entgegenkommen zeigt. Der Norden Persiens muß für uns ein Kompensationsobjekt Rußland gegenüber, der Süden England gegenüber bleiben. Damit das Objekt der Kompensation aber bleibt und nicht in Dunst aufgeht, müssen wir hier doch immer, wenn auch mit der größten Vorsicht unsere Stellung einigermaßen wahren, und, ceterum censeo, dazu brauchen wir als ein harmloses Mittel unter anderem die deutsche Bank.

A. Quadt

Randbemerkungen von Schoens:
[1] Das fehlte noch!
[2] richtig
[3] Wir wollen in Persien keine politische Rolle spielen

Nr 10072

Der Gesandte in Teheran Graf von Quadt an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. A 192
Vertraulich

Teheran, den 10. August 1908

Es ist mir jetzt endlich gelungen, in unzweifelhafter Weise festzustellen, daß Herr de la Martinière, welcher bis vor kurzem französischer Gesandter in Teheran war, mit Bezug auf seine bedingungslose Hingabe an die russische Gesandtschaft von seiner Regierung vollständig desavouiert worden ist. Herr de la Martinière rechnete, als er von hier abreiste, so sehr auf sein Wiederkommen nach Teheran, daß er all seine persönlichen Sachen wie Silber, seine Hauswäsche etc. seinem, wie er glaubte, Vertreter Lecomte zur Benutzung überließ. Herr Lecomte freilich sagte mir schon gleich nach seiner Ankunft, er bleibe als Gesandter hier und würde nur zu einem Interim nicht hergekommen sein. Herr de la Martinière hat hier mit glühendem Eifer für Rußland gearbeitet und dabei die Auffassung vertreten, daß außer Rußland, England und Frankreich keine andere Macht eine Existenzberechtigung habe[1]. Das interessanteste bei der Abberufung de la Martinières ist, daß, wie ich gleichfalls in ganz einwandsfreier Weise festgestellt habe, es gerade England war, das auf die Abberufung des französischen Gesandten als zu russenfreundlich in Paris hingearbeitet hat.

Es ergibt sich hieraus ziemlich klar, daß nicht allein bei Gelegenheiten wie beim letzten Staatsstreich Meinungsverschiedenheiten zwi-

schen Rußland und England sich zeigen, sondern daß auch solche prinzipieller Natur bestehen. Eine zu starke russische Politik in Teheran erscheint eben England doch als unwillkommen trotz des geschlossenen Abkommens. Wenn aber England nur so widerwillig die von ihm selbst an Rußland eingeräumte Stellung in Nordpersien duldet und erträgt und unter der Hand sogar gegen den russischen Einfluß arbeitet, so zeigt sich immer wieder, daß diese Entente denn doch zu unnatürlich ist und ernsten Proben kaum wird widerstehen können. Die Entente muß doch wohl auf ihr Programm geschrieben haben, daß die beiden Mächte sich gegen deutsches Vordringen in hiesigen Gegenden zusammenschließen. Wenn wir uns nun vorsichtig zurückhalten und den beiden Mächten keine Gelegenheit geben, uns hier die Stirn zu bieten und sich wegen uns und gegen uns enger zusammenzuschließen, so wird und muß die unnatürliche Entente mit der Zeit wegen der bestehenden inneren Gegensätze sich auflösen. Wir dürfen ihr nur niemals Gelegenheit geben, sich gegen uns zu betätigen. Sonst würde sie erstarken und sich schnell über jetzt bestehende Gegensätze verstehen, nur um uns gegenüber als geschlossenes einheitliches Ganze sich zeigen zu können. Ich werde deshalb nach wie vor die Politik der Selbstverleugnung, die wir hier betreiben, mit vollem Zielbewußtsein durchführen[2]. Wenn auch hier unser Prestige den Persern gegenüber leidet und man vielleicht dazu mit der Zeit kommen wird, uns hier als quantité négligeable zu betrachten, so kann doch diese Politik in den Fragen der großen Weltpolitik uns wertvolle Trümpfe sichern[3]. — Freilich sollten diese Gründe nur für uns, ich möchte sagen innerhalb unserer vier Wände, mit Anwendung auf Persien maßgebend sein. Sowohl in Petersburg wie in London sollten wir den Standpunkt vertreten, daß wir für unsere Zurückhaltung hier, was den Norden und Süden Persiens betreffe, Kompensationen auf anderen Gebieten verlangen müssen. —

A. Quadt

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] !
[2] Ja
[3] gut

Nr. 10073

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 422 St. Petersburg, den 13. September 1908

Der Schlußpassus des mir hochgeneigtest mitgeteilten Berichts des Kaiserlichen Gesandten in Teheran vom 10. v. Mts.* (Erlaß Nr. 1316 vom

---

* Siehe Nr. 10072.

2. d. Mts.) gibt mir Veranlassung, nachstehende Betrachtungen Euerer Durchlaucht zur Erwägung gehorsamst zu unterbreiten.

Wenn Graf Quadt von einer deutscherseits in Persien zu verfolgenden „Politik der Selbstverleugnung" spricht, so darf ich wohl annehmen, daß dieser Ausdruck nicht wörtlich zu nehmen ist, der Kaiserliche Gesandte vielmehr damit nur meint, unsere Vertretung in Teheran werde gut tun, sich jeder Betätigung politischen Einflusses zu enthalten, um Rußland keinen Vorwand zu Klagen über eine mit gegebenen Zusicherungen im Widerspruch stehende Haltung der deutschen Politik in Persien zu geben. Eine solche Zurückhaltung auf politischem Gebiet dürfte allerdings unserer Stellung Rußland gegenüber im Hinblick auf eine etwaige Wiederaufnahme der Verhandlungen über unsere wirtschaftlichen Interessen in Persien förderlich sein.

Sollte aber mit dem Ausdruck „Selbstverleugnung" etwa ein Zurückweichen unsererseits auf wirtschaftlichem Gebiet in Persien gemeint sein, so würde ich nicht umhin können, auf die Bedenken hinzuweisen, die, vom hiesigen Standpunkte aus betrachtet, einer solchen Politik entgegenstehen. Ein Verzicht auf Persien als Absatzgebiet für unseren Handel und unsere Industrie aus Rücksicht für Rußland würde mir nur in dem Fall angebracht erscheinen, daß uns von Rußland gleichwertige Vorteile auf anderen Gebieten wirklich geboten würden.

Bereits in früheren Berichten habe ich mir erlaubt, meine Ansicht dahin auszusprechen, daß die Haltung Rußlands Deutschland gegenüber seit dem japanischen Kriege und besonders während des letzten Jahres uns dazu nötigt, dem Petersburger Kabinett gegenüber eine nüchterne Interessenpolitik zu treiben, die uns nicht daran zu hindern braucht, wo sich Gelegenheit dazu bietet zu zeigen, daß wir nichts anderes wünschen, als mit unserem östlichen Nachbarn auf gutem und freundschaftlichem Fuß zu leben. Wollten wir als Dank für Gefälligkeiten und Rücksichten, die wir Rußland erweisen, auf Gegenleistungen rechnen, so würde dies, wie ich fürchte, und wie die Erfahrung nur zu deutlich gelehrt hat, zu Enttäuschungen und dadurch zu einer neuerlichen Verschlechterung der deutsch-russischen Beziehungen führen.

Ich möchte denn auch glauben, daß wir bei korrekter politischer Zurückhaltung gut daran tun würden, den Vorsprung, den wir in Persien auf manchen Gebieten des Handels vor Rußland haben, nicht freiwillig aufzugeben, sondern von denjenigen Positionen (Privilegien und Konzessionen), die wir zu nehmen Aussicht haben, möglichst bald Besitz zu ergreifen. Zu bedauern wäre es, wenn es die deutsche Kaufmannschaft dabei an dem nötigen Unternehmungsgeist fehlen ließe. Was wir jetzt preisgeben, werden wir schwer wieder gewinnen, und Rußland wird uns dafür jetzt gewiß keine Kompensationen gewähren. Sind wir aber beati possidentes, so wird Rußland viel eher Neigung zeigen, sich mit uns auf Verhandeln und Handeln einzulassen. Rußland hat uns bis jetzt in den persischen Verhandlungen nur hingehalten und dies in letzter Zeit be-

sonders dadurch versucht, daß es die Verhandlungen auf das Terrain ungerechtfertigter Angriffe gegen unsere Vertretung verlegte. Wir sind diesem Verfahren gegenüber vollkommen in unserem Recht, wenn wir den Weg, den unsere Interessen uns weisen, unbekümmert um Rußland weiter verfolgen.

Wie wenig unsere Zurückhaltung russischerseits anerkannt wird, geht schon daraus hervor, daß Herr Iswolsky bereits angefangen hat, auch gegen den Grafen Quadt mehr oder weniger deutliche Insinuationen auszusprechen. Ich darf an die Klagen des Ministers über die angeblich „tendenziöse" Berichterstattung der „das Visa der deutschen Gesandtschaft passierenden" Meldungen der deutschen Kabelgrammgesellschaft aus Teheran erinnern.

Daß eine Zurückhaltung unsererseits auf wirtschaftlichem Gebiet Aussicht hätte, eine engere Gestaltung des Verhältnisses zwischen Rußland und England in Persien zu verhindern, glaube ich nicht. Die anglorussische Entente hat gerade in Persien in den letzten Monaten eine solche Belastungsprobe bestanden, daß ich schon darin einen Beweis für ihre Festigkeit und Innigkeit erblicken möchte.

Ich darf den Inhalt vorstehender Ausführungen dahin zusammenfassen, daß, wenn mir auch eine loyale Zurückhaltung in Persien auf politischem Gebiet, entsprechend unseren Zusicherungen, angezeigt erscheint, ich mir von einer Politik der Selbstverleugnung im Sinne eines Verzichts auf Betätigung wirtschaftlicher Interessen nur Nachteile und keine Vorteile zu versprechen vermag.

F. Pourtalès

Nr. 10074

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 416 Therapia, den 26. Oktober 1908

Vertraulich

Tewfik Pascha sagte mir, die Besetzung eines Teils von Nordpersien durch Rußland*, die natürlich dauernd sein werde, sei ein neuer Schlag für die Türkei[1]. Denn die Ersetzung des persischen durch den russischen Nachbar verschlechtere politisch und militärisch die Lage der Türkei in ihren Grenzgebieten. Auch seien in dem besagten Territorium 80% Sunniten, die nach der Türkei gravitierten, sowie zahlreiche türkische Untertanen. Endlich stehe zu befürchten, daß England sich eine Kompensation am Persischen Golf ausbedungen habe, als es Rußland die Zustimmung zur

* Mitte Oktober waren russische Truppen in der Gegend von Aserbeidjan auf persisches Gebiet vorgerückt

Okkupation gegeben, denn in der vor zwei Jahren geschlossenen englisch-russischen Verständigung hätten beide Teile die Erhaltung der Integrität Persiens vereinbart.

Marschall

Randbemerkung von Schoens:

[1] Iswolsky* hat mir gestern spontan erklärt, es handle sich keineswegs um eine Besetzung irgendwelchen persischen Gebietes, sondern um russische Vorsichtsmaßregeln an der Grenze. Eine Intervention sei durch die englisch-russische Verständigung, an der sich nichts verändert habe, ausgeschlossen. v. Schoen

Schlußbemerkung des Fürsten von Bülow:

Daraus können die Türken ersehen, wie es Rußland mit ihnen meint, und daß England zwar schöne Worte macht, in Wirklichkeit aber sie Rußland preisgibt. Die Türkei hat aber nur einen desinteressierten und ehrlichen Freund, nämlich Deutschland.

B.

Nr. 10075

Der Gesandte in Teheran Graf von Quadt an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. A 274
Vertraulich

Teheran, den 18. Dezember 1908

Mein österreichischer Kollege** erzählte mir kürzlich, er habe vor einiger Zeit eine Unterredung über die politische Lage in Persien mit einem Mitgliede der hiesigen russischen Gesandtschaft gehabt. Der Russe sei im Laufe des Gesprächs auch auf die Entente mit England zu sprechen gekommen und habe geäußert, dieselbe sei ganz unnatürlich und könne nicht von Dauer sein. Rußland habe nur die Entente mit England abgeschlossen, um Zeit zu gewinnen.

Eurer Durchlaucht ist aus meiner Berichterstattung bekannt, daß auch ich die Entente in ihren Wirkungen auf Persien und Zentralasien bisher für unnatürlich gehalten und ihr keine lange Dauer prophezeit habe. Ich muß jedoch gestehen, daß in den letzten drei Wochen ein vollständiger Umschwung in den Beziehungen zwischen England und Rußland eingetreten sein muß. Derselbe zeigte sich zuerst in der Berufung des durchaus antienglisch gesinnten Herrn von Hartwig nach Petersburg***. Eurer Durchlaucht ist bekannt, daß unter Herrn von Hartwig die englische und die russische Gesandtschaft hier nur pro forma und nach außen hin zusammengingen, während sie de facto eine diametral entgegengesetzte Politik trieben. Es ist mir in der letzten Zeit noch von vielen Seiten bestätigt worden, was ich schon früher gemeldet, nämlich daß Herr von

* Über Iswolskys Aufenthalt in Berlin vgl. Bd. XXVI, Kap. CXCVI, Nr. 9064ff.
** von Rosthorn.
*** Sie war Mitte November 1908 erfolgt; Herr von Hartwig kehrte nicht wieder nach Teheran zurück, sondern wurde Juni 1909 durch den bisherigen Botschaftsrat in London Poklewsky ersetzt.

Hartwig nach außen hin mit den Engländern für die Verfassung eintrat und unter der Hand mit allen Mitteln dagegen arbeitete. Dies ist anders geworden. Die russische und englische Vertretung treten jetzt hier geschlossen auf und ziehen entschieden am gleichen Strang. Dies läßt sich nur dadurch erklären, daß entweder Rußland England bei der Lösung anderer Fragen, die ihm wichtiger scheinen wie die persische, notwendig braucht, oder vielleicht hat sich die Entente in der Behandlung von Fragen der Weltpolitik in der letzten Zeit so bewährt, daß Rußland erst jetzt sich entschlossen hat, den Verpflichtungen der Entente tatsächlich nachzukommen. Es ist wohl nicht ausgeschlossen, daß der Gedanke, gegen Deutschland geschlossen aufzutreten, bei dem engeren Anschluß der beiden Mächte mit maßgebend war.

A. Quadt

Nr. 10076

Der Gesandte in Teheran Graf von Quadt an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. A 282
Streng vertraulich

Teheran, den 18. Dezember 1908

Der Kriegsminister Emir Behadur Djeng, der Vertraute des Schah, ließ mich vorgestern dringend um eine Unterredung bitten, die er als streng geheim bezeichnete. Er schilderte mir, als ich ihn in seiner Wohnung aufgesucht hatte, die peinliche Lage, in der sich der Schah zurzeit durch das englisch-russische Verlangen nach einer Verfassung befinde. Namentlich die ernsten russischen Schritte bereiteten große Bestürzung, da dieselben durchaus ein Novum seien. Der Schah sei über die russische Schwenkung äußerst überrascht und habe den Eindruck, daß er von den Russen schmählich im Stich gelassen werde. Unter diesen Umständen suche der Schah einen um so engeren Anschluß an das Deutsche Reich. Er frage mich, ob Deutschland nicht eingreifen und Persien gegen die englisch-russische Vergewaltigung schützen könne. Der Schah habe bereits eine Landesvertretung gewährt, deren Mitglieder aus der Zahl der in Teheran lebenden Angehörigen verschiedener Provinzen ernannt worden seien. Später, wenn die Landesvertretung sich bewähre, werde der Schah den Provinzen selbst das Recht einräumen, Vertreter, die unter noch zu bestimmender Form von ihr ernannt würden, in die Teheraner Landesvertretung zu entsenden. Aber schon jetzt allgemeine direkte Wahlen von Abgeordneten dem Volke zu gewähren und den englisch-russischen Anträgen nachzugeben, sei dem Schah ganz unmöglich, da er sonst in seinem Volke und nach außen jeden Halt verlieren würde. Ein auf Grund von Volkswahlen zusammengebrachtes Parlament werde sehr bald die Rechte der Krone kürzen, und die vom Schah durch Gewährung dieses Parlamentes

verstimmte reaktionäre Hofpartei, die letzte Stütze des Herrschers, werde sich dann auch von ihm abwenden, so daß er es dann mit beiden würde verdorben haben. Ich erwiderte Emir Behadur, ob es nicht besser sei, jetzt zu gewähren, wozu man später doch gezwungen werden könne, und ließ ihm keinen Zweifel darüber, daß auf eine deutsche Intervention nicht zu hoffen sei. Das Deutsche Reich bewahre eine streng neutrale Haltung nach beiden Seiten. Der Kriegsminister bat mich trotzdem, über die Unterredung, welche im Einverständnis mit dem Schah stattfinde, der Kaiserlichen Regierung zu berichten und vor allem zu beantragen, daß seine Ausführungen der Kenntnis Seiner Majestät des Kaisers und Königs unterbreitet würden. Wenn auch nicht im gegenwärtigen Augenblick, so könne doch später vielleicht für die deutsche Regierung die Kenntnis der Tatsache von Wert sein, daß der persische Herrscher jetzt in brutaler Weise vergewaltigt werde. Dies festzustellen, sei sein Hauptzweck. Rußland und England suchten freilich nicht, Persien mit Waffengewalt zu erobern, sondern es in freundlicher Umarmung zu ersticken.

Auf den Antrag Emir Behadurs, unsere Unterredung zur Kenntnis Seiner Majestät zu bringen, erwiderte ich, unter Freunden sei Offenheit immer das beste, ich wiederhole ihm deshalb, er solle sich durchaus keinen vergeblichen Hoffnungen hingeben, Deutschland werde unter keinen Umständen hier eingreifen.

Der Antrag Emir Behadur Djengs stellt einen der symptomartigen persischen Liebesanträge an Deutschland dar, die sich stets — zuletzt in der türkischen Grenzfrage — einstellen, wenn sich die persische Regierung in kritischer Lage befindet.

A. Quadt

Nr. 10077

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 30 St. Petersburg, den 24. Januar 1909

Über die Stellungnahme der hiesigen leitenden Kreise zu den persischen Angelegenheiten sind in letzter Zeit so viele einander widersprechende und unkontrollierbare Gerüchte im Umlauf, daß es schwer ist, sich eine klares Bild von der wirklichen Sachlage zu bilden. Allen offiziösen Dementis entgegen wird von einigen Preßorganen auf das bestimmteste aufrechterhalten, daß zwei Strömungen vorhanden sind, von denen die eine auf dem Standpunkt des Herrn Iswolsky steht, welcher unter allen Umständen in der persischen Frage an dem Einvernehmen mit England festhalten will, während die andere zu der anscheinend von dem Gesandten Hartwig vertretenen Ansicht neigt, daß Rußland, unbekümmert um England, in Persien reale Politik treiben müsse[1].

Herr Tscharykow äußerte sich mir gegenüber bezüglich der persischen Angelegenheiten in folgendem Sinne: Die Presse habe in der letzten Zeit

in dieser Frage keine Informationen erhalten und tappe daher vollkommen im Dunklen. Ihren Nachrichten sei nicht der geringste Wert beizumessen. In Wirklichkeit lägen die Verhältnisse gegenwärtig so, daß die anarchischen Zustände in Persien aus dem akuten in ein chronisches Stadium eingetreten seien[2]. Wie man aber bei chronischen Krankheiten eine Heilung hauptsächlich durch Arzneien zu erreichen suche, anstatt zu operativen Eingriffen und Amputationen zu schreiten[3], so sei auch von einer militärischen Intervention in Persien, sei es mit oder ohne England, gar keine Rede. Zu einer solchen liege auch keine Veranlassung vor, da den russischen Staatsangehörigen in Persien kein Leid[4] geschehe und auch der russische Handel in keiner empfindlichen Weise geschädigt werde. Herr Tscharykow sprach die Überzeugung aus, daß sich eine solche Veranlassung auch nicht bieten wird. Dagegen bestehe zwischen Rußland und England volle Übereinstimmung darüber, daß zu einer Sanierung[5] der inneren Verhältnisse Persiens geschritten werden müsse. Wegen der zur Erreichung dieses Zieles zu ergreifenden Mittel seien gegenwärtig Verhandlungen[6] im Gange. Man habe die Einführung von Reformen auf finanziellem und administrativem Gebiet sowie Schaffung von Organen[7] im Auge, welchen die Aufgabe zufallen würde, die Beamten zu kontrollieren, die Veruntreuung von Staatsgeldern zu verhindern und die vielen Mißbräuche in der Verwaltung abzustellen[8]. Herr Tscharykow wies dabei auf die Einrichtung der belgischen Zollbeamten hin, welche sich außerordentlich bewährt habe. Dieser Hinweis läßt wohl erkennen, daß die Berufung fremder Reformatoren ins Auge gefaßt ist. Ich höre denn auch von meinem französischen Kollegen*, daß er bereits mit der russischen Regierung wegen eines nach Persien zu entsendenden französischen höheren Finanzbeamten in Verhandlungen steht.

Als ich Herrn Tscharykow frug, ob die geplanten Reformen auf der Basis des wiederherzustellenden konstitutionellen Regimes[9] gedacht seien, gab er auf diese Frage keine direkte Antwort. Er bemerkte nur, daß das Parlament sich in Persien nicht sonderlich bewährt habe[10], da es im Grunde nur eine Vereinigung revolutionärer Klubs gewesen sei. Ob daher die Wiedereinberufung des Medschlis in seiner alten Form angezeigt sei, erscheine sehr zweifelhaft. Indessen werde eine Art „kontrollierender Körperschaft" wohl geschaffen werden müssen.

Die vorstehenden Mitteilungen des Ministergehilfen gewähren zwar nur wenig Einblick in die gegenwärtig zwischen Rußland und England über Persien schwebenden Verhandlungen. Doch scheinen die Zweifel, welche Herr Tscharykow an der Zweckmäßigkeit der Wiederberufung des Medschlis äußerte, in Verbindung mit der Betonung, daß Rußland in der Behandlung der persischen Angelegenheiten fortfahre, mit England Hand in Hand zu gehen, darauf hinzudeuten, daß England in der Frage der Wiederherstellung der Verfassung keinen intransigenten Standpunkt

* Vizeadmiral Touchard.

einnimmt und den russischen Wünschen in dieser Beziehung entgegenzukommen bestrebt ist.

Im allgemeinen tritt sowohl bei der hiesigen Regierung als bei der hiesigen englischen Vertretung das Bestreben deutlich hervor, nach außen hin die anglo-russische Entente auch mit Bezug auf Persien als in keiner Weise getrübt erscheinen zu lassen. Im übrigen mehren sich aber hier die Stimmen derjenigen, welche die Ansicht vertreten, daß die persische Frage über kurz oder lang das Grab der Freundschaft zwischen Rußland und England werden müsse[11].

F. Pourtalès

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Einzig richtige
[2] für einen Russen eher beruhigend
[3] man muß durch eine Operation die Krankheit am „chronisch" werden verhindern! Sonst verseucht der ganze Körper!
[4] nur den Andren! wie christlich!
[5] ohne Operation!
[6] nur keine Übereilung! derweilen, können ordentlich Menschen todtgeschlagen werden!
[7] wer soll denn nun diese „Organe" wieder beaufsichtigen?
[8] erstmal in Russland damit anfangen!?
[9] ahem!
[10] auch anderswo nicht!!!
[11] das gebe Allah! nachdem es das Grab vieler Perser geworden ist!

Nr. 10078

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 68 Wien, den 1. Februar 1909

Im Laufe eines längeren und vertraulichen Gesprächs mit Baron Aehrenthal kam die Rede auch auf die persischen Verhältnisse. Der Minister warf dabei den Gedanken hin, ob es bei dem wachsenden Interesse, das die dortigen Begebenheiten für die russisch-englischen Beziehungen gewönnen, nicht zweckmäßig wäre, wenn Wien und Berlin sich über eine gemeinsam einzuhaltende Politik näher verständigten. In letzter Zeit seien anscheinend zwischen den beiderseitigen Vertretungen in Teheran kleinere Meinungsverschiedenheiten aufgetreten, die, an sich zwar belanglos, doch im Interesse unserer gemeinsamen Gesamtpolitik möglichst zu vermeiden wären. Herr von Rosthorn scheine sich zu sehr zugunsten der parlamentarischen Partei vorgewagt zu haben[1], was er selbstverständlich ohne spezielle Instruktion getan habe.

Es wäre gut, meinte der Minister, wenn ich mich mit Berlin darüber aussprechen könnte, ob es klug ist, in Persien gemeinsam eine aktivere

Politik zu treiben, oder ob — wie es mir scheinen will — wir gut täten, die Russen und Engländer, die schon angefangen haben, sich zu streiten, sich dort ganz sich selbst zu überlassen[2] und sie nicht zu stören, damit sie sich um so fester verbeißen. Österreich und Deutschland, für die das russisch-englische Abkommen über Persien nicht existiere, müßten seiner Ansicht nach die Unabhängigkeit des Landes und die Freiheit des Handels als feststehende Grundlage ihrer Politik betrachten.

Wie er glaube, sei es eine der Hauptaufgaben der österreichischen und deutschen Politik, mit wachsamen Auge auszuspähen, ob nicht irgendwo in der Brücke zwischen England und Frankreich oder zwischen Rußland und England schwache Stellen zu finden seien, wo wir den Hebel zur Lockerung des Gefüges einsetzen könnten[3], sei dies nun in Indien, China oder sonstwo auf der Welt.

Baron Aehrenthal bat mich zum Schluß, die Idee einer Verständigung über die in Persien gemeinsam zu befolgende Politik gewissermaßen vorbereitend nach Berlin weiterzugeben. Er werde sich die Sache noch überlegen und Herrn von Szögyény seinerzeit nähere Instruktionen behufs Rücksprache mit Euerer Durchlaucht* zukommen lassen.

von Tschirschky

Randbemerkungen des Fürsten von Bülow:
[1] Das können wir meines Erachtens nicht mitmachen
[2] Das letztere scheint mir die zurzeit allein richtige Politik. Il faut les laisser cuire dans leur jus
[3] richtig

Nr. 10079

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Schoen

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Berlin, den 15. Februar 1909

Baron Aehrenthal ist in der gehorsamst beigefügten Instruktion an Herrn von Szögyény auf die in dem Bericht bei A 2120 bereits von dem Kaiserlichen Botschafter in Wien gemeldete Anregung** zurückgekommen, daß sich Deutschland und Österreich-Ungarn über eine gemeinsame Politik in Persien verständigen möchten.

Darf Herrn von Szögyény folgende Antwort erteilt werden?

Der Herr Reichskanzler teilt völlig die Ansicht Baron Aehrenthals, daß sich eine Verständigung zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn über eine gemeinsam in Persien zu befolgende Politik bei der Gleichartigkeit der Interessen der beiden verbündeten und eng befreundeten

---

* Vgl. die folgende Nummer.
** Siehe die vorige Nummer.

Mächte empfiehlt. Er begreift daher die hierauf bezügliche, ihm durch den K. und K. Botschafter übermittelte Anregung mit aufrichtiger Genugtuung. Zur Sache bemerkt Fürst Bülow folgendes:

Deutschland verfolgt in Persien keine politischen Ziele, sondern nur wirtschaftliche Aufgaben. Diese sind durch den Handelsvertrag mit dem Reiche des Schahs begründet worden und können naturgemäß durch Vereinbarungen, die dritte Mächte ohne Zuziehung Deutschlands schließen, nicht berührt werden. Aus diesem Grunde hat das englisch-russische Abkommen über Persien für Deutschland an sich keine Bedeutung. Für Österreich-Ungarn dürften die gleichen Gesichtspunkte gelten. Deutschlands und Österreich-Ungarns Interessen ist daher gedient, wenn die Integrität und Unabhängigkeit Persiens sowie die Freiheit des Handels in jenem Lande gewährleistet bleiben.

England und Rußland haben durch ihr Abkommen über Persien in diese Interessen nicht eingegriffen, sich vielmehr ausdrücklich verpflichtet, die Integrität und Souveränität Persiens zu respektieren und für die Aufrechterhaltung der Offenen Tür für alle Nationen einzutreten. Diese Versicherungen sind bis in die letzte Zeit hinein spontan von den Kabinetten in London und St. Petersburg erneuert worden. Deutschland hat daher keine Veranlassung gehabt, gegen das englisch-russische Abkommen Stellung zu nehmen. Es hat aber auch vermieden, sich in die inneren Angelegenheiten Persiens einzumischen. Für diese Entschließung ist die Erwägung maßgebend gewesen, daß England und Rußland den Vorgängen in Persien ihre besondere Aufmerksamkeit zuwenden und als Grenznachbarn an sich auch in erster Linie an der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in jenem Lande interessiert sind. Es ist ferner der Tatsache Rechnung getragen worden, daß zwischen den genannten Ententemächten über die Frage, wie das gedachte Ziel zu erreichen sein möchte, offenbar Meinungsverschiedenheiten obwalten. Die Wahrnehmungen, die der K. und K. Geschäftsträger in St. Petersburg* in dieser Hinsicht gemacht hat, finden in den Berichten der Kaiserlichen Vertreter in St. Petersburg und Teheran ihre volle Bestätigung. Nach den hier vorliegenden amtlichen Nachrichten muß namentlich dahingestellt bleiben, ob die gegenwärtigen, auf endgültige Wiederherstellung der Verfassung gerichteten Bemühungen der Ententemächte auch wirklich einem ernstlichen Wunsche Rußlands entsprechen.

Unter diesen Umständen kann der Ansicht Baron Aehrenthals nur beigepflichtet werden, daß es weder im Interesse Deutschlands noch Österreich-Ungarns liegen würde, den in Rede stehenden Bestrebungen der Ententemächte entgegenzutreten. Dies würde zweifellos die Folge haben, daß England und Rußland ihre Meinungsverschiedenheiten zurückstellten und sich nur noch enger zusammenschlössen, eine Möglichkeit, der wir tunlichst vorbeugen müssen. Fürst Bülow glaubt sich daher in voller

* Prinz K. E. zu Fürstenberg.

Übereinstimmung mit Freiherrn von Aehrenthal zu befinden, wenn er empfiehlt, daß Deutschland und Österreich-Ungarn keine aktive Politik in Persien betreiben, sondern die beiden Ententemächte sich dort ganz selbst überlassen. Il faut les laisser cuire dans leur jus!

Der Kaiserliche Gesandte in Teheran ist in diesem Sinne instruiert worden. Fürst Bülow würde es begrüßen, wenn Baron Aehrenthal dem K. und K. Gesandten in Teheran entsprechende Instruktionen erteilen wollte*.

Darf auch der Kaiserliche Botschafter in Wien in vorstehendem Sinne verständigt werden?

v. Schoen

Randvermerk des Fürsten von Bülow:
Einverstanden B 16/II.

Nr. 10080

Der Gesandte in Teheran Graf von Quadt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 30 Teheran, den 9. April 1909

Bei einer Besprechung mit den Kollegen von Italien, Österreich und der Türkei** über die wahrscheinliche Entwickelung der Lage in Persien*** ist folgender Beschluß gefaßt worden:

„Nous ne pouvons ultérieurement retarder de faire l'assurance à nos gouvernements que la situation actuelle pouvait présenter des dangers réels pour les ressortissants étrangers. Nous avons dû constater en même temps que si les légations de Russie et d'Angleterre étaient suffisamment protégées par leurs gardes nationales et l'organisation de leur colonie, nous ne pouvions nullement compter pour la défense de nos légations et de nos administrés sur les mêmes moyens ni sur les gardes perses qui ne manqueraient pas de nous abandonner à la première attaque[1].

Ainsi nous avons cru de notre devoir de communiquer à nos gouvernements qu'il nous serait difficile de garantir désormais la sécurité du drapeau et des nationaux respectifs sans l'envoi immédiat d'une garde[2].

Le ministre de France n'a pas été invité à la réunion et cette décision ne lui a pas été communiquée à cause de la situation spéciale dans laquelle

---

* Laut Aktennotiz ist die vorgeschlagene Antwort dem österreich-ungarischen Botschafter von Szögyény-Marich am 16. Februar übergeben worden.
** Nassuhi Bey.
*** Ende Januar waren im Süden Persiens ernste Unruhen ausgebrochen, die nach und nach auf andere Gebiete übergriffen und schließlich Befürchtungen für die Sicherheit der fremden Vertretungen in Teheran erweckten.

il se trouve vis-à-vis de ses collègues de Russie et d'Angleterre dont la ligne de conduite est d'exclure tout acte indépendant des autres missions."

Ich halte in der Tat die Lage für ernst und halte jede Entwickelung der Dinge für möglich. Es darf nicht übersehen werden, daß es das Interesse des Schahs von Persien ist, durch gegen die Fremden gerichtete Bewegung russische Intervention zu erzwingen[3]. Ich habe es daher im Verein mit meinen obengenannten Kollegen für meine unbedingte Pflicht gehalten, Euere Durchlaucht um sofortige Entsendung auf dem kürzesten Wege per Eisenbahn[4] von einer Gesandtschaftswache zu bitten. 25 Mann, am besten Kavalleristen — selbstverständlich ohne Pferde — mit einem Offizier würden nach meiner Auffassung der Lage zum Schutz der Gesandtschaft und Kolonie genügen. Italienischer Kollege beantragt Entsendung von nur elf Mann, braucht sich aber auch ausschließlich auf Schutz des Gesandtschaftsgebäudes zu beschränken. Ich halte 25 Mann für unsere Interessen für das erforderliche Minimum. Dieselben müßten reichlich mit Munition versehen sein und etwa 20 Extragewehre für Kolonie mitbringen.

Ich halte es für wahrscheinlich, daß, wenn in St. Petersburg Erlaubnis der Durchreise für Soldaten verlangt wird, Rußland erklären wird, daß es den Schutz der Fremden durch Einmarsch russischer Truppen und Erteilung von Wachen an die verschiedenen Gesandtschaften bewerkstelligen wird[5]. Ich muß auf das entschiedenste der Ansicht Ausdruck geben, daß, wenn die Kaiserliche Gesandtschaft und die deutsche Kolonie unter russischen Schutz gestellt wird, in der muhamedanischen Welt der Türkei, Persiens und Indiens auch der letzte Rest unseres Ansehens verschwinden wird[6]. Es kann auch nicht der Verdacht[7] erweckt werden, daß bei Entsendung einer kleinen Gesandtschaftswache irgendwie eine Betätigung auf politischem Gebiete vorliegt. Jedermann muß einsehen[8], daß wir Recht und Pflicht haben, unsere Gesandtschaft und Kolonie mit eigenen Machtmitteln, falls wir Wert darauf legen unabhängig dazustehen, zu schützen. Ich bitte Euere Durchlaucht überzeugt zu sein, daß nur der ganze Ernst der Lage und die schwere Verantwortung nach reiflicher Überlegung mich zur Stellung dieses Antrages veranlaßt.

Quadt

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Das ist doch noch nicht bewiesen! Ehe die Persische Regierung nicht selbst uns ein non possumus meldet kann man doch sowas nicht machen! Dieses Conclave ist daher verfrüht wenn nicht gar thöricht; und könnte eine falsche Auslegung seitens der anderen Mächte erfahren.

[2] unmöglich!

[3] Das wäre ja ein wahrer Segen! Darauf hoffen wir ja seit Monaten! Russland grenzt unmittelbar an Persien, hat Truppen schon an Grenze versammelt und hat die Vormacht in Nordpersien, kann also sehr wohl Einrücken um Ordnung zu schaffen und unsere Gesandtschaft zu schützen!

[4] ? Die führt nicht bis hin. Wie soll eine Wache durch ein usurpirtes Land durchkommen in dem sie wochenlang marschiren muß!!!

[5] wäre für uns das einzig mögliche und richtige! Ein Beweis des Vertrauens!
[6] starke Uebertreibung!
[7] der wird bei der jetzigen Lage der Dinge unbedingt sofort ausgesprengt werden!
[8] ja wenn das so einfach wäre, siehe die letzten Wochen in London*!

Schlußbemerkung des Kaisers:

Ich halte die Absendung einer Wache überhaupt für einen Nonsens! Wenn überhaupt in dieses total in Anarchie befindliche Land was geschickt werden soll, müßten es Divisionen sein, die erst mal wieder Ordnung schaffen. Das nächste Land dazu ist Russland. Es grenzt mit Nordpersien, hat dort Einfluß und eine Kosacken Brigade. An der Grenze stehen weitere Truppen zum Einmarsch bereit, die in beliebiger Zahl verstärkt werden. Diese sind die gegebenen Faktoren mit denen wir rechnen müßen. Politisch würde es ganz erfreulich und nützlich sein, wenn wir Rußland den Schutz über unsre Colonie und Gesandtschaft übertrügen; es würde eine indirekte Anerkennung als „Paramount Power" bedeuten, was für sie schmeichelhaft wäre, und durch ihre höchst wahrscheinliche Annahme ein Zusammengehen der beiden Kaisermächte gegen Revolution und Unordnung, der Welt zeigen; dieses würde auch ein Abrücken von England effektuiren, oder wenigstens nicht nur gänzliches ihm sich überliefern seitens Iswolski's zulassen.

Nr. 10081

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Schoen an den Reichskanzler Fürsten von Bülow, z. Z. in Venedig

Telegramm. Entzifferung

Nr. 5 Berlin, den 10. April 1909

Graf von Quadt ist nach Beratung mit den Vertretern von Italien, Österreich und der Türkei zur Ansicht gelangt, daß die gegenwärtige Lage in Persien ernstlichste Gefahren für die Fremden biete und unverzüglich Entsendung von Wachen zum Schutz der drei Gesandtschaften und ihrer Untertanen notwendig sei.

Russische und englische Gesandtschaft sind mit eigenen Schutzwachen versehen. Der französische Gesandte ist zu den gepflogenen Beratungen nicht zugezogen worden wegen seiner besonderen Stellung zu den Vertretern Rußlands und Englands „dont la ligne de conduite est d'exclure tout acte indépendant des autres missions". Situation ist nach Graf Quadt dadurch so gefährlich geworden, daß Schah Interesse daran hat, durch eine gegen die Fremden gerichtete Bewegung russische Intervention zu erzwingen[1].

Zahl der erforderlichen Mannschaften bemißt Gesandter auf 25.

Er nimmt an, daß russische Regierung auf Bitte um Erlaubnis zur Durchreise anbieten werde, ihrerseits für Schutz der Fremden zu sorgen. Er hält solches Anerbieten für unannehmbar[2] und ist auf das entschiedenste der Ansicht, daß Unterstellung der Gesandtschaft und der Deutschen unter russischen Schutz uns um den Rest unseres Ansehens in der Türkei, Persien und Indien bringen werde[3].

* Vermutlich eine Anspielung auf die Flottendebatten im Unterhaus; vgl. Bd. XXVIII, Kap. CCXXI.

Der Antrag des Grafen von Quadt erscheint geeignet, die Verantwortung für weitere Komplikationen in Persien von den Vertretern Englands, Rußlands und Frankreichs abzulenken und auf die vier Antragsteller abzuladen[2] [5]. Darf zunächst folgende Instruktion an Graf von Quadt ergehen[4]?

„Es ist ein völkerrechtliches Versehen, daß Sie und Ihre drei bezeichneten Kollegen einen Antrag amtlich zum Ausdruck gebracht haben, durch den wir uns für die Ausübung eines primordialen Hoheitsrechts der persischen Regierung substituieren, bevor eine amtliche Erhärtung der persischen Regierung vorliegt, daß sie sich zur Erfüllung der mit diesem Hoheitsrecht verbundenen Pflichten außerstande fühlt"[5].

Darf diese Instruktion nach Wien, Rom, Konstantinopel sowie eventuell auch London und St. Petersburg mitgeteilt werden?[6]*

Seine Majestät der Kaiser, allerhöchstwelchem ich heute Vortrag gehalten habe, sind unter allen Umständen gegen Entsendung einer Schutzwache[7].

Schoen

Randbemerkungen des Fürsten von Bülow:

[1] Wäre eine solche Intervention für uns als schädlich anzusehen? Meines Erachtens würde sie zwischen Rußland und England und eventuell auch zwischen beiden und der Türkei Schwierigkeiten hervorrufen, könnte uns aber gleichgültig lassen.
[2] richtig
[3] Ich teile diese Ansicht
[4] Ja!
[6] ja
[7] ich auch

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf einer Abschrift:

Einverstanden 11/IV 09 W.

Randbemerkung des Kaisers auf einer Abschrift:

[5] Richtig

Nr. 10082

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Schoen an den Botschafter in Petersburg Grafen von Pourtalès

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 751 Berlin, den 1. Mai 1909

Die hiesige russische Botschaft hat unter Überreichung des abschriftlich beigefügten Memorandums** mitgeteilt, daß sich die Regierung in

* Auf die zustimmende Bemerkung des Reichskanzlers sagte Staatssekretär von Schoen am 12. April laut eigenhändiger Notiz zu dem russischen Geschäftsträger: „Wenn es in Persien zur Gefährdung von Fremden komme und die Russen mit militärischer Macht einschritten, hätten wir das Vertrauen, daß sie auch den Schutz der Deutschen übernehmen würden."

** Hier nicht abgedruckt.

St. Petersburg im Interesse der Sicherheit und der Verproviantierung der Konsularbehörden und der Fremdenbevölkerung in Täbris zur Entsendung eines Truppendetachements von Djulfa nach Täbris entschlossen habe. Mit dieser Mitteilung ist die ausdrückliche Zusage verbunden worden, daß die Truppen nach Erfüllung der gestellten Aufgabe zurückgezogen werden würden.

Euere Exzellenz bitte ich, der dortigen Regierung unseren Dank für diese Mitteilung auszusprechen und dabei ausdrücklich zu bemerken, daß wir auch von der fraglichen Zusage der alsbaldigen Truppenzurückziehung Akt genommen haben.

v. Schoen

Nr. 10083

Der Gesandte in Teheran Graf von Quadt an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. A 107 Teheran, den 8. Mai 1909

Die Russen sind jedenfalls bei ihrer bewaffneten Intervention in Persien recht gründlich vorgegangen. Vor Täbris stehen jetzt mit der in der Stadt befindlichen russischen Besatzung 4000 Mann. Alle anderen über das Land hin verteilten kleinen russischen Abteilungen dürften zusammen etwa 1000 Mann betragen. Die Gesamtstärke der Russen ist demnach hinreichend groß, um in Persien ganz nach Belieben zu schalten und zu walten. Öfter habe ich in meiner Berichterstattung zu erwähnen die Ehre gehabt, daß der Schah eine russische Intervention dringend herbeiwünsche. Freilich hat der Schah sich noch immer nicht in die mit der Abreise des russischen Gesandten Herrn von Hartwig von Teheran inaugurierte Schwenkung der russischen Politik hineingefunden und hatte sich nie gedacht, daß die russische Intervention anders als zum Schutze seiner eigenen Interessen eintreten könnte.

Es tritt immer mehr zutage, wie Rußland vor allem daran liegt, sich jetzt mit England gut zu stellen. Um diesen Zweck zu erreichen, scheint Rußland auch bereit, in Persien Opfer zu bringen. England spielt einmal wieder in Teheran die leitende Rolle und nützt die augenblickliche Lage voll und ganz aus, um ihm genehme Männer an einflußreiche Stellen zu bringen. Die führende Rolle Englands tritt auch äußerlich dadurch sehr zutage, daß bei allen Vorstellungen, welche beide Mächte machten, England durch einen Gesandten*, Rußland nur durch einen Geschäfts-

* Sir G. H. Barclay.

träger* vertreten ist. Ersterer ist demnach stets der Sprecher. Ob die gegenwärtige Politik Rußlands in Persien die persönliche Politik Herrn Iswolskys ist, oder ob Rußland Grund hat, sich England für anderweitig geleistete Dienste dankbar zu erweisen, kann nicht von hier aus beurteilt werden. Aber gerade die militärische Intervention Rußlands zeigt, wie harmonisch beide Mächte neuerdings zusammenarbeiten. Ich brauche nur daran zu erinnern, wie entrüstet noch vor kurzer Zeit die englische öffentliche Meinung über die Möglichkeit einer bewaffneten Intervention Rußlands war. Die Empfindlichkeit ging damals so weit, daß ein russischer Offizier, welcher die persischen Kosaken im Spätherbst vor Täbris geleiten sollte, auf englische Vorstellungen hin nach Teheran zurückkehren mußte. Jetzt haben anscheinend auf englische Veranlassung hin 5000 Russen die Grenze überschritten. Das beweist auch englischerseits größeres Vertrauen in die russische Politik in Persien. Zu Hartwigs Zeiten hätte England nie seine Zustimmung zu dem jetzt Geschehenen gegeben.

A. Quadt

Nr. 10084

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt Zimmermann

Eigenhändig

Berlin, den 12. Juli 1909

Zuverlässige geheime Nachrichten aus Paris lauten dahin, daß Rußland und England wegen Persiens in dauerndem Meinungsaustausche stehen, und daß namentlich auch der kürzliche Einmarsch weiterer russischer Truppen in Persien „zum Schutze von Leben und Eigentum der russischen und fremden Staatsangehörigen" die Zustimmung Sir Edward Greys erhalten hat**. Aus derselben geheimen Quelle wissen wir ferner, daß unser Verhalten in der persischen Frage von beiden Mächten, namentlich aber von Rußland, mit größtem Argwohn verfolgt wird, und daß man, bisher erfreulicherweise ohne Erfolg, nach irgendwelchen Momenten sucht, die für unsere Einmischung in persische Dinge sprechen würden.

Bei den derzeitigen intimen Beziehungen zwischen St. Petersburg und London unterliegt es keinem Zweifel, daß die von uns bisher beobachtete Politik strengster Zurückhaltung gegenüber der persischen Frage die einzig richtige gewesen ist, und daß wir an dieser Politik auch in Zukunft

* Sablin.

** Aus den bei v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 160ff. abgedruckten Schriftstücken geht hervor, daß die englische Regierung die Anhäufung von russischen Truppen in Nordpersien nicht ohne Besorgnis verfolgte. Sir E. Grey gab gegenüber Graf Benckendorff wiederholt der Befürchtung Ausdruck, daß das englisch-russische Einvernehmen durch das russische Vorgehen Einbuße erleiden könnte. Schließlich drohte er geradezu, „auf die Politik der Entente mit Rußland in Persien zu verzichten".

festhalten müssen, da jede Betätigung unsererseits, selbst eine eventuelle freundliche Ermunterung in St. Petersburg, daß wir gegen ein energischeres Vorgehen Rußlands in Persien nichts einzuwenden haben würden, von Iswolsky unverzüglich Sir Edward Grey mitgeteilt und von beiden Staatsmännern als Versuch ausgelegt werden würde, ihre Entente zu stören. Russische Preßverdächtigungen unserer Haltung in Persien fehlen übrigens jetzt schon nicht. So erscheint es der „Birschewyja Wjedomosti" gefährlich, daß gerade jetzt angeblich die Aufmerksamkeit Rußlands durch die persische Frage von den europäischen Ereignissen abgelenkt werde. „Diese Ablenkung", meint die Zeitung, „kann niemand anders erwünscht sein als Deutschland, das dem Nachbarn ein ‚russisches Marokko in Persien' bereiten will. Werden wir nicht von Berlin zu dieser Polizeirolle gedrängt, und wird Deutschland uns nicht im letzten Augenblicke noch Schwierigkeiten bereiten, mit denen wir nicht ohne neue Opfer fertig werden können?"

Zimmermann

Randvermerk Freiherrn von Schoens:
Seiner Durchlaucht mit dem gehorsamsten Anheimstellen eventueller hochgeneigter Verwertung gegenüber Seiner Majestät vorgelegt. Eine solche Verwertung dürfte sich empfehlen, da Seine Majestät nach der auf dem beigefügten Immediatbericht vom 5. d. Mts. wiedergegebenen allerhöchsten Bemerkung* einer Aufgabe unserer bisherigen Zurückhaltung in persischen Fragen gegenüber St. Petersburg nicht abgeneigt erscheint. 12./7. v. Sch.

Nr. 10085

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 731 London, den 14. Juli 1909

Die Ereignisse in Persien** und der bevorstehende Besuch des Zaren in Cowes*** zeigen, wie wenig tief die von den leitenden hiesigen Kreisen angestrebte Annäherung an Rußland in das Bewußtsein der englischen Nation eingedrungen ist. Zahlreiche Anfragen im Parlament beweisen,

---

* Mittels Immediatberichts vom 5. Juli war dem Kaiser eine russische Zirkularnote vorgelegt worden, in der die russische Regierung mitteilte, daß sie angesichts der in Persien ausgebrochenen Unruhen ein Regiment Kosaken, ein Bataillon Infanterie und eine Batterie von Baku aus nach Enseli beordert habe, die aber nach Wiederherstellung der Ruhe zurückgezogen werden sollten. Zu dieser russischen Versicherung bemerkte der Kaiser: „Abwarten."

** Vgl. die Zusammenstellung in Schultheß' Europäischer Geschichtskalender Jg. 1909, S. 674ff.

*** Das russische Zarenpaar, von Iswolsky begleitet, weilte vom 2. bis 4. August beim englischen Königspaar in Cowes; vorher hatten gegen diesen Empfang lebhafte Kundgebungen der englischen Arbeiterpartei stattgefunden.

daß das Vordringen der Russen in Nordpersien keineswegs nach dem Geschmack weiter Kreise in England ist. Zahlreiche Resolutionen, Meetings und Zuschriften an die Zeitungen verurteilen den offiziellen Empfang des Zaren durch Seine Majestät den König Eduard. In Buckingham Palace, wie ich ganz vertraulich bemerke, und, soviel ich weiß, auch im Foreign Office gehen täglich Dutzende von Resolutionen ein, die sich gegen den Empfang des Zaren wenden. Und zwar nicht nur von Sozialisten und Arbeitergruppen, sondern ganz besonders auch aus kirchlichen Kreisen, sowohl der Staatskirche wie der Nonkonformisten. Diese Manifestationen des Unwillens über die hier befolgte Politik der Annäherung an Rußland bereitet zwar dem Hofe und der Regierung Unannehmlichkeiten, sie sind aber nicht stark genug, um Hof und Regierung, die in dieser Frage von der konservativen Partei unterstützt werden, in ihrer russophilen Politik irrezumachen. Der Wunsch, sich in Europa gegen die angebliche deutsche Gefahr sicher zu stellen, wirkt in den maßgebenden englischen Kreisen stärker als die Befürchtung vorübergehender Unpopularität im eigenen Lande.

P. Metternich

Nr. 10086

Der Geschäftsträger in Petersburg Graf von Mirbach-Harff an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 275 St. Petersburg, den 22. Juli 1909

Da die persischen Ereignisse* von Rußland und England nach wie vor als Internum behandelt worden sind, so ist nicht mit Sicherheit nachzuweisen, ob die Entente zwischen den beiden Mächten in jedem einzelnen Moment der Krisis über jede Schwankung erhaben gewesen ist.

Nach außen hin wurde selbstverständlich von beiden daran festgehalten, daß die Harmonie auch nicht einen Augenblick leisester Trübung erfahren habe.

* Inzwischen hatten die persischen Ereignisse am 16. Juli nach dreitägigen Straßenkämpfen in Teheran zu der Flucht des Schahs in die russische Gesandtschaft und zu seinem Thronverzicht geführt. Es wurde sofort eine neue Regierung unter Sepehdar eingerichtet, die am 17. den minderjährigen Kronprinzen Ahmed Mirza als „Sultan" unter einer Regentschaft einsetzte. Der Umsturz wurde in London als eine „plötzliche und friedliche Lösung" der Krise begrüßt. Das fast schon in die Brüche gegangene englisch-russische Einvernehmen konnte nunmehr, einen Augenblick noch aufgehalten durch die Frage der Bestellung eines Regenten von Persien, wiederhergestellt und bei der Anwesenheit des Zaren und Iswolskys in Cowes (2.—4. August) enger geknüpft werden. Näheres darüber bei v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 167ff. Das englisch-russische Einvernehmen und Zusammengehen gegen Deutschland zeigte sich vor allem in der Frage einer Persien zu bewilligenden internationalen Anleihe und der damit eng zusammenhängenden Frage der Berufung französischer Finanzbeamter. Siehe die folgenden Schriftstücke.

Da aber in England Stimmen laut geworden sind, welche deutlich erkennen ließen, daß man sich dort eine gewisse Kontrolle über die plötzlich so aktiv gewordene Politik Rußlands nicht nehmen lassen wolle, so darf vielleicht angenommen werden, daß ähnliche Stimmungen auch bei den Verhandlungen zwischen den beiden Kabinetten hier und da durchgeklungen haben mögen.

Wie ich Euerer Exzellenz an anderer Stelle melden durfte, sagte mir Herr Iswolsky vor einigen Tagen sichtlich erleichtert, daß er weitere „Komplikationen" nicht mehr befürchte, seitdem er die Gewißheit habe, daß gelegentlich der letzten Kämpfe in Teheran russisches Blut — er dachte wohl in erster Linie an Oberst Liachow* — nicht geflossen sei.

Sicherlich hatte der Minister hierbei zunächst speziell russisch-persische „Komplikationen" im Auge, da ja im Falle der Vergießung russischen Blutes der Vormarsch von Kaswin auf Teheran wohl kaum zu vermeiden gewesen wäre. Vielleicht aber streiften seine Gedanken auch ein anderes Gebiet, und er vergegenwärtigte sich, wie jener Vormarsch beim englischen Partner Anwandlungen leicht vermehrter Eifersucht hervorgerufen haben würde und daher wohl auch bezüglich des Zusammenwirkens der Entente „Komplikationen" gezeitigt hätte.

In diesem Zusammenhange läßt eventuell auch die von dem hiesigen großbritannischen Geschäftsträger Mr. O'Beirne getane Äußerung, „Herr Iswolsky habe unverdientes Glück gehabt, daß die Nationalisten den Oberst Liachow nicht in Stücke gerissen hätten", verschiedenartige Auslegungen zu.

Herr Iswolsky wird natürlich niemals zugeben, daß das politische Gebäude, auf welches er sich besonders viel einbildet, jemals Konstruktionsfehler aufweisen könnte, und wenn etwa wir an den sich zeigenden Mängeln besonderes Interesse beweisen sollten, so würde dies vorläufig noch das wirksamste Mittel sein, um die an dem russisch-englischen Freundschaftstempel eventuell entstehenden Risse möglichst rasch wieder zu verkleben.

Gf. v. Mirbach

Nr. 10087

Der Gesandte in Teheran Graf von Quadt an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. A 210 Teheran, den 1. August 1909

Die neue Regierung findet das Problem, ohne Geld zu regieren, von Tag zu Tag schwieriger. Die einzige Möglichkeit, hier geordnete Zustände einzuführen, würde, wie ich schon öfter in meiner Berichterstattung erwähnt habe, in der Aufnahme einer bedeutenden Anleihe unter wirksamer fremder Kontrolle liegen. Die hiesige Regierung ist sich dessen auch wohl

* Kommandeur der persischen Kosakenbrigade.

bewußt. Wie bekannt, wünschen aber weder England noch Rußland, daß Persien ihnen durch Aufnahme fremder Anleihen anderswo wie in Petersburg und London gewissermaßen entschlüpft. Die Aufnahme einer Anleihe an den beiden genannten Orten ist aber bei den persischen Patrioten so unpopulär wie möglich. Diese Leute sind sich klar darüber, daß diesmal die Verwendung der Gelder so genau kontrolliert wird, daß für ihre eigenen Taschen nur wenig abfallen kann. Die Folge wird, wie man hier richtig einsieht, daher sein, daß Persien in immer größere Abhängigkeit von Rußland und England geraten wird. Daß dies nicht geschehen soll, steht vorläufig mit auf dem Programm der neuen Regierung.

Der Gedanke läge nun nahe, daß die Regierung sich dadurch zu retten versuchte, daß sie ein vernünftiges Steuerprojekt sorgfältig ausarbeiten würde. Aber auch hierzu würde Geld gehören, denn ohne die Einrichtung einer gut und regelmäßig bezahlten Gendarmerietruppe wäre die Einziehung der Steuern ein Ding der Unmöglichkeit. Aber eine andere Schwierigkeit für die Regierung, die sich nun einmal bei den breiten Massen des Volkes populär machen muß, liegt in dem merkwürdigen Umstand, daß sich hier in Persien der Gedanke von Steuererhebung nicht mit der Auffassung von Konstitution deckt. Die patriotischen Perser meinen, daß in einem Staat, in dem es eine Verfassung gebe, das Volk nicht mit Steuern belästigt werden dürfe.

Es würde mich nicht wundern, wenn man hier zu dem Entschlusse käme, der wohl auch sich in London und Petersburg durchsetzen ließe, die Anleihe in dem von den genannten beiden Mächten vorgeschobenen Frankreich aufzunehmen. Es dürfte deshalb gut sein, wenn unsererseits möglichst bald wie, glaube ich, schon einmal in London und Petersburg eine Andeutung dahingehend fallen würde, daß wir darauf bestehen müssen, mit Frankreich in Persien wenigstens gleich behandelt zu werden*.

A. Quadt

Nr. 10088

Der Geschäftsträger in Wien Graf Brockdorff-Rantzau an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 261 Wien, den 2. August 1909

Der persische Prinz Zill es Sultan** ist am 31. v. Mts. von Wien nach Teheran abgereist. Wie ich aus guter Quelle erfahre, hat der Prinz sich

---

* Am 4. September wurde der obige Bericht Graf Quadts den Botschaftern in Petersburg (Nr. 1462) und in London (Nr. 1688) mit dem Anheimstellen übersandt, „sich der dortigen Regierung gegenüber gelegentlich im Sinne der Anregung am Schluß des Berichts äußern zu wollen".

** Englischer Kandidat für die persische Regentschaft.

nur auf Drängen des hiesigen englischen Botschafters* zu der Reise entschlossen. Der russische Botschafter** soll sich in letzter Zeit auffallend mit seinen Ratschlägen zurückgehalten und durchaus keinen Wert darauf gelegt haben, die Abreise des englischen Regentschaftskandidaten nach Teheran zu beschleunigen; Sir Fairfax Cartwright hat aber darauf bestanden und schließlich seinen Willen durchgesetzt.

Die Frage der persischen Regentschaft hat zweifellos zu starken Meinungsverschiedenheiten zwischen dem hiesigen englischen und russischen Vertreter geführt. In London scheint man bereits Besorgnis zu hegen, daß das Einvernehmen mit Rußland in Persien unliebsam gestört werden könnte. Vor einigen Tagen brachte ein hiesiges Blatt die Meldung, Herr Iswolsky werde in nächster Zeit einen Botschafterposten erhalten; demgegenüber höre ich von gut informierter Seite, daß man auf der hiesigen englischen Botschaft mit einem nahe bevorstehenden Rücktritt Herrn Iswolskys nicht rechnet. König Eduard habe nämlich, als er sich in einem höchsteigenhändigen Handschreiben bei Kaiser Nikolaus für das Verbleiben des Herrn Iswolsky warm einsetzte, den Zaren hauptsächlich von der Notwendigkeit, den Minister zu halten, durch den Hinweis darauf überzeugt, daß Herr Iswolsky als Urheber der russisch-englischen Entente allein imstande sei, die Abmachung — speziell bezüglich Persiens — im Sinne des Vertrages loyal durchzuführen und auf diese Weise die englisch-russische Entente vor Erschütterungen zu bewahren.

Brockdorff-Rantzau

Nr. 10089

Der Gesandte in Teheran Graf von Quadt an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. A 248 Teheran, den 31. August 1909

Reformen in Persien werden, der Lage der Dinge entsprechend, stets ihren Ausgangspunkt von der persischen Hauptstadt Teheran aus nehmen müssen. Teheran aber liegt in der russischen Einflußsphäre, und es ist deshalb vorauszusehen, daß Rußland bei jeder Neuordnung der Dinge in Persien versuchen wird, seinen Einfluß zu verstärken. Ich habe in meiner Berichterstattung schon bei Gelegenheit dem Gedanken Ausdruck gegeben, daß es mir sehr leicht möglich erscheint, daß England Reformen in Nordpersien ganz gerne auf breiter internationaler Basis eingerichtet sehen würde. Man versteht in London sehr wohl, daß, wenn die Dinge in derselben Weise sich weiterentwickeln wie bisher, Nordpersien immer mehr

---

* Sir Fairfax Cartwright.
** Fürst Urussow.

zu einer russischen Provinz herabsinken wird. Man könnte annehmen, daß England dies vielleicht deshalb gar nicht so ungern sehen würde, weil dann seine Stellung in der englischen Interessensphäre vielleicht noch verstärkt werden könnte. Dem ist nicht so. England schaltet und waltet in seinem persischen Gebiete schon jetzt ganz autonom. Rußland dürfte im Süden in keiner Weise Englands Stellung schwächen wollen. Rußland begnügt sich mit seiner vorherrschenden Stellung in Nordpersien, welches den Grenzen Rußlands nahe liegt. England aber sieht mit banger Sorge, wie Rußland die „Entente" benützt, um sich in Nordpersien und in der persischen Hauptstadt immer fester einzunisten*. Besonders in Indien fürchtet man die Nachbarschaft Rußlands, welches durch die „Entente" mit England eigentlich hätte ferner gehalten werden sollen, gerade durch diese aber nähergerückt ist, sehr. Ich bin zwar der Ansicht, daß diese Angst ganz überflüssig ist. Einmal hat Rußland andere Sorgen und denkt wohl zurzeit gar nicht an Indien. Auf der anderen Seite aber ist nicht zu übersehen, daß jetzt durch ganz Indien ein Zug geht, welcher es fraglich erscheinen läßt, ob die Stellung Englands daselbst eine dauernde sein kann. Ist aber für England in Indien kein Platz mehr, so wird es Rußland schon garnicht gelingen, sich dort festzusetzen. Aber, wie gesagt, in England und besonders in den englischen Kreisen, welche Indien nahe stehen, ist das russische Schreckgespenst an den Grenzen Indiens eine feststehende Tradition. Daß der Leiter der auswärtigen Politik Englands mit diesem Gefühl zu rechnen hat, unterliegt keinem Zweifel, und so komme ich wieder auf den Ausgangspunkt dieses Berichtes zurück, daß es gewiß vielen Kreisen in England erwünscht sein würde, wenn die Reformen in Persien, sei es durch eine Art internationaler Schulden- oder sonstiger internationaler Verwaltung eingeführt würden. Einem Gespräche mit dem früheren russischen Gesandten in Teheran, Herrn von Hartwig, habe ich allerdings entnommen, daß nach seiner Ansicht Rußland zu bedeutende Interessen in Nordpersien habe, um eine internationale Beratung der persischen Regierung zugeben zu können. Aber die Zeiten ändern sich, Herr von Hartwig ist nicht mehr in Persien, und anscheinend braucht man die Freundschaft Englands in Petersburg so notwendig, daß man, um sich dieselbe zu erhalten, wohl auch englischen Wünschen Opfer zu bringen bereit sein würde. Im Zusammenhang mit vorstehendem möchte ich nicht unterlassen, die Aufmerksamkeit Eurer Exzellenz auf eine hier gehorsamst beigefügte in der „Times" am 14. v. Mts. erschienene Abhandlung zu lenken, in welcher am Schluß gesagt ist, daß Persien zu einer gedeihlichen Entwicklung die Hülfe und die Talente Europas braucht und sie willkommen heißen würde. Da die „Times", entgegen der früher von der Zeitung eingenommenen Haltung, in letzter Zeit so entschieden für die englisch-russische Annäherung eingetreten ist, wäre es immerhin nicht

* Diese Äußerungen Graf Quadts waren durch die in Cowes besiegelte Wiederherstellung des englisch-russischen Einvernehmens überholt.

undenkbar, daß das Blatt zur Vorbereitung der öffentlichen Meinung in Rußland den Wünschen englischer maßgebender Kreise Ausdruck geben könnte.

Von dem Standpunkt der deutschen Handelsinteressen aus betrachtet, müßte uns natürlich alles erwünschter sein als ein zu starkes Festsetzen Rußlands in Nordpersien. Trotz aller Versprechungen und Versicherungen hinsichtlich der „Offenen Türe" wird Rußland stets mit größter Rücksichtslosigkeit alles tun, um seinem Handel nach Nordpersien Vorschub zu leisten, uns aber in der Entwicklung unserer Interessen Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Sollte es sich daher als richtig herausstellen, daß England in Nordpersien Reformen auf internationaler Basis wünschen würde, so würden sich hier unsere Interessen mit den englischen decken, und wir sollten versuchen, wenn sich eine Gelegenheit hierzu bietet, denselben Vorschub zu leisten.

Persien steht zurzeit an einem kritischen Wendepunkte seiner Geschicke. Wie schon gemeldet, läuft im November dieses Jahres der Vertrag mit Rußland ab, wonach diesem allein das Recht zusteht, hier Eisenbahnen zu bauen. Es dürften demnach zum Beispiel auch im Zusammenhange mit der Aufnahme von Anleihen, deren Persien unbedingt bedarf, Abmachungen und Beschlüsse gefaßt werden, welche die Geschicke Persiens vielleicht auf lange Jahre hinaus England und Rußland gegenüber binden werden. Wenn ich auch nicht der Ansicht bin, daß Persien je für die Abnahme unserer Waren eine sehr bedeutende Rolle spielen wird, so dürfte doch bei der gegenwärtigen Geschäftslage in der ganzen Welt auch ein kleines Absatzgebiet nicht zu verachten sein. Dabei ist nicht zu übersehen, daß mit dem Bau von Eisenbahnen und der damit Hand in Hand gehenden Entwicklung der Hülfsmittel des Landes auch die Kaufkraft der Perser sich bedeutend steigern wird.

Ich möchte diese Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ohne noch einmal, wie schon oft in meiner Berichterstattung, der Ansicht Ausdruck zu geben, daß wir auf keinen Fall unsere Stellung in Persien für nichts aufgeben, sondern sie wenigstens als wertvolles Tauschobjekt für Konzessionen auf anderen Gebieten, besonders Rußland gegenüber, sichern und festigen sollten.*

A. Quadt

---

* Dieser Gedanke, die deutsche Stellung in Persien als Tauschobjekt für Konzessionen auf anderen Gebieten, in erster Linie Rußland, aber auch England gegenüber zu benutzen, wird in verschiedenen weiteren Berichten des Grafen Quadt ausgeführt. So heißt es in einem Berichte vom 18. Dezember 1909 (A 314): „Man muß sich ganz klar darüber sein, daß Rußland und England die Geldnot Persiens benutzen werden, um ihre Stellung zu einer auf allen Gebieten durchaus prädominierenden zu machen. Ist die Anleihe einmal erst zustande gekommen, so wird Persien in jeder Beziehung so gebunden und festgenagelt sein, daß weder England noch Rußland in Zukunft Deutschland und angebliche deutsche Intrigen in Persien mehr fürchten werden. Wir sind dann mit unserer Stellung in Persien vollständig zur quantité négligeable herabgesunken. Es ist mir ja durchaus verständlich, daß wir in Persien keine Politik treiben wollen. Persien ist ein Land,

Nr. 10090

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Schoen an den Botschafter in London Grafen von Metternich**

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 1

Berlin, den 1. Januar 1910
[abgegangen am 3. Januar]

Euerer Exzellenz beehre ich mich den abschriftlich beigefügten Bericht des Kaiserlichen Gesandten in Teheran vom 18. v. Mts. betreffend französische Berater für Persien** zur gefälligen Information zu übersenden.

Falls die im Bericht zum Ausdrucke gelangte Ansicht des Herrn Churchill dem Standpunkte der Ententemächte entsprechen sollte, wird es sich empfehlen, den beteiligten Kabinetten unsere gegenteilige Auffassung tunlichst beizeiten klarzumachen. Es wird uns von den Ententemächten nicht zugemutet werden können, daß wir auch noch Frankreich eine bevorzugte Stellung uns gegenüber in Persien einräumen. Wir werden vielmehr selbstverständlich darauf bestehen müssen, daß Rußland und England, falls die persische Regierung sich zum Engagement von Ausländern

---

in dem wenig zu holen ist. Dennoch scheint es mir, daß Persien, wie ich schon oft in meiner Berichterstattung ausgeführt habe, für uns insofern eine große Bedeutung gewinnen kann, als wir unsere Stellung hier als Austauschobjekt besonders gegen russische Konzessionen in Fragen der Weltpolitik ausnutzen können. Wir brauchen nur hier uns ein ganz klein wenig mehr zur Geltung zu bringen und Rußland verstehen lassen, daß Persien nominell noch ein unabhängiges Reich ist, mit dem auch wir Anleihen und Abkommen aller Art abzuschließen berechtigt sind. Rußland ist so eifersüchtig und ängstlich auf seine prädominierende Stellung in Persien bedacht, daß es gerne uns vielleicht auf anderen Gebieten, wie zum Beispiel auch in Verbindung mit dem Bau der Bagdadbahn, Konzessionen machen wird, wenn wir nur ihm in Persien vollständig freie Hand lassen . . . Wenn wir aber Persien jetzt vollständig den Russen und Engländern überlassen, so geben wir Rußland gegenüber einen wertvollen Trumpf aus der Hand. Ich glaube, daß russischerseits unsere Zurückhaltung in Persien gewiß, ich möchte sagen auf platonische Art anerkannt wird. Diese Anerkennung hat aber keinen Wert, solange wir nicht greifbare Gegenleistungen dafür in der Hand haben. Im Augenblick, wo sich Rußland hier alles, was es zu haben wünscht, dauernd gesichert hat, wird auch das letzte Gefühl des Dankes und der Anerkennung uns gegenüber verschwinden. Auf die Gefahr hin, durch Wiederholungen zu ermüden, habe ich es dennoch für meine Pflicht gehalten, in dem Augenblicke, wo eine neue Ära für Persien anbrechen wird, noch einmal darauf aufmerksam zu machen, daß wir diesen Trumpf, den wir Rußland gegenüber mit etwaiger Stellungnahme in Persien in der Hand gehabt haben, verlieren werden. Wir brauchten uns aber hier nur sehr leise jetzt noch zu regen, um Rußland sofort zu veranlassen, vieles aufzubieten, um uns hier zu eliminieren."

* Ein gleicher Erlaß ging unter Nr. 1 an den Botschafter in Petersburg Grafen von Pourtalès.

** Nach dem Bericht des Grafen Quadt vom 18. Dezember 1909 hatte sich der erste Dragoman bei der englischen Gesandtschaft in Teheran Churchill dahin ausgelassen, daß England und Rußland dort die Berufung von französischen administrativen Beratern durchsetzen würden.

entschließt, gegenüber den eventuellen Bewerbungen deutscher Reichsangehöriger und Franzosen völlige Unparteilichkeit beobachtet.

Euerer Exzellenz darf ich ergebenst anheimstellen, sich dort an geeigneter Stelle gelegentlich in entsprechendem Sinne zu äußern.

v. Schoen

Nr. 10091

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 46 St. Petersburg, den 9. Februar 1910

Vor einiger Zeit hatte ich Herrn Iswolsky in Gemäßheit des hohen Erlasses Nr. 1 vom 1. Januar d. Js.* betreffend französische Berater für Persien gesagt, die Kaiserliche Regierung müsse, wenn sie auch die bevorzugte Stellung Rußlands und Englands in Persien anerkenne, doch darauf bestehen, daß diese beiden Mächte, falls die persische Regierung sich zum Engagement von Ausländern entschließe, gegenüber eventuellen Bewerbungen deutscher Reichsangehöriger und Franzosen völlige Unparteilichkeit beobachten. Herr Iswolsky war damals über die Frage nicht näher unterrichtet. Er versprach mir, Erkundigungen einzuziehen** und mir dann eine Äußerung zukommen zu lassen.

Bei dem heutigen Empfangstage nun übergab mir der Minister als Antwort auf meine neuliche Bemerkung die in Abschrift gehorsamst hier beigefügte Notiz***. F. Pourtalès

Anlage†

St. Pétersbourg, le 18/31 janvier 1910

Le Gouvernement Impérial note avec satisfaction que le Gouvernement Allemand reconnaît la situation particulière de la Russie et de l'Angleterre en Perse.

Le Gouvernement Impérial suppose que le Gouvernement Allemand avait en vue dans sa communication la nomination projetée de sept français

---

* Siehe Nr. 10090 nebst Fußnote*.

** In Wirklichkeit war es Iswolskys Absicht, sich erst mit London über die der deutschen Regierung zu gebende Antwort zu verständigen. Vgl. dazu die bei v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 171 ff., abgedruckte Korrespondenz Iswolskys mit Graf Benckendorff. Es ist bemerkenswert, daß Sir E. Grey die Berechtigung des deutschen Standpunktes: „Wir erkennen den Russen und den Engländern eine privilegierte Stellung zu, handelt es sich aber um andere Nationalitäten, so müssen alle auf gleiche Weise behandelt werden", unumwunden anerkennen mußte: „Dies Prinzip ist leicht zu verteidigen, weil es nicht unberechtigt ist, und es ist schwer anzugreifen." v. Siebert, a. a. O., S. 175.

*** Siehe die Anlage.

† Bereits in deutscher Übersetzung veröffentlicht bei v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 174.

en qualité d'adjoints de M. Bizot, Conseiller Financier du Gouvernement Persan. Il est à noter qu'en janvier 1909 le Gouvernement du Schah, sur l'avis de M. Bizot, s'était adressé directement au Gouvernement de la République pour obtenir son consentement à ce que deux français soient engagés au service persan à titre d'adjoints du Conseiller Financier, et que la Russie et l'Angleterre, consultées à ce sujet par le Gouvernement Français, ont simplement exprimé leur approbation, trouvant tout naturel que M. Bizot ait voulu choisir des collaborateurs parmi ses compatriotes. A l'heure présente il n'est question que de porter le nombre des aides du Conseiller Financier au chiffre de sept. Quant à la question d'engager d'autres fonctionnaires étrangers en qualité de conseillers (Beiräte) pour différentes administrations persanes, cette question n'a pas encore été soulevée. —

Dans tous les cas il n'y a eu aucun accord entre la Russie et l'Angleterre apportant des restrictions à la nomination en Perse de conseillers étrangers lorsque ceux-ci ne sont ni Russes, ni Anglais. —

Le droit du Gouvernement Persan de pouvoir choisir à son gré les personnes qu'il désire avoir à son service paraît indéniable. Mais il faut prendre en considération que la question des conseillers (Beiräte) a un caractère éminemment politique, puisqu'elle est en rapport direct avec l'organisation administrative de la Perse, et que la Russie et l'Angleterre, en raison de leur qualité de pays limitrophes de la Perse et de ses créanciers pour une somme très considérable, ont des intérêts particuliers qui leur donnent le droit de demander que de pareilles nominations leur soient préalablement soumises.

Nr. 10092

Der Gesandte in Teheran Graf von Quadt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 11 Teheran, den 16. Februar 1910

Englischer und russischer Gesandter haben soeben persischer Regierung Schriftstück, enthaltend folgende Bedingungen für 10000000 Mark Anleihevorschuß, übergeben: Finanzkontrolle durch Komitee von sieben Personen, nämlich Finanzminister, zwei Abgeordneten, zwei Beamten, französischem Finanzrat Bizot und belgischem Zolldirektor Mornard, dazu als Exekutivorgane sieben französische Finanzbeamte. Diese als harmlos hier hingestellte Bedingung bringt englisch-russische Vorherrschaft zum Ausdruck, da beide Mächte Druck in bezug auf Besetzung der Stellen der Kontrolle und Exekutivorgane ausüben können. Bedingung russischer Gendarmerie ist fallengelassen worden. Große Anleihe soll erst gewährt werden, wenn sich Vorschußverwaltung bewährt hat.

Quadt

Nr. 10093

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Schoen an den Botschafter in Petersburg Grafen von Pourtalès

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 362 Berlin, den 26. Februar 1910

Die Deutsche Bank entsendet gegen Mitte nächsten Monats Herrn Said Ruete nach Persien mit dem Auftrage, von Teheran aus eine Studienreise über Chanikin nach Bagdad zu machen und über seine Wahrnehmungen zu berichten.

Euerer Exzellenz ist bekannt, daß wir in Persien bisher völlige Zurückhaltung beobachtet haben. Daß für uns hierzu keinerlei Verpflichtung vorgelegen hat, braucht nicht besonders betont zu werden. Persien gilt uns nach wie vor als selbständiges unabhängiges Reich, mit dem wir etwaige uns interessierende Fragen an sich jederzeit ohne Rücksicht auf Rußland zu regeln berechtigt sind. Die englisch-russische Vereinbarung über Persien vom 31. August 1907 hat an dieser Tatsache schon deshalb nichts ändern können, weil wir an dem Abkommen gänzlich unbeteiligt geblieben sind. Rußland und England haben demgemäß auch vermieden, durch dieses Abkommen in die Rechte Dritter einzugreifen, vielmehr darin ausdrücklich die Integrität und Unabhängigkeit Persiens sowie den Grundsatz der Offenen Tür für den Handel aller Nationen in jenem Lande proklamiert.

Auch Herr Iswolsky persönlich hat sich anfänglich keinen Illusionen darüber hingegeben, daß Deutschland einen Faktor darstellt, mit dem Rußland in Persien zu rechnen hat. Um die gefährliche deutsche Konkurrenz bei größeren wirtschaftlichen Unternehmungen in Persien tunlichst auszuschalten, hat er uns vielmehr den bekannten Entwurf zu einer Verständigung über Persien und die Bagdadbahnfrage* unterbreitet. Wiewohl wir auf seine Anregungen bereitwilligst eingegangen sind, warten wir seit Ende des Jahres 1907 vergeblich auf seine Antwort. Herr Iswolsky glaubt offenbar aus unserer bisherigen Haltung den Schluß ziehen zu können, daß wir die russischen Wünsche in Persien auch ohne Gegenkonzessionen Rußlands zu erfüllen bereit sind. Sein Verhalten uns gegenüber zeugt dabei nicht einmal von dem Vorhandensein des guten Willens. Während der russische Minister es Euerer Exzellenz gegenüber an gelegentlichen anerkennenden Worten über unsere loyale Politik in Persien allerdings nicht hat fehlen lassen, sind unsere sehr berechtigten, an sich aber überaus bescheidenen Wünsche bisher gänzlich unberücksichtigt geblieben. Ich erwähne in dieser Hinsicht nur seine Antwort an Euere Exzellenz in Sachen der Berufung französischer Finanzbeamten für Persien** und

---

* Siehe denselben in Bd. XXV, Kap. CLXXXV, Nr. 8580, Anlage.
** Siehe Nr. 10091, Anlage.

seine Haltung in der Bagdadbahnfrage*. Daß wir in Persien keine Zurücksetzung gegenüber Frankreich zulassen können, haben Euere Exzellenz der dortigen Regierung deutlich zum Ausdrucke gebracht. Die Ihnen darauf erteilte Antwort stellt nichts anders als Ausflüchte dar und kann uns selbstverständlich in keiner Weise befriedigen. Tatsächlich bevorzugt Rußland seinen Bundesgenossen bereits gegenwärtig in unzulässiger Weise in Persien, es scheint aber in dieser Hinsicht zukünftig unter gänzlicher Außerachtlassung unserer Interessen und wohlbegründeten Ansprüche noch erheblich weitergehen zu wollen. Nachdem in der persischen Finanzverwaltung bereits zwei französische Finanzbeamte tätig sind, verlangt, wie wir zuverlässig aus Finanzkreisen hören, Rußland, wohl im Einvernehmen mit England, daß Persien noch fünf oder gar sieben weitere französische Finanzbeamte engagiert. Die Anstellung dieser Franzosen und eine positive Finanzkontrolle unter deren Beteiligung soll sogar conditio sine qua non für Gewährung der Anleihe bilden. Eine Durchsetzung dieser Forderung würde zur Folge haben, daß wir bei dem wichtigsten Teil der inneren Verwaltung Persiens gänzlich zugunsten Frankreichs ausgeschaltet werden, eine Tatsache, die wir unserer öffentlichen Meinung gegenüber überhaupt nicht zu vertreten in der Lage wären. Wir würden daher etwaige Gesuche Persiens um Überlassung deutscher Beiräte schon aus diesem Grunde nicht ablehnen können. Wir müssen völlige Gleichberechtigung mit den Franzosen bei der Finanzverwaltung und Kontrolle verlangen. Daß Persien, falls ihm von russischer Seite keine Schwierigkeiten bereitet werden, bereitwilligst auch uns um Überlassung von Finanzbeamten ersuchen würde, liegt auf der Hand und kann nicht im mindesten zweifelhaft erscheinen.

In der Bagdadbahnfrage ferner hat Herr Iswolsky aus Anlaß des Besuches Sir Ernest Cassels in Berlin und dessen Besprechungen mit Herrn von Gwinner** Euerer Exzellenz erneut zu verstehen gegeben, daß er an den Verhandlungen à quatre festhält, wiewohl er genau davon unterrichtet ist, daß derartige Verhandlungen für uns unannehmbar sind.

Da wir hiernach bisher keinerlei Dank von Rußland für unsere loyale Haltung in Persien geerntet haben, könnte Herr Iswolsky sich nicht darüber beschwert fühlen, wenn wir etwa in Zukunft uns aktiver in Persien betätigen wollten. Wir tragen uns mit derartigen Absichten indes nicht. Unsere Zurückhaltung in Persien kann aber bei der von Herrn Iswolsky uns gegenüber beliebten Politik natürlich nicht so weit gehen, daß wir jegliche Betätigung der deutschen wirtschaftlichen und finanziellen Kreise in jenem Lande von vornherein zu verhüten suchen. Wir haben daher, als die Deutsche Bank uns von der geplanten Entsendung des Herrn Said Ruete nach Teheran in Kenntnis setzte, nicht die geringste Veranlassung gehabt, gegen diesen Plan Bedenken zu äußern.

---

* Vgl. dazu Kap. CCXVI.
** Vgl. darüber Kap. CCXVI, Nr. 9985 ff.

Euerer Exzellenz darf ich anheimstellen, vorstehende Gedanken Herrn Iswolsky gegenüber verwerten zu wollen, falls er, wie ich annehme, auf die Reise des deutschen Bankvertreters zu sprechen kommen sollte.

Indem ich zu Ihrer gefälligen Information in der Anlage drei Berichte des Kaiserlichen Gesandten in Teheran vom 3., 16. und 25. d. Mts.* ergebenst anschließe, bemerke ich noch streng vertraulich, daß wir in der Tat an unserer bisherigen Politik der Zurückhaltung in Persien festzuhalten gedenken. Die Reise Said Ruetes soll lediglich dem Zwecke dienen, Herrn Iswolsky für unsere Wünsche in der Bagdadbahnfrage und hinsichtlich strikter Gleichstellung mit Frankreich in Persien gefügig zu machen.

v. Schoen

Nr. 10094

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 181 London, den 8. März 1910

Ich habe Gelegenheit genommen, mit Sir Edward Grey im Sinne der Erlasse Nr. 1688 vom 4. September v. Js.**, Nr. 1 vom 1. Januar d. Js.*** und Nr. 309 vom 17. v. Mts.† zu sprechen, und darauf hingewiesen, daß wir die wirtschaftliche Gleichberechtigung mit anderen Nationen in Persien selbstverständlich beanspruchen, und daß dieser Anspruch sich auch auf Heranziehung von deutschen Reichsangehörigen erstreckt, falls sich diese um eine Anstellung in persischen Diensten bewerben, und falls die persische Regierung mit ihrer Verwendung einverstanden ist; ferner auch, daß, wenn eine internationale Anleihe für Persien zustandekommen sollte, wir uns eventuell beteiligen würden.

Ich bemerkte sodann, daß wir Ersatzansprüche für Schaden im Betrage von 204000 Mark hätten, den deutsche Untertanen während der letzten persischen Unruhen erlitten hätten. Eventuell würde dieser Betrag

---

* Die drei genannten Berichte bzw. Telegramme behandeln sämtlich die von Rußland und England bei den Verhandlungen über eine Persien zu gewährende Anleihe gestellte Bedingung einer im wesentlichen durch französische Finanzbeamte auszuübenden Finanzkontrolle. Nach dem Telegramm Graf Quadts vom 25. Februar hätten die Perser anstatt der französischen Kontrollbeamten Angehörige neutraler Staaten erbeten, die Antwort wäre jedoch gewesen, daß die Anstellung der Franzosen conditio sine qua non sei.

** Vgl. Nr. 10087, S. 746, Fußnote *.

*** Vgl. Nr. 10090.

† Erlaß Nr. 309 vom 17. Februar betraf deutsche Schadensersatzansprüche an die persische Regierung, deren Anrechnung auf eine Persien zu gewährende internationale Anleihe Graf Metternich gelegentlich anregen sollte.

von einer Persien zu gewährenden Anleihe abzuziehen sein, da wir nicht, wie Rußland oder England, in der vorteilhaften Lage wären, diese Abzüge eventuell bei anderen an die persische Regierung zu leistenden Zahlungen zu machen.

Sir Edward Grey erwiderte mir, er habe zusammen mit der russischen Regierung der persischen Regierung eine Vorschußzahlung von 400000 £ (8, nicht, wie anderweitig berichtet, 10 Millionen Mark) angeboten. Ob Persien diesen Vorschuß annehmen würde, sei noch nicht gewiß. Soviel er wisse, habe weder die englische Regierung noch die Imperial Bank of Persia, welche zwar kein Regierungsinstitut sei, aber doch unter englischer Kontrolle stehe, eine Zahlung an die persische Regierung zu leisten, von welcher sich Entschädigungsansprüche englischer Untertanen abziehen lassen könnten. Die englische Regierung beabsichtige jedenfalls nicht, falls Persien sich zur Annahme des Vorschusses entschließe, von dieser Summe Abzüge zugunsten englischer Ersatzforderungen zu machen. Schon sein Vorgänger Lord Lansdowne habe der persischen Regierung 200000 £ vorstrecken wollen. Er habe diesen Plan wieder aufgenommen, und da der Vorschuß jetzt im Vereine mit Rußland gemacht werden solle, so habe sich die Summe auf 400000 £ erhöht. Die Erfahrung habe gelehrt, daß die früheren Anleihen in Persien nicht für den Zweck verwandt worden seien, für den sie ursprünglich gemacht wurden; daß vielmehr der größte Teil des Ertrages in die Taschen der persischen Würdenträger geflossen sei. Um dies zu verhindern, seien diesmal bestimmte Bedingungen an die Gewährung des Vorschusses geknüpft worden. Zweck des Vorschusses sei, die persische Regierung in den Stand zu setzen, die allernotwendigsten Ausgaben für laufende Staatsbedürfnisse zu bestreiten und insbesondere durch Aufstellung einer Polizei für die Sicherheit und Offenhaltung der Handelsstraßen zu sorgen. Im Norden litte Rußland unter der bestehenden Unsicherheit, im Süden der englische Handel. Der Vorschuß solle, wie gesagt, nach Absicht der beiden Regierungen dazu dienen, diesen Zuständen ein Ende zu machen. Später werde es vielleicht zu einer größeren Anleihe kommen, die auf üblichem Wege mit Unterstützung der europäischen Finanzgruppen gemacht werden solle. Von dieser Anleihe könnten dann eventuell nach Bedarf die Summen einbehalten werden, welche zur Schadloshaltung der durch die letzten Unruhen geschädigten Europäer bzw. Engländer nötig sein würden.

Ich wies ferner darauf hin, daß dem Vernehmen nach das Engagement einer Anzahl von französischen Finanzbeiräten zur Kontrolle der persischen Finanzen geplant sei; dies würde einen wichtigen Schritt zur Beherrschung der persischen Staatsfinanzen darstellen und unserer Auffassung nach der Gleichberechtigung aller Staaten in Persien widersprechen. Unsere Ansprüche in Persien seien zwar, wie die Erfahrung lehre, gemäßigt; wir könnten aber nicht zugeben, daß dieses Land von einer französisch-englisch-russischen Gruppe finanziell und wirtschaftlich unter Ausschluß aller anderen Nationen verwaltet werde. Der Minister bemerkte, daß ein

französischer Finanzbeirat schon jetzt da sei. Über die Absicht, weitere Franzosen für den Finanzdienst in Persien zu gewinnen, sprach er sich nicht aus*.

P. Metternich

Nr. 10095

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 92 St. Petersburg, den 13. März 1910

Ich hatte gestern eine längere Unterredung mit Herrn Iswolsky, in welcher ich den Inhalt des hohen Erlasses Nr. 362 vom 10. Februar 1910** verwertet und dabei folgendes ausgeführt habe.

In seinem Aide-mémoire vom 18. Januar*** habe der Minister mit Befriedigung konstatiert, daß wir die bevorzugte Stellung Rußlands und Englands in Persien anerkennen. In der Tat habe unsere Politik in Persien in der letzten Zeit eine große Zurückhaltung gezeigt. Diese Haltung dürfe aber nicht so ausgelegt werden, als verzichteten wir auf das Recht, etwaige uns interessierende Fragen, unbekümmert um dritte Mächte, zu regeln. Persien habe niemals aufgehört, in unseren Augen ein selbständiges, unabhängiges Reich zu sein, in welchem, wie übrigens das russisch-englische Abkommen ausdrücklich anerkenne, Freiheit des Handels für alle Nationen bestehe.

Die Antwort, die uns die russische Regierung in der Frage der Berufung französischer Finanzbeamter für Persien zukommen ließ, habe in Berlin um so weniger befriedigen können, als nach anscheinend zuverlässigen Nachrichten die Absicht bestehe, noch weitere fünf bis sieben französische Beamte nach Persien zu schicken, und das Engagement dieser Beamten sogar zur ausdrücklichen Bedingung der von Rußland an Persien zu gewährenden Anleihe gemacht worden sei. Es sei klar, daß die ausschließliche Zulassung französischer Beamter zur Verwaltung und Kontrolle der persischen Finanzen eine weitgehende Bevorzugung Frankreichs bedeute, welche die deutsche Regierung gegenüber der öffentlichen Meinung Deutschlands in eine schwierige Lage bringen werde. Denn mit Recht würde darauf hingewiesen werden können, daß bei wirksamerer Vertretung der deutschen Interessen Deutschland sich nicht hätte brauchen bei einem der wichtigsten Teile der inneren Verwaltung Persiens zugunsten Frankreichs ausschalten zu lassen. Es könne nicht zweifelhaft sein, daß,

---

* Sir E. Grey machte dem russischen Botschafter Graf Benckendorff von der Unterredung mit Graf Metternich Mitteilung. Vgl. den Brief Graf Benckendorffs an Iswolsky vom 16. März bei v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 178f.

** Verschrieben für 26. Februar; siehe Nr. 10093.

*** Siehe Nr. 10091, Anlage.

wenn Rußland es nicht verhinderte, Persien sich auch an Deutschland wegen Überlassung von Finanzbeamten wenden würde.

Der Minister werde sich erinnern, daß, als er uns seinerzeit den Vorschlag machte, wegen unserer Interessen in Persien und wegen der Bagdadbahn mit Rußland zu verhandeln, wir auf diesen Vorschlag bereitwilligst eingegangen wären und dabei auf die Punkte, die für uns von Wichtigkeit wären, hingewiesen hätten. Trotzdem nun auf unsere der russischen Regierung im Herbste 1907 zu ihrem Entwurf gemachten Gegenvorschläge bis jetzt eine Antwort Rußlands nicht eingegangen sei, hätten wir die russischerseits anerkannte loyale Zurückhaltung in Persien beobachtet. Die russische Regierung aber sei, wie ihr Vorgehen in der Frage der Finanzbeamten zeige, über unsere ihr bekannten Interessen einfach hinweggegangen, um ihrem Verbündeten eine bevorzugte Stellung in Persien einzuräumen.

Auch in der Bagdadbahnfrage scheine die russische Regierung unserem Standpunkt keinerlei Rechnung tragen, vielmehr an dem Standpunkt festhalten zu wollen, daß über diese Frage zu Vieren verhandelt werden müsse.

Diese Haltung Rußlands liefere den Beweis, daß wir in den persischen Angelegenheiten nicht auf dasjenige Maß von Entgegenkommen bei Rußland rechnen können, auf das wir nach der von uns in der letzten Zeit beobachteten Haltung Anspruch haben zu können geglaubt hätten. Ich sei daher beauftragt, den Minister offen darauf aufmerksam zu machen, daß unsere Zurückhaltung unmöglich so weit gehen könne, jegliche Betätigung deutscher wirtschaftlicher und finanzieller Kreise in Persien zu verhüten. Von diesem Gesichtspunkte ausgehend habe meine Regierung keine Bedenken erhoben, als kürzlich die Deutsche Bank die Absicht geäußert habe, Mitte nächsten Monats Herrn Said Ruete mit dem Auftrage nach Persien zu schicken, von Teheran aus eine Studienreise über Chanikin nach Bagdad zu machen.

Herrn Iswolsky, der mich bis zu Ende ruhig anhörte, war gleich anzumerken, daß ihn meine Ausführungen wenig angenehm berührten. In seiner Erwiderung bestritt er zunächst die Bedeutung des Engagements der Finanzbeamten. Daß Frankreich durch diese Beamten Einfluß auf einem wichtigen Gebiet der inneren Verwaltung Persiens erlangen würde, wollte er nicht zugeben. Im übrigen sei es natürlich, daß der finanzielle Berater der persischen Regierung gewünscht habe, sich mit einem Stabe von Landsleuten zu umgeben, und die russische Regierung habe keine Veranlassung gehabt, sich diesem Wunsch zu widersetzen.

Der Minister versuchte dann wieder zu seiner beliebten Taktik überzugehen und meinen Darlegungen gegenüber den Spieß umzudrehen, indem er gegen uns den Vorwurf erhob, daß wir unabhängig von den mit Rußland eingeleiteten Pourparlers angefangen hätten, mit dem Londoner Kabinett über die Bagdadfrage zu verhandeln. Ich bemerkte darauf, daß von Verhandlungen mit London über die gedachte Frage nicht die Rede

sein könne. Es sei nur natürlich, daß in den Unterredungen zwischen englischen und deutschen Staatsmännern, welche in den letzten Jahren stattgefunden hätten, auch das Thema der Bagdadbahn berührt worden sei. Bei dem Besuche des Sir Ernest Cassel in Berlin* habe es sich lediglich um Besprechungen zwischen Finanzmännern gehandelt. Dem Minister sei ja bekannt, daß wir im Prinzip gegen die Beteiligung fremden Kapitals bei dem gedachten Bahnunternehmen nichts einzuwenden hätten.

Herr Iswolsky fragte sodann, ob die projektierte Reise des Herrn Said Ruete mit dem Bau der Bagdadbahn in Zusammenhang stehe. Ich erwiderte, daß meine Instruktionen hierüber nichts enthielten, daß ich aber einen solchen Zusammenhang für nicht unwahrscheinlich hielte, da bekanntlich deutscherseits der Wunsch bestehe, durch eine Zweigbahn eine Verbindung zwischen der Bagdadbahn und dem eventuell in Persien zu bauenden Bahnnetz herzustellen. „Sie wissen," bemerkte darauf der Minister, „welche Wichtigkeit diese Frage für uns hat." Ich antwortete: „Auch Ihnen ist bekannt, welchen Wert wir darauf legen, daß die fragliche Zweigbahn nicht in Chanikin auf einen toten Punkt stößt."

Herr Iswolsky ging dann nicht weiter in Details der Frage ein, sondern bemerkte nur, er müsse dieselbe zunächst eingehend prüfen. Auf seine Bitte ließ ich ihm ein Aide-mémoire über meine Ausführungen** zurück. Er stellte in Aussicht, mir demnächst eine Antwort auf meine Demarche zu erteilen.

F. Pourtalès

Nr. 10096

Aufzeichnung des Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amt Stemrich

Eigenhändig

Berlin, den 15. März 1910

Der persische Gesandte*** erschien und sagte mir, er habe heute telegraphisch den Auftrag erhalten, im Namen seiner Regierung und des

---

* Vgl. dazu Kap. CCXVI, Nr. 9985.

** Siehe dasselbe in deutscher Übersetzung bei Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 181f. Iswolsky, der das Aide-mémoire am 16. März nach London mitteilte, setzte sich wieder wegen der zu erteilenden Antwort mit Sir E. Grey ins Einvernehmen. Da der englische Staatssekretär nach wie vor die russischen Argumente bezüglich der Anstellung französischer Berater nicht stichhaltig fand, so nahm Iswolskys Telegramm an Graf Benckendorff vom 16. März zu diesem Punkte ein späteres Nachgeben in Aussicht. „Wenn wir späterhin gezwungen sein sollten, Deutschland in diesem Punkte nachzugeben, so müßte man die Franzosen durch Belgier, Schweizer oder Untertanen eines neutralen Landes ersetzen." Fürs erste wollte Iswolsky sich jedoch noch möglichst gegen den deutschen Standpunkt sperren und suchte auch Grey durch den Hinweis auf die Kohärenz der persischen und der Bagdadbahnfrage scharf zu machen. v. Siebert, a. a. O., S. 180ff.

*** Mahmud Chan, Ehtescham es Saltaneh.

Medschlis das Auswärtige Amt auf die schwierige Lage aufmerksam zu machen, in der sich Persien befinde. Die schwierige Lage werde durch die Russen herbeigeführt, die trotz aller Vorstellungen den Norden Persiens besetzt hielten und ihre Truppen selbst aus dem nur 120 km von Teheran entfernt liegenden Kaswin nicht zurückzögen. Dadurch werde die Rückkehr zu geordneten Zuständen und die friedliche Entwicklung des Landes gehindert.

Der Artikel 18 unseres Handelsvertrages mit Persien (vom 11. Juni 1873) sage:

„Sollte Persien in einen Streit mit einer anderen Macht verwickelt werden, so erklärt die deutsche Regierung sich bereit, auf den Wunsch Seiner Kaiserlichen Majestät des Schah ihre guten Dienste zu leisten, um zur Beilegung des Streites mit beizutragen (pour contribuer à applanir le différend)."

So sei er beauftragt anzufragen, ob die Kaiserliche Regierung bereit sei, in Petersburg Vorstellungen zugunsten von Persien zu erheben und auf Rückziehung der russischen Truppen hinzuwirken. Besonders solle er sich dabei auch, so sei ihm telegraphiert worden, auf meine Kenntnis der persischen Dinge beziehen.

Ich habe Mahmud Chan hierauf erwidert, ich würde seine Mitteilungen dem Herrn Staatssekretär vortragen.

Meiner persönlichen Meinung seien wir bei allem Wohlwollen für Persien zu der gewünschten Intervention in Petersburg nicht in der Lage. Eine solche Intervention liege aber auch nicht im Interesse Persiens. Wollten wir uns im gegenwärtigen Augenblick in die Angelegenheiten Persiens und Rußlands einmischen, so würde die direkte und unmittelbare Folge davon sein, daß Persien jede Aussicht auf eine Unterstützung Englands in der vorliegenden Frage verliere[1]. Die russische Besetzung von Nordpersien sei vermutlich für England nicht angenehm. Mischten wir uns aber in die Frage ein, so werde auch hierüber alsbald ein Einvernehmen zwischen Rußland und England herbeigeführt werden.

Mahmud Chan zeigte Verständnis für diese Ausführungen.

Er will Donnerstag nachmittag wiederkommen, um zu erfahren, welche Stellung wir amtlich in der Frage einnehmen.

Auf alle Fälle bat er schon jetzt, es möge dem Grafen Quadt von der Demarche und unserer Antwort darauf Mitteilung gemacht werden. Sonst glaube man in Teheran, er habe seinen Auftrag nicht ausgeführt*.

Stemrich

* In Petersburg erlangte man von dem persischen Schritte nach wenigen Tagen Kenntnis. Iswolsky gab darauf der persischen Regierung zu verstehen, „daß der Eingriff einer dritten Macht in unsere Beziehungen zu Persien die Lage noch verschlimmern und uns veranlassen könnte, unsere Truppen nicht abzuberufen". Telegramm Iswolskys an Graf Benckendorff vom 24. März 1910, v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 187.

Nachschrift:

Ehtescham es Saltaneh wird nach Teheran telegraphieren, er habe hier über die Lage in Persien gesprochen, und es sei ihm gesagt worden, eine Intervention unsererseits werde Persien nichts nützen, sondern nur schädlich sein. — Als persönliche Ansicht wird er hinzufügen, es sei besser, sich in der Okkupationsfrage auf England zu stützen, dem die russischen Truppen in Kaswin auch nicht angenehm sein werden.

In einem Privatschreiben wird er ferner ausführen, Persien müßte sich zunächst mal Vertrauen erwerben, dazu sei das beste Mittel, wenn es eine innere Anleihe von erheblichem Betrage aufbringe.

Stemrich 18/III.

Randbemerkung Freiherrn von Schoens:
[1] Richtig

Nr. 10097

Der Gesandte in Teheran Graf von Quadt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 29 Teheran, den 17. März 1910

Im Anschluß an Telegramm Nr. 25 vom 10. d. Mts.*

Türkischer Botschafter** erfährt, daß weitere streng geheim gehaltene Vorschußbedingung lautet:

In russischer Interessensphäre können Konzessionen nur an Russen, in englischer nur an Engländer verliehen werden. Persische Untertanen können dort nur dann Konzessionen erlangen, wenn sie beweisen, daß kein fremdes Kapital hinter ihnen steht.

Vorstehende Bedingung dürfte direkt gegen uns gerichtet sein und Prinzip der Offenen Tür widersprechen.

Türkischer Botschafter sieht in Übereinstimmung mit mir Unabhängigkeit Persiens äußerst bedroht. Er will bei seiner Regierung anregen, daß Versuch gemacht wird, in St. Petersburg und London deutschen, österreichischen, türkischen Protest gegen Vorgehen unter engem Zusammenschluß der drei Mächte einzulegen. Ich habe erwidert, daß ich diese Mitteilung lediglich ad referendum entgegennehme.

Quadt

Randvermerk Freiherrn von Schoens:
Wir sind berechtigt, gegen jede wirtschaftliche Ungleichheit zu protestieren. Rußland und England haben uns wiederholt die grundsätzliche wirtschaftliche Gleichberechtigung zugesichert.

---

* Nach Telegramm Nr. 25 vom 10. März hätten die englische und die russische Regierung für die Persien in Aussicht gestellte Anleihe außer den bereits gemeldeten (vgl. Nr. 10092) noch folgende Bedingungen gestellt: Verbot von Anstellung von Militärinstrukteuren und Bau von Eisenbahnen in Persien ohne englisch-russische Zustimmung; Verleihung des Schiffahrtsmonopols auf dem Urmiasee an Rußland.
** Hassib Bey.

Nr. 10098

*Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Botschafter in Petersburg Grafen von Pourtalès**

Telegramm
Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 32 Berlin, den 18. März 1910

Hier verlautet, daß Rußland und England bei Persien für Gewährung des Vorschusses unter anderem auf Annahme folgender Bedingungen drängen:

Verbot des Baus von Eisenbahnen ohne englisch-russische Zustimmung; Verleihung des Schiffahrtsmonopols auf Urmiasee an Rußland; Verleihung von Konzessionen in russischer Interessensphäre nur an Russen, in englischer nur an Engländer. Perser können dort nur dann Konzessionen erlangen, wenn nachweislich kein fremdes Kapital hinter ihnen steht.

Derartige Bedingungen würden den von Rußland und England im Abkommen von 1907 verkündeten Grundsätzen und der uns wiederholt erteilten Zusicherung wirtschaftlicher Gleichberechtigung direkt widersprechen, Unabhängigkeit Persiens illusorisch machen und Tür für fremden Handel verschließen.

Bitte dortige Regierung fragen, ob sie tatsächlich derartige Bedingungen durchsetzen will, und eventuell obige Bedenken dagegen geltend machen.

v. Bethmann Hollweg

Nr. 10099

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 28 London, den 22. März 1910

Antwort auf Telegramm Nr. 22** und im Anschluß an Bericht Nr. 221*** von gestern.

Sir E. Grey teilte mir über die Bedingungen folgendes mit:

---

* Das gleiche Telegramm erging unter Nr. 22 nach London. Wie aus v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 184ff. erhellt, teilten sich Iswolsky und Sir E. Grey auch diesmal die deutsche Demarche gegenseitig mit und verabredeten genau die dem gegenüber einzuschlagende Taktik.

** Siehe Nr. 10098 nebst Fußnote.

*** Bericht Nr. 221 vom 21. März meldete die Ausführung des Auftrags (vgl. Nr. 10098). Auf die Frage Graf Metternichs, ob die angeblichen Bedingungen, unter denen die russische und die englische Regierung die Anleihe an Persien gewähren wollten, die aber dem Abkommen von 1907 wie den der deutschen Re-

1. Rußland und England behalten sich, falls persische Regierung Unternehmern einer fremden Macht Bau und Kontrolle von Eisenbahnen zu übertragen wünscht, Option vor, dieselben selbst zu bauen. England beabsichtigt hierdurch nicht, sich ausschließliches Recht für Eisenbahnbauten zu erwirken, sondern sich nur die Option vorzubehalten, falls die Eisenbahn in einem für England aus politischen oder strategischen Rücksichten wichtigen Teile Persiens gebaut werden solle, damit die Kontrolle über eine solche Eisenbahn nicht von den Angehörigen einer fremden Macht ausgeübt werde.

2. Rußland behalte sich Schiffahrtskonzession auf Urmiasee vor.

3. Von Konzessionen nur an Russen oder nur an Engländer in beiderseitigen Interessensphären in den Bedingungen nichts enthalten, auch nichts von Konzessionen an Perser nur dann, wenn kein fremdes Kapital beteiligt.

Fernere Bedingung: Zustimmung durch russische und englische Gesandtschaft für die Verausgabung des zu leihenden Geldes und Kontrolle durch eine Kommission unter dem Finanzminister. Ferner Reorganisation des Finanzministeriums mit Hilfe von Sachverständigen. Falls persische Regierung nicht wünsche, daß diese Sachverständigen Franzosen seien, so würde es nach seiner, Sir E. Greys, Ansicht zweckmäßig sein, Sachverständige aus den Angehörigen einer kleinen Macht zu wählen, nach dem Vorgang der Zollkontrolle unter Belgien. Durch diese Bedingungen sei beabsichtigt, daß die Verwendung des zu leihenden Geldes nützlichen staatlichen Zwecken diene, insbesondere der Schaffung einer bewaffneten Macht zum Schutz der Handelsstraßen, die jetzt von Räubern belagert würden.

Ich bemerkte, daß es uns darauf ankomme, daß in Persien kein Zustand entsteht wie seinerzeit in Marokko, der durch Außerachtlassung der wirtschaftlichen Gleichberechtigung Dritter zu Verwickelungen führen könne*.

Graf Mensdorff hat heute an Sir E. Grey dieselben Fragen gestellt wie ich gestern, war aber nicht beauftragt, einen Kommentar hinzuzufügen.

Metternich

---

gierung gemachten Zusicherungen wirtschaftlicher Gleichberechtigung widersprächen, wirklich gestellt worden seien, erwiderte Sir E. Grey ausweichend: er wolle sich die Bedingungen nochmals ansehen und Graf Metternich am folgenden Tage Antwort erteilen. Vgl. auch v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 184.

* Von der Unterredung Sir E. Greys mit Graf Metternich wurde sofort der russische Botschafter verständigt. Vgl. v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 184f. Iswolsky, von Graf Benckendorff über die von Sir E. Grey erteilte Antwort in Kenntnis gesetzt, gab dem Grafen Pourtalès eine ähnliche Antwort, als dieser sich des am 18. März erteilten Auftrags (vgl. Nr. 10098) entledigte. Nach Iswolsky wären die angeblichen englisch-russischen Bedingungen für die persische Anleihe „ungenau und zum Teil direkt unrichtig; Rußland und England seien entschlossen, das Prinzip der Offenen Tür in Persien zu wahren". Bericht Graf Pourtalès' Nr. 100 vom 24. März.

Nr. 10100

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 104 St. Petersburg, den 24. März 1910

Wie ich Euerer Exzellenz bereits zu berichten die Ehre hatte*, war die Anwerbung von französischen Finanzbeamten für Persien vor kurzem von mir zum Gegenstand einer längeren Unterredung mit Herrn Iswolsky gemacht worden, in der ich den Minister im Sinne des Erlasses Nr. 362 vom 26. v. Mts.** darauf hingewiesen hatte, daß wir infolge unserer in der letzten Zeit beobachteten loyalen Zurückhaltung von russischer Seite auf ein größeres Entgegenkommen in persischen Angelegenheiten sowie in der Frage der Bagdadbahn rechnen zu können geglaubt hätten, als es uns inzwischen von der russischen Regierung bewiesen worden sei. Ich hatte Herrn Iswolsky dabei sehr deutlich zu verstehen gegeben, daß unsere Zurückhaltung ihre Grenzen habe und wir keineswegs gesonnen seien, in Zukunft jeder wirtschaftlichen Betätigung seitens deutscher Reichsangehöriger in Persien entgegenzutreten. Auf Bitten des Ministers hatte ich den wesentlichen Inhalt dieser Ausführungen in einem Aide-mémoire zusammengefaßt und ihm dieses übersandt.

Gestern abend nun schickte mir Herr Iswolsky, der seinen Empfangstag abgesagt hatte, mit einem kurzen Begleitschreiben als Antwort das anliegende Aide-mémoire***.

Ich kann nicht umhin, hierin einen Beweis dafür zu erblicken, daß der Minister einer neuen mündlichen Diskussion über das Thema Persien hat aus dem Wege gehen wollen. Es hätte sonst nahe gelegen, mir auf meine mündlichen Vorstellungen eine mündliche Antwort zu erteilen und nur etwa die Hauptpunkte dieser Antwort in einem Aide-mémoire zusammenzufassen. Ich erkläre mir dieses Verfahren des Herrn Iswolsky dadurch, daß er selbst das Gefühl hat, in seiner Antwort kein großes Entgegenkommen zu zeigen. Ich habe nun zunächst Anstand genommen, zu einer neuerlichen Besprechung der Angelegenheit meinerseits die Initiative zu ergreifen. Ich beabsichtige vielmehr nur, Herrn Iswolsky gelegentlich zu sagen, ich wüßte natürlich nicht, welche Aufnahme seine Antwort in Berlin finden würde, er würde aber wohl selbst kaum erwarten, daß sie die Kaiserliche Regierung voll befriedige. Jedenfalls müßte ich ihn in aller Freundschaft darauf aufmerksam machen, daß er sich nicht wundern dürfe, wenn in der nächsten Zeit in unserer Politik in Persien einige neue Nuancen wahrnehmbar würden.

---

* Siehe Nr. 10095.
** Siehe Nr. 10093.
*** Siehe die Anlage. Vgl. auch v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 186f.

Ehe ich weiter gehe, möchte ich hohe Weisungen darüber abwarten, ob es Euerer Exzellenz Intentionen entspricht, daß ich dem Verlangen nach Berücksichtigung unserer Interessen in Persien schärferen Ausdruck verleihe.[1]

Da ich nicht in der Lage bin zu beurteilen, in welchem Maße wir Rußland in Persien mit unserer Konkurrenz wirklich und nachhaltig unbequem werden können, habe ich mich bis jetzt in dieser Beziehung noch mit einiger Vorsicht ausdrücken zu sollen geglaubt.

Im allgemeinen habe ich den Eindruck, daß wir mit einem bloßen „Bluff" nicht viel erreichen werden, da ich annehmen möchte, daß Rußland in seinem Widerstande gegen unsere Wünsche, wenn nicht von der englischen Regierung, so doch jedenfalls von ihrem hiesigen Vertreter bestärkt wird.

Sir Arthur Nicolson würde dem leitenden Gedanken seiner hiesigen Politik untreu werden, wenn er diese Gelegenheit nicht benützen würde, um Unfrieden zwischen Rußland und uns zu säen. Wenn wir daher Rußland zur Nachgiebigkeit bringen wollen, so werden wir dies meines gehorsamsten Erachtens nur können, wenn wir wirklich in der Lage sind, in Persien eine Karte auszuspielen, welche die russischen Interessen empfindlich treffen würde.

F. Pourtalès

Randbemerkung Freiherrn von Schoens:
[1] Ja.

Anlage

Aide-mémoire

St. Pétersbourg, le 10/23 mars 1910

Le Gouvernement Impérial n'a pas manqué de soumettre à un examen détaillé l'aide-mémoire de l'Ambassade d'Allemagne transmis au Ministère Impérial des Affaires Etrangères le 27 février dernier.

Se conformant strictement aux principes établis par la Convention Anglo-Russe du 31 août 1907 concernant la Perse, le Gouvernement Impérial n'a pas en vue d'entraver de quelque façon que ce soit la liberté de commerce des autres nations dans ce pays. Le Gouvernement Impérial ne peut néanmoins se départir du point de vue exposé dans l'aide-mémoire du Ministère des Affaires Etrangères en date du 18 janvier a. c.* et maintient le principe en vertu duquel la Russie et l'Angleterre, ayant de vastes intérêts en Perse et étant plus affectées que toutes les autres puissances par l'anarchie actuelle dans ce pays, doivent, de ce chef, jouir d'un droit prépondérant de guider la Perse de leurs conseils en matière de réformes financières, base de toute autre réforme. Le Gouvernement Impérial croit inutile d'ailleurs d'insister sur ce point, le principe en question ayant été reconnu[1] à plusieurs reprises par le Gouvernement Allemand.

* Siehe Nr. 10091, Anlage.

En outre, la remise en ordre normal des finances persanes constitue une condition indispensable pour le maintien de l'indépendance politique et le développement économique de la Perse au profit de toutes les nations intéressées dans le commerce avec ce pays.

Tout en exprimant le regret que ses explications antérieures aient paru insuffisantes au Gouvernement Allemand, le Gouvernement Impérial croit devoir constater à nouveau que c'est de sa propre initiative que le Gouvernement Persan, sur le conseil de M. Bizot, s'était adressé en 1909 au Gouvernement Français pour lui demander l'envoi en Perse de deux adjoints du conseiller financier. C'est l'engagement de ces deux adjoints ainsi que d'un directeur de régistration et de quatre assistants, qu'il est question en ce moment. Le choix d'employés français pour ces postes n'avait été arrêté que dans le but de faciliter leur travail en commun avec M. Bizot et d'écarter la possibilité à l'avenir de différends entre ce dernier et ses futurs collaborateurs. Le Gouvernement Impérial croit également devoir attirer l'attention du Gouvernement Allemand sur le fait que la Perse a actuellement à son service nombre d'employés européens n'appartenant pas à la nationalité française, tels que les fonctionnaires belges chargés de l'administration des douanes. Or, le Gouvernement Allemand n'a jamais soulevé d'objections contre la présence d'employés de cette nationalité dans l'administration persane[2]. Du reste, le choix définitif des adjoints du conseiller financier appartient au Gouvernement Persan, qui ne s'est pas encore prononcé sur ce point; il va de soi que s'il exprimait le désir de choisir ses fonctionnaires ailleurs qu'en France, le Gouvernement Impérial n'y verrait pas d'objections. Le cas échéant, il serait nécessaire, afin de prévenir des complications ultérieures, que ces fonctionnaires, s'ils ne sont ni Russes ni Anglais, fussent choisis parmi les sujets de puissances secondaires.

En ce qui concerne le chemin de fer de Bagdad, si le Gouvernement Impérial n'a pas donné jusqu'ici suite aux pourparlers engagés en 1907 c'est que dans l'entretemps il a été question de négociations à quatre à ce sujet* et que le Cabinet de St. Pétersbourg, ignorant d'ailleurs que le Gouvernement Allemand était absolument contraire à de pareilles négociations, attendait la décision des autres puissances intéressées sur ce point. Tout en étant en effet partisan de négociations à quatre sur l'ensemble de la question, le Gouvernement Impérial est en même temps tout prêt à reprendre les pourparlers susmentionnés sur la base spéciale fixée d'un commun accord en 1907.

Randbemerkungen Freiherr von Schoens:
[1] Wann?
[2] Das ist keine Tripelentente

---

* Vgl. dazu Kap. CCXVI.

Nr. 10101

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Entzifferung

Nr. 160 Wien, den 25. März 1910

Habe heute vor Eingang Erlasses Nr. 408* Angelegenheit mit Herrn von Müller** besprochen. Von hier aus ist gleiche Anfrage wie von uns nach London und Petersburg gerichtet worden. Die darauf von Graf Mensdorff und Graf Berchtold gegebenen Antworten, die mir Sektionschef vorlas, lauten im ganzen gleich der unseres Londoner Botschafters. Anleihe soll nur 400000 Pfund betragen. Die in Punkt I obigen Erlasses am Schluß erwähnte Kontrolle für Eisenbahnbauten, die sich England vorbehalten müsse, soweit sie nicht von „Angehörigen einer fremden Macht" ausgeübt werde, richtet sich angeblich gegen die Türkei.

Sektionschef las mir weiter ganz vertraulich und mit der Bitte nach außen hin, auch Szögyényi gegenüber, keinen Gebrauch davon zu machen, Meldung des Grafen Mensdorff über eine Unterredung mit Sir Charles Hardinge über vorstehende Angelegenheit vor, die bezeichnendes Licht auf Stimmung und Gedankenrichtung des letzteren wirft.

Sir Charles Hardinge führte aus, England und Rußland hätten als „limitropha" Spezialinteressen in Persien zu vertreten und bei Sicherung dieser legitimen Interessen große Schwierigkeiten in Persien zu überwinden. Deutschland scheine „in unfreundlicher Absicht" diese Aufgabe England und Rußland noch erschweren zu wollen. Sir Charles Hardinge hat Graf Mensdorff ausdrücklich gefragt, ob der Schritt des Wiener Kabinetts in dieser Sache auf deutsche Anregung erfolgte. Der Botschafter hat erwidert, er führe eine erhaltene Instruktion aus; über deren Provenienz wisse er nichts. Sir Charles Hardinge hat dann weiter noch bemerkt, Deutschland scheine auch Schwierigkeiten wegen der französischen Finanzberater machen zu wollen. Man könne aber doch England und Rußland nicht zumuten, Deutsche dazu zu nehmen, denn diese würden „hostiles" sein. Franzosen dagegen seien unparteiisch. Wenn Deutschland weiter Opposition mache, werde man schließlich die Finanzberater aus irgend einer kleinen Nation nehmen müssen. Graf Mensdorff schließt seinen Bericht mit der Bemerkung, unsere Anfragen seien in London jedenfalls sehr unangenehm empfunden worden. Der Botschafter meldet schließlich noch, daß auch seitens Italiens die gleiche Anfrage an die englische Regierung gerichtet worden sei.

von Tschirschky

---

* Durch Erlaß Nr. 408 war das Telegramm Nr. 28 aus London (siehe Nr. 10099) nach Wien mitgeteilt worden.

** Sektionschef im Ministerium des Äußern.

Nr. 10102

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Schoen an den Botschafter in Petersburg Grafen von Pourtalès

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 37 Berlin, den 29. März 1910

Auf Berichte Nr. 100* und 104** zur Regelung Euerer Exzellenz Sprache:

Wir haben bisher lediglich anerkannt, daß Rußland und England als Grenznachbarn Persiens ein besonderes Interesse an Herstellung geordneter Verhältnisse in jenem Land haben. Durch dies Anerkenntnis haben wir selbstverständlich Rußland und England keine Generalvollmacht dazu erteilt, die Finanzreform und die großen wirtschaftlichen Fragen Persiens nach eigenem Gutdünken und unter offenbarer Zurücksetzung Deutschlands zu regeln. Daß sich Herr Iswolsky persönlich keiner Illusion in dieser Hinsicht hingegeben hat, beweist sein Vorschlag zur Verständigung mit uns über Persien und die Bagdadbahn. Unsere bisherige Zurückhaltung in Persien erklärt sich durch Rücksichtnahme auf jene seit 1907 ruhenden Verständigungsverhandlungen*** und durch das Vertrauen, daß Rußland und England getreu den uns wiederholt gegebenen Versicherungen die Integrität und Souveränität Persiens und die Offene Tür dort nicht antasten würden. Die uns vorliegenden Nachrichten und die bisherigen Erklärungen Herrn Iswolskys befreien uns nicht von der Sorge, daß die Ententemächte neuerdings ihre Politik auf Ausschließung Deutschlands aus dem wirtschaftlichen Wettbewerb in Persien richten. Die letzte Antwort Iswolskys betreffend die Finanzbeamten† befriedigt uns keineswegs. Herr Iswolsky wird seinen Wunsch nach Übertragung der Finanzreform an Franzosen im Ernst nicht mit der Tatsache begründen wollen, daß wir gegen Zulassung von Belgiern zum persischen Zolldienst nicht protestiert haben. Die Zollbeamten sind zu einer Zeit engagiert worden, wo noch keine Versuche bemerkbar waren, Persien in seinen Entschließungen zu beeinflussen. Die Beamten gehören ferner einer neutralen Macht zweiten Ranges an. Was für Belgien unbedenklich erscheint, kann unmöglich uns gegenüber als Norm gelten auch für die durch Bündnis und Entente mit Rußland und England verbundene Großmacht Frankreich. Wir bestehen daher nach wie vor auf völliger Gleichstellung mit Frankreich in Persien. Die hartnäckige Ablehnung dieses berechtigten Wunsches leistet dem Verdacht Vorschub, daß Herr Iswolsky den Mächten der Tripelentente in Persien ein besonderes Feld der Betätigung zum Nachteil der übrigen Mächte reservieren will, was er vor zwei Tagen in Abrede stellte.

---

* Vgl. Nr. 10099, S. 763, Fußnote *.
** Siehe Nr. 10100.
*** Vgl. Bd. XXV, Kap. CLXXXV.
† Vgl. Nr. 10100, Anlage.

Ebenso bedenklich erscheinen uns die von den beiden Ententemächten erstrebten Eisenbahnmonopole in Persien. Daß die diesbezüglichen, auf die hervorragendsten wirtschaftlichen Unternehmungen Persiens gerichteten Forderungen mit dem Prinzip der Offenen Tür und daher mit den uns seitens der Ententemächte wiederholt erteilten loyalen Zusicherungen wirtschaftlicher Gleichberechtigung gänzlich unvereinbar sind, liegt auf der Hand. Eine völlige Ausschließung Deutschlands von derartigen Unternehmungen in Persien ohne jede Gegenleistung seitens der Ententemächte würde unsere öffentliche Meinung nicht ertragen und könnte von uns auch beim besten Willen nicht vertreten werden.

Ich habe mich zum russischen Geschäftsträger*, der mir die bekannten Gesichtspunkte Iswolskys wiederholte, in ähnlichem Sinne geäußert.

v. Schoen

Randvermerk Freiherrn von Schoens:
Seine Majestät, allerhöchstwelchem ich in großen Zügen über unser Vorgehen Vortrag gehalten habe, ist mit demselben ganz einverstanden, legt überhaupt großes Gewicht darauf, daß unserer Industrie fremde Märkte offen gehalten werden. v. Sch. 29/3.

Nr. 10103

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 110 St. Petersburg, den 31. März 1910

Da Herr Iswolsky gestern mittag einen vierwöchentlichen Erholungsurlaub antreten wollte, machte ich ihm vorgestern meinen Abschiedsbesuch und berührte bei Besprechung der allgemeinen Lage auch die persischen Angelegenheiten. Obgleich ich noch nicht im Besitze Euerer Exzellenz letzter Instruktionen** war, habe ich mich doch auf Grund früherer Weisungen im allgemeinen entsprechend den mir zur Regelung meiner Sprache erteilten neuen Direktiven ausgesprochen.

Ich habe dem Minister nicht verschwiegen, daß nach meiner Auffassung die Antworten, welche uns sowohl bezüglich der französischen Finanzbeamten als bezüglich der Bedingungen für einen Persien zu gewährenden Vorschuß erteilt worden seien, nicht befriedigen könnten.

Die Antwort bezüglich des ersten Punktes scheine darauf hinaus zu laufen, daß Rußland und England zwar die Anwerbung französischer Finanzbeamter gutheißen, falls aber Persien Beamte anderer Nationalitäten vorziehe, nur Angehörige von Staaten zweiter Ordnung zulassen wollen. Dies bedeute nichts anderes als eine Bevorzugung Frankreichs, gegen die wir protestieren müßten.

* Schebeko.
** Siehe die vorige Nummer.

Herr Iswolsky bestritt diese Auffassung und behauptete, daß ein Mißverständnis vorliege, da ja Persien selbst den Finanzberater Bizot engagiert habe und dieser die Berufung von Beamten aus Frankreich betreibe.

Ich erwiderte, in wenigen Monaten werde Herr Bizot Persien verlassen, und infolge der Besetzung sämtlicher Stellen der Finanzbeamten durch Franzosen werde sich die Finanzverwaltung Persiens tatsächlich auf Jahre hinaus ausschließlich in französischen Händen befinden. Die persische Regierung würde wahrscheinlich weder Herrn Bizot noch die anderen Finanzbeamten berufen haben, wenn nicht in dieser Richtung von englischer und russischer Seite Einfluß ausgeübt worden sei.

Nach meinem Eindruck wird man, wenn wir darauf bestehen, in dieser Frage hier insoweit einlenken, als man sich mit der Anwerbung von Finanzbeamten aus Staaten zweiter Ordnung einverstanden erklären wird.

Was die Frage der Persien auferlegten Bedingungen für die Gewährung eines Vorschusses betrifft, so setzte mir Herr Iswolsky von neuem ausführlich auseinander, aus welchen Gründen Rußland als Nachbar daran festhalten müsse, über die persischen Eisenbahnen die Kontrolle auszuüben. Ebenso könne Rußland unter keinen Umständen zugeben, daß für die Schiffahrt auf dem Urmiasee Konzessionen an andere als an Russen erteilt würden.

„Wo bleibt denn aber", erwiderte ich, „die uns wiederholt gegebene Zusicherung, daß in Persien das Prinzip der Offenen Tür aufrechterhalten bleiben soll?"

Der Minister bemerkte darauf, dieses Prinzip wolle Rußland nicht antasten, und es blieben noch zahlreiche andere Konzessionen, die unsere Staatsangehörigen erwerben könnten, wie zum Beispiel Belgier dies auch getan hätten. Herr Iswolsky wies dann darauf hin, daß wir bei früheren Verhandlungen uns schon bereit erklärt hätten, auf Eisenbahnkonzessionen im Norden Persiens zu verzichten. Zu seinem Bedauern ersehe er aus einer Meldung des russischen Geschäftsträgers in Berlin über eine Unterredung desselben mit dem Herrn Staatssekretär Freiherrn von Schoen, daß wir nicht mehr auf diesem Standpunkt zu stehen schienen.

Ich bemerkte demgegenüber, daß wir tatsächlich bis jetzt auf nichts verzichtet hätten, vielmehr, da Persien ein unabhängiges Land sei, uns durch keine rechtliche Schranke verhindert erachteten, wirtschaftliche Konzessionen jeglicher Art in diesem Lande zu erwerben. Unser Verzicht auf Eisenbahnkonzessionen sei nur für den Fall denkbar, daß uns auf anderen Gebieten hinreichende Zugeständnisse gemacht würden. Die Verhandlungen, die hierüber zwischen beiden Regierungen eingeleitet worden seien, stockten seit zwei Jahren, weil Rußland uns auf unsere letzten Vorschläge eine Antwort noch immer schuldig sei. Mit Rücksicht auf jene Verhandlungen hätten wir uns in Persien seit zwei Jahren die größte Reserve auferlegt. Wenn wir aber jetzt wahrnehmen müßten, daß diese Reserve russischerseits einfach mit einer Nichtachtung unserer Interessen

beantwortet würde, so werde sich Herr Iswolsky nicht wundern können, wenn wir nunmehr wieder anfingen, uns in Persien wirtschaftlich stärker zu betätigen.

Herr Iswolsky kam, indem er an meine Bemerkung über das Stocken unserer Verhandlungen anknüpfte, wieder darauf zurück, daß wir inzwischen mit England und Frankreich[1] in der Frage der Bagdadbahn in Verbindung getreten seien. Aus diesem Grunde habe er die Besprechungen nicht wieder aufgenommen. Dabei kam auch wieder die Rede auf unseren Wunsch einer Verbindung der Bagdadbahn mit dem persischen Eisenbahnnetz. Herr Iswolsky wies darauf hin, wie gefährlich für Rußland vom strategischen Standpunkt aus alle Eisenbahnen seien, die der an sich in jenen Gegenden militärisch schon sehr starken Türkei den Aufmarsch an der persischen Grenze erleichterten.

Im übrigen erklärte der Minister nochmals seine Bereitwilligkeit, die Verhandlungen wegen Persiens und der Bagdadbahn wiederaufzunehmen.

Ich nahm von dieser Erklärung Akt und sprach die Erwartung aus, daß uns dementsprechend neue Eröffnungen von seiten Rußlands behufs Wiederaufnahme des Fadens der Verhandlungen gemacht würden. Herr Iswolsky sagte dies zu.

Mein Gesamteindruck war, daß Herrn Iswolsky das Wiederaufrollen der persischen Frage zwischen uns überraschend und unerwünscht kommt. Er scheint, obgleich ich ihn in der Zwischenzeit wiederholt an die noch ausstehende Gegenäußerung Rußlands erinnert habe, gehofft zu haben, daß wir bezüglich Persiens noch eine Weile Ruhe halten würden.

Mein englischer Kollege redete mich neulich auch auf unsere hier und in London getanen Schritte an und frug mich, ob ich die von Sir Edward Grey dem Grafen Metternich erteilte Antwort kennte. Ich bejahte diese Frage und fügte hinzu, es sei mir zweifelhaft, ob uns diese Antwort genügen würde. Wir betrachteten Persien als unabhängiges Land, in welchem wir dieselben Rechte wie andere Staaten genießen. Sir Arthur antwortete darauf, man könne in Wirklichkeit von einem Staate, in welchem volle Anarchie herrsche, nicht als von einem unabhängigen Lande sprechen. England und Rußland hätten schon so ungeheure Summen für Persien geopfert, daß sie eine bevorzugte Stellung, besonders mit Bezug auf die Eisenbahnen, durchaus für sich beanspruchen müßten.

Die Äußerungen des englischen Botschafters bestärken mich in der Annahme, daß Herr Iswolsky von englischer Seite ermutigt wird, sich uns gegenüber in Persien nicht nachgiebig zu zeigen.

F. Pourtalès

Randbemerkung Freiherr von Schoens:
[1] Mit Frankreich nicht

Nr. 10104

Der Geschäftsträger in London von Kühlmann an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 36 London, den 5. April 1910

Wie ich von gut unterrichteter französischer Seite streng vertraulich erfahre, bemüht sich russisches Kabinett, in Paris Eindruck zu erwecken, als hätte Deutschland in der persischen Angelegenheit eine drohende Aggressivsprache geführt und eine Haltung eingenommen, „welche an die Marokkoepisode und die Annexionskrise erinnere"!

Wie mein Gewährsmann hinzufügt, sei man sich in Paris nicht klar darüber, ob Iswolsky durch die deutsche Demarche wirklich in so hohem Grade alarmiert sei oder nur es zu sein vorgebe.

Kühlmann

Randvermerk Freiherr von Schoens:
Iswolsky will anscheinend eine große Gefahr an die Wand malen, die abzuwenden ihm gelingen werde.

Nr. 10105

*Aufzeichnung**

Unsignierte und undatierte Reinschrift

[pr. 8. April 1910]

pp. Eine Verständigung über Persien dürfte dagegen kaum besondere Schwierigkeiten bieten. Deutschland verfolgt in Persien wirtschaftliche Ziele. Seinen Interessen ist gedient, wenn England und Rußland den in ihrem Abkommen vom 31. August 1907 abgegebenen Versicherungen entsprechend die Unabhängigkeit und Integrität Persiens achten und die Tür dort für den Handel aller Nationen offen halten.

Herr Iswolsky hat bereits im Jahre 1906 der Kaiserlichen Regierung den Vorschlag zu einer Verständigung über Persien unterbreitet**. Die Kaiserliche Regierung hat sich daraufhin bereit erklärt, zugunsten Rußlands auf Konzessionen für Eisenbahnen, Straßen und Telegraphen in

---

* Die vorliegende Aufzeichnung, deren erster die Bagdadbahn betreffender Teil bereits in Kap. CCXVI, Nr. 9999 zum Abdruck gelangt ist, war von dem Dirigenten der Politischen Abteilung Zimmermann zum Zwecke einer Unterredung des Reichskanzlers Bethmann Hollweg mit dem englischen Botschafter Sir E. Goschen, die am 10. April stattfand, aufgesetzt worden und wurde dann am 11. April diesem übergeben sowie dem deutschen Botschafter in London mitgeteilt. Die englische Regierung setzte wieder Graf Benckendorff in Kenntnis. Vgl. v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 189f. Über die Antwort Sir E. Greys vgl. Kap. CCXVI, Nr. 10001.

** Vgl. dazu Bd. XXV, Kap. CLXXXV.

einem näher zu bestimmenden Gebiet Nordpersiens zu verzichten. Sie verlangt dafür im wesentlichen volle Anerkennung ihrer Gleichberechtigung in allen anderen wirtschaftlichen Fragen, Anschluß der von Rußland in Nordpersien projektierten Eisenbahnen an die künftige Linie Bagdad-Chanikin und die Zusicherung, daß Rußland den internationalen Handelsverkehr auf dieser Linie durch Zoll- und tarifarische Maßnahmen nicht beeinträchtigen wird. Diese Forderung liegt ebenso im deutschen wie im englischen Interesse. Zurzeit bereitet Rußland dem Eindringen des fremden Handels in Nordpersien ein schweres Hindernis durch das seit 1883 bestehende Verbot der Durchfuhr ausländischer Waren durch Transkaukasien. Der fremde Einfuhrhandel nach Nordpersien geht daher gegenwärtig über die Karawanenstraße Trapezunt—Erserum—Täbris—Teheran. Diese Karawanenstraße kann wegen der hohen Transportkosten schon jetzt nicht mehr als Handelsstraße für Nordpersien mit dem transkaukasischen Einfuhrwege konkurrieren. Wenn Rußland nunmehr noch das nordpersische Eisenbahnnetz durch eine Linie von Djulfa nach Teheran ausbaut, den Anschluß Teheran—Chanikin dagegen nicht herstellt, gelangt es praktisch dahin, sich das Handelsmonopol für das nördliche Persien zu sichern.

Herr Iswolsky hat mir neuerdings eine Antwort auf die erwähnten deutschen Vorschläge in Aussicht gestellt. Ich hoffe, daß sie dazu beitragen wird, die jetzt zwischen den Kabinetten aufgetauchten Fragen hinsichtlich Persiens in einer befriedigenden Weise zu regeln. Eine Verständigung mit Rußland würde den Weg zu einer entsprechenden Vereinbarung mit England wesentlich ebnen*. Für eine solche würden wohl ähnliche Zugeständnisse wie die oben angeführten für Südpersien in Frage kommen. Als Gegenleistung könnte etwa eine Zusicherung Englands in Betracht gezogen werden, daß es bei Ausbeutung der diesbezüglichen Konzessionen dem deutschen Kapital und der deutschen Industrie eine prozentuale Beteiligung offenhalten wird. Auch würde mir eine authentische Interpretation der Offenen Tür in Persien von Wert sein, dahinlautend, daß Deutschland in Anleihefragen und in Fragen der Reorganisation der persischen Finanzverwaltung sämtlichen dritten Großmächten gleichgestellt wird.

---

* Daß die russische Regierung von einer Verständigung mit Deutschland über Persien noch weit entfernt war, ersieht man aus dem Telegramm an Graf Benckendorff vom 16. April (v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 190f.). Rußland wollte die Äußerungen Reichskanzler von Bethmann Hollwegs zu Sir E. Goschen dahin auslegen, daß Deutschland entschlossen sei, eine Stellung in Persien zu beanspruchen, die den russischen und englischen Interessen in diesem Lande zuwiderlaufe. Daher schlug es in London vor, gemeinschaftlich einen energischen Druck auf Persien auszuüben, um es zu verhindern, den Deutschen Konzessionen zu erteilen, die den russisch-englischen Interessen nicht entsprächen. „Rußland und England müßten auch vor äußersten Maßregeln nicht zurückschrecken, und schlagen wir vor, in die Beratung dieser Maßregeln einzutreten." Das Mißtrauen Sasonows gegen die deutsche Regierung kam auch in einer Unterredung mit Graf Pourtalès unverhüllt zum Ausdruck, über die dieser am 14. April berichtete. Siehe Nr. 10108.

Ein derartiges Abkommen über Persien würde sich vom deutschen Standpunkte ebenfalls am besten in einem politischen Gesamtabkommen mit England vertreten lassen.

Nr. 10106

Der Gesandte in Teheran Graf von Quadt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 42 Teheran, den 10. April 1910

Russische und englische Gesandtschaft haben persischer Regierung Note überreichen lassen, in welcher gesagt ist:

„En reconnaissant l'intérêt purement commercial d'autres nations toutefois ils ne pourront en aucun cas admettre une concession qui pourrait porter atteinte à leurs intérêts politiques et stratégiques."*

Russischer Gesandter hat mir bekanntlich früher gesagt, jede Konzession in Persien trage politischen Charakter.

Quadt

Nr. 10107

Der Gesandte in Teheran Graf von Quadt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 43 Teheran, den 11. April 1910

Russen und Engländer haben Perser stark auf Antwort wegen Vorschußbedingungen gedrängt. Dieselbe ist gestern schriftlich gegeben worden und besagt, Perser seien erstaunt über Bedingungen, die ihnen gestellt worden, sie wollten nur wissen, zu welchem Zinsfuß ihnen Kapital gegeben werden könnte**.

Quadt

---

* Vgl. dazu das Telegramm Sasonows an Graf Benckendorff vom 23. April 1910 (v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a.O., S. 191), durch das die russische Regierung von neuem in London vorschlug, der persischen Regierung zu erklären, „daß Rußland und England vor nichts zurückschrecken werden, um die Perser zu zwingen, ihre Politik mit den Forderungen der genannten Note in Einklang zu bringen". Unter den Zwangsmaßregeln, die Sasonow in Vorschlag brachte, figurierte sogar die militärische Besetzung Teherans: ein Gedanke, der jedoch in London sofort das noch immer rege Mißtrauen gegen Rußland von neuem aufflackern ließ, und dem hier das Argument entgegengestellt wurde, daß auf diese Weise der russisch-persische Konflikt einen allgemeinen europäischen Charakter annehmen würde. Vgl. den Brief Graf Benckendorffs vom 26. April 1910 (v. Siebert, a. a. O., S. 192 f.).

** Die Ablehnung der englisch-russischen Anleihe durch Persien wurde in Petersburg und London in Zusammenhang gebracht mit dem Aufenthalt des von der Deutschen

Nr. 10108

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 125 St. Petersburg, den 14. April 1910

An dem Empfangstage des Herrn Sasonow hatte ich mit ihm eine längere Unterredung über die persischen Angelegenheiten, im Verlaufe welcher das Mißtrauen und die Besorgnis der hiesigen maßgebenden Kreise gegenüber der von Deutschland in Persien verfolgten Pläne deutlich zum Ausdruck kam.

Nach den ersten Begrüßungsworten richtete Herr Sasonow sofort die Frage an mich, ob Herr Said Ruete* in Persien Eisenbahnkonzessionen für Deutschland zu erwerben beabsichtige. Ich erwiderte, ich sei nicht in der Lage, auf diese Frage eine präzise Antwort zu geben, da ich über den Zweck der Reise des genannten Herrn nur wüßte, daß er im Auftrage der Deutschen Bank eine Informationsreise mache. Im übrigen hielte ich es nicht für ausgeschlossen, daß Herr Said Ruete sich auch um Eisenbahnkonzessionen bemühe, da ja Persien ein unabhängiges Land sei, in welchem nach den Versicherungen Rußlands und Englands das Prinzip der Offenen Tür unangetastet bleiben solle, und da auch die Zeit, für welche Persien mit Bezug auf den Bau von Eisenbahnen Rußland gegenüber Verpflichtungen übernommen habe, so viel mir bekannt, vor einigen Tagen abgelaufen sei.

Herr Sasonow erging sich darauf in langen Betrachtungen über die Gründe, aus welchen es für Rußland ganz unannehmbar sei, auf die Kontrolle über die in dem nördlichen Teile Persiens zu bauenden Eisenbahnen zu verzichten. Rußland sei als Nachbarstaat, und nachdem es bereits ungeheuere Summen für Persien geopfert habe, an der inneren Entwickelung dieses Landes zu sehr interessiert, als daß es den Bau von Eisenbahnen unter fremder Kontrolle dort zugeben könne. „Wir wissen sehr gut, daß Sie keine Soldaten und Kanonen nach Persien befördern werden, an der persischen Grenze im Kaukasus gibt es aber gefährliche Elemente, deren Eindringen nach Persien zu überwachen wir das größte Interesse haben."

Ich erinnerte darauf Herrn Sasonow daran, daß wir stets und insbesondere im Verlauf der Besprechungen, welche vor zwei Jahren im Hin-

---

Bank im März nach Teheran entsandten Bankbeamten Said Ruete (vgl. Nr. 10093). In der englischen und russischen Presse wurde großer Lärm wegen der — tatsächlich gar nicht geplanten — deutschen Anleihe geschlagen. Der Geschäftsträger in London von Kühlmann berichtete am 12. April (Nr. 303) von einer halb scherzhaften Bemerkung des Hilfssekretärs im Foreign Office Sir F. Campbell: „In der auswärtigen Politik scheine es ruhig bis auf Deutschlands Wunsch, alle persischen Bahnen zu bekommen."

* Vgl. Nr. 10093.

blick auf eine Verständigung über die persischen Angelegenheiten mit meinem Herrn Amtsvorgänger gepflogen wurden, uns gerne bereit erklärt hätten, die Interessen Rußlands in Persien und seine Sonderstellung diesem Lande gegenüber anzuerkennen. Wir hätten auch damals in Aussicht gestellt, Rußland auf dem Gebiete der Eisenbahnkonzessionen im Norden keine Konkurrenz zu machen, falls uns auf anderen Gebieten russischerseits Entgegenkommen gezeigt würde. Obgleich wir seit jener Zeit die größte Zurückhaltung in Persien geübt, scheine Rußland, nachdem es vor zwei Jahren die Verhandlungen mit uns abgebrochen habe, diese Zurückhaltung nunmehr damit beantworten zu wollen, daß es unsere Interessen mehr und mehr beiseite schiebe. Dies könnten wir auf die Dauer nicht ruhig mit ansehen, und es sei daher wohl anzunehmen, daß wir jetzt wieder in Persien aktiver auftreten würden. Jedoch könnte ich nur immer von neuem versichern, daß wir dort keine politischen Ziele verfolgten, sondern nur Absatzgebiete für unseren Handel suchten.

Eine Basis zu einer Verständigung müßte meines Erachtens nicht schwer zu finden sein, wenn Rußland nur das Entgegenkommen, welches wir seinem Standpunkt gegenüber bereits bewiesen hätten, seinerseits durch Berücksichtigung unserer Interessen erwidern wollte. Wenn aber, wie es den Anschein habe, Rußland uns zu verdrängen suche, um seinen Verbündeten Frankreich vorzuschieben, so werde sich dadurch, wie ich fürchtete, eine für die deutsch-russischen Beziehungen unerfreuliche Situation ergeben. Denn die öffentliche Meinung in Deutschland werde gegenüber einem solchen Vorgehen Rußlands lauten Protest erheben und von der Regierung energische Gegenmaßregeln verlangen. Es schiene mir daher im Interesse der Pflege gutnachbarlicher Beziehungen, welche, wie mir hier immer wieder versichert werde, der russischen Regierung am Herzen liege, dringend geboten, daß die Verhandlungen über die persische Frage zwischen uns wieder aufgenommen würden, und daß Rußland auf unsere letzten Vorschläge in einer Weise antworte, die dem Prinzip der Offenen Tür und unseren berechtigten Wünschen Rechnung trage.

Herr Sasonow versuchte darauf zunächst, mich davon zu überzeugen, daß von einer Bevorzugung Frankreichs vor uns nicht die Rede sei. Die Frage der Gewährung eines Vorschusses an Persien sei gescheitert, und damit seien auch die Bedingungen für diesen Vorschuß hinfällig geworden. Ob die persische Regierung noch Franzosen als Finanzbeamte engagieren werde, wisse er nicht, jedenfalls lege Rußland keinen Wert auf diesen Punkt. Im übrigen habe man in Frankreich äußerst wenig Interesse für Persien, und mit der französischen Regierung sei hier über persische Dinge in der letzten Zeit überhaupt nicht gesprochen worden. Daß die Verhandlungen wegen eines Vorschusses oder einer Anleihe gescheitert seien, betrachte er als kein Unglück für Rußland, da dieses schon genug Geld an Persien gegeben habe. Jetzt scheine die persische Regierung sich dadurch Geld beschaffen zu wollen, daß Hypotheken auf die Kronjuwelen, die sich als viel wertvoller, als man dachte, herausgestellt hätten, aufgenommen

werden sollten. Rußland könne dies ganz recht sein, es habe nur Interesse daran, daß geordnete und ruhige Verhältnisse in Persien herrschen.

Ich bemerkte darauf, daß mir in den Hetzereien, die in der letzten Zeit wieder in ziemlich übereinstimmendem Wortlaut in der „Nowoje Wremja" und in der Petersburger Korrespondenz der „Times" zu lesen wären, der Hinweis auf den angeblich gegen Rußland und England „feindlichen" Einfluß Deutschlands aufgefallen sei. In Wirklichkeit richteten sich Deutschlands Bestrebungen in Persien gegen keine Macht.

Herr Sasonow fiel hier ein, unsere Politik in Persien sei tatsächlich zur Zeit, als Herr von Richthofen die Geschäfte geführt habe*, und auch früher eine gegen Rußland nicht freundliche gewesen. Ich bestritt dies auf das entschiedenste. Allerdings gab ich zu, unsere Politik sei eine etwas aktivere gewesen als in den letzten zwei Jahren; dies möge auch Rußland nicht bequem gewesen sein, aber rußlandfeindliche Ziele hätten wir in Persien nie befolgt.

„Et pourtant nous avons peur de vous" erwiderte der Ministergehilfe.

Ich antwortete, zu einer Besorgnis vor unseren Plänen sei nicht der geringste Anlaß vorhanden, sobald sich Rußland bereit zeige, unsere Interessen zu achten. Man werde sich hier davon sicher überzeugen, wenn man mit uns wieder über Persien zu reden anfangen wolle. Wenn wir allerdings die Wahrnehmung machen sollten, daß wir überall, wo sich unsere Interessen mit den russischen berühren, auf die geschlossene Phalanx der Tripelentente stoßen, dann könnte es einmal dahin kommen, daß unser bis jetzt stets bewiesener Wunsch, mit Rußland auf freundlichem Fuße zu stehen, seine Grenzen erreiche.

An diese Bemerkung knüpfte sich eine längere Diskussion über die deutsch-russischen Beziehungen, welche auch die Ereignisse der jüngsten und früheren Vergangenheit streifte, und auf welche ich, da sie von dem eigentlichen Thema unserer Konversation abschweifte, hier nicht näher eingehen zu sollen glaube. Über Eisenbahnkonzessionen in Persien bemerkte Herr Sasonow noch, daß auch die Eisenbahnen nach der türkischen Grenze vom strategischen Standpunkte aus für Rußland von der größten Bedeutung seien. Denn wenn Rußland auch augenblicklich mit der Türkei sehr gut stehe, so könne sich dies leicht einmal wieder ändern. Gegen die Gewährung einer Eisenbahnkonzession an Deutsche für die von uns gewünschte Eisenbahn nach Chanikin müßten daher vom russischen Standpunkt aus schwerwiegende Bedenken erhoben werden.

Ich erwiderte, uns liege vor allem daran, daß eine Zweigbahn der Bagdadbahn Anschluß an das persische Eisenbahnnetz erhalte. Wolle Rußland eine solche Anschlußbahn in Persien selbst bauen, um sie unter seiner Kontrolle zu behalten, so ließe sich, wie ich übrigens lediglich als meine Privatansicht bemerken wolle, vielleicht darüber reden.

---

* Vgl. dazu Bd. XXV, Kap. CLXXXV.

Zum Schluß sagte ich Herrn Sasonow, ich glaubte, es würde bei uns schon einen guten Eindruck machen, wenn man von hier aus Neigung zeige, die Verhandlungen über Persien wieder aufzunehmen. Der Ministergehilfe erwiderte, er könne mich versichern, daß dies von russischer Seite geschehen werde. „Dann hoffe ich auch", bemerkte ich, „daß wir zu einer Verständigung kommen, denn wenn Sie auf unsere Wünsche Rücksicht nehmen, werden wir Ihren berechtigten Interessen als Nachbarstaat gewiß nicht zu nahe treten."

Herr Sasonow drückte darauf seine Freude darüber aus, daß ich demnächst Gelegenheit haben würde, Euerer Exzellenz über die vorliegende Frage mündlich Vortrag zu halten, und schied von mir mit den Worten, daß er einen befriedigenden Eindruck von unserer langen Unterredung empfangen habe.

Ich hatte das deutliche Gefühl, daß von der bekannten Seite her* bei Herrn Sasonow wieder stark gegen uns gehetzt und „vor der deutschen Gefahr" gewarnt worden war.

F. Pourtalès

Nr. 10109

Der Geschäftsträger in London von Kühlmann an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 317 London, den 15. April 1910

Streng vertraulich

Von einem zuverlässigen Gewährsmann erfahre ich, daß auch im hiesigen Foreign Office die Haltung der deutschen Regierung in der persischen Frage ernste Beunruhigung hervorgerufen habe, und zwar nicht wegen der hier in London geführten Sprache, sondern wegen unserer Haltung in Petersburg, die direkt drohend gewesen sei.

Die Russen haben also offenbar hier dieselbe Darstellung unseres Auftretens in Petersburg gegeben wie in Paris und versucht, unsere Haltung als drohend hinzustellen.

R. v. Kühlmann

Randvermerk Zimmermanns:

Dem Kaiserlichen Botschafter Graf Pourtalès gegenüber heute mündlich verwertet.

Z. 18./4.

---

* D. h. von dem englischen Botschafter Sir A. Nicolson.

Nr. 10110

Der Gesandte in Teheran Graf von Quadt an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. A 105 Teheran, den 28. April 1910

Schon 14 Tage sind vergangen, seit der Ministerpräsident Sepehdar mit dem Kabinett zurückgetreten ist*, und noch immer ist die Lage ungeklärt. Sepehdar hat dem Regenten** erklärt, daß er auf keinen Fall sein Amt wieder annehmen werde, wenn Sanieh ed Dauleh, der bekannte Projektenmacher, im Kabinett bleibe. In der Tat ist die Krise im wesentlichen hervorgerufen worden durch den Gegensatz zwischen den Radikalen, zu denen auch Sanieh ed Dauleh gehört, die alles ohne jede fremde Hülfe leisten wollen, und den Gemäßigten, die auch das Ausland am persischen Reformwerk beteiligen möchten. Sepehdar selbst ist noch gemäßigter als diese Partei, er ist vollkommen in den Händen der Russen. Während es in der ersten Zeit schien, als wenn die Radikalen ans Ruder kommen sollten, scheint es in letzter Zeit doch, als wenn Sepehdar, gestützt vom Regenten und von den Russen, sich halten wird. Er will sein Portefeuille mit Serdar Asäd tauschen, der Kriegsminister werden soll. Der Finanzminister Wussug ed Dauleh, der Justizminister Muschir ed Dauleh und der Handelsminister Mutemed e Chagan sollen ihre Portefeuilles wieder erhalten. Neu zu besetzen sind der Posten des Ministers des Äußern und der des Ministers für Unterricht und öffentliche Arbeiten. Jedoch ist vorläufig noch nicht abzusehen, in welcher Weise sich die Krise, in der persönliche Beziehungen und Intrigen eine so große Rolle spielen, lösen wird.

In den letzten Tagen hat sich außerdem auch russischer und englischer Einfluß in dieser Krise geltend gemacht. Der russische*** und englische Dragoman sollen dem Sepehdar erklärt haben, daß ihre Gesandtschaften auf keinen Fall Wussug ed Dauleh als Finanzminister zulassen[1] würden. Außerdem verlautet hier, daß Rußland und England kein Kabinett annehmen würden, das die Vorschußbedingungen abzulehnen entschlossen ist.

Es gewinnt immer mehr den Anschein, als wenn die Kabinettskrise überhaupt auf russische und englische Machenschaften zurückzuführen ist. Rußland und England war daran gelegen, den ihnen unbequemen Sanieh ed Dauleh, der ebenso wie der Finanzminister Wussug ed Dauleh, ein Freund des Gesandten in Berlin, im Rufe der Deutschfreundlichkeit steht, zu beseitigen und ein Kabinett zu schaffen, das solidarisch und einmütig im russisch-englischen Fahrwasser segelt[2]. Rußland und England haben dabei nichts zu verlieren; denn mißlingt die Bildung eines solchen Kabinetts, so

* Der Rücktritt des Ministeriums Sepehdar war am 14. April erfolgt, und zwar wegen seiner Uneinigkeit in der Frage der englisch-russischen Anleihe. Jedoch nahm Sepehdar am 23. April seine Demission zurück, und es kam nur zu einer Umbildung des Kabinetts.
** Ali Reza-Chan.
*** Babjuschkow.

werden die Radikalen ans Ruder kommen und das Land im beschleunigten Zeitmaß der Auflösung entgegenführen. In diesem Falle würde auch allein die Abdankung des Sepehdar und Serdar Asäd, die beide im Lande über großen Anhang verfügen, Unruhen hervorrufen, ein englisch-russisches Eingreifen ermöglichen und das steuerlose Land Rußland und England auf Gnade und Ungnade ausliefern. Dasselbe dürfte im erhöhten Maße der Fall sein, falls auf längere Zeit kein Kabinett zustandekommt. — Freilich bleibt noch die Frage offen, in welcher Weise sich England und Rußland nach Bildung des ihnen genehmen Kabinetts mit dem Parlament abfinden werden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Persien einen bewegten Sommer erleben wird. Kleinere Unruhen werden bereits aus Rescht, Urmia, Kaschan gemeldet. — Daß die beiden hier interessierten Mächte sich im übrigen durch den Mangel eines Kabinetts in ihrer politischen Arbeit in Persien nicht stören lassen, geht daraus hervor, daß es den Engländern kürzlich gelungen ist, sich das Recht der Schiffahrt auf dem oberen Karun zu sichern[3].

A. Quadt

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] !
[2] Ah so!!
[3] Hallunkerei!

Schlußbemerkung des Kaisers:
Wir sollten mit der Türkei uns zusammenthun und gemeinsam Persien halten*.

Nr. 10111

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Schoen

Reinschrift

Berlin, den 3. Mai 1910

Ich habe dem englischen Botschafter gesagt, manche englische Zeitungen gefielen sich darin, uns allerlei dunkle Pläne in Persien anzudichten und die Absicht zuzuschreiben, ein zweites Marokko zu schaffen. Gerade das Gegenteil sei der Fall. Unser Wunsch gehe dahin, eine Neuauflage derartiger Schwierigkeiten zu vermeiden.

---

* Zu dieser Bemerkung des Kaisers findet sich folgende eigenhändige Notiz Freiherrn von Schoens: „Einem Zusammengehen von uns mit der Türkei in Persien steht zunächst der Umstand entgegen, daß bei der geographischen Lage Persiens uns jedes Mittel, unserer Aktion militärischen Nachdruck zu verleihen, fehlt. Auch wäre eine solche Politik das sicherste Mittel, Rußland und England immer fester aneinanderzuschweißen. Schließlich wäre der materielle Gewinn einer solchen Aktion bei der Aussichtslosigkeit größerer wirtschaftlicher Geschäfte in Persien gleich Null." Reichskanzler von Bethmann Hollweg erklärte sich mit dieser Auffassung „durchaus einverstanden".

Wir hätten wiederholt erklärt, daß wir in Persien keine politischen, sondern nur wirtschaftliche Ziele verfolgten. Daran hielten wir auch heute fest. Eben darum müßten wir aber Wert darauf legen, daß das Prinzip der Offenen Tür, zu dem sich Rußland und England bei ihrem Abkommen über Persien ausdrücklich bekannt hätten, nicht ein toter Buchstabe bleibe, sondern eine Tatsache. Wir hätten nicht die Absicht, die politischen Zirkel Englands und Rußlands in Persien zu stören, könnten aber nicht ohne weiteres zustimmen, wenn England und Rußland monopolartige wirtschaftliche Konzessionen in ihren Einflußsphären beanspruchen sollten. Unsere öffentliche Meinung würde eine Ausschaltung Deutschlands vom persischen wirtschaftlichen Gebiet nicht ertragen können. Das englisch-russische Abkommen binde nur diese beiden Mächte, nicht uns. Für uns sei das Terrain für wirtschaftliche Unternehmungen aller Art auch in den beiden Einflußsphären offen. Von deutschen Absichten, die den englischen und russischen Interessen abträglich sein könnten, sei uns für jetzt nichts bekannt. Sollten aber namhafte deutsche Interessen in Persien geschaffen werden, etwa durch größere Konzessionen, so seien wir verpflichtet, schützend für sie einzutreten. Zu einem Verzicht auf wirtschaftliche Betätigung größeren Stils in der englischen und russischen Interessensphäre würden wir natürlich nur gegen entsprechende Gegenleistung bereit sein können. Ein Gebiet für derartige Gegenleistungen wäre unschwer zu finden, beispielsweise in Mesopotamien. Auch könnte, um den Monopolcharakter englischer oder russischer Eisenbahnbauten zu vermeiden, eine gewisse Beteiligung deutschen Kapitals in Frage kommen.

Sir E. Goschen zeigte volles Verständnis für meine Ausführungen und hatte, wie ich bestimmt annehme, den Eindruck, daß es nicht in unserer Absicht liegt, den Faden mit England abreißen zu lassen.

v. Schoen

Nr. 10112

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Schoen an den Geschäftsträger in London von Kühlmann

Telegramm
Konzept von der Hand des Dirigenten der Politischen Abteilung Zimmermann

Nr. 39 Berlin, den 5. Mai 1910

Graf Quadt meldet:

„Englischer, russischer Vertreter verlangen unter Androhung, Gegenteil unfreundlich aufzufassen, von Persern amtliche Erklärung, ohne ihre Zustimmung keine Konzessionen zu erteilen, die ihre politischen und strategischen Interessen berühren*. Darunter sind unter anderem alle

* Dieses Verlangen war schon durch Note vom 7. April gestellt und wurde durch eine zweite Note vom 20. Mai noch ergänzt. Vgl. Nr. 10140.

Eisenbahnen-, Straßen-, Telegraphen-, Minenkonzessionen gemeint. Absicht offenbar, diesbezügliche frühere nur einseitigen Protest darstellende Demarche durch freien persischen Willensakt in Abkommen umzuwandeln und abgelaufenes Eisenbahnverbot erweitert auf unbestimmte Zeit zu verlängern. Russischer Gesandter hält sämtliche Konzessionen für politisch. Persische Regierung verlangt dilatorisch schriftliche Definition oben unterstrichener Begriffe."

Wir würden bedauern, wenn England und Rußland tatsächlich auf derartiger Erklärung Persiens bestehen sollten, weil dadurch Offene Tür illusorisch und Möglichkeit der uns nach wie vor erwünschten freundschaftlichen Verständigung über Persien geradezu vereitelt werden würde. Ententemächte sind zu fraglicher Demarche anscheinend durch Gerücht veranlaßt, daß deutscherseits wertvolle Konzessionen in Persien unter anderem für Eisenbahnen sowie für Schiffahrt auf Urmiasee erstrebt werden. Dies ist uns gänzlich unbekannt. Daß Persien derartige Konzessionen an Deutsche erteilen möchte, ist wahrscheinlich, wir beobachten indes aus Rücksicht auf Verständigung mit Ententemächten andauernd loyale Zurückhaltung.

Bitte dortiger Regierung entsprechende Mitteilung machen.

v. Schoen

Nr. 10113

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Schoen an Kaiser Wilhelm II.**

Ausfertigung

Berlin, den 7. Mai 1910

Herr Iswolsky, der auf der Durchreise von Frankreich nach Petersburg sich nur einige Stunden hier aufhielt, stattete mir einen Besuch ab.

Das Gespräch kam sogleich auf Persien. Ich erwähnte einer gestern hier eingegangenen telegraphischen Nachricht**, wonach der russische und englische Gesandte in Teheran von der persischen Regierung die amtliche Erklärung verlangen, ohne Zustimmung Rußlands und Englands an andere Mächte keine Konzessionen zu erteilen, welche die politischen und strategischen Interessen Rußlands und Englands berühren. Nach Äußerungen der Vertreter der beiden Ententemächte seien hiermit alle[1] Eisenbahn-, Straßen-, Telegraphen- und Minenkonzessionen gemeint.

Die Nachricht von dieser ersichtlich gegen vermeintliche deutsche Bestrebungen gerichteten Demarche habe hier unangenehm überrascht. Wir hätten dem Petersburger und Londoner Kabinett wiederholt loyal zu

---

* Der Immediatbericht wurde am 7. Mai den Botschaften in London, Paris, Wien, Rom, Konstantinopel und Petersburg inhaltlich mitgeteilt.
** Vgl. Nr. 10112.

verstehen gegeben, daß wir in Persien keinerlei politische, sondern nur wirtschaftliche Ziele verfolgen, mit anderen Worten, daß wir ihre Kreise dort nicht stören werden. Nachdem Herr Iswolsky uns im Jahre 1906 den Wunsch nach einer Verständigung über Persien zu erkennen gegeben und die russischen Bestrebungen in jenem Lande dargelegt hatte, seien wir in unserer Loyalität und der festen Hoffnung auf entsprechende Haltung Rußlands uns gegenüber so weit gegangen, uns um größere Konzessionen in jenem Lande überhaupt nicht zu bewerben und auch der Deutschen Orientbank die Zustimmung zu der ihr persischerseits angebotenen Konzession zur Leistung von Vorschüssen und zur Gewährung von Anleihen und zur Beteiligung an Eisenbahnbauten zu versagen[2]. Wiewohl wir neuerdings unsere Loyalität den Ententemächten nochmals nachdrücklich versichert haben, schienen diese nicht geneigt, ihren uns gegebenen Versicherungen der Aufrechterhaltung der Offenen Tür für uns zu entsprechen. Durch die Erzwingung der von ihnen angeblich erstrebten Monopole für Eisenbahnen, Straßen, Telegraphen und Minen werde der Grundsatz der Offenen Tür praktisch wirkungslos. Wir hofften daher, daß die Ententemächte auf derartigen Wünschen nicht bestehen werden, jedenfalls nicht durch ein derartiges Abkommen mit Persien zum Ausdruck bringen werden. Gegen ein derartiges Vorgehen würde unsere nachgerade sehr empfindlich gewordene öffentliche Meinung, wohl auch diejenige anderer Staaten nachdrücklich Stellung nehmen[3]. Dadurch würde nicht nur eine Verständigung zwischen uns und Rußland und England über asiatische Fragen, die doch im Interesse der Beteiligten liege, wesentlich erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht werden, sondern auch die allgemeinen Beziehungen, die immer freundschaftlicher und vertrauensvoller zu gestalten uns am Herzen liege, ungünstig beeinflußt.

Herr Iswolsky behauptete, über die jüngsten Vorgänge nicht auf dem laufenden zu sein[4], hielt unsere Nachricht über die Demarche der Ententemächte in Teheran aber für im ganzen zutreffend, da er nicht verhehlen könne, daß die Kabinette von Petersburg und London durch die offenbar auf Bahnkonzessionen gerichtete Tätigkeit eines Vertreters der Deutschen Bank in Teheran*, durch deutsche Bewerbung um die Schiffahrt auf dem Urmiasee und schließlich durch die simultanen und identischen Anfragen der Vertreter des Dreibundes über die russisch-englischen Absichten in Persien** beunruhigt worden seien.

Ich versicherte Herrn Iswolsky, daß jene Anfragen der Dreibundmächte rein zufällig zu gleicher Zeit erfolgt und nicht verabredet gewesen seien. Der Vertreter der Deutschen Bank habe keinerlei Mission zur Erlangung irgend einer größeren Konzession, geschweige denn einer das russische Interessengebiet berührenden Eisenbahnkonzession. Von deutschen Unternehmungen bezüglich des Urmiasees sei uns nicht das geringste be-

---

* Said Ruete; vgl. Nr. 10093.

** Vgl. Nr. 10099, 10101.

kannt. Sei auch prinzipiell das Terrain für alle Konzessionen frei, solange wir nicht durch ein Abkommen gebunden, so seien wir doch bereit, auch fernerhin wie bisher mit größter Loyalität auf die russischen Interessen Rücksicht zu nehmen und kein deutsches Unternehmen, das diesen Interessen zuwiderlaufe[5], zu unterstützen. Gerade im Bewußtsein dieses guten Willens aber würden wir nicht ruhig zusehen können, daß man, wie dies anscheinend jetzt geschehen solle, „nous ferme en Perse la porte à notre nez". Die russischen und englischen Befürchtungen, die zu der Demarche in Teheran Anlaß gegeben, seien tatsächlich unbegründet, daher erscheine auch diese Demarche unnötig und schädlich. Ich könne nur dringend anregen, diesen Weg nicht weiter zu verfolgen, sondern unseren Worten vollen und ganzen Glauben zu schenken und in die dargebotene Hand einzuschlagen.

Meine Darlegungen blieben nicht ohne Eindruck auf Herrn Iswolsky. Er räumte zunächst ein, daß Mißverständnisse und unbeglaubigte Nachrichten[6] bei der Genesis der russischen und englischen Befürchtungen mitgewirkt haben können. Seien bedenkliche[7] deutsche Konzessionen und politische Aktionen in Persien tatsächlich nicht beabsichtigt, so ändere sich das Bild. Wenn übrigens die Ententevertreter in Teheran alle Eisenbahn-, Straßen-, Telegraphen- und Minenkonzessionen als politische bezeichnet haben sollten, was er bezweifele, so könne er diese Auffassung nicht billigen[8]. Als politisch könnten nur gewisse Bahnunternehmungen in strategisch wichtigen Gebieten bezeichnet werden, in beschränkterem Maße auch Straßen- und Telegraphenanlagen, keinenfalls aber Minenunternehmungen. Fremde, namentlich deutsche wirtschaftliche Unternehmungen in Persien halte er in Übereinstimmung mit dem sehr kompetenten Finanzminister Kokowzow geradezu für erwünscht, da Persien der wirtschaftlichen Erschließung, die ja auch Rußland zugutekommen würde, dringend bedürfe. Er lege nach wie vor großen Wert auf eine Verständigung mit uns über Persien und werde sogleich nach seiner Rückkehr in Petersburg sich der Frage eingehend widmen[9].

Ich habe nochmals die Dringlichkeit der Sache mit dem Hinweis darauf betont, daß die eingeleitete Demarche in Teheran, wenn durchgeführt, die Aussichten auf Verständigung nahezu zunichte machen würde.

Andere politische Fragen wurden bei unserer Unterhaltung nicht erörtert, wenn auch Herr Iswolsky es nicht vermeiden konnte, sich retrospektiv über die Balkanpolitik, über die Annexionskrise, über Graf Aehrenthals Unzuverlässigkeit und verdächtige Pläne und demgegenüber über Rußlands Loyalität und friedfertige Absichten und freundschaftliche Gesinnungen für Deutschland[10] in uns hinläng ich bekannter Weise und Breite zu ergehen. Ich bin Herrn Iswolsky auf dieses Gesprächsgebiet nicht gefolgt, aus dessen Reichhaltigkeit mir noch folgende Punkte erwähnenswert scheinen: Es unterliege keinem Zweifel, daß Graf Aehrenthal bei den jüngsten Verhandlungen mit Rußland über den Balkan* ein neues Ab-

---

* Vgl. dazu Kap. CCXV.

kommen à deux angestrebt habe. Das sei aus den veröffentlichten Schriftstücken ersichtlich. Aehrenthal sei erst ausgewichen, als er auf den Status quo festgenagelt werden sollte. Hinterher stelle er natürlich jene Absicht mit der gleichen Doppelzüngigkeit in Abrede, mit der er seinerzeit sein Eingehen in Buchlau auf den Konferenzgedanken abgeleugnet[11].

Ferner: König Ferdinand von Bulgarien sei mit hochfliegenden abenteuerlichen Plänen nach Petersburg gekommen*. Der Zeitpunkt zum Losschlagen gegen die Türkei sei nach Ansicht des Bulgarenkönigs eingetreten. Er, Iswolsky, habe dem König „appliqué une formidable douche" und ihm dringend angeraten, nach dem Canossa am Goldenen Horn zu pilgern, was auch mit erfreulichem Erfolg geschehen. Der Serbenkönig hingegen sei unter dem maßvollen Einfluß Milowanowitschs recht verständig gewesen.

Die russische Politik, versicherte Herr Iswolsky, werde es sich angelegen sein lassen, die Balkanvölker im Zaum zu halten[12].

v. Schoen

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
N[eues] Pal[ais] 8/V 10 W.
Randbemerkungen des Kaisers:
[1] !! Unerhört
[2] das ging zu weit!
[3] unzweifelhaft und ich auch!
[4] freche Lüge!
[5] welchen? Die müssen festgelegt werden sonst wird bei jedem Deutschen Versuch sofort ein vermeintl[iches] gefährdetes Russ[isches] Intresse vorgeführt, und damit Deutsche Aktion überhaupt verhindert
[6] also giebt er es zu
[7] was heißt das? ganz unbestimmt und grenzenlos!
[8] ahem
[9] Da er dieselbe seit Jahren betreibt, müßte er sie nach gerade kennen!
[10] Hallunke!
[11] ?
[12] solange Russland nicht fertig und es ihm in den Kram paßt!

Nr. 10114

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Geschäftsträger in London von Kühlmann

Telegramm
Konzept von der Hand des Dirigenten der Politischen Abteilung Zimmermann

Nr. 45 Berin, den 8. Mai 1910

Auf Telegramm Nr. 56**.

Wir sind andauernd bereit, die besonderen strategischen und politischen Interessen Englands und Rußlands in Persien auch auf wirtschaft-

---

* Vgl. dazu Kap. CCX, Nr. 9748, S. 183, Fußnote *.

** Telegramm Nr. 56 Kühlmanns vom 6. Mai, das am 8. Mai zusammen mit dem obenstehenden Erlaß nach London auch nach St. Petersburg telegraphisch (Nr. 53)

lichem Gebiet insofern zu respektieren, als wir, um die Worte Sir Charles Hardinges zu gebrauchen, deren Berechtigung anerkennen wollen, eine Art bevorzugtes Optionsrecht hinsichtlich Eisenbahnen-, Straßen- und Telegraphenkonzessionen in ihren Einflußsphären zu beanspruchen. Wir denken nicht daran, in politische Interessen der beiden Reiche eingreifen zu wollen. England und Rußland aber werden anerkennen, daß die wirtschaftlichen Konzessionen, die wir zu machen bereit sind, in ihrer Wirkung einen Verzicht auf das uns durch unseren Handelsvertrag mit Persien eingeräumte Recht der Meistbegünstigung in sich schließen. Die aus diesem Recht hervorgehenden Ansprüche sind wir bereit auf dem Wege vertragsmäßiger freundschaftlicher Verständigung mit England und Rußland in dem angedeuteten Umfange aufzugeben. Eine solche herbeizuführen, ist schon seit lange unser aufrichtiger Wunsch. In Übereinstimmung hiermit haben wir uns stets auf das peinlichste jeglicher Einwirkung auf die persische Regierung enthalten, so sehr dort auch zeitweise der stille Wunsch bestanden haben mag, uns zu engagieren. In Bekundung dieses Wunsches haben wir weiter bereits 1906 Rußland bestimmte Vorschläge gemacht, auf die es nach den Mitteilungen des Herrn Iswolsky jetzt antworten will; auch habe ich demselben Gedanken in bezug auf England in meiner Unterredung mit Sir Edward Goschen vom 10. v. Mts.* Ausdruck gegeben. Ich kann mich der Besorgnis nicht verschließen, daß diese Verständigung sehr gegen unseren Wunsch erschwert werden könnte, wenn wir, wozu wir schon mit Rücksicht auf unsere öffentliche Meinung veranlaßt sein würden, auf die Beeinträchtigung unseres vertragsmäßigen Meistbegünstigungsrechts in Teheran aufmerksam machen müßten. Diese Schwierigkeiten würden ausgeräumt werden, wenn England und Rußland nicht auf der fraglichen Erklärung Persiens bestehen, ohne daß eine freundschaftliche Verständigung mit uns zustande kommt. Auch für die nach wie vor von uns gewünschte Verständigung über die Bagdadbahn könnte eine unseren Bedürfnissen Rechnung tragende Verständigung über Persien nur vorteilhaft sein.

Bitte dies dort verwerten.

v. Bethmann Hollweg

---

mitgeteilt wurde, hatte über Ausführung des am 5. Mai (vgl. Nr. 10112) erteilten Auftrags berichtet. Danach hatte Unterstaatssekretär Sir Charles Hardinge die englisch-russische Demarche in Teheran auf Nichterteilung von Konzessionen ohne Zustimmung Englands und Rußlands bestätigt, aber betont, daß sie ohne Druck erfolgt sei, lediglich Eisenbahn-, Straßen- und Telegraphenkonzessionen betreffe, und daß England im übrigen an der Offenen Tür festhalte.

* Vgl. Nr. 10105, Fußnote *.

Nr. 10115

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 142 St. Petersburg, den 9. Mai 1910

Als ich Herrn Iswolsky heute besuchte, um die persischen Angelegenheiten im Sinne Euerer Exzellenz hohen Weisungen mit ihm zu besprechen, begann der Minister die Unterhaltung damit, daß er betonte, er sei über die Frage augenblicklich nur oberflächlich orientiert, da er während seiner vierwöchentlichen Abwesenheit von hier ohne jede Verbindung mit dem hiesigen auswärtigen Ministerium gewesen sei. „J'avais coupé tous les fils"[1]. So seien ihm denn auch bei seiner Unterredung mit dem Herrn Staatssekretär Freiherrn von Schoen* die neuesten Vorgänge in Teheran nicht bekannt gewesen.

Als ich ihm darauf den Inhalt der letzten mir hochgeneigtest übermittelten Meldungen des Grafen Quadt und des Herrn von Kühlmann** mitteilte, bemerkte Herr Iswolsky, die russische und englische Regierung hätten in der Tat von Persien die Erklärung verlangt, daß Konzessionen, welche die politischen und strategischen Interessen beider Nachbarreiche berührten, ohne ihre Zustimmung nicht an Angehörige anderer Staaten vergeben würden. Dabei seien aber ausdrücklich nur Konzessionen für Eisenbahnen, Straßen und Telegraphen gemeint gewesen. Es habe den beiden Mächten durchaus ferngelegen, dabei das Prinzip der Offenen Tür verletzen zu wollen. Im Gegenteil sei die den Persern gelassene „marge" für Vergebung anderer Konzessionen sehr weit gewesen. So sei für die Vergebung von Anleihen nur die Bedingung gestellt worden, daß durch dieselben in erster Linie die Ansprüche, welche die beiden Ententemächte an Persien hätten, befriedigt werden müßten.

Eine Erklärung von Persien im obigen Sinne zu verlangen, sei aber durchaus notwendig gewesen, weil Nachrichten hierher gelangt seien, nach welchen die persische Regierung im Begriffe stehe, mit verschiedenen gegenwärtig in Persien anwesenden internationalen Finanzleuten, zum Beispiel mit dem Vertreter der Deutschen Bank und einem gewissen Oganne oder Ogan (Herr Iswolsky versicherte, den Namen selbst nicht genau zu wissen) wegen Vergebung von Eisenbahnkonzessionen Verträge abzuschließen. Es handele sich dabei anscheinend nicht nur um deutsche Interessen, sondern der letztgenannte Finanzmann sei insbesondere auch für französisches Kapital tätig. Den Abschluß solcher Verträge zu verhindern, sei aber für Rußland und England von der größten Wichtigkeit, da beide Mächte, wie schon mehrfach betont worden sei, nicht zugeben könnten, daß in Persien

---

* Vgl. Nr. 10113.

** Vgl. Nr. 10112 und Nr. 10114, Fußnote **.

in ihren beiderseitigen Interessensphären Verkehrswege und Telegraphenlinien in andere als in russische, bezw. englische Hände gerieten.

Ich setzte darauf dem Minister an der Hand Euerer Exzellenz Instruktionen auseinander, daß wir, obwohl wir auf Grund unseres Handelsvertrages mit Persien berechtigte Ansprüche auch auf Konzession der obenerwähnten Art hätten, bereit wären, auf dieselben zu verzichten, wenn wir Aussicht hätten, mit Rußland und England zu einer freundschaftlichen Verständigung zu gelangen. Herr Iswolsky versicherte, daß er gern bereit sei, die Hand zu einer solchen Verständigung zu bieten. Er kam dann noch auf die Frage der Schiffahrt auf dem Urmiasee, welche in der Hand zu haben für Rußland von der größten Bedeutung sei. Ich beruhigte ihn darüber, daß er auch bezüglich dieses Punktes von unserer Konkurrenz nichts zu befürchten habe, sobald er im allgemeinen unserem Standpunkt gegenüber Entgegenkommen zeige. Der Minister erwiderte darauf, er werde uns sein Entgegenkommen dadurch beweisen, daß er uns, wie er hoffe, binnen kurzem Gegenvorschläge auf unsere Vorschläge vom Jahre 1906 machen werde.

Ich bemerkte nun, Euere Exzellenz wollten die Frage anregen, ob es sich nicht empfehlen würde, um alle Schwierigkeiten, die sich etwa einer freundschaftlichen Vereinbarung entgegenstellen könnten, aus dem Wege zu räumen, bei der persischen Regierung nicht auf Abgabe der erwähnten Erklärung zu bestehen, ohne daß eine freundschaftliche Verständigung mit uns zustande komme. Es war deutlich zu merken, daß diese Anregung Herrn Iswolsky nicht angenehm war. Er gab zunächst eine ausweichende Antwort, indem er versicherte, daß russischer- und englischerseits überhaupt kein Druck auf die persische Regierung geübt werden solle. Im übrigen habe der persische Minister des Äußern* auf die letzte Demarche der beiden Ententemächte schon eine mündliche Antwort[2] erteilt und versichert, daß die persische Regierung den Wünschen Rußlands und Englands Rechnung tragen werde. Herr Iswolsky deutete aber an, daß, falls die persische Regierung sich noch weiter mit den internationalen Finanzleuten einlasse, England und Rußland schwer würden darauf verzichten können, von Persien bündigere Erklärungen zu verlangen. Es bestehe sonst die Gefahr, daß man sich plötzlich vor dem fait accompli der Vergebung von Eisenbahnkonzessionen an fremde Kapitalistengruppen befände. Dieser Eventualität müsse auf jeden Fall vorgebeugt werden.

Ich erwiderte darauf, daß, wenn Herr Iswolsky denselben guten Willen mitbrächte wie wir, nach meiner Ansicht sehr bald ein Boden gefunden werden könnte, auf welchem wir uns unter Vorbehalt einer Einigung über Details im Prinzip verständigen könnten. Es scheine mir dringend wünschenswert, daß eine solche Verständigung erfolge, bevor der Augenblick eintrete, in welchem wir mit Rücksicht auf unsere öffentliche Meinung nicht würden umhin können, auf die uns auf Grund der Meistbegünstigungsklausel zustehenden Ansprüche hinzuweisen.

* Muawin ed Dauleh.

Herr Iswolsky wich weiteren Erörterungen dadurch aus, daß er von neuem erklärte, er sei noch nicht genügend über die gegenwärtige Sachlage informiert, um auf die Frage näher eingehen zu können. Bezüglich des Punktes betreffend Gewährung eines entsprechenden Anteiles an das deutsche Kapital bei Eisenbahn-, Straßenbauten und Errichtung von Telegraphenlinien erklärte der Minister, er wolle sich hierüber noch nicht bindend äußern, er werde diesen Punkt aber näher prüfen, und es scheine ihm, daß sich über denselben reden lasse. F. Pourtalès

Randbemerkungen Freiherrn von Schoens:
[1] Hat er wörtlich auch mir gesagt v. Sch.
[2] dabei könnte es sein Bewenden haben

Nr. 10116

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 66 London, den 11. Mai 1910

Habe Inhalt von Telegramm Nr. 45* gestern ausführlich bei Sir E. Grey verwertet. Der Minister machte sich häufig schriftliche Notizen zu meinen Ausführungen, bemerkte aber, er könne selbst vorläufig auf die Materie nicht näher eingehen, da er zunächst die Ankunft Sir E. Goschens, der zu den Beisetzungsfeierlichkeiten** hierher kommt, abwarten müsse. Auch will Sir E. Grey zunächst jedenfalls mit dem Premierminister die Angelegenheit besprechen. Er drückte die Hoffnung aus, daß ebenso wie über Marokko auch über Persien eine Verständigung erfolgen werde, sprach sich aber nicht darüber aus, ob er darauf hinwirken wolle, daß die englisch-russische diplomatische Aktion in Teheran bis zu einer Verständigung mit uns sistiert werde.

Betreffend Bagdadbahn suchte er wiederum darzulegen, daß die Zustimmung zur vierprozentigen Zollerhöhung ein bedeutendes englisches Opfer sei.

Über die Unterredung Euerer Exzellenz mit Sir E. Goschen vom 10. April*** hat der Minister privatim an den Botschafter geschrieben. Sir E. Grey will wohl ohne Zweifel sich vorerst mit Petersburg einigen, ehe er zu unserer Forderung auf Sistierung der russisch-englischen Demarche in Teheran Stellung nimmt†. Es fragt sich nun, ob Euere Exzellenz wünschen, daß ich den Minister zu einer sofortigen Antwort dränge, oder ob

* Siehe Nr. 10114.
** Am 20. Mai fanden die Beisetzungsfeierlichkeiten für den am 7. Mai verstorbenen König Eduard VII. statt.
*** Vgl. Nr. 10105, Fußnote *.
† Das war in der Tat der Fall; vgl. den bei v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 193ff. veröffentlichten Schriftwechsel zwischen Iswolsky und Graf Benckendorff.

wir den ungewissen Ausgang der Lage in Persien noch weiter abwarten wollen, auf die Gefahr hin, plötzlich vor dem fait accompli zu stehen. Dränge ich ihn zur Antwort, und fällt sie dann trotzdem ausweichend oder selbst abschlägig aus, so müßte ich meiner unmaßgeblichen Ansicht nach in der Lage sein, ihm zu erklären, daß wir nunmehr gezwungen wären, sofort und nachdrücklich der persischen Regierung auseinanderzusetzen, daß ihre Annahme der englisch-russischen Forderung eine Verletzung unseres Handelsvertrags mit Persien involviere, gegen die wir Protest einlegen würden.

Damit wären die Brücken vorläufig abgebrochen, und es entsteht dann die Frage, ob unser Einfluß in Teheran dem neu genieteten russisch-englischen Einfluß, dem der französische zur Seite steht, gewachsen ist.

Metternich

Randvermerk Freiherr von Schoens:

Reichskanzler

Es dürfte sich empfehlen, daß Ew. Exzellenz nochmals Sir E. Goschen, der voraussichtlich in den nächsten Tagen nach London reist, zu sich bitten und ihm bedeuten, wie dringend erwünscht es erscheine, daß England und Rußland uns in Persien nicht vor ein fait accompli stellen, das uns nötigen würde, den Persern, mit denen wir bisher jede Berührung vermieden haben, Vorstellungen wegen Beeinträchtigung unseres Meistbegünstigungsrechts zu machen. Durch einen solchen Schritt würde das Widerstreben der Perser gegen die englisch-russische Zumutung gestärkt und die Lage nur erschwert werden, was wir im Interesse einer Verständigung vermeiden möchten*.

Ich habe zu Schebeko in gleichem Sinne mich geäußert. Schebeko weiß auch, daß der Vertreter der Deutschen Bank in den nächsten Tagen die Heimreise von Teheran antritt.

v. Sch. 12/5.

Nr. 10117

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Schoen an den Botschafter in London Grafen von Metternich***

Telegramm

Konzept von der Hand des Dirigenten der Politischen Abteilung Zimmermann

Nr. 50 Berlin, den 12. Mai 1910

Auf Telegramm Nr. 66***.

Graf Osten-Sacken las mir Instruktion Iswolskys betreffend Persien vor. Sie läuft im wesentlichen darauf hinaus, daß Iswolsky zwar zu Gedankenaustausch mit uns bereit ist, die Frage der Sistierung der diplomatischen Aktion in Teheran aber offen läßt. Ich erwiderte Botschafter, daß Meldungen aus London Eindruck hervorrufen, daß Sir Edward Grey gleichen Standpunkt beobachte. Wir bedauerten dieses Hinausziehen der Kernfrage. Es komme darauf an, uns jetzt nicht vor fait accompli zu

* Wie aus einer Aktennotiz des Reichskanzlers hervorgeht, hat er am 12. Mai mit Sir E. Goschen in diesem Sinne gesprochen.

** Ein gleiches Telegramm ging an den Botschafter in Petersburg (Nr. 54).

*** Siehe Nr. 10116.

stellen und uns dadurch in Lage zu bringen, bei persischer Regierung wegen Verletzung der Meistbegünstigung Vorstellung zu erheben. Persische Regierung könnte durch derartige Vorstellung unsererseits zu irrtümlicher Auffassung gelangen, als ob wir sie zu Widerstand gegen England und Rußland bestärken wollen. Dadurch würde ganze Situation nur noch verwickelter werden. Es schiene mir, daß Ententemächte sich bis auf weiteres mit der nach Angabe Iswolskys vom persischen Minister des Äußern gegebenen mündlichen Versicherung, dem russischen und englischen Wunsch Rechnung zu tragen, begnügen und vor weiteren Schritten in freundschaftlichen Gedankenaustausch mit uns eintreten sollten.

Bitte sich demgemäß dort äußern.

v. Schoen

Nr. 10118

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 410 London, den 13. Mai 1910

Ich habe mich heute Sir Charles Hardinge gegenüber, da der auswärtige Minister bis nach Pfingsten auf dem Lande weilt, im Sinne des Telegramms Nr. 50* ausgesprochen.

Der Unterstaatssekretär blieb dabei, keine Antwort erteilen zu können, bis Sir Edward Grey mit dem englischen Botschafter in Berlin konferiert habe, bestritt, daß das beanspruchte Optionsrecht für Eisenbahnen, Verkehrsmittel (means of communication) und Hafenarbeiten (harbour works) einen Eingriff in unser Meistbegünstigungsrecht darstelle, bestritt ferner, daß für uns ein Anlaß vorläge, wegen Verletzung der Meistbegünstigung in Teheran Vorstellungen zu erheben, und bemerkte schließlich in scharfem Tone, die englische Regierung sei mit den Vorbereitungen für die Beisetzung des verewigten Königs vollauf beschäftigt und lasse in diesen Tagen die Politik ruhen**.

Ich entgegnete sofort folgendes: Wir hätten keinen Wunsch, während der Trauertage um den auch in Deutschland hoch respektierten verewigten König politische Kontroversen vom Zaune zu brechen. Der verewigte König sei aber in erster Linie englischer König und König der englischen Regierung gewesen. Wenn diese daher keine politischen Erörterungen während der Trauertage wünsche, so habe sie vor allem zu vermeiden, während dieser Zeit durch ihre politische Aktion in Teheran einen Zustand herbeizuführen, der die Rechte einer dritten Macht verletze und diese zum

* Siehe Nr. 10117.

** Dabei haben gerade um den 13. Mai zwischen Petersburg und London lebhafte Verhandlungen über eine neue gemeinsame Demarche in Teheran gespielt; vgl. v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 193f., 195f.

Einspruch zwinge. Abstentionspolitik für Deutschland und im selben Augenblick Aktionspolitik gegen Deutschland sei nicht vereinbar.

Der Unterstaatssekretär erwiderte, daß ich im Irrtum sei, es seien in den letzten Tagen keine Instruktionen im Sinne einer erneuten Aktion nach Teheran gesandt worden. Ich erwiderte kurz, der deutsche Standpunkt sei ihm bekannt, und verabschiedete mich.

Ein heute von mir an Sir Edward Grey gerichtetes Schreiben beehre ich mich in Abschrift beizufügen*.

Ich habe nicht den Eindruck, daß die englische Regierung in diesem Augenblick versucht, durch fortgesetzten Druck in Teheran uns vor ein unerwünschtes fait accompli zu stellen und uns dadurch zum Protest zu zwingen. Dagegen habe ich den Eindruck, daß sie in Petersburg beweisen will, daß die englisch-russische Entente nicht vor den deutschen Forderungen in Persien zurückzuweichen braucht. Die barsche Art des Unterstaatssekretärs ist bekannt. Der Ton, den er mitunter anschlägt, braucht deshalb nicht notwendig der Haltung zu entsprechen, die die englische Regierung einzunehmen wünscht. Es ist aber eine nützliche Lehre für ihn, wenn er bemerkt, daß man sich nichts von ihm gefallen läßt. Deshalb habe ich außer meiner Antwort an Sir Charles auch noch an Sir E. Grey geschrieben.

Sollte nun aber wider Erwarten die englisch-russische Diplomatie uns vor ein förmliches fait accompli stellen[1], — eine mündliche Zusicherung des persischen Ministers des Äußern scheint ja schon vorzuliegen —, so sollten wir uns meines unmaßgeblichen Erachtens, falls es möglich ist, ohne weiteres einige Konzessionen von der persischen Regierung erteilen und dann in Petersburg mitteilen lassen, daß dies eine Folge der Haltung der englischen Regierung ist. Ich habe nie geglaubt, daß für uns in Persien, dem empfindlichsten Punkt der englischen Politik, außer diplomatischen Schwierigkeiten viel zu holen ist; nachdem wir aber dort engagiert sind, müssen wir sehen, wie wir mit Anstand uns aus der Affäre herausziehen. Der Ausübung einer deutschen, von England als politisch betrachteten Konzession im südlichen Persien würde die englische Regierung sich voraussichtlich mit den ihr an Ort und Stelle zu Gebote stehenden Machtmitteln widersetzen. Die Ausübung von Konzessionen politischer Natur kommt aber wahrscheinlich sobald in Persien für niemand in Betracht. Über das erworbene Konzessionsrecht läßt sich aber vielleicht wieder einmal verhandeln. Am wünschenswertesten bleibt es indessen, wenn wir uns mit den Ententemächten unserem Vorschlag zufolge gütlich verständigen. Nur wenn dies endgültig fehlschlägt, sollten wir unabhängig von ihnen vorgehen und uns wenigstens in der Theorie Konzessionen erteilen lassen.

P. Metternich

Randbemerkung Freiherr von Schoens:

[1] Also erst abzuwarten, ob ein förmliches fait accompli erfolgt.

* Hier nicht abgedruckt.

Nr. 10119

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 79 St. Petersburg, den 13. Mai 1910

Habe soeben mit Iswolsky im Sinne Telegramms Nr. 54* gesprochen. Minister bemerkte, er könne sich heute noch nicht äußern, da er sich zunächst mit Londoner Kabinett ins Benehmen setzen und weitere Nachrichten aus Teheran abwarten müsse. Er betonte, daß er aufrichtig wünsche, sich mit uns zu verständigen, und gern alles vermeiden möchte, was Situation komplizieren könnte.

Pourtalès

Nr. 10120

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Privatbrief. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Wilhelm von Stumm

Berlin, den 17. Mai 1910

Gelegentliche Äußerungen Seiner Majestät lassen erkennen, daß allerhöchstderselbe sich mit der Absicht trägt, gelegentlich des Aufenthaltes in England** politische Gespräche mit dem Könige und englischen Staatsmännern herbeizuführen. Einen Schluß auf die Richtung, in welcher diese Gespräche sich bewegen dürften, läßt die Bemerkung Seiner Majestät zu, es sei jetzt nach dem Ableben König Eduards der Moment günstig, „einen Pfahl einzuschlagen".

Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, lieber Graf, daß ich die Opportunität politischer Gespräche in diesem Augenblick für sehr fraglich halte. Abgesehen von der aus Gründen des politischen Takts im Hinblick auf die Landestrauer gebotenen Zurückhaltung dürfte eine Initiative Seiner Majestät zu politischen Erörterungen insbesondere aus dem Grunde nicht unbedenklich sein, weil die maßgebenden englischen Persönlichkeiten dahinter den persönlichen Wunsch unseres allergnädigsten Herrn vermuten werden, den König auf die deutsche Seite zu ziehen und der engen Freundschaft mit Rußland und Frankreich abspenstig zu machen. Ich würde es unter diesen Umständen für besser halten, wenn politische Themata überhaupt nicht berührt werden. Ich habe auch in diesem Sinne auf Seine Majestät den Kaiser eingewirkt, bin aber nicht sicher, ob der Eindruck meiner Vorstellungen ein nachhaltiger bleiben wird. Ich möchte Sie daher bitten, auch Ihrerseits, wenn Sie, wie ich annehme, meine Anschauung teilen, in der gleichen Richtung tätig zu sein, was Ihnen ja bei Ihrer ge-

---

* Vgl. Nr. 10117, Fußnote **.

** Anläßlich der Beisetzung König Eduards VII. am 20. Mai; vgl. Nr. 10125.

nauen Kenntnis der Sinnesart Seiner Majestät und Ihrem bewährten Takt nicht schwer fallen wird.

Mit Ihrer Antwort auf die jetzige Bemerkung Hardinges*, mit der er einem Gespräch über Persien auszuweichen suchte, bin ich durchaus einverstanden, ebenso wie mit Ihrem Appell an Sir E. Grey. Es ist in der Tat eine eigentümliche Zumutung, daß wir stillsitzen sollen, während die englische Regierung in St. Petersburg und Teheran an der Arbeit ist. Auch bitte ich Sie, sobald das möglich ist, ohne wegen gerade stattfindender Trauerfeierlichkeiten Anstoß zu erregen, Sir E. Grey gegenüber auf die Sache zurückzukommen und ihm zu sagen, daß wir es nicht länger vermeiden könnten, die bewußte Erklärung in Teheran abzugeben, wenn die englische und russische Regierung sich nicht zu einer unseren Wünschen Rechnung tragenden weiteren Behandlung der Angelegenheit nunmehr bereit erklärten. Ihrer Anregung entsprechend, um Konzessionen in Persien nachzusuchen, trage ich doch Bedenken, da ein solches Vorgehn einer direkten Provokation der beiden Mächte gleichkommen und eine besser zu vermeidende außerordentliche Verschärfung der politischen Gesamtlage zur Folge haben würde.

v. Bethmann Hollweg

Nr. 10121

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 416 London, den 17. Mai 1910

Sir Edward Grey ersuchte mich heute, zu ihm zu kommen, und sprach über Persien**. Er habe seit vorigem Monat keine neuen Instruktionen nach Teheran gesandt. Die persische Regierung habe bisher nur zwei Zusagen gegeben: daß, wenn sie neue finanzielle Verpflichtungen eingehe, sie hierfür keine Garantien geben dürfe, die der englischen oder russischen Regierung bereits verpfändet seien; ferner, daß, falls sie eine fremde Anleihe aufnehme, sie daraus die Tilgung der Zinsen und Amortisierung der früheren englischen Anleihe vornehmen müsse.

Der Minister wünscht ferner, in irgend einer Form von der persischen Regierung das Optionsrecht für den Bau von politischen oder strategischen Eisenbahnen, Verkehrsmitteln und Hafenarbeiten zu erlangen. Bei den wichtigen politischen Interessen Englands in Persien erscheine ihm dies das Mindeste, was er verlangen könne. Auch erblicke er hierin keine

* Vgl. Nr. 10118.

** Vgl. auch die Resonanz dieses Gesprächs in Graf Benckendorffs Telegramm an Iswolsky vom 18. Mai 1910. v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 196.

Schädigung des Meistbegünstigungsrechts für andere Nationen. Er beanspruche keineswegs die Konzessionen für sämtliche Eisenbahnen und Verkehrsmittel, sondern nur das Recht, falls die persische Regierung eine derartige Konzession erteilen wolle, diese zu beanspruchen, wenn sie für Englands politische Stellung in Persien von Wichtigkeit sei. Die englische Regierung beabsichtige keineswegs, sich eine derartige Konzession jetzt erteilen zu lassen. Wenn wir nun in Teheran gegen das englischerseits beanspruchte Optionsrecht Verwahrung einlegten, so würde dieser Protest voraussichtlich ohne Folgen bleiben, da England garnicht beabsichtige, eine bestimmte Konzession zu erwerben. Ließen wir uns dagegen eine Konzession für Eisenbahnen und Verkehrsmittel mit politischem Charakter geben, so werde die englische Regierung in Teheran ebenfalls protestieren und ihre Ausführung zu verhindern trachten. Soviel er wisse, beabsichtigten wir aber auch nicht, eine bestimmte Konzession zu erwerben.

Ich erwiderte, wenn sämtliche Konzessionen für Eisenbahnen, Verkehrsmittel und Hafenbauten vorweggenommen würden, so sei dies ein Eingriff in die Handelsfreiheit. Es sei rein in das Belieben der englischen Regierung gestellt, jede dergleichen Konzession als politisch zu erklären. Wir wünschten aber nicht zu protestieren, sondern uns zu verständigen und auszusprechen.

Der Minister bemerkte, es würde für ihn schwer halten, eine Verständigung mit uns über die Beteiligung deutschen Kapitals an persischen Eisenbahnen herbeizuführen, wenn wir nicht zugleich eine Verständigung über die verwandte Frage der Bagdadbahn* erzielten.

Ich erwiderte, die Konzession für die Bagdadbahn hätte unsere Gesellschaft rechtmäßig von der türkischen Regierung erworben. Es sei gar keine Veranlassung dazu da, daß wir einen wertvollen Teil der erworbenen Konzession für nichts an England abgeben sollten. Die vier Prozent waren für die Türken zwar sehr erfreulich, für uns aber ziemlich gleichgültig. Zudem sei die Bagdadbahn durch den langjährigen Widerstand Englands zu einer europäisch-politischen Frage aufgebauscht worden, sodaß auch schon der öffentlichen Meinung gegenüber ein wertvoller Teil der Bagdadbahn nicht ohne Kompensation abgegeben werden könne. Auch beanspruchten wir nicht ein Eisenbahnmonopol für Kleinasien, wie er es jetzt für Persien beanspruche, wo überhaupt noch keine Eisenbahnkonzession vergeben sei. Es handele sich daher nicht um ein gleichwertiges Objekt der Verhandlung.

Das Resümee der Bemerkungen des Ministers: wenig Geneigtheit, über Persien zu verhandeln ohne Bagdadbahn, aber noch kein fait accompli in Teheran.

P. Metternich

---

* Vgl. dazu Kap. CCXVI.

Nr. 10122

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 84 St. Petersburg, den 18. Mai 1910

Auf die Angelegenheit der russischer- und englischerseits von Persien verlangten Erklärungen betreffend Eisenbahn-pp. Konzessionen zurückkommend, teilte mir Iswolsky heute folgendes mit. Um zu verhindern, daß Rußland und England vor vollendete Tatsache einer an Angehörige dritter Mächte gewährten Konzession obiger Kategorie gestellt würden, hätten beide Mächte in einer Note an persische Regierung einerseits verlangt, daß, falls Persien anderweitige Anleihe aufnehme, in erster Linie ihre finanziellen Ansprüche an Persien befriedigt würden. Sodann sei gefordert worden, daß bekannte Ansprüche beider Mächte bezüglich Konzession von strategischer und politischer Bedeutung berücksichtigt würden. Erster Teil der Note sei augenblicklich gegenstandslos geworden. Bezüglich zweiten Teils habe persische Regierung noch um nähere Auskünfte gebeten[1]. Rußland habe darauf geantwortet, es müsse darauf bestehen, daß Persien Konzessionen für Eisenbahnen, Schiffahrtslinien, Hafenbauten, Telegraphen und Straßen nicht an andere vergebe, ohne sich vorher mit beiden Mächten in Verbindung zu setzen. Abgabe einer Erklärung werde von Persien nicht verlangt*.

Iswolsky sprach Hoffnung aus, daß auf diese Weise Voraussetzungen zu freundschaftlichen Verhandlungen, zu denen er nach wie vor gern bereit sei, nicht gestört würden. Er stellte wiederum russische Gegenvorschläge in baldige Aussicht.

Pourtalès

Randbemerkung Freiherrn von Schoens:

[1] Nämlich um Definition der Begriffe „politisch" und „strategisch"

Nr. 10123

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Entzifferung

Nr. 423 London, den 19. Mai 1910

Nach der an anderer Stelle unter dem 19. d. Mts. mitgeteilten Konversation zwischen Iswolsky und dem Kaiserlichen Botschafter in St. Peters-

* Das ausdrückliche Zugeständnis Iswolskys, daß die Abgabe einer Erklärung von Persien nicht verlangt werde, ein Zugeständnis, mit dem der russische Minister einen Schritt des Entgegenkommens gegen Deutschland über die mit England verabredete Linie hinaus tat (vgl. dazu das Telegramm Graf Benckendorffs an Iswolsky vom 21. Mai bei v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 196f.), wurde in seiner Bedeutung zuerst von Graf Metternich erkannt. Siehe das folgende Schriftstück.

burg* hat der russische Minister gesagt, Abgabe einer Erklärung werde von Persien nicht verlangt. Wäre von Iswolsky die offizielle Bestätigung dieser Äußerung zu erlangen, so würde damit der schwierigste Punkt in den gegenwärtigen Pourparlers wegfallen. Es würde unser vertragsmäßiges Meistbegünstigungsrecht in Persien nicht angetastet werden.

Da man hier keine Neigung zu persischen Vereinbarungen zu haben scheint, so wäre es, im Falle die Äußerung des russischen Ministers bestätigt wird[1], vielleicht das beste, wenn man dann die Frage vorläufig ruhen ließe[2]**. In diesem Falle möchte ich auch Euerer Exzellenz geneigter Erwägung anheimgeben, die Erklärung, wir könnten die bewußte Mitteilung in Teheran nicht länger aufschieben, bis zur Klarstellung vorläufig zurückzuhalten[3]. Ähnliche Erklärungen haben wir schon abgegeben. Es steht zu fürchten, daß zu rasche Wiederholung die Wirkung abschwächen könnte.

Metternich

Randbemerkungen Freiherrn von Schoens:

[1] Durch Osten-Sacken bestätigt

[3] Dieser Gedanke kommt in meinem Telegramm*** und in demjenigen Osten-Sackens zum Ausdruck

Randbemerkung von Bethmann Hollwegs:

[2] Ja v. B. H.

Nr. 10124

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Schoen an den Botschafter in Petersburg Grafen von Pourtalès†

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 60 Berlin, den 21. Mai 1910

Auf Telegramm Nr. 84††.

Graf Osten-Sacken hat mir Iswolskys Erklärung an Ew. Exzellenz wiederholt.

Ich habe geantwortet, das von Rußland und England beabsichtigte Verlangen an Persien entspringe Besorgnissen, die, soweit Deutschland in Betracht komme, tatsächlich unbegründet seien. Kein deutsches Bank-

---

* Vgl. Nr. 10122: das Telegramm Graf Pourtalès' vom 18. Mai war am 19. unter Nr. 59 nach London mitgeteilt worden.

** In diesem Sinne wirkte Graf Metternich auch auf den zu den Beisetzungsfeierlichkeiten für König Eduard VII. in England weilenden Kaiser Wilhelm II. ein. Vgl. dessen Randbemerkung zu Nr. 10125.

*** Vgl. Nr. 10124 nebst Fußnote †.

† Das Telegramm wurde auch dem Grafen Metternich telegraphisch (Nr. 64) mitgeteilt.

†† Siehe Nr. 10122.

institut habe jemals Persien eine Anleihe angeboten oder eine den russischen oder englischen Interessen abträgliche Konzession nachgesucht. Ebensowenig bestehe bei irgend jemand in Deutschland Absicht, solches zu tun. Für uns habe daher persische Frage wesentlich nur theoretische Bedeutung. Die von Rußland und England beanspruchte Vorzugsstellung involviere im Prinzip eine Beeinträchtigung unseres vertraglichen Meistbegünstigungsrechts. Unsere recht empfindliche öffentliche Meinung, der russische und englische Blätter leider bereits Einblick in Sachlage geboten, fasse russisch-englisches Vorgehen als Ausfluß des Bestrebens auf, Deutschland in Persien wirtschaftlich auszuschalten. Es scheine uns, nachdem wir beruhigende Versicherungen gegeben, für die wir vertrauensvollen Glauben beanspruchen, am vorteilhaftesten, wenn Demarche in Teheran bis auf weiteres unterbleibe. Dann wären auch wir einer Stellungnahme enthoben und der Abschluß einer die russischen und englischen politischen Interessen anerkennenden freundschaftlichen Verständigung erleichtert, zu der wir jederzeit unter Voraussetzung bereit seien, daß sie theoretisch unseren Vertragsrechten und unserer Würde Rechnung trage. Wir sähen den in Aussicht gestellten Vorschlägen Iswolskys mit lebhaftem Interesse entgegen*.

Bitte sich dort entsprechend äußern.

v. Schoen

Nr. 10125

*Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in London***

Telegramm. Entzifferung

Nr. 18 Berlin, den 21. Mai 1910

Mit meinem alleruntertänigsten Dank für das gnädige Telegramm von gestern*** abend darf ich meiner Mitfreude daran Ausdruck geben, daß Euere Majestät so erhebende Eindrücke von der Beisetzungsfeier mitnehmen. Euerer Majestät Mitteilungen bestätigen, was auch in der englischen Presse offen ausgesprochen wird, daß Allerhöchstdero Aufenthalt in England von der englischen Bevölkerung warm und tief empfunden wird. Da die Stimmungen der Völker auch in der großen Politik ihre Rolle spielen, so ist dies hoffentlich der Anfang zum Umschwung. Wir stehen

* Vgl. dazu das Telegramm Iswolskys an Graf Benckendorff vom 22. Mai (v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 197f.), worin der Botschafter ersucht wird, Sir E. Grey wegen der gemeinsamen Stellungnahme zu den Erklärungen Freiherr von Schoens zu befragen. Eine Antwort Graf Benckendorffs liegt nicht vor.

** Hier abgedruckt im Hinblick auf die Randbemerkung des Kaisers.

*** Das Telegramm Kaiser Wilhelms II. vom 20. Mai (Nr. 26) schilderte sein Eintreffen in London zu den Beisetzungsfeierlichkeiten für den am 7. Mai verstorbenen König Eduard VII. Vgl. auch Bd. XXVIII, Kap. CCXXIV, Nr. 10888, Fußnote **.

fortgesetzt mit London und St. Petersburg wegen Persien in Meinungsaustausch, und habe ich den Eindruck, daß sich an beiden Stellen eine maßvollere und weniger von Besorgnis deutschstörender Absichten beherrschte Auffassung geltend zu machen beginnt. Die Frage wegen des marokkanischen Berggesetzes ist noch in Schwebe.

Die Haltung des Königs Ferdinand zeigt aufs neue, wie eigenartig und empfindlich der hohe Herr ist.

Mit dem Statthalter Grafen von Wedel, den ich hergebeten hatte, habe ich heute stundenlang und mit gutem Erfolge über die Verfassungsfrage* verhandelt.

Auch hier schönes, warmes Wetter. Meine ehrfurchtsvollsten Wünsche für den Abschluß des englischen Aufenthalts.

Alleruntertänigst

Bethmann Hollweg

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:

Besten Dank!

Was die Persische und ähnliche Fragen betrifft, so empfiehlt es sich, nach meiner Beobachtung hiesiger Stimmung, vorläufig dieselbe, dilatorisch zu behandeln oder ruhen zu lassen; Der Orientirung und Einarbeitung des Königs in alle diese äußeren Themata muß Zeit gegeben werden. Die Politische Behandlung der Fragen muß von ihm neu inszenirt werden. Entweder in der bisherigen Bahn oder anders. Aber bei seiner tiefen Trauer und der des ganzen Volkes, würde es ein Zeichen sehr schlechten Geschmackes und als eine Taktlosichkeit empfunden werden, wenn jetzt von Außen her auf Lösung solcher Fragen gedrückt werden sollte. Ich wünsche dringend daß London gegenüber, jetzt äußerste Vorsicht und Ruhe waltet. Wie im Inneren man gewillt ist, den Streit ruhen zu lassen, bis der König au fait ist und mit den Maaßgebenden Faktoren sich orientirt und Fühlung genommen hat, so müssen wir auswärtigen Mächte es auch machen. Wait and see! Alle Geschäftigkeit oder Frühzeitige Combinationen auf dem Gebiet der äußeren Politik, auch in unsrer Presse, könnten hier uns sehr schaden! Da man, sehr feinfühlig jetzt ist. Es muß viel Takt angewendet und am besten in respektvollem Schweigen verharrt werden; bis S[eine] M[ajestät] es bricht.

Jedenfalls würde eine jetzt angeregte Diskussion über die an und für sich rein theorethische Persische Frage, die im Hinblick auf die hiesige Lage eine Nonentität ist, gradezu ein faux pas sein, von übelsten Folgen begleitet. Der meine ganze Arbeit hier völlig vernichten würde. Man begnüge sich mit dem guten Erfolg meines Hierseins; und warte das Weitere ab. Eisenbahnen will ja vorläufig weder England noch Russland noch wir in dem elenden Lande bauen!

---

* Gemeint ist die elsaß-lothringische Verfassungsfrage, hinsichtlich deren im Frühjahr 1910 eine Vorlage angekündigt war.

Nr. 10126

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in London

Telegramm. Konzept von der Hand des Staatssekretärs Freiherrn von Schoen

Nr. 20 Berlin, den 22. Mai 1910

Ehrfurchtsvollsten Dank für Ew. Majestät Willensäußerung über persische Frage!*

Auch ich halte es für richtig, in London aus Gründen politischen Takts jetzt nicht zu insistieren. Dies wird uns dadurch ermöglicht, daß, wie wir aus Petersburg erfahren, Rußland und England sich infolge unserer Aufklärungen dahin verständigt haben, formelle Erklärung seitens Persiens über russisch-englische Vorzugsstellung für Anleihen und Konzessionen jetzt nicht zu verlangen**, also nicht einen fait accompli zu schaffen. Unsere letzte Rückäußerung nach Petersburg*** betonte theoretischen Charakter der Frage und Wunsch freundschaftlicher Verständigung.

Ich habe Metternich beauftragt, persische Frage bis auf weiteres ruhen zu lassen†. Auf unsere Presse werden wir einwirken.

Alleruntertänigst

v. Bethmann Hollweg

Nr. 10127

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

London, den 24. Mai 1910

Privat für den Herrn Reichskanzler

pp††. Zu dem von Seiner Majestät während seines hiesigen Aufenthaltes mehrfach geäußerten Wunsche, die persische Angelegenheit ruhen

---

* Siehe Nr. 10125.

** Das traf doch nur für Rußland, jedoch einstweilen nicht für England zu; vgl. Nr. 10122 nebst Fußnote.

*** Siehe Nr. 10124.

† Es war durch Telegramm Nr. 66 vom 22. geschehen. Das Telegramm lautete: „Einverstanden, daß, wenn von englischer Seite keine Anregung kommt, Ew. pp. die persische Frage bis auf weiteres ruhen lassen." Am gleichen Tage erging an Graf Pourtalès (Nr. 61) die telegraphische Weisung: „Es empfiehlt sich mit Rücksicht auf die Trauerstimmung in England, die persische Frage, die nach dem letzten Gedankenaustausch bereits an Schärfe verloren hat, bis auf weiteres von unserer Seite nicht zu betreiben."

†† Aus dem ausführlichen Telegramm Graf Metternichs über den Aufenthalt Kaiser Wilhelms II. in London wird hier nur mitgeteilt, was sich auf Persien bzw. die Bagdadbahn bezieht. Den vollen Wortlaut des Telegramms siehe in Bd. XXVIII, Kap. CCXXIV, Nr. 10391.

zu lassen und nicht mit relativ gleichgültigen diplomatischen Fragen die durch den Thronwechsel und seinen Besuch entstandene neue und günstige Lage zu trüben, führte ich aus, daß durch Iswolskys Erklärung, das betreffende Versprechen von der persischen Regierung nicht mehr fordern zu wollen, der Boden zur Beilegung dieser Streitfrage gewonnen sei, da unser Meistbegünstigungsrecht nicht mehr beeinträchtigt werde. Sir E. Grey habe diese Erklärung aber noch nicht abgegeben, und ich würde mir daher gestatten, Euerer Exzellenz vorzuschlagen, mir zu erlauben, dem englischen Minister gelegentlich unseren Standpunkt in der persischen Frage nochmals in objektiver und versöhnlicher Weise darzulegen, um ihm Gelegenheit zu geben, auch seinerseits und freiwillig dieselbe Zusage wie Iswolsky zu erteilen. Mehr als eine solche Zusage brauchten wir nicht für den Augenblick. Wir hätten nicht nur Rußland sondern auch England gegenüber Persiens wegen Stellung genommen. Was man anfängt, solle man versuchen durchzuhalten. Gebe Sir E. Grey nach einer freundschaftlichen und nicht drängenden Auseinandersetzung mit ihm, wie zu hoffen sei, die gewünschte Zusage, so werde der persischen Frage, wie sie sich in den letzten Wochen entwickelt habe, der Stachel benommen. Ich hob ausdrücklich hervor, daß ich mir gestatten würde, Euerer Exzellenz diesen Gesichtspunkt zu entwickeln, und Seine Majestät nahm daher keinerlei Stellung dazu*.

Seine Majestät zeigte keine Geneigtheit, mit England über die Bagdadbahn zu verhandeln. pp.

Metternich

Nr. 10128

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 90 St. Petersburg, den 28. Mai 1910

Herr Iswolsky las mir soeben Wortlaut telegraphischer Instruktion an Herrn Poklewsky vom 5./18. Mai vor: Der Gesandte wird darin ange-

* Am 25. Mai telegraphierte Reichskanzler von Bethmann Hollweg darauf an Graf Metternich (Nr. 68): „Einverstanden, daß Ew. Exzellenz gelegentlich ohne jedes Drängen sich von Sir E. Grey Bestätigung der uns von Iswolsky mitgeteilten ermäßigten Absichten Rußlands und Englands in persischer Frage geben lassen. Nichtbestehen der Ententemächte auf persischer Gegenerklärung würde uns einer Vorstellung in Teheran wegen Verletzung unseres Meistbegünstigungsrechts entheben. Staatssekretär hat sich in diesem Sinne gestern zu hiesigem englischen Geschäftsträger geäußert.“ Siehe den vollen Wortlaut des Telegramms in Bd. XXVIII, Kap. CCXXIV, Nr. 10392.

Über die hier erwähnte Rücksprache Freiherrn von Schoens mit dem englischen Geschäftsträger Grafen von Salis findet sich nichts Weiteres bei den Akten; dafür enthält ein Telegramm Graf Benckendorffs an Iswolsky vom 31. Mai (v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 199 f.) eine Inhaltsangabe des ihm von Sir Ch. Hardinge vorgelesenen Berichts des Grafen Salis über jene Unterredung.

wiesen, zusammen mit englischem Vertreter in einer Note an persische Regierung Wunsch der russischen und englischen Regierung auszudrücken, daß — im Hinblick auf Schwierigkeiten einer genauen Definition des Begriffs politische Konzessionen — vor Vergebung jeder Konzession betreffs Eisenbahnen, Straßen, Schiffahrt, Häfen und Telegraphen Gedankenaustausch mit beiden Mächten eingeleitet werden möchte, damit diese in der Lage seien, ihre Interessen zu wahren. Zuwiderhandlungen gegen diesen Wunsch würden beide Mächte als mit ihren Traditionen freundschaftlicher Beziehungen zu Persien im Widerspruch stehend betrachten. Am Schluß der Instruktion heißt es ausdrücklich, daß Antwort auf die betreffende Note nicht erwartet werde. Herr Iswolsky teilte mir weiter mit, daß Übergabe der Note durch die Herren Poklewsky und Marling inzwischen bereits erfolgt sei*. Herr Poklewsky habe dann hier angefragt, wie er sich verhalten solle, falls persische Regierung dennoch Absicht äußern sollte zu antworten. Er ist darauf nochmals angewiesen worden zu erklären, daß es keiner Antwort bedürfe.

Minister ließ am Schlusse unseres Gesprächs durchblicken, daß rege Fühlung unseres Vertreters in Teheran mit dem russischen sehr wünschenswert sein würde, da sich auf diese Weise Mißverständnisse leicht vermeiden lassen würden. Herr Poklewsky würde gern bereit gewesen sein, den Grafen von Quadt über den von ihm getanen Schritt genau zu informieren.

Pourtalès

Nr. 10129

Der Botschafter in Washington Graf von Bernstorff an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 126 Washington, den 29. Mai 1910

Ein Journalist sagte mir, im Staatsdepartement hätte man gestern angedeutet, daß wir vielleicht die Vereinigten Staaten in die persische Frage hineinziehen würden wegen der gleichen Auffassung der Offenen Tür, die hier und bei uns im Gegensatz zu England und Rußland vertreten würde. Es scheint demnach hier mit diesem Gedanken geliebäugelt zu werden. Ich habe mich selbstverständlich dem Staatssekretär** gegen-

* Die Übergabe der vom 20. Mai datierten Note erfolgte nach einem Telegramm des Grafen Quadt vom 26. Mai (Nr. 55) erst an diesem Tage. Die Instruktion an Poklewsky kann nicht schon am 18. Mai abgegangen sein, denn noch am 22. Mai telegraphierte Iswolsky an Graf Benckendorff (v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 197): „Ehe ich Poklewsky Instruktionen gebe, möchte ich wissen, wie Grey über die letzte von Schoen unserm Berliner Botschafter gemachte Erklärung denkt."

** P. C. Knox.

über völlig zurückgehalten, als er mich zweimal auf die persische Frage anredete.

Bernstorff

Randvermerk Freiherrn von Schoens:

Reichskanzler

Meo Voto sollten wir Bernstorff instruieren, in Washington, falls man dort auf die Sache zurückkommt, zu sagen, es berühre uns sehr angenehm, uns in der prinzipiellen Auffassung der open door mit der Bundesregierung einig zu wissen, die persische Frage habe durch den geänderten modus procedendi Rußlands und Englands an Schärfe verloren, sodaß eine protestierende Stellungnahme unsererseits bis auf weiteres sich erübrige.

v. Sch. 30/5

Nr. 10130

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Botschafter in Wien von Tschirschky

Konzept von der Hand des Dirigenten der Politischen Abteilung Zimmermann

Nr. 739 Berlin, den 2. Juni 1910
Vertraulich [abgegangen am 4. Juni]

Nach den übereinstimmenden Mitteilungen Sir Edward Greys und des Herrn Iswolsky stellt sich das Vorgehen Englands und Rußlands in Persien folgendermaßen dar:

Anfangs April d. Js. haben die Ententemächte in einer gemeinsamen Note von der persischen Regierung eine bindende Erklärung verlangt, daß sie 1. keine politischen und strategischen Konzessionen an Dritte ohne vorherige Genehmigung der beiden Mächte vergebe, 2. eine eventuelle Anleihe bei Dritten nicht durch solche Objekte garantiere, die bereits der englischen oder russischen Regierung verpfändet seien, und 3. die Anleihe selbst zur Tilgung der bei den Ententemächten kontrahierten Schulden verwende. Die persische Regierung hat daraufhin die Forderungen zu 2 und 3 anerkannt, hinsichtlich der Forderung zu 1 jedoch zunächst noch um Aufklärung gebeten. Diesem Ersuchen ist seitens der Ententemächte vor etwa 14 Tagen durch eine Note des Inhalts entsprochen worden, daß beide Regierungen im Hinblick auf die Schwierigkeiten einer genauen Definition des Begriffes „politische Konzessionen" auf dem Wunsche bestehen müßten, daß vor Vergebung jeder Konzession für Eisenbahnen, Straßen, Schiffahrt, Häfen und Telegraphen ein Gedankenaustausch mit beiden Mächten eingeleitet werde, damit diese in der Lage seien, ihre Interessen zu wahren. Die Erteilung derartiger Konzessionen ohne Befragen der beiden Mächte würde nicht im Einklange mit den traditionellen freundlichen Beziehungen stehen. Am Schluß dieser Erklärung wird ausdrücklich betont, daß eine Antwort auf die Note nicht erwartet werde*.

* Diese Mitteilung war der deutschen Regierung nur durch Iswolsky, nicht von Sir E. Grey geworden. Vgl. Nr. 10127.

Diese Mitteilungen sind durch den hiesigen persischen Gesandten als richtig mit dem Hinzufügen bestätigt worden, daß die Regierung in Teheran nicht die Absicht hege, den Ententemächten eine Antwort zu erteilen. Herr Iswolsky hat dem Kaiserlichen Botschafter in St. Petersburg des weiteren erklärt, der russische Vertreter in Teheran habe inzwischen um eine Weisung für den Fall gebeten, daß die persische Regierung trotz des Schlußsatzes der letzten Note die Absicht äußern sollte, den Ententemächten zu antworten. Herr Poklewsky sei darauf angewiesen worden, der persischen Regierung ausdrücklich zu erklären, daß es keiner Antwort bedürfe.

Das von uns zunächst erstrebte Ziel ist hiernach erreicht worden. Die Ententemächte haben sich darauf beschränkt, der persischen Regierung gegenüber hinsichtlich der Verleihung sogenannter politischer und strategischer Konzessionen lediglich Wünsche zu formulieren, indes davon abgesehen, die formelle Zustimmung Persiens zu diesen Wünschen herbeizuführen. Es liegt sonach eine nur einseitige Erklärung der Ententemächte und keine entsprechende Vereinbarung mit Persien vor. Das uns und dritten Mächten in Persien vertragsmäßig zustehende Meistbegünstigungsrecht ist daher formell wenigstens unangetastet geblieben. Unter diesen Umständen und mit Rücksicht darauf, daß sich in deutschen Interessentenkreisen bisher keinerlei Neigung zur Bewerbung um Konzessionen der fraglichen Natur bemerkbar gemacht hat, beabsichtigen wir in der persischen Frage bis auf weiteres keine neuen Vorstellungen in London und St. Petersburg zu erheben, sondern abzuwarten, ob etwa die Ententemächte an uns mit Vorschlägen herantreten werden. Selbstverständlich werden wir es uns angelegen sein lassen, auch in Zukunft für die Aufrechterhaltung der Offenen Tür in Persien nach Möglichkeit einzutreten.

Dem persischen Gesandten ist auf seine Anfrage, wie die Regierung in Teheran sich aus ihrer prekären Lage gegenüber den Ententemächten befreien könnte, zu verstehen gegeben worden, daß Persien zu diesem Zwecke zunächst selbst Proben von Energie und Lebenskraft ablegen müßte. Als geeignetestes Mittel in dieser Hinsicht erschiene uns die Aufbringung einer inneren Anleihe, die dazu ausreichend wäre, um die Schulden bei England und Rußland zu tilgen.

Ich habe es begrüßt, daß ich durch den Verzicht Englands und Rußlands auf eine formelle Antwort Persiens im Sinne ihrer Wünsche der Notwendigkeit überhoben worden bin, bei der persischen Regierung gegen die eventuelle Verletzung unseres Meistbegünstigungsrechtes Verwahrung einzulegen. Es liegt auf der Hand, daß ein derartiger Protest einen festeren Zusammenschluß Englands und Rußlands in Persien und damit eine Verschärfung der persischen Frage zur Folge gehabt haben würde.

Was die Haltung der Türkei in der persischen Frage anlangt, so hat nach Meldungen des Kaiserlichen Gesandten in Teheran der dortige türkische Botschafter der Pforte seinerzeit anheimgestellt, bei den Dreibundmächten eine gemeinsame Demarche in London und St. Petersburg gegen das Vorgehen der Ententemächte anzuregen. Die Pforte hat dieser

Anregung keinerlei Folge gegeben. Wenngleich mir eine Annäherung zwischen der Türkei und Persien an sich durchaus erwünscht erscheint, so habe ich doch mit Rücksicht auf die Indifferenz der Pforte gegenüber den Anregungen ihres eigenen Vertreters in Teheran und die Möglichkeit türkischer Indiskretionen davon abgesehen, die Regierung in Konstantinopel von den diesseitigen Vorstellungen in London und St. Petersburg zu unterrichten. Ich glaube, mich im übrigen mit Graf Aehrenthal eins zu wissen, wenn ich den Standpunkt vertrete, daß sich der Pforte gegenüber auch in der persischen Frage die Wahrung des Prinzips empfiehlt, das wir ihr gegenüber in der Frage einer eventuellen Angliederung der Türkei an die Zentralmächte* beobachten. Demgemäß möchte ich auch in Zukunft in der Frage einer Annäherung zwischen der Türkei und Persien der Pforte tunlichst die Initiative überlassen.

Euer Exzellenz bitte ich, dem Grafen Aehrenthal von diesem Erlaß vertraulich Kenntnis zu geben.

v. Bethmann Hollweg

Nr. 10131

Aufzeichnung des Unterstaatssekretärs im Auswärtgen Amt Stemrich

Eigenhändig

Berlin, den 21. Juni 1910

Ich habe dem persischen Gesandten heute gesagt:

Nach uns vorliegenden Berichten scheine die persische Regierung mehr und mehr dazu hinzuneigen: — als Finanzberater Franzosen zu berufen. — Da er mich wiederholt gebeten, ihm privatim und ganz inoffiziell meine Meinung über die Entwicklung der Dinge in Persien zu sagen, so wolle ich ihm nicht verhehlen, daß ein derartiges Vorgehen mir nicht praktisch erscheine, Persien gerate dadurch immer mehr in die Hände der drei Ententemächte und werde damit immer abhängiger von Rußland und England. Richtiger würde es mir scheinen, wenn die persische Regierung sich ihre Finanzberater von irgend einer kleinen europäischen Macht, sei es Belgien, sei es die Schweiz oder Holland, erbitte. Deutschland komme dafür natürlich nicht in Betracht.

Mahmud Chan sah dies ein, versprach, in diesem Sinne seine Regierung zu beeinflussen, und sagte dann: nun müßte er aber auch eine Frage an mich richten. Er möchte nämlich wissen, ob ich es für richtig hielte, daß die persische Regierung die bekannte russisch-englische Note (wegen der Konzessionen) dem jetzigen Verlangen der beiden Mächte entsprechend

* Vgl. dazu Kap. CCXII.

unerwidert lassen, oder ob sie darauf antworten solle. Ich habe ihm darauf gesagt, nach meiner ganz privaten Ansicht, die ich ihm als alter Bekannter nicht vorenthalten wolle, sei das Bedenken der persischen Regierung, es könne aus ihrem Schweigen Zustimmung gefolgert werden, nicht unberechtigt. Ich würde deshalb antworten, aber so, daß dadurch die Situation nicht verschärft werde. Namentlich müsse eine Antwort vermieden werden, die uns in die Lage versetze, dagegen wegen Verletzung unseres Handelsvertrages Protest erheben zu müssen. Vielleicht empfehle es sich zu erwidern: Zurzeit sei kein Konzessionsantrag gestellt worden, und die Frage sei infolgedessen in keiner Weise akut. Unter diesen Umständen erscheine einstweilen eine Stellungnahme der persischen Regierung zu dem russisch-englischen Verlangen nicht erforderlich, dieselbe könne vielmehr späterer Zeit vorbehalten werden. —

Seiner Exzellenz zur geneigten Kenntnis.

Stemrich

Nr. 10132

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 215 St. Petersburg, den 27. Juli 1910

Es fällt mir auf, daß sowohl Herr Iswolsky als Sir Arthur Nicolson in neuerer Zeit mir gegenüber gern das Gespräch auf die Verhältnisse in Persien bringen und dabei die innere Lage dieses Landes in den schwärzesten Farben malen. Auch bei seinem heutigen Empfangstage kam Herr Iswolsky auf dieses Thema und klagte darüber, daß die Dinge in Persien sich von Tag zu Tage schlimmer gestalteten. Das neue Ministerium in Teheran* bestehe nur aus nationalistischen Elementen, von einer Regierung könne eigentlich keine Rede sein, und man müsse sich ernstlich fragen, wohin diese Zustände führen sollten. So gerne Rußland seine Truppen wenigstens zum Teil aus Persien zurückziehen würde, so sei gegenwärtig gar nicht abzusehen, wann sich hierzu die Möglichkeit bieten werde. Mein englischer Kollege, den ich kurz vor Herrn Iswolsky sah, äußerte sich in ähnlichem Sinne und erwähnte, er habe soeben mit dem Minister einen Gedankenaustausch über die sehr bedenkliche Lage in Persien gehabt.

Obwohl keiner der beiden Herren irgendwie auf die Frage der Konzessionen oder auf die von uns bezüglich der Offenen Tür erhobenen Ansprüche anspielte, hatte ich doch den Eindruck, daß ihre pessimistische Schilderung der persischen Verhältnisse den Zweck hatte, einer erneuten Anregung der persischen Frage unsererseits möglichst vorzubeugen.

F. Pourtalès

* Im Juli 1910 war provisorisch ein neues Ministerium unter Mustofi el Memalik gebildet.

Nr. 10133

Der Gesandte in Teheran Graf von Quadt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 64 Teheran, den 9. August 1910

Bitte gestrige Kämpfe in Teheran* ausführlich schildern zu dürfen, da Wahrscheinlichkeit vorliegt, daß Russen sich über die von mir eingenommene Haltung in Berlin beschweren.

Seit mehreren Tagen bestand die Absicht von seiten der Regierung, die Freiheitskämpfer zu entwaffnen. Dieselben hatten sich in einen Garten zurückgezogen, es war ihnen ein Ultimatum zur Übergabe der Waffen gestellt worden. Nach Ablauf desselben sollten die 300 bis 400 mit modernsten Waffen ausgerüsteten Leute gewaltsam entwaffnet werden. Gleichzeitig sollten Haussuchungen nach Waffen stattfinden, und auch die Fremden waren aufgefordert worden, Waffen abzugeben. Um mich zu überzeugen, daß Deutschen keine Gefahr drohe, habe ich mich gestern bei Tagesanbruch in die Stadt begeben; um mir von der Bedeutung des bevorstehenden Kampfes und Folgen ein Bild zu machen, begab ich mich in den betreffenden Garten. In einem Gespräch mit dem Häuptling der Freiheitskämpfer Sattar Chan überzeugte ich mich, daß der beste Wille vorherrschend war, die Waffen in friedlicher Weise abzugeben, daß nur die Brücke fehlte, um mit der Regierung zu verhandeln; die beiden Parteien waren offenbar russischerseits unter der Hand aneinander gehetzt worden, um Unruhen hervorzurufen. Nachdem mir Sattar Chan die ganz harmlosen Bedingungen, die er für Niederlegung der Waffen stellte, auseinandergesetzt hatte, begab ich mich zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten** und sagte ihm in Gegenwart des Kriegsministers***, ich glaubte, friedliche Beilegung der ganzen Angelegenheit sei, wenn bei der Regierung guter Wille vorherrsche, eine Kleinigkeit. Die Minister nahmen sofort, einsehend, daß zwischen ihnen intrigiert würde, die von der Gegenpartei gestellten Bedingungen an und baten mich, dies derselben mitzuteilen. Gleichzeitig wurde die für den Ablauf des Ultimatums gestellte Zeit bis 12 Uhr mittags verlängert. Um 10 Uhr begab ich mich mit der Antwort der Regierung in den Garten. Die Leute erklärten sofort ihre Bereitwilligkeit, die Waffen niederzulegen. Zufällig und ohne jede Verabredung fand ich einige Mitglieder der türkischen Botschaft gleichfalls in dem Garten anwesend. Da ich mich nicht zu sehr in die Details einmischen wollte, gab ich den Türken, die verschiedene Schutzbefohlene unter den

---

* Am 8. August hatten in Teheran heftige Straßenkämpfe zwischen Regierungstruppen und den „Freiheitskämpfern" unter Sattar Chan und Baghir Chan stattgefunden, die mit der Gefangennahme der Aufrührer endeten.

** Hussein Kuli Chan Nawab.

*** Emad es Saltaneh.

Freiheitskämpfern hatten, anheim, bei der Waffenübergabe, um Zwischenfälle zu vermeiden, zugegen zu sein. Einen Augenblick war die Rede davon, daß die Freiheitskämpfer, um die von der Regierung in Aussicht gestellte Zahlung für die Waffen auch wirklich zu erhalten, diese Waffen auf der türkischen Botschaft niederlegen wollten, nachdem ich abgelehnt hatte, dieselben auf der deutschen Gesandtschaft in Empfang zu nehmen. Dieser Gedanke wurde aber wieder fallen gelassen, und die Freiheitskämpfer erklärten sich bereit, Waffen an die Regierung direkt abzuliefern. Ich zog mich hierauf aus dem Garten zurück, und die Waffenabgabe begann. Um sicher zu sein, daß die für das Ultimatum gestellte Zeit ohne weitere Zwischenfälle ablief, hielt ich mich in der Stadt bis zu dem hierfür festgesetzten Zeitpunkt auf, kehrte dann nochmals vor das Tor des Gartens zurück und überzeugte mich, daß die Waffenabgabe in geordnetster und friedlichster Weise vor sich ging. Darauf ritt ich auf das Land zurück. Kurze Zeit nach meiner Ankunft daselbst erhielt ich telephonisch die Nachricht, der Kampf habe begonnen. Ich kehrte darauf sofort in die Stadt zurück und konnte nur feststellen, daß der Kampf auf beiden Seiten mit Heftigkeit begonnen habe. Wie sich später herausstellte, war bei Abgabe der Waffen plötzlich, von welcher Seite war nicht festzustellen, ein Schuß gefallen. Freiheitskämpfer, von Panik ergriffen, liefen in Garten zurück und kämpften nunmehr um ihr Leben. Es wurde bis in Nacht heftig weiter gekämpft und schließlich Garten im Sturm von Regierungstruppen genommen und sämtliche Freiheitskämpfer in Gefangenschaft gesetzt.

Ich hatte keineswegs Absicht, mich irgendwie in politische Seite der Waffenniederlegung einzumischen. Da ich aber feststellen konnte, daß auf beiden Seiten der beste Wille herrschte, Blutvergießen zu vermeiden, glaubte ich, Brücke zu Verständigung, ohne mich weiter zu engagieren, bilden zu sollen. Ausschlaggebend für mich war dabei der Gedanke, daß, wie allgemein bekannt, russischerseits dringend der Kampf gewünscht wurde, um die sowohl in Hauptstadt wie auch in Provinzen im Zusammenhang damit stehenden Unruhen zu benutzen, um russische Truppen in Hauptstadt zu bringen. Es schien mir in unserem Interesse, hier inoffiziell und privatim vorbeugen zu sollen, ohne, soweit möglich, in direkte innere Verhältnisse einzugreifen. Daß russischerseits heftig intrigiert wurde und auch von voraussichtlich bezahlten Leuten aus dem Basar direkt Freiheitskämpfer beständig aufgestachelt und an Waffenabgabe verhindert werden sollten, konnte jedermann klar erkennen. Auch war sehr auffallend, daß während der Kämpfe sich kein Mitglied der russischen Gesandtschaft bei dieser Gelegenheit sehen ließ, um nach außen hin völlige Teilnahmlosigkeit kundzugeben, obwohl russischer Gesandter sich persönlich vormittags kurze Zeit in Stadt aufgehalten hatte.

Spät abends aus Stadt zurückgekehrt, war es mein erstes heute morgen, meinem russischen Kollegen ein Wort zu schreiben, um ihm meinen Besuch anzukündigen und ihn von dem Geschehenen in Kenntnis zu setzen. Ich sagte ihm dann, da wir politisch uns hier nicht einmischten, hielte ich

es für meine Pflicht, ihm als dem Meistinteressierten von allem, was geschehen sei, und was ich veranlaßt hätte, wahrheitsgemäß Kenntnis zu geben. Ich konnte dabei feststellen, daß der russische Gesandte meine Handlungsweise zu einer großen politischen Tat und Einmischung aufbauschen wollte und auch wohl in diesem Sinne sich beschwerend nach St. Petersburg telegraphiert hat. Ich erklärte ihm in durchaus sachgemäßer Weise mein Verhalten, sagte ihm aber dabei, natürlich könne ich ihn nicht daran hindern, der . . .* eine Bedeutung zu . . .*, die ihr in Wirklichkeit nicht zugrunde liege. Ich glaube bestimmt, daß mein russischer Kollege, der mir die Niederlage bei Anstellung der französischen Finanziers in die Schuhe schiebt, den Vorgang möglichst weit gegen mich ausnutzen wird und sich in diesem Sinne mit dem englischen und französischen Vertreter verständigt hat.

Der italienische Geschäftsträger** hatte mich gebeten, bei meinem Besuch in der Stadt sich anschließen zu dürfen, und hat meiner Demarche als durchaus stummer Zeuge ohne irgendwelche Betätigung beigewohnt. Auch dieser Umstand dürfte benutzt werden, um den Vorgang als eine zwischen mir, dem italienischen Geschäftsträger und eventuell den türkischen Beamten vereinbarte politische Aktion darzustellen. Dieselbe hat natürlich in keiner Weise stattgefunden. Bitte, nach wie vor überzeugt zu sein, daß ich mich jeder politischen Einmischung auf das sorgfältigste enthalte. Bericht folgt.

Quadt

Nr. 10134

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Gesandten in Teheran Grafen von Quadt

Telegramm
Konzept von der Hand des Dirigenten der Politischen Abteilung Zimmermann

Nr. 51 Berlin, den 10. August 1910

Persönlich: Auf Telegramm Nr. 64***.

Durch Demarchen zwecks Beilegung Feindseligkeiten haben Euer Hochgeboren sich zweifellos in innere persische Angelegenheiten eingemischt. Ihr instruktionswidriges Verhalten erscheint um so bedauerlicher, als es erstrebtem Zweck nicht gedient, dagegen überflüssige Telegrammgebühren verursacht hat†.

Kiderlen

---

* Zifferngruppe fehlt.
** Montagna.
*** Siehe Nr. 10133.
† Ein Erlaß vom 13. August unterstrich den dem Gesandten erteilten Verweis nochmals: „Daß Ihre Aktion den Stempel einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten Persiens getragen hat, kann keinem Zweifel unterliegen. Sie hat durch die zufällige Anwesenheit türkischer Botschaftsmitglieder und des italienischen Geschäfts-

Nr. 10135

Der Gesandte in Teheran Graf von Quadt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 72 Teheran, den 15. August 1910

Neuerdings Parlament als dringend vorgelegter Regierungsentwurf* beantragt Anstellung von sieben französischen Finanzbeamten, vier Italienern für Gendarmerie, drei Schweden für Polizei, eines Ägypters für Justiz, Entwurf Kommission von fünf Abgeordneten überwiesen. Stimmung für Entwurf und durchaus gegen Anstellung Belgier.

Quadt

Randvermerk Stemrichs:

Ich habe die nebenstehende Nachricht heute mit dem persischen Gesandten besprochen. Derselbe sagte mir, er habe die Nachricht schon in der „Times" gelesen und wolle unter Bezugnahme darauf seine Regierung telegraphisch warnen, bei etwaiger Berufung ausländischer Beamter Deutschland zu übergehen. Die Frage Mahmuds, ob wir denn Beamte geben würden, habe ich bejaht — vorausgesetzt, daß die Perser sich eben überhaupt mit einem internationalen Stabe von Beamten umgeben wollen. St.

Nr. 10136

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Kiderlen

Reinschrift

Berlin, den 23. August 1910

Der russische Botschafter kam heute zum Diplomatenempfang in die Stadt, was allgemein auffiel; es soll seit zehn Jahren nicht passiert sein. Nach einigen Umschweifen trat er denn auch mit seinem Gravamen hervor. Er sagte, in unseren Zeitungen sei anläßlich der Aktion des Grafen Quadt** gesagt worden, Rußland habe in Persien „keine Interessensphäre".

---

trägers sogar noch einen besonderen politischen Beigeschmack erhalten. Es ist daher nicht verwunderlich, wenn Ihr russischer Kollege Ihr Eingreifen als eine große politische Tat aufzubauschen versucht hat. Wie wenig opportun Ihr Vorgehen auch mit Rücksicht auf die gerade in Frage stehenden persischen Verhältnisse gewesen ist, beweist der gänzliche Mißerfolg der Demarche. In Würdigung dieser Tatsachen werden Euer Hochgeboren, wie ich vertraue, sich inzwischen selbst davon überzeugt haben, daß ein Eingreifen in innere persische Angelegenheiten von unserem Standpunkte unzweckmäßig ist, und daß sich in Zukunft die Beobachtung absoluter Reserve für uns empfiehlt."

* Vgl. dazu das Telegramm des russischen Gesandten in Teheran Poklewsky an Iswolsky vom 18. August (v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 211). Als das hauptsächliche russische Ziel wird darin bezeichnet, die Anstellung von deutschen oder österreichischen Instrukteuren in der persischen Armee nicht zuzulassen.

** Vgl. Nr. 10133.

Wir hätten ihm aber häufig erklärt, daß wir die besonderen russischen Interessen in Persien anerkennen, und daß unser dortiger Gesandter Auftrag habe, nichts ohne Einverständnis mit seinem russischen und englischen Kollegen zu tun. Ob sich etwas geändert hätte in unserer Stellung? Ich habe dem Grafen erwidert, wir seien für Preßartikel nicht verantwortlich; ich nähme an, daß er auch die Angriffe der „Nowoje Wremja" auf unsern Gesandten nicht auf seine Verantwortung nehmen würde. Jedenfalls könnten die Deklarationen, welche die Kaiserliche Regierung abgegeben habe, durch einen Zeitungsartikel nicht alteriert werden.

Als der Graf nochmals auf die Zeitungsartikel kam und speziell das „Berliner Tageblatt" anführte, habe ich ihm erwidert, wenn er das „Tageblatt" lese, würde er wissen, daß es sehr viel häufiger das Auswärtige Amt angreife als die russische Regierung. Dann behauptete der Botschafter, Graf Quadt habe sich aber doch, ohne sich mit seinen Kollegen zu verständigen, in innere persische Angelegenheiten gemischt. Auf meine direkte Frage, ob sich der russische Gesandte über Graf Quadt beschwert habe, behauptete der Botschafter, überhaupt nichts Amtliches über den Zwischenfall zu haben. Ich erzählte darauf dem Grafen, unser Vertreter habe lediglich ein Anerbieten friedlicher Waffenablieferung der Freiheitskämpfer an die persische Regierung weitergegeben. Dafür würde er doch wohl nicht erst die Erlaubnis des russischen Gesandten einzuholen brauchen. Graf Osten-Sacken ließ dann das Thema fallen und erging sich in allgemeinen Betrachtungen über die böse Presse.

Kiderlen

Nr. 10137

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 245 St. Petersburg, den 23. August 1910

Seit diesem Frühjahr ist in meinen Unterredungen mit Herrn Iswolsky die persische Frage immer nur flüchtig gestreift worden. Mußte ich mir in dieser Beziehung schon infolge der mir im Mai von Euerer Exzellenz erteilten Weisung, unsere Wünsche bezüglich Persiens vorläufig nicht zu betreiben*, Zurückhaltung auferlegen, so war das Bestreben des Ministers, jeder eingehenden Unterhaltung über dieses Thema tunlichst vorzubeugen, deutlich zu erkennen. Die Art, mit welcher Herr Iswolsky über die immer schlimmer werdenden anarchischen Zustände in Persien sprach, konnte bei mir keinen Zweifel darüber lassen, daß er damit auf die Zwecklosigkeit von Verhandlungen über ein Land mit gänzlich ungewisser Zukunft hinweisen wollte.

* Vgl. Nr. 10126, Fußnote †.

Bei den langen Unterhaltungen, die ich kürzlich mit Herrn Sasonow hatte, kam nun auch die Rede auf Persien. Als ich die griefs, welche in Deutschland gegen Rußland bestehen, aufzählte, ließ ich die Bemerkung fallen, es müsse natürlich auch bei uns auffallen, daß Rußland weit schwierigere Abkommen mit England und Japan* abschließe, während unsere bescheidenen Wünsche bezüglich Persiens kein Entgegenkommen fänden, vielmehr augenscheinlich dilatorisch behandelt würden. Man könne uns auch nicht verdenken, wenn wir aus dem Umstande, daß unsere Verhandlungen mit dem Petersburger Kabinett über Persien mit dem Augenblick des Abschlusses des russisch-englischen Abkommens ins Stocken geraten seien, unsere Schlüsse zögen.

Herr Sasonow warf nun zunächst die Frage auf, ob denn wirklich unser Handel mit Persien ein so bedeutender sei, daß wir ein Interesse an dem möglichst baldigen Abschluß eines Abkommens hätten. Ich erwiderte, daß einmal unser Handel mit Persien keineswegs so gering sei, wie er zu glauben scheine, dann aber, daß wir auch die Zukunft ins Auge zu fassen hätten. Schon jetzt werde der deutschen Regierung vorgeworfen, daß sie es ruhig mit ansehe, wie wir von Rußland und England allmählich aus Persien hinauskomplimentiert würden und uns für alle Zukunft die Tür vor der Nase zugemacht werde. „Öffnen Sie uns," sagte ich, „auf irgend eine Weise einen Zugang nach Persien, entweder durch Freigabe des Transits durch den Kaukasus oder durch Herstellung eines Anschlusses an eine Zweigbahn der Bagdadbahn nach Chanikin, dann wird unser Mißtrauen gegen Ihre Pläne in Persien gleich aufhören."

Herr Sasonow erwiderte darauf, er könne mir im Vertrauen mitteilen, daß wir der russischen Regierung Unrecht täten, wenn wir annähmen, daß die Angelegenheit hier absichtlich verschleppt werde. Im Gegenteil habe die Frage, wie man uns gerade in dem von mir berührten Punkt einer Zufahrtstraße für den deutschen Handel nach Persien entgegenkommen könne, in der letzten Zeit den Gegenstand ernster Erwägungen, auch im Ministerrat gebildet. Er könne mir auch vertraulich mitteilen, daß der Beschluß, uns entgegenkommende Vorschläge zu machen, im Prinzip gefaßt sei. Er wisse auch, daß Herr Iswolsky, welcher den Kaiser Nikolaus bitten werde, der bevorstehenden Zusammenkunft mit unserem Kaiser** beiwohnen zu dürfen, die Absicht habe, bei dieser Gelegenheit die persische Frage zur Sprache zu bringen.

Ich erwiderte, ich könnte diese Mitteilung nur mit Freuden begrüßen und sei überzeugt, daß der in Aussicht gestellte Schritt des Herrn Iswolsky bei uns einen guten Eindruck machen werde.

Der Ministergehilfe bat darauf, wir möchten die Schwierigkeiten nicht unterschätzen, die sich der Berücksichtigung unserer Wünsche der russi-

* Gemeint ist das russisch-japanische Abkommen vom 4. Juli über die Mandschurei. Vgl. dazu Bd. XXXII, Kap. CCL.

** An der Potsdamer Entrevue vom 4.—5. November (vgl. Kap. CCXVIII) nahm Iswolsky, der am 28. September seines Postens als Außenminister enthoben wurde, nicht teil.

schen Regierung in den Weg stellten. Es werde sich natürlich hier ein großes Geschrei erheben, denn die Handelskreise würden die deutsche Konkurrenz in Persien sehr fürchten. „Mais enfin," so schloß Herr Sasonow, „il vaut mieux se combattre à coups de pains de sucre qu'avec des obus."

F. Pourtalès

Nr. 10138

Aufzeichnung des Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amt Stemrich

Reinschrift

Berlin, den 29. August 1910

Rußland ist seit langer Zeit bestrebt, sich in Nordpersien politisch wie wirtschaftlich eine Sonderstellung zu erwerben, und seit dem Abschluß des russisch-englischen Abkommens vom 31. August 1907 sind diese Bestrebungen noch verstärkt worden.

Das Gebiet, auf welches Rußland seinen Einfluß geltend zu machen sucht, ist die in dem genannten Abkommen näher definierte russische Interessensphäre, sie umfaßt das nördliche Persien einschließlich Isfahan, und somit diejenigen Teile des Landes, welche wirtschaftlich am meisten entwickelt sind und für unsern Handel in erster Linie in Betracht kommen.

Die Sonderbestrebungen Rußlands hinsichtlich dieser Gebiete sind in verschiedener Weise hervorgetreten:

1. Rußland hat niemals den Transitverkehr nach Persien zugelassen, das heißt fremde Waren können via Rußland nur dann nach Persien gehen, wenn sie den vollen russischen Einfuhrzoll bezahlt haben. Es ist dies eine Maßnahme von größter Bedeutung, denn mit den russischen Eisenbahnen, die an der persischen Grenze enden, vermögen die Karawanenstraßen, die von Trapezunt nach Täbris und vom Persischen Golfe nach Norden führen, teils wegen der Höhe der Transportkosten, teils wegen der Unsicherheit des Landes nur in beschränktem Maße zu konkurrieren. Auch der weitere, für Europa fast allein noch in Betracht kommende Zugang nach Persien, nämlich der Weg von Bagdad über Chanikin nach Kermanschah, wird seine eigentliche Bedeutung erst gewinnen, wenn die Zweiglinie der Bagdadbahn von Sadjie nach Chanikin fertiggestellt ist und einen Bahnanschluß in das Innere Persiens gefunden hat. Durch jene Maßnahme hat Rußland somit seinem Handel und seiner Industrie eine privilegierte Stellung und einen enormen Vorsprung vor allen anderen Nationen für die Einfuhr nach Nordpersien gesichert.

2. Herr Iswolsky hat bei den Berliner Besprechungen im Oktober 1906* offen zugestanden, daß es die russische Regierung gewesen sei, die

---

* Vgl. Bd. XXV, Kap. CLXXXV, Nr. 8578, S. 120, Fußnote *.

in England und Frankreich gegen das Bagdadbahnunternehmen agitiert und uns in dieser Angelegenheit große Schwierigkeiten bereitet habe. Ob dabei, wie er behauptet, strategische Befürchtungen — Erleichterung des Einmarsches der Türken nach Persien — maßgebend gewesen sind, mag dahingestellt bleiben, den hauptsächlichsten Grund des russischen Vorgehens dürfte die Erwägung gebildet haben, daß durch die Bagdadbahn bezw. deren Zweiglinie nach Chanikin ein aller Welt zugängliches Einfuhrtor nach Persien eröffnet, und daß damit die privilegierte Stellung des russischen Handels in Nordpersien erschüttert werden würde.

3. Bei den Berliner Verhandlungen im Oktober 1906 hat Herr Iswolsky eine Verständigung mit uns über Persien auf der Basis zu erreichen gesucht, daß Rußland seine Opposition gegen die Bagdadbahn aufgeben und hinsichtlich der letzteren gewisse Verpflichtungen übernehmen, daß Deutschland dagegen in Persien sich politisch desinteressieren solle. Obgleich wir zum größten Entgegenkommen und namentlich zu dem Versprechen bereit waren, keine deutschen Bestrebungen, die über den Rahmen des Handels hinausgingen, zu unterstützen, so war das von Herrn Iswolsky vorgeschlagene Abkommen doch in der ihm gegebenen Form nicht annehmbar. Erschienen einerseits die russischen Zusagen hinsichtlich der Bagdadbahn in keiner Weise genügend, so waren andererseits die russischen Forderungen hinsichtlich des politischen Desinteressements, das heißt des Verzichts auf alle Konzessionen politischen und strategischen Inhalts außerordentlich vage und weitgehend. Während Herr Iswolsky zunächst als politische Konzessionen solche für Eisenbahnen, Wegebauten und Telegraphen bezeichnete, äußerte er sich später dahin, daß auch Konzessionen für Münzprägung, Bergrechte und für eine große Wasserversorgung teilweise in das politische Gebiet übergriffen, und noch weiter gingen die russischen Vertreter in Teheran, von denen Herr von Poklewsky sich sogar dahin ausgesprochen hat, daß in Persien jede Konzession als eine politische zu betrachten sei.

Herr Iswolsky hat diese Ansprüche mit der geographischen Nachbarschaft, mit Jahrhunderte alter Politik und nicht zum letzten mit finanziellen Opfern, die Rußland in Persien gebracht habe, zu begründen gesucht. Es liegt auf der Hand, daß sie weit in das wirtschaftliche Gebiet übergreifen, und daß bei ihrer Durchführung alle Nichtrussen fast von jedem Gebiet wirtschaftlicher Tätigkeit in Persien ferngehalten werden.

Der von uns nach den Besprechungen mit Herrn Iswolsky aufgestellte Gegenentwurf zu einem Abkommen, welches unsere Handelsinteressen durch Abmachungen über den Anschluß der Bagdadbahn an das künftige persische Eisenbahnnetz sicher zu stellen sucht, andererseits aber großes Entgegenkommen auf politischem Gebiet zeigt, liegt Herrn Iswolsky seit Juli 1907 vor. Er hat eine Antwort darauf zwar oft versprochen, bisher aber nicht erteilt.

4. Bei den Anleiheverhandlungen, die Persien mit Rußland und England seit Ende v. Js. geführt hat, ist seitens der Vertreter der beiden

Mächte in Teheran das Verlangen gestellt worden, daß das persische Finanzministerium sieben französische Beamte zur Kontrolle der persischen Finanzen von der französischen Regierung erbitte und demnächst anstelle. Da die Übertragung wichtiger Funktionen an Angehörige der dritten Ententemacht eine erhebliche Verstärkung der englisch-russischen Stellung in Persien bedeutete, haben wir in Petersburg gegen dieses Vorgehen Vorstellung erhoben. Herr Iswolsky hat darauf die Beteiligung Rußlands und Englands in Abrede gestellt und behauptet, daß die persische Regierung das Verlangen nach französischen Beamten aus eigener Initiative gestellt habe. Das steht mit der Wahrheit nicht im Einklang. Ein Beamter unserer Gesandtschaft in Teheran hat im persischen Ministerium des Äußern die vom russischen und englischen Vertreter unterzeichnete Note gesehen, in der das eingangs gedachte Verlangen gestellt worden ist.

5. Im Laufe der vorerwähnten Anleiheverhandlungen, und zwar Anfang April d. Js. haben Rußland und England (nachdem vorher noch weitergehende Ansprüche gestellt waren und die Russen namentlich die Konzession der Schiffahrt auf dem Urmiasee für eine russische Gesellschaft gefordert hatten) von der persischen Regierung eine bindende Erklärung verlangt*, daß sie keine politisch-strategischen Konzessionen an Dritte ohne Genehmigung der beiden Mächte vergebe.

Durch unsere Vorstellungen in Petersburg und London ist erreicht, daß die beiden Mächte auf eine Antwort Persiens verzichtet haben**. Wir sind dadurch der Notwendigkeit überhoben worden, gegen eine solche Erklärung Persiens, die gegen unsern Handelsvertrag und die daselbst stipulierte Meistbegünstigung verstoßen haben würde, Protest zu erheben.

Die bestehenden Bestrebungen Rußlands in Nordpersien sind in vorstehendem genügend charakterisiert, und es ist nur noch hervorzuheben, daß der Wunsch, andere Mächte von Nordpersien auszuschließen, ganz speziell gegen uns gerichtet ist. Das ergibt sich nicht nur aus dem russischen Vorgehen gegen die Bagdadbahn, sondern auch daraus, daß Herr Iswolsky ohne weiteres zugegeben hat, daß das im April an die persische Regierung gestellte Verlangen wesentlich durch die Entsendung eines Beamten der Deutschen Bank (Said Ruete) nach Persien veranlaßt sei***. Auch ist kaum daran zu zweifeln, daß das russische Verlangen nach einer Schiffahrtskonzession auf dem Urmiasee durch das falsche Gerücht veranlaßt wurde, deutsche Interessenten wollten dort eine Schiffslinie errichten.

Wenn Herr Iswolsky es liebt, die Sache so darzustellen, als wenn wir Sondervorteile erstrebten, so ist das durchaus falsch. Wir haben immer wieder erklärt, daß wir keine politischen Ziele in Persien verfolgten, und uns zu den weitgehendsten Zusicherungen in dieser Beziehung bereit gezeigt. Das einzige, was wir in Persien wollen, ist Aufrechterhaltung der

---

* Durch Note vom 7. April; vgl. Nr. 10112, Fußnote sowie Nr. 10140.
** Sie erfolgte doch noch am 3. September; vgl. Nr. 10140.
*** Vgl. Nr. 10108.

Offenen Tür, ein Verlangen, das durch unsern Handelsvertrag mit dem Schah ohne weiteres seine Rechtfertigung findet. Auf diesem Verlangen müssen wir im Interesse der Zukunft unseres Handels bestehen bleiben.

Stemrich

Nr. 10139

Der Gesandte in Teheran Graf von Quadt an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. A 192 Teheran, den 27. August 1910

Ich halte es für meine Pflicht, noch einmal mit allem Nachdruck darauf hinzuweisen, daß die Anstellung französischer Beamter in Persien für den Finanzdienst oder, wie neuerdings geplant zu sein scheint, als Schweizer verkappter Franzosen* zu gleichem Zweck für unseren Handel die ernstesten Folgen nach sich ziehen könnte. Es ist ja garnicht ausgeschlossen, daß Persien unter europäischer sachgemäßer Anleitung, wenn Rußland und England es nicht vorher unter Einräumung einer besonderen Stellung an Frankreich und vielleicht an die Türkei unter sich aufteilen, sich entwickeln kann. Der Bau von Eisenbahnen und die Einrichtung von Irrigation mit fremdem Kapital, das bei sachgemäßer Kontrolle sich gewiß finden wird, könnte die Kaufkraft Persiens sehr bedeutend heben. Wenn aber dann hier Franzosen oder ihnen nahestehende französische, unter französischem Schutz stehende Schweizer die Finanzen in den Händen haben, werden wir eine schwere Stellung auf dem hiesigen Markte bekommen. Bei Lieferung von Eisenbahnmaterial etc. werden wir natürlich unter diesen Verhältnissen wohl kaum Berücksichtigung finden. Ich möchte bei dieser Gelegenheit nicht unterlassen, auf eine Seite 391 des XIV. Bandes und 7. Heftes der Berichte über Handel und Industrie vom 27. Juni enthaltene Bemerkung hinzuweisen, die der Handelssachverständige Jung macht. Er sagt: „Belgien, dessen Fabrikate im Orient überhaupt beliebt sind, hat einen ständig wachsenden Verkehr mit Persien aufzuweisen, den es allerdings wohl nicht in unbeträchtlichem Umfange seinen zahlreichen in persischen Zolldiensten stehenden Beamten zu verdanken hat." — Wenn es also schon den Vertretern einer kleinen Macht wie Belgien gelingt, ihren Handel zu fördern, Vertretern, die von Rußland und England hier doch wohl abhängig sind, wie viel mehr wird das getan werden von den Vertretern einer Großmacht wie Frankreich.

* Umgekehrt hatte der englische Gesandte in Teheran Sir G. H. Barclay im Namen seiner Regierung die Hoffnung ausgedrückt, daß die etwa als finanzielle Berater heranzuziehenden Schweizer nicht zu den deutsch-schweizerischen Kantonen gehören würden, da diese sich sonst unter dem Schutze der deutschen Gesandtschaft befinden würden.

Wir stehen, wie ich schon öfter gesagt, vor einem Wendepunkte der Geschichte Persiens. Rußland und England tun alles und benutzen jedes Mittel, sowohl anständig wie unanständig, um uns hier zu beseitigen. Es bedarf deshalb angestrengtester Aufmerksamkeit und weitsehender Vorsicht, um uns nicht plötzlich von den Märkten Persiens verdrängt zu sehen. Ein ganz neues Moment hierbei ist die Heranziehung und Gewinnung der Türkei seitens Rußlands, um zunächst mit ihr oder wenigstens zurzeit mit ihrem Vertreter hier im Verein mit England und Frankreich uns aus Persien herauszuschieben. Über Anzeichen nach dieser Richtung habe ich verschiedentlich in der letzten Zeit Meldungen erstattet. Jetzt dürfte es für uns noch Zeit sein, aber allerdings auch der allerletzte Moment, um mit Ruhe und Entschiedenheit unsere Stellung und Interessen mit Rücksicht auf die Zukunft hier besonders Rußland gegenüber zu wahren.

A. Quadt

Nr. 10140

Der Gesandte in Teheran Graf von Quadt an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. A 211 Teheran, den 9. September 1910

Die russische und englische Gesandtschaft hatten bekanntlich am 7. April d. Js. in einer Note an die persische Regierung verlangt, daß keine Konzessionen, die ihre strategischen und politischen Interessen berühren könnten, an Angehörige anderer Nationen verliehen würden*, und diesen Antrag am 20. Mai d. Js. durch eine weitere Note dahin ergänzt, daß sie erwarteten, daß vor der Verleihung der Verkehrs-, Telegraphen- und Hafenkonzessionen an einen Ausländer die persische Regierung in einen Gedankenaustausch mit ihnen trete.

Die persische Regierung hat nunmehr auf diese Anträge am 3. d. Mts. durch eine Note geantwortet, die sowohl der englischen als der russischen Gesandtschaft in je einem Exemplar zugestellt worden ist, und die in deutscher Übersetzung folgenden Wortlaut hat:

„Nr. 2572, den 28. Schaban 1328 (3. September 1910)

Exzellenz,

Auf die geehrte Note vom 10. Dshumadi-ul-ula 1328 entsprechend dem 20. Mai 1910 neuen, und dem 7. Mai alten Stils, die von Seiner Exzellenz, Mister Marling, dem Geschäftsträger Ihrer Hohen Regierung, und von Seiner Exzellenz, dem Gesandten des Hohen Russischen Reiches, unterzeichnet war, und die eine Erläuterung zu dem Schlußsatze der geehrten Note vom 26. Rebi-ul-ewwel 1328 (7. April 1910) enthielt, erwidere

* Vgl. Nr. 10112.

ich ergebenst, daß meine Regierung sich stets den Schutz der guten Beziehungen und der traditionellen Freundschaft, die glücklicherweise zwischen ihr und dem mächtigen englischen Reiche (resp. russischen Reiche) besteht und aufrechterhalten wird, angelegen sein läßt und diese Beziehungen unendlich teuer und wert hält, und es liegt auf der Hand, daß sie auf keine Weise irgendwelche Maßnahmen, die der Höflichkeit, Freundschaft und den guten Beziehungen zu jener Regierung zuwiderlaufen, ihre Zustimmung geben wird. Obgleich die hohe persische Regierung vorläufig nicht die Absicht hat, die in der genannten Note erwähnten Konzessionen an Ausländer zu verleihen, sondern es vorzieht, sie für sich selbst zu reservieren, so muß ich doch die Aufmerksamkeit Eurer Exzellenz darauf lenken, daß die hohe persische Regierung nicht umhin kann, auf den Schutz der Unabhängigkeit und der unbestreitbaren Freiheitsrechte des Landes zu achten. Die persische Regierung hat auf Grund der Anträge, die unter Beobachtung des Rechtes stets von jener hohen Regierung ohne Einmischung in die inneren persischen Angelegenheiten und unter Berücksichtigung der Selbständigkeit dieses Reiches gestellt worden sind, die feste Überzeugung, daß diese Tendenz der Rechtmäßigkeit auch fortdauern und fest weiterbestehen wird, und daß Anträge, die dieser Tendenz zuwiderlaufen, nicht werden gestellt werden."

Am 5. September gegen Mittag erschienen darauf der englische Dragoman Churchill und der russische Dragoman Baranowsky beim persischen Minister des Äußern und gaben ihm die beiden Noten zurück, mit der Begründung, daß England und Rußland auf ihre Note vom 20. Mai d. Js. keine Antwort erwartet hätten und die gegebene Antwort nicht annähmen. Namentlich sollen sich die beiden Gesandtschaften, wie mir der Minister des Äußern sagte, an den Schlußsatz der Note sowie daran gestoßen haben, daß nur vorläufig die persische Regierung nicht daran denke, Konzessionen an Ausländer zu verleihen.

Der Minister des Äußern hat darauf den beiden Dragomanen geantwortet, er sei zwar gezwungen, die Note zurückzunehmen, seine darin ausgesprochene Meinung aber nehme er nicht zurück, er werde vielmehr dafür sorgen, daß der Vorgang zur Kenntnis der ganzen Welt kommen werde.

A. Quadt

Nr. 10141

Der Gesandte in Teheran Graf von Quadt an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Entzifferung

Nr. A 218
Streng vertraulich

Teheran, den 12. September 1910

Mein russischer Kollege, von einem meiner Bekannten über die letzten Ziele Rußlands in Persien befragt, antwortete, man wünsche russischerseits,

Persien in dieselbe Stellung Rußland gegenüber zu bringen, wie Ägypten sie zu England einnehme*. Von einer Trennung zwischen Nord- und Südpersien bezw. zwischen russischer und englischer Interessensphäre war in dem Gespräch nicht die Rede.

A. Quadt

Nr. 10142

Der Gesandte in Teheran Graf von Quadt an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. A 226 Teheran, den 23. September 1910

Euerer Exzellenz hatte ich die Ehre zu melden, daß in der Frage der Anstellung von Finanzberatern sich insofern ein Gegensatz zwischen englischen und russischen Bestrebungen herausgestellt habe, als die Engländer dringend Amerikaner hier zu sehen wünschen, während dies den Russen sehr unbequem erscheint**. Dies ist aber nicht der einzige Gegensatz, der sich zurzeit zwischen den beiden Vertretungen fühlbar macht. Das gegenwärtige Kabinett, besonders mit Rücksicht auf den Minister des Äußern ist den Russen, seitdem es ins Leben getreten ist, ein Dorn im Auge. Wie ich nunmehr erfahre, arbeiten die Russen mit aller Macht daran, dasselbe zu stürzen, jedes Mittel zur Erreichung dieses Zweckes ist ihnen recht, so auch besonders, alle Maßnahmen desselben, in erster Linie des Ministers des Äußern, bei den Persern und Engländern zu verdächtigen. Während die Russen in diesem Sinne tätig sind, setzen im Gegenteil die Engländer alles daran, das Kabinett mit dem ihnen sehr genehmen Minister des Äußeren Hussein Kuli Chan Nawab zu halten.

A. Quadt

---

* Angesichts solcher Ziele Rußlands in Persien, die man in England sehr wohl durchschaute, brach hier immer wieder von neuem Mißtrauen und Abneigung, Hand in Hand mit Rußland zu gehen, durch. Näheres darüber erhellt aus den bei v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 201 ff. veröffentlichten Schriftstücken. Von besonderem Interesse ist ein persönlicher Brief Graf Benckendorffs an Sasonow vom 17. August 1910, in dem der verschiedene Standpunkt Englands und Rußlands dargelegt wird: „Dann will ich Ihre Aufmerksamkeit auf den Umstand lenken, daß der englische Standpunkt negativer Natur ist. England hat weniger Interesse daran, was in Persien vor sich geht, als daran, daß es jede andere Macht außer Rußland und England daran verhindern will, in Persien eine Rolle zu spielen. Dies bezieht sich vor allem auf Deutschland und die Türkei — natürlich aus politischen Gründen."

** Näheres darüber bei v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 211 ff. Tatsächlich hat die russische Regierung sich in London nachdrücklich gegen die Anstellung von Amerikanern verwandt, unter der charakteristischen Begründung, daß bei der Heranziehung von Angehörigen einer Großmacht wie Amerika Deutschland die Möglichkeit gegeben werden würde, auf der Anstellung von deutschen Experten zu bestehen. Telegramm Sasonows an Graf Benckendorff vom 28. Januar 1911; v. Siebert, a. a. O., S. 213.

Nr. 10143

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Konzept von der Hand des Dirigenten der Politischen Abteilung Zimmermann

Nr. 1648

Berlin, den 21. Oktober 1910
[abgegangen am 24. Oktober]

Sir Edward Goschen hat mir heute über das englische Vorgehen* eine mündliche Mitteilung im Sinne der abschriftlich beigefügten Instruktion Sir Edward Greys** gemacht. Besonders bemerkenswert ist die darin zum Ausdruck gebrachte Versicherung, daß von einem Eingriff in die Integrität Persiens keine Rede sei.

Ew. Exzellenz bitte ich, Sir Edward Grey für diese Mitteilung zu danken und dabei unsere Genugtuung über die erneute Zusicherung der Aufrechterhaltung der Integrität Persiens zum Ausdrucke zu bringen.

Kiderlen

Anlage

Der englische Staatssekretär des Äußern Sir Edward Grey an den englischen Botschafter in Berlin Sir Edward Goschen

Telegramm. Abschrift
Vom englischen Botschafter am 20. Oktober übergeben

October 19, 1910

We are officially informed that recently published reports give an entirely erroneous impression of the Note which has been addressed to the Persian Government by His Majesty's Minister at Tehran on condition of southern trade routes. The facts are as follows: For the past three years His Majesty's Minister has made serious representations to the Persian Government respecting insecurity of southern roads and disastrous effect on British trade.

In spite of repeated assurances no improvement has been made. If present situation continues Gulf Trade will be permanently affected.

---

* Am 17. Oktober hatte der englische Gesandte in Teheran an die persische Regierung die ultimative Forderung gerichtet, binnen drei Monaten Ruhe und Sicherheit auf den südpersischen Handelsstraßen wiederherzustellen, widrigenfalls würde die britische Regierung diese Aufgabe selbst übernehmen und die Ausübung der Polizei auf diesen Straßen einheimischen Truppenabteilungen unter dem Kommando von Offizieren der indischen Armee übertragen. Über die Vorgeschichte dieses Vorgehens, das einer russischen Anregung entsprang, vgl. v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 204ff.

** Siehe Anlage.

After full consultation with Russian Government and in complete accord with them His Majesty's Government decided to inform Persian Government that unless order was restored on the Bushire Ispahan road within three months time they must insist on the organisation of a local Persian force officered by eight or ten British officers of Indian Army, for protection of road.

There is no question of Government of India undertaking any responsibility in matter or of any encroachment on integrity of Persia.

(signed) Grey

Nr. 10144

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 846 London, den 27. Oktober 1910

Ich habe den mir erteilten Auftrag bei gelegentlicher Anwesenheit Sir Edward Greys in London, der dauernd erst nach der ersten Novemberwoche hier wieder eintrifft, ausgeführt.

Der Minister sagte mir gesprächsweise, er kenne den Wortlaut der in Teheran abgegebenen englischen Note selbst noch nicht und auch noch nicht den Wortlaut der persischen Antwortnote*, sondern nur den Inhalt beider. Er habe gegen die persischerseits gewünschte zehnprozentige Zollerhöhung keine Einwendung zu erheben, vorausgesetzt, daß die persische Regierung Garantien gäbe, daß das Mehrerträgnis aus der Zollerhöhung auch wirklich für die Aufrechterhaltung der Ordnung auf den südlichen Handelsstraßen verwendet werde.

Durch Vermittlung der Imperial Bank of Persia seien Verhandlungen mit hiesigen Bankgeschäften für eine persische Anleihe im Gange. Ob dieselben Aussicht auf Erfolg hätten, wisse er nicht. Er habe sich um die Einzelheiten dieser Anleiheverhandlungen bisher nicht gekümmert. (Es handelt sich, wie früher bereits von mir gemeldet, um eine Anleihe von £ 1250000.)

P. Metternich

---

* Die am 22. Oktober überreichte persische Antwortnote auf das englische Ultimatum führte die Unordnung im Lande hauptsächlich auf die Anwesenheit fremder Truppen zurück; sie wünschte die Genehmigung zu der Erhöhung der persischen Zölle, um auf diese Weise Mittel für die Aufrechterhaltung der Ordnung zu gewinnen.

Nr. 10145

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 297 St. Petersburg, den 28. Oktober 1910

Die islamitische Kundgebung an Seine Majestät den Kaiser und König* wird von der „Nowoje Wremja" täglich mit den plumpsten, abgeschmacktesten Randglossen versehen.

Sie spricht von dem Meeting als von einem „schlechten Vaudeville", welches in den der deutschen Regierung nahestehenden Blättern viel Anklang gefunden habe, und variiert in einer Reihe von Artikeln, die auf parlamentarische Epitheta längst keinen Anspruch mehr machen können, das Thema von dem „undankbaren", „von der Gnade Rußlands geschaffenen (!)" Deutschland, welches sich jetzt überall in der mohammedanischen Welt, auf dem Balkan wie in Persien gegen Rußland kehre.

„Birshewyja Wjedomosti" meinen, die Konstantinopeler Kundgebung hätte allerdings einige deutsche Blätter einigermaßen aus dem Gleichgewicht gebracht; die leitenden Kreise würden jedoch kaltes Blut bewahren und dies jedenfalls gelegentlich der bevorstehenden Kaiserzusammenkunft zum Ausdruck bringen. Als eigentlicher Förderer des jungtürkischen Chauvinismus sei wohl Graf Aehrenthal anzusprechen.

„Peterburgskaja Gaseta" vertritt den Standpunkt, jene Kundgebung würde die deutsche Diplomatie stark in Verlegenheit setzen und eine Zurückweisung nötig machen, da sie „nicht nach dem Geschmacke des friedliebenden Deutschen Kaisers sei".

Gf. v. Mirbach

---

* Die große Erregung, die das kombinierte russisch-englische Vorgehen in Persien in der persischen und islamitischen Welt hervorrief, führte am 23. Oktober zu einer türkisch-persischen Protestversammlung in Konstantinopel, in der ein Danktelegramm an den Deutschen Kaiser als den treuesten Beschützer des Islam beschlossen wurde. In dem Telegramm wurde der Kaiser gebeten, seine Hand auch über Persien zu halten. Das Telegramm rief in Petersburg Mißstimmung hervor, der Sasonow gegenüber Graf Pourtalès Ausdruck gab (vgl. Kap. CCXVIII, Nr. 10150). In Berlin dachte man nicht daran, dem Telegramm zu entsprechen. Erst am 26. Oktober hatte der Dirigent der Politischen Abteilung Zimmermann im Hinblick auf ein erwartetes offizielles Hilfsgesuch des persischen Gesandten eine Notiz behufs dessen Bescheidung aufgesetzt, in der es hieß:

„Wir bedauern die prekäre Lage der persischen Regierung aufrichtig. Von Demarchen bei Rußland im Sinne ihrer Wünsche können wir uns indes im gegenwärtigen Augenblick keinen Erfolg versprechen. Rußland würde uns zweifellos entgegenhalten, daß die öffentliche Sicherheit in Nordpersien noch immer zu wünschen übrig ließe und die Truppen daher im allgemeinen Interesse dort noch notwendig wären. Einen derartigen Einwand würden wir kaum als gänzlich grundlos zurückweisen können, da zu unserem Bedauern andauernd Nachrichten über die Unsicherheit der Karawanenstraßen und über Überfälle auf Reisende eingehen. Wir können der persischen Regierung nur dringend empfehlen, daß sie diesen Übelständen abhilft und dauernde Ordnung und Sicherheit im Lande herstellt.

Nr. 10146

Der Gesandte in Teheran Graf von Quadt an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. A 267 Teheran, den 9. November 1910

An eine Teilung Persiens zwischen Rußland und England, von der in der letzten Zeit so viel in der Presse die Rede gewesen ist, glaube ich vorläufig nicht. Ebenso wie ich immer noch der Ansicht bin, daß die in der englischen Note enthaltene Drohung, England werde die Wiederherstellung der Ruhe im Süden selbst in die Hand nehmen, nicht ernst gemeint ist, ebenso halte ich das Teilungsgerede vorläufig für einen Bluff, um die Perser mürbe zu machen und die Anleihebedingungen, wie sie der englischen Regierung passen, hier durchzusetzen. Die hiesige russische Vertretung hat sich über den Eindruck, den die Note der Engländer bei den Persern hervorgerufen hat, ungemein gefreut. Mein russischer Kollege hat mir im Zusammenhang hiermit gesagt, man habe bei den Persern gefunden, daß der Inhalt der Note ein so perfider sei, daß nur Rußland hinter dem englischen Gedanken stecken könne. Unterdessen schienen aber die Perser doch sich davon überzeugt zu haben, daß England ohne Beeinflussung Rußlands in dieser Weise vorgegangen sei. Sehr entrüstet ist man hier in persischen Kreisen darüber, daß die Engländer, welche bekanntlich der persischen Regierung eine Frist von drei Monaten gestellt hatten, um die Ordnung im Süden wiederherzustellen, den Ablauf dieser Frist nicht abgewartet, sondern in Lingah Truppen gelandet hätten*.

Im Zusammenhang mit der Frage der Wiederherstellung der Ordnung im Süden hatte mir bekanntlich der Minister des Äußern gesagt, es werde für Persien, wenn das Land erst eine Anleihe gemacht habe, ein leichtes sein, in kürzester Zeit die Ruhe im Süden wiederherzustellen, wenn es gelingen würde, italienische Gendarmerieoffiziere für Persien zu gewinnen. Leider höre ich nun — und dies ist auch dem persischen Minister des Äußern zu Ohren gekommen —, daß man in Rom sich dieser Frage gegenüber durchaus ablehnend verhält. Das arme Persien, welches große Hoffnungen auf die Anstellung der Italiener gesetzt hatte, sieht sich so völlig verlassen, da man sich in Regierungskreisen vollkommen bewußt ist, nicht allein irgendwelche kriegerischen Unternehmungen durchführen zu können. Auch von unserm Standpunkt aus halte ich es für sehr bedauerlich, daß Italien nicht die Möglichkeit sieht, den persischen Wünschen nachzukommen. Die Folge der ablehnenden Haltung Italiens wird

* Die Landung englischer Truppen — 160 Mann nebst vier Geschützen vom britischen Kreuzer „Fox" — in der Hafenstadt Lingah am Persischen Golf war am 27. Oktober erfolgt. Die persische Regierung legte Protest ein, erlangte aber nur die Zusicherung, daß die Truppen zurückgezogen werden sollten, sobald die Umstände es gestatteten. Die Zurückziehung erfolgte dann am 9. November.

nur sein, daß Persien Rußland und England noch mehr in die Arme getrieben wird. Man sollte glauben, daß bei einigem Entgegenkommen in Italien es vielleicht doch nicht so schwer fallen würde, zum Beispiel den beliebten Modus einzuschlagen, aktive Offiziere mit dem Versprechen der Wiederanstellung zu entlassen und es ihnen dann anheimzugeben, in persische Dienste überzutreten. Es läßt sich auch, von hier aus wenigstens nicht übersehen, was eigentlich Rußland und England gegen ein solches Vorgehen würden einwenden können.

Wenn ich oben gesagt habe, daß ich an eine wirkliche Teilung Persiens zwischen Rußland und England vorläufig noch nicht glaube, so gewinne ich doch immer mehr die feste Überzeugung, daß sowohl Rußland als England sich aufs äußerste bemühen werden, den Handel vollständig in ihre Hände zu bringen, und alles tun werden, um die andern Mächte auf diese oder jene Weise von den hiesigen Märkten zu verdrängen. Dies wird natürlich nur langsam geschehen können und in nicht zu brüsker Art, da ja das Prinzip der Offenen Tür einmal proklamiert worden ist. Ich bin aber ganz fest überzeugt, daß weder England noch Rußland es mit der Offenen Tür ernst meinen.

A. Quadt

Kapitel CCXVIII

Die „Potsdamer Abmachungen“

Nr. 10147

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 248 St. Petersburg, den 23. August 1910
Ganz vertraulich

Verschiedene Äußerungen, welche Herr Sasonow im Verlaufe der letzten Unterhaltungen, die ich mit ihm hatte, machte, haben bei mir den Eindruck erweckt, als ob hier mit einiger Spannung der Begegnung entgegengesehen werde, welche während des bevorstehenden Aufenthaltes der russischen Majestäten auf deutschem Boden zwischen dem Zaren und unserem allergnädigsten Herrn stattfinden wird. Dabei kam deutlich zum Ausdruck, daß wenigstens Herr Sasonow bei dieser Gelegenheit auf eine eingehende offene Aussprache hofft und die Besorgnis hegt, daß von unserer Seite einer solchen Aussprache ausgewichen wird. Der Ministergehilfe kam auf diesen Zeitpunkt wiederholt zurück und wies dabei auf die Zurückhaltung hin, die unser Kaiser bei der letzten Entrevue in politischer Beziehung gezeigt habe*.

Ich erwiderte, Seine Majestät habe im vorigen Jahre absichtlich und aus Diskretion vermieden, zu politischen Gesprächen die Initiative zu ergreifen, weil unserem Kaiser hier wiederholt der Vorwurf gemacht worden sei, daß er bei ähnlichen Gelegenheiten zuviel gesagt und den Versuch gemacht habe, den Kaiser Nikolaus „einzuwickeln". Der Augenblick unmittelbar nach der bosnischen Krise sei auch ein besonders delikater gewesen, und unser kaiserlicher Herr, welchem vor allem an einem günstigen Verlauf der Entrevue lag, habe es aus Gründen des Zartgefühls vorgezogen, nicht von sich aus die vergangenen Ereignisse zu berühren. Im übrigen hätten beide Souveräne tatsächlich kurz vor dem Scheiden eine längere und durchaus befriedigende politische Unterredung miteinander gehabt.

* Vgl. dazu Bd. XXVI, Kap. CCVI, Nr. 9552. Tatsächlich hatte Fürst Bülow im Einklang mit der Anheimgabe des Botschafters Grafen Pourtalès Kaiser Wilhelm II. geraten, bei der Entrevue in den finnischen Schären (17./18. Juni 1909) möglichste Zurückhaltung zu üben.

Herr Sasonow wiederholte darauf, unser allergnädigster Herr dürfe bei der bevorstehenden Zusammenkunft nicht zu zurückhaltend sein. Es müsse zu einer „explication franche et loyale" kommen, die sicher ihre guten Früchte tragen werde.

Dem gegenüber bemerkte ich, daß unser Kaiser getreu den Traditionen seines Hauses die ihm von Rußland entgegengestreckte Hand gewiß nie zurückweisen werde. Wenn Seine Majestät sich in letzter Zeit Rußland gegenüber reservierter verhalte, so liege dies einzig an der von Rußland befolgten Politik. Sobald Kaiser Nikolaus in entgegenkommender Weise die Initiative zur Besprechung des Themas, durch welche Mittel die deutsch-russischen Beziehungen verbessert werden könnten, ergreifen werde, könne der Zar, dessen sei ich überzeugt, auf ein freundliches Entgegenkommen bei unserem Herrscher rechnen.

Der Minister frug mich dann, ob ich wirklich glaubte, daß entgegenkommende Vorschläge Rußlands in der persischen Frage* dazu beitragen könnten, eine „Detente" in unseren Beziehungen herbeizuführen. Ich entgegnete, ich sei davon überzeugt, denn tatsächlich seien die persischen Angelegenheiten, abgesehen von den fortwährenden deutschfeindlichen Hetzereien der hiesigen Presse, die einzige aktuelle Frage, die augenblicklich zwischen beiden Reichen schwebe.

Die Art, mit welcher Herr Sasonow wiederholt darauf insistierte, daß eine offene Aussprache zwischen unseren Souveränen stattfinden müsse, hat mich auf den Gedanken gebracht, ob vielleicht in letzter Zeit bezüglich Persiens zwischen Petersburg und London nicht alles so gestimmt hat, wie man es hier gewünscht hätte. Wenn ich auch keine bestimmten Anhaltspunkte habe, so scheinen mir doch einige Symptome darauf hinzudeuten, daß in der letzten Zeit die Intimität zwischen dem hiesigen und dem englischen Kabinett etwas nachgelassen hat.

Wenn ich daher auch nach wie vor meine unmaßgebliche Ansicht dahin aussprechen möchte, daß wir Rußland gegenüber eine richtige Politik befolgen werden, wenn wir ein gewisses Maß an Zurückhaltung beobachten und uns die Russen kommen lassen, so glaube ich andererseits, daß wir durch eine zu kühle und ablehnende Haltung gegenüber etwaigen russischen Annäherungsversuchen nur die Geschäfte der Engländer und Franzosen besorgen würden. Wir sollten meines gehorsamsten Erachtens die Russen nicht in die Lage versetzen, behaupten zu können, daß wir eine dargebotene Hand zurückgewiesen hätten.

F. Pourtalès

---

* Vgl. darüber Kap. CCXVII.

Nr. 10 148

Der preußische Gesandte in Darmstadt Freiherr von Jenisch an den preußischen Minister der Auswärtigen Angelegenheiten von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. A 63 Darmstadt, den 13. Oktober 1910
Vertraulich

Wie ich von verschiedenen Seiten höre, ist Kaiser Nikolaus für die gnädige Weise, in der sein Vorschlag, Anfang nächsten Monats nach Potsdam zu kommen, von Seiner Majestät dem Kaiser und König aufgenommen und beantwortet worden ist, sehr dankbar, und er sieht der Begegnung mit unserem allergnädigsten Herrn mit großer Freude entgegen.

Aus den wiederholten Unterredungen mit meinem russischen Kollegen* weiß ich, daß der Zar sich der Bedeutung, die der Weggang Iswolskys** für die Beziehungen Rußlands zu Deutschland und Österreich hat oder wenigstens haben kann, voll bewußt ist[1]. Seine Majestät hat Baron Knorring gegenüber mehrmals, und zwar in spontaner Weise und mit Nachdruck betont, daß es sein lebhafter Wunsch sei, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern, die unter Iswolskys Amtsführung zu wünschen übrig gelassen hätten, auf ihren alten Ton hinaufgestimmt zu sehen[2]. Auch hat der Zar in der dem Fürsten Urussow kürzlich gewährten Abschiedsaudienz*** diesem auf die Bemerkung zugestimmt, die Ausschaltung Iswolskys müsse benutzt werden, um das Verhältnis zu Österreich allmählich zu bessern[3].

Baron Knorring ist der Ansicht, daß der Nachfolger Iswolskys der Mann sei, um dem Wunsche des Zaren, soweit zunächst Deutschland in Frage steht, die Wege zu ebnen. Als Schwiegersohn Stolypins gehöre Sasonow zur reaktionären Partei, die sich neben dem Nationalitätsprinzip zur Aufrechterhaltung guter Beziehungen mit Deutschland bekenne. Mit großer Genugtuung machte mir daher Baron Knorring die noch streng vertrauliche Mitteilung, daß der Zar sich entschlossen habe, Herrn Sasonow hierher zu berufen und sich von ihm auf seiner Reise nach Potsdam begleiten zu lassen. Den Zaren habe dabei vor allem der Wunsch geleitet, Seiner Majestät dem Kaiser bei dieser ersten Gelegenheit seinen neuen Auswärtigen Minister persönlich vorzustellen und diesem auch Gelegenheit zu geben, mit Euerer Exzellenz und dem Herrn Staatssekretär in Beziehungen zu treten[4].

Baron Knorring ist überzeugt, daß die bescheidene, ruhige und sachliche Persönlichkeit Sasonows in Berlin sympathisch berühren werde.

---

* Freiherr von Knorring.
** 28. September.
*** Vgl. dazu Kap. CCXV, Nr. 9944.

Über die weitere Begleitung des Kaisers Nikolaus auf seiner Reise nach Potsdam sind bestimmte Entschlüsse noch nicht gefaßt[5].

Jenisch

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] !

[2] Warum hat er es denn geduldet? Wenn er das merkte, warum änderte er es nicht!?

[3] Töne u[nd] Stimmungen nutzen jetzt nichts mehr, seit der Triple Entente und den 6 neuen Russ[ischen] Armeecorps die in der Formation begriffen sind! Jetzt helfen nur noch Thaten, und facta!

[4] sehr wünschenswerth und nützlich

[5] da druckst er schon seit Wochen daran herum!? wie immer! auch in rebus politicis!

Nr. 10 149

Der Geschäftsträger in Petersburg Graf von Mirbach-Harff an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 153 St. Petersburg, den 29. Oktober 1910

Herr Sasonow trug heute wegen „Post"-Artikel betreffend Kaiserentrevue* gewisse Empfindlichkeit, beinahe Gereiztheit zur Schau, fand namentlich Parallele zwischen russischem und österreichisch-ungarischem Einfluß auf dem Balkan „hochmütig-herablassend" und bezeichnete Artikel im gegenwärtigen Augenblick als doppelt unzeitgemäß.

Ich erwiderte, ich verstände nicht ganz, wie er sich in seiner bisherigen, wie mir schien, vertrauensvollen Stimmung, von vereinzelten Preßstimmen so unverhältnismäßig stark beeinflussen lassen könne; wenn ich auf alle Anpöbelungen der „Nowoje Wremja" in letzten Tagen ebenso reagieren wollte, müßte meine Stimmung bezüglich Entrevue und fernerer Gestaltung unserer Beziehungen weit gründlicher verdorben sein. Ich müsse ihn dringend bitten, sich bezüglich der bei uns herrschenden Auffassung der deutsch-russischen Beziehungen ausschließlich an das zu halten, was ihm in nächsten Tagen von berufener Seite gesagt würde.

Nicht ohne Interesse, weil wieder einmal dauernde Wechselbeziehungen zwischen „Nowoje Wremja" und Ministerium illustrierend, war, daß die von Herrn Sasonow hervorgebrachten Gravamina teilweise wörtlich mit gestern in genannter Zeitung erschienenem Entrefilet übereinstimmte.

---

* Am 25. Oktober hatte die „Post" eine Notiz bezüglich der bevorstehenden Zusammenkunft des Kaisers mit dem Zaren gebracht, in der es zum Schluß hieß: „Kann auch der Einfluß Rußlands heute und auf absehbare Zeit nicht mehr dem Österreich-Ungarns gleichgestellt werden, so hat es doch ein erhebliches Interesse daran, sein Prestige wenigstens so weit gewahrt zu sehen, daß es auch da, wo es auf taktische Erfolge nicht hoffen kann, wenigstens nicht völlig übergangen wird."

Auch enthielten seine Äußerungen neue Anzeichen dafür, daß seiner für uns unzweifelhaft freundlichen Gesinnung gewisse Grenzen gezogen sind, sobald wir als Verbündete Österreich-Ungarns in Erscheinung treten. Zum Beispiel fand ich leise Anklänge an den alten Iswolskyschen Verdacht, Graf Aehrenthal sei nicht unbedingt sicherer Anhänger der Status-quo-Politik auf dem Balkan.

Mirbach

Nr. 10150

Der Geschäftsträger in Petersburg Graf von Mirbach-Harff an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 154 St. Petersburg, den 29. Oktober 1910

Herr Sasonow, der in den letzten Tagen offenbar unter gewisse fremde Einflüsse geraten ist — Herr Iswolsky ist seit gestern wieder hier, und der englische Geschäftsträger* zeigt sich auffallend oft im Ministerium —, äußerte sich besorgt über die verschiedenen orientalischen Probleme.

Die panislamische Bewegung in ihren verschiedenen Erscheinungsformen müsse er als eine ernste Bedrohung Rußlands auffassen, da sie jederzeit auf die russischen Muhamedaner, auf Schiwa, Buchara und Fergana überzugreifen drohe. Nun sei durch bekannte Ereignisse der jüngsten Vergangenheit** leider der Schein erweckt, als beständen zwischen jener Bewegung und der deutschen Politik gewisse Zusammenhänge.

Auf meine alsbaldigen Einwendungen hin gab er mir zu, daß dieser Schein ein falscher sein möge; er bestehe nun aber einmal und erwecke innerhalb des Islams die abenteuerlichsten Zukunftsbilder.

Soweit die engere Türkei in Betracht käme, beunruhigten Herrn Sasonow deren Rüstungen zu Lande und zur See, die er als im letzten Ende gegen Rußland gerichtet ansehen müsse. Auch die militärischen Maßnahmen der Türkei an der persischen Westgrenze könnten Rußland nicht gleichgültig sein.

Als auch hier Anspielungen auf unsere Intimität mit Konstantinopel fielen, erwiderte ich, daß wir bekanntlich nur territorialen Status quo und innere Konsolidation der jungen Türkei wünschten, ein Leitsatz, den sich doch auch die russische Politik zu eigen gemacht habe, was er mir nicht abstreiten konnte.

---

* H. O'Beirne.

** Am 23. Oktober hatte in Konstantinopel eine türkisch-persische Protestversammlung gegen das Vorgehen Rußlands und Englands in Persien stattgefunden. Auf ihr war ein Danktelegramm an den Deutschen Kaiser als den treuesten Beschützer des Islam beschlossen worden, der gebeten wurde, seine Hand auch über Persien zu halten. Vgl. Kap. CCXVII, Nr. 10145, Fußnote.

Zum Schluß unserer — durchaus freundschaftlich geführten — Konversation sagte mir Herr Sasonow, er würde vorstehende Frage in gleichem Sinne und mit gleicher Offenheit in Berlin zur Sprache bringen. Er hoffe, daß die ihm zuteil werdende Antwort ihn beruhigter heimreisen lassen würde.

Mirbach

Nr. 10151

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Kiderlen

Unsignierte Reinschrift

Berlin, den 30. Oktober 1910

Bei der Besprechung mit Herrn Sasonow* dürfte zunächst Herrn Sasonow unsere Freude über das bevorstehende Zusammentreffen unserer Souveräne und unsere Genugtuung über seine Berufung an die Spitze der auswärtigen Politik Rußlands auszudrücken sein.

Wir sehen in der Zusammenkunft der beiden Kaiser vor allem die Bekräftigung der alten deutsch-russischen Beziehungen, deren Grundlage stets die in beiden Ländern bestehende kräftige, tatsächliche, wesenhafte Monarchie gewesen ist und sein wird. Wir erwarten von der russischen Politik keine Änderung, ebenso wie sie auch von uns eine neue Orientierung nicht erwarten wird. Wir erhoffen aber von einer offenen Aussprache Beseitigung mancher Mißverständnisse der letzten Zeit, deren Ergebnis wäre, daß zwischen Rußland und Deutschland intimere und nähere Beziehungen herrschen, als sie zwischen je zwei anderen Mächten herrschen, die den beiden verschiedenen Interessengruppen angehören, die sich in letzter Zeit in Europa gebildet haben.

Wir wissen, daß russischerseits vielfach der Gedanke ausesprochen worden ist, unser enges Verhältnis zu Österreich hindere gute Beziehungen zu Rußland. Es dürfte wohl russischerseits die Unmöglichkeit für uns, unser enges Bündnis mit Österreich aufzugeben, ebenso gut anerkannt werden, wie wir Rußland eine Lockerung seiner Beziehungen zu Frankreich nicht zumuten werden. Wir sind aber gern bereit, zwischen unserm Verbündeten und dem, wie wir hoffen sagen zu dürfen, uns befreundeten Rußland dahin unsere Vermittlung eintreten zu lassen, daß deren Gegensätze, speziell im Orient, ausgeglichen werden. Wir glauben bestimmt versichern zu können, daß Österreich keine neuen ehrgeizigen Pläne im Orient verfolgt, und daß es ehrlich für Aufrechterhaltung des Status quo einzutreten bereit ist. Nachdem die dahingehenden Besprechungen zwischen Aehrenthal und Iswolsky — vielleicht mit aus persönlichen Gründen — zu keinem ganz befriedigenden Ergebnis geführt

* Für den 30. Oktober wurde in Berlin das Eintreffen Sasonows erwartet, der auf der Reise zu dem in Schloß Wolfsgarten bei Darmstadt befindlichen Zaren begriffen war.

haben*, würden wir, wenn es den russischen Wünschen entspricht, gern bereit sein, auf unsern Bundesgenossen im Sinne einer freundschaftlichen Wiederaufnahme der Besprechungen einzuwirken.

Jedenfalls können wir Herrn Sasonow versichern, daß wir ehrgeizige Pläne Österreichs im Orient zu vertreten weder verpflichtet noch gewillt sind.

In der sogenannten bosnischen Krise sind wir gerade dadurch zu einer besonders intensiven Solidarisierung unserer Politik mit den österreichischen Interessen gedrängt worden, daß die drei Mächte England, Frankreich und Rußland ihre politischen Entschließungen mit ostentativer Ausschließung Deutschlands (Herr Iswolsky reiste über Berlin nach Paris, ohne sich hier aufzuhalten) faßten**. Wir verstehen vollständig, daß sich Rußland bei seinen vielen, zum Teil recht delikaten, um nicht zu sagen diffizilen Berührungspunkten mit England mit diesem auf gemeinschaftlicher Basis zu verständigen sucht, noch viel mehr, daß es mit dem ihm verbündeten Frankreich überall die beiden Ländern gemeinsamen Interessen vertritt. Wir glauben aber, daß es eine lange Reihe von Fragen gibt, bei denen russische Interessen entweder den unseren parallel laufen oder überhaupt nicht direkt berührt werden. Wir glauben, daß gerade dadurch die Freundschaftlichkeit unserer Beziehungen zu Rußland sich dokumentieren ließe, wenn in solchen Fragen vor Entschließungen eine vertrauensvolle Aussprache zwischen uns beiden stattfände. Wir haben da und dort leider das Gefühl gehabt, daß Rußland, ohne selbst interessiert zu sein, unsere rein friedlichen und kommerziellen Interessen lediglich andern zu Gefallen, die uns unfreundlich gesinnt sind, habe kreuzen wollen. In dieser Beziehung braucht nur an die Bagdadbahnfrage*** erinnert zu werden. Von manchen Seiten ist uns der Vorwurf gemacht worden, daß wir im Orient irgendwelche politischen ehrgeizigen Ziele verfolgten. Dem widerspricht einfach unsere geographische Lage. Allerdings haben wir, soweit das überhaupt möglich, die innere Festigung der Türkei zu unterstützen gesucht; unsere Tätigkeit war aber vorherrschend eine negative, indem wir dem neuen türkischen Regime keine Schwierigkeiten bereiteten. Dieses haben wir optima fide getan in der Überzeugung, damit dem Frieden im Orient und der Erhaltung des Status quo zu dienen. Die Haltung und die Äußerungen der Kaiserlich Russischen Regierung, insbesondere das deutlich manifestierte Wohlwollen der russischen Vertretung in Konstantinopel für das neutürkische Regime haben uns gezeigt, daß wir uns darin mit den Intentionen der russischen Regierung begegnen. Wenn uns von unsern Gegnern geheime machiavellistische Abmachungen mit der Türkei untergeschoben worden sind, wenn in türkischen, arabischen, persischen und sonstigen islamischen Köpfen unsere Haltung zu tatsächlich unbegründeten, phantastischen Erwartungen Anlaß gegeben hat, so können wir

* Vgl. dazu Kap. CCXV.
** Vgl. dazu Bd. XXVI, Kap. CXCVI.
*** Vgl. dazu Kap. CCXVI.

nichts dafür. Dazu hat viel eher beigetragen, daß Regierungen, die das türkische Regime — mit Recht oder mit Unrecht — als seine Feinde anzusehen sich gewöhnt hat, sich russischer Unterstützung rühmen zu können schienen.

Wir hegen weder den Wunsch, noch haben wir die Mittel, je aus der Türkei wieder einen erobernden Staat zu machen. Was wir wünschen und anstreben, ist nur, die Türkei soweit lebensfähig zu erhalten, daß in den ihr verbliebenen Provinzen Ruhe und Ordnung herrscht, und daß ihre Schwäche nicht die Begehrlichkeit von allerlei balkanischen Kleingebilden zum Schaden des europäischen Friedens anreizt.

Es ist schwer verständlich, wie man uns gleichzeitig vorwerfen kann, auf der einen Seite angebliche österreichische Aspirationen auf türkisches Gebiet — Albanien, Sandschak, Salonik — zu unterstützen und auf der anderen Seite den Türken die Mittel zu solchen militärischen Machtmitteln zu liefern, daß sie an einen Kampf mit Rußland denken könnten. Bei einer Besprechung der einzelnen hier in Betracht kommenden Fragen werden wir uns wohl sehr leicht mit Rußland verständigen können. Man muß sich nur hüten, sich konsequent gegenseitig böse Hintergedanken zuzutrauen. Wir sind es nicht, die die russischen Interessen im Orient je verkannt haben. So haben zum Beispiel wir uns für Rußland günstigen Abmachungen über die Dardanellen niemals widersetzt*.

Die Besprechung solcher Differenzen dürfte sich kaum für die beiden Souveräne eignen, doch wünschten wir, daß sich die beiden hohen Herrn offen und vertrauensvoll über die allgemeinen Gesichtspunkte der politischen Lage aussprächen. Wir würden es für besonders nützlich halten, wenn sich die beiden Kaiser über die Wahrung von monarchischen Interessen an den verschiedensten Punkten, namentlich auch im Hinblick auf die jüngsten portugiesischen Ereignisse** aussprächen, wenn die Kaiser ihre Übereinstimmung dahin bekundeten, ihre Regierungen anzuweisen, sich über alle auftauchenden Fragen vertrauensvoll auszusprechen, ihre Vertreter im Auslande zu gegenseitiger engerer Fühlung anzuhalten und in dieser Beziehung die alten Verhältnisse wieder herzustellen. Wir fürchten, daß zu manchen Mißverständnissen gerade der Umstand beigetragen hat, daß es fast an allen Orten üblich geworden ist, daß die russischen Vertreter mit dem Engländer und Franzosen in einer Ecke die Köpfe zusammenstecken, flüstern und aufhören, wenn der deutsche kommt. Wir würden in vorstehend skizzierter Richtung hier das Terrain vorbereiten und bitten Herrn Sasonow, in Wolfsgarten ein Gleiches zu tun.

* Vgl. dazu namentlich Bd. XXVI, Kap. CXCIX.

** In Portugal hatte die am 4. Oktober in Lissabon ausgebrochene Revolution zur Verjagung des Königs Emmanuel und zur Proklamierung der Republik geführt.

Nr. 10152

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an Kaiser Wilhelm II.

Ausfertigung

Berlin, den 1. November 1910

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät melde ich allerunterthänigst, daß der russische Botschafter Graf Osten-Sacken soeben mir und dem Staatssekretär von Kiderlen durch eine Einladung zum Frühstück Gelegenheit gegeben hat, die Bekanntschaft von Herrn Sasonow zu machen.

Der neue russische Minister der Auswärtigen Angelegenheiten macht im Gegensatz zu Herrn Iswolsky den Eindruck eines nüchternen, überlegten Mannes, der, ohne durch geistreiche Pointen brillieren zu wollen, genau weiß, was er will. Und was er will, ist zunächst nur die innere Konsolidation Rußlands, ohne diese Gegenwartsaufgabe mit irgend welchen phantastischen Zukunftsproblemen zu verquicken. Er wird damit seinem Vaterlande größere Dienste leisten, als es Iswolsky mit seiner Politik der Unruhe und der Umwege getan hat. Im Endeffekt wird das allerdings kein Posten sein, den wir auf unserer Gutseite zu buchen haben, aber ich habe den Eindruck, daß es uns, solange die auswärtigen Geschäfte Rußlands von Herrn Sasonow geleitet werden, möglich sein wird, im Wege offener Aussprache denjenigen praktischen Kontakt mit der russischen Politik wiederzugewinnen, der unter Herrn Iswolsky verloren gegangen ist und unter ihm nicht wiederhergestellt werden konnte. Während mir dieser vor einem Jahre in überschwenglichen Ausdrücken die freundschaftlichen Gesinnungen Rußlands anpries*, hat es Sasonow vermieden, sich einen ähnlichen Ton anzueignen. Dafür hat er, als ich ihn darauf aufmerksam machte, daß die russische Politik jeder Aussprache mit uns auch in solchen Fällen geflissentlich aus dem Wege gegangen sei, wo die russischen Interessen mit den unseren parallel liefen, und daß die enge Fühlung, die unsere Vertreter im Auslande früher mit einander gehabt hätten, russischerseits einer offensichtlichen Zurückhaltung Platz gemacht hätte, mich kategorisch versichert, daß es mit diesen Usancen jetzt ein Ende haben werde[1]. Ich habe diese Versicherung mit Dank entgegengenommen und meiner Erwartung Ausdruck gegeben, daß, wenn die Russen so handelten, es mit der Zeit gelingen werde, Mißverständnissen vorzubeugen, die eine notwendige Folge der bisherigen Politik Rußlands hätten sein müssen. In dieser Beziehung sei nach meiner Ansicht die bevorstehende Entrevue Euerer Majestät mit dem Zaren mit besonderer Freude zu begrüßen. Sie werde zweifellos Gelegenheit dazu geben, daß die beiden hohen Souveräne, ohne etwa Details der laufenden Politik zu

* Vgl. Bd. XXVI, Kap. CCVI, Nr. 9568.

berühren, sich über die allgemeinen Gesichtspunkte der politischen Lage aussprächen in Bekräftigung der alten deutsch-russischen Beziehungen, deren Grundlage stets die in beiden Ländern bestehende kräftige, tatsächliche und wesenhafte Monarchie gewesen sei und sein werde. Gewiß erwarteten wir keine grundsätzliche Änderung der russischen Politik, ebenso wenig wie Rußland eine neue Orientierung der deutschen Politik erwarten werde. Wir hätten auch volles Verständnis dafür, daß sich Rußland bei seinen zahlreichen, zum Teil recht delikaten Berührungspunkten mit England mit diesem auf gemeinschaftlicher Basis zu verständigen suche, und daß es mit dem ihm verbündeten Frankreich überall die beiden Ländern gemeinsamen Interessen vertrete. Das hindere aber nicht gute und vertrauensvolle Beziehungen zwischen uns und Rußland, wofern nur Rußland es vermiede, sich in Gegensatz zu Deutschland zu stellen, ohne durch eigene vitalste Interessen dazu gezwungen zu sein.

Sasonow stimmte dem zu und setzte auch seinerseits ganz besondere Hoffnungen auf die bevorstehenden Tage, wobei er in merkbarer Weise durchblicken ließ, daß der Zar, so befriedigt und beglückt er auch von den letztjährigen Entrevuen mit Euerer Majestät gewesen sei, doch den lebhaften Wunsch hege, frei und offen mit Euerer Majestät über politische Angelegenheiten zu sprechen[2]. Das Verhältnis Rußlands zu Deutschland sei allerdings in letzter Zeit, namentlich durch die Ereignisse der Jahre 1907—08 erschwert gewesen. Man habe in Rußland nicht geglaubt, daß Deutschland ein solches Interesse an der bosnisch-herzegowinischen Angelegenheit zeigen werde, wie es tatsächlich getan habe[3]. Darauf habe ich mir die sofortige Zwischenbemerkung gestattet, daß die Haltung Deutschlands eine selbstverständliche Folge unseres Bündnisses mit Österreich gewesen sei. Wenn wir dabei zu einer besonders intensiven Solidarisierung unserer Politik mit den österreichischen Interessen gekommen wären, so seien wir dazu geradezu gezwungen worden, indem die drei Mächte England, Frankreich und Rußland ihre politischen Entschließungen mit ostentativer Ausschließung Deutschlands gefaßt hätten[4]. Hierzu bemerkte Sasonow, daß die bosnisch-herzegowinische Krisis als ein Stück der Geschichte der Vergangenheit angehöre und für die zukünftigen Richtlinien der russischen Politik keine Bedeutung mehr habe[5]. Was England anlange, so seien die russisch-englischen Beziehungen lange Zeit durch den ebenso hartnäckigen wie grundlosen Verdacht Englands vergiftet gewesen, daß Rußland Aspirationen auf Indien habe. Diesem Verdacht habe ein Ende gemacht werden müssen. Die Zeiten der Expansionspolitik seien für Rußland ein für allemal abgeschlossen[6]. Seine einzige Aufgabe sei die eigene innere Konsolidation. Aus diesem Grunde sei Rußland eine Verständigung mit England eingegangen, die jenen Velleitäten für immer ein Ende mache[7]. Aber einzig und allein hierauf erstrecke sich die Verständigung. „Wir haben einen festen und dicken Punkt gemacht, über den es nicht hinausgeht. Will England im übrigen eine deutschlandfeindliche Politik treiben, so wird es uns nicht auf seiner Seite finden[8]".

Rußland habe schon vermöge seiner unmittelbaren Nachbarschaft mit Deutschland und vermöge seiner weitreichenden kommerziellen Interessengemeinschaft mit uns das lebhafteste Bedürfnis, mit uns auf gutem Fuße zu stehen[9]. Jetzt werde er uns, nachdem er morgen dem Zaren Vortrag gehalten haben werde, bestimmte Vorschläge in betreff des Orients[10] — so sagte der Minister, er meinte aber ersichtlich Persien — machen. Er hoffe, daß unsere orientalische Politik kein Hindernis bieten werde, vitalen Interessen Rußlands[11] Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Ich habe erwidert, daß wir diesen Vorschlägen mit Interesse entgegensähen, zumal wir bereits im Jahre 1907 unsererseits eine Verständigung über Persien angeregt, bislang aber keine Antwort Rußlands erhalten hätten*. Politische Interessen hätten wir in Persien nicht, wohl aber kommerzielle, ebenso dort wie sonst in der Welt[12], und ein Land wie Deutschland würde es niemals ertragen können, sich an irgend einem Orte von der Basis der Gleichberechtigung abdrängen zu lassen. Wir hätten indes Rußland schon im Jahre 1907 zu erkennen gegeben, daß wir seinen besonderen politischen Interessen in Persien Rechnung zu tragen gewillt seien[13]. Wenn es darüber bisher zu keiner Verständigung gekommen sei, so trügen wir daran keine Schuld.

Irgend etwas Positiveres über die zu erwartenden russischen Vorschläge herauszubekommen, war mir unmöglich, da der russische Minister offensichtlich nicht mehr sagen wollte, übrigens auch unser Gespräch wegen seiner Abreise plötzlich abgebrochen werden mußte.

Unsere gesamte Unterredung, die in deutscher Sprache geführt wurde, deren Sasonow vollkommen mächtig ist, verlief in den angenehmsten Formen.

v. Bethmann Hollweg

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Sehr wünschenswerth

[2] ich habe das von Jahr zu Jahr erhofft, es ist aber nie eingetreten!

[3] ist Nebensache! Hauptsache Casus foederis.

[4] sehr gut! und richtig

[5] hört! hört!

[6] nach Osten?

[7] das werden die Ereignisse wohl nicht zulassen! Falls eine Theilung Persiens zwischen den Beiden Eintritt, ist die territoriale Nachbarschaft in Asien hergestellt, und damit nolens-volens Russland in die Indische Sphäre hineingezogen!!

[8] sehr erfreulich! hoffentlich spricht Benckendorf in London ebenso!

[9] man sollte es meinen!

[10] ?

[11] annexion?

[12] gut!

[13] ja

Schlußbemerkung des Kaisers:

Falls der Kaiser entschloßen ist Persien aufzutheilen können wir es natürlich nicht hindern. Wir müßen uns kommerzielle Gleichberechtigung, Freiheit und open door gewährleisten lassen. Wir können auf die Gefahren der Auftheilung hinweisen.

---

* Vgl. dazu Bd. XXV, Kap. CLXXXV.

Das erwachte Selbstbewußtsein der Mohammed[anischen] Welt können wir anführen, das anscheinend Annexionen von Gebietstheilen Mohammed[anischer] Völker sehr übel nehmen würde. Das Solidaritätsgefühl der Moslimen, das durch die Sammlungen in Indien für die Türkische Flotte sich kundgiebt; die Rückwirkung der Muham[edanischen] Agitation auf moslim[ische] Unterthanen der übrigen Großmächte. Das sind Gesichtspunkte, die wir in freundschaftlicher Weise warnend vorbringen können. Das ermöglicht uns, bei etwa sich vollziehender Annexion der Muhamed[anischen] Welt gegenüber zu bekennen, daß wir nach bestem Wissen ihr Intresse zu wahren versucht und zum Guten geredet hätten. W.

Nr. 10153

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an Kaiser Wilhelm II.

Ausfertigung

Berlin, den 6. November 1910

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät beehre ich mich alleruntertänigst, in der Anlage den befohlenen Entwurf eines Telegramms an Seine Majestät den Kaiser Franz Joseph zu unterbreiten. Euere Majestät wage ich in tiefster Ehrfurcht zu bitten, den Entwurf huldreichst genehmigen und mir zwecks Absendung eines entsprechenden Telegramms in Ziffern wieder zukommen lassen zu wollen. Das Telegramm würde durch Vermittelung Euerer Majestät Botschafters in Wien an des Kaisers Franz Joseph Majestät weitergeleitet werden.

v. Bethmann Hollweg

Anlage

Kaiser Wilhelm II. an Kaiser Franz Joseph von Österreich

Telegramm. Reinkonzept

Ich beeile mich, Dir mitzuteilen, daß der Besuch, den mir der Zar soeben abgestattet hat*, auf das beste verlaufen ist. Wenngleich die unsichere Gesundheit der Zarin ersichtlich Sorgen macht, war der Zar doch

* Die Ankunft des Zaren in Potsdam war am 4. November 10 Uhr morgens, die Rückreise nach Schloß Wolfsgarten am späten Abend des 5. November erfolgt. Bei der Galatafel am 4. unterblieben nach Vereinbarung die üblichen feierlichen Anreden, um den familiären Charakter der Zusammenkunft zu betonen. Über den Ausfall des Besuchs telegraphierte Staatssekretär von Kiderlen am 10. November an den Gesandten Freiherrn von Jenisch in Darmstadt: „Beide Majestäten, vom Verlauf des Zarenbesuchs sehr befriedigt, haben beide ihre besondere Freude darüber geäußert, daß der Zar sich anscheinend in ihrem Kreise sehr wohl gefühlt habe. Seine Majestät hat es dankbar empfunden, daß der Zar so offen mit ihm über Politik gesprochen, hat auch von Sasonow günstigen Eindruck. Seine Majestät hat Hoffnung ausgesprochen, daß nunmehr deutsch-russische Beziehungen in günstigere Bahnen gelenkt seien, und daß künftighin auch die Regierungen sich offen besprechen werden."

in heiterer und unbefangener Stimmung und hat frei und offen mit mir über die politische Lage gesprochen. Ich habe den festen Eindruck gewonnen, daß er, ebenso wie Du und ich es tue, die Bewahrung des Friedens aufrichtig anstrebt, und daß er insonderheit auch für die Aufrechterhaltung des Status quo auf dem Balkan eintritt. Seine auf die innere Konsolidation seines Reichs gerichteten Anstrengungen werden in seinem neuen Minister des Äußern, Herrn Sasonow, der mir den Eindruck eines nüchternen und ruhigen Mannes macht, eine gute Unterstützung finden. Dies wird voraussichtlich, dem entschiedenen Wunsche des Zaren entsprechend, auch darin zum Ausdruck kommen, daß der diplomatische Kontakt seiner Regierung mit seinen Nachbarn wieder ein engerer wird, als es in den letzten Jahren der Fall war.

In dankbarster Erinnerung an die schönen Tage, die Du mir im September in Wien und Schönbrunn* bereitet hast, bin ich mit herzlichen Grüßen von Viktoria

Dein
Wilhelm**

Nr. 10 154

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 451
Vertraulich

Wien, den 5. November 1910

Graf Aehrenthal brachte heute das Gespräch auch auf den russischen Besuch in Potsdam. Herr Sasonow sei nach allem, was er höre, ein sehr vernünftiger Mann, der die Karten, die in seine Hand gelegt worden wären, gewiß mit Umsicht und Geschick zu gebrauchen verstehen werde. Um es mit kurzen Worten zu sagen, so schienen ihm, dem Grafen Aehrenthal, die Dinge so zu liegen: Sasonow habe eingesehen, daß sein Vorgänger durch seine remüante und demonstrativ anglophile Politik nur den noch engeren Zusammenschluß der beiden Zentralmächte bewirkt habe. In diesen Fehler wolle Herr Sasonow nicht wieder verfallen; er sei deshalb bestrebt, durch freundliches Entgegenkommen sowohl Berlin als Wien gegenüber das intime Verhältnis zwischen Wien und Berlin zu beeinflussen.

---

* Vgl. Kap. CCXV, Nr. 9943.

** Kaiser Franz Joseph antwortete darauf am 9. telegraphisch:

„Ich danke Dir herzlichst, daß Du in gewohnter Freundschaft anläßlich des Besuches, den der Zar Dir soeben abgestattet hat, mir eine telegraphische Mitteilung hast zugehen lassen und bin aufrichtig erfreut, daß Du bei dieser Gelegenheit den festen Eindruck der friedlichen Bestrebungen des Zaren gewonnen hast. Auch ich würde es mit besonderer Befriedigung begrüßen, wenn der Kontakt mit der russischen Regierung wieder ein engerer werden könnte.

Ich gedenke gleichfalls mit Freude Deines letzten Besuches und bin mit herzlichen Grüßen an die Kaiserin Dein

Franz Joseph."

Er, der Minister, habe sichere Anzeichen dafür, daß der russische Minister gewillt sei, auch Österreich-Ungarn gegenüber mildere Saiten aufzuziehen. Vom russischen Standpunkt aus betrachtet, könne man Herrn Sasonow diese Politik nicht verübeln. Solange übrigens Rußland dabei korrekt bliebe, glaube er, könne man in Berlin ebenso wie hier in Wien diese neue Orientierung der russischen Politik nur freudig begrüßen. Es könne nicht ausbleiben, daß die Haltung Rußlands auch auf diejenige Frankreichs einen gewissen Einfluß ausüben werde, was zur Anbahnung einer allgemeinen Detente zwischen den beiden großen Mächtegruppen wesentlich beitragen würde.

Er, Graf Aehrenthal, höre, daß auch der Referent für persische Angelegenheiten im russischen Ministerium des Auswärtigen, Herr von Klemm, in Berlin anwesend sei. Es sei zu hoffen, daß damit Gelegenheit geboten werde, auch in der persischen Frage mit Rußland zu einer Verständigung zu gelangen, nachdem England bereits, seinen Nachrichten zufolge, beruhigende Erklärungen in dieser Frage in Berlin abgegeben habe*. Übrigens schreibe Graf Mensdorff aus London, daß dort in vielen Kreisen, besonders der liberalen Partei, scharfe Kritik an dem jüngsten englischen Vorstoß in Persien geübt werde, über dessen Tragweite die Regierung sich anscheinend nicht genügend Rechenschaft abgelegt habe. Die neueste Politik Persien gegenüber würde allgemein auf Sir Arthur Nicolson** zurückgeführt, der sich mit dieser seiner ersten Aktion nicht gerade günstig eingeführt habe.

von Tschirschky

Randbemerkung von Kiderlens:
Auf Aehrenthals Versuch, uns gegen Rußland mißtrauisch zu machen, scheint Herr von Tschirschky glatt hereingefallen zu sein.

K.

Nr. 10155

*Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Botschafter in Petersburg Grafen von Pourtalès****

Konzept

Nr. 1580 Berlin, den 8. November 1910

Unsere hiesigen Besprechungen mit Herrn Sasonow haben sich auf nachstehende Punkte bezogen.

1. Verhältnis Rußlands zu Österreich-Ungarn.

Durch die Verhandlungen des Herrn Iswolsky mit dem Grafen Aehrenthal ist, wie Herr Sasonow ausführt, das Verhältnis so korrekt gestaltet

* Vgl. Kap. CCXVII, Nr. 10143.
** Seit kurzem Permanenter, Unterstaatssekretär im Foreign Office.
*** Der Erlaß an Graf Pourtalès beruht auf einer eigenhändigen Aufzeichnung des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg, die von Staatssekretär von Kiderlen in einigen Punkten vervollständigt war. An die übrigen Missionen erging unter dem 11. November ein Erlaß über die Potsdamer Entrevue.

worden, wie es zurzeit überhaupt möglich ist. Herzliche Beziehungen können nach Ansicht des Ministers vor der Hand noch nicht hergestellt werden. Sollten sich Schwierigkeiten ergeben, so wird Petersburg durch die Vermittelung von Berlin mit Wien zu sprechen versuchen. Wir haben Herrn Sasonow erklärt, daß wir stets zur Vermittlung zwischen ihm und Wien bereit seien.

2. Balkan.

Herr Sasonow betont, daß Rußland seine geschichtliche Mission stets darin erblickt habe, die christlichen Völker des Balkans zu befreien. Für diese Freiheit werde es auch ferner einstehen. Im übrigen strebe es nichts weiter an, als auf dem Balkan für den Frieden und die Aufrechterhaltung des Status quo einzutreten, und werde mit allen Mitteln dahin wirken, einen sich etwa entfachenden Brand zu lokalisieren. Konform mit diesen Dispositionen habe Rußland im vorigen Winter den König Ferdinand und den König Peter energisch zur Ruhe vermahnt und sie veranlaßt, nach Konstantinopel zu gehen und sich mit der Türkei zu verständigen*.

Wir haben dem Minister gesagt, daß Österreich-Ungarn nach den uns bestimmt gegebenen Versicherungen auf dem Balkan keinerlei expansive Pläne verfolge. Sollte es sich etwa in der Zukunft zu solchen Plänen bekennen, so wären wir weder verpflichtet noch gewillt, für sie einzutreten. Sasonow dankte für diese Erklärung in besonders warmen Worten und versicherte, daß sie von der größten Bedeutung für die russische Politik sei.

3. Türkei.

Sasonow war mit uns darin einverstanden, daß die Vitalität der Türkei erhalten werden müsse, da ihr Verfall in Schwäche den Balkanfrieden bedrohen würde. Tscharykow**, so ließ er durchblicken, habe seine Freundschaft für die Türkei bisweilen vielleicht zu stark affichiert. Wir haben Herrn Sasonow erklärt, daß wir die Türkei nicht als aggressive Macht unterstützen wollten, sondern nur insoweit, als sie Unterstützung für ihre innere Konsolidation notwendig hat. Wir haben ihr zwei Schiffe verkauft, England hat ihr größere Schiffe angeboten und Marineinstrukteure gestellt***, Frankreich die Bestellung einer größeren Anzahl Kanonenboote direkt als Bedingung für die Anleihe verlangt. Wir haben lediglich die Anleihe aus wirtschaftlichen Gründen gemacht†, um zu verhindern, daß Frankreich sich durch die Anleihe ein Industriemonopol verschafft, wie es beabsichtigt war.

4. Persien††.

Der russische Minister beklagte sich darüber, daß die persische Regierung Rußland auf Schritt und Tritt in der wirtschaftlichen Erschließung des Landes Schwierigkeiten mache. Dazu befinde sich das Land in voller Anarchie. Deshalb könne er, was ihm an sich nur angenehm sein

---

* Vgl. dazu Kap. CCX, Nr. 9748, S. 183, Fußnote *.
** Russischer Botschafter in Konstantinopel.
*** Vgl. dazu Kap. CCXII, Anhang B.
† Vgl. dazu Kap. CCXVI, Anhang.
†† Vgl. dazu CCXVII.

würde, die russischen Truppen noch nicht zurückziehen. Er könne sich dem Eindruck nicht verschließen, daß Persien Rußland gegenüber andere Saiten aufziehen würde, wenn es nicht im stillen auf die Unterstützung Deutschlands hoffte.

Wir haben erwidert, daß solche persischen Erwartungen, wenn sie bestünden, alberne Phantasien seien, für die Deutschland keine Schuld treffe. Rußland sei bekannt, daß wir in Persien nichts weiter wollten als volle kommerzielle Gleichberechtigung. Vielleicht sei die Verwirrung in den persischen Köpfen dadurch hervorgerufen, daß Persien sich daran gewöhnt habe, in Rußland, von dem es sich bedroht fühle, einen allgemeinen politischen Antipoden von Deutschland zu erblicken.

Auch die Andeutung des Ministers, daß wir die russische Politik in Persien durch Ermunterung der Türkei zu Aspirationen auf Persien erschwerten, wurde in das Gebiet der Fabel verwiesen.

5. Verständigung Rußlands mit Deutschland über Persien.

Wenn Deutschland auf Konzessionen für Eisenbahnen, Wege und Telegraphen in der russischen Zone verzichtet, will Herr Sasonow für Rußland die Verpflichtung übernehmen, dem Weiterbau der Bagdadbahn bis Bagdad keinerlei Hindernisse in den Weg zu legen und als erste Eisenbahnlinie in Persien eine Bahn von Djulfa über Täbris und Teheran nach Chanikin zum Anschluß an die Linie Bagdad—Chanikin zu bauen, vorausgesetzt daß es ähnliche Garantien erhält wie wir bei der Bagdadbahn. Ferner macht Rußland, wie Herr Sasonow zusicherte, sich anheischig, keinerlei tarifarische oder sonstige Diskriminationen auf dieser Anschlußlinie eintreten zu lassen und sich über die Aufstellung eines entsprechenden Tarifvertrags mit uns ins Benehmen zu setzen. Wir würden dafür die Verpflichtung übernehmen, in dem gesamten Gebiete nördlich von Chanikin keine andere Eisenbahnverbindung zwischen der Bagdadbahn und Persien herzustellen. Sollte endlich an der Strecke Bagdad—Persischer Golf England oder ein anderer Staat beteiligt werden, so dürfe Rußland, wie Herr Sasonow meinte, mit Rücksicht auf die russische öffentliche Meinung nicht leer ausgehen.

Von einer schriftlichen Fixierung des Ergebnisses unserer Aussprache ist Abstand genommen worden, vielmehr bleibt diese dem Benehmen Euerer Exzellenz mit dem Minister vorbehalten. Für uns kommen dabei im wesentlichen nur Persien und die Bagdadbahnfrage in Betracht. Ich bitte Euere Exzellenz, zunächst abzuwarten, ob Herr Sasonow mit Wünschen oder Anregungen an Sie herantritt, und gegebenenfalls darauf hinzuwirken, daß sich die schriftliche Formulierung tunlichst an das vorstehend mitgeteilte Resultat der mündlichen Unterredungen anlehnt. Sollte Herr Sasonow nicht von selbst die Initiative ergreifen, so darf ich es Euerer Exzellenz bewährter Geschicklichkeit überlassen, den Minister, ohne daß Empressement von unserer Seite zu Tage tritt, aus seiner Reserve herauszulocken.

v. Bethmann Hollweg

Nr. 10156

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Kiderlen

Eigenhändig

Berlin, den 8. November 1910

Beim heutigen Botschafterempfang, der natürlich unter dem Zeichen des russischen Besuchs stand, habe ich mich dahin ausgesprochen, daß die Entrevue gut und sehr befriedigend verlaufen, Herr Sasonow hier überall einen vorzüglichen Eindruck gemacht habe.

Das politische Resultat gehe dahin, daß wir konstatiert hätten, daß beide Reiche den Status quo im Orient aufrecht erhalten wollten und dazu eine Stärkung der Türkei in dem Grade, daß sie nicht mehr beständiger Gegenstand der Aspirationen ihrer kleinen Nachbarn sei, für notwendig erachteten. Bestimmte Detailfragen seien, wie das stets bei solchen Entrevuen der Fall, nicht besprochen, geschweige denn irgendwelche Abmachungen getroffen worden.

Dem Italiener habe ich noch„ streng vertraulich" gesagt, ich hätte Herrn Sasonow mitgeteilt, daß wir bestimmt wüßten, Österreich wolle keine Expansionspolitik im Orient treiben. (Herr Pansa fiel mir ins Wort mit dem Ausruf: „C'est ce que je prêche depuis 30 ans à Rome, depuis que j'ai été petit consul à Budapest".) Ich hatte dem hinzugefügt, daß aber, selbst wenn ja Österreich von einer solchen Politik ganz wider Erwarten je abweichen sollte, Italien und wir nicht verpflichtet seien, solche Schwenkung mitzumachen.

Dem Franzosen habe ich „ganz vertraulich" gesagt, wir seien bei unseren Gesprächen von der Voraussetzung ausgegangen, daß unser Bündnis mit Österreich ebenso wie Rußlands Bündnis mit Frankreich gegebene Tatsachen seien, und hätten uns auf dieser Basis sehr gut verständigt.

Sowohl dem Italiener als dem Franzosen habe ich auf ihre Frage: „A-t-on parlé de la Perse" erwidert: „Tout à fait en général; j'ai eu l'impression que la Russie ne songe pas à l'annexion, mais qu'elle veut la tranquillité sur sa frontière à quoi elle a bien le droit".

Dem Österreicher habe ich gesagt, daß ich bei Herrn Sasonow eine ruhige und gerechte Beurteilung der österreichischen Politik und Glauben für meine Versicherung gefunden hätte, daß Österreich lediglich Erhaltung des Status quo auf dem Balkan anstrebe, und daß wir niemals Österreich zu einer andren Politik zu drängen oder es darin zu unterstützen suchen würden.

Kiderlen

Nr. 10157

Der Vortragende Rat im Auswärtigen Amt Freiherr von Romberg an den Botschafter in Petersburg Grafen von Pourtalès

Privatbrief. Eigenhändiges Konzept

Berlin, den 11. November 1910

Der Herr Staatssekretär beauftragt mich, Euerer Exzellenz folgendes zu sagen: Wir seien doch einigermaßen erstaunt gewesen, daß Herr Sasonow es so eilig gehabt habe, sich bei der „Nowoje Wremja" wegen des Berliner Besuchs zu entschuldigen, und sogar der Presse Mitteilungen gemacht habe über Dinge, die noch den Gegenstand von Verhandlungen zwischen uns und der russischen Regierung bilden sollten*. Hätten wir das voraussehen können, dann würden wir auch unsererseits dafür Sorge getragen haben, die Presse entsprechend zu informieren.

Überdies würden manche in der Presse wiedergegebene Äußerungen Herrn Sasonows, besonders diejenigen, die sich auf unser Verhältnis zur Türkei und zu Persien beziehen, uns erheblichen Grund zu Entgegnungen bieten und seien zum mindesten geeignet, Mißdeutungen hervorzurufen. Beispielsweise würden in dem unter Rückerbittung beigeschlossenen „Times"-Telegramm**, das anscheinend gleichfalls auf offizieller Information beruhe, behauptet, unsere Verzichtserklärung erstrecke sich auch auf persische Minen- und Kanalkonzessionen, wovon, wie Ew. pp. bekannt sei, niemals die Rede war.

---

* Der am 8. November wieder in Petersburg eingetroffene Sasonow hatte noch am gleichen Tage ein Interview mit einem Mitarbeiter der „Nowoje Wremja" über seinen Potsdamer Aufenthalt, das von ihr am 9. November veröffentlicht wurde. In diesem Interview legte der russische Außenminister dem Reichskanzler von Bethmann Hollweg und dem Staatssekretär von Kiderlen bindende Äußerungen in den Mund, als ob Deutschland jede noch so entfernte Teilnahme an der türkischen Politik und ebenso jeden Anspruch innerhalb der russischen Interessensphäre in Persien kategorisch ablehne, unter der einzigen Voraussetzung, daß Rußland im Falle von Bahnbauten in Nordpersien auf die Interessen der Bagdadbahn Rücksicht nehme.

** Die „Times" vom 9. November gaben ein Telegramm ihres Petersburger Korrespondenten über Sasonows Potsdamer Eindrücke wieder. Auch in diesem Telegramme wurden die Äußerungen der deutschen Staatsmänner über die Türkei und Persien wesentlich kategorischer gefaßt, als sie nach den deutschen Aufzeichnungen gewesen waren: „The German statesmen categorically repudiated any share whatsoever in bringing about the change noticeable in Turkish policy towards Russia. Regarding Persian matters, the discussion was confined to the Russian sphere of influence, as reference to the neutral zone would have necessitated the presence of British statesmen. I understand that Germany recognizes the exclusive rights of Russia in Northern Persia and proclaims her readiness to abstain from asking for any concessions, such as railways, canals, telegraphs, mines, etc., but expresses a desire that Russia in the event of undertaking the construction of a network of railways in Northern Persia, shall agree in the interests of Germany to link up the same with the Baghdad line at Khanakin. This question will be the subject of future discussion."

Gleichwohl wollten wir diese Dinge nicht relevieren, um eine Preßpolemik zu vermeiden. Wir hofften aber, nachdem Herr Sasonow durch sein Interview der „Nowoje Wremja" ausdrücklich den offiziösen Stempel aufgedrückt habe, daß sich dies in der künftigen Haltung des Blattes Deutschland gegenüber angenehm bemerkbar machen werde.

Der Herr Staatssekretär stellt es dem Ermessen Ew. pp. anheim, inwieweit Sie vorstehendes bei Herrn Sasonow glauben verwerten zu können, ohne dadurch die Verhandlungen wegen Persien zu stören.

Romberg

Nr. 10158

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 312 St. Petersburg, den 10. November 1910

Als ich heute abend Herrn Sasonow meinen Antrittsbesuch nach meiner Rückkehr vom Urlaub machte, sprach ich ihm meine Freude darüber aus, den in Potsdam und Berlin so glücklich angeknüpften Faden mit ihm weiterspinnen zu können. Herr Sasonow versicherte, daß er hierzu sehr gern bereit sei, und frug, wie ich mir die Weiterführung unserer Pourparlers dächte. „Vielleicht in einem gegenseitig zu vereinbarenden Notenaustausch?" Ich erwiderte, ich hätte keine Weisung, in dieser Beziehung Vorschläge zu machen. Indessen würde es auch mir praktisch erscheinen, das Ergebnis der Berliner Besprechungen in einer beiderseits gebilligten Form zusammenzufassen. Ein Notenaustausch oder vielleicht ein Protokoll erscheine mir durchaus angezeigt. Ich würde meiner Regierung von seiner Anregung Mitteilung machen und sei überzeugt, daß dieselbe seinen Vorschlägen gerne entgegenkommen würde.

Im weiteren Verlauf der Konversation ließ ich die Bemerkung fallen, ich sei sehr erfreut, daß Herr Sasonow aus dem Munde Euerer Exzellenz und des Herrn Staatssekretärs die Bestätigung dessen gehört habe, was ich Herrn Iswolsky so oft gesagt hätte, ohne rechten Glauben bei ihm zu finden, nämlich, daß nichts die hier vielfach herrschende Besorgnis rechtfertige, wonach Österreich-Ungarn sich mit Expansionsplänen auf der Balkanhalbinsel trage und wir entschlossen seien, diese Pläne durch dick und dünn zu unterstützen. Herr Sasonow fiel mir hier ins Wort und versicherte, daß die Zusicherungen, die ihm über diesen Punkt in Berlin gegeben worden seien, für ihn das Wertvollste seien, was er von seinem Besuch mitbringe. Sie seien für ihn umso wertvoller, als sie ihm von Euerer Exzellenz und dem Herrn Staatssekretär spontan gegeben worden seien. Er selbst habe nicht recht gewagt, in dieser Frage die Initiative zu ergreifen. Ich erwiderte, die Erklärung gründe sich einerseits darauf, daß

Graf Aehrenthal der Kaiserlichen Regierung gegenüber wiederholt österreichisch-ungarische Expansionspläne auf der Balkanhalbinsel in Abrede gestellt habe, andererseits darauf, daß, wie er ja in Berlin gehört habe, wir weder vertragsmäßig verpflichtet noch gewillt seien, derartige Pläne, falls sie etwa auftauchen sollten, zu unterstützen. Die ihm gegebene Erklärung entspreche so sehr den allgemeinen Richtlinien unserer Politik, daß ich glaubte, Euere Exzellenz würden kein Bedenken tragen, ihm dieselbe, falls er Wert darauf lege, schriftlich zu wiederholen. Ich sei bereit, falls er es wünsche, eine Anfrage in dieser Richtung nach Berlin zu richten. Herr Sasonow erwiderte, daß er für eine solche Anfrage sehr dankbar sein würde, „denn Sie werden verstehen, welchen Wert die fragliche Erklärung für die russische Politik hat". Ich fuhr dann fort, indem ich diesen Vorschlag lediglich als meinen eigenen Gedanken bezeichnete, vielleicht ließe sich die Sache so machen, daß auch er uns die Erklärung, die er in Berlin abgegeben habe, wonach Rußland sich an keiner aggressiven und feindlichen Politik Englands gegen Deutschland zu beteiligen gewillt sei, schriftlich erteile. Herr Sasonow erwiderte, er habe dagegen durchaus nichts einzuwenden, nur könne er mir eine bestimmte Antwort nicht geben, ohne vorher die Befehle seines Kaisers eingeholt zu haben. Dazu würde es gut sein, die Rückkehr Seiner Majestät hierher abzuwarten, und darüber könnten noch etwa acht Tage vergehen. Ich bemerkte darauf, die Sache habe ja auch keine große Eile, auch ich müßte zunächst die Befehle meiner Regierung einholen.

F. Pourtalès

Nr. 10159

*Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Botschafter in Petersburg Grafen von Pourtalès**

Konzept von der Hand des Dirigenten der Politischen Abteilung Zimmermann

Nr. 1604 Berlin, den 15. November 1910

Aus Eurer Exzellenz gefälligem Bericht Nr. 312** vom 10. d. Mts. habe ich mit Interesse ersehen, daß Herr Sasonow eine schriftliche Fixierung des Ergebnisses unserer hiesigen Besprechungen angeregt hat. Diese Anregung entspricht ganz unseren Intentionen. In der Anlage beehre ich mich daher, Ihnen einen Entwurf zu übersenden, der das Ergebnis dieser Besprechungen im wesentlichen wiedergibt***. Der Entwurf ist in erster Linie dazu bestimmt, Sie über Umfang und Inhalt unserer Wünsche zu orientieren und Ihnen für Ihre weiteren Verhandlungen mit Herrn Sasonow die erforderliche Unterlage zu bieten. Wie bei den Verhandlungen taktisch am zweck-

* Hier eingereiht des Zusammenhanges halber.
** Siehe Nr. 10158.
*** Siehe Anlage I.

mäßigsten zu verfahren sein wird, insbesondere ob es sich nicht empfehlen möchte, zunächst den russischen Minister mit einem Entwurf herauskommen zu lassen, darf ich ganz Euerer Exzellenz Ermessen überlassen.

Wir werden jedenfalls im Reichstag auf unsere Verhandlungen mit Herrn Sasonow angesprochen werden. Nachdem der russische Herr Minister sich in der Presse bereits ausführlich darüber ausgelassen hat, werden auch wir eine eingehendere Antwort nicht vermeiden können. Aus dem ferner angeschlossenen Entwurf* wollen Euerer Exzellenz des näheren entnehmen, wie wir uns diese Antwort denken. Nach Lage der Verhältnisse wäre es mir erwünscht, wenn wir unsere Erklärung im Reichstag im vollsten Einvernehmen mit Herrn Sasonow abgeben könnten, zumal dieser wohl auch sich dazu dürfte entschließen müssen, in der Duma ebenfalls eine amtliche Auskunft über unsere Besprechungen zu erteilen**.

Euerer Exzellenz bitte ich daher, Herrn Sasonow in diesem Sinne unter Bekanntgabe des Entwurfs zu verständigen und mir seine Stellungnahme telegraphisch mitzuteilen.

v. Bethmann Hollweg

Anlage I

Projet

1. Le Gouvernement Impérial d'Allemagne, qui a reçu de la part du Gouvernement Impérial et Royal d'Autriche-Hongrie les assurances les plus nettes que celui-ci n'a pas l'intention de suivre, en Orient, une politique expansive, déclare qu'il n'a pris aucun engagement et n'a non plus l'intention de soutenir une pareille politique, qui pourrait être suivie par l'Autriche-Hongrie.

2. Le Gouvernement Impérial de Russie déclare qu'il ne s'est pas engagé et qu'il n'a pas l'intention d'appuyer une politique hostile à l'Allemagne que pourrait suivre l'Angleterre.

3. Les deux Gouvernements sont d'accord dans le désir de maintenir, sur les Balkans, autant que possible le statu quo et de contribuer de leur mieux à son maintien. Si, malgré leurs efforts pour lesquels ils tâcheront de gagner leurs alliés réciproques, un conflit devait surgir sur les Balkans, les deux Gouvernements feront leur possible pour localiser le conflit et se mettront, après entente préalable entre eux, en relations avec leurs alliés réciproques pour aviser aux mesures à prendre pour empêcher une conflagration générale.

4. Les deux Gouvernements sont d'accord dans l'idée que pour le maintien du statu quo et de la tranquillité sur les Balkans est nécessaire,

---

* Siehe Anlage II.

** Sasonow erklärte sich mit dem Entwurf am 19. November „vollkommen einverstanden." Vgl. Nr. 10164. Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg hat dann den Entwurf in seiner Reichstagsrede vom 10. Dezember verbotenus aufgenommen.

d'un côté, le développement pacifique des Etats balkaniques libérés par la Russie et, d'autre part, le soutien, par les Puissances, d'un gouvernement stable et solide en Turquie assez fort pour garantir l'ordre à l'intérieur et sur ses frontières.

Aucun des deux Gouvernements favorisera une politique aggressive ni de la part de la Turquie ni de la part des Etats balkaniques.

5. Vu l'intérêt commun qu'ont les deux Gouvernements à voir maintenue l'intégrité de la Perse et le rétablissement de l' ordre dans ce pays, ils s'engagent à ne pas favoriser des intentions de conquête sur ce pays de la part d'aucune puissance et notamment de la Turquie.

6. Vu les intérêts spéciaux de la Russie sur sa frontière persane, le Gouvernement Impérial d'Allemagne déclare qu'il n'a pas l'intention de rechercher pour lui-même ou d'appuyer en faveur de sujets allemands ou étrangers des concessions de chemins de fer, de routes ou de télégraphes dans le nord de la Perse.

7. Le Gouvernement Impérial de Russie, en reconnaissant, en Perse, le principe de la liberté économique sans aucune inégalité, s'engage à ne faire aucune entrave au commerce allemand dans ce pays, hors la restriction ci-dessus mentionnée.

8. Le Gouvernement Impérial de Russie ne fera aucune opposition à l'accomplissement du chemin de fer concédé, par la Turquie, à des entrepreneurs allemands jusqu'à Bagdad ni à un embranchement de ce chemin de fer reliant Sadijé à Hanékin; il s'engage également à faire construire avant toute autre ligne en Perse le chemin de fer de Téhéran se ralignant au tronçon de Hanékin et à faire avancer les travaux de cette ligne autant que possible en relation avec les travaux pour la ligne reliant Hanékin avec la ligne de Bagdad.

En ce qui concerne la construction d'autres lignes de raccordement, aucune décision ne sera prise de part et d'autre, sans un accord préalable entre les deux Gouvernements.

9. Les deux Gouvernements faciliteront le trafic international sur les lignes qui viendraient à former, au sud du Caucase, les voies de communication entre la Turquie et la Perse, en évitant toute mesure qui pourrait l'entraver, telle que l'établissement de droits de transit ou l'application d'un traitement différentiel.

Anlage II

Die Entrevue Seiner Majestät des Kaisers mit Seiner Majestät dem Kaiser von Rußland hat, wie Ihnen aus Äußerungen der Presse bereits bekannt, einen durchaus befriedigenden und harmonischen Verlauf genommen. Dasselbe gilt von den Besprechungen der beiderseitigen Regierungsvertreter. Es ist selbstverständlich, daß aus derartigen Besprechungen sensationelle politische Umwälzungen zwar in der Presse, aber nicht in der Wirklichkeit hervorgehen. Auch in der Zeit, in der keine

direkten Besprechungen der leitenden Minister stattfinden, ist durch die beiderseitigen Vertreter der Kabinette reichlich Gelegenheit zu fortlaufendem Gedankenaustausch gegeben. Der Wert solcher Entrevues, und speziell der letzten in Potsdam, liegt darin, daß sich die Leiter der Politik persönlich kennen lernen und dem bereits auf dem Wege durch die Vertreter vorbereiteten Gedankenaustausch eine präzise und zusammenfassende Form geben. Das Resultat der letzten Entrevue möchte ich dahin zusammenfassen, daß von neuem festgestellt wurde, daß sich beide Regierungen in keinerlei Kombination einlassen, die eine aggressive Spitze gegen den anderen Teil haben könnte. In diesem Sinne haben wir insbesondere Gelegenheit gehabt zu konstatieren, daß Deutschland und Rußland ein gleichmäßiges Interesse an der Aufrechterhaltung des Status quo am Balkan und überhaupt im nahen Orient haben und daher keinerlei Politik unterstützen werden, von welcher Seite sie auch kommen könnte, welche auf Störung jenes Status quo gerichtet wäre. Wir haben offen und freundschaftlich über unsere beiderseitigen Interessen in Persien gesprochen. Wir sind uns in dem Gedanken begegnet, daß unser gemeinsames Interesse Aufrechterhaltung bezw. Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung in jenem Lande erheische. Wir müssen wünschen, daß unser Handel mit Persien nicht gestört werde und sich weiterhin entwickele. Rußland hat denselben Wunsch für seinen Handel, daneben aber als Grenznachbar Persiens noch besondere berechtigte Interessen an der Sicherheit der Zustände in dem seinen Grenzen nächstgelegenen persischen Gebietsteile. Wir haben gern zugegeben, daß Rußland zu diesem Zweck eines besonderen Einflusses in Nordpersien bedarf, und haben daher bereitwillig seinem Anspruch auf alle Konzessionen für Eisenbahnen, Wege und Telegraphen in jenem Bereiche zugestimmt, um ihm eben damit die Möglichkeit zu gewährleisten, den es als Grenznachbar besonders interessierenden Aufgaben gerecht zu werden. Rußland wird seinerseits nicht nur unserem Handel keine Hindernisse in den Weg legen, sondern auch die Herstellung eines Anschlusses für seine Zufuhr nach Persien, soweit sie über Bagdad nach Chanikin führt, erleichtern. Wir glauben, daß diese Aussprache und Vereinbarung mit Rußland, bei der noch eine Reihe von Detailfragen in freundschaftlicher Weise erörtert worden sind, es beiden Regierungen leicht machen wird, sich ohne Änderung in der bisherigen allgemeinen Orientierung ihrer Politik über alle etwa neu auftauchenden Fragen zu einigen. Die Unterredungen, die während der Potsdamer Entrevue stattgefunden haben, so kann ich mich zusammenfassen, haben da und dort scheinbare Mißverständnisse beseitigt und das alte vertrauensvolle Verhältnis zwischen uns und Rußland bestätigt und bekräftigt.

Nr. 10160

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den österreich-ungarischen Minister des Äußern Grafen von Aehrenthal

Privatbrief. Konzept von der Hand des Staatssekretärs von Kiderlen

Berlin, den 14. November 1910

pp.* Über den Verlauf des Potsdamer Zarenbesuchs habe ich in großen Umrissen Euerer Exzellenz bereits durch Herrn von Flotow** Nachricht zugehen lassen, und inzwischen ist auch Herr von Tschirschky über diesen Verlauf unterrichtet und zu entsprechenden Mitteilungen an Euere Exzellenz ermächtigt worden. Ich will aber doch nicht unterlassen, zu Euerer Exzellenz persönlicher Kenntnis die einzelnen Phasen des Besuchs hier noch einmal zu rekapitulieren.

Der persönliche Verkehr der beiden hohen Herren war ein sehr freundschaftlicher und durchaus ungezwungener. Ich habe den bestimmten Eindruck gewonnen — und er ist mir von beiden Seiten bestätigt worden —, daß beide Souveräne von ihrem Zusammensein und ihren gegenseitigen Aussprachen — sowohl hier wie nachher in Wolfsgarten — durchaus befriedigt gewesen sind.

Herr Sasonow hat hier einen sehr günstigen Eindruck hinterlassen, den Eindruck eines ruhigen, ernsten und verständigen Politikers, mit dem eine offene Aussprache stets möglich sein wird.

Herr Sasonow ist infolge der immer wiederkehrenden Ausstreuungen aus Paris und noch mehr aus London offenbar von zwei Besorgnissen beseelt gewesen; einmal fürchtete er ganz entschieden eine expansive Politik Österreich-Ungarns auf dem Balkan und unsere Unterstützung einer solchen Politik, sodann glaubte er, daß wir die Türkei zu einer aggressiven Politik sowohl im Balkan wie ganz besonders nach der persischen Seite hin aufhetzen, und daß wir bestrebt seien, ihr die dazu nötigen Mittel zu liefern. Es war nicht schwer, beide Besorgnisse zu zerstreuen, und dadurch bekamen unsere Besprechungen von Anfang an einen besonders vertrauensvollen Charakter.

Bezüglich der Politik Euerer Exzellenz konnte ich Herrn Sasonow auf das bestimmteste versichern, daß ich die auf Grund wiederholter präziser Äußerungen Euerer Exzellenz basierte Überzeugung habe, daß Österreich-Ungarn an keinerlei expansive Politik im Balkan denke. Desgleichen hätten wir uns niemals verpflichtet und seien auch niemals von Ihrer Seite darum angegangen worden, expansive Pläne Österreich-Ungarns im Balkan zu unterstützen. Diese Versicherungen machten auf Herrn

* Der Brief, dessen erster Teil in Beantwortung des Aehrenthalschen Schreibens vom 27. Oktober (siehe Kap. CCXIII, Nr. 9868) vor allem die österreichisch-italienischen Beziehungen behandelt, findet sich in extenso abgedruckt, in Kap. CCXIII, Nr. 9871.

** Botschaftsrat bei der österreich-ungarischen Botschaft in Berlin.

Sasonow einen so erleichternden Eindruck, daß er mir spontan die Zusage machte, daß Rußland bei allem Bestreben, sich mit England zu verständigen, sich niemals mit ihm in gegen Deutschland gerichtete feindselige Kombinationen einlassen werde. Euere Exzellenz darf ich bitten, diesen letzten Punkt ganz sekret zu behandeln. Ich habe Ihnen daher auch durch Flotow nichts darüber sagen lassen.

Wir fanden uns dann in dem Gedanken zusammen, daß sowohl Rußland wie wir mit unseren Verbündeten auf die Erhaltung des Status quo im Orient hinarbeiten müßten. Zu dessen Erhaltung und zur Vermeidung von Friedensstörungen gehöre neben einer friedlichen inneren Entwicklung der Balkanstaaten vor allem die Schaffung und Erhaltung einer stetigen und kräftigen Regierung in der Türkei, stark genug, die Ordnung im Innern und an den Grenzen aufrecht zu erhalten. Sollte sich der Status quo wider Erwarten nicht aufrecht erhalten lassen, so wäre es Aufgabe der Mächte, den entstehenden Konflikt zu lokalisieren und sich über weitere Maßnahmen zu verständigen.

Wir haben uns bei der Gelegenheit auch über Persien ausgesprochen. Wir haben gewisse besondere Interessen Rußlands in Nordpersien anerkannt, uns dafür aber die freie Wahrnehmung unserer Handelsinteressen zusichern lassen. Insbesondere will Rußland unserm Bagdadbahnunternehmen und der damit zusammenhängenden Anschlußstrecke nach Chanikin an der persischen Grenze keine Schwierigkeiten bereiten, auch seinerseits für einen Anschluß unseres Einfalltores nach Persien bei Chanikin an Teheran Sorge tragen. Bei den Besprechungen mit Herrn Sasonow lege ich den größten Wert auf die Tatsache, daß wieder ein Anfang zu vertrauensvoller Aussprache mit Rußland gemacht ist, der auch seine Rückwirkung auf die Beziehungen Österreich-Ungarns zu Rußland haben wird, die übrigens Herr Sasonow wiederholt mit Befriedigung als korrekt bezeichnet hat. Ich glaube von dieser Entrevue eine wesentliche Erleichterung der Politik unserer beiden Reiche erwarten zu dürfen.

v. Bethmann Hollweg

Nr. 10161

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 321 St. Petersburg, den 16. November 1910

Bei dem heutigen Empfangstage des Herrn Sasonow hatte ich Gelegenheit, mit ihm über das von ihm unmittelbar nach seiner Rückkehr aus Berlin einem Mitarbeiter der „Nowoje Wremja“ gewährte Interview

zu sprechen*. Ich sagte dem Gerenten des Ministeriums in freundschaftlichem Tone, ich sei zwar nicht beauftragt, ihn wegen des Interviews offiziell zu interpellieren, ich wollte ihm aber nicht verschweigen, daß seine der „Nowoje Wremja" gemachten Mitteilungen in Berlin einiges Erstaunen erregt hätten. Euere Exzellenz hätten angenommen, daß nach den in Berlin mit Herrn Sasonow getroffenen Vereinbarungen, der Presse nichts weiter mitgeteilt werden würde als einige allgemeine Sätze über das günstige Ergebnis der Monarchenbegegnung, wie sie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" und die „Rossija" gebracht hätten. Dementsprechend sei in Berlin verfahren worden, und die deutsche Presse habe keinerlei Details über den Inhalt der Besprechungen erhalten. Es sei vorauszusehen gewesen, daß die von Herrn Sasonow der „Nowoje Wremja" gemachten Eröffnungen mancherlei Kommentare und auch Entstellungen erfahren würden, die um so unerwünschter seien, als sie zum Teil Dinge berührten, die zurzeit noch den Gegenstand von Verhandlungen zwischen beiden Regierungen bildeten.

Herr Sasonow bemühte sich eifrig, mich davon zu überzeugen, daß ihn bei dem Interview nur gute Absichten geleitet hätten. Es sei ihm wichtig erschienen „de mettre le ‚Nowoje Wremja' dans la bonne voie", um zu verhindern, daß dieses Blatt alle möglichen Dinge über die Entrevue erfinde. Bei meiner Kenntnis der hiesigen Preßverhältnisse und der Art der „Nowoje Wremja" würde ich zugeben müssen, daß diese Besorgnis begründet gewesen wäre. Die an das Interview geknüpften Kommentare, sowie einige Entstellungen dessen, was er gesagt habe, bedauere er lebhaft, er habe aber durch seine Mitteilungen noch größerem Übel vorbeugen wollen und glaube dies auch erreicht zu haben. Seine Mitteilungen über die Berliner Besprechungen seien denn auch mit geringen Ausnahmen in der russischen Presse und selbst in der „Nowoje Wremja" in keiner

* Vgl. Nr. 10157 nebst Fußnote *. Schon vor Empfang des Rombergschen Schreibens vom 11. November hatte Graf Pourtalès sich in einem Privatbrief an Staatssekretär von Kiderlen vom 14. November über Sasonows Verhalten anläßlich des Interviews ausgelassen: „Sasonow hat, wie ich schon bemerken konnte, wegen des Interviews etwas schlechtes Gewissen. Er ging bei unseren ersten Begegnungen nach meiner Rückkehr um dieses Thema herum wie die Katze um den heißen Brei. Einige Bemerkungen, die er machte, klangen einigermaßen wie Entschuldigungen. Er wies unter anderem darauf hin, daß es ihm angezeigt erschienen wäre, die „Nowoje Wremja" einigermaßen zu informieren, damit sie nicht ungereimtes Zeug über das Ergebnis der Kaiserzusammenkunft schriebe. Besonders betonte er, daß er die Gelegenheit gerne ergriffen habe, um der „Nowoje Wremja" einmal ordentlich den Kopf wegen ihrer Hetzereien gegen Deutschland zu waschen. Seine diesbezüglichen Äußerungen seien in der Wiedergabe sehr abgeschwächt worden, in Wirklichkeit habe er sich viel schärfer ausgedrückt. Diese Bemerkungen hatten offenbar den Zweck, uns mit dem Interview auszusöhnen. Mirbach gegenüber hatte übrigens Sasonow schon am Tage vor meiner Rückkehr geäußert, daß er nur zögernd und ungern an das Interview herangegangen sei. Er habe sich schließlich von dem Preßdezernenten Nelidow dazu überreden lassen. Es klang beinahe so, als ob Sasonow es nachträglich bereute, nachgegeben zu haben. Er bemerkte auch zu Mirbach, er sei am Tage des Interviews sehr ermüdet von seiner Reise gewesen, seine Äußerungen seien übrigens zum Teil redaktionell nicht richtig wiedergegeben worden."

für Deutschland unfreundlichen Weise besprochen worden. Daß er gerade die „Nowoje Wremja" für seine Mitteilungen gewählt habe, erkläre sich daraus, daß dieses Blatt nun einmal als das wichtigste russische Presseorgan gelte.

Ich warf hier ein, daß man in Deutschland nicht umhin könne, aus dem Interview auf offiziöse Beziehungen der „Nowoje Wremja" zu schließen. Der Gerent des Ministeriums erwiderte darauf, er habe auch nie geleugnet, daß Vertreter des genannten Blattes im Ministerium gesehen würden, er habe immer nur behauptet und halte dies aufrecht, daß es schwer sei, auf die „Nowoje Wremja", die ihren eigenen Weg gehe, Einfluß auszuüben. Umso mehr habe er Wert darauf gelegt, das Blatt auf den richtigen Weg zu führen.

Herr Sasonow erwähnte schließlich, daß er außer dem Mitarbeiter der „Nowoje Wremja" nur noch zwei Journalisten empfangen habe, um ihnen von dem Potsdamer Besuch zu sprechen, nämlich den Fürsten Lieven, der für den „Lokalanzeiger" schreibe, und den Korrespondenten des „Figaro" Marchand. Beiden habe er nur einige Allgemeinheiten gesagt. Ich könne auch versichert sein, daß er der Presse nichts mehr über den Inhalt der Berliner Besprechungen sagen werde.

Was die Mitteilungen der Petersburger Korrespondenz der „Times"* betreffe, so rührten diese von dem hiesigen Vertreter des englischen Blattes Mr. Wilton her. Er habe diesen Journalisten, den er nicht ausstehen könne, nicht empfangen. Es ist anzunehmen, daß Mr. Wilton die betreffenden Mitteilungen von dem englischen Geschäftsträger Mr. O'Beirne hat.

F. Pourtalès

Nr. 10162

Aufzeichnung des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg

Eigenhändig

Berlin, den 18. November 1910

Seine Majestät teilte mir über sein Zusammensein mit dem Zaren in Wolfsgarten** heute folgendes mit:

---

* Vgl. Nr. 10157, Fußnote **.

** Am 11. November hatte Kaiser Wilhelm II. auf der Fahrt nach Baden-Baden und Donaueschingen dem nach Schloß Wolfsgarten bei Darmstadt zurückgekehrten Zaren einen Gegenbesuch abgestattet. Am 12. November erstattete der Gesandte in Darmstadt Freiherr von Jenisch darüber folgende erste Meldung: „Besuche in Wolfsgarten gut verlaufen. Seine Majestät der Kaiser erzählte mir, daß er den guten Eindruck, den er von freundlicher Gesinnung des Zaren in Potsdam gewonnen habe, heute wiederum hätte bestätigen können. In längerem Gespräch mit Zaren, dem auch Großherzog und Prinz Heinrich beiwohnten, hat Seine Majestät unsere Flottenpolitik und unser Verhältnis zu England ausführlich erläutert. Auch über die Japaner ist in ähnlichem Sinne wie in Potsdam gesprochen worden".

Seine Aussprache mit dem Zaren sei beinahe noch offener, vertrauensvoller und herzlicher gewesen als in Potsdam. Er habe im Beisein des Großherzogs von Hessen und des Prinzen Heinrich dem Zaren unser politisches Verhältnis offen auseinandergesetzt, und zwar in derselben Weise wie kürzlich dem Botschafter Goschen*. Unsere Flotte müsse so stark sein, daß es für England ein Risiko sei, mit uns anzubinden. Ein Flottenabkommen sei nur auf der Grundlage einer politischen Verständigung möglich, die Flottenstärke könne überdies nur unter Berücksichtigung Frankreichs und Rußlands reguliert werden usw. Der Zar habe diesen Standpunkt als den richtigen anerkannt.

Der Zar seinerseits habe wie in Potsdam immer wieder von Japan gesprochen. Er habe durchaus nicht die Absicht, die russische Politik im Fernen Osten aufzugeben, sehe auch einen erneuten Zusammenstoß mit Japan voraus. Deshalb werde er — das sei aber streng vertraulich — in die Befestigung Wladiwostoks 68 Millionen Rubel hineinstecken, die sibirische Bahn mit einem zweiten Geleise versehen und den Bau der Amurbahn beschleunigen. Er hoffe, sie im Frühjahr 1914 benutzen zu können. Nach Kiachta solle ein starkes Truppenkontingent gelegt werden. Auch wünsche er den Bau einer Bahn von Kiachta auf Peking zu, um den japanisch-mandschurischen Bahnen das Wasser abzugraben.

Über die Gründe des Abgangs Iswolskys stellte Seine Majestät auf Grund von Unterhaltungen mit Hintze** folgende Kombinationen auf:

Iswolsky habe mit seiner Liquidierung der russischen Politik im Fernen Osten und der Orientierung dieser Politik auf den Balkan den Widerspruch von Stolypin und Kokowzow herausgefordert, die als Folge dieser Politik einen kriegerischen Zusammenstoß mit Deutschland und Österreich vorausgesehen und deshalb Widerspruch beim Zaren eingelegt hätten. Stolypin hätte sich im näheren Sibirien, Kokowzow im ferneren Osten durch eigenen Augenschein davon überzeugt, daß Rußland dort seine Mission nicht aufgeben könne, und die Zustimmung des Zaren zu ihrer Ansicht erlangt. Die Folge sei die Entlassung Iswolskys gewesen, welche also einen politischen Systemwechsel bedeute.

Der Zar glaube übrigens auch seinerseits an eine kriegerische Auseinandersetzung Japans mit Amerika vor Fertigstellung des Panamakanals, scheine aber die amerikanischen Chancen schlecht zu taxieren. 1914 werde das kritische Jahr sein.

Mit der an Pourtalès erteilten Instruktion wegen Festlegung des Ergebnisses der Besprechungen mit Sasonow sind Seine Majestät einverstanden. Seine Majestät wünschten nur, daß dabei auch der Aufrechterhaltung des monarchischen Prinzips gedacht werde.

v. Bethmann Hollweg

* Vgl. dazu Bd. XXVIII, Kap. CCXXV, Nr. 10417, Fußnote *.
** Militärbevollmächtigter in Petersburg.

Nr. 10163

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 492 Paris, den 18. November 1910

Herr Pichon sagte mir gelegentlich des wöchentlichen Diplomatenempfanges, er habe von Herrn Jules Cambon auf Grund eines Gespräches des letzteren mit dem Herrn Staatssekretär des Auswärtigen Amtes sehr befriedigende Mitteilungen über den Verlauf des Besuches des Kaisers von Rußland in Potsdam und die Unterredungen Euerer Exzellenz und des Herrn Staatssekretärs mit Herrn Sasonow. Es scheine hiernach, daß eine für den Frieden nur erfreuliche, ruhige und vertrauensvolle Weiterentwicklung der deutsch-russischen Beziehungen ohne Beeinträchtigung der bestehenden Mächtegruppierung gesichert sei.

Ich habe Herrn Pichon in dieser Auffassung mit dem Bemerken bestärkt, daß weder wir noch unser Bundesgenosse an der Donau irgend welche ehrgeizigen Pläne im Orient verfolgen, und daß Herr Sasonow, der uns die gleiche Versicherung bezüglich Rußlands und des französischen Bundesgenossen gegeben, vertrauensvolles Verständnis hierfür gezeigt habe.

Herr Pichon bezeichnete die Charakterisierung der französischen Orientpolitik als eine jedem Abenteuer abgeneigte als durchaus zutreffend und bemerkte noch ganz vertraulich, er habe das Vertrauen zu Herrn Sasonow, daß er etwas weniger nervös sein werde, wie Herr Iswolsky.

v. Schoen

Nr. 10164

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 165 St. Petersburg, den 19. November 1910

Ich habe soeben Herrn Sasonow von Entwurf der dem Reichstag zu machenden Mitteilungen über Potsdamer Entrevue* Kenntnis gegeben. Herr Sasonow, welcher hierdurch offenbar sehr angenehm berührt war, bat mich, Euerer Exzellenz seinen wärmsten Dank auszusprechen. Mit dem Inhalt des Entwurfs erklärt er sich vollkommen einverstanden.

Bezüglich der Frage schriftlicher Fixierung des Ergebnisses der Entrevue** beschränkte ich mich heute darauf, Herrn Sasonow zu sagen,

---

* Vgl. Nr. 10159, Anlage II.

** Vgl. Nr. 10159 nebst Anlage I.

daß Euere Exzellenz sich durchaus bereit erklärt hätten, auf seine Anregung wegen Notenaustausches einzugehen. Wir kamen dann überein, daß Herr Sasonow mir nach seinem Vortrag beim Kaiser Nikolaus, den er noch nicht gesehen hat und voraussichtlich erst Dienstag sehen wird, ersten Entwurf vorlegen werde.

Pourtalès

Nr. 10165

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 327 St. Petersburg, den 24. November 1910

Der Ministerpräsident Stolypin sprach mir bei einem Besuche, den ich ihm vor einigen Tagen machte, seine hohe Befriedigung über den Verlauf und das Ergebnis der Potsdamer Entrevue aus. Herr Stolypin bezeichnete die Mitteilungen, die ihm Herr Sasonow über seine Unterredungen mit Seiner Majestät dem Kaiser und Könige, mit Euerer Exzellenz und mit dem Herrn Staatssekretär gemacht hätte, als sehr erfreulich und drückte die Hoffnung aus, daß das gegenseitige Mißtrauen, unter welchem unsere Beziehungen in der letzten Zeit gelitten hätten, nunmehr definitiv beseitigt sein werde. Ganz besonders hoch, bemerkte der Ministerpräsident, schätze er die Herrn Sasonow in Berlin gemachten Erklärungen, daß wir weder verpflichtet noch gewillt seien, eine weitere Expansionspolitik Österreich-Ungarns im nahen Orient zu unterstützen.

Herr Stolypin kam dann auf die deutsch-russischen Beziehungen im allgemeinen und auch auf die beiderseitige Presse. Ich benutzte diesen Anlaß, um ihm auseinanderzusetzen, wie falsch man hier anscheinend über die deutsche Presse unterrichtet sei. So ziehe man oft aus vereinzelten deutschen Preßstimmen ganz falsche Schlüsse mit Bezug auf die allgemeine Stimmung in Deutschland oder gar auf die Ansichten der leitenden Kreise. Auch würde vielfach an offiziöse Beziehungen von Blättern geglaubt, die keinerlei Verbindung zu Regierungskreisen hätten. So könne ich ihn zum Beispiel versichern, daß die „Post", welche leider einen sehr taktlosen Artikel kurz vor der Entrevue gebracht habe*, zwar vor Jahren in gewisser Beziehung offiziös gewesen sei, jetzt aber ohne irgend welche Verbindung mit dem Auswärtigen Amte stehe.

Ich ging dann auf die für Rußland wenig freundliche Sprache solcher Preßorgane näher ein, die entweder ihren Sympathien für Finnland Ausdruck geben oder für die Deutschen in Rußland eintreten zu müssen glaubten. Ich versicherte dem Minister, daß nicht nur die Regierung

* Vgl. Nr. 10149, Fußnote.

sondern alle vernünftigen und praktischen Politiker in Deutschland diese Haltung gewisser Zeitungen nur mißbilligen könnten, denn daß jeder Staat in seinem eigenen Hause Herr sei und sich in Maßregeln, die er seinen eigenen Untertanen gegenüber zu treffen für nötig halte, von anderen nicht hineinreden zu lassen brauche, sei ein undiskutierbarer Grundsatz, für welchen das Verständnis bei uns in immer weitere Kreise zu dringen beginne.

Wenn ich aber die Einmischung einiger deutscher Blätter in die inneren Angelegenheiten Rußlands verurteilen müsse, so könnte ich andererseits nicht umhin, es verständlich und richtig zu finden, wenn in der deutschen Presse gegen die Art, wie hier die Maßregeln der Regierung gegen die in Rußland lebenden Deutschen vielfach motiviert würden, laut und scharf protestiert werde. Finde es die russische Regierung für gut, Gesetze zu erlassen, um in ihren Grenzländern das russische Element gegenüber dem fremden zu stärken, so sei das ihre Sache. Über platonische Sympathien für die eventuell durch solche Maßregeln betroffenen Deutschen dürften wir nach meiner Ansicht, von der ich bestimmt wisse, daß sie von meiner Regierung geteilt werde, nicht hinausgehen. Wenn aber solche Maßregeln, wie es in der russischen Presse geschehe, damit motiviert würden, daß die deutschen Kolonisten von der deutschen Regierung entsandte Spione seien, welche die doppelte Staatsangehörigkeit besäßen und mit Unterstützung der deutschen Regierung an den strategisch wichtigen Linien angesiedelt würden, um im Kriegsfalle gewissermaßen als Avantgarde der deutschen Armee zu dienen, so sei dies eine unerhörte Hetzerei, die eine große Gefahr für die deutsch-russischen Beziehungen bedeute.

Herr Stolypin wollte nicht zugeben, daß derartige Hetzereien verbreitet würden, worauf ich ihn nur auf die vielgelesene „Nowoje Wremja" verweisen konnte. Er gab dann selbst zu, daß die deutschen Kolonisten zu den besten Elementen in Rußland gehören, auf welche sich die Regierung in schwierigen Zeiten stets habe verlassen können. Herr Stolypin versuchte dann seine Politik gegen die Fremdvölker zu verteidigen, indem er darauf hinwies, daß tatsächlich das nichtrussische Element, zum Beispiel in Wolhynien, in einer Weise zunehme, die es notwendig mache, Maßregeln zu treffen, um die Stellung der russischen Bevölkerung gegenüber der fremden zu stärken. Von einer Verfolgung der Deutschen in Rußland könne dabei keine Rede sein, denn den deutschen Kolonisten im Innern Rußlands zum Beispiel gehe es sehr gut. Der Ministerpräsident erwähnte dabei, er habe zu seiner Freude bei der Reise, die er vor kurzem durch Sibirien gemacht habe, gesehen, daß unter den dortigen Kolonisten sich viele Deutsche aus Südrußland (meist Mennoniten) befänden, die anscheinend sehr wohlhabend seien und Tüchtiges leisteten.

Zu den von mir Herrn Stolypin gegenüber erwähnten Hetzereien mit Bezug auf die deutschen Kolonisten darf ich noch bemerken, daß, wie mir von gut unterrichteter Seite versichert wird, in Dumakreisen die Lüge verbreitet wird, die Deutsche Seehandlung leihe Deutschen zu einem sehr

niedrigen Zinsfuß Geld, damit sie Land in Bessarabien kaufen. In Wirklichkeit liegt die Sache, wie mir bei einem Besuch, den ich im vorigen Jahre in Bessarabien machte, erzählt wurde, so, daß die russischen Bauern, welche Land in Bessarabien kaufen wollen, von der Agrarbank kein Geld bekommen können, da das zu diesem Zwecke vorhandene Geld anderweitig verschwindet, und daß daher das Land vielfach in die Hände der reicheren Rumänen und deutschen Kolonisten übergeht.

F. Pourtalès

Nr. 10166

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen

Eigenhändiger Privatbrief

St. Petersburg, den 2. Dezember 1910

pp*. Wie ich schon kurz amtlich gemeldet habe, ist Klemm plötzlich zu seiner in Riga in einer maison de santé schwerkrank darniederliegenden Frau gerufen worden. Sasonow hat infolgedessen gebeten, die Besprechungen wegen des bekannten Notenaustausches erst nächste Woche zu beginnen. Offiziell ist also bis jetzt über die schriftliche Fixierung der in Berlin besprochenen Punkte zwischen uns noch nicht verhandelt worden. Dagegen hat Sasonow in vertraulichen, ganz unverbindlichen Gesprächen einige Male die in Frage kommenden Punkte berührt. Wie ich schon amtlich berichtete**, sagte ich Sasonow bei unserem ersten Wiedersehen nach der Potsdamer Entrevue, ich glaubte, daß man bei uns bereit sein würde, die vom Reichskanzler und Ihnen abgegebene Erklärung betreffend unsere Stellung zu einer etwaigen österreichischen Expansionspolitik schriftlich zu wiederholen. Ich fügte hinzu, vielleicht würde Herr Sasonow seinerseits bereit sein, die uns mehrfach gegebene Zusicherung, daß Rußland eine deutschfeindliche Politik Englands nicht unterstützen wolle, ebenfalls schriftlich zu geben. Herr Sasonow äußerte damals, er sehe kein Bedenken gegen eine solche Erklärung, über deren Fassung wir noch würden sprechen können. Er müsse aber natürlich noch vorher hierüber die Befehle seines Kaisers einholen. Seitdem ist Sasonow noch zweimal auf diesen Punkt zurückgekommen und hat dabei auf die Schwierigkeit hingewiesen, eine richtige Formulierung für die russischerseits abzugebende Erklärung zu finden. Er versicherte jedesmal, er nehme keinen Anstand, mir aufs neue zu beteuern, daß das russisch-englische Abkommen von 1907*** in keinem Punkte eine Spitze gegen Deutschland enthalte. Er versicherte ferner,

* Der Anfang des Briefes betrifft die Abberufung des Militärbevollmächtigten von Hintze aus Petersburg. Vgl. dazu Kap. CCXV, Anhang B, Nr. 9957, S. 555, Fußnote.
** Vgl. dazu Nr. 10158.
*** Vgl. Bd. XXV, Kap. CLXXXIII.

daß, falls einmal eine Regierung in England ans Ruder käme, die wahnsinnig genug wäre, es zum bewaffneten Konflikt mit Deutschland zu treiben, Rußland nicht daran denken würde, sich an einem solchen Kriege zu beteiligen. Wenn aber in einem Notenaustausch der von uns abzugebenden Erklärung, daß wir keine Expansionspolitik Österreich-Ungarns auf dem Balkan unterstützen wollten, eine Erklärung Rußlands, daß es keine deutschfeindliche Politik Englands begünstigen wolle, gegenübergestellt werden solle, so scheine ihm doch die letztere Erklärung viel weittragender und schwerwiegender als die erste. Denn unsere Erklärung würde sich nur auf die Balkanpolitik beziehen, während die russische einen allgemeinen Charakter haben würde. Dieser Punkt sei denn auch, wie Sasonow bemerkte, dem Zaren sofort aufgefallen. Seine Majestät habe sich im Prinzip nicht gegen eine schriftliche Erklärung ausgesprochen, die geeignet wäre, uns bezüglich der Stellung Rußlands zu etwaigen aggressiven Plänen Englands gegen uns zu beruhigen. Der Kaiser habe aber die Frage aufgeworfen, ob in der Versicherung, daß wir keine österreichische Expansionspolitik auf der Balkanhalbinsel begünstigen wollen, ein Äquivalent für eine russischerseits abzugebende Erklärung, daß Rußland keine deutschfeindliche englische Politik Englands zu unterstützen gesonnen ist, zu erblicken sei.

Ich habe Sasonow auf diese Bemerkungen ungefähr folgendes geantwortet: Ich könne die Zweifel an der Gleichwertigkeit der beiden Erklärungen nicht teilen. Denn erstens gewinne unsere Erklärung schon dadurch bedeutend an Wert, daß sie sich auf eine eventuell von unserem Alliierten zu befolgende Politik beziehe, während es sich bei der russischen Erklärung um eine Macht handele, mit der Rußland, wie uns wiederholt versichert worden sei, keine anderen Abmachungen habe als solche über zentralasiatische Fragen. Sodann sei meines Erachtens die Gleichwertigkeit beider Erklärungen darin zu erblicken, daß, wie die Dinge liegen, eine feindliche Politik Österreich-Ungarns gegen Rußland doch in erster Linie und beinahe ausschließlich auf dem Gebiete der Balkanpolitik denkbar sei. Endlich sei noch zu bedenken, daß wir Rußland auch bezüglich der Türkei wertvolle Zusicherungen gegeben hätten, die wir unter Umständen, wie ich glaubte, auch schriftlich zu wiederholen kein Bedenken tragen würden. Wenn man sonach die beiderseits abzugebenden Erklärungen sorgfältig gegeneinander abwiege, so könne man billigerweise nicht behaupten, daß die unserigen leichter wögen als die russischen.

Ich habe vorläufig noch nicht den Eindruck, als ob Sasonow bezüglich der russischerseits in Aussicht gestellten Erklärung den Rückzug antreten wollte. Ich glaube vielmehr, daß aus seinen Bedenken eine gewisse Ängstlichkeit spricht. Er befürchtet, daß man ihm hier vorwerfen könnte, einen ungleichen Handel mit uns eingegangen zu sein, indem seine Erklärung beinahe einem Neutralitätsversprechen gleichkommen würde, während wir nur in Aussicht stellten, die österreichisch-ungarische Politik auf einem bestimmten Gebiet nicht gegen Rußland unterstützen zu wollen.

Diese Ängstlichkeit äußerte sich auch deutlich in der Frage, die er an mich richtete, ob wir uns den Notenaustausch geheim dächten, oder ob er veröffentlicht werden sollte. Ich erwiderte, darüber werde man sich noch verständigen müssen, ich nähme aber an, daß wir in dieser Beziehung gerne seinen Wünschen Rechnung tragen würden. Dabei erinnerte ich daran, daß die Anregung zu dem Notenaustausch von ihm ausgegangen sei. Sasonow warf darauf den Gedanken hin, man würde vielleicht den Austausch von Noten über die persische Frage und über die allgemeine Politik von einander trennen können.

Diese Gespräche gingen, wie ich nochmals hervorheben möchte, von der Voraussetzung aus, daß sie nicht den Eintritt in die wirklichen Verhandlungen bedeuten, sondern nur einen akademischen, vorbereitenden Charakter tragen sollten. Herr Sasonow beendigte dieselben stets mit der Bemerkung: „Ich werde mir die Sache noch überlegen, man wird eine Form suchen müssen."

Unter diesen Umständen habe ich auch bis jetzt Anstand genommen, über die Bemerkungen des Ministers amtlich zu berichten. Ich wollte Sie aber doch unter der Hand privatim informieren. Vielleicht teilen Sie mir Ihre Ansicht in betreff der weiteren Behandlung der Angelegenheit mit. Sollen wir, falls die Russen Bedenken tragen, uns die gewünschte Erklärung wegen Englands schriftlich zu geben, auf diesen Teil der schriftlichen Fixierung des Berliner Gedankenaustausches verzichten, das heißt in diesem Fall auch unsere Erklärung bezüglich Österreich-Ungarns nicht schriftlich geben? Oder sollen wir uns nötigenfalls bezüglich der russischen Erklärung mit einer etwas dünneren und abgeschwächten Form zufrieden geben? Eine solche wäre vielleicht in der Weise denkbar: Rußland erklärt uns, daß es keinerlei Abmachungen mit England habe, die irgendwelche Spitze gegen uns haben, und daß es solche Abmachungen mit England auch nicht zu treffen beabsichtige[1].

Eine andere Art, die Bedenken Sasonows wegen der angeblich nicht genügenden Gleichwertigkeit der auszutauschenden Erklärungen zu beschwichtigen, wäre die, daß auch wir bezüglich Österreich-Ungarns sagten, wir wären nicht verpflichtet und nicht gewillt, eine russenfeindliche Politik der Donaumonarchie, insbesondere nicht eine solche der Expansion auf der Balkanhalbinsel zu unterstützen[2]. Ich weiß nicht, ob Sie so weit gehen wollen. Jedenfalls würden dann Sasonows Einwendungen, daß unsere Erklärungen weniger schwer wögen wie die seinigen, entkräftet.

Ich würde Ihnen außerordentlich dankbar sein, wenn Sie mir über diese Fragen Ihre Ansicht mitteilen oder mitteilen lassen wollten. Jedenfalls werde ich zunächst versuchen, Sasonow zu bewegen, die Erklärung in dem von Ihnen vorgeschlagenen Wortlaut zu formulieren.

F. Pourtalès

Randbemerkungen von Bethmann Hollwegs:
[1] Das halte ich für ganz unannehmbar. v. B. H.
[2] eventualissime würde sich etwas Ähnliches hören lassen. v. B. H.

Nr. 10167

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Petersburg Grafen von Pourtalès

Privatbrief. Abschrift

Berlin, den 4. Dezember 1910

Aus Ihrem Brief vom 2.* habe ich auch noch nicht den Eindruck, daß Sasonow kneift; wenn aber die Bedenken wegen der Parität unserer schriftlichen Erklärungen tatsächlich vom Zaren ausgehen, so zeigt es, daß bei ihm die Anglomanen wieder gearbeitet haben. Man fürchtet sich eben, in London zu verstimmen, während man sich nicht gescheut hat, in die Welt zu posaunen, was wir bezüglich Österreichs und der Türkei zugesagt haben**. Wir sollen uns offen für russenfreundlich erklären, während man uns nur insgeheim zuflüstern will, wir werden nicht bis ans Ende, das heißt bis zum Krieg, mit den Engländern mitmachen. Sollten die Russen uns tatsächlich mit solchen Vorschlägen kommen, so dürfen wir ihnen keinen Zweifel darüber lassen, daß wir dann überhaupt abbauen und unsere Politik anders orientieren werden. Wenn uns die Russen nicht einmal das Versprechen geben wollen, sich an keiner feindlichen Politik Englands gegen uns zu beteiligen, so muß das bei uns so starkes Mißtrauen hervorrufen, daß wir nicht umhin können, alle Eisen, die wir gegen Rußland gebrauchen können, aufs Feuer zu legen; wir würden dann allerdings mit aller Energie diejenige Politik verfolgen müssen, deren uns Rußland bisher ohne Grund bezichtigt hat.

Die Taktik bei den mündlichen Verhandlungen müßten wir natürlich Ihnen überlassen.

Ich denke mir dabei etwa folgendes:

Sie versuchen mit allen Mitteln unsere ursprüngliche Fassung*** durchzusetzen. Sie können dabei hervorheben, daß wir den Russen ein reiches Äquivalent gewähren. Unser Vertrag mit Österreich-Ungarn ist publiziert, die Russen kennen ihn also und wissen, daß er rein defensiver Natur ist; eine deutsch-österreichische direkt aggressive Politik ist damit ausgeschlossen. Wir geben nun den Russen noch das ausdrückliche Versprechen, Österreich nicht nur bei einem Angriff auf Rußland nicht zu unterstützen, sondern auch Österreich bei einer auch nur indirekt gegen Rußland gerichteten Politik im Balkan nicht zu fördern. Dasselbe haben wir Rußland bezüglich der Türkei zugesagt. Rußlands Zusage, daß seine Abmachungen mit England keine Spitze gegen Deutschland enthalten, und daß es nicht gewillt ist, solche direkt gegen uns gerichtete Abmachungen einzugehen, kann uns kein Äquivalent bieten. Denn wir wollen gerade

---

* Siehe Nr. 10166.

** Anspielung auf das Interview Sasonows in der „Nowoje Wremja". Vgl. Nr. 10157, Fußnote *.

*** Vgl. Nr. 10159, Anlage I.

dagegen gesichert sein, hinter England, das uns auf Schritt und Tritt Schwierigkeiten bereitet, nicht wie bisher Rußland zu finden, das mittut, ohne — wie wir ihm gern glauben wollen — durch eine formelle Abmachung dazu verpflichtet zu sein.

Sollte Sasonow absolut nicht für die Ihnen mitgeteilte Form der Abmachung zu haben sein, so erklären Sie, Sie müßten neue Instruktionen einholen. Sie können dabei ja etwas bestürzt tun über den Eindruck, den das in Berlin hervorbringen werde. Die Frage der Geheimhaltung oder Mitteilung der Abmachungen an die beiderseitigen Freunde wollen Sie ziemlich gleichgültig behandeln. Von „Veröffentlichung" kann ja wohl nicht die Rede sein. Sie können aber den Gedanken hinwerfen, daß man es eventuell nur den eigentlichen Verbündeten mitteilen könnte (damit käme Sasonow über die unangenehme Mitteilung in London hinweg; ich nehme aber als sicher an, daß die Nachricht dann doch den Weg nach London findet, sei es direkt, sei es via Paris).

Ich hoffe, daß Sie Sasonow, wenn Sie alle Argumente springen lassen, auch die in Ihrem Brief erwähnten, herumkriegen.

Sollte es nicht der Fall sein, so bin ich persönlich der Ansicht, daß wir, wenn alle Stricke reißen, lieber noch etwas weiter in unseren Erklärungen gehen, als daß wir den Russen etwas an ihren englischen Versicherungen nachlassen. Die auf das Verhältnis zu England bezügliche russische Zusicherung ist für mich das A und Ω der ganzen Abmachung. Sie muß so ausfallen, daß sie am Tage, wo sie zur englischen Kenntnis kommt, für die Russen kompromittierend wirkt. (Es ist wohl gut, diesen Brief zu verbrennen.) pp.*

(gez). Kiderlen

Nr. 10 168

Der österreich-ungarische Minister des Äußern Graf von Aehrenthal an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Privatbrief. Ausfertigung

Wien, den 6. Dezember 1910

Das sehr freundliche Schreiben Euer Exzellenz vom 14. November l. Js.** habe ich mit dem verbindlichsten Danke erhalten und benütze, um es zu beantworten, mit Vergnügen den ersten freieren Augenblick nach der Tagung der Delegationen.

Von den Nachrichten, die mir Euer Exzellenz über den Verlauf des Potsdamer Zarenbesuches freundlichst zukommen lassen, habe ich mit

* Der Schluß des Briefes betrifft die Abberufung des Militärbevollmächtigten von Hintze aus Petersburg, Vgl. Kap. CCXV, Anhang B, Nr. 9957 S. 555, Fußnote.
** Siehe Nr. 10 160.

lebhafter Befriedigung Kenntnis genommen; ich bin sehr erfreut darüber, daß Euer Exzellenz mir die günstigen Mitteilungen, die ich über den Verlauf der Entrevue erhalten, dahin bestätigen, daß die Aussprache der beiden Souveräne eine vertrauensvolle war, und daß die Stimmung eine gute gewesen ist. Ich für meinen Teil halte dafür, daß jede persönliche Begegnung der Herrscher der großen europäischen Staaten nur wärmstens begrüßt werden kann, da in diesen Begegnungen die Solidarität der europäischen Monarchen zum Ausdruck kommt und eben hierdurch auch der monarchische Gedanke selbst eine unleugbare Kräftigung erfährt. Ich erinnere mich hier eines Ausspruches, den Kaiser Nikolaus im Jahre 1905 zu mir getan hat, und der ungefähr lautete, daß jeder der drei Kaiser allein heute nicht mehr mächtig genug wäre, um dem Ansturm gegen die monarchische Idee zu begegnen, daß dies aber nur den drei Kaisern vereint gelingen könne, wenn ihre Anstrengungen auf dasselbe Ziel gerichtet wären. Dieser Ausspruch fiel in die Zeit nach dem unglücklichen Kriege mit Japan und mitten in die Revolutionsstürme. Kaiser Nikolaus hatte kurz vorher in Björkoe* eine Begegnung mit Ihrem allergnädigsten Herrn, wobei die Situation wohl im Sinne der früher erwähnten Solidarität der drei Kaisermächte einer Durchbesprechung unterzogen worden sein mag.

Rückblickend muß ich allerdings konstatieren, daß die russische Politik der letzten Jahre den Gedanken der monarchischen Solidarität nicht sehr deutlich zum Ausdruck gebracht hat. Ich will jedoch hoffen, daß das Regime Herrn Sasonows hierin eine Wandlung herbeiführen wird.

Ebenso wie ich mit Vergnügen durch Euer Exzellenz erfahre, daß Sie sich von der Zusammenkunft in Potsdam eine günstige Rückwirkung auf die deutsch-russischen Beziehungen erwarten, entnehme ich aus Ihren freundlichen Zeilen mit Befriedigung, daß Sie sich aus der Begegnung der beiden Herrscher einen günstigen Einfluß auch auf unser Verhältnis zu Rußland versprechen. Ich teile die Auffassung Euer Exzellenz umsomehr, als auch ich meinerseits mehrere Momente zu verzeichnen in der Lage bin die dafür sprechen, daß Rußland bestrebt ist, zwischen Wien und St. Petersburg eine wärmere Atmosphäre zu schaffen**. Schon das Handschreiben Kaiser Nikolaus' an seinen scheidenden Wiener Botschafter Fürsten Urussow***, hat eine herzlichere Note angeschlagen. Der Botschafter selbst hat bei dem Abschiedsbesuche, den er mir vor mehreren Wochen ab, stattete, seinem lebhaften Bedauern darüber Ausdruck gegeben, daß er gerade in dem Augenblicke von seinem Posten scheide, in dem die Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Rußland eine erfreuliche Besserung erfahren hätten. Fürst Urussow, der bei diesem Anlasse eine sehr

---

* Siehe Bd. XIX, Kap. CXXXVIII.

** Vgl. dazu den vertraulichen Bericht des russischen Botschafters in Wien Fürst Urussow vom 8. November, der in Verfolg der Potsdamer Entrevue die Besserung der deutsch-russischen Beziehungen zu einer österreich-russischen präventiven Übereinkunft über den Balkan auszunutzen riet. v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke S. 134.

*** Vgl. Kap. CCXV, Nr. 9944.

herzliche Message seines Kaisers an meinen allergnädigsten Herrn zur Sprache brachte, teilte mir auch vertraulich mit, daß er gelegentlich seiner Abschiedsaudienz bei Kaiser Nikolaus in Friedberg diesem eine Art von Programm für die künftige Entwicklung der österreichisch-ungarischen-russischen Beziehungen entwickelt habe, wobei er jedoch nicht auf die Wiederherstellung einer Entente konkludiert habe, sondern von der in den Grundzügen vorhandenen Übereinstimmung der Balkanpolitik der beiden Mächte ausgegangen sei. Kaiser Nikolaus sei diesen Ausführungen mit großer Aufmerksamkeit gefolgt und er — Fürst Urussow — habe den Eindruck gewonnen, daß sein höchster Herr seinen Darlegungen beipflichte.

Aus den Bemerkungen Euer Exzellenz über Ihre Unterredungen mit Herrn Sasonow habe ich entnommen, daß der russische Minister, der erfreulicherweise bei Euer Exzellenz einen günstigen Eindruck hinterlassen hat, sich doch nicht enthalten konnte, einer gewissen Besorgnis wegen einer expansiven Politik Österreich-Ungarns auf dem Balkan Ausdruck zu geben. Diese Tatsache hat mich nicht überrascht, denn ich kenne derartige Äußerungen russischen Mißtrauens gegen unsere Pläne am Balkan schon seit mehr als dreißig Jahren als einen eisernen Bestandteil der russischen Politik. Die russische Taktik geht seit jeher dahin, Rußland nicht selbst zu binden, uns aber eine profession de foi zu entlocken, an der wir dann festgehalten werden sollen. Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, daß wir uns durch dieses Manöver nicht irreführen lassen. Euer Exzellenz haben vollkommen recht gehabt, Herrn Sasonow bezüglich der uns unterschobenen Absichten zu beruhigen und hinzuzufügen, daß Deutschland sich niemals verpflichtet hätte, expansive Pläne Österreich-Ungarns am Balkan zu unterstützen. Ich war bekanntlich ungefähr zur selben Zeit in der Lage, in den Delegationen offiziell zu erklären*, daß wir territorial saturiert sind und unsere Interessen am Balkan nicht im Wege einer Expansionspolitik wahrzunehmen gedächten.

Wenn ich nach dem Gesagten meine Anschauung über unser Verhältnis zu Rußland zusammenfasse, so möchte ich dies dahin tun, daß dieses Verhältnis heute ein normales und korrektes ist, und daß es in Hinkunft ein besseres werden dürfte. Wir werden aber Rußland nicht nachlaufen und bei der zukünftigen Gestaltung unserer Beziehungen von dem Prinzipe der politischen Reziprozität ausgehen. Was speziell Herrn Sasonow anbelangt, so bin ich gerne bereit, ihm einen größeren politischen Kredit als seinem Vorgänger einzuräumen, ohne die russischen Diplomaten gegenüber empfehlenswerte Vorsicht aus dem Auge zu verlieren.

Aus dem freundlichen Schreiben Euer Exzellenz ersehe ich ferner, daß in Berlin zwischen Ihnen und Herrn Sasonow auch von Persien die Rede war, und zwar in dem Sinne einer Verständigung und einer Ver-

---

* Reden Graf Aehrenthals vom 13. und 15. Oktober 1910. Vgl. Schultheß' Europäischer Geschichtskalender Jg. 1910, S. 471 ff.

söhnung der deutschen und russischen Interessen in jenem Gebiete. Die Wirkung dieser Aussprache kann meines Erachtens nur eine günstige sein, und zwar auch nach der Richtung, daß Rußland nunmehr, da es mit einer eventuellen Gegnerschaft Deutschlands in Persien nicht mehr zu rechnen hat, dort England gegenüber selbständiger aufzutreten in der Lage ist.

Was die Türkei anbelangt, hat es mich sehr befriedigt zu erfahren, daß Herr Sasonow Euer Exzellenz zugestanden hat, daß die Schaffung und Erhaltung einer stetigen und kräftigen Regierung in der Türkei zur Erhaltung des Status quo und zur Vermeidung von Friedensstörungen notwendig sei; es ist sonach die Hoffnung vorhanden, daß die russische Balkanpolitik sich von dem englischen Einflusse allmählich befreien, und daß der Türkei eine längere Frist zu ihrer inneren Konsolidierung gegönnt sein wird, wie dies ja im deutschen und in unserem Interesse gelegen ist.

Euer Exzellenz bemerken, daß die türkische Regierung bei ihren Bemühungen, Ruhe und Ordnung im Innern aufrecht zu erhalten, da und dort auch die landesüblichen drastischen Mittel anwende, die wir eben mit in den Kauf nehmen müßten. Ich will gerne zugestehen, daß die türkischen Machthaber nicht immer mit Samthandschuhen zugreifen können. Ich kann aber doch nicht umhin festzustellen, daß die Art und Weise, wie die türkische Regierungsgewalt in der Provinz gehandhabt wird, manche nicht ganz unbedenkliche Zeichen des Mißbehagens und der Mißstimmung gezeitigt hat. Ich will hier nur auf die albanesische Emigration nach Montenegro, auf das Wiederauftauchen von Banden in Mazedonien und schließlich auf den Umstand hinweisen, daß der Gedanke einer gemeinsamen Abwehr türkischer Übergriffe zu einer Annäherung zweier so disparater Milieus wie des bulgarischen und des griechischen geführt hat. Nach den letzten vorliegenden Nachrichten scheint man übrigens in Konstantinopel zu einem gewissen Einlenken entschlossen zu sein; wenigstens deutet die mildere Behandlung der Albanesen sowie die Sistierung des Bandengesetzes auf eine solche Disposition hin.

Um den Kreis der aktuellen Fragen zu schließen, erübrigt mir nur noch, mit einigen Worten unserer Beziehungen zu Italien zu gedenken. Wie Euer Exzellenz meinen weiteren Ausführungen in den Delegationen entnommen haben werden, habe ich nach Möglichkeit getrachtet, Marquis di San Giuliano zu stützen; ich habe von den in unseren Beziehungen noch immer bestehenden Schwierigkeiten in der freundschaftlichsten Weise gesprochen. Mit Vergnügen konstatiere ich, daß mein Entgegenkommen in Italien gut aufgenommen wurde. Marquis di San Giuliano hat auch in seiner jüngsten Rede* mir Gleiches mit Gleichem vergolten. Seine ebenso loyalen wie präzisen Erklärungen über den Dreibund und das Verhältnis Italiens zu Österreich-Ungarn werden sicher wie meinen so auch Ihren Beifall gefunden haben.

---

* Vom 2. Dezember. Vgl. Schultheß' Europäischer Geschichtskalender Jg. 1910, S. 562f.

Mit großer Aufmerksamkeit habe ich die letzte Debatte im Reichstage* verfolgt, welche die Königsberger Rede Kaiser Wilhelms zum Gegenstande hatte und mit einer gründlichen Zurückweisung der frechen Kritik des Sozialdemokraten Ledebour endete. Euer Exzellenz haben gegenüber diesem unverhüllten Bekenntnis zum Republikanismus die einzig richtige Abwehr gewählt, das ist die offene Aufnahme des Kampfes gegen die Umsturzparteien. Wie die Dinge sich in letzter Zeit, insbesondere seit dem kläglichen Zusammenbruch der Monarchie in Portugal**, entwickelt haben, bleibt uns Monarchisten nichts anderes übrig, als unsere Truppen zu sammeln und im richtigen Augenblick gegen die prinzipiellen Widersacher des Staates, der Gesellschaft und der Religion die Offensive zu ergreifen.

Aehrenthal

Nr. 10169

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an Kaiser Wilhelm II.

Ausfertigung

Berlin, den 11. Dezember 1910

Euere Kaiserliche und Königliche Majestät haben geruht, auf dem alleruntertänigst wieder beigefügten Zeitungsausschnitt*** bei meiner im Reichstage über unsere Beziehungen zu Rußland abgegebenen Erklärung die Worte zu beanstanden, „daß sich beide Regierungen in keinerlei Kombinationen einlassen werden, die eine aggressive Spitze gegen den andern

---

* Am 26. November war im Reichstage eine sozialdemokratische Interpellation über die Kaiserreden, insbesondere über die Königsberger Rede vom 26. August, in der der Monarch jede Rücksicht auf Tagesansichten und -meinungen abgelehnt hatte, verhandelt worden. Bei dieser Gelegenheit hatte Reichskanzler von Bethmann Hollweg sich nachdrücklich für den Kaiser eingesetzt, der durch seine neuerlichen Reden weder die Grenze seines konstitutionellen Herrscheramts überschritten, noch die Stetigkeit der Politik und die Autorität der Krone gefährdet habe.

** Vgl. Nr. 10151, S. 834, Fußnote **.

*** Es handelt sich um den Parlamentsbericht des „Lokal-Anzeiger" über die Reichstagssitzung vom 10. Dezember. In seiner Rede von diesem Tage war Reichskanzler von Bethmann Hollweg auch auf die Potsdamer Entrevue zu sprechen gekommen und hatte sich dabei wörtlich an den mit dem russischen Außenminister Sasonow vereinbarten Wortlaut (siehe Nr. 10159, Anlage II) gehalten. Es war darin unter anderm gesagt: „Das Resultat der letzten Entrevue möchte ich dahin zusammenfassen, daß von neuem festgestellt wurde, daß sich beide Regierungen in keinerlei Kombination einlassen, die eine aggressive Spitze gegen den andern Teil haben könnte." Dazu hatte der Kaiser bemerkt: „Davon ist mir nichts bekannt! Ich habe auch eine solche Verpflichtung nicht angetragen bekommen noch übernommen! Ich weiß nur, daß Russland England gegen uns nicht helfen will falls England einen Krieg vom Zaune bricht!" Und zu den Worten „Kombination, die eine aggressive Spitze gegen den andern Teil haben könnte": „damit wäre formell der casus foederis Österreich gegenüber im Falle eines Russ[ischen] Krieges hinfällig und der Hauptstützpunkt des 3 Bundes gefährdet!"

haben könnte". Mit diesen Worten habe ich lediglich in prägnanter Form die bei der Potsdamer Begegnung ausgetauschten Erklärungen zusammengefaßt.

Wie Euerer Majestät bekannt, hat damals Herr Sasonow erklärt, daß Rußland feindlichen Anschlägen Englands gegen uns sich niemals anschließen werde. Da wir von anderer Seite keine aggressiven Pläne zu befürchten haben, so konnte die russische Zusage unter die von mir gebrauchte allgemeine Wendung subsumiert werden. Der russische Minister, den ich durch Graf Pourtalès vertraulich habe informieren lassen, hat sich damit einverstanden erklärt[1].

Ebenso konnte die unsererseits mit Euerer Majestät Allerhöchster Genehmigung abgegebene Erklärung, daß wir aggressive Pläne Österreich-Ungarns im Balkan zu unterstützen weder verpflichtet noch gewillt seien, in der von mir ausgesprochenen allgemeinen Fassung wiedergegeben werden. Daß wir Rußland ohne weiteres angreifen würden, hat niemand in Rußland je befürchtet; wohl aber trat dort vielfach die Befürchtung hervor, daß wir ein aggressives Vorgehen Österreich-Ungarns im Orient unterstützen könnten und, wenn es darüber zum Kriege mit Rußland käme, zur Beteiligung bereit seien. Wenn wir daher Rußland über diesen Punkt beruhigten, so lag für die russische Politik darin eben die Gewißheit, daß wir uns in keine Kombinationen einlassen, die eine aggressive Spitze gegen Rußland haben könnte.

Wir konnten diese Versicherung unbeschadet unserer aus dem Dreibundsvertrag uns erwachsenden Verpflichtungen, die lediglich defensiver Art sind, abgeben. Wir waren dazu um so mehr in der Lage, als die österreichisch-ungarische Regierung uns wiederholt bündig erklärt hat, daß sie im Orient keine aggressiven Pläne verfolge. Graf Aehrenthal, dem ich von unserer Erklärung in einem vertraulichen Privatbrief Kenntnis gegeben habe*, hat mir dieser Tage in der gleichen Weise sein Einverständnis mit unserem Vorgehen ausgesprochen[2]**.

Euerer Majestät darf ich bei diesem Anlaß auch noch ehrfurchtsvollst melden, daß nach einem soeben bei Wolffs Bureau eingegangenen Telegramm sich das offiziöse „Wiener Fremdenblatt" durchaus zustimmend zu meinen Erklärungen im Reichstag ausspricht.

Was Italien betrifft, so hat sich dieses stets um gute Beziehungen mit Rußland besonders bemüht. Ich glaube daher die bestimmte Versicherung aussprechen zu können, daß die dem Austausch unserer Erklärungen mit Rußland gegebene Fassung bei unseren Verbündeten keinerlei Anstoß erregen wird[3].

Bethmann Hollweg

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Davon mußte ich rechtzeitig in Kenntniß gesetzt werden! Denn das war mir unbekannt! und immerhin ein Schritt von erheblicher Bedeutung!

[2] auch dieses hätte mir vorher mitgetheilt werden müssen, da ich nichts davon wußte!

---

* Siehe Nr. 10160.

** Siehe Nr. 10168.

Es ist ein Moment von hoher Politischer Wichtigkeit, bei dem der Leiter der Aus-
w[ärtigen] Politik, der Souverain, nicht im Dunkelen gelassen werden darf. In Zu-
kunft ist mir Meldung zu machen vorher, über Inhalt einer beabsichtigten Erklärung
und über die unternommenen Schritte bei fremden Regierungen.
[3] Nach vorliegenden Meldungen und Erläuterungen bin auch ich voll befriedigt. *

Nr. 10170

Der russische Botschafter in Berlin Graf von der Osten-Sacken an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Note. Ausfertigung

Berlin, le 30 Novembre/13 Decembre 1910

C'est avec la plus vive satisfaction que je m'empresse de vous signaler l'excellente impression produite sur mon Gouvernement par le remarquable discours que Votre Excellence a prononcé Samedi dernier au Reichstag**.

Mr. Sasonow me charge d'être auprès de Votre Excellence l'interprète de ses sincères remercîments de l'appreciation si juste et entièrement correspondante à nos vues des relations entre nos deux pays.

Osten-Sacken

Nr. 10171

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 352
Geheim

St. Petersburg, den 12. Dezember 1910

Wie ich unmittelbar nach meiner Rückkehr von Urlaub Euerer Exzellenz melden durfte***, hatte Herr Sasonow, nachdem er selbst den Gedanken einer schriftlichen Fixierung des gelegentlich der Potsdamer

* Die Bemerkungen des Kaisers, in denen er sich als dem Souverän die Leitung der auswärtigen Politik vindiziert, entspringen sichtlich einer Aufwallung seines leicht erregten Souveränitätsgefühls, das sich verletzt glaubte, weil er nicht im voraus Kenntnis von der beabsichtigten Reichstagserklärung des Kanzlers erhalten hatte. Charakteristisch ist, wie leicht der Kaiser sich durch den einfachen Hinweis des Kanzlers darauf beschwichtigen ließ, daß er in den von dem Monarchen beanstandeten Worten lediglich die bei der Potsdamer Begegnung ausgetauschten Erklärungen zusammengefaßt habe.

** Vgl. Nr. 10169, S. 866, Fußnote ***.

*** Vgl. Nr. 10158.

Entrevue stattgehabten Gedankenaustausches angeregt hatte, im ersten Augenblick anscheinend kein Bedenken dagegen, daß in dem betreffenden Schriftstück auch Erklärungen bezüglich der allgemeinen, von Rußland beziehungsweise Deutschland zu führenden Politik aufgenommen würden. Diese Erklärungen waren etwa in der Weise gedacht, daß deutscherseits die Absicht ausgesprochen würde, keine Expansionspolitik Österreich-Ungarns auf der Balkanhalbinsel und keine aggressive Politik der Türkei gegen ihre Nachbarn zu unterstützen, während die russische Regierung ihre Absicht zu erkennen geben sollte, keine deutschfeindliche Politik Englands zu fördern.

Bei meinen späteren Begegnungen mit Herrn Sasonow konnte ich sehr bald bemerken, daß ihm wegen der russischerseits abzugebenden Erklärung Bedenken gekommen waren. Unter Hervorhebung der Schwierigkeit einer Formulierung für diese Erklärung suchte der Minister nachzuweisen, daß eine Parität zwischen der von uns und der russischerseits abzugebenden Erklärung nicht vorhanden sein würde. Er erzählte mir auch, daß Seine Majestät der Kaiser Nikolaus, höchstwelchem er über diese Frage Vortrag gehalten habe, das angebliche Mißverhältnis zwischen beiden Erklärungen sofort erkannt und Bedenken dagegen geäußert habe.

Ich bin bemüht gewesen, Herrn Sasonow von der Unrichtigkeit dieser Auffassung zu überzeugen. Es fand über dieses Thema vor einigen Tagen eine längere Unterredung zwischen dem Minister und mir statt, über deren Verlauf ich Euerer Exzellenz eingehend berichten zu sollen glaube.

Unter Verwertung der mir von dem Herrn Staatssekretär erteilten Weisungen führte ich zunächst zur Widerlegung der Behauptung, daß unsere Zusicherungen der eventuellen russischen Erklärung kein genügendes Äquivalent gewähren würden, etwa folgendes aus: Rußland kenne unseren Bündnisvertrag mit Österreich-Ungarn und wisse, daß derselbe einen rein defensiven Charakter trage. Eine direkt aggressive Politik Deutschlands im Bunde mit Österreich-Ungarn stehe somit außer Frage. Wir seien aber bereit, Rußland noch die ausdrückliche Zusage zu erteilen, daß wir Österreich-Ungarn bei einem Angriff auf Rußland nicht nur nicht helfen, sondern auch das Wiener Kabinett bei einer auch nur indirekt gegen Rußland gerichteten Politik auf der Balkanhalbinsel nicht unterstützen wollten. Eine ähnliche Zusage seien wir bereit, Rußland auch bezüglich der Türkei zu geben. Wir wollten also Rußland versprechen, daß wir eine russenfeindliche Politik zweier Mächte auf demjenigen Gebiete, auf welchem eine solche Politik möglich scheint, nicht fördern wollten. Eine solche Zusage sei unbestreitbar ebenso wertvoll, ja sogar wertvoller, da es sich um zwei Mächte handele, von denen die eine obendrein unser Verbündeter sei, als eine Erklärung Rußlands, daß es England in einer deutschfeindlichen Politik nicht unterstützen wolle. Denn Rußland habe England gegenüber, wie uns wiederholt versichert worden sei, keine anderen Verpflichtungen als die durch Spezialabkommen über Zentralasien übernommenen.

Herr Sasonow wollte sich von der Richtigkeit dieser Argumente nicht überzeugen lassen, seine Abneigung gegen eine schriftliche Erklärung kam vielmehr immer stärker zum Ausdruck. Zur Verteidigung seines Standpunktes wies der Minister darauf hin, daß durch die Versicherungen, welche Österreich-Ungarn gegeben habe, keine aggressive Balkanpolitik treiben zu wollen, der Wert unserer Rußland zu gebenden Erklärung wesentlich abgeschwächt werde. Denn es koste uns schließlich nicht viel zu versprechen, daß wir eine österreichisch-ungarische Politik nicht zu unterstützen beabsichtigten, welche das Wiener Kabinett ohnehin nicht befolgen wolle.

Auf meine Einwendung, daß auf der Balkanhalbinsel jeden Tag Verhältnisse eintreten könnten, welche die gegenwärtigen Absichten der Donaumonarchie ändern könnten, und daß im Hinblick auf eine solche Eventualität eine Erklärung, wie wir sie sogar schriftlich zu geben bereit wären, für Rußland von nicht zu unterschätzendem Werte sei, bemerkte der Minister, er sei von der Absicht Österreich-Ungarns, unter keinen Umständen weitere Expansionspläne auf dem Balkan zu verfolgen, schon darum fest überzeugt, weil Österreich-Ungarn nicht imstande sei, eine solche Expansionspolitik zu führen.

Diesen Gedanken führte der Minister weiter aus, wobei er sich offensichtlich darin gefiel, aus demselben Argumente zur Herabminderung des Wertes unserer Erklärung zu schöpfen. Österreich-Ungarn, so etwa lauteten diese Ausführungen, ist schon finanziell gar nicht in der Lage, eine weitere Expansionspolitik zu führen. Es würde bei einem weiteren Vordringen auf dem Balkan die Türkei und die Balkanstaaten sich gegenüber finden, da eine Expansion der Doppelmonarchie nach Südosten nur auf Kosten der Türkei oder der Balkanstaaten erfolgen könne. Die Türkei habe mit diesen Staaten also das gemeinsame Interesse, sich gegen jede Ausdehnung, die auf ihre Kosten von dritter Seite angestrebt würde, zur Wehr zu setzen. Solange die Türkei schwach gewesen sei, hätten die Verhältnisse anders gelegen und Rußland Grund zu Besorgnissen gegeben. Die ungeheure militärische Erstarkung der Türkei biete aber eine sichere Gewähr für die Aufrechterhaltung des territorialen Status quo auf der Balkanhalbinsel. Daher habe auch Rußland ein Interesse an der Stärke und Schlagfertigkeit der türkischen Armee.

Ich konnte Herrn Sasonow mein Erstaunen über diese Sprache nicht verhehlen, die sich so sehr von derjenigen unterschied, die ich von seinem Vorgänger und von allen russischen Politikern immer gehört hatte. Der Minister selbst und auch Herr Stolypin hätten mir doch noch vor wenigen Tagen in den wärmsten Worten von der großen Bedeutung gesprochen, die unsere bei der Potsdamer Entrevue bezüglich Österreich-Ungarns abgegebene Erklärung für Rußland habe. Der Herr Ministerpräsident habe mir direkt gesagt: „Das ist das Wertvollste, was Herr Sasonow aus Potsdam mitgebracht hat."

Der Minister warf hier ein, er sei in der Tat sehr dankbar für die ihm bezüglich Österreich-Ungarns gegebenen Zusicherungen und wolle den Wert

derselben gewiß nicht unterschätzen; er müsse aber betonen, daß er das Thema: Österreichisch-russische Beziehungen in Potsdam von sich aus nicht angeregt habe und zur Besprechung desselben die Initiative auch nicht ergriffen haben würde.

Ich führte dann weiter aus, Herr Sasonow habe von einer kriegerischen Politik Österreich-Ungarns gegen die Balkanstaaten und die Türkei gesprochen. Könne aber das Wiener Kabinett nicht auch auf friedlichem Wege, im Einvernehmen mit der Türkei und den Balkanstaaten, an der Ausbreitung seines Einflusses im nahen Orient in einer Weise arbeiten, die hier als gegen Rußland gerichtet angesehen werden würde? Es habe sich doch in den letzten Jahren zur Genüge gezeigt, wie mißtrauisch und nervös man in dieser Beziehung hier sei. Man brauche nur an die Erregung zurückzudenken, die hier durch das Sandschakbahnprojekt hervorgerufen worden sei. Herr Sasonow machte hiergegen geltend, die Balkanstaaten und die Türkei würden für eine Ausbreitung des österreichisch-ungarischen Einflusses auch auf friedlichem Wege nicht mehr zu haben sein und sich von selbst dagegen wehren. Was aber die Sandschakbahn betreffe, so werde dieselbe gebaut werden, und man werde sich darüber hier auch beruhigen.

Ich möchte an dieser Stelle einschalten, daß Herr Sasonow neulich bei einer anderen Gelegenheit behauptete, das Interesse für den nahen Orient habe hier in der letzten Zeit sehr nachgelassen.

Zu dem Thema einer Bewertung unserer beiderseitigen Erklärungen zurückkehrend, suchte Herr Sasonow zu beweisen, daß kein für die Interessen Rußlands verantwortlicher Staatsmann seinen Namen unter eine so wenig präzise Erklärung, wie die von uns verlangte, setzen könne. Was heiße deutschfeindliche Politik Englands? Welche Gebiete hätten wir dabei im Auge? Ich erwiderte, wir wünschten weiter nichts, als daß der Minister uns schriftlich wiederhole, was er und sein Vorgänger unzählige Male versichert hätten, daß nämlich Rußland keine Verpflichtung und auch nicht die Absicht habe, eine gegen Deutschland gerichtete Politik Englands zu unterstützen. „Diese Versicherung will ich Ihnen mündlich zehn, ja hundertmal wiederholen. Sie könnte Ihnen auch, wenn Sie es wünschen, von der maßgebenden Stelle in feierlicher Form gegeben werden, denn sie entspricht den Grundzügen der russischen Politik. Wenn es sich aber um Austausch von Schriftstücken, von „Instrumenten" handelt, müssen die Verpflichtungen, die jeder Teil übernimmt, genau umschrieben und gegen einander abgewogen werden. Ich kann mich nicht dem Vorwurf aussetzen, einen ungleichen Handel mit Ihnen abgeschlossen zu haben. Die von Ihnen vorgeschlagene Erklärung bezieht sich auf so vielerlei Möglichkeiten, daß ich von meiner Ansicht über das Fehlen der Parität zwischen beiden Erklärungen nicht abzugehen vermag."

Herr Sasonow ging dann auf unser Verhältnis zu England über und meinte, daß die zwischen uns und England bestehenden Differenzen vorwiegend in der wirtschaftlichen Rivalität zwischen beiden Ländern bestehen. Wie könne sich aber Rußland zu einer bestimmten Stellungnahme

in irgend einer in irgend einem Weltteil auftauchenden Frage verpflichten? Auf ein so unsicheres Terrain könne er sich unmöglich begeben.

Ich machte den Minister darauf aufmerksam, daß es uns fern liege, von Rußland eine aktive Unterstützung unserer Politik England gegenüber zu verlangen. Wenn wir aber jetzt die Ursachen des Mißtrauens zu beseitigen suchten, welches sich in den letzten Jahren in unseren beiderseitigen Beziehungen eingeschlichen hätte, so glaubte ich, daß dieses Ziel durch kein anderes Mittel besser erreicht werden könne, als wenn wir Rußland offene, loyale schriftliche Erklärungen bezüglich derjenigen Punkte geben, auf welche sich das russische Mißtrauen gegen uns bezog, während uns Rußland analoge zur Beruhigung des bei uns entstandenen Mißtrauens geeignete Zusicherungen gebe. Wie der Minister in Berlin gehört habe, gründe sich unser Mißtrauen hauptsächlich darauf, daß wir uns in den letzten Jahren leider hätten daran gewöhnen müssen, in den verschiedensten Fragen stets dem gemeinsamen Widerstand Englands und Rußlands zu begegnen. Dieses Mißtrauen würde durch eine schriftliche Wiederholung der in Potsdam und Berlin gegebenen Versicherungen endgiltig zerstreut werden, während die Verweigerung einer solchen Erklärung, wie ich fürchtete, nicht umhin können werde, bei uns einen üblen Eindruck zu machen und sogar zu allerlei Vermutungen Anlaß zu geben, welche nicht geeignet wären, das alte Vertrauensverhältnis zwischen Rußland und Deutschland wiederherzustellen.

Herr Sasonow entgegnete auf diese Bemerkung mit großem Eifer, er bäte dringend, ihm Vertrauen zu schenken, wir würden sehr bald gewahr werden, daß wir es mit einem loyalen Partner zu tun hätten. „Wir wollen uns in einem Jahr wiedersprechen und Sie werden sehen, daß ich meinen in Berlin gegebenen Versicherungen in loyalster Weise treugeblieben sein werde, und daß es hierzu des Austausches schriftlicher Instrumente nicht bedarf." Deutschlands Mißtrauen gegenüber Rußland wegen der Beziehungen des letzteren zu England sei gänzlich ungerechtfertigt. Wenn in den letzten Jahren die russische und englische Diplomatie zuweilen Hand in Hand gegen Deutschland gegangen seien und dies auch vielleicht in einer weniger entgegenkommenden Haltung einiger russischer Vertreter ihren deutschen Kollegen gegenüber zum Ausdruck gekommen sei, so trügen daran die Ereignisse vor zwei Jahren Schuld. Auch gegen manche unserer Vertreter, zum Beispiel den Baron Marschall und den Grafen Quadt, könne man von hier aus den Vorwurf erheben, daß sie in den letzten Jahren auf politischem Gebiet die Fühlung mit der russischen Vertretung gemieden, sogar öfters der russischen Diplomatie direkt entgegengearbeitet hätten. Hoffentlich werde dies jetzt nach den Berliner Aussprachen anders werden.

Er glaube übrigens auch, daß wir in unserem Mißtrauen gegen England oft zu weit gehen. Die Wahrheit sei, daß England sich von Deutschland bedroht fühle und sich vor uns fürchte.

„Das ist einfach absurd", konnte ich mich nicht enthalten, hier einzuwerfen. „Jedes Kind weiß, daß wir nicht in der Lage sind und wohl

kaum je in die Lage kommen werden, einen Angriffskrieg gegen England zu führen, ganz abgesehen davon, daß kein vernünftiger Mensch in Deutschland einen solchen Krieg wünscht oder gar für einen solchen wirkt." England aber, so fuhr ich fort, fürchte sich in Wirklichkeit nicht vor einem deutschen Angriff, sondern die Engländer könnten es nicht überwinden, daß das erdrückende Übergewicht auf dem Gebiete des überseeischen Handels, welches sie seit einem Jahrhundert ausüben, ohne daß es ihnen von irgend einer Seite streitig gemacht wird, von uns an manchen Punkten bedroht werde. Aus diesem Grunde mache die englische Diplomatie, wie wir es bei Sir Arthur Nicolson hier gesehen hätten, überall mit dem Schlagwort des „German danger", des „germanischen Dranges nach Osten" Propaganda für eine Gruppierung aller Mächte um England zur Abwehr gegen diese Gefahr. Ich könne aber nicht einsehen, welches Interesse Rußland daran habe, diese lediglich England zum Vorteil gereichende Politik zu unterstützen. Rußland könne keinen Zweifel daran haben, daß, wenn es gut mit uns steht, es von der „deutschen Gefahr" nichts zu befürchten habe.

Aus Herrn Sasonows Antwort ging hervor, daß er die englischen Besorgnisse vor Deutschland nicht für ganz grundlos halte. Unsere Flotte sei derartig herangewachsen und so vorzüglich, daß wir uns nicht nur nicht vor einem englischen Angriff zu fürchten brauchten, sondern nach Ansicht hervorragender Fachmänner im Falle eines Konfliktes mit England durchaus keine schlechten Chancen hätten. Unser allergnädigster Herr habe dies in Potsdam selbst in gewissem Sinne eingeräumt. Seine Majestät der Kaiser habe geäußert, vor einigen Jahren sei Englands Bestreben deutlich darauf ausgegangen, „de fracasser la flotte allemande", um so den überseeischen deutschen Handel zu zerstören, wie England dies im Jahre 1807 mit dem dänischen getan habe. Seine Majestät habe aber seitdem, wie allerhöchstderselbe hinzugefügt habe, dafür gesorgt, daß die deutsche Flotte in einen Stand versetzt worden sei, der es England schwer machen würde, derartige Pläne zu verfolgen. Ich bemerkte, diese Äußerung unseres allergnädigsten Herrn bestätige nur, daß unsere Flotte lediglich defensiven Zwecken dienen sollte.

Der Hinweis des Herrn Sasonow auf die Stärke unserer Seemacht ließ keinen Zweifel darüber, daß bei seinen Bedenken gegen eine schriftliche Formulierung der Erklärung, Rußland wolle Englands deutschfeindliche Politik nicht unterstützen, auch die Besorgnis vor einer aggressiven deutschen Politik gegen England, für welche Deutschland sich die Zurückhaltung Rußlands sichern wolle, bis zu einem gewissen Grad mitspricht.

Der wahre Grund für die Abneigung des Ministers gegen die von uns gewünschte Erklärung kam aber erst am Schluss unserer langen Unterredung in unzweideutiger Weise zum Ausdruck: „Ich gestehe Ihnen ganz offen," sagte der Minister, „daß ich den Eindruck, den eine Erklärung, wie Sie sie von uns verlangen, in England machen würde, fürchte. Diese

Erklärung, mag sie geheim sein oder nicht, würde sehr bald in London bekannt werden, und man würde noch mehr dahinter vermuten, als wirklich dahinter steckt. Die Folge davon würde sein, daß die Schwierigkeiten, die England uns in Zentralasien so lange bereitet hat, und die Hetzereien auf dem Gebiete der zentralasiatischen Fragen von neuem beginnen würden. Damit wäre der ganze Erfolg unseres Abkommens mit England vom Jahre 1907 kompromittiert." Man wird nicht umhin können, in diesen Worten beinahe wörtlich einige Gedanken aus dem Artikel wiederzuerkennen, der in der „Nowoje Wremja" kurz nach der Potsdamer Entrevue erschien und vielfach Herrn Iswolsky zugeschrieben wurde. In diesem Artikel wurde Herrn Sasonow vorgeworfen, daß er die Erfolge der Iswolskyschen Politik zu kompromittieren im Begriff stehe. Ich halte es daher für nicht ausgeschlossen, daß die Bedenken des Herrn Sasonow gegen die von uns gewünschte Erklärung auch zum Teil auf den Einfluß der Anhänger der Iswolskyschen Politik zurückzuführen sind. Wie dem auch sei, Herr Sasonow hat mit bemerkenswerter Offenheit anerkannt, daß es Angst vor England ist, welche ihn davon abhält, sich zu weit schriftlich mit uns einzulassen. Vielleicht hat er nach der englischen Seite hin bereits bindende Erklärungen abgegeben, daß er außer der Vereinbarung über Persien nichts Schriftliches mit uns ausgetauscht hat, noch auszutauschen beabsichtigt.

Die Haltung des Herrn Sasonow vermag mich indessen noch nicht dazu zu bringen, meine Ansichten über die Persönlichkeit des neuen Ministers und die von ihm zu erwartende Politik zu ändern. Insbesondere habe ich nicht den Eindruck, als ob ausgesprochene Sympathien für England die politischen Anschauungen des Ministers beeinflußten. Ich möchte zunächst von meiner Ansicht noch nicht abgehen, daß Herr Sasonow, welcher von der Überzeugung durchdrungen ist, daß Rußland noch auf lange Jahre hinaus der Ruhe bedarf, darnach trachtet, alle Komplikationen für die nächste Zeit möglichst abzuwenden. Aus diesem Grunde glaube ich auch, daß er den aufrichtigen Wunsch hat, mit uns wieder auf besseren Fuß zu kommen. Herr Sasonow ist aber, wie ich glaube, eine ängstliche und wohl auch etwas mißtrauische Natur. Er scheint bei seiner Politik sehr vorsichtig vorgehen zu wollen. Der Minister hat offenbar Angst, daß wir ihn mit einer Erklärung bezüglich der englischen Politik England gegenüber kompromittieren wollen. Vielleicht noch größer aber ist seine Angst, daß England die freundliche Haltung, die es Rußland gegenüber in den letzten Jahren beobachtet hat, wieder ändern könnte.

Eine definitive Antwort wird mir Herr Sasonow nach seinem nächsten Immediatvortrage erteilen. Da sich mit ziemlicher Sicherheit voraussehen läßt, wie dieselbe lauten wird, habe ich diesen Bericht nicht länger anhalten zu sollen geglaubt. Ich habe meine Unterredung mit Herrn Sasonow auf die Gefahr hin, meinen Bericht zu lang werden zu lassen, ziemlich ausführlich wiedergegeben, weil die Äußerungen des Ministers ein interessantes Licht auf seine politischen Anschauungen werfen.

F. Pourtalès

Nr. 10172

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen

Eigenhändiger Privatbrief

St. Petersburg, den 12. Dezember 1910

Aus meinem Bericht Nr. 352*, dessen Länge ich zu entschuldigen bitte, werden Sie ersehen, daß ich mit allen Mitteln versucht habe, Sasonow zu überreden, uns die gewünschte Erklärung wegen Englands zu geben. Er hat zwar noch nicht definitiv nein gesagt, weil er die Sache noch einmal mit dem Zaren und mit Stolypin besprechen will. Ich habe aber die Hoffnung aufgegeben, ihn dazu zu bringen, daß er uns etwas Schriftliches gibt. Ich gewinne immer mehr den Eindruck, daß, wie ich es auch in meinem Berichte angedeutet habe, Sasonow den Engländern vielleicht inzwischen irgendwelche Versicherungen gegeben hat, daß außer der Vereinbarung über Persien zwischen uns nichts Schriftliches abgemacht worden ist und auch nicht abgemacht werden soll**. Ich denke mir, daß diese Versicherung vielleicht in Form einer Antwort auf eine von dem russischen Vertreter in London oder dem englischen Geschäftsträger hier gestellte Frage erteilt worden ist, und Herr Sasonow durch diese Versicherung gebunden ist. Wie dem auch sein mag, Tatsache ist, daß Sasonow auf meine erste Anregung der Sache keine Bedenken aussprach, sondern nur die Absicht äußerte, die Frage dem Zaren vorzulegen und hinzufügte: „Man wird noch nach einer richtigen Formulierung suchen müssen." Darüber, daß die Bedenken Sasonows nur auf seine Angst vor England zurückzuführen sind,

---

* Siehe Nr. 10171.

** Tatsächlich hatte Sasonow unmittelbar nach seinem Wiedereintreffen in Petersburg (8. November) den englischen Botschaftsrat O'Beirne empfangen und ihm spontan offene und befriedigende Erklärungen anläßlich der Potsdamer Entrevue gegeben. Vgl. den Brief des russischen Botschafters in London Graf Benckendorff vom 7. Dezember an Sasonow, v. Siebert, a. a. O., S. 366. Er wiederholte diese Zusicherungen dem Anfang Dezember 1910 in Petersburg eintreffenden neuen englischen Botschafter Sir George Buchanan. Aus Sir G. Buchanans Memoiren (My Mission to Russia and other Diplomatic Memories I, 92ff.) geht hervor, daß dieser vom Beginn seiner Petersburger Tätigkeit an bemüht war, die deutsch-russische Verständigung möglichst einzudämmen und zu paralysieren: „This so-called Potsdam Agreement was the first of the many thorny questions which I had to discuss with Sazonoff. It also formed the subject of my first conversations with the Emperor. On presenting my letters of credence I had, after emphasizing the King's earnest wish to see the Anglo-Russian understanding maintained and consolidated, told the Emperor that His Majesty's Government were following the course of these Russo-German negotiations with some anxiety. His Majesty had assured me, in reply, that his Government would conclude no arrangement with Germany without first submitting it to His Majesty's Government, and that the latter could always count on his assistance whenever they stood in need of it. He repeated these assurances in a further conversation which I had with him a few weeks later, and added that the pending negotiations with Germany would in no way affect his attitude towards Great Britain." (Buchanan a. a. O., S. 93).

habe ich nicht mehr den geringsten Zweifel. Er gab dies schließlich mit großer Offenheit zu. „Sie müssen einsehen, welche enorme Bedeutung es für uns hat, mit England zu einer Verständigung über Zentralasien gelangt zu sein, und welche bedenklichen Folgen es für uns haben müßte, wenn England seine frühere Politik gegen uns wieder aufnehmen würde. Unsere Vereinbarungen mit England erleichtern uns unsere ganze Stellung in Asien, sie sind für uns auch eine überaus wichtige Karte in unserem Spiele mit Japan. Keine Macht kann uns so viel schaden wie England. Ich weiß, daß auch Sie oft unter der feindseligen Haltung Englands zu leiden haben. Ihnen kann England aber nicht so viel schaden als uns. Denken Sie an den Krimkrieg und an den Berliner Kongreß." So lauteten die Ausführungen Sasonows. Als ich durchblicken ließ, man könne sich hier nicht darüber wundern, wenn man bei uns auf die Vermutung käme, daß Rußland sich freie Hand bewahren wolle, um eventuell aus Gefälligkeit für England in seiner Politik gegen uns zu gehen, erwiderte Herr Sasonow, er könnte mir auf das feierlichste versichern, daß man ihm mit einem derartigen Mißtrauen das schwerste Unrecht tun würde. „Ich werde Ihnen dies durch Taten beweisen." „Vous en verrez les preuves". Seine Besorgnis vor dem Mißtrauen Englands könne ihn nicht von seiner bestimmten Absicht abbringen, das Verhältnis zu Deutschland, auf welches er den allergrößten Wert lege, zu pflegen. Er wünsche dieses gute Verhältnis, weil er noch der alten Schule angehöre und Verständnis habe für die zahlreichen Gründe, welche Rußland auf gute Beziehungen zu seinem westlichen Nachbarn hinweisen. Er wisse auch, daß Deutschland, wenn es wolle, durch eine unfreundliche Politik Rußland auf vielen Gebieten sehr unbequem werden könne, aber schaden könne England Rußland unendlich viel mehr. „Darum bitte ich Sie inständigst, verlangen Sie nichts Schriftliches von mir, sondern verlassen Sie sich auf mein Wort. Sie werden sehen, daß ich dieses Vertrauen verdiene. Ich bin bereit, Ihnen mündlich in der feierlichsten Form zu erklären, daß Rußland nicht verpflichtet und nicht gewillt ist, eine deutschfeindliche Politik Englands zu unterstützen, denn Zurückhaltung im Falle einer solchen englischen Politik entspricht auch dem russischen Interesse, aber glauben Sie mir, es ist besser für beide Teile, wenn kein geheimes Blatt Papier zwischen uns beiden vorhanden ist."

Angesichts dieser Haltung Sasonows glaube ich, daß wir besser tun, auf die schriftliche Form einer Erklärung nicht weiter zu bestehen. Denn wir würden dadurch Sasonow nur mißtrauisch machen und, wie ich bestimmt glaube, doch nichts erreichen. Meines unmaßgeblichen Erachtens sollten wir Herrn Sasonow sagen: „Gut wir wollen uns auf Dein Wort verlassen" und dann zunächst beobachten, welche Politik er England gegenüber befolgen wird. Ich möchte dabei auch zur Erwägung stellen, ob es sich nicht empfehlen möchte, daß wir zunächst eine Verstimmung oder Enttäuschung über Sasonows Weigerung noch nicht zu sehr zeigen, auch unsere freundliche Haltung noch nicht ändern. Dazu ist meines un-

maßgeblichen Erachtens noch immer Zeit, wenn wir die ersten Anzeichen bemerken, daß Sasonow wieder in das Fahrwasser der Iswolskyschen Politik steuert. Dann allerdings würde ich auch der Ansicht sein, daß wir gut daran tun würden, den Russen zu zeigen, daß wir auch „sehr anders können". Ich möchte glauben, daß Sasonow vorläufig den aufrichtigen Wunsch hat, uns keinen Anlaß zu Klagen zu geben, und daß er in diesem Wunsche auch bis zu einem gewissen Grade entgegengesetzten hiesigen Strömungen Widerstand entgegenbringen wird. Wie weit dieser Widerstand gehen wird, ist allerdings schwer vorauszusagen. Daher geht mein unmaßgeblicher Vorschlag dahin: Vorläufig abwarten, ohne Sasonow zunächst noch unser Wohlwollen zu entziehen.

Die definitive Antwort Sasonows erwarte ich nicht vor Mittwoch, seinem Empfangstage, da ich aber über dieselbe keinen Zweifel mehr haben kann, glaube ich, den Feldjäger heute abend mit meinem oben erwähnten langen Bericht sowie mit dem russischen Entwurf wegen Persiens* abschicken zu sollen. Die definitive Antwort werde ich dann eventuell telegraphieren.

Die persischen Fragen wünschte Herr Sasonow getrennt zu behandeln. Sein Entwurf ist als Antwort auf unsere letzten Vorschläge vom Sommer 1907 gedacht, knüpft also an die damals ins Stocken geratenen Verhandlungen wieder an**. Der russische Entwurf wird, wie ich fürchte, auch in vielen Punkten hinter Ihren Erwartungen zurückbleiben. Ich habe Sasonow sehr ernstlich darauf aufmerksam gemacht und in längeren Besprechungen auch im Wortlaut noch einige kleine Zugeständnisse an unseren Standpunkt erreicht. Weiter, erklärte Sasonow, aber könne er nicht gehen. In der Tat hat er in dieser Frage hier mit einem großen Widerstand zu rechnen. Besonders die Moskauer Handelskreise scheinen ihm sehr zuzusetzen.

F. Pourtalès

Nr. 10173

*Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Kiderlen****

Eigenhändig. Undatiert

Respondeatur†: Bisher haben wir tatsächlich guten Willen gezeigt sowohl mit Ermahnungen an Türkei wegen Persiens, obwohl wir nur negativ, nicht positiv verpflichtet waren, wir haben auch nicht gezögert,

---

* Siehe Kap. CCXIX, Nr. 10192, Anlage.
** Vgl. Bd. XXV, Kap. CLXXXV.
*** Die Aufzeichnung wurde im Anschluß an den Privatbrief des Grafen Pourtalès (siehe Nr. 10172) gemacht.
† Vgl. Nr. 10175.

unsere übernommenen Verpflichtungen im ganzen Umfange unserem Bundesgenossen mitzuteilen.

Die gegenseitigen Verpflichtungen waren nun schon an sich nicht ganz gleich: Rußland will uns nur versprechen, keine englischen Anschläge gegen uns mitzumachen, wir haben als Plus Eintreten für den Status quo im Orient zuzusagen.

Es muß uns nach den gemachten Erfahrungen mit der russischen Politik der letzten Jahre eigentümlich berühren, daß Rußland sich scheut, England einzugestehen, daß es feindliche Anschläge Englands gegen Deutschland nicht mitmacht. Denn das Verweigern des schriftlichen Versprechens beweist, daß auch das mündliche Versprechen in London nicht mitgeteilt werden soll. Zunächst muß offenbar Rußland von solchen Plänen Englands informiert sein, wenn es fürchtet, durch das bloße Versprechen, sie nicht mitzumachen, sich Englands Feindschaft zuzuziehen. Wir sind in viel schlimmerer Lage als Rußland mit unseren zwei langen Landgrenzen. Rußland hat ein Bündnis mit dem uns offenkundig feindlichen, immer wieder nach Revanche schreienden Frankreich. Unser Vertrag mit Österreich-Ungarn ist veröffentlicht. Was Rußland mit Frankreich abgemacht hat, wissen wir nicht, haben auch nie danach gefragt. Wir müssen aber sur nos gardes sein, und wenn uns Rußland nicht einmal eine so geringe Zusage geben kann wie die gewünschte, so wollen wir uns zwar weiter verpflichten, an aggressiven Plänen gegen Rußland nicht teilzunehmen. In allen andern Beziehungen müssen wir uns dagegen vollkommen freie Hand halten, im Nahen wie im Fernen Osten; alle Eisen, die wir eventuell brauchen können, werden wir im Feuer halten müssen und uns vorbehalten, uns Bündnisse zu schaffen, zwar nicht aggressiver Natur, aber doch solche, die wir bisher nicht eingegangen sind.

Wir haben volles Vertrauen zu Herrn Sasonow, aber Staatsbeziehungen können nicht auf Personen gestellt werden. Wenn man in Rußland zu uns das Vertrauen nicht hat, daß wir eine geheime Abmachung absolut geheim halten, so kann man auch uns Vorsicht nicht verargen. Ganz besonders treffe das zu angesichts der Versuche des Herrn Sasonow, unsere Zusagen bezüglich Österreich-Ungarns in ihrem Werte herabzusetzen. Das stimme nicht, absolut nicht mit dem, was uns Herr Sasonow hier gesagt habe. Nicht um österreichisch-russische sondern um deutsch-russische Beziehungen habe es sich gehandelt. Nicht einmal sondern fortgesetzt haben wir aus Petersburg zu hören bekommen, man sei dort nur mißtrauisch gegen uns wegen der Unterstützung, die wir ehrgeizigen Plänen Österreich-Ungarns zuteil werden ließen. Im Moment, wo wir durch mündliche Versicherungen diese Besorgnisse zu zerstreuen suchten und uns sogar bereit erklärten, diese Zusicherungen in formeller Weise schriftlich abzugeben, wird uns erklärt, diese Zusicherungen hätten keinen Wert, da man überhaupt nicht beunruhigt gewesen sei. Diese Art, uns und unsere Annäherungsversuche zu beantworten, habe in den letzten Jahren unsere Beziehungen zu Rußland getrübt. Wir müssen umsomehr stutzig werden,

als eine Herabminderung des Werts unserer Zusicherung und die Ablehnung der von Herrn Sasonow selbst proponierten Schriftlichkeit Hand in Hand gehen und einen Gesinnungsumschlag bedeuten, den wir nur auf englische Einflüsse zurückführen können. Wenn die Zusicherung für Rußland keinen Wert habe, hielten wir uns für berechtigt, sie zurückzunehmen und uns wieder volle freie Hand zu wahren. Wir würden dann unser Verhalten au fur et à mesure ganz nach Rußlands Taten einrichten.

Kiderlen

Nr. 10174

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 182 St. Petersburg, den 14. Dezember 1910

Herr Sasonow teilte mir soeben mit, Seine Majestät der Kaiser Nikolaus habe sich dahin geäußert, daß er unserm allergnädigsten Herrn das feste Versprechen gegeben habe, keine deutschfeindliche Politik Englands unterstützen zu wollen, während Seine Majestät unser Kaiser ihm seinerseits zugesichert habe, daß Deutschland keine expansive Politik Österreich-Ungarns auf Balkanhalbinsel fördern werde. Diese beiden zwischen den Souveränen ausgetauschten Erklärungen seien in des Zaren Augen mehr wert als schriftlicher Notenaustausch. Seine Majestät verlasse sich auf das Wort unseres Kaisers und rechne darauf, daß auch ihm Vertrauen geschenkt werde. Gegen Austausch von Schriftstücken habe Zar schon darum Bedenken, weil solche nicht geheim bleiben und von Gegnern guter deutsch-russischer Beziehungen dahin gedeutet werden würden, daß Deutschland Rußland habe mit England brouillieren wollen.

Zar hat Herrn Sasonow ermächtigt, sich mir gegenüber in vorstehendem Sinne zu äußern. Minister fügte hinzu, Seine Majestät habe dabei unter Betonung der Befriedigung, die ihm Ergebnis der Potsdamer Entrevue gewährt habe, Überzeugung ausgesprochen, daß vertrauensvolle deutsch-russische Beziehungen dem Interesse beider Mächte entsprechen. Die Zufriedenheit des Monarchen über gegenwärtigen Stand russisch-deutscher Beziehungen werde auch bei bevorstehendem Namensfest des Zaren in Verleihung Andreas-Ordens an Osten-Sacken äußerlich zum Ausdruck gelangen.

Der dem Botschafter erteilte Auftrag mitzuteilen, daß Rede Euerer Exzellenz hier vorzüglichen Eindruck gemacht habe*, ist vom Zaren ausdrücklich gebilligt.

Pourtalès

---

* Vgl. Nr. 10170.

Nr. 10175

*Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Botschafter in Petersburg Grafen von Pourtalès**

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Wilhelm von Stumm

Nr. 1693 Berlin, den 19. Dezember 1910
[abgegangen am 21. Dezember]

Das feste Versprechen, eine deutschfeindliche Politik Englands nicht unterstützen zu wollen, das Seine Majestät der Kaiser von Rußland unserem allergnädigsten Herrn gegeben hat, und das Ew. pp. von dem verantwortlichen Leiter der auswärtigen Politik des russischen Reiches in bestimmtester Form bestätigt worden ist, erscheint auch uns als ein vollwertiger Ersatz für den von Herrn Sasonow angeregten schriftlichen Notenaustausch. Ew. pp. wollen dies dem Minister mit dem Hinzufügen aussprechen, daß wir mit Dank und lebhafter Befriedigung von den Erklärungen des Zaren** Kenntnis genommen haben.

Wenn wir mit diesem Verzicht auf eine schriftliche Fixierung der Ergebnisse unserer jüngsten Besprechungen in Berlin der russischen Regierung einen Beweis des weitgehenden Vertrauens gegeben haben, das wir in die loyale Erfüllung der von ihr übernommenen Verpflichtungen setzen, so dürfen wir erwarten, daß uns auch von Rußland mit dem gleichen Vertrauen begegnet werden wird. Ich habe nicht ohne Bedauern die Symptome für ein Mißtrauen bezüglich der Loyalität unserer Politik in der persischen Frage feststellen können, die in neuerer Zeit insbesondere in der russischen Presse hervorgetreten sind, indem wir beschuldigt wurden, in Konstantinopel einer aggressiven Politik in Persien das Wort zu reden. Tatsächlich sind wir in dieser Hinsicht weit über das hinausgegangen, wozu wir nach den Berliner Abmachungen verpflichtet gewesen wären. Diese legten uns lediglich die negative Verpflichtung auf, uns der Begünstigung einer Eroberungspolitik der Türkei in Persien zu enthalten. Statt dessen haben wir, wie Ew. pp. bekannt, in weitgehendem Entgegenkommen gegen die Wünsche des Ministers uns zu einer positiven Einwirkung auf die türkische Regierung bereitfinden lassen, indem wir ihr möglichste Zurückhaltung in Persien empfohlen haben***. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß Herr Sasonow in Würdigung dieser unserer Haltung bestrebt sein wird, seinen Einfluß zur Geltung zu bringen, um ähnlichen Verdächtigungen der deutschen Politik in Zukunft vorzubeugen. Ich würde hierin ein wertvolles Zeichen für die ernste Absicht des Ministers erblicken, den uns bei den jüngsten Begegnungen gemachten und jetzt Ew. pp. erneuerten Zusagen gerecht zu werden, Zusagen, denen wir einstweilen gern das volle Vertrauen entgegenbringen wollen.

* Vgl. die dem Erlaß zugrunde liegende Aufzeichnung des Staatssekretärs von Kiderlen in Nr. 10173.
** Vgl. 10174.
*** Vgl. Kap. CCXIX, Nr. 10190.

Da Herr Sasonow wiederholt bestrebt gewesen ist, Paris und London sowohl auf diplomatischem Wege wie durch die Presse über Rußlands „unveränderte" Politik zu beruhigen, so dürfen wir zum mindesten auch einmal ein offenes Wort gegen die fortgesetzten Verleumdungen dieser Politik erwarten.

Was im übrigen die Argumente betrifft, mit denen Herr Sasonow seine Bedenken gegen eine schriftliche Formulierung der getroffenen Abreden begründet hat, so kann ich nicht verhehlen, daß seine Versuche, den Wert unserer Zusagen bezüglich unseres Verhaltens gegenüber der österreichisch-ungarischen Politik herabzusetzen, hier außerordentlich befremdet haben. Die zuversichtliche Sprache, die der Minister jetzt führt, steht in direktem Widerspruch mit der lebhaften Beunruhigung, die er während seines hiesigen Aufenthaltes bezüglich der Pläne der österreichisch-ungarischen Politik an den Tag gelegt hat. Als ich ihm sagte, wir seien weder verpflichtet noch gewillt, eine expansive Balkanpolitik Österreich-Ungarns zu unterstützen, dankte er mir in besonders warmen Worten und erklärte ausdrücklich, daß diese Mitteilung für die zukünftige Politik Rußlands von der allergrößten Bedeutung sei. Es ist schwer, dafür eine Erklärung zu finden, daß Herr Sasonow wohl nachträglich die Erwägungen angestellt hat, auf denen sich jetzt sein Optimismus bezüglich Österreich-Ungarns aufbaut. Wenn der Minister bemerkt, daß er von sich aus die Initiative zur Besprechung des Themas österreichisch-ungarische Beziehungen in Potsdam nicht ergriffen habe, so scheint er sich über die Ursachen völlig im unklaren zu sein, die mit zwingender Notwendigkeit dazu führen mußten, die Erörterung dieses Themas in Besprechungen einzubeziehen, die die Besserung der deutsch-russischen Beziehungen zum Gegenstand hatten. Nicht einmal sondern hundertmal haben wir in Petersburg zu hören bekommen, man sei dort mißtrauisch gegen uns wegen der Unterstützung, die wir den ehrgeizigen Plänen Österreich-Ungarns zuteil werden ließen. An diesem Punkte also müßten wir einsetzen, wenn wir hoffen wollten, das Vertrauensverhältnis wieder herzustellen, das den russisch-deutschen Beziehungen in den letzten Jahren ermangelt hat. Umsomehr muß uns in dem Augenblick, wo wir uns bemühen, durch bestimmte Versicherungen diese Besorgnisse zu zerstreuen, die Erklärung überraschen, daß diese Zusicherungen keinen Wert haben, weil Rußland überhaupt nicht beunruhigt gewesen sei. pp.*

v. Bethmann Hollweg

---

* Der Schluß des Erlasses bezieht sich auf die persischen Verhandlungen, er ist mitgeteilt in Kap. CCXIX, Nr. 10193.

Nr. 10176

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Petersburg Grafen von Pourtalès

Privatbrief. Abschrift

Berlin, den 20. Dezember 1910

Es war kein schlechter Coup von Sasonow mit dem Wort vom Zaren. Damit müssen wir uns — wenigstens scheinbar — zufrieden geben. Auf den Reichskanzler hat das großen Eindruck gemacht, auf mich weniger. Mir hat der persische Entwurf* einen deplorablen Eindruck gemacht. Den modus procedendi müssen wir allerdings Ihnen überlassen. Meo voto wäre es vielleicht das beste, Sie teilten die Sache in zwei Teile. Erst erklären Sie dem p. Sasonow, wir nehmen seine loyale Zarenerklärung ebenso loyal entgegen, zeigen gar kein Mißtrauen und behaupten, wegen Persien noch ohne Instruktion zu sein. Bei einer zweiten Begegnung erst bringen Sie unsere Gravamina wegen Persien vor und schließen dann unsere übrigen Ausführungen daran.

Die russische Politik läßt sich in die Worte zusammenfassen: „Nur grüß mich nicht unter den Linden". Wie es sich dann nachher „finden" wird, wollen wir abwarten, lassen Sie aber, ohne das gleich zu tun, Sasonow doch im Laufe der Zeit merken, daß wir unsere Politik pari passu mit der russischen halten und sie nach den russischen Taten einrichten werden.

Das wird sich zunächst in der persischen Frage zeigen; lassen Sie Sasonow keinen Zweifel darüber, daß wir seinen letzten Entwurf als Wiederaufnahme der Iswolskyschen Politik betrachten, und daß wir, wenn er unsern berechtigten Wünschen nicht entspreche, unsere volle Aktionsfreiheit wieder in Anspruch nehmen würden, insbesondere bezüglich Anwendung der uns zustehenden Meistbegünstigung auch bezüglich Nordpersiens.

Ich lasse Ihnen eine Aufzeichnung zugehen, die ich vor Eingang des Zarenwort-Telegramms hingeworfen**. Sie ist nicht zur Verwertung mehr, kann Ihnen aber doch da und dort Material bei Ihren Besprechungen mit Sasonow an die Hand geben.

(gez.) Kiderlen

* Siehe Kap. CCXIX, Nr. 10192, Anlage.
** Siehe Nr. 10173.

Nr. 10177

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 374 St. Petersburg, den 28. Dezember 1910

Der mir von Euerer Exzellenz mittels hohen Erlasses Nr. 1693 vom 19. d. Mts.* erteilten Weisung entsprechend habe ich Herrn Sasonow mitgeteilt, daß die feierliche Form, in welcher Seine Majestät der Kaiser Nikolaus mir durch seinen Minister die Versicherung habe wiederholen lassen, er denke nicht daran, eine feindliche Politik Englands gegen Deutschland unterstützen zu wollen, Euerer Exzellenz die schriftliche Festlegung einer solchen Versicherung überflüssig erscheinen lasse. Euere Exzellenz hätten von den Erklärungen des Zaren mit lebhafter Befriedigung und Dank Kenntnis genommen.

Herr Sasonow war von dieser Mitteilung sehr angenehm berührt. Man konnte ihm deutlich anmerken, welche Erleichterung es ihm gewährte, in der Frage eines Notenaustausches über die allgemeine Politik nicht weiter gedrängt zu werden.

Über den Notenaustausch wegen Persiens und der Bagdadbahn habe ich dem Minister bei dieser Gelegenheit nicht gesprochen, ihm vielmehr gesagt, ich erwartete in dieser Beziehung noch einige Instruktionen und behielte mir daher vor, in der nächsten Zeit auf seinen Entwurf zurückzukommen**.

Ich benutzte aber die Gelegenheit, um Herrn Sasonow darauf hinzuweisen, daß Euere Exzellenz, wie es auch schon geschehen sei, durchaus bereit wären, die in Berlin gegebenen Zusicherungen in der breitesten Weise auszulegen. Euere Exzellenz hätten nur erklärt, die Türkei bei einer aggressiven Politik in Persien nicht unterstützen zu wollen und trotzdem keinen Anstand genommen, auch direkt in Konstantinopel zur Zurückhaltung zu raten. Euere Exzellenz hofften, daß dieses Entgegenkommen hier gewürdigt werden und das von uns Rußland gezeigte Vertrauen erwidert werden würde. Einen Beweis hierfür würden wir darin erblicken, daß Herr Sasonow sich bemühe, das immer wieder wegen unserer Politik in Persien hier auftauchende Mißtrauen zu zerstreuen. Der Minister versprach, dies, wo er Gelegenheit dazu habe, zu tun, und ersuchte mich, Euerer Exzellenz seinen wärmsten Dank für die Mitteilungen, die ihm von Euerer Exzellenz durch mich gemacht worden seien, auszusprechen. Er zweifle nicht daran, daß diese Mitteilungen auf seinen kaiserlichen Herrn einen vorzüglichen Eindruck machen und zur Förderung des in Potsdam angebahnten, vertrauensvollen Verhältnisses zwischen beiden Kabinetten beitragen würde.

F. Pourtalès

---

* Siehe Nr. 10175.

** Vgl. dazu Kap. CCXIX.

Nr. 10178

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 4 St. Petersburg, den 2. Januar 1911

Die russische auswärtige Politik wird gegenwärtig hauptsächlich von dem Wunsche beeinflußt, möglichst allen auswärtigen Komplikationen für die nächsten Jahre vorzubeugen und den Frieden zu erhalten, dessen Rußland dringend bedarf, um sich von den durch den japanischen Krieg und die Revolution erlittenen Schlägen zu erholen. Von diesem Gesichtspunkte aus ist auch das wichtigste Ereignis der russischen auswärtigen Politik in dem eben zu Ende gegangenen Jahre, der Wechsel in der Leitung des Ministeriums des Äußern und die Wahl der Persönlichkeit des neuen Ministers, zu beurteilen. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger, dessen Charaktereigenschaften der russischen Politik ein unruhiges Gepräge gaben, zeichnet sich Herr Sasonow durch ein sachlich abwägendes, ruhiges Wesen aus, dessen wohltätiger Einfluß auf Rußlands auswärtige Beziehungen auch bereits deutlich bemerkbar geworden ist.

Vom deutschen Standpunkte aus verdient es jedenfalls Anerkennung, daß es Herrn Sasonows erste Sorge gewesen ist, die Beziehungen zu Deutschland wieder intimer und vertrauensvoller zu gestalten. Die offene und eingehende Aussprache anläßlich der Potsdamer Monarchenbegegnung wurde von ihm, wie ich schon bei Gesprächen im vergangenen Sommer bemerken konnte, dringend gewünscht, und wenn von russischer Seite zu einer solchen Aussprache bereitwillig die Hand geboten wurde, so ist dies jedenfalls zum großen Teil auf seine Anregung zurückzuführen. Ich glaube auch, daß wir der guten Absicht des Herrn Sasonow, in einem möglichst vertrauensvollen Verhältnis mit Deutschland zu bleiben, vorderhand volles Vertrauen entgegenbringen können.

Wenn Herrn Sasonow aber hie und da ausgesprochene Sympathien für Deutschland nachgesagt worden sind, welche eine deutschfreundliche Richtung seiner Politik erwarten lassen, so muß es schon verdächtig erscheinen, daß es vorwiegend uns nicht wohlgesinnte Kreise waren, die sich bestrebt zeigten, den neuen Minister als Deutschenfreund zu stempeln. Herr Sasonow mag ein gewisses sympathisches Verständnis für deutsche Kultur besitzen, er ist aber durch und durch Russe und sein Wunsch, mit Deutschland gut zu stehen, beruht lediglich auf der Erkenntnis des Nutzens, den gute Beziehungen mit dem westlichen Nachbarn dem russischen Interesse bringen können. Der Minister ist überzeugt davon, daß die Mißerfolge der russischen Politik der letzten Jahre zum Teil auf die Vernachlässigung der Beziehungen zum Deutschen Reiche zurückzuführen sind, und hat darum Wert darauf gelegt, gleich bei seinem Amtsantritt nähere Fühlung mit Berlin zu suchen. Wenn sich das Gefühl, daß Rußland uns

braucht, bei ihm mit der Zeit mehr ausbildet, werden wir dies nur mit Genugtuung begrüßen können. Je mehr sich hier die Erkenntnis Bahn bricht, daß wir gern bereit sind, die traditionellen freundschaftlichen Beziehungen mit Rußland wieder aufzunehmen und zu pflegen, daß wir aber auch ohne dieselben auskommen können, um so günstiger werden sich die Aussichten für gute deutsch-russische Beziehungen gestalten. Denn darüber, daß bei der kürzlich vollzogenen und von der russischen öffentlichen Meinung im allgemeinen gebilligten Annäherung an Deutschland Sympathiegefühle für Deutschland nicht mitgewirkt haben, dürfen wir uns nicht den geringsten Täuschungen hingeben. Deutschland und die Deutschen erfreuen sich vielmehr hier nach wie vor sehr geringer Beliebtheit.

Für die fernere Haltung des Herrn Sasonow Deutschland gegenüber wird jedenfalls entscheidend sein, inwieweit ihm von französischer und von englischer Seite die Pflege eines guten Verhältnisses zu Deutschland erleichtert oder erschwert werden wird. Der neue Minister hat bereits gezeigt, daß er weit davon entfernt ist, eine Schwenkung der russischen Politik etwa im Sinne einer Abkühlung des Verhältnisses zu dem verbündeten Frankreich und zu England vollführen zu wollen*. Manche Vorgänge der letzten Zeit scheinen sogar auf eine beinahe ängstliche Besorgnis des Herrn Sasonow hinzudeuten, durch eine zu große Intimität mit Deutschland bei den Mächten der entente cordiale zu verstimmen. Alles, was er über den Potsdamer Gedankenaustausch bis jetzt in die Presse hat gelangen lassen, weist auf diese Besorgnis sehr deutlich hin.

Über die Beziehungen des Ministers zur Presse vermag ich mir noch kein abschließendes Urteil zu bilden. Er selbst spricht sich über dieselbe stets mit großer Mißachtung aus. Dessen ungeachtet sprechen manche Anzeichen dafür, daß er mit einigen hiesigen Blättern, besonders auch mit der „Nowoje Wremja", einen ziemlich regen Verkehr unterhält. Jedenfalls muß anerkannt werden, daß sich die Haltung der hiesigen Zeitungen Deutschland gegenüber seit dem Rücktritte des Herrn Iswolsky in geradezu erstaunlicher Weise verändert hat. Ob und inwieweit dies auf den Einfluß des neuen Leiters der auswärtigen Angelegenheiten zurückzuführen ist, wage ich heute noch nicht zu entscheiden. Die hiesigen Korrespondenten englischer Zeitungen scheinen mit Herrn Sasonow bis jetzt wenig zufrieden zu sein.

Was Verhandlungen über schwebende Fragen betrifft, so werden wir, wie ich glaube, bei Herrn Sasonow mit einem die russischen Interessen sehr zäh vertretenden Partner zu rechnen haben.

---

* Vgl. dazu das Urteil Sir G. Buchanans über Sasonow: „A Russian of the Russians when it was a question of defending his country's interests, he was always a staunch friend of Great Britain, and down to the last day of his tenure of the post of Foreign Minister . . . I ever found in him a loyal and zealous collaborator for the maintenance of the Anglo-Russian understanding". My Mission to Russia and other Diplomatic Memoiries I, 92f.

In den russisch-österreichischen Beziehungen ist seit dem Amtsantritt des Herrn Sasonow eine entschiedene Wendung zum Besseren eingetreten. Die Nachrichten über bevorstehenden Austausch von Besuchen zwischen den beiden Höfen oder über andere, die Besserung der Beziehungen nach außen hin zum Ausdruck bringende Kundgebungen eilen zwar, wie ich glaube, den Tatsachen noch sehr voraus, ich möchte aber bestimmt annehmen, daß die Wiederherstellung eines näheren Verhältnisses zum Wiener Kabinett einen der Programmpunkte der Sasonowschen Politik bildet. Die russisch-österreichische Aussöhnung wird zwar im allgemeinen vorläufig hier nicht gerade populär sein. Es gibt aber auch hiesige Politiker, welche von einer Verständigung mit Österreich, womöglich auf Kosten Deutschlands, träumen. Die Vorbedingung hierfür wäre natürlich der Sieg des slawischen Elements in Österreich über das deutsche.

Wenn ich in vorstehendem versucht habe, die Momente kurz zu beleuchten, welche dem Anschein nach auf die russische auswärtige Politik unter der Leitung des Herrn Sasonow in der nächsten Zeit von Einfluß sein werden, so verdient noch ein wichtiger Punkt Erwähnung, welcher für die Beziehungen Rußlands sowohl zu Deutschland als zu Österreich-Ungarn von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist. Herr Sasonow hat als überzeugter Monarchist volles Verständnis für die zwischen den alten Monarchien bestehende Interessengemeinschaft. Ich könnte mir sogar denken, daß dieser Gesichtspunkt im gegebenen Augenblick bei den politischen Entschließungen des Ministers eine wichtige Rolle spielen könnte. Zu bedauern ist, daß, wie ich wiederholt zu beobachten Gelegenheit hatte, Herr Sasonow sich wohl auf Grund einiger gegen den Zaren gerichteter Schmähartikel deutscher sozialistischer Blätter und falscher Informationen ein unrichtiges Bild von der Bedeutung der antimonarchischen Agitation der Sozialdemokratie in Deutschland zu machen scheint[1].

F. Pourtalès

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
Auch durch Berichte der hiesigen Botschaft.

Nr. 10179

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Botschafter in Petersburg Grafen von Pourtalès

Telegramm
Konzept von der Hand des Dirigenten der Politischen Abteilung Zimmermann

Nr. 4 Berlin, den 5. Januar 1911

Botschaftsrat von Schebeko hat heute im Auftrag Herrn Sasonows mitgeteilt, daß dieser die letzte Auslassung der „Nowoje Wremja" über

Tragweite unserer Verhandlungen* und die dadurch hervorgerufenen irrtümlichen Preßkommentare lebhaft bedauere. Regierung stehe fraglichen Preßäußerungen völlig fern. Dieselben seien offenbar inspiriert von einer Seite, der die erfreuliche Wendung in unseren Beziehungen unerwünscht sei. Herr Sasonow versichere gern, daß er nach wie vor ganz auf dem Boden der von mir im Reichstag abgegebenen Erklärung** stehe. Bitte, Herrn Sasonow für diese loyale Mitteilung meinen Dank auszusprechen.

v. Bethmann Hollweg

Nr. 10180

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 6

Ganz vertraulich! Wien, den 12. Januar 1911

Von einer Seite, die mit der hiesigen französischen Botschaft enge Beziehungen unterhält und meist sehr gut über die dortigen Vorgänge orientiert ist, erfahre ich ganz vertraulich, was man sich auf der genannten Botschaft zu dem Kapitel der französischen Verstimmung über die Potsdamer Entrevue erzählt.

Danach soll Euerer Exzellenz Rede im Reichstag*** über diesen Gegenstand in Paris wie eine „Bombe" eingeschlagen haben. Man sei dort völlig überrascht worden. Man habe keine Ahnung davon gehabt, daß in Potsdam überhaupt ernstlich von politischen Geschäften gesprochen worden sei. In der Annahme, daß es sich bei der Potsdamer Entrevue lediglich um einen Höflichkeitsbesuch gehandelt habe, sei man durch einen Bericht des Botschafters Louis in Petersburg bestärkt worden, den dieser nach Rückkehr des Herrn Sasonow nach Petersburg und auf Grund einer Unterredung des Botschafters mit dem genannten Minister abgefaßt hatte, in dem gleichfalls die Ansicht vertreten war, daß keinerlei politische Gespräche von Bedeutung in Potsdam geführt worden seien. Nun sei ungefähr gleichzeitig mit diesem Bericht des französischen Botschafters in Petersburg ein Telegramm des hiesigen französischen Geschäftsträgers Grafen de Saint-Aulaire in Paris eingegangen, in welchem der Graf — wohl auf Grund von Andeutungen, die diesem aus dem hiesigen Ministerium des Auswärtigen zugekommen waren — der Pariser Regierung einiges über die politischen Ergebnisse der Entrevue in Potsdam melden konnte. Dieses Telegramm sei umgehend nach Petersburg zur Äußerung gesandt worden. Herr Louis habe dieses Telegramm in sarkastischem Tone beantwortet, „mon jeune collègue à Vienne paraît vouloir se faire valoir" . . .,

* Nach dem betreffenden Artikel der „Nowoje Wremja" sollte sich die in Potsdam erzielte deutsch-russische Verständigung lediglich auf Persien beziehen.

** Siehe den Text in Nr. 10159, Anlage II.

*** Vgl. Nr. 10169, Fußnote ***.

an der Sache sei garnichts, er könne nur wiederholen, was er bereits berichtet habe. — In der Folge habe man dann in Paris einsehen müssen, daß der hiesige Geschäftsträger in seiner Meldung der Wahrheit wesentlich näher gekommen war als der Botschafter in Petersburg, der seinen Bericht auf eine direkte Mitteilung des russischen Ministers des Auswärtigen stützen konnte.

Seit dieser Episode sei man am Quai d'Orsay sehr schlecht auf Herrn Sasonow zu sprechen. Es sei viel weniger der Inhalt der Potsdamer politischen Abmachungen, der in Paris verstimmt habe, als diese Hinterhältigkeit des russischen Ministers, der dem Verbündeten nicht nur nicht vorher von seinen Plänen Mitteilung gemacht, sondern ihm auch noch nachher die Wahrheit vorenthalten habe. Die Verstimmung in Paris sei um so tiefgehender, als man dort noch nicht vergessen habe, daß Frankreich auch über die seinerzeitigen Abmachungen in Buchlau* russischerseits nicht rechtzeitig unterrichtet worden sei.

Auch England, das wegen der persischen Frage vielleicht noch mehr Anrecht auf eine vorherige Fühlungnahme gehabt hätte, sei von Rußland vor ein fait accompli gestellt worden. Sir Arthur Nicolson habe seiner Mißstimmung über den von Herrn Sasonow eingeschlagenen modus procedendi in sehr deutlicher Weise Ausdruck gegeben**.

von Tschirschky

---

* Vgl. dazu Bd. XXVI, Kap. CXCIII.

** Von dieser Mißstimmung hat Sir A. Nicolson jedoch gegenüber dem russischen Botschafter Graf Benckendorff, mit dem er am 3. Januar ein eingehendes Gespräch hatte, nichts merken lassen; im Gegenteil betonte er, daß sich in den Beziehungen vollkommenen Vertrauens zwischen England und Rußland nichts geändert habe. Diese Entente nähme sogar immer festere Formen an, was natürlich eine Besserung der Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland nicht ausschließe. Dagegen bestätigte Sir A. Nicolson die in Paris bestehende argwöhnische Verstimmung. Graf Benckendorff an Sasonow, 3. Januar 1911, v. Siebert, a. a. O., S. 370ff. In zwei Briefen Graf Benckendorffs an Sasonow vom 15. Januar 1911 (das. S. 373ff.) wird einer steigenden Beunruhigung sowohl in Frankreich als auch in England gedacht. Auch Iswolsky wußte aus Paris über eine Verstimmung der französischen Staatsmänner gegen Sasonow wegen der Potsdamer Abmachungen zu berichten. Siehe sein Geheimtelegramm Nr. 3 und seinen Brief vom 18. Januar 1911 an Sasonow, Un Livre Noir I, 26ss. sowie Stieve, Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis, S. 17ff. Danach hätte es der französische Außenminister Pichon in „vorsichtiger und milder Form" moniert, daß Sasonow nicht vor seiner Abreise nach Potsdam den französischen Botschafter Louis „genauer von dem Programm der bevorstehenden Besprechung über die persischen Angelegenheiten und vor allem auch darüber nicht unterrichtet hätte, daß im Laufe dieser Besprechungen die Frage der Bagdadbahn berührt werden würde". Daran schloß Pichon die Bitte, ihn wenigstens in Zukunft zu benachrichtigen „falls das Projekt des russischen Abkommens mit Deutschland, von dem er bereits Kenntnis habe, irgendwelche wesentlichen Änderungen erleiden sollte, oder falls die russischen Besprechungen mit Berlin diese oder jene neue Frage berühren sollten". In dieselbe Kerbe hieb der englische Botschafter Sir G. Buchanan bei seinen Gesprächen mit Sasonow; vgl. My Mission to Russia and other Diplomatic Memories I, 93f. Offenbar gingen die beiden Ententegenossen nach einem gemeinsamen Plane vor, um dem russischen Außenminister die nähere Verständigung mit Deutschland, zu der er sich in Potsdam angeschickt hatte, gründlich zu verleiden. Vgl. auch das folgende Schriftstück.

Nr. 10181

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 73 — Paris, den 29. Januar 1911

Das infolge der Potsdamer Entrevue hier so stark hervorgetretene Bedürfnis, die französisch-russischen Beziehungen als unverändert fest und innig hinzustellen, hat wohl auch die Veranlassung dazu gebildet, daß das gestern stattgehabte Bankett der hiesigen russischen Handelskammer zu einer politischen Kundgebung gestaltet wurde. Herr Iswolsky und Herr Pichon hielten nach getroffener Vereinbarung Ansprachen, in welchen sie die zwischen den Alliierten bestehenden engen Beziehungen, namentlich auch wirtschaftlichen Charakters, betonten. Allerdings konnte der Handelsminister Dupuy auch bei dieser Gelegenheit das schon oft ausgesprochene Bedauern darüber nicht unterdrücken, daß der französische Export nach Rußland noch immer nicht die erwünschte Entwickelung aufweise.

Ein Artikel des heutigen „Temps" will ebenfalls etwaigen pessimistischen Auffassungen über das gegenwärtige französisch-russische Verhältnis entgegentreten und führt als Beweis dafür, daß namentlich der Zar ein unentwegter Anhänger des Bündnisses sei, die vom Kaiser Nikolaus angeblich so eifrig geförderte Gründung eines „Institut Français" in St. Petersburg an. Herr Tardieu benutzt die Gelegenheit, um für den Urheber des Projekts, Herrn Doumer, Reklame zu machen, zugleich aber den Quai d'Orsay wegen seiner mangelnden Kenntnis der russischen Politik anzugreifen. Die gegen Herrn Pichon gerichtete Pointe des Artikels zeigt, daß Herr Tardieu seine Drohung, dem Minister des Äußern unangenehm zu werden, wahr zu machen beginnt.

v. Schoen

Nachschrift:

In einem Artikel über das Debüt Herrn Iswolskys* in Paris schreibt heute der „Eclair", daß trotz aller offiziösen Versicherungen und Reden das französisch-russische Verhältnis doch nicht mehr das alte sei. Herr Iswolsky werde vermutlich auf ein engeres Zusammenarbeiten beider Länder wieder hinzuwirken suchen, aber es werde ihm nicht gelingen.

---

* Der schon am 28. September 1910 zum Botschafter in Paris ernannte bisherige russische Außenminister Iswolsky hatte am 17. Dezember in Paris sein Beglaubigungsschreiben überreicht. Daß er hier tatsächlich von Anfang an bestrebt war, das infolge der Potsdamer Entrevue und des starken Mißtrauens, das sie in Paris auslöste (vgl. auch die folgenden Schriftstücke), etwas gestörte französisch-russische Verhältnis so eng wie möglich zu gestalten, lehrt sein jetzt einigermaßen vollständig vorliegender Schriftwechsel mit Sasonow. Vgl. Der diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911 bis 1914, ed. Friedrich Stieve, [Bd. I—IV.

„Comme il engageait la France, assez légèrement d'ailleurs, dans les entreprises balkaniques il est probable qu'il serait heureux de récidiver demain avec notre concours bénévole. Seulement il a échoué, c'est un vaincu. Nous pouvons compter sur ses sentiments mais non sur son influence."

v. Schoen

Nr. 10182

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 88
Vertraulich

London, den 29. Januar 1911

Mein Eindruck, daß die hiesige Regierung weit weniger durch die deutsch-russischen Verhandlungen mit Besorgnis erfüllt worden ist als die französische, ist durch ein vertrauliches Gespräch mit meinem hiesigen russischen Kollegen verstärkt worden.

Es scheint, daß der hiesige russische Geschäftsträger* beauftragt war, der englischen Regierung im allgemeinen mitzuteilen, daß in Potsdam auch wohl Persien und Bagdadbahn in den Kreis der Besprechungen gezogen werden würde. Es mag sein, daß der Geschäftsträger diese Mitteilung noch allgemeiner faßte, als sie beabsichtigt war, jedenfalls war das Ergebnis, daß niemand im Foreign Office darauf lautete oder davon Notiz nahm, sodaß die Reichstagsrede Euerer Exzellenz über die Potsdamer Besprechungen** für die hiesige Regierung ebenso eine völlige Überraschung bildete wie für die französische.

Graf Benckendorff sagte mir, Sir Edward Grey scheine unsere Verhandlungen mit Rußland mit großer Ruhe aufzufassen. Der Minister habe

* von Etter.

** Vom 10. Dezember 1910. Vgl. Nr. 10169, Fußnote ***. Die eigentliche Überraschung für die französische und die englische Regierung hatte indes nicht die Rede Bethmann Hollwegs gebildet, sondern die am 6. Januar durch die Londoner „Evening Times" erfolgte Veröffentlichung eines Sasonowschen Textentwurfs zum Potsdamer Abkommen, nach dem dessen erster Artikel lautete: „Die Kaiserlich Russische Regierung erklärt sich bereit, sich der Realisierung des Projektes der Bagdadbahn nicht entgegenzustellen, und verpflichtet sich, der Teilnahme fremden Kapitals bei dieser Unternehmung keinen Widerstand entgegenzusetzen." (Näheres über die Veröffentlichung der „Evening Times", die die größte Sensation hervorrief, in Kap. CCXIX, Nr. 10199). Nach ihr konnte es scheinen, als ob die russische Regierung sich in Potsdam auch jedes Widerstandes gegen den Bau der Endstrecke der Bagdadbahn bis zum Persischen Meerbusen begeben hätte, während die Verabredung (vgl. Nr. 10155) tatsächlich dahin ging, daß Rußland dem Weiterbau der Bagdadbahn bis Bagdad keinerlei Hindernisse in den Weg legen sollte. Sasonow beeilte sich, die einschränkende Definition „nur bis Bagdad" durch Graf Benckendorff zur Kenntnis Sir E. Greys und Paul Cambons zu bringen, die beide dieser nachträglichen Aufklärung die größte Bedeutung beimaßen. Sir E. Grey wünschte, daß die Interpretation „nur bis Bagdad" möglichst auch im Texte des Übereinkommens zum Ausdruck gebracht werden möge. Den gleichen Wunsch sprach König Georg V. gegenüber Graf Benckendorff aus: es sei notwendig, den Text des

ihm, dem Botschafter, gegenüber geäußert, er würde es zwar vorgezogen haben, wenn die russische Regierung ihn vorher darüber verständigt hätte, was sie über Bagdad und Persien mit uns zu verhandeln wünsche; nachdem die Verhandlungen aber nun einmal eingeleitet worden seien, wäre es im Interesse einer Abnahme der allgemeinen Spannung zu wünschen, daß sie auch zu einem Ergebnis führten.

Die Pariser Regierung dagegen habe, meinte Graf Benckendorff, zuerst vollständig den Kopf verloren, sich aufs hohe Pferd gesetzt und von Bündnispflichten und dergleichen geredet*.

Übereinkommens zwischen Deutschland und Rußland so klar wie möglich zu fassen, namentlich was die Bedeutung anlange, die Rußland dem Worte „Bagdadlinie", d. h. bis nach Bagdad gebe. Näheres darüber bei v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 376f., 379, 382. Inzwischen aber hatte die deutsche Regierung auf eine schriftliche Fixierung der Potsdamer Abmachungen, wie sie ursprünglich vorgesehen war, verzichtet. Das schließlich nach langen Verhandlungen trotz englischer und französischer Quertreibereien im August 1911 zustande gekommene deutsch-russische Spezialabkommen über Persien und die Bagdadbahn (vgl. dazu Kap. CCXIX) hatte nur eine sehr begrenzte Bedeutung und bot Deutschland keineswegs, wie englischerseits befürchtet war, Vorteile, welche die englisch-russische Entente in der Wurzel treffen würden.

* Anspielung auf die Kammerrede des französischen Außenministers Pichon vom 12. Januar, in der er die Bedeutung der Potsdamer Abmachungen als in keiner Weise gegen den Geist der französisch-russischen Allianz verstoßend abzuschwächen gesucht hatte: „Was wir wissen und was ich berechtigt bin zu sagen, ist, daß in den ersten Worten, die in Potsdam ausgetauscht wurden, festgestellt worden ist, daß die Bündnistreue die Grundlage der russischen und der deutschen Politik bleibe. Diese doppelte Bekräftigung hat die Tragweite der folgenden Unterredungen in der genauesten Weise begrenzt ... Nach wie vor machen Frankreich und Rußland ihr Bündnis zu einer der bleibenden und unveränderlichen Grundlagen ihrer Politik, und das Bündnis bewahrt seinen Charakter, den es bisher niemals aufgegeben hat." (Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, Jg. 1911, S. 401.) Vgl. zu der Rede Pichons die Berichte bzw. Briefe Iswolskys aus Paris vom 18. Januar 1911 (Un Livre Noir I, 22ss.; 26ss.; Der diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve I, 13ff., 17f.) und Graf Benckendorffs aus London vom 15. Januar und 14. Februar (v. Siebert, a. a. O., S. 373ff., 384ff). Beide waren doch nicht ganz von der Rede Pichons befriedigt. Graf Benckendorff monierte, daß der französische Minister wohl von den Beziehungen Frankreichs einerseits zu Rußland, andererseits zu England, nicht aber von einer Kombination dieser drei Mächte gesprochen habe, und er äußerte die Besorgnis, daß der Glaube an die Übereinstimmung der Tripelententemächte in der Bagdadbahnfrage Einbuße erlitten habe. In den folgenden Wochen wuchs die Unzufriedenheit gegen Pichon noch, so daß sein Abgang beim Sturz des Kabinetts Briand (27. Februar 1911) trotz seiner früheren Beliebtheit kaum irgendwelches Bedauern fand. Am 3. März 1911 berichtete darüber der belgische Gesandte in Berlin Baron Greindl: „L'opinion en France paraît aussi pousser à une politique extérieure plus active. M. Pichon qui a sans contredit remporté de réels succès, était encore fort populaire il y a peu de temps. Il a cessé de l'être. On lui sait mauvais gré du résultat de l'entrevue de Potsdam qu'il n'avait pas le moyen d'empêcher et qui d'ailleurs ne devrait pas inquiéter si, comme on le prétend, la triple entente n'avait en vue que le maintien de la paix. Puisque rien n'a été changé au groupement des grandes puissances, on devrait se féliciter d'un rapprochement qui améliore les relations de l'Allemagne et de la Russie; mais à Paris et à Londres on les veut mauvaises." Deutsches Weißbuch: Belgische Aktenstücke 1905—1914, S. 75.

Die hiesige Regierung operiert jedenfalls geschickt, wenn sie die Verstimmung, die sie etwa spürt, nicht offen zeigt, insbesondere, da die englisch-russische Entente kein Bündnis ist und keine Verpflichtungen allgemeiner Natur in sich schließt. Sir Edward Grey hat zwar seinerzeit den Ententemächten zugesagt, nur im Verein mit ihnen sich über die Bagdadbahnfrage mit Deutschland zu verständigen, er hat aber zugleich damals der russischen Regierung zu verstehen gegeben, daß er keine Einwendungen erheben würde, wenn sie ihren Widerstand gegen eine Anschlußbahn, um die es sich jetzt zu handeln scheint, fallen ließe. Er kann sich daher auch nicht darüber beschweren, wenn die russische Regierung sich jetzt anschickt, dies zu tun.

Ich möchte in der Tat annehmen, daß es Sir Edward Grey nicht unerwünscht wäre, wenn sich Rußland mit uns über die mit der Bagdadbahn zusammenhängenden Fragen einigt, und zwar deshalb, weil die hiesige Regierung hofft, wie ich aus verschiedenen gelegentlichen Äußerungen, die mir aus ihren Kreisen zukommen, entnehme, daß nach unserer Verständigung mit Rußland auch eine Verständigung mit England leichter sein wird. Nachdem die Hoffnung auf eine conférence à quatre*, die für uns einfach ein Majorisierungsverfahren bedeutet hätte, jetzt endgültig gescheitert ist, gewinnt die Verständigung à deux wieder an Wert.

Zudem nimmt die Besorgnis vor stärkerer Betonung türkischer Oberhoheit in den Küstengebieten des Persischen Golfs hier zu. Für England ist die Bagdadbahnfrage lediglich eine Persische Golf-Frage. Auf der einen Seite will man hier die Jungtürken, die mit ziemlicher Keckheit auftreten, noch nicht vor den Kopf stoßen, vielleicht sogar mit ihnen verhandeln, worüber ich demnächst Näheres erfahre; auf der anderen Seite glaubt man nicht an die Dauer ihrer Herrschaft und malt sich den Zustand aus, der eintritt, wenn Deutschland nach Zusammenbruch der türkischen Herrschaft in Bagdad und Mesopotamien Maßnahmen zum Schutze seiner Bahn zu ergreifen gezwungen sein wird. Die geschulten Diplomaten des Foreign Office sprechen diesen Gedanken zwar nicht offen aus, da er, nach Konstantinopel weiterverpflanzt, doch recht ungünstig im englischen Interesse wirken könnte. Lord Morley, bis vor kurzem Staatssekretär für Indien, ließ ihn mir gegenüber aber noch dieser Tage in einem Gespräche, welches er über die Bagdadbahn mit mir begann, ganz deutlich durch-

* In diesem Sinne hat sich Sir E. Grey in der Tat am 17. Januar zu Graf Benckendorff ausgesprochen: „Ich will durch meine Worte nicht das Resultat Ihrer Verhandlungen mit Deutschland beeinträchtigen; ich wünsche, daß diese Verhandlungen zu einem Resultate führen, und ich fürchte, daß, wenn dies nicht der Fall sein sollte, die Lage zu unser beider Schaden eine noch gefährlichere werden wird." (v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 380.) Aber Sir E. Grey schloß an diese Erklärung sofort eine Reihe von Vorbehalten, deren Berücksichtigung den deutsch-russischen Verhandlungen kaum förderlich sein konnte. In der Folge hat Sir E. Grey sein möglichstes getan, um eine deutsch-russische „entente générale, mit Persien anfangend" zu verhindern. Vgl. darüber Kap. CCXIX und vor allem den Benckendorff-Sasonowschen Schriftwechsel seit Mitte Februar 1911 bei v. Siebert, a. a. O., S. 384ff.

blicken. Ich begegne im Gespräche in der letzten Zeit hier häufiger dem Wunsche nach Verständigung mit uns über die Bahnfrage. Ich halte mich dabei schon mit Rücksicht auf unsere Verhandlungen mit Rußland vollkommen in der Reserve, beschränke mich auf Allgemeinheiten, suche vor allem nicht nach einer Lösung, sondern lege nur die Unbegründetheit des englischen Standpunktes dar.

Ich habe den Eindruck, daß die englische Regierung es höchst ungern sehen würde, wenn neue internationale Streitfragen entständen, wodurch eine Verständigung mit uns auf anderen Gebieten erschwert würde. Deshalb hat sie sich auch, soviel ich weiß, in der Frage der Befestigung von Vlissingen* bisher sehr zurückgehalten, obwohl es im englischen Interesse liegt, daß dieses Einfalltor nach dem Kontinent für englische Flotten offen bleibt. So hörte ich noch heute von einem sehr gut unterrichteten Beamten des Foreign Office, der mich besuchte, Bedauern darüber äußern, daß es in der französischen Kammer zu Debatten über die Befestigung von Vlissingen gekommen sei.

P. Metternich

Nr. 10183

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 88 Paris, den 2. Februar 1911

Die französische Presse fährt fort, die auswärtige Lage Frankreichs in pessimistischem Tone zu erörtern. Diese Stimmung, die sich nament-

* Die Frage der Befestigung von Vlissingen war durch den den holländischen Generalstaaten im Herbst 1910 vorgelegten Entwurf eines Küstenverteidigungsgesetzes aufgerührt worden, der unter anderem eine größere Summe für den Ausbau der Festungswerke bei Vlissingen vorsah. Diese Vorlage erregte in England und Frankreich unliebsames Aufsehen. Am 19. Januar stellte der französische Außenminister Pichon in der Beantwortung einer nationalistischen Interpellation wegen der Vlissinger Frage Verhandlungen zwischen Frankreich, England und Belgien in Aussicht, um auf Holland einen Druck zur Verhinderung solcher Anlagen an der Scheldemündung auszuüben, schwächte jedoch Tags darauf in einem Interview mit dem Korrespondenten einer holländischen Zeitung den Sinn seiner Worte, die in Holland sehr peinlich berührt hatten, ab. Am 28. Januar erklärte die holländische Regierung in der Kammer, „daß zwischen diesem Gesetzentwurf und der international geregelten Stellung Belgiens durchaus kein innerer Zusammenhang besteht, und daß die Bedeutung des Festungsgesetzentwurfs in keinem Falle einen Gegenstand der offiziellen Beurteilung irgendeiner europäischen Macht bilden könne". Vgl. auch den charakteristischen Brief Iswolskys an Sasonow vom 2. Februar 1911 über die Vlissinger Frage, Un Livre Noir I, 32s. Die Insinuation Iswolskys, als ob die Idee des Baues der genannten Befestigungen Holland von Deutschland eingegeben worden sei, findet in den deutschen Akten keinerlei Stütze. Ausdrücklich ist vielmehr von deutscher wie von holländischer Seite wiederholt festgestellt worden, daß das holländische Vorgehen in der Vlissinger Frage nicht durch einen Brief des Kaisers an Königin Wilhelmina beeinflußt worden sei.

lich in Zweifeln an dem Wert der russisch-französischen Allianz äußert, beunruhigt, wie ich von journalistischer Seite höre, die hiesige russische Botschaft umsomehr, als die reichen Geldmittel, über welche sie zur Beeinflussung der Presse verfügt*, diesmal offenbar versagt haben. Ein Grund für diesen Pessimismus ist jedenfalls auch darin zu suchen, daß neuerdings in ziemlich plötzlicher Wendung der „Temps" die auswärtige Politik Frankreichs zu kritisieren begonnen hat. Es ist doch ein Beweis für die große Autorität, die auf diesem Gebiet Herr Tardieu in der französischen Öffentlichkeit genießt, daß seine zum Teil auf persönlichen Gründen beruhende Opposition gegen den Quai d'Orsay soviel Anklang findet.

Im einzelnen wäre auf folgendes hinzuweisen. Unter der Überschrift: „Réveillons la Triple-Entente" hält Jean Herbette im „Siècle" eine Überschau über die Entwickelung dieser Mächtegruppierung, konstatiert die begangenen Fehler und kommt zu dem Schluß, man müsse ihr wieder etwas von der „furia francese" einflößen.

Judet führt im „Eclair" aus, Frankreich sei nicht bedroht, aber die Großmächte ignorierten es. Speziell im nahen Orient werde Frankreich zu kurz kommen. „Nous ne serons nulle part, quand l'Allemagne, l'Autriche et la Russie se diviseront les dépouilles."

Die „Liberté" gibt die Untätigkeit der „Tripelentente" und die begangenen Fehler zu, warnt aber vor dem zutage tretenden übertriebenen Pessimismus, der nur den Gegnern zugute käme. Die „Petite République" wendet sich deutlich gegen die Ausführungen des „Temps". Man könne die Leiter der französischen auswärtigen Politik nicht dafür verantwortlich machen, daß das russisch-französische Bündnis seit den Tagen von Kronstadt namentlich infolge des russisch-japanischen Krieges sich verändert habe: „Alors? Pourquoi ces critiques tardives, ce soudain revirement?"

„Paris-Journal" verwahrt sich mit Entschiedenheit gegen die Behauptung der deutschen Presse, daß die von ihm veröffentlichten Äußerungen des Generals Bonnal über die Zurückziehung der russischen Truppen von der Westgrenze** in irgendeinen Zusammenhang mit den gegen Herrn Pichon gerichteten Angriffen zu bringen wären.

v. Schoen

---

* Vgl. dazu den Brief Iswolskys an Sasonow vom 15. Februar 1911 (Un Livre Noir I, 35s.; Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis, ed. Fr. Stieve I, 27ff.), in dem er sich darüber beklagt, daß er nur sehr beschränkte Mittel zur Beeinflussung der Presse habe, daß er aber gleichwohl sein möglichstes tue. Über die in dieser Beziehung zur Verfügung stehenden „materiellen Mittel" hat sich Iswolsky später in seinem Briefe an Sasonow vom 23. Oktober 1912 retrospektiv ausführlich ausgelassen (Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis II, 315ff.). Aus den in der „Humanité" veröffentlichten, jetzt auch in dem „Diplomatischen Schriftwechsel Iswolskis" zusammengefaßten Korrespondenzen Iswolskys, Sasonows, Kokowzows, Raffalowitschs usw. ergibt sich, in welchem Ausmaß die französische Presse dank den systematischen Bemühungen Iswolskys unter „materiellen Druck" gesetzt wurde.

** Näheres darüber in Nr. 10184, S. 896, nebst Fußnote ***.

Nr. 10184

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 64 St. Petersburg, den 16. Februar 1911

Unmittelbar nach der Potsdamer Monarchenbegegnung konnte ein erfreulicher Umschwung in der Stimmung der hiesigen öffentlichen Meinung Deutschland gegenüber wahrgenommen werden. Dieser Umschwung war zweifellos zum Teil auf Einwirkung der hiesigen Regierung zurückzuführen, doch läßt sich auch nicht leugnen, daß die Haltung der Presse die Befriedigung weiter Kreise, sogar solcher, die an sich im allgemeinen den Deutschen und dem Deutschtum nicht freundlich gesinnt sind, über die durch die Entrevue angebahnte Besserung in den deutsch-russischen Beziehungen zum Ausdruck brachte. Das Gefühl, daß Rußland während einer langen Reihe von Jahren der Ruhe bedarf, ist zurzeit zu sehr verbreitet, die durch die hetzerische Presse verbreitete Besorgnis vor deutschen oder österreichischen Expansionsgelüsten hatte sich zu sehr festgesetzt, als daß die Begegnung der beiden Monarchen und die bei diesem Anlaß stattgehabte freundschaftliche Aussprache nicht als eine Entspannung der allgemeinen Lage empfunden und freudig begrüßt wurde.

Lange sollte allerdings dieser Zustand der Ruhe nicht dauern. Schon die ersten Mitteilungen des Herrn Sasonow, welche ihm von einer uns feindlich gesinnten Seite gleich nach seiner Rückkehr aus Deutschland entlockt wurden*, dann die angeblichen Äußerungen des Herrn von Klemm gegenüber dem Vertreter der Kaufmannschaft in Moskau über die persischen Abmachungen** lieferten den Gegnern das erwünschte Material, um den Angriff gegen die Potsdamer Vereinbarungen zu beginnen. Gleich nachdem bekannt geworden war, daß in Berlin über die Bagdadbahn verhandelt worden sei, wurde der Gedanke der transpersischen Bahn lanciert, dem offenbar zu Anfang in erster Linie der Wunsch zugrunde lag, eine Gegenaktion gegen die deutschen Pläne in Persien einzuleiten. Das Zeichen

---

* Vgl. Nr. 10157, Fußnote *.

** Nach einer Meldung der „Birschewyja Wjedomosti" hatte Herr von Klemm am 22. November im Moskauer Industriellenverein eine Rede gehalten, in der er von der schwierigen Position der russischen Diplomatie gegenüber Deutschland in Persien und von „Germanisierungsplänen" gesprochen und schließlich erwähnt habe, die Potsdamer Entrevue hätte keinerlei „reale Vereinbarungen" hinsichtlich eisenbahnpolitischer Pläne gezeitigt. Dem deutschen Botschafter gegenüber war diese Wiedergabe der Rede sofort als unzutreffend bezeichnet und ihm eine Berichtigung zugesagt worden, die auch von der Petersburger Telegraphen-Agentur am 25. November verbreitet wurde, bei Graf Pourtalès aber doch den Eindruck bestehen ließ, „daß für die erste Version der ‚Birschewyja Wjedomosti' immerhin gewisse Grundlagen vorhanden gewesen sein dürften" (Berichte Nr. 329 und 330 vom 24. und 25. November aus St. Petersburg).

zum Wiederbeginn der Hetze gab dann die bekannte Veröffentlichung der „Evening Times"*. Während mehrerer Wochen waren die Spalten der „Nowoje Wremja" und ihrer Gesinnungsgenossen wieder mit Schmähungen gegen Deutschland angefüllt. Selbst Fragen, welche für Rußland an sich kein Interesse bieten, wie zum Beispiel die Frage der Befestigungen von Vlissingen**, dienten als Stoff für Verleumdungen der gehässigsten Art gegen Deutschland. Erst neuerdings scheint sich der Sturm wieder gelegt zu haben.

Wie ich von gut unterrichteter Seite höre, hat die französische Kritik über die Zurückziehung der russischen Truppen an der Westgrenze*** über das Ziel hinausgeschossen und, statt der Hetze gegen Deutschland neue Nahrung zuzuführen, Verstimmung hier erzeugt. Die Intrigen gegen eine deutsch-russische Annäherung werden aber voraussichtlich von neuem beginnen, wenn die Veröffentlichung des Abkommens wegen Persiens erfolgen wird; beinahe mit Bestimmtheit kann man diesen Intrigen gelegentlich der Besuche des Herrn Sasonow in Paris und London† entgegensehen.

---

* Vgl. dazu Nr. 10182, S.890, Fußnote ** und namentlich auch Kap. CCXIX, Nr.10199.
** Vgl. Nr. 10182, S. 893, Fußnote *.
*** Die Kritik über die schon im Sommer 1910 erfolgte Zurückverlegung der russischen Truppen von der deutschen Grenze (vgl. dazu Kap. CCXV, Anhang B, Nr. 9950, Fußnote) begann mit einem Artikel des „Paris-Journal" vom 1. Februar 1911 „La fin de l'Alliance", nach dem der Kriegsminister Brun auf eine Anfrage nach der Zurückziehung geantwortet haben sollte: „Oui, les Russes agissent ainsi; mais ils sont libres, comme nous sommes libres." In demselben Artikel wurde eine Äußerung des Generals Bonnal zitiert: „L'armée russe n'a plus comme mission de défendre la frontière ouest; l'ennemi eventuel ce n'est certainement plus l'Allemand . . . Vous me demandez: c'est donc la fin de l'Alliance? Je suis bien obligé de vous répondre: oui, c'est la fin des conventions militaires strictes élaborées par le général de Boisdeffre et qui étaient le fondement et la raison d'être de l'alliance russe." Der Gegenstand wurde dann von anderen Blättern aufgegriffen und zu scharfen Angriffen auf das Ministerium Briand benutzt. Der Militärattaché Major von Winterfeldt berichtete darüber am 3. Februar 1911: „Ich habe mehrfach darüber berichtet, daß die neue Dislokation des russischen Heeres in Frankreich in manchen Kreisen mit Mißbehagen vermerkt und in der Presse abfällig beurteilt wurde, weil in der neuen Verteilung der russischen Streitkräfte der offensive Gedanke zu sehr zurücktrete und dadurch der praktische Wert des Zweibundes in Frage gestellt würde. Seit der Potsdamer Entrevue tauchen derartige Gedanken in Verbindung mit allerlei Angriffen gegen das hiesige Ministerium, dem die Unwirksamkeit seiner auswärtigen Politik zum Vorwurf gemacht wird, erneut auf". Ebenso heißt es in einem Bericht des Militärattachés in Petersburg Graf von Posadowsky-Wehner vom 23. Februar: „Wenn nun in der letzten Zeit die Polemik wegen der Dislokationsänderung von französischer Seite wieder eingesetzt hat, so ist dies auf zwei Gründe zurückzuführen, einmal auf das Mißtrauen der öffentlichen Meinung in die Abmachungen in Potsdam und dann darauf, daß die Russen jetzt daran gehen wollen, die weiteren Konsequenzen zu ziehen, den Aufmarsch zurückzuverlegen." Nach Graf Posadowsky kam eben damals der Gehilfe des russischen Kriegsministers General Poliwanow nach Paris, um den Franzosen Erklärungen zu geben wegen der Zurückverlegung des Aufmarsches.
† Herr Sasonow beabsichtigte, Ende April Besuche in Paris und London abzustatten, wurde aber durch seine schwere Erkrankung an der Ausführung dieses Planes gehindert.

Erfreulicherweise haben sich die deutschen Zeitungen dieser letzten russischen Presskampagne gegenüber im allgemeinen kühl und ruhig verhalten. Sie würden durch ein Reagieren auf die plumpen Ausfälle der hiesigen Blätter nur die Geschäfte unserer hiesigen Gegner besorgt haben. Daß die Intrigen gegen unsere Verhandlungen mit Rußland nicht nur von russischer deutschfeindlicher Seite ausgehen, sondern auch auf auswärtige Einflüsse[1] zurückzuführen sind, vermag ich zwar nicht zu beweisen, unterliegt aber für mich nicht dem geringsten Zweifel.

Die in obigem kurz skizzierten Vorgänge der letzten Monate erscheinen charakteristisch und lehrreich. Sie zeigen von neuem, daß die antideutsche Strömung, mit der wir hier zu rechnen haben, nach wie vor einen nicht zu unterschätzenden Einfluß hat. Man wird sich aber immer gegenwärtig halten müssen, daß diese Strömung schon mit dem Augenblick begonnen hat, wo die panslawistischen Elemente Einfluß auf die auswärtige Politik zu gewinnen begannen, daß sie sich seitdem fortwährend in stärkerem oder schwächerem Maße geltend gemacht und sogar den deutschfreundlichen Kaiser Alexander II. beinahe bis an den Rand eines Krieges mit Deutschland gebracht hat. Die Bedeutung dieser Strömung ist insofern gewachsen, als sie von dritter Seite, wie dies während der bosnischen Krisis beobachtet werden konnte, eifrig verwertet wird.

Die ungeheuchelte Genugtuung, welche im ersten Augenblick über die Potsdamer Entrevue zum Ausdruck gelangte, beweist aber andererseits, daß bei der überwiegend großen Mehrzahl der die russische auswärtige Politik bestimmenden Faktoren ein schlechtes Verhältnis zu Deutschland als eine Unbequemlichkeit, ja als eine Gefahr für Rußland empfunden wird. Würden die Aussichten auf Erhaltung guter Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland lediglich auf Gefühlen der Sympathie beruhen, so könnte man diese Aussichten heute nur noch sehr gering einschätzen, denn die Zahl der hiesigen aufrichtigen Freunde Deutschlands nimmt mit jedem Jahre ab. Die Zahl derer aber, die der Ansicht sind, daß es für Rußland nützlicher ist, mit Deutschland gut zu stehen als schlecht, ist keine geringe und findet gerade in echt russischen Kreisen ihre Vertreter. Rußland, so wird von diesen argumentiert, hat den großen Fehler begangen, daß es seinerzeit Deutschland hat groß werden lassen. Wie die Verhältnisse aber heute liegen, ist Deutschland nun einmal ein Machtfaktor, mit dem Rußland rechnen und mit dem es sich gut stellen muß. Deutschlands Haltung in der bosnischen Krisis* hat viel dazu beigetragen, dieser Erkenntnis hier Eingang zu verschaffen. Auf diese Erkenntnis stützt sich allein der hier in weiteren Kreisen hervortretende Wunsch, die zwischen uns und Rußland bestehende Kluft nicht weiter vertieft zu sehen. Nur das Gefühl, daß wir unter Umständen Rußland auch recht unbequem werden können, hält die antideutschen Velleitäten einigermaßen im Zaum[2].

Ich glaube, daß auf diesem Boden auch Herr Sasonow steht. Der

---

* Vgl. Bd. XXVI.

Minister hat zwar ein gewisses Verständnis für deutsche Kultur und deutsches Wesen, er war aber gewiß sehr aufrichtig, als er dem Interviewer der „Nowoje Wremja" gegenüber seine angeblich ausgesprochenen deutschfreundlichen Gesinnungen energisch in Abrede stellte. Herr Sasonow hat es nun — und ich glaube nicht, daß sich seine Ansichten während der ersten Monate seiner Tätigkeit als Minister in dieser Beziehung geändert haben — als einen großen Fehler seines Vorgängers erkannt, daß dieser die Beziehungen zu Deutschland vernachlässigt hat. Wie sehr Herr Sasonow dabei der antideutschen hiesigen Richtung vollkommen Rechnung trägt, hat er durch seine Haltung nach der Potsdamer Entrevue gezeigt. Es war im hohen Maße bezeichnend, mit welcher Sorgfalt er es vermied, von sich aus in irgendeiner Weise zu bestätigen, daß der freundschaftliche Gedankenaustausch in Potsdam und Berlin auch andere Gegenstände als Persien berührt hat. Offenbar — und er hat es ziemlich unverblümt selbst angedeutet — ist ihm wegen der Erklärungen Euerer Exzellenz im Reichstage* sowohl von unseren hiesigen Gegnern, als von den Vertretern der Ententemächte recht scharf zugesetzt worden. Andererseits scheint ihm jedenfalls sehr daran zu liegen, den Faden unserer Besprechungen nicht abreißen zu lassen und unseren Wünschen in den persischen Verhandlungen tunlichst entgegenzukommen.

Bietet uns der Minister in diesen Verhandlungen etwas Annehmbares, und zeigt er sich weiterhin bestrebt, uns keinen berechtigten Anlaß zu Klagen zu geben, so würden unsere Beziehungen zu Rußland in ein Fahrwasser geraten sein, wie es nach Lage der Dinge im allgemeinen unseren Wünschen nur entsprechen kann.

F. Pourtalès

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Paris, London
[2] richtig

Nr. 10185

Der österreich-ungarische Minister des Äußern Graf von Aehrenthal, z. Z. in Budapest, an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Abschrift

Budapest, den 2. März 1911

Mit herzlichstem Danke für die Mitteilungen, welche Sie so gütig waren mir durch Ihr Schreiben vom 23. Dezember v. Js.** zukommen zu lassen, muß ich vor allem Ihre freundliche Nachsicht in Anspruch nehmen, daß ich infolge meiner Abwesenheit auf Urlaub und durch die noch an-

---

* Vgl. Nr. 10169, Fußnote***.
** Der Brief Reichskanzler von Bethmann Hollwegs vom 23. Dezember 1910 findet sich nicht bei den Akten.

dauernden Delegationsverhandlungen bisher verhindert war, auf Ihre liebenswürdigen Zeilen zu antworten.

Ich glaube, Ew. Exzellenz können im großen und ganzen mit den Folgeerscheinungen der Potsdamer Entrevue zufrieden sein. Die deutlich wahrnehmbaren Symptome einer Lockerung des Verhältnisses zwischen England und Rußland sind für die gesamte politische Situation in und außerhalb Europas und insbesondere für Deutschland von der höchsten Bedeutung. Sehr bezeichnend ist die Haltung der englischen maßgebenden Kreise; dieselben trachten, nach außen hin ihre Kontenance zu bewahren und sich nicht alarmiert zu zeigen. In privaten Gesprächen machen jedoch führende englische Persönlichkeiten kein Hehl daraus, daß Herr Sasonow nach ihrer Ansicht nicht auf der Höhe seiner Aufgabe stehe, was wohl heißen soll, daß er nicht wie sein Vorgänger Iswolsky gewillt ist, die russische Politik im Kielwasser der englischen segeln zu lassen, und daß er dem deutschen Wunsche in der Bagdadbahnfrage mehr entgegengekommen ist, als es in London genehm ist. Diese Appreziation der englischen Staatsmänner, welche mir auf streng vertraulichem Wege zukommt, und um deren streng vertrauliche Behandlung ich Sie auch meinerseits bitten darf, wird von mir keineswegs geteilt. Aus der Berichterstattung Graf Berchtolds gewinne ich vielmehr den Eindruck, daß Sasonow ein zu ruhiger und klar denkender Mann ist, welcher frei von der Einseitigkeit seines Amtsvorgängers die russischen Interessen nach verschiedenen Richtungen hin wirkungsvoller als letzterer vertreten wird. Ich kann Ihrer Auffassung nur beipflichten, daß der russische Minister des Äußern, sich die wahren Interessen Rußlands vor Augen haltend, seine Aufmerksamkeit in erster Linie den asiatischen Problemen zuwendet — ich brauche diesbezüglich bloß auf die jüngste russische Demarche in China* hinzuweisen —, und daß diese Tendenz, deren natürliches Komplement das Festhalten an der Status-quo-Politik im nahen Orient bildet, für die beiden Kaisermächte, welche eine ruhige und friedliche Entwickelung in Europa wünschen, von höchstem Werte ist.

Weniger günstig war die Rückwirkung der Potsdamer Besprechungen auf die Situation in Konstantinopel, über welche Sie übrigens durch die Berichterstattung des Freiherrn von Marschall vollkommen informiert sind. Es läßt sich leider nicht in Abrede stellen, daß die türkische Regierung seit dem vorigen Sommer zahlreiche Fehler begangen hat. Unter diese ist ihr unmotiviertes, gewalttätiges Vorgehen in Albanien und Mazedonien**, von welchem ich vergebens abzumahnen versucht habe, in erster Linie zu zählen. Die Folgen dieses unzeitgemäßen Bedürfnisses, die Regierungsautorität zur Geltung zu bringen, haben sich alsbald nicht nur

---

* Mitte Februar 1911 hatte Rußland, da China sich weigerte, den am 29. August ablaufenden Vertrag über Turkestan zu erneuern, gedroht, die Grenzstadt Kuldsha zu besetzen; Vgl. Bd. XXXII, Kap. CCLV.

** Vgl. dazu Kap. CCIX.

in Europa sondern auch in Arabien eingestellt*. Als die Türkei sich eben mitten in diesen Schwierigkeiten befand, trafen die Nachrichten über die deutsch-russische Annäherung ein, welche die Türken entschieden desorganisiert haben. Eine solche Eventualität war von den türkischen Staatsmännern offenbar nicht in ihr Kalkül einbezogen worden, und die hierdurch entstandene Verwirrung wird nun von englischer und französischer Seite weidlich dazu ausgenützt, das verlorene Terrain in Konstantinopel wiederzugewinnen. Ich hoffe, daß die beruhigenden Mitteilungen, welche Baron Marschall über die deutsch-russischen Abmachungen inbetreff der persischen Bahnen Hakki Pascha zu machen in der Lage war**, die Nervosität der Türkei wenigstens in dieser Richtung abgeschwächt haben. Meinerseits bin ich bemüht, den türkischen Staatslenkern sowohl durch Pallavicini*** als durch meine eigenen Konversationen mit dem türkischen Botschafter† vor Augen zu führen, daß die allgemeine Lage der Türkei und ihren Konsolidierungsbestrebungen günstig sei, und daß sich die Pforte durch alberne Gerüchte und leicht zu durchschauende Intrigen nicht imponieren lassen solle. In letzterer Hinsicht ist charakteristisch, daß mich Reschid Pascha vor wenigen Tagen in vollem Ernste fragte, ob es wahr sei, daß zwischen Deutschland, Rußland und Österreich-Ungarn vereinbart worden sei, für den Fall eines bulgarisch-griechischen Angriffkriegs gegen die Türkei ruhige Zuschauer bleiben zu wollen. Es ist dies zweifellos eine Ausstreuung von englischer oder England nahestehender Seite, welche damit rechnet, daß nichts die Türken mehr alarmieren kann als ein Wiedererstehen des Dreikaiserbündnisses. Ich lasse es mir angelegen sein, in Konstantinopel den dringenden Rat zu erteilen, daß die Türkei genügend Truppen in Europa belasse, um nicht etwa im nächsten Frühjahr der Gefahr einer Überrumpelung durch die Ereignisse ausgesetzt zu sein. Inbetreff der — übrigens recht zweideutigen — Haltung Montenegros bin ich nicht besonders besorgt. Der König von Montenegro wird keinen Krieg führen, es sei denn, daß die Zustände in den benachbarten türkischen Provinzen so desolate würden, daß ein Eingreifen Montenegros mit geringem Risiko verbunden wäre.

Die Zustimmung zu meinen Erklärungen in den Delegationen††, welche Ew. Exzellenz die Güte hatten mir durch Graf Rantzau††† ausdrücken zu

* Vgl. Kap. CCXVI, Nr. 10029, S. 680, Fußnote *.

** Eine solche Mitteilung war nicht an Hakki Pascha, sondern an Rifaat Bey erfolgt; vgl. Kap. CCXIX, Nr. 10205.

*** Österreich-ungarischer Botschafter in Konstantinopel.

† Reschid Pascha.

†† Am 30. Januar 1911 hatte Graf Aehrenthal in der österreichischen Delegation ein Exposé über äußere Politik gegeben, das an die Reichstagsrede Bethmann Hollwegs vom 11. Dezember anknüpfte und sich in sympathischer Weise zu den Erörterungen und Abmachungen von Potsdam äußerte. Am 31. Januar kam Graf Aehrenthal in einer zweiten Rede auf die Potsdamer Begegnung zurück, wobei er wiederholte, daß „eine Annäherung zwischen unserem Bundesgenossen und Rußland, mit dem wir wieder gute Beziehungen unterhalten, dem allgemeinen Frieden nur nützlich sein kann."

††† Graf Brockdorff-Rantzau, Generalkonsul in Budapest.

lassen, hat mich mit lebhafter Genugtuung und Dankbarkeit erfüllt. Wir können mit dem Verlaufe der Delegationssession zufrieden sein und hoffen, daß es uns gelingen wird, dieselbe bis zum Ende dieser Woche auch formell zum Abschluß zu bringen. Durch die Bewilligung namhafter Mittel für Heer und Flotte wird Österreich-Ungarn in der Lage sein, im Bewußtsein seiner militärischen Stärke seine friedliche Politik fortzusetzen und dazu beizutragen, daß unser Bundesverhältnis auch weiterhin den Angelpunkt der europäischen Politik bilde. Wie gesagt, gebe ich mich der Hoffnung hin, daß das kommende Frühjahr am Balkan kein zu unruhiges sein werde. Wie immer sich die Zukunft aber gestalten möge, ist es nach wie vor mein Bestreben, uns von den etwa am Balkan eintretenden Zufälligkeiten tunlichst fern zu halten.

Was Italien betrifft, darf ich gleichfalls mit Befriedigung den Widerhall registrieren, welchen meine Erklärungen sowohl in Italien wie hierzulande gefunden haben. Marquis San Giuliano ließ mich durch den italienischen Botschafter* versichern, daß bei erster sich ergebender Gelegenheit im italienischen Parlamente sowohl von der Regierungsbank als auch von den Bänken der Deputierten analoge Erklärungen wie jene in den Delegationen abgegeben werden würden**. Ich bin sehr erfreut, daß die infolge der freimaurerischen Hetze inbetreff der Monarchenbesuche in Rom entstandene Schwierigkeit sich auf so glückliche Art hat lösen lassen, indem das über Italien heimkehrende Kronprinzenpaar einen Besuch in der italienischen Hauptstadt*** abstattet.

Zur vollständigen Erholung von meinem im Laufe des Winters überstandenen Unwohlsein hat mein allergnädigster Herr mir einen zweieinhalbmonatlichen Urlaub erteilt, welchen ich Mitte März anzutreten gedenke. Während meiner Abwesenheit wird Botschafter Markgraf Pallavicini die Geschäfte führen, eine bewährte Kraft, die mit meiner Politik vollkommen vertraut ist. Herr von Kiderlen, welcher mit Pallavicini gleichzeitig als Gesandter in Bukarest wirkte, wird Ihnen nur Günstiges über ihn sagen können.

Gestatten Sie mir schließlich, dem lebhaften Wunsche Ausdruck zu geben, es möge Ew. Exzellenz vergönnt sein, die von Ihnen erwähnten innerpolitischen Sorgen schwinden zu sehen, auf daß Sie die innere wie die äußere Lage mit gleicher Befriedigung erfülle.

(gez.) Aehrenthal

---

* Duca d'Ararna.

** Das geschah erst am 8. Juni in dem Exposé des Marquis di San Giuliano über die auswärtige Politik. Vgl. Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, Jg. 1911, S. 460f.

*** Der Besuch des deutschen Kronprinzenpaares in Rom fand am 5. April 1911 statt.

Kapitel CCXIX

Das Deutsch-Russische Abkommen über Persien und die Bagdadbahn vom 19. August 1911

Nr. 10 186

*Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Kiderlen**

Reinschrift

Berlin, den 1. November 1910

Wir haben in Persien nur wirtschaftliche Interessen. Ihre Grundlage bildet der Handelsvertrag von 1873, der uns die Meistbegünstigung garantiert. Da Rußland und England bei ihrer Auseinandersetzung über Persien im August 1907 die Freiheit des Handels und die Achtung vor den Rechten dritter Staaten proklamierten, hatten wir keinen Anlaß, uns durch ihre damaligen Abmachungen beschwert zu fühlen.

Wir erkennen bereitwilligst an, daß Rußland als unmittelbarer Nachbar ein besonderes Interesse daran hat, im nördlichen Persien Ruhe und Ordnung aufrechterhalten zu sehen, und verstehen es daher sogar, wenn die russische Regierung zu diesem Zwecke beim Versagen der persischen Regierungsgewalt vorübergehend eigene Truppen in die persischen Grenzgebiete sendet. Auch der britischen Regierung, wenngleich sie nach den geographischen Verhältnissen weniger beteiligt ist, wollen wir die Legitimation zur aktiveren Betätigung in Persien nicht bestreiten, soweit der

* Die Aufzeichnung war im Hinblick auf die Unterredungen aufgesetzt, die Reichskanzler von Bethmann Hollweg und Staatssekretär von Kiderlen am 1. November und dann wieder am 4. und 5. November mit dem russischen Außenminister Sasonow in Berlin bzw. Potsdam hatten. Über diese Unterredungen vgl. Kap. CCXVIII, Nr. 10152 und Nr. 10155. Am 1.November kündigte Sasonow den deutschen Staatsmännern an, er werde ihnen demnächst bestimmte Vorschläge in bezug auf Persien unterbreiten. In den Unterredungen vom 4. und 5. November wurden dann die Grundzüge für eine deutsch-russische Verständigung über Persien verabredet; eine schriftliche Fixierung blieb jedoch weiteren Verhandlungen vorbehalten. Die Verständigung lief darauf hinaus, daß Sasonow sich anheischig machte, wenn Deutschland auf Konzessionen für Eisenbahnen, Wege und Telegraphen innerhalb der russischen Interessenzone verzichte, dem Weiterbau der Bagdadbahn bis Bagdad keinerlei Hindernisse in den Weg zu legen, vielmehr russischerseits zum Anschluß an die Linie Bagdad—Chanikin eine Eisenbahnlinie von Djulfa über Täbris und Teheran nach Chanikin zu bauen. Das Nähere siehe in Kap. CCXVIII, Nr. 10155. Über die Frage der Anstellung finanzieller und sonstiger administrativer Berater in Persien, welche eben damals akut zu werden begann (vgl. Kap. CCXVII, Nr. 10142), scheint zwischen Sasonow und den deutschen Staatsmännern nicht gesprochen worden zu sein.

Schutz des englischen Handels am Golf oder die Nachbarschaft Indiens eine solche erfordern. Ebensowenig verargen wir es endlich der Türkei, wenn sie zur Sicherung der östlichen Grenzen des Reichs ihren militärischen und politischen Einfluß nach Persien hinein ausdehnt und sich so für alle Eventualitäten einen Anteil am Raube sichert. Daß Persien gerade das türkische Vorgehen besonders empfindet, erhellt aus Vorstellungen des hiesigen persischen Gesandten* und erscheint bei dem scharfen Gegensatz zwischen Sunniten und Schiiten begreiflich. Andererseits liefert die Türkei mit ihrer Haltung den Beweis, daß sie selbst das Schicksal Persiens nicht unter dem Gesichtswinkel des Islamismus betrachtet. Wir können uns hiermit umsomehr zufrieden geben, als die islamitische Frage für uns nur vom Standpunkte der Türkei aus Interesse bietet.

Unsere verständnisvolle Zurückhaltung in Persien kann aber nicht so weit gehen, daß wir uns dort auf kommerziellem Gebiete stören oder verdrängen lassen. Vorkommnisse der letzten Zeit deuten darauf hin, daß Rußland seine politische Präponderanz in Teheran zum Schaden unserer wirtschaftlichen Stellung mißbraucht. Mit dem Schreckgespenst weiterer Okkupationen und sonstigen Einschüchterungsmitteln sucht die russische Regierung es dahin zu bringen, daß die Perser uns bei der Reorganisation ihrer Verwaltung nicht nur hinter russische und englische Bewerber, sondern auch hinter Franzosen zurücksetzen, daß sie uns bei der Anknüpfung geschäftlicher Beziehungen übergehen und bei der Vergebung von Konzessionen ausschalten. Durch solche Machinationen könnten schließlich Zustände geschaffen werden, denen vom Standpunkt unserer Interessen — rein theoretisch gesprochen — eine Einverleibung Persiens in Rußland beinahe noch vorzuziehen wäre. Denn bei einer Annexion, die praktisch natürlich unannehmbar ist, und an die Rußland selbst schon mit Rücksicht auf England nicht zu denken wagt, würde zwar unser Meistbegünstigungsvertrag mit Persien erlöschen, an seine Stelle aber würden für das dann zum russischen Reiche gehörige Land alsbald unsere gleichwertigen Verträge mit Rußland treten. Die uns vertragsmäßig zustehende völlige Gleichberechtigung mit anderen Mächten auf wirtschaftlichem Gebiete können wir uns in Persien nicht verkümmern lassen.

Den allerhöchsten Intentionen entsprechend haben wir es uns seit jeher angelegen sein lassen, unsere Ziele in Persien in vertrauensvoller Aussprache mit der russischen Regierung klarzulegen. Detaillierte Vorschläge zu einer Verständigung, wobei auch die Frage des Anschlusses an die Bagdadbahn über Chanikin nach Teheran geregelt werden sollte, sind von uns im Jahre 1907 gemacht, von Rußland aber bisher überhaupt nicht beantwortet worden**. Während von uns hiernach alles geschehen ist, um die persische Frage in einer den freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland entsprechenden Weise zu erledigen, hat die

* Mahmud Chan.
** Vgl. dazu Bd. XXV, Kap. CLXXXV.

russische Regierung ihrerseits nicht nur jedes Eingehen auf unsere Bereitwilligkeit vermieden, sondern sogar offen und versteckt unseren berechtigten Wünschen und Interessen entgegengearbeitet. Wir können unter diesen Umständen nur der Hoffnung Ausdruck geben, daß sich in Zukunft Rußlands Haltung zu uns in der persischen Frage ändert.

Kiderlen

Bemerkung von Bethmann Hollwegs am Kopf des Schriftstücks:
Inhalt Seiner Majestät vorgetragen. v. B. H. 2/XI.

Nr. 10187

Der Gesandte in Teheran Graf von Quadt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 99 Teheran, den 17. November 1910

Minister des Äußern* will telegraphisch erfahren haben, daß während Kaiserzusammenkunft in Potsdam** deutscherseits Rußland gegenüber bindende Zusicherungen Persien betreffend gemacht worden. Minister zeigt sich hierüber äußerst bestürzt.

Quadt

Nr. 10188

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Gesandten in Teheran Grafen von Quadt

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 68 Berlin, den 17. November 1910

Zu Telegramm Nr. 99***.

In Potsdam ist lediglich konstatiert worden, daß wir und Rußland gleichmäßiges Interesse an Erhaltung Integrität Persiens und Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung durch eine starke Regierung haben. Bitte, Minister zu sagen, daß bestes Mittel für Wahrung der Rechte Persiens Aufrechterhaltung der Sicherheit im Innern ist. Vertraulich bemerke ich noch, daß wir mit Rußland lediglich verabredet haben, daß dieses, falls es auf Grund von Konzessionen Bahnen in Persien baut, in erster Linie Anschluß an Zweiglinie Chanikin unserer Bagdadbahn sucht, und daß wir uns gegenseitig keine Tarifschwierigkeiten machen wollen.

Kiderlen

* Hussein Kuli Chan Nawab.
** Vgl. Kap. CCXVIII, Nr. 10152ff.
*** Siehe Nr. 10187.

Nr. 10189

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 345 St. Petersburg, den 2. Dezember 1910

Herr Sasonow hat, wie er mir sagt, dem türkischen Botschafter* ernste Vorstellungen über die Besetzung verschiedener auf persischem Gebiet liegender Punkte durch türkische Truppen gemacht. Auf den Einwand Turkhan Paschas, daß es sich um Punkte handele, die in einer strittigen Zone liegen, hat der Minister bemerkt, es widerspreche dem Völkerrecht und den Gepflogenheiten zwischen zwei im Frieden mit einander lebenden Mächten, bei Uneinigkeit über Grenzverhältnisse die strittigen Punkte militärisch zu besetzen, man pflege vielmehr in solchen Fällen Verhandlungen über die Abgrenzung einzuleiten und zu diesem Zwecke Kommissare an die betreffenden Punkte zu senden.

Bei Besprechung dieses Themas kam auch die Rede auf die Angriffe der „Nowoje Wremja" gegen die Kaiserliche Regierung, welcher vorgehalten wurde, daß sie, wenn es ihr mit den in Potsdam erteilten Zusagen ernst wäre, die Türkei sehr gut an ihrem Vordringen auf persisches Gebiet abzuhalten in der Lage wäre. Herr Sasonow gab mir zu, daß diese Angriffe der „Nowoje Wremja" wieder durchaus frivol seien. Im übrigen wollte er zwar keine Bitte aussprechen, gab aber zu verstehen, daß er sehr dankbar sein würde, wenn wir in Konstantinopel zu größerer Zurückhaltung gegenüber Persien raten würden. Er sprach die Überzeugung aus, daß ein solcher Rat seine Wirkung nicht verfehlen würde. Ich erwiderte, es handele sich da um Dinge, in die wir uns, wie ich glaubte, nicht würden einmischen wollen.

F. Pourtalès

Bemerkung von Kiderlens am Kopf des Schriftstücks:
Zur gefälligen Rücksprache.
Meo voto könnten wir Marschall den Auftrag geben, mit Weisung, über die erhaltene Antwort zu berichten.** K.

Nr. 10190

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Marschall

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Freiherrn von Romberg

Nr. 1353 Berlin, den 7. Dezember 1910

Euerer Exzellenz ist bekannt, mit welcher Nervosität Regierung und öffentliche Meinung in Rußland alle Maßnahmen der Pforte an der West-

---

* Turkhan Pascha.
** Vgl. die folgende Nummer.

grenze Persiens verfolgen. Nach den in letzter Zeit hier eingegangenen Nachrichten scheinen in der Tat Aktionen im Gange zu sein, die jene Beunruhigung bis zu einem gewissen Grade erklärlich machen.

Wir glauben, daß es im eigenen Interesse der Türkei liegt, wenn sie sich, ebenso wie wir, in Persien möglichste Zurückhaltung auferlegt. Ein aktiveres Vorgehen würde England und Rußland zum Schaden der persischen Unabhängigkeit einander nur noch mehr in die Arme treiben. Außerdem würde jeder Vorstoß der sunnitischen Türkei von den schiitischen Persern besonders schwer empfunden werden und so die Stellung der gegenwärtigen Machthaber in Teheran ernstlich gefährden. Eine solche Wirkung aber wäre vom Standpunkt aller an Persiens Integrität interessierten Mächte zu beklagen, da wir keine Garantie dafür haben, daß eine neue Regierung im gleichen Maße wie die jetzige bemüht sein wird, sich der englisch-russischen Prätentionen zu erwehren.

Nach dem Berichte Nr. 105 vom 3. Juli 1908 sind unsere damaligen Vorstellungen wegen der türkischen Operationen bei Urmia von der Pforte freundlich aufgenommen worden, so daß auch im vorliegenden Falle ein freundschaftlicher und im beiderseitigen Interesse erteilter Rat bei den vertrauensvollen Beziehungen zwischen uns und der Türkei keine andere Aufnahme finden dürfte. Wir haben denn auch im Sinne der vorstehenden Gesichtspunkte bereits mehrfach mit dem hiesigen türkischen Botschafter* gesprochen und jedesmal beruhigende Erklärungen über die Absichten der Pforte erhalten.

Euere Exzellenz bitte ich, der dortigen Regierung nunmehr auch Ihrerseits in geeignet erscheinender Form tunliche Zurückhaltung in Persien anempfehlen und die Ihnen zuteil werdende Antwort mir telegraphisch mitteilen zu wollen.

Kiderlen

Nr. 10191

Der Gesandte in Teheran Graf von Quadt an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. A 291 Teheran, den 7. Dezember 1910

Nachdem ein Vertreter der hiesigen radikalen Parlamentspartei sich bereits mit der Gesandtschaft in Verbindung gesetzt hatte, um hier zum Ausdruck zu bringen, welche Unruhe und Enttäuschung die Potsdamer Entrevue nicht nur bei seinen Parteigenossen, zu denen auch der Minister des Äußern zählt, sondern auch in breiteren Schichten des Volkes hervorgerufen habe, und gleichzeitig auch Preßäußerungen hierzu in Aussicht gestellt hatte, ist unmittelbar danach in dem Organ der radikalen Partei

* Osman Nisami Pascha.

„Irane Now" am 3. d. Mts. ein Leitartikel erschienen, welcher sich mit dieser Frage beschäftigt. Es wird darin gesagt, daß seit der Potsdamer Begegnung der beiden Kaiser das russische Auftreten in Persien noch gewalttätiger und Englands Willfährigkeit diesem Auftreten gegenüber noch größer geworden sei.

Gleichzeitig sei der Bau der Kaukasus-Belutschistan-Bahn aufs Tapet gebracht und besonders von englischen Zeitungen mit großer Wärme aufgenommen worden. Deutschland habe die Hoffnungen, welche in der islamischen Welt auf seine Haltung gesetzt wurden, enttäuscht und anscheinend mit Rußland die persische Frage freundschaftlich geregelt, indem es ein für allemal auf Konzessionen in Nordpersien verzichtete und sich mit einer kommerziellen Sicherheit begnügte. Die Potsdamer Begegnung habe Persien der Hilfe des „Beschützers des Islam" beraubt, und ebensowenig sei noch etwas von England zu hoffen, welches augenblicklich eine schwere konstitutionelle Krise durchmache, sodaß der Despotismus des Sir Edward Grey freies Spiel haben werde. Diese Gedanken werden noch weiter variiert und außerdem noch etwas dunkel davon gesprochen, daß in Potsdam nicht nur über Persiens, sondern auch über der Türkei Geschick die Würfel gefallen seien, womit man sich persischerseits türkische Sympathien wohl dadurch gewinnen möchte, daß man die Türkei als künftigen socius malorum infolge deutscher Perfidie hinstellt. Der Artikel schließt mit den Phrasen, die bei derartigen Gelegenheiten niemals fehlen dürfen, von der Einigung aller nationalen Kräfte und der Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit bis zum Tode.

Die gleiche Zeitung bringt in ihrer Nummer vom 4. d. Mts. die Übersetzung einer Meldung des Berliner Korrespondenten der „Russkoje Slowo", wonach die hiesige deutsche Gesandtschaft angewiesen worden sei, der persischen Regierung zu eröffnen, daß die an Seine Majestät den Deutschen Kaiser gerichteten Eingaben und Bitten der Perser, doch den Islam zu schützen, von Seiner Majestät als Belästigung empfunden würden. Ich habe dafür Sorge getragen, daß die gleiche Zeitung in ihrer Nummer vom 6. d. Mts. diese Nachricht nachdrücklich dementiert hat.

Ich bin nach Kräften bemüht, hier die Gemüter zu beruhigen, und betone stets, wenn persischerseits immer wieder die Rede auf die Potsdamer Entrevue gebracht wird, welche Bedeutung es für Persien habe, daß bei den Gesprächen zwischen deutschen und russischen Staatsmännern festgestellt worden sei, daß beiderseits der Wunsch bestehe, die Unabhängigkeit und Integrität Persiens aufrechterhalten zu sehen. Ebenso sei es für Persien in kommerzieller Hinsicht von größter Bedeutung, daß man sich sowohl auf deutscher wie auf russischer Seite darüber einig sei, daß die Türe für den Handel aller Länder geöffnet bleiben müsse. Allein für diese Feststellungen müsse Persien uns dankbar sein.

Im übrigen möchte ich nicht unterlassen zu melden, daß die hiesigen fremden Vertreter darüber einig sind, daß die Russen seit der Potsdamer Entrevue hier viel rücksichtsloser wie vorher auftreten. So erzählt der

Minister des Äußern jedem, der es hören will, der Zwischenfall von Kaschan — es handelt sich bekanntlich um angebliche Insultierung der über dem Hause eines russischen Konsularagenten wehenden Fahne — sei zwischen der persischen Regierung und der hiesigen russischen Gesandtschaft bereits in zufriedenstellender Weise erledigt gewesen, als plötzlich nach der Potsdamer Entrevue die Angelegenheit von Petersburg aus wieder aufgegriffen und aufs neue sein — des Ministers — Entschuldigungsbesuch auf der russischen Gesandtschaft in Uniform gefordert worden sei. Der Nawab hat denn auch den Besuch in verlangter Weise abgestattet und 600 Toman als Entschädigung für angeblichen Schaden, welchen der russische Konsularagent erlitten haben soll, gezahlt.

Mein russischer Kollege* ist seit der Potsdamer Entrevue, über die er behauptet, noch immer ohne Nachrichten zu sein, während er sonst über die geringsten Persien betreffenden Kleinigkeiten telegraphisch von seiner Regierung unterrichtet wird, strahlender Laune. Herr Poklewsky frug mich gestern, ob die Perser sehr viel über die Potsdamer Ereignisse bei mir weinten. Der Gesandte meinte im Verlaufe unserer Unterredung, daß jedenfalls die hiesigen englischen Pressevertreter seit dem Potsdamer Besuch sehr nervös geworden seien. Persischerseits, meinte Herr Poklewsky, habe man ihm gegenüber jede Erwähnung der Potsdamer Besprechungen bis jetzt vermieden.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich nicht unterlassen, zu berichten, daß mir auf dem hiesigen Ministerium des Äußern gesagt wurde, man habe in Petersburg die Durchfuhrerlaubnis für die 220000 in Deutschland bestellten Patronen verlangt. Herr Sasonow habe aber dem persischen Geschäftsträger** die Gewährung seines Antrages rundweg mit der Begründung abgeschlagen, Persien müsse sich Rußland gegenüber entgegenkommender zeigen, bevor man ähnlichen Anträgen nähertreten könne.

A. Quadt

Nr. 10192

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 354 St. Petersburg, den 12. Dezember 1910

Schon vor mehreren Tagen hatte mir Herr Sasonow gesagt, er halte es für das richtige, die bei seinem Gedankenaustausch mit Euerer Exzellenz und dem Herrn Staatssekretär besprochenen Punkte***, soweit sie sich auf Persien und die Bagdadbahn beziehen, getrennt von etwaigen anderen Fragen in einem besonderen Notenaustausch schriftlich nieder-

* Pozlewsky.
** Ali Guli Chan.
*** Vgl. dazu Kap. CCXVIII, Nr. 10155.

zulegen. Der Minister hat mir nunmehr einen Entwurf für eine solche schriftliche Fixierung der vereinbarten Punkte* mit der Bitte übergeben, denselben Euerer Exzellenz zur Prüfung zu übermitteln. Er bemerkte dabei erläuternd, dieser Entwurf knüpfe an die früher gepflogenen, seit dem Sommer 1907 unterbrochenen Verhandlungen an und sei als Antwort auf unseren letzten Entwurf vom Sommer 1907 gedacht.

Ich habe nach Prüfung dieses neuen Entwurfes Herrn Sasonow auf folgende Punkte aufmerksam gemacht, die mir zu Bedenken Anlaß gaben:

Zum Paragraph II sei zu bemerken, daß nach der mir vorliegenden Aufzeichnung Euerer Exzellenz Herr Sasonow in Berlin die Bereitwilligkeit Rußlands zum Bau der Eisenbahnlinien Teheran—Chanikin im Anschluß an die nach diesem letzten Ort zu bauende Zweigbahn der Bagdadbahn als erste Eisenbahnlinie in Persien zugesagt habe. Herr Sasonow bemerkte, hier müsse ein Mißverständnis vorliegen. Er habe immer nur sagen wollen, daß Rußland im Prinzip bereit sei, diesen Anschluß herzustellen. Hinsichtlich des Zeitpunktes für den Bau dieser Anschlußlinie habe er sich unmöglich binden können[1]. Sobald es überhaupt möglich sein werde, in Persien an Bahnbauten heranzutreten, müsse Rußland zunächst die Bahn Baku—Enseli—Rescht—Teheran bauen, deren Fortsetzung dann die Linie Teheran—Chanikin bilden werde. Auch die Bahn Djulfa—Täbris werde Rußland möglichst bald in Angriff nehmen, doch werde diese Bahn wahrscheinlich von Täbris aus nicht weiter gebaut werden. Eine dritte Bahn, die Rußland ursprünglich auch projektiert habe, von Astrabad nach Meschhed werde voraussichtlich überhaupt nicht zur Ausführung gelangen. Jedenfalls aber müsse die Linie Baku—Teheran zunächst fertig sein, denn man könne Rußland unmöglich zumuten, als erste Linie, bevor es noch eine Eisenbahn für seine eigene Einfuhr nach Persien gebaut habe, eine solche zu bauen, die lediglich dem fremden Handel zum Vorteile gereiche. Übrigens könnten bei der Unsicherheit der türkischen Verhältnisse immerhin Umstände eintreten, durch welche die Fertigstellung der Bagdadbahn bis Bagdad noch auf längere Zeit hinausgeschoben würde. Rußland könne sich nun unmöglich dem aussetzen, daß womöglich die Bahn Teheran—Chanikin gebaut wird und der Anschluß nach Bagdad noch lange auf sich warten läßt[2].

Ich versuchte nun zu erreichen, daß der Minister noch den einen Satz hinzufügte, in welchem Rußland seine Bereitwilligkeit zu erkennen gibt, die Arbeiten auf der Linie Teheran—Chanikin wenigstens „en relation avec les travaux pour la ligne reliant Hanékin avec la ligne de Bagdad" zu fördern. Herr Sasonow erklärte, er könne sich auch in dieser Beziehung nicht binden und trage Bedenken, eine Verpflichtung zu übernehmen, von der er nicht wisse, ob er sie werde erfüllen können. Er hielt dabei aufrecht, daß er in Berlin nur den Bau der Linie Chanikin—Teheran im Anschluß an eine Linie Bagdad—Chanikin im Prinzip zugesagt habe.

---

* Siehe die Anlage.

Wenn wir jetzt verlangten, daß diese Bahn als erste Eisenbahnlinie in Persien gebaut würde, so gingen wir über unsere Forderungen von 1907 hinaus, denn in dem damaligen Entwurf habe es geheißen „dès l'achèvement de cet embranchement du chemin de fer de Bagdad".

Bezüglich des Schlußabsatzes desselben Paragraphen wies ich den Minister darauf hin, daß es uns erwünscht wäre, statt dieses Absatzes einen Paragraphen aufzunehmen, nach welchem sich beide Regierungen verpflichten, auf denjenigen Linien, welche im Norden des Kaukasus die Verbindung zwischen der Türkei und Persien herstellen würden, den internationalen Verkehr zu erleichtern, en évitant toute mesure qui pourrait l'entraver etc. (Punkt 9 der Anlage zu Erlaß Nr. 1604 vom 15. v. Mts.*)

Herr Sasonow hielt dem entgegen, daß Rußland sich sehr entschieden gegen weitere Verbindungslinien zwischen der Türkei und Persien im Norden des Kaukasus erklären müsse, da vom russischen Standpunkte gegen diese Linien aus strategischen Gründen gewichtige Bedenken zu erheben seien. Aus diesem Grunde habe er in seinem Entwurf den Paragraphen III aufgenommen, von dem er hoffe, daß er keinem Widerspruch bei uns begegnen werde.

In dem Paragraph IV des mir von Herrn Sasonow übergebenen Entwurfs standen ursprünglich hinter den Worten: concession de chemin de fer, de routes, de navigation et de télégraphes noch die Worte ainsi que d'autres concessions de caractère territorial. Gegen diese letzten Worte habe ich entschieden protestiert, weil ihre Deutung sehr dehnbar sei und zum Beispiel Minenkonzessionen oder ähnliche auch unter diesen Begriff fallen würden. Auf mein Drängen hat denn Herr Sasonow die Fassung vorgeschlagen: Quant à d'autres concessions d'un caractère territorial le Gouvernement Allemand déclare ne vouloir les rechercher dans la zone indiquée, qu'après une entente préalable avec le Gouvernement Russe[3]. Herr Sasonow hat dabei geltend gemacht, daß man die besonderen Verhältnisse Persiens, wo tatsächlich Anarchie herrsche, berücksichtigen müsse. Was in anderen Ländern lediglich wirtschaftliche Bedeutung habe, könne dort jederzeit eine politische Frage werden oder strategische Interessen berühren, welche die Nachbarn Persiens unmöglich unbeachtet lassen könnten.

F. Pourtalès

Bemerkung von Kiderlens am Kopf des Schriftstücks:
Marche de dupe! Also Rußland will vielleicht nach Chanikin bauen, und wir sollen eine Menge positive Verpflichtungen übernehmen, selbst in Dingen wie concessions d'un caractère territorial, Verzicht auf politische Rechte in Persien etc., von denen hier niemals die Rede war! Seine Verpflichtungen will es beschränken, unsere ausdehnen.

Randbemerkungen von Kiderlens:
[1] Nein, aber Priorität
[2] !!
[3] davon ist nie die Rede gewesen.

---

* Siehe Kap. CCXVIII, Nr. 10159, Anlage I.

Anlage

Projet

St. Pétersbourg, le 25 novembre 1910

I

Le Gouvernement Impérial se déclare disposé à ne pas faire d'opposition à la réalisation du chemin de fer de Bagdad et s'engage à n'apporter aucune entrave à la participation de capitaux étrangers à cette entreprise. Il va sans dire qu'aucun sacrifice de nature pécuniaire ou économique ne sera exigé de la part de la Russie.

II

Afin d'aller au devant du désir du Gouvernement Allemand de relier le chemin de fer de Bagdad au futur réseau des chemins de fer en Perse, le Gouvernement Russe s'engage à procéder, lorsque ce réseau aura été construit, à la construction d'une ligne qui se raccorderait, sur la frontière turco-persane, à la ligne Sadijé—Hanékin, quand cet embranchement du chemin de fer de Bagdad, ainsi que la ligne de Konia à Bagdad, auront été achevés. Le Gouvernement Russe se réserve de fixer en son temps le tracé définitif de la ligne de raccordement qui doit aboutir à Hanékin.

Les deux Gouvernements faciliteront le trafic international sur cette dernière ligne en évitant toutes mesures qui pourraient l'entraver, telles que l'établissement de droits de transit ou l'application d'un traitement différentiel.

III

Le Gouvernement Allemand s'engage, pour sa part, à ne pas construire de lignes de chemin de fer dans la zone située entre la ligne de Bagdad et les frontières russe et persane au nord de Hanékin, ni à prêter son appui matériel ou diplomatique à des entreprises de ce genre dans la zone indiquée.

IV

Le Gouvernement Allemand reconnaît n'avoir en Perse aucun intérêt d'ordre politique et n'y poursuivre que des buts commerciaux; reconnaissant, d'autre part, que la Russie a des intérêts spéciaux au point de vue politique, stratégique et économique dans le nord de la Perse, le Gouvernement Allemand déclare également qu'il n'a pas l'intention de rechercher pour lui-même ou d'appuyer en faveur de ressortissants allemands ou de sujets étrangers au nord d'une ligne partant de Kasri-Chirin, passant par Isfahan, Iezd et Khakh et aboutissant à la frontière afghane à la latitude de Ghazik, de concessions de chemin de fer, de routes, de navigation et de télégraphes.

Quant à d'autres concessions d'un caractère territorial, le Gouvernement Allemand déclare ne vouloir les rechercher dans la zone indiquée qu'après une entente préalable avec le Gouvernement Russe.

D'autre part, le Gouvernement Impérial de Russie continuera à reconnaître à l'égard du commerce allemand en Perse le principe d'une parfaite égalité de traitement.

Nr. 10193

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Botschafter in Petersburg Grafen von Pourtalès

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Wilhelm von Stumm

Nr. 1693

Berlin, den 19. Dezember 1910
[abgegangen am 21. Dezember]

pp.* Auf die Anregung, die bezüglich Bagdadbahn und Persiens getroffenen Abreden durch Notenaustausch schriftlich zu fixieren, bin ich bereit einzugehn. Indessen vermag der von Herrn Sasonow aufgestellte Entwurf** eine geeignete Grundlage hierfür nicht abzugeben. Ich nehme an, daß es lediglich auf ein Versehen in den Bureaus des Ministeriums zurückzuführen ist, wenn in demselben von deutscher Seite zu machende Zugeständnisse wieder Aufnahme gefunden haben, die wir bereits in den im Jahre 1907 geführten Verhandlungen abgelehnt, und die wir keinesfalls gelegentlich der Besprechungen in Berlin und Potsdam gemacht haben. Hierzu gehört die uns zugemutete Erklärung, in Persien keinerlei politische Interessen zu besitzen. Eine vertragsmäßige Erklärung, in einem Lande von der Größe und der Bedeutung Persiens keine politischen Interessen zu haben, vermag eine Großmacht nicht abzugeben, ohne dabei Einbuße an ihrem Prestige zu erleiden. Überdies ist eine solche Erklärung außerordentlich dehnbar und infolgedessen geeignet, zu Meinungsverschiedenheiten zu führen. Es darf in dieser Hinsicht daran erinnert werden, daß amtliche Vertreter der russischen Regierung gelegentlich den Bau einer Trambahn in Teheran für eine politische und daher Rußland vorzubehaltende Konzession erklärt haben.

Auch von einem Verzicht deutscherseits auf concessions de navigation oder von Beschränkungen bezüglich des Erwerbs von concessions d'un caractère territorial ist zwischen uns und Herrn Sasonow nicht die Rede gewesen. Die von uns gemachte Zusage hat sich auf Eisenbahnen, Straßen und Telegraphen beschränkt. Selbst in der von Ew. pp. angeregten Form sind wir nicht in der Lage, den Wünschen des Herrn Sasonow hinsichtlich der concessions d'un caractère territorial zu entsprechen. Es würde eine zu weitgehende Beschränkung des uns für unsere wirtschaftliche Betätigung verbleibenden Feldes in Persien bedeuten, wollten wir beispielsweise

---

* Den ersten Teil des Erlasses, der die Frage eines Notenaustausches über die Potsdamer Verständigung betrifft, siehe in Kap. CCXVIII, Nr. 10175.
** Siehe Nr. 10192, Anlage.

den Erwerb von Minenkonzessionen von dem Plazet der russischen Regierung abhängig machen. Es wird sich übrigens empfehlen, im Laufe der Verhandlungen zu betonen und ausdrücklich festzustellen, daß sich unser Verzicht nur auf Bahnen, Straßen und Telegraphen bezieht, die dem öffentlichen Verkehr dienen, nicht aber auf solche, die lediglich den Anschluß industrieller oder gewerblicher Anlagen zu vermitteln bestimmt sind. Bei der geringen Entwicklung des Verkehrsnetzes in Persien ist sonst zu befürchten, daß durch Verhinderung des Ausbaus von Zufuhrwegen beispielsweise die praktische Verwertung einer erworbenen Minenkonzession russischerseits verhindert werden könnte.

Was die Fortsetzung der Bagdadbahn auf persisches Gebiet betrifft, so haben wir allerdings keinen bestimmten Zeitpunkt für die Inangriffnahme der Anschlußbahn Chanikin—Teheran ausbedungen. Wohl aber hat uns Herr Sasonow die Priorität dieses Bahnbaus zugesichert. Wenn der Minister jetzt einwendet, Rußland könne sich nicht dem aussetzen, den in Rede stehenden Anschluß herzustellen, bevor die in Betracht kommenden Abschnitte der Bagdadbahn fertiggestellt seien, so ist zu bemerken, daß der Ausbau der Bagdadbahn bis Bagdad in absehbarer Zeit zur Durchführung gelangen wird. Wir müssen darauf bestehen, daß Rußland zum mindesten die Verpflichtung übernimmt, mit dem Beginn des Ausbaus der Zweigbahn Sadijé—Chanikin auch an die Ausführung der Anschlußbahn nach Teheran heranzugehen und die Bahn innerhalb einer bestimmten, noch zu vereinbarenden Frist und nach einer zu vereinbarenden Trace herzustellen. Wollten wir uns darauf einlassen abzuwarten, bis Rußland das in Persien projektierte Bahnnetz vollendet hat, so würde das, da die russischen Pläne noch in keiner Weise feststehen und eine unbegrenzte Ausdehnungsfähigkeit erweisen dürften, mit der Hinausschiebung des gewünschten Anschlusses ad calendas graecas gleichbedeutend sein.

Bezüglich des von Herrn Sasonow vorgeschlagenen Artikels III bin ich der Ansicht, daß Alinea 2 Punkt 8* des Ew. pp. von hier aus mitgeteilten Entwurfes den Wünschen des Ministers vollkommen Rechnung trägt, indem dadurch der Bau weiterer Anschlußbahnen an die Bagdadbahn auf persisches Gebiet in praxi ohne die Zustimmung Rußlands unmöglich sein würde. Eine Zusicherung, wie sie Herr Sasonow wünscht, würde den Verzicht auf den Ausbau der Bagdadbahn auch auf türkischem Gebiet in sich schließen. Eine solche Zusicherung vermögen wir schon im Hinblick auf den Eindruck nicht abzugeben, die deren Bekanntwerden in der Türkei hervorrufen müßte.

Ich kann übrigens bei dieser Gelegenheit nicht umhin, darauf hinzuweisen, daß wir in der persischen Sache den Russen erheblich mehr Konzessionen machen als umgekehrt. Wir verzichten auf eine Reihe von Konzessionsmöglichkeiten, von denen uns Rußland nach unserem

* Im Konzept steht irrtümlich 9 statt 8, ein Fehler, der sich in der Folge einigemal wiederholt und richtig gestellt ist. Siehe Kap. CCXVIII, Nr. 10159, Anlage I.

Meistbegünstigungsvertrag mit Persien nicht ausschließen kann. Wir erhalten ein relativ vages Versprechen wegen des Anschlusses an Chanikin. Denn die Zusicherung, nichts gegen den Bau der Bagdadbahn zu unternehmen, hat für uns keine sehr erhebliche Bedeutung, da wir einen rechtsgültigen Vertrag auf Erbauung der Bahn mit der Türkei haben.

Ew. pp. beehre ich mich zu ersuchen, sich Herrn Sasonow gegenüber nach Maßgabe des Vorstehenden auszusprechen und die Verhandlungen über den geplanten Notenaustausch fortzuführen. Einem Bericht über das Ergebnis Ihrer Besprechungen werde ich mit Interesse entgegensehen.

v. Bethmann Hollweg

Nr. 10194

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Staatssekretär von Kiderlen, z. Z. in Stuttgart

Ausfertigung

Nr. 1 Berlin, den 28. Dezember 1910

Von Graf Pourtalès ist der ehrerbietigst beigefügte Bericht vom 26. d. Mts.* eingegangen.

Herr Sasonow hatte folgende Fassung in seinem von Graf Pourtalès eingereichten Entwurf** vorgeschlagen:

„Afin d'aller au devant du désir du Gouvernement Allemand de relier le chemin de fer de Bagdad au futur réseau des chemins de fer en Perse, le Gouvernement Russe s'engage à procéder, lorsque ce réseau aura été construit, à la construction d'une ligne qui se raccorderait, sur la frontière turco-persane, à la ligne Sadijé—Chanikin, quand cet embranchement du chemin de fer de Bagdad, ainsi que la ligne de Koniah à Bagdad, auront été achevés."

In dem von Euerer Exzellenz dem Grafen Pourtalès seinerzeit mitgeteilten Entwurf, auf den der Botschafter Bezug nimmt, hieß es unter Punkt 8***:

„Le Gouvernement Impérial de Russie ne fera aucune opposition à l'accomplissement du chemin de fer concédé, par la Turquie, à des entrepreneurs allemands jusqu'à Bagdad ni à un embranchement de ce chemin de fer reliant Sadijé à Hanékin; il s'engage également à faire construire

---

* Im Bericht Nr. 367 vom 26. Dezember 1910 hatte Graf Pourtalès mit Bezug auf Erlaß Nr. 1693 vom 19. Dezember (siehe Nr. 10193) das Bedenken geäußert, ob nicht das Verlangen, daß russischerseits gleichzeitig mit dem Beginn des Ausbaues der Zweigbahn Sadijé—Chanikin an die Ausführung der Anschlußbahn nach Teheran herangetreten werde, von den Russen als über die deutschen Forderungen von 1907 hinausgehend beanstandet werden könne.

** Siehe Nr. 10192, Anlage.

*** Siehe Kap. CCXVIII, Nr. 10159, Anlage I.

avant toute autre ligne en Perse le chemin de fer de Téhéran se ralignant au tronçon de Hanékin et à faire avancer les travaux de cette ligne autant que possible en relation avec les travaux pour la ligne reliant Hanékin avec la ligne de Bagdad."

Aus geheimen Nachrichten, die wir erhalten haben, geht hervor, daß Graf Benckendorff unter dem Eindruck steht, daß die russische Regierung sich uns gegenüber verpflichtet hat, mit dem Bau des persischen Anschlusses nach Chanikin zu beginnen, sobald wir die Abschnitte der Bagdadbahn nach Bagdad und nach Chanikin fertiggestellt haben würden. Er hat sich in diesem Sinne in London ausgesprochen.

Ich möchte unter diesen Umständen der Ansicht Ausdruck geben, daß es sich empfiehlt, den Grafen Pourtalès anzuweisen, jedenfalls den Versuch zu machen, von Herrn Sasonow das Zugeständnis zu erreichen, daß der Bahnbau auf persischem Gebiet gleichzeitig mit der Inangriffnahme des Anschlusses nach Chanikin auf türkischem Gebiet in Angriff genommen wird. Daß wir dies 1907 nicht verlangt haben, schließt nicht aus, daß wir es jetzt tun. Bleibt der Minister in diesem Punkt absolut hartnäckig, so können wir schließlich immer noch nachgeben.

Graf Quadt hat auf Grund von Äußerungen persischer Persönlichkeiten, die die Potsdamer Entrevue nervös gemacht hat, der Besorgnis Ausdruck verliehen, Persien könne Rußland die Konzession zu dem in Rede stehenden Anschluß verweigern. Es dürfte sich erübrigen, diese Eventualität ins Auge zu fassen. Wenn eine entsprechende Forderung Rußlands von uns in Teheran unterstützt wird, so glaube ich kaum, daß wir dort ernstlichen Widerstand gegen das Projekt zu befürchten haben.

Euere Exzellenz würde ich für eine geneigte Weisung behufs Instruierung des Grafen Pourtalès vor dem 3. Januar dankbar sein, an welchem Datum ein Feldjäger nach Petersburg geht.

Zimmermann

Nr. 10195

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen, z. Z. in Stuttgart, an den Stellvertretenden Staatssekretär Zimmermann

Eigenhändiger Privatbrief

Stuttgart, den 29. Dezember 1910

Der Sicherheit halber sende ich Ihnen die russischen Akten anbei zurück.

Wir müssen daran festhalten, daß wir von den Russen ein sicheres, also auch zeitlich begrenztes Versprechen für den Anschluß Chanikin—Teheran bekommen. Was Schoen Iswolsky vorgeschlagen, ist desolat — wenn einer drei Jahre nicht auf einen Vorschlag antwortet, kann der Anbietende unmöglich mehr gebunden sein. Ich gebe den Russen unbedingt darin recht, wenn sie sich nicht eo ipso verpflichten wollen, Chanikin—

Teheran als erste Bahn zu bauen. Wenn wir dann mit dem Anschluß nach Chanikin von der Bagdadbahn aus zögerten oder irgendwie daran gehindert würden, wären die Russen mit jedem Bahnbau so lang lahmgelegt. Ich glaube aber nicht, daß wir uns mit einem vagen Versprechen ad calendas graecas zufriedengeben können. Sie, die Russen, müssen uns eine Gewähr dafür geben, daß, wenn wir nach Fertigstellung der Linie nach Bagdad die Zweiglinie Chanikin bauen, sie ernstlich und schnell auch die Verbindung mit Teheran herstellen. Sie müssen uns also versprechen, daß sie mit dem Bau nach Chanikin von der Bagdadlinie her gleichzeitig Teheran—Chanikin bauen. Dafür eben versprechen wir ihnen, nicht selbst diese Konzession nachzusuchen, woran uns ja sonst nichts verhindern kann. Sie werden uns vielleicht antworten, sie könnten vielleicht im betreffenden Moment aus finanziellen oder ähnlichen Gründen nicht bauen. Gut, wollen wir antworten, wir werden im psychologischen Moment Euch den Bau anbieten. Könnt oder wollt Ihr nicht bauen, so bauen wir, und wir verlangen, daß Ihr uns dann keine Steine in den Weg werft. Wir sind aber nette Leute und wollen uns mit Euch zum voraus verständigen, wie es sein soll, wenn wir bauen. Wir wollen uns verpflichten, Euch jede Beteiligung am Bau, wenn er uns zufällt, zu gewähren, zu der Ihr ernsthaft imstande seid; wir wollen uns verpflichten, die Bahn, wenn wir sie bauen, keinem andern abzutreten als Euch (Vorkaufsrecht); wir wollen Euch für die eventuell von uns zu bauende Strecke alle die Vorteile bezüglich Tarife etc. zusichern, die wir von Euch verlangen, falls Ihr baut: wir wollen Euch da in jeder Weise entgegenkommen; aber den Anschluß brauchen wir, schon als Äquivalent dafür, daß Ihr von Norden her jeden Transit ausschließt. Wir können uns daher nicht darauf einlassen, auf unser Recht, uns mit Persien über die Konzesison Chanikin—Teheran direkt zu verständigen, zu verzichten, solange wir nicht die bestimmte Zusage haben, daß in bestimmter Frist, wenn wir in Chanikin sind, nach Teheran gebaut wird. Drei Jahre hat uns die russische Regierung auf eine Antwort warten lassen — jetzt müssen wir auf positive Zusagen dringen. Wir haben durch Einwirkung auf Türkei, die wir Pourtalès mitgeteilt, mehr als guten Willen gezeigt und gegen alle Verleumdungen unserer Politik nicht reagiert. Wenn uns nun Rußland gar nichts bietet als vage Versprechungen, wollen wir unsere volle Aktionsfreiheit wieder aufnehmen. Wir verzichten auf Selbstbauen, wir verzichten auf Bahnen, Wege, Telegraphen im nördlichen Persien, zu denen wir an sich berechtigt, und da will uns Rußland mit vagen, unfaßbaren Versprechungen abspeisen! Wir haben das Versprechen, wenn dies auch vielleicht nicht expressis verbis geschah, nie anders aufgefaßt, als daß Rußland den Bau Teheran—Chanikin pari passu mit unsrem Bau nach Chanikin von Süden her aufnimmt.

Sollte Sasonow von Schoens Forderungen an Iswolsky reden, so soll Pourtalès ihm sagen, die seien schon allein dadurch beseitigt, daß er von seinen Bureaus habe Forderungen aufstellen lassen, die selbst über die

Iswolskyschen hinausgingen. Mir scheint das ungefähr die Sprache, die wir in Petersburg führen sollten. Meo voto müssen wir Pourtalès etwas das Rückgrat stärken. Ich stelle Ihnen alles Weitere anheim.

Kiderlen

Nr. 10196

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Botschafter in Petersburg Grafen von Pourtalès

Konzept

Nr. 5 Berlin, den 2. Januar 1911
[abgegangen am 3. Januar]

Auf den Bericht Nr. 367*.

Unsere Vorschläge vom Jahre 1907 wegen der Anschlußbahn von Chanikin nach Teheran, die drei Jahre lang unbeantwortet geblieben sind, können uns jetzt nicht mehr entgegengehalten werden. Sie sind durch die Ereignisse überholt und haben, wie jede andere Offerte, die nicht in angemessener Frist Annahme findet, jede Bedeutung verloren. Sollte Herr Sasonow die Verhandlungen von 1907 zum Vergleich heranziehen, so würden Euere Exzellenz dem Minister erwidern können, unsere damaligen Vorschläge seien schon dadurch abgetan, daß in den Bureaus seines Ministeriums Forderungen aufgestellt seien, die selbst über die des Herrn Iswolsky hinausgingen.

Wir müssen darauf bestehen, daß uns Rußland eine bindende, also auch hinsichtlich des Zeitpunktes der Einlösung unzweideutige Zusage erteilt. Scheut sich Herr Sasonow zu versprechen, daß der Anschluß Chanikin—Teheran als erste Bahn in Persien gebaut wird, so wollen wir dies hinnehmen. Wir müssen aber, schon mit Rücksicht auf die Ausführungen des Grafen Quadt in dem abschriftlich beigefügten Bericht vom 20. v. Mts.**, eine Gewähr dafür erhalten, daß Rußland, wenn wir nach Fertigstellung der Bahn bis Bagdad den Bau der Zweiglinie nach Chanikin in Angriff nehmen, ernstlich und schnell auch die Verbindung mit Teheran herstellt. Darum muß uns der Minister versprechen, daß die Linie Teheran—Chanikin gleichzeitig mit dem Bau der Strecke Sadijé—Chanikin ausgeführt wird. Eine solche Zusage brauchen wir als Äquivalent dafür, daß wir auf unser unanfechtbares Recht verzichten, uns mit Persien über die Konzession Chanikin—Teheran direkt zu verständigen. Sollten die Russen im kritischen Augenblick aus finanziellen oder anderen Gründen zur Durchführung des Baus nicht in der Lage oder nicht gewillt sein, so sind wir bereit, den Bau zu übernehmen. Für diesen Fall wollen wir uns schon

* Vgl. Nr. 10194, Fußnote *.

** In Bericht Nr. A 303 vom 20. Dezember hatte Graf Quadt auf Grund von Äußerungen des russischen Dragomans Baranowsky der Überzeugung Ausdruck gegeben, daß die Bahn Chanikin—Teheran „nie von den Russen gebaut werden wird", und daß sie alles in ihren Kräften Stehende tun würden, um den Bau zu verhindern.

jetzt verpflichten, Rußland jede gewünschte Beteiligung an dem Bahnbau zu gewähren, alle von uns selbst in Anspruch genommenen tarifarischen und sonstigen Vorteile einzuräumen und im Hinblick auf die Eventualität einer späteren Abtretung ein Vorkaufsrecht offenzuhalten. Wir würden den Bau im psychologischen Moment zunächst den Russen anbieten und ihn nur dann selbst in die Hand nehmen, wenn Rußland nicht bauen kann oder will, würden indessen verlangen, daß Rußland uns dann keine Steine in den Weg wirft. Der Anschluß nach Teheran ist für uns schon als Ausgleich dafür, daß Rußland von Norden her jeden Transit unterbindet, schlechterdings unentbehrlich.

Wir haben durch die Ew. Exzellenz bekannte Demarche in Konstantinopel* weit über die Potsdamer Abmachungen hinaus unseren guten Willen gezeigt und haben alle Verleumdungen unserer Politik über uns ergehen lassen, ohne darauf zu reagieren. Wir sind nach wie vor bereit, den Bau des Anschlusses nach Teheran Rußland zu überlassen und auf den uns an sich freistehenden Wettbewerb um Konzessionen für Bahnen, Wege und Telegraphen im nördlichen Persien zu verzichten. Als Entgelt müssen wir aber klare und bestimmte Zusagen verlangen. Die uns hier und in Potsdam gegebenen Versprechen haben wir nie anders aufgefaßt, als daß Rußland den Bau Teheran—Chanikin pari passu mit unserem Bau Sadijé—Chanikin aufnehmen will. Glaubt Herr Sasonow, diese Zusage nachträglich abzuschwächen und uns statt dessen mit vagen, nicht greifbaren Zusicherungen abspeisen zu können, so ziehen wir es vor, unsere volle Aktionsfreiheit wieder aufzunehmen.

Euere Exzellenz bitte ich, bei Ihren Besprechungen mit Herrn Sasonow vorstehende Gesichtspunkte verwerten und mich über den weiteren Verlauf der Verhandlungen auf dem laufenden halten zu wollen.

v. Bethmann Hollweg

Nr. 10197

Der Gesandte in Teheran Graf von Quadt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 1 Teheran, den 5. Januar 1911

Im Anschluß an Telegramm Nr. 108**.

Russischer Gesandter sagt, er habe seine Regierung gebeten, gegen französischen Berater in Paris zu protestieren. Quadt

Randvermerk Zimmermanns für den Staatssekretär:
Herr Cambon hat im Auftrage seiner Regierung beim letzten Diplomatenempfang angefragt, ob wir gegen die Erfüllung der persischerseits an Frankreich gerichteten

* Vgl. Nr. 10190.

** Nach Telegramm Nr. 108 vom 30. Dezember hätte Frankreich der persischen Regierung auf ihre Bitte je einen Berater für die Justiz und für das Innere bewilligt.

Bitte um Überlassung je eines französischen Beraters für die Justiz und das Innere Bedenken zu erheben haben würden. Ich habe ihm erwidert, daß ich in dieser Frage Euerer Exzellenz Entschließungen nicht vorgreifen wolle. Herr Cambon behielt sich daher vor, auf die Angelegenheit Euerer Exzellenz gegenüber zurückzukommen.

Meines Erachtens bestehen gegen Erfüllung des vorliegenden persischen Ansuchens keine derartigen Bedenken, wie wir sie gegen die Überlassung von sieben französischen Beratern in die persische Finanzverwaltung geltend machen mußten.* Wir dürften vielmehr der Überlassung je eines französischen Beraters für Justiz und Inneres unbedenklich unter der Herrn Cambon zu eröffnenden Voraussetzung zustimmen können, daß im Falle endgültiger Bestellung französischer Berater für die gedachten Verwaltungszweige selbstverständlich auch gegen die eventuelle Erfüllung gleichartiger persischer Gesuche seitens Deutschlands ebensowenig Bedenken zu erheben sein würden.

Die vertrauliche Verwertung dieser Antwort in Petersburg und London dürfte genügen, um die Frage der Bestellung französischer Berater für Persien definitiv zu begraben**.

Zum nächsten Botschafterempfang (Frankreich) wiedervorlegen.

Z. 6 1.

Nr. 10 198

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 7 St. Petersburg, den 8. Januar 1911

In einer längeren Besprechung mit Herrn Sasonow über den Notenaustausch wegen Persiens und der Bagdadbahn habe ich gemäß den Weisungen der hohen Erlasse Nr. 1693 vom 19. Dezember 1910*** und Nr. 5 vom 2. d. Mts.† die Punkte hervorgehoben, bezüglich deren wir auf eine Abänderung des russischen Entwurfs bestehen müssen. Obwohl ich anfangs einem starken Widerstand begegnete und der Minister bis jetzt auch noch in keinem Punkte Zugeständnisse definitiv zugesagt hat, scheint mir doch ein Nachgeben russischerseits in den Hauptpunkten nicht ganz ausgeschlossen. Mehr möchte ich heute noch nicht sagen, denn Herr Sasonow bemerkte ausdrücklich, er könne zu den von uns gewünschten Abänderungen ohne Ermächtigung seines kaiserlichen Herrn, und ohne unsere Wünsche dem Ministerrat unterbreitet zu haben, nicht definitiv Stellung nehmen.

Ich habe bei den Verhandlungen das Hauptgewicht auf die Festlegung des Termins für den Bau der Bahn Teheran—Chanikin legen zu zu sollen geglaubt. Die Hartnäckigkeit, mit der Herr Sasonow den Stand-

---

* Vgl. Kap. CCXVII, Nr. 10090ff.

** Tatsächlich telegraphierte Sasonow auf Grund der deutschen „Antwort" am 15. Januar an Iswolsky, daß unter diesen Umständen ein Verzicht Frankreichs auf die Entsendung von Beratern nach Persien wünschenswert sei. Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskys 1911—1914, ed. Friedrich Stieve I, 12f.

*** Siehe Nr. 10193.

† Siehe Nr. 10196.

punkt vertrat, daß Rußland sich in dieser Beziehung in keiner Weise binden könne, ließ es anfangs aussichtslos erscheinen, daß er in diesem Punkte mit sich handeln lassen werde. Selbst als ich durchblicken ließ, daß seine Weigerung eventuell die ganzen Verhandlungen zum Scheitern bringen könnte und wir dann volle Aktionsfreiheit wieder für uns in Anspruch nehmen würden, machte dies nicht den erwünschten Eindruck. Erst allmählich wurde der Minister nachgiebiger und erklärte schließlich, daß er sich die Sache überlegen werde. Der Gedanke, daß wir eventuell die Bahn selbst bauen könnten, wobei Rußland auf derselben die gleichen Vorteile wie wir genießen und wir der russischen Regierung außerdem das Vorkaufsrecht bezüglich dieser Linie zugestehen würden, schien ihm bei näherer Betrachtung diskutierbar. Ich halte es für möglich, daß auf dieser Basis eine Einigung erzielt wird.

Bezüglich der meisten anderen Punkte machte Herr Sasonow zwar ebenfalls große Schwierigkeiten und erklärte, nur sehr ungern von dem bisher eingenommenen Standpunkt abzugehen, immerhin habe ich einige Hoffnung, diese Schwierigkeiten zu überwinden. Nur bezüglich einer von uns erhobenen Forderung bat mich der Minister dringend, Euere Exzellenz zu bitten, den Wünschen Rußlands entgegenzukommen und von dieser Forderung abzustehen. Es handelt sich um die Streichung der Worte „de navigation" hinter den Worten „concessions de chemin de fer, de routes" im Paragraph IV des russischen Entwurfes vom 25. November a. St.*

Als ich den Minister darauf hinwies, daß die Worte „de navigation" in dem russischen Entwurf von 1907 nicht gestanden hätten, also in den uns gestellten Zumutungen noch über den von uns seinerzeit als unannehmbar bezeichneten Entwurf des Herrn Iswolsky hinausgehe, berief sich Herr Sasonow auf seine Unterredungen mit Euerer Exzellenz und dem Herrn Staatssekretär, in welchen er wiederholt auf den großen Wert hingewiesen habe, den Rußland aus politischen und strategischen Gründen darauf legen müsse, daß die Schiffahrt auf dem Urmiasee nicht in fremde Hände gelange. Euere Exzellenz darf ich gehorsamst bitten, mich hochgeneigtest mit Weisung darüber versehen zu wollen, ob es angängig erscheint, den Russen in diesem Punkte nachzugeben und die Worte „de navigation" eventuell unter Hinzufügung der Worte: „sur le lac d'Ourmia" stehen zu lassen. Ich hoffe dann zu erreichen, daß man russischerseits auf den Zusatz „quant à d'autres concessions d'un caractère territorial etc." ganz verzichtet, obgleich dieser Verzicht Herrn Sasonow augenscheinlich sehr schwer wird. F. Pourtalès

---

Bemerkung von Kiderlens am Kopf des Schriftstücks:
Meo voto können wir, mit der Beschränkung auf den Urmiasee, zustimmen. K.
Bemerkung von Bethmann Hollwegs dazu:
Einverstanden**. v. B. H.

---

* Siehe Nr. 10192, Anlage.

** Durch Telegramm Nr. 8 vom 12. Januar wurde Graf Pourtalès in diesem Sinne verständigt.

Nr. 10199

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 3 St. Petersburg, den 10. Januar 1911

Herr Sasonow ist über Veröffentlichung der „Evening Times*" aufs höchste empört und fest entschlossen, falls die Spuren der begangenen Indiskretion auf sein Ressort zurückzuführen sein sollten, selbst vor einem Hochverratsprozeß nicht zurückzuschrecken. Er versichert allerdings auf das bestimmteste, seiner Beamten sicher zu sein. Er ließ Verdacht deutlich durchblicken, daß Indiskretion in Berlin begangen sein müsse. Auf meinen Protest begründete er Verdacht damit, daß nachträglich abgeändertes vorletztes Alinea des Paragraphen IV des neuen russischen Entwurfs in dieser Fassung nur in Berlin bekannt sei. Selbst in seinem Ministerium sei letzte Abänderung dieses Alinea nur ihm, Herrn von Klemm und viel-

---

* Am 6. Januar hatte die in London erscheinende „Evening Times" in einem aus Petersburg datierten Telegramm den Text des Sasonowschen Entwurfs für das deutsch-russische Abkommen über Persien enthüllt. Siehe den Wortlaut, den der Entwurf danach hatte, in Schultheß' Europäischem Geschichtskalender, Jg. 1911, S. 2. Die Enthüllung rief überall das größte Aufsehen hervor. Den Urheber der Indiskretion wollte Sasonow im Einklang mit der „Nowoje Wremja" in Berlin suchen; der russische und der französische Botschafter in London, Graf Benckendorff und Paul Cambon, erklärten indes dies für ausgeschlossen, da gar nicht einzusehen sei, was Deutschland dabei gewinnen könne. Graf Benckendorff an Sasonow, 15. Januar 1911 (v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 374). Graf Pourtalès ließ sich in einem Privatbrief an Kiderlen vom 11. Januar über die Frage des Urhebers dahin aus: „Nach dem Satz ‚is fecit, cui prodest', muß man annehmen, daß die Mitteilung des Schriftstückes von einer Seite ausgeht, der besonders daran liegt, die Engländer darüber zu beruhigen, daß tatsächlich zwischen uns und Rußland nichts anderes als ein relativ harmloses Abkommen über Persien vereinbart worden ist. Ich denke mir also, daß der russische Entwurf von einem Herrn des Ministeriums, der auch Kenntnis von der letzten Abänderung hatte, sagen wir also vielleicht Herrn Sawinsky (Chef de la Chancellerie) einem Mitglied der englischen Botschaft gezeigt worden ist. Dieses Mitglied könnte der Botschaftsrat O'Beirne gewesen sein, der ein großer Intrigant und Deutschenfeind ist. Ihm wird es nicht schwer geworden sein, den Inhalt des Schriftstückes in eine wenig bekannte englische Zeitung zu lancieren. O'Beirne machte vor ganz kurzem eine mysteriöse Reise nach Berlin, von der eine mit dem hiesigen Ministerium des Äußeren in Fühlung stehende Dame einem meiner Kollegen gegenüber behauptete, daß sie einer ‚politischen Mission' gelte. Diese Reise könnte mit der Intrige in Zusammenhang stehen. Doch das alles sind nur Vermutungen, ohne greifbare Unterlage. Sie sind zum Teil auch darauf basiert, daß Iswolsky seine Hand mit im Spiele haben könnte." In einem Bericht vom 16. Januar (Nr. 15) bemerkt Graf Pourtalès dann, er erfahre von russischer Seite, daß die „Evening Times" in der Tat das Dokument aus Paris erhalten habe. Und in einem Privatbrief an Kiderlen vom 16. Januar: „Die Intrige mit der Veröffentlichung des russischen Entwurfes für unser Abkommen dürfte nun . . . ziemlich aufgedeckt sein. Es hat ja auch die größte Wahrscheinlichkeit für sich, daß Iswolsky der Urheber ist. Auch Sawinsky ist immer einer derjenigen gewesen, die ich in erster Linie im Verdacht hatte, bei der Intrige beteiligt zu sein." Iswolsky hat allerdings gegen

leicht auch Herrn Neratow* bekannt. Minister wolle englischen Botschafter**, den er nach mir sah, bitten, in London Nachforschungen nach Ursprung der Veröffentlichung der „Evening Times“ zu beantragen.

Pourtalès

Nr. 10200

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Petersburg Grafen von Pourtalès

Telegramm
Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Wilhelm von Stumm

Nr. 7 Berlin, den 11. Januar 1911

Auf Telegramm Nr. 3***.

Daß Indiskretion hier begangen sein könnte, wie dies nunmehr auch „Nowoje Wremja“ andeutet, halte ich für ausgeschlossen. Es ist aber nicht nötig, daß dieselbe gerade in Petersburg oder Berlin erfolgt ist. Es kann auch von einer der Missionen ausgehn, die über Verhandlungen auf dem laufenden gehalten wurden. Wir haben unsere auswärtigen Vertretungen nicht informiert. Bitte dies bei Herrn Sasonow verwerten.

Kiderlen

Nr. 10201

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 5 St. Petersburg, den 12. Januar 1911

Mit Bezug auf Telegramm Nr. 7†.

Herr Sasonow gibt zu, daß russischer Entwurf einigen russischen Botschaftern mitgeteilt worden sei, aber nicht mit der abgeänderten Fassung des vorletzten Alinea des Paragraphen IV, der nur den vom Minister schon früher genannten, absolut sicheren Personen bekannt sei. Hieraus gehe hervor, daß Indiskretion nicht an drittem Ort begangen sein könne. Ich fand Minister heute ruhiger. Er betonte von neuem, daß, woher auch die

---

seine Urheberschaft Protest erhoben. Bericht Freiherrn von Schoens Nr. 74 vom 29. Januar 1911. Später taucht in den Akten die Version auf, daß ein internationaler Agent Maimon, der mit Tardieu in Verbindung stand, sich auf dem Wege eines Aktendiebstahls im Quai d'Orsay Kenntnis von dem Sasonowschen Entwurf verschafft und ihn an die „Evening Times“ gegeben habe. Über den Ausgang der Maimonaffäre ist aus den Akten nichts zu entnehmen.

* Gehilfe des Ministers des Äußern.

** Sir G. W. Buchanan.

*** Siehe Nr. 10199.

† Siehe Nr. 10200.

mit durchsichtiger Tendenz eingefädelte Intrige stammen möge, dieselbe an dem zwischen unseren beiden Regierungen und vor allem zwischen den beiden Souveränen bestehenden Vertrauensverhältnis abprallen müsse.

Pourtalès

Nr. 10202

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 8 Pera, den 12. Januar 1911

Die türkische Presse regt sich in steigendem Maße wegen der Potsdamer Verabredungen auf. Die sensationellen Mitteilungen englischer und französischer Blätter, die von den auswärtigen Agenturen hierher telegraphiert werden, richten in den türkischen Köpfen eine hochgradige Konfusion an. Im heutigen „Tanin" polemisiert Hussein Dschahid gegen die Abmachungen, wie sie die „Evening Times" gemeldet und der „Temps" vom 8. d. Mts. bestätigt hatte. Gegen den Anschluß in Chanikin wird nach den von mir gegebenen Erklärungen keine Beschwerde mehr erhoben, dagegen an der angeblichen Bestimmung, daß Deutschland im Norden der Bagdadbahn keine Bahn bauen oder unterstützen werde, die schärfste Kritik geübt. Die Quintessenz dieser Stipulation wird darin gefunden, daß Rußland gemeinsam mit Deutschland die Türkei verhindert, in Ostanatolien Bahnen zu bauen, und damit dieselbe der Möglichkeit beraubt, sich gegen einen russischen Angriff zu verteidigen. Da Frankreich als Alliierter Rußlands ebenfalls die Bahn nicht bauen werde, so habe Rußland seinen Zweck, die Türkei wehrlos zu machen, erreicht. Es wird direkt diese Verabredung als ein „unfreundlicher Akt gegen die Türkei" bezeichnet und zugleich auf die Rücksichtslosigkeit hingewiesen, welche darin liege, daß Deutschland und Rußland über innere Angelegenheiten der Türkei Beschlüsse faßten, ohne die Pforte zuzuziehen oder ihr auch nur amtlich Kenntnis von den Verabredungen zu geben. Ähnlich sprechen sich der „Sabah" und andere Blätter aus. Die von der „Agenzia Stefani" heute hierher telegraphierte Nachricht, daß die „Daily News" in Übereinstimmung mit den Meldungen des „Daily Telegraph" den bevorstehenden Abschluß eines deutsch-englischen Akkord über Mesopotamien anzeigt, wird natürlich die Beunruhigung noch steigern.

Der Hinweis auf den Wortlaut der Reichstagsrede des Herrn Reichskanzlers* bietet für mich keine genügenden Waffen, um dieser politischen Brunnenvergiftung entgegenzutreten. Ich würde daher dankbar sein,

---

* Vgl. über Bethmann Hollwegs Reichstagsrede vom 10. Dezember 1910 Kap. CCXVIII, Nr. 10169, Fußnote ***.

wenn ich zu einer amtlichen Erklärung darüber ermächtigt würde, ob und was in der Potsdamer Entrevue hinsichtlich Eisenbahnen auf türkischem Gebiet verabredet worden ist. Ohne eine solche amtliche Erklärung fürchte ich, daß Stimmung der Türken uns gegenüber wesentlich verschlechtert werden würde.

Wie mir mein Vertrauensmann mitteilt, hatte Hussein Dschahid gestern eine einstündige Unterredung mit Herrn Bompard*.

Marschall

Nr. 10203

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Marschall

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 6 Berlin, den 13. Januar 1911

Mit Bezug auf Telegramm Nr. 8**.

Euerer pp. ist aus meinen bisherigen Mitteilungen bekannt, daß unsere Verabredungen mit Rußland sich ausschließlich auf den Bahnbau und Bahnanschlüsse in Persien beziehen.

Dies ist auch hiesigem türkischen Botschafter bekannt gegeben. Ich stelle anheim, es der türkischen Regierung amtlich zu wiederholen. Dies muß unserer Ansicht nach türkischer Regierung genügen, und wir können ihr Aufklärung dortiger öffentlicher Meinung überlassen. Euere pp. wollen dabei noch bemerken, daß, wenn türkische Regierung den phantastischen Nachrichten englischer und französischer Blätter, die Verhetzungstendenz in einer unverkennbaren Weise auf der Stirne tragen, mehr Glauben schenken will als unseren amtlichen Versicherungen, so würden wir allerdings unsere Konsequenzen daraus ziehen müssen. Über die schwebenden Verhandlungen die Türkei auf dem laufenden zu erhalten, sind wir weder verpflichtet noch auch berechtigt. Zu Ihrer persönlichen Information bemerke ich aber, daß allerdings russischerseits vorgeschlagen war, zu sagen:

„Le Gouvernement Allemand s'engage, pour sa part, à ne pas construire de lignes de chemin de fer dans la zone située entre la ligne de Bagdad et les frontières russe et persane au nord de Hanékin, ni à prêter son appui matériel ou diplomatique à des entreprises de ce genre dans la zone indiquée."

Unser Vorschlag dagegen lautet:

„En ce qui concerne la construction d'autres lignes de raccordement, aucune décision ne sera prise de part et d'autre, sans un accord préalable entre les deux Gouvernements."

---

* Französischer Botschafter in Konstantinopel.

** Siehe Nr. 10202.

Wir haben unsern Gegenvorschlag ausdrücklich so motiviert*: Bezüglich des von Herrn Sasonow vorgeschlagenen Artikels III bin ich der Ansicht, daß Alinea 2 Punkt 8 des Ew. pp. von hier aus mitgeteilten Entwurfes den Wünschen des Ministers vollkommen Rechnung trägt, indem dadurch der Bau weiterer Anschlußbahnen an die Bagdadbahn auf persisches Gebiet in praxi ohne die Zustimmung Rußlands unmöglich sein würde. Eine Zusicherung, wie sie Herr Sasonow wünscht, würde den Verzicht auf den Ausbau der Bagdadbahn auch auf türkischem Gebiet in sich schließen. Eine solche Zusicherung vermögen wir schon im Hinblick auf den Eindruck nicht abzugeben, die deren Bekanntwerden in der Türkei hervorrufen müßte.

Was die törichte Nachricht von einer Abmachung über Mesopotamien betrifft, so wollen Sie Großwesir** einfach sagen, wir hielten Mesopotamien nach wie vor für eine türkische Provinz, über die Abmachungen Dritter ohne Zustimmung der Türkei bedeutungslos sein würden.

Kiderlen

Randvermerk von Kiderlens:
Vielleicht wäre es nützlich, sich morgen Osman kommen zu lassen und mit ihm ein ernstes Wort zu reden.

K. 12/1.

Nr. 10204

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 10 Pera, den 13. Januar 1911

Die Hetze gegen uns aus Anlaß des deutsch-russischen Abkommens dauert auch in der heutigen Presse unvermindert fort. Dieselbe ist offenbar von Paris, vielleicht auch von London aus inspiriert. Nach meinen Informationen steht es außer Zweifel, daß Herr Sasonow die jüngsten in der „Evening Times" als „Ergebnis der Potsdamer Entrevue" angegebenen vier Punkte sowohl dem Pariser wie dem Londoner Kabinett notifiziert hat und von da aus der Pforte amtlich Mitteilung gemacht worden ist. In welcher Weise gegen uns agitiert wird, zeigt der heutige Leitartikel des französischen „Moniteur Oriental"; da wird zunächst der angebliche Artikel III behandelt und dann gesagt:

„L'Empire Ottoman est, de par la volonté de deux puissances étrangères, en quelque sorte destitué du droit d'exercer sa souveraineté sur son propre territoire, puisqu'on décide, en dehors de lui, que telle et telle entreprise d'utilité publique ou de sécurité nationale ne s'exécutera pas, car on saura bien les empêcher. Point n'est besoin d'être chauvin pour

---

* Vgl. Nr. 10193.
** Hakki Pascha.

s'alarmer d'une convention contenant de pareil dispositif: le nationalisme le moins chatouilleux serait amplement fondé à en prendre ombrage." Am Schluß wird dann behauptet, daß Deutschland bereits mit England wegen Kueit abgeschlossen und die englischen Rechte auf diesen Platz anerkannt habe.

Nachdem die deutsch-russischen Verhandlungen von Paris und London aus Gegenstand amtlicher Mitteilungen an die Pforte geworden sind, ist eine alsbaldige amtliche Erklärung unsererseits unumgänglich nötig. Da unsere Gegner konkrete Behauptungen über den Inhalt der Verhandlungen aufgestellt haben, wird eine allgemeine Versicherung, daß türkische Rechte unangetastet bleiben würden, nicht genügen. Dagegen würde die Erklärung, daß „Bahnstrecken, die auf türkischem Gebiet liegen, überhaupt nicht Gegenstand der Verhandlungen mit Rußland bilden", ihre Wirkung nicht verfehlen.

Daß den Türken die Anerkennung der russischen Einflußsphäre im Norden Persiens unbequem ist, scheint begreiflich. Aber darin werden und müssen sie sich finden.

Marschall

Nr. 10205

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 11 Pera, den 14. Januar 1911

Antwort auf Telegramm Nr. 6*.

Ich habe soeben Rifaat Bey** folgende mündliche Mitteilung gemacht: „Wie bereits Osman Nisami erklärt worden ist, beziehen sich die Verhandlungen zwischen Deutschland und Rußland ausschließlich auf den Bahnbau und die Bahnanschlüsse in Persien. Die Kaiserliche Regierung ist weder berechtigt noch verpflichtet, über schwebende Verhandlungen mit einem dritten Staat nach außen hin Mitteilung zu machen; sie muß dagegen erwarten, daß ihre amtlichen Erklärungen gegenüber den bekannten Versuchen, die guten Beziehungen zwischen der Türkei und Deutschland zu trüben, bei der Pforte unbedingt Vertrauen finden. An der Pforte ist es, die türkische öffentliche Meinung aufzuklären. Sollte dieselbe derartigen Tendenzen mehr Glauben schenken als unseren amtlichen Versicherungen, so bliebe uns nichts übrig, als die Konsequenzen aus einer solchen Sachlage zu ziehen."

Der Minister dankte mir lebhaft für meine Erklärung mit der Versicherung, daß damit jedenfalls Grund zur Beunruhigung wegfalle. Daß

---

* Siehe Nr. 10203.

** Türkischer Minister des Äußern.

eine solche in der türkischen Presse eingetreten sei, rühre daher, daß der von einem englischen Blatt veröffentlichte angebliche Wortlaut der deutsch-russischen Vereinbarung auch von der ernsten ausländischen Presse als authentisch behandelt worden sei. Die Beunruhigung der öffentlichen Meinung namentlich über Artikel III sei momentan um so größer gewesen, als das Mißtrauen gegen Rußland und dessen Absichten „est profondement ancrée dans les têtes turques." Ohne eine amtliche deutsche Erklärung sei es daher für die Pforte unmöglich gewesen, wirksam die öffentliche Meinung zu belehren. Nachdem diese Erklärung vorliege, werde die Regierung ihre Pflicht tun. Man möge in Berlin glauben, daß der Glaube an die deutsche Freundschaft im türkischen Volke unerschütterlich sei und durch solche Zwischenfälle nicht alteriert werde.

Rifaat Bey frug mich darauf, ob Deutschland den russisch-englischen Vertrag wegen Persien vom Jahre 1907 anerkannt habe? Ich erwiderte, daß ich über den Inhalt schwebender Verhandlungen keinerlei Auskunft zu geben berechtigt sei. Als der Minister darauf die Befürchtung aussprach, daß die Türkei nunmehr mit Rußland wegen der persischen Grenze in ernste Schwierigkeiten geraten werde, habe ich ihm gesagt, daß ich ihn, wie er sich erinnern müsse, wiederholt vor den Gefahren des Vordringens türkischer Truppen auf persisches Gebiet gewarnt hätte, die Pforte also Deutschland am allerwenigsten dafür verantwortlich machen könne, wenn jenes Vorgehen zu Differenzen führe. Der Minister gab dies zu.

Nach der Art, wie sich Rifaat Pascha entschuldigte, habe ich keinen Zweifel mehr darüber, wie es sich mit dem angeblichen Wortlaut der deutsch-russischen „Vereinbarung" der „Evening Times" verhält. Herr Sasonow hatte seine einseitigen Vorschläge nach Paris und London telegraphiert. Von dort aus sind dieselben an die hiesige englische und französische Botschaft weiter gegeben, als Vereinbarung in der Presse publiziert und hier verwertet worden. Man wird zugeben müssen, daß die Pforte gegenüber dem Intrigenspiel, welches sich an ein amtliches Schriftstück geknüpft hat, vor einer amtlichen Richtigstellung unsererseits kaum mit Erfolg die öffentliche Meinung beruhigen konnte.

Ich habe dem Minister gleichzeitig die befohlene Erklärung wegen Mesopotamien abgegeben.

Marschall

Randvermerk von Kiderlens:

Herrn Wirklichen Geheimen Legationsrat Zimmermann.

Die Entschuldigungen für türkische Torheiten in fine sollten doch nicht Gegenstand des Telegramms eines Kaiserlichen Botschafters bilden.

Wir wollen über dieses Telegramm noch gelegentlich sprechen. K.

Nr. 10206

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 13 Pera, den 17. Januar 1911

Rifaat Pascha las mir heute, wohl um die passive Haltung der Regierung gegenüber der jüngsten Erregung zu entschuldigen, ein Telegramm Turkhan Paschas vor des Inhalts: In russischen Kreisen erkläre man, die Veröffentlichung der „Evening Times" sei zwar in der Redaktion nicht überall korrekt, gebe aber den Grundgedanken der schwebenden Verhandlungen zutreffend wieder. Rifaat Pascha knüpfte daran den nochmaligen Ausdruck des Dankes für meine jüngste Erklärung, welche allgemein beruhigt habe.

Vertraulich sagte mir der Minister, er habe die Absicht, ebenfalls Verhandlungen mit Rußland über Persien anzuknüpfen. Das Interesse der Türkei als Nachbarstaat werde man in St. Petersburg wohl nicht bestreiten können. Es handele sich für die Pforte nur darum, irgendeine Zusicherung bezüglich der Integrität Persiens zu erhalten. Ob und welche Großmacht in den einzelnen Teilen dieses Landes einen präponderierenden Einfluß ausübe, käme für die Türkei weniger in Betracht. Auf die Frage des Ministers, ob ich glaube, daß die Kaiserliche Regierung bereit sein würde, in St. Petersburg den Eintritt in solche Verhandlungen mit der Pforte zu befürworten, habe ich erwidert, daß ich keine Auskunft darüber zu geben vermöge.

Marschall

Nr. 10207

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Marschall

Konzept von der Hand des Dirigenten der Politischen Abteilung Zimmermann

Nr. 41 Berlin, den 18. Januar 1911

Auf Telegramm Nr. 13 vom 17. d. Mts.*

An einer türkisch-russischen Verständigung über Persien haben wir kein Interesse. Andererseits dürfte die Annahme nahe liegen, daß die Pforte behufs Einleitung entsprechender Verhandlungen kaum ernstlich an unsere Vermittelung denkt. Wir werden daher die Anregung Rifaat Paschas bis auf weiteres auf sich beruhen lassen können. Sollte der Minister wider Erwarten darauf zurückkommen, so bitte ich Euere Exzellenz, ihm anzudeuten, daß nach unserer Ansicht Rußland ein Eingehen auf den

* Siehe Nr. 10206.

türkischen Wunsch nicht ablehnen wird und daher schon aus diesem Grunde ein direktes Benehmen der Pforte mit dem Petersburger Kabinett empfehlenswert erscheint.

Kiderlen

Nr. 10208

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 52 London, den 18. Januar 1911

Sir Edward Grey streifte gestern im Gespräche mit mir auch die deutsch-russischen Verhandlungen mit der Bemerkung, dieselben hätten viel Aufsehen in der Presse erregt. Manche ungünstige Kritik in der Presse sei darauf zurückzuführen, daß sich die öffentliche Meinung der verschiedenen Länder immer noch nicht von dem Argwohn befreien könne, daß, wenn zwei Regierungen sich über einen speziellen Punkt, der bisher eine Streitfrage gebildet, einigten, darin ein Nachteil oder eine Spitze gegen Dritte zu erblicken sei.

P. Metternich

Nr. 10209

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Dirigenten der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes Zimmermann

Eigenhändiger Privatbrief

St. Petersburg, den 20. Januar 1911

Herr Sasonow sagte mir vor einigen Tagen, die Gegenvorschläge, die ich ihm zu seinem projet betreffend Bagdadbahn pp. (in Gemäßheit der Erlasse Nr. 1693 vom 19. Dezember v. Js.* und Nr. 5 vom 2. d. Mts.**) gemacht hätte, würden noch geprüft, und es würden wohl noch 10—14 Tage vergehen, bis er mir seinen Standpunkt zu denselben mitteilen könne. Vorher müßten noch der Zar und der Ministerrat gehört werden. Vorgestern kam nun der Minister auf den Gegenstand zurück und erzählte, er habe unsere Vorschläge bzw. unsere Bedenken gegen seinen Entwurf dem Kaiser vorgetragen. Ein Beschluß über die uns zu erteilende Antwort sei zwar noch nicht gefaßt, aber er wolle mir vertraulich mitteilen, daß der Kaiser an der von uns gewünschten Abänderung des Artikel III des russischen Entwurfes Anstoß genommen habe. Der Zar habe sich mit

* Siehe Nr. 10193.
** Siehe Nr. 10196.

Recht auf den Standpunkt gestellt, daß die Fassung des Alinea 2 Punkt 8 des mir mit Erlaß Nr. 1604 vom 15. November* übersandten Entwurfes: „En ce qui concerne la construction d'autres lignes de raccordement etc.", Rußland nicht genügen könne. Natürlich schiebt Sasonow wieder den Zaren vor. Ich habe mich über diesen Punkt längere Zeit mit dem Minister herumgestritten, ohne daß er sich überzeugen lassen wollte. Die von uns gewünschte Formulierung bezeichnete er als zu „vage" und meinte, dieser Punkt müsse präziser ausgedrückt werden, da die Russen aus den bekannten strategischen Gründen Garantien haben müßten, daß nördlich von Chanikin keine weiteren Anschlußbahnen nach dieser Türkei gebaut würden. Vielleicht wollen die Russen versuchen, von uns irgendeine Formulierung zu erreichen, welche den Türken nicht angenehm sein wird.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich Ihre Aufmerksamkeit auf eine Stelle des Erlasses Nr. 1693 lenken, die sich auf dieselbe Frage bezieht, und die mir nicht ganz klar ist. In dem Erlaß heißt es: „Eine Zusicherung, wie sie Herr Sasonow wünscht, würde den Verzicht auf den Ausbau der Bagdadbahn auch auf türkischem Gebiet in sich schließen." Vielleicht können Sie mir eine Erläuterung, wie dieser Satz gemeint ist, geben. Da Herr Sasonow in Paragraph I ausdrücklich zusichert, der Ausführung der Bagdadbahn keinen Widerstand entgegensetzen zu wollen, so kann man doch kaum annehmen, daß er uns in einem anderen Paragraphen den Verzicht auf den Ausbau der Bahn zumutet**.

Ich habe mich übrigens darauf beschränkt, den Standpunkt zu vertreten, daß die von uns vorgeschlagene Fassung den russischen Wünschen vollkommen Rechnung trägt.

Im allgemeinen habe ich den Eindruck, als ob Sasonow doch fühlte, daß er uns, besonders bezüglich des Termins für den Bau der Strecke Teheran—Chanikin, einige Konzessionen machen muß. Ich bin neugierig, worin diese bestehen werden. Auf den Gedanken, daß wir eventuell diese Linie bauen und den Russen das Vorkaufsrecht lassen könnten, schien er im ersten Augenblick eingehen zu wollen. Vorgestern kam er aber mit dem Bedenken, daß wir diesen Kauf seitens Rußlands durch Festsetzung eines unverhältnismäßig hohen Preises verhindern oder wenigstens sehr erschweren könnten.

F. Pourtalès

Nr. 10210

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Kiderlen

Konzept

Berlin, den 26. Januar 1911

Der von Herrn Sasonow in Artikel III seines Entwurfs vorgeschlagene Verzicht auf den Bau und Betrieb von Eisenbahnen zwischen der Bagdad-

* Siehe Kap. CCXVIII, Nr. 10159, nebst Anlage I.

** Vgl. dazu das folgende Schriftstück.

linie und der russischen und persischen Grenze nördlich von Chanikin würde das gesamte linke Tigrisufer nördlich der Strecke Bagdad—Chanikin umfassen. Durch die Anerkennung einer solchen ausschließlich für uns, nicht auch andere (zum Beispiel Amerikaner) gesperrten Zone würden berührt die Linien Mosul—Erbil und Diala—Tuzkurmatli, auf die die Bagdad-Eisenbahn-Gesellschaft durch Artikel 12 Absatz 3 ihrer Konvention ein Vorrecht besitzt; eventuell, bei extensiver Auslegung, würde in die neue Zone fallen auch die Linie Helif—Mardin—Diarbekr—Charput, von der man sagen kann, daß sie zwischen dem Hauptstrang der Bagdadbahn und der russisch-türkischen Grenze gelegen ist. Die Bagdad-Eisenbahn-Gesellschaft ist aber zur Ausführung dieser Linie auf Verlangen der türkischen Regierung durch die Bagdadkonvention von 1903 verpflichtet.

Eine Mitteilung dieser Gesichtspunkte an Herrn Sasonow, die uns die Annahme seines Vorschlags unmöglich machen, würde unbedenklich sein. Es kommt hinzu, daß sein Vorschlag auch andere starke Schattenseiten für uns haben würde, denen sich der Minister kaum verschließen dürfte.

Nur mit Mühe ist es uns gelungen, die türkische Empfindlichkeit, die durch die Veröffentlichung der „Evening Times" stark gereizt worden war, zu beruhigen. Wir haben zu diesem Zweck in Konstantinopel erklärt, daß sich unsere Verhandlungen mit Rußland nur auf den Bahnbau und Bahnanschlüsse in Persien beziehen, eine Erklärung, der sich übrigens, den Auslassungen Rifaat Paschas im türkischen Parlament zufolge, Herr Sasonow Turkhan Pascha gegenüber angeschlossen hat. Ein Sturm der Entrüstung würde gegen uns und Rußland in Konstantinopel ausbrechen, wenn wir uns nunmehr auf den russischen Vorschlag einigen wollten. Es empfiehlt sich daher dringend, daß wir bei der von uns vorgeschlagenen Fassung verbleiben, die in der Tat den russischen Wünschen völlig gerecht wird.

Für uns kommt noch in Betracht, daß der Verzicht auf den Eisenbahnbau auf dem linken Tigrisufer die wirtschaftliche Entwicklung des Hauptstrangs der Bagdadbahn zwischen Mosul und Bagdad großenteils lahmlegen würde. Endlich würden wir nicht verhindern können, daß, unabhängig von unserm Bagdadnetz, die Amerikaner ein dem Chesterprojekt* ungefähr entsprechendes Eisenbahnsystem auf dem linken Tigrisufer schaffen.

Die Sorge Herrn Sasonows, daß wir das eventuelle Vorkaufsrecht auf die Strecke Chanikin—Teheran durch Festsetzung eines unverhältnismäßig hohen Preises illusorisch machen könnten, wird sich leicht beseitigen

---

* Bei dem Chesterprojekt handelt es sich um die im Januar 1909 einsetzenden Bestrebungen eines amerikanischen Konsortiums, Eisenbahn- und Minenkonzessionen in einem Gebiete zwischen der der Bagdadbahn und der den Russen vorbehaltenen Zone zu erhalten.

lassen. Wir würden uns gern bereit erklären, den Russen die Bahn zum Selbstkostenpreise zu überlassen. Eventuell könnte die Preisfrage von vornherein schiedsrichterlicher Entscheidung vorbehalten werden*.

Kiderlen

Nr. 10211

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 41 St. Petersburg, den 31. Januar 1911

Bei einer Unterredung über unsere Verhandlungen betreffend Persien und die Bagdadbahn sagte ich gestern Herrn Sasonow, wir könnten unmöglich auf den Bau und Betrieb von Bahnen zwischen der Bagdadbahn und der persischen Grenze nördlich von Chanikin verzichten, weil ein solcher Verzicht alle eventuellen Bahnbauten auf dem linken Tigrisufer nördlich der Bagdadbahn umfassen würde. Wir hätten aber für solche Bahnbauten teilweise Vorrechte, wir seien sogar zum Bau der Strecke Helif—Mardin—Diarbekr—Charput durch die Bagdadkonvention verpflichtet.

Der Minister meinte darauf, gegen die letztgenannte Linie werde Rußland voraussichtlich keine Bedenken zu erheben haben, wohl aber gegen alle Zweigbahnen der Bagdadbahn in der Richtung der persischen Grenze. Er habe dies in der Unterredung mit Euerer Exzellenz, wie er sich deutlich erinnere, besonders hervorgehoben und geglaubt, Euere Exzellenz davon überzeugt zu haben, daß, da die fraglichen Bahnen rein strategische Bedeutung hätten, Rußland den größten Wert darauf legen müsse, dieselben nicht durch Deutschland oder mit deutschen Mitteln gebaut zu sehen. Würden derartige Bahnen für den Aufmarsch einer türkischen Armee gegen Rußland deutscherseits gewissermaßen mit russischer Zustimmung gebaut, so werde hier ein Sturm der Entrüstung ausbrechen, welchem er sich unmöglich aussetzen könne. Gegen Linien, welche auf dem linken Tigrisufer ungefähr in paralleler Richtung mit der Bagdadbahn gebaut würden, sei russischerseits nichts einzuwenden, er bitte aber dringend darum, daß wir uns mit einer noch näher zu vereinbarenden Fassung eines Paragraphen einverstanden erklären möchten, welcher den Bau von strategischen Linien nach der persischen bezw. persisch-russischen Grenze deutscherseits ausschließe.

Auf meine Bemerkung, daß wir ebenso wie Rußland durch eine solche

---

* Laut einer Aktennotiz Zimmermanns wurde der Privatbrief Graf Pourtalès' vom 20. Januar im Sinne dieser Aufzeichnung beantwortet.

Vereinbarung der Türkei gegenüber in eine einigermaßen schiefe Lage kämen, da wir soeben beide der türkischen Regierung zu verstehen gegeben hätten, daß unsere Abmachungen sich nur auf Bahnbauten auf persischem Gebiet bezögen, bestritt Herr Sasonow, der türkischen Regierung eine solche Erklärung gegeben zu haben. Der Minister versicherte, sich Turkhan Pascha gegenüber äußerst vorsichtig geäußert und nur folgendes gesagt zu haben: Falls die deutsche Regierung in Konstantinopel erklären sollte, daß die deutsch-russischen Verhandlungen nichts enthalten, was den Souveränitätsrechten der Türkei zu nahe trete, so könne er sich diesen Erklärungen nur vollkommen anschließen. Rifaat Pascha, so fügte Herr Sasonow hinzu, habe diese Erklärung allerdings bei seinen Äußerungen im türkischen Parlament nicht unwesentlich erweitert.

Ich machte nun den Minister in ernster Weise darauf aufmerksam, daß er durch ein Bestehen auf dem Artikel III seines Entwurfes uns eine sehr weitgehende Zumutung stelle, die sogar über das, was Herr Iswolsky vor drei Jahren beansprucht hätte, hinausgehe und ein völliges Mißverhältnis herstelle zwischen dem, was er uns biete, und was er von uns verlange. Ich könne die Besorgnis nicht unterdrücken, daß, wenn er uns in diesem Punkte nicht entgegenkäme, dies unter Umständen zu einem Scheitern der Verhandlungen führen könnte. Wir würden aber dann in Persien nicht mehr gebunden sein und in einer Weise dort auftreten können, die Rußland immerhin unbequem werden könne. Herr Sasonow erwiderte darauf mit Wärme, es müsse alles geschehen, um der Eventualität eines Scheiterns der Verhandlungen, die auch in anderer Beziehung in höchstem Grade zu beklagen wäre, vorzubeugen. Vielleicht ließe sich eine Fassung finden, nach welcher wir uns bereit erklärten, vom Bau nur bestimmter Linien Abstand zu nehmen. Er werde über eine solche Fassung nachdenken und mir hoffentlich spätestens in der nächsten Woche neue Vorschläge machen.

F. Pourtalès

Nr. 10212

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 67 St. Petersburg, den 24. Februar 1911

Euerer Exzellenz beehre ich mich in der Anlage den neuen russischen Entwurf für einen Notenaustausch betreffend Persien und die Bagdadbahn* vorzulegen.

Mit Rücksicht auf die bekannte Veröffentlichung der „Evening Times" und auf die von Herrn Sasonow der Presse gemachte Mitteilung,

* Siehe Anlage.

daß diese Veröffentlichung apokryph sei, hat es der Minister für notwendig erachtet, die „Architektur" des Entwurfs, wie er sich ausdrückte, ganz umzugestalten.

Der neue Entwurf trägt in nachstehenden Punkten den von mir auftragsgemäß gegen die früheren Vorschläge erhobenen Einwendungen Rechnung.

Die Erwähnung, daß Deutschland keine politischen Interessen in Persien habe, ist in Wegfall gekommen.

In dem auf den Bau der Anschlußlinie Teheran—Chanikin bezüglichen Passus sind die Worte: „lorsque ce réseau aura été construit" gestrichen worden.

In dem Satz betreffend den Bau anderer Bahnen nördlich der Bagdadbahn ist ein Wortlaut gewählt worden, der sich an den von uns vorgeschlagenen anlehnt. Danach sollen wir die Verpflichtung übernehmen, uns wegen des Baus von Bahnen in der fraglichen Zone mit Rußland ins Einvernehmen zu setzen.

Bei der Aufzählung der Konzessionen endlich, auf welche zu verzichten wir uns verpflichten, sind die „concessions de caractère territorial" fortgelassen worden.

Indem Herr Sasonow bei Übergabe seines neuen Entwurfes auf sein Entgegenkommen in obigen Punkten hinwies, sprach er die dringende Bitte aus, daß auf weitere Zugeständnisse seinerseits nicht insistiert werden möchte. Insbesondere erklärte er sich außerstande, in dem Artikel II statt der Worte „quand cet embranchement du chemin de fer de Bagdad aura été achevé" meiner Anregung entsprechend zu setzen „pp. aura été commencé". Der Minister betonte dabei, daß er wegen der Übernahme der Verpflichtung zum Bau der fraglichen Anschlußbahn, welche an sich, und besonders solange das Bahnnetz im nördlichen Persien nicht fertiggestellt sei, keineswegs im russischen Interesse liege, schon ohnehin hier einen schweren Stand haben werde. Er habe zwar gute Nerven und mache sich nicht viel aus den gegen ihn gerichteten Angriffen, es erscheine aber doch bedenklich, den Widerspruch der öffentlichen Meinung zu sehr herauszufordern. Wenn er noch weitere Konzessionen bezüglich des Anfangstermins zum Bau der Bahn mache, werde er „gesteinigt" werden. — Allerdings wird, wie ich Grund habe anzunehmen, die hier zu erwartende Kritik des Abkommens bei diesem Punkt besonders scharf einsetzen. Bei Gesprächen mit Russen anläßlich der Veröffentlichung der „Evening Times" habe ich selbst die Auffassung vertreten hören, es sei nicht denkbar, daß die russische Regierung sich verpflichte, eine Anschlußlinie an unsere Bagdadbahn zu bauen, bevor die im russischen Interesse notwendigen übrigen Bahnen in Persien vollendet seien. — Der Minister wies im übrigen darauf hin, daß der Bau der Linie Sadijé—Chanikin voraussichtlich nicht viel Zeit in Anspruch nehmen werde, da es sich nur um etwa 120 Kilometer durch ein Gelände handele, das keine erheblichen Schwierigkeiten biete. In Wirklichkeit werde es also keinen großen

Unterschied machen, ob der Bau der Bahn Teheran—Chanikin gleichzeitig mit dem Bau der gedachten Zweiglinie der Bagdadbahn oder erst nach Fertigstellung dieser Linie in Angriff genommen werde. Die Hauptsache sei, daß von einer Möglichkeit für Rußland, ohne sich mit dem Abkommen in Widerspruch zu setzen, den Bau der Anschlußbahn, wie wir befürchteten, ad calendas graecas zu verschieben, nicht mehr die Rede sein könne. Herr Sasonow bat mich dringend, die neue von ihm vorgeschlagene Fassung des auf diese Frage bezüglichen Artikels II bei Euerer Exzellenz zu befürworten. Auf meinen Einwand, daß in dem Artikel II des neuen Entwurfes das Schlußalinea: „Les deux Gouvernements faciliteront etc." fehle, bemerkte der Minister, er halte dieses Schlußalinea im Hinblick auf den ersten Absatz des Préambule für überflüssig. Wenn wir aber Wert darauf legten, habe er keine Bedenken dagegen, dasselbe dem Artikel II wieder anzufügen.

Bezüglich des Artikels I wurde von mir zur Sprache gebracht, daß sich unser Verzicht auf Bahnen, Straßen, Telegraphen und Schiffahrt, wie es natürlich erscheine, aber doch ausdrücklich betont und festgestellt zu werden verdiene, nur auf solche Verkehrsmittel erstrecken könne, die dem öffentlichen Verkehre dienten. Der Minister erkannte diesen Standpunkt als berechtigt an und bezeichnete denselben als so selbstverständlich, daß es nicht angezeigt erscheine, in den Text des Abkommens noch eine entsprechende Stipulation aufzunehmen. Herr Sasonow führte dabei selbst als Beispiel an, daß deutschen Unternehmern, die etwa eine Konzession für Ausbeutung von Wäldern erhalten würden, unmöglich verwehrt werden könne, diese Wälder durch eine Straße mit der nächsten Eisenbahn oder sonstigen Verkehrsader zu verbinden. „Sie können sich", bemerkte Herr Sasonow, „darauf verlassen, daß wir in dieser Beziehung den Bestimmungen des Abkommens keine engherzige Auslegung geben werden."

Bei Erwähnung der Schiffahrt unter den in Artikel I aufgeführten Konzessionen zieht es Herr Sasonow vor, nur das Wort „navigation" und nicht „navigation sur le lac d'Ourmia" zu setzen. Tatsächlich komme, wie der Minister versichert, nur die Schiffahrt auf dem Urmiasee in Betracht.

Erst nach längerem Zögern entschloß sich Herr Sasonow im Laufe der Verhandlungen zu der schließlich von ihm angenommenen Fassung des Schlußsatzes des Artikels III des neuen Entwurfes: „Le Gouvernement Allemand s'engage, en revanche, à ne prendre aucune décision à ce sujet etc." Es wurde dem Minister offenbar schwer, den ursprünglich von ihm gewählten Wortlaut: „Le Gouvernement Allemand s'engage, pour sa part, à ne pas construire etc.", fallen zu lassen. Was nun die eventuell deutscherseits innerhalb der zwischen der Bagdadbahn und der russisch-persischen Grenze gelegenen Zone zu bauenden Bahnen betrifft, so erklärte mir der Minister, daß Rußland gegen die längste und wichtigste Linie El Helif—Mardin—Diarbekr—Charput, zu deren Bau die Bagdad-Eisenbahn-Gesellschaft verpflichtet sei, jedenfalls keine Bedenken erheben werde. Über

die Linien Mosul—Erbil und Diala—Tuzkurmatli wolle er sich noch nicht äußern, es scheine ihm aber, als ob die erstere dieser beiden Linien vom militärischen Standpunkte aus nicht ganz unbedenklich sei, da sie direkt in der Richtung auf die persische Grenze führe. Doch würden sich hierzu gegebenenfalls die militärischen Behörden zu äußern haben.

Der Schlußartikel IV hat, wie Herr Sasonow bemerkte, die im hohen Erlaß Nr. 5 vom 2. Januar d. Js.* vorgesehene Eventualität im Auge, daß die Russen im kritischen Augenblick aus finanziellen oder anderen Gründen zur Durchführung des Baues nicht in der Lage oder nicht gewillt sind.

Der Minister sprach mir wiederholt die Hoffnung aus, daß Euere Exzellenz das von ihm bewiesene Entgegenkommen anerkennen würden, sowie daß sein neuer Entwurf den Beifall der Kaiserlichen Regierung finden und das Abkommen bald reif zur Unterzeichnung sein werde.

F. Pourtalès

Anlage

Préambule

Les Gouvernements Russe et Allemand, partant du principe de l'égalité de traitement pour le commerce de toutes les nations en Perse;

considérant, d'une part, que la Russie possède dans ce pays des intérêts spéciaux d'ordre politique, stratégique et économique, et que, d'autre part, l'Allemagne n'y poursuit que des buts commerciaux,

se sont mis d'accord sur les points suivants:

Article I

Le Gouvernement Impérial d'Allemagne déclare qu'il n'a pas l'intention de rechercher pour lui-même ou d'appuyer en faveur de ressortissants allemands ou de sujets étrangers, — au nord d'une ligne partant de Kasri-Chirin, passant par Isfahan, Jezd et Khakh et aboutissant à la frontière afghane à la latitude de Ghazik, — de concessions de chemins de fer, de routes, de navigation et de télégraphes.

Article II

De son côté, le Gouvernement Russe, ayant en vue d'obtenir du Gouvernement Persan une concession pour la création d'un réseau de voies ferrées dans le nord de la Perse, s'engage à procéder à la construction d'une voie qui se raccorderait sur la frontière turco-persane à la ligne Sadijé—Hanékin quand cet embranchement du chemin de fer Konia—Bagdad aura été achevé. Le Gouvernement Russe se réserve de fixer en son temps le tracé définitif de la ligne de raccordement qui doit aboutir à Hanékin.

---

* Siehe Nr. 10196.

Article III

Reconnaissant l'importance générale qu'aurait pour le commerce international la réalisation du dit chemin de fer*, le Gouvernement Russe s'engage à ne pas prendre de mesures visant à en entraver la construction ou à empêcher la participation de capitaux étrangers à cette entreprise, à condition, bien entendu, que cela n'entraîne pour la Russie aucun sacrifice de nature pécuniaire ou économique. En ce qui concerne la construction d'autres lignes de chemins de fer dans la région comprise entre la ligne de Bagdad et les frontières russe et persane au nord de Hanékin, le Gouvernement Allemand s'engage, en revanche, à ne prendre aucune décision à ce sujet, ni à prêter son appui matériel ou diplomatique à des entreprises semblables dans la région susmentionnée, sans un accord préalable entre les deux Gouvernements.

Article IV

Le présent arrangement restera en vigueur dans le cas où le Gouvernement Russe renoncerait à faire valoir pour son propre compte la concession d'une ligne de chemin de fer reliant son réseau du nord de la Perse à la ligne Sadijé—Hanékin et en confierait l'exécution à un groupe financier étranger.

---

* Indem der neue russische Entwurf die ursprünglich ganz allgemein vorgesehene Verpflichtung, der Verwirklichung der Bagdadbahn keine Hindernisse in den Weg zu legen, auf die Strecke Konia—Bagdad („du dit chemin de fer") beschränkte, trug er den englischerseits so nachdrücklich (vgl. Kap. CCXVIII, Nr. 10182, Fußnote**) geltend gemachten Einwänden und Wünschen Rechnung. Ein gleiches gilt von dem aus dem Wortlaut des zweiten Artikels deutlich hervortretenden Streben, Rußland allein den Bau eines Eisenbahnnetzes im nördlichen Persien zu sichern. Aus dem bei v. Siebert abgedruckten Schriftwechsel zwischen Sasonow und Graf Benckendorff ergibt sich, wie groß die englische Besorgnis war, daß Deutschland einen Anteil an oder eine Kontrolle über die von Chanikin in das Innere von Persien, insbesondere in der Richtung auf Teheran führenden Eisenbahnlinien gewinnen könne. Ein Zugeständnis an Deutschland nach dieser Richtung, erklärte der Unterstaatssekretär Sir A. Nicolson Anfang Februar dem russischen Botschafter, werde als für die Lebensinteressen Englands gefährlich angesehen (Graf Benckendorff an Sasonow, 6. Februar, v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 390). Ähnlich König Georg V. am 26. Januar zu Benckendorff: „Die Kontrolle Rußlands ist eine Sicherheit für England — die Kontrolle Deutschlands ist eine Gefahr" (a. a. O., S. 383). Graf Benckendorff legte auf Grund der Äußerungen der englischen Staatsmänner der Ausschließung Deutschlands speziell von dem Bahnbau Chanikin—Teheran solche Bedeutung bei, daß er am 7. Februar an Sasonow telegraphierte: „Es besteht für mich kein Zweifel, daß diese Frage die Achse der politischen Situation geworden ist, und daß England ihr eine so große Bedeutung beilegt, daß, im Falle wir die Linie Deutschland überlassen, England seine ganze Politik ändern wird" (a. a. O., S. 391). Ähnlich faßt Graf Benckendorff in einem vertraulichen Schreiben an Sasonow vom 21. Juni Englands Haltung folgendermaßen zusammen: „Die englisch-russische Konvention bildet keine Basis, auf der ein englischer Protest gegen eine deutsche Kontrolle der genannten Linie erhoben werden könnte; aber England befürchtet eine derartige Kontrolle so sehr, daß im Falle des Zustandekommens der deutschen Kontrolle unsere Konvention mit England erschüttert und ihre politische Wirkung in Frage gestellt wäre, weil dem ganzen Geiste der Kon-

Nr. 10213

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 73

Vertraulich St. Petersburg, den 24. Februar 1911

Im Verlauf unserer letzten Unterredungen über den Notenaustausch, betreffend Persien und die Bagdadbahn, erwähnte Herr Sasonow auch die Unzufriedenheit, die beim Londoner Kabinett besonders im ersten Augenblick über die russischerseits erteilte Zusage, daß es dem Bau der Bagdadbahn keine Schwierigkeiten bereiten wolle, zum Ausdruck gekommen sei*. Der Minister erzählte, man habe ihn englischerseits gegen unser Abkommen mit dem Hinweis darauf beeinflussen wollen, daß die Türkei die Bagdadbahn benutzen werde, um ihre Truppen nach Persien hineinzuwerfen und panislamitische Propaganda in den an Persien grenzenden russischen Besitzungen zu treiben**. Herr Sasonow will darauf erwidert haben, er halte es für ausgeschlossen, daß die Türken in Friedenszeiten größere Truppenansammlungen an der persischen Grenze vornehmen. Im Falle eines Krieges gegen Persien würden aber die Türken auch Rußland sich gegenüber finden, und dieses sei immerhin in der Lage, der Türkei an verschiedenen Punkten in einer Weise entgegenzutreten, die ihr einen Anschlag auf Persien nicht so leicht machen werde. Im übrigen könne er die an die Fertigstellung der Bagdadbahn geknüpften Befürchtungen nicht teilen, er erblicke vielmehr in dieser Eisenbahn in erster Linie ein großes kulturelles

---

vention des Jahres 1907 zufolge der russische politische Einfluß im Norden Persiens allein maßgebend sein soll, ganz wie der englische im Süden. Eine Eisenbahnlinie unter deutscher Kontrolle gibt dieser Macht ein erstklassiges politisches Interesse in Persien. Also wird England in Teheran auch mit Deutschland rechnen müssen, was Verhandlungen zur Folge haben würde, welche, wie man hier glaubt, Deutschland sehr erwünscht wären. Es ist augenscheinlich, daß sich die ganze Situation zum Schaden unserer Interessen und unserer Stellung in Persien verändern würde. Dies bezieht sich auf die Ausübung der finanziellen Kontrolle von seiten Deutschlands; die soeben geschilderten Folgen müßten um so mehr eintreten, wenn wir auf die Herstellung der Bahn verzichten. Ein derartiger Verzicht würde, man darf daran nicht zweifeln, der englisch-russischen Politik in Persien den Gnadenstoß versetzen, und eine englisch-deutsche Kombination würde an die Stelle der englisch-russischen Konvention von 1907 treten" (v. Siebert a. a. O., S. 404ff.). Der Hinweis auf eine englisch-deutsche Kombination, die in dem englisch-russischen Schriftwechsel auch sonst wiederkehrt, war natürlich nicht ernst gemeint; er sollte nur Rußland vor Konzessionen an Deutschland zurückschrecken.

* Vgl. dazu Kap. CCXVIII, Nr. 10182.

** Vgl. dazu die Äußerungen Sir E. Greys zu Graf Benckendorff vom 17. Januar 1911 (v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 380): „Er sagte, wir dürfen die panislamitische Bewegung nicht vergessen; Persien ist mohammedanisch, ebenso Afghanistan, und da sowohl Rußland als auch England zahlreiche mohammedanische Untertanen haben, so wäre eine türkische Armee unter deutschen Offizieren, die über eine Eisenbahn in Persien verfügt, die sich unter deutschem Einfluß befindet — so wäre eine solche Armee eine ständige Gefahr, deren Bedeutung man nicht unterschätzen dürfe."

Unternehmen, welches allen Nationen zugute kommen werde, und welches er daher keinen Anstand nehme dadurch indirekt zu fördern, daß er für Rußland die Verpflichtung übernehme, der Ausführung der Bahn keine Schwierigkeiten zu bereiten.

Herr Sasonow bemerkte übrigens, nach seinen Nachrichten beginne neuerdings sowohl in Paris als in London eine vernünftigere Ansicht bezüglich der Bagdadbahn mehr und mehr Platz zu greifen. Er fügte hinzu: „Le jour viendra où l'Angleterre nous brûlera une chandelle d'avoir fait notre accord avec vous."

Man wird nicht umhin können, die Mitteilungen des Herrn Sasonow über die angeblich Persien nach Fertigstellung der Bagdadbahn von seiten der Türkei drohenden Gefahren und über die panislamitische Propaganda mit den in letzter Zeit russischerseits gegen die Türkei erhobenen Anklagen in Verbindung zu bringen. Die Mitteilungen des Ministers legen den Gedanken nahe, daß die von Herrn Sasonow gegen die Türkei gerichteten Vorwürfe, über die ich in letzter Zeit wiederholt zu berichten die Ehre hatte, wenigstens zum Teil auf Nachrichten zurückzuführen sind, die aus englischer Quelle stammen.

F. Pourtalès

Nr. 10214

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Botschafter in Petersburg Grafen von Pourtalès

Konzept

Nr. 335 — Berlin, den 29. April 1911 [abgegangen am 30. April]

Auf den Bericht Nr. 67 vom 24. Februar d. Js.*

Wir erkennen gern an, daß Herr Sasonow bei Aufstellung des neuen Entwurfs für den Notenaustausch über Persien und die Bagdadbahn unseren Einwendungen gegen seine früheren Vorschläge in manchen Punkten Rechnung getragen hat. Das Mißverhältnis zwischen dem, was Rußland bietet, und dem, was es fordert, scheint uns indessen noch keineswegs beseitigt zu sein. Bei aller unserer Bereitwilligkeit, Herrn Sasonow entgegenzukommen, werden wir uns schwerlich dazu verstehen können, Rußland zuliebe auf eine Reihe wertvoller Konzessionsmöglichkeiten im Norden Persiens endgültig und mit sofortiger Wirkung zu verzichten, solange Rußland vor bindenden Erklärungen darüber zurückscheut, wann und wie seine sowieso befristete Zusage wegen des persischen Anschlusses an die Bagdadbahn eingelöst werden soll. Ebensowenig wird uns zugemutet werden dürfen, zugunsten Rußlands jeder freien Betätigung bei der Erschließung eines großen, zukunftsreichen Ländergebietes durch Bahn-

* Siehe Nr. 10212.

bauten zu entsagen, um dafür Rußlands platonisches Wohlwollen gegenüber einem einzelnen, überdies bereits der Vollendung nahen deutschen Bahnunternehmen einzuhandeln. Soll die von beiden Teilen erhoffte Einigung erzielt werden, so wird sich die russische Regierung zum mindesten entschließen müssen, einerseits ihre Zusagen wegen Herstellung des Anschlusses von Teheran nach Chanikin präziser zu formulieren, andererseits ihre Wünsche wegen der uns aufzuerlegenden Reserve beim Bahnbau zwischen der Bagdadbahn und der russisch-persischen Grenze einzuschränken.

Im einzelnen haben wir zu Herrn Sasonows Entwurf nachstehende Bemerkungen zu machen, die in dem in drei Abdrücken ergebenst beigefügten neuen Entwurfe* Berücksichtigung gefunden haben.

Da sich Deutschland und Rußland in dem geplanten Notenaustausch über ihre Interessen in einem unabhängigen dritten Lande auseinanderzusetzen beabsichtigen, wird es sich schon mit Rücksicht auf den Eindruck unserer Abmachungen in Teheran empfehlen, im Préambule ausdrücklich anzuerkennen, daß Persiens Unabhängigkeit und Integrität nicht angetastet werden soll. Ein entsprechender Passus ist in Verträgen dieser Art üblich und findet sich unter anderem in dem russisch-englischen Abkommen über Persien vom 31. August 1907. Die dort gewählte Fassung dürfte sich auch für den vorliegenden Fall eignen. Nebenbei würde eine derartige Klausel das Gute haben, ein für allemal den in Rußland hin und wieder zutage tretenden Argwohn abzutun, als ob wir die Türkei zu Aspirationen auf Persien ermunterten.

Gegen Artikel I des Entwurfs haben wir keine Einwendungen zu erheben. Insbesondere wollen wir uns, um das Zustandekommen der Verständigung zu erleichtern, damit einverstanden erklären, daß deutscherseits, ohne jede Einschränkung, auf Schiffahrtskonzessionen im nördlichen Persien verzichtet wird. Wir sind überzeugt, daß dieses Entgegenkommen von Herrn Sasonow umsomehr gewürdigt werden wird, als von solchen Konzessionen weder in Potsdam noch in Berlin gesprochen worden ist.

Was Artikel II anlangt, so sind wir zu dem Zugeständnis bereit, daß der Anschluß Teheran—Chanikin statt mit dem Beginn, erst nach der Vollendung des Bahnbaus Sadijé—Chanikin in Angriff genommen wird. Wir müssen indessen Wert darauf legen, daß Rußlands Verpflichtung, wenigstens zu diesem späteren Zeitpunkt ohne Verzug an die Herstellung der persischen Anschlußbahn heranzugehen, schärfer als bisher zum Ausdruck gebracht, daß Teheran als Ausgangspunkt der Bahn ausdrücklich genannt und für ihre Fertigstellung eine bestimmte Frist vereinbart wird. Auch wäre uns eine Zusage dahin erwünscht, daß wir bei der endgültigen Festsetzung der Trace gehört werden sollen. Endlich möchten wir im Interesse größerer Klarheit die Wiederherstellung des in dem neuen Entwurf gestrichenen zweiten Absatzes empfehlen.

---

* Siehe die Anlage.

Im Artikel III will Rußland der Bagdadbahn offenbar nur im beschränkten Umfange, das heißt nur bis Bagdad, Neutralität zusichern. Inzwischen sind aber die bekannten Vereinbarungen zwischen der Bagdadbahngesellschaft und der türkischen Regierung getroffen worden, die den Bau der Bahn bis Bagdad bereits endgültig sicherstellen. Bis Bagdad brauchen wir somit Rußlands Neutralität nicht mehr, und in der beschränkten Form ist Rußlands Zusicherung für uns wertlos. Es fragt sich daher, ob wir nicht unter Hinweis auf die veränderte Sachlage verlangen sollen, daß Rußland nunmehr ohne geographische Beschränkung oder sonstigen Vorbehalt dem Bau der Bagdadbahn bis zum Persischen Golf sein Wohlwollen zusichert. Eine solche erweiterte Zusage hätte für uns insofern Wert, als die Bagdadgesellschaft die Golfstrecke nicht etwa definitiv aufgegeben, sondern ihre Abtretung an eine internationale Gesellschaft nur unter gewissen Voraussetzungen in Aussicht gestellt hat. Wenn diese Voraussetzungen (angemessene deutsche Beteiligung, pekuniäre Entschädigung der deutschen Unternehmer) nicht eintreten, bleibt die Konzession der Bagdadgesellschaft erhalten, und Rußlands Zusicherung würde aktuell.

Auch bei einem unbeschränkten Neutralitätsversprechen würde aber als deutsche Gegengabe immer nur die Zusage erteilt werden können, daß wir uns hinsichtlich der Herstellung von Anschlußbahnen zwischen der Bagdadbahn und der russisch-persischen Grenze, aber nicht in Ansehung von Bahnbauten überhaupt an Rußlands Zustimmung binden. Von etwas anderem als Anschlußbahnen ist weder bei dem Meinungsaustausch im Jahre 1907 noch bei den Besprechungen in Berlin und Potsdam die Rede gewesen. Als Herr Sasonow später mit weitergehenden Wünschen hervortrat, haben wir sofort protestiert. Mit gutem Gewissen konnten wir daher gegenüber den Indiskretionen der „Evening Times" in Pera versichern, daß sich unsere Verabredungen mit Rußland ausschließlich auf den Bahnbau und Bahnanschlüsse in Persien beziehen, — Versicherungen, denen die russische Regierung insofern beigetreten ist, als sie der Pforte erklären ließ, die deutsch-russischen Verhandlungen enthielten nichts, was den Souveränitätsrechten der Türkei zu nahe trete. Die türkische Regierung hat diese Erklärungen mit vollem Vertrauen entgegengenommen und in der Kammer verwertet. Sie hat, wie neuerliche Nachrichten aus Pera ergeben, inzwischen den genauen Hergang erfahren und weiß, daß es sich in der Frage des Bahnbaus in der Türkei um einen einseitigen russischen Vorschlag handelt. Die Pforte erwartet von unserer Loyalität, daß aus dem „projet unilatéral" kein „accord" werde, und hofft mit Rücksicht auf ihre Interessen in dem benachbarten Persien von Deutschland und Rußland demnächst das Ergebnis der Verhandlungen zu erfahren. Wollten wir uns jetzt durch die russischen Wünsche von unserer Marschroute abdrängen lassen, so würden wir in Konstantinopel einen Sturm der Entrüstung entfachen, den Glauben an die Aufrichtigkeit unserer Politik erschüttern und unser moralisches Prestige einer Be-

lastungsprobe aussetzen, für die auch ein unbeschränktes russisches Neutralitätsversprechen kein ausreichendes Äquivalent böte.

Wir sind daher nicht in der Lage, der von Herrn Sasonow vorgeschlagenen Fassung des Artikels III ohne weiteres unsere Zustimmung zu erteilen. Um den türkischen Bedenken die Spitze abzubrechen, würden wir vielmehr die aus der Anlage ersichtliche Formulierung empfehlen müssen.

Ein anderer Ausweg wäre, daß wir auf Rußlands Zusage wegen der Bagdadbahn überhaupt verzichten und den ganzen Artikel III über Bord werfen. Praktisch erhebliche Nachteile würden uns hieraus schwerlich erwachsen. Denn wenn die Verhandlungen wegen Internationalisierung der Golfstrecke scheitern, werden wir in England und Frankreich so energische Widerstände finden, daß Rußlands Haltung pro oder contra kaum noch ins Gewicht fällt. Im Interesse unserer Position am Goldenen Horn hätte aber eine solche reinliche Lösung manches für sich. Rußland anderseits würde bei der Wahl des angedeuteten Auswegs nichts verlieren. Einmal haben wir, abgesehen von den in der Bagdadkonvention bereits bewilligten oder vorbehaltenen Zweiglinien, tatsächlich nicht die Absicht, zwischen der Bagdadbahn und der russisch-persischen Grenze Bahnen zu bauen oder zu fördern. Es steht nichts im Wege, dies den Russen nochmals ausdrücklich mündlich zu erklären. Sodann aber wird die russische Regierung selbst einsehen, daß gegen ihren Willen der Bau von Anschlußbahnen in der fraglichen Zone für uns sowieso unmöglich ist, weil wir im Artikel I auf jeden eigenen Bahnbau in Nordpersien verzichten und Rußland es in der Hand hat, den ihm unerwünschten türkischen Bahnen den Anschluß an seine Bahnen auf russischem oder persischem Gebiet zu versagen. Daß wir Lust verspüren sollten, Anschlußbahnen nach der russisch-persischen Grenze zu bauen, die dort rettungslos im Sande verlaufen, wird uns die russische Regierung nicht zutrauen.

Gegen Artikel IV haben wir sachlich nichts einzuwenden. Doch läßt sich vielleicht eine Fassung finden, die klarer zum Ausdruck bringt, was Rußland mit dieser Bestimmung bezweckt. Die in der Anlage gewählte Formulierung soll insbesondere jeden Zweifel darüber beseitigen, daß die russische Regierung ihre Verpflichtung wegen des Anschlusses Teheran—Chanikin nicht etwa schon dann erfüllt haben wird, wenn sie die Ausführung des Bahnbaus einer unfähigen Finanzgruppe „anvertraut", die nachher nichts zustande bringt. Selbstverständlich muß Rußland dafür haften, daß der Anschluß rechtzeitig und ordnungsmäßig ausgeführt wird.

Ew. Exzellenz darf ich anheimstellen, den anliegenden neuen Entwurf, soweit es Ihnen angezeigt erscheint, Ihren weiteren Besprechungen mit der dortigen Regierung zugrunde zu legen. Von der Aufnahme, die unsere Vorschläge finden, bitte ich mich unterrichten zu wollen.

Zu Ew. Exzellenz gefälligen persönlichen Information bemerke ich, daß es uns schon aus allgemeinen politischen Erwägungen wenig erwünscht wäre, den Faden unserer Verhandlungen mit Rußland abreißen zu sehen. In der Voraussetzung, daß in Artikel II des Entwurfs das Wort „quand"

durch die Worte „dès que" ersetzt wird, würden wir uns daher wohl schlimmstenfalls darauf einlassen müssen, daß die für die Vollendung des Anschlusses Teheran—Chanikin vorgeschlagene zweijährige Frist verlängert wird. Auch würden wir zur Not darauf verzichten können, bei der endgültigen Festsetzung der Trace dieser Bahn von Rußland gehört zu werden.

v. Bethmann Hollweg

Anlage*

Préambule

Les Gouvernements Russe et Allemand, *s'étant mutuellement engagés à respecter l'intégrité et l'indépendance de la Perse et* partant du principe de l'égalité de traitement pour le commerce de toutes les nations dans ce pays;

considérant, d'une part, que la Russie possède dans *le nord de* la Perse des intérêts spéciaux d'ordre politique, stratégique et économique, et que, d'autre part, l'Allemagne n'y poursuit que des buts commerciaux;

se sont mis d'accord sur les points suivants:

Article I

Le Gouvernement Impérial d'Allemagne déclare qu'il n'a pas l'intention de rechercher pour lui-même ou d'appuyer en faveur de ressortissants allemands ou de sujets étrangers, — au nord d'une ligne partant de Kasri-Chirin, passant par Isfahan, Iezd et Khakh et aboutissant à la frontière afghane à la latitude de Ghazik, — de concessions de chemins de fer, de routes, de navigation et de télégraphes.

Article II

De son côté, le Gouvernement Russe, ayant en vue d'obtenir du Gouvernement Persan une concession pour la création d'un réseau de voies ferrées dans le nord de la Perse, s'engage à procéder à la construction d'une voie qui se raccorderait sur la frontière turco-persane à la ligne Sadijé—Hanékin *dès que* cet embranchement du chemin de fer Konia-Bagdad aura été achevé. Le Gouvernement Russe se réserve de fixer en son temps, *d'accord avec le Gouvernement Allemand*, le tracé définitif de la ligne de raccordement qui doit *partir de Téhéran et* aboutir à Hanékin *et dont la construction devra être terminée, au plus tard, deux ans après l'achèvement de l'embranchement Sadijé—Hanékin.*

Les deux Gouvernements faciliteront le trafic international sur cette dernière ligne en évitant toutes mesures qui pourraient l'entraver, telles que l'établissement de droits de transit ou l'application d'un traitement différentiel.

---

* Die im Original rot eingetragenen deutschen Abänderungsvorschläge sind durch Kursivdruck kenntlich gemacht.

Article III

Reconnaissant l'importance générale qu'aurait pour le commerce international la réalisation *des concessions obtenues, par l'Allemagne, pour la construction* du chemin de fer *de Bagdad,* le Gouvernement Russe s'engage à ne pas prendre de mesures visant à en entraver la construction ou à empêcher la participation de capitaux étrangers à cette entreprise, à condition, bien entendu, que cela n'entraîne pour la Russie aucun sacrifice de nature pécuniaire ou économique. En ce qui concerne la construction *de* lignes de chemins de fer *raccordant* la ligne de Bagdad *aux* frontières russe et persane au nord de Hanékin, le Gouvernement Allemand s'engage, en revanche, à ne *pas rechercher à ce sujet, ni pour lui-méme ni en faveur de ressortissants allemands ou étrangers, de concessions quelconques* sans un accord préalable entre les deux Gouvernements.

Article IV

Le Gouvernement Russe *est libre de confier l'exécution de la* ligne de chemin de fer reliant son réseau du nord de la Perse à la ligne Sadijé—Hanékin à un groupe financier étranger, *au lieu de la faire construire lui-même.*

Nr. 10215

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 135 St. Petersburg, den 8. Mai 1911

Sofort nach meiner Rückkehr vom Urlaub habe ich Herrn Neratow bei Übergabe unserer Gegenvorschläge zu dem letzten russischen Entwurf für den Notenaustausch über Persien und die Bagdadbahn diese Vorschläge nach Maßgabe der Ausführungen des hohen Erlasses vom 27. April d. Js.* — Nr. 335 — eingehend mündlich erläutert. Wie immer zeigte sich der Ministergehilfe auch bei dieser Gelegenheit sehr zurückhaltend. Er erklärte unsere Vorschläge zunächst eingehend prüfen zu müssen. Aber schon jetzt könne er seinen ersten Eindruck über die von uns angeregten Abänderungen dahin zusammenfassen, daß ihm diese Abänderungen einige wichtige prinzipielle Fragen zu berühren schienen. Schon die Einschaltung des die Integrität und Unabhängigkeit Persiens betreffenden Passus sei in seinen Augen eine Prinzipienfrage. An sich könne Rußland nichts dagegen einwenden, daß, wie in dem anglo-russischen Abkommen, auch in dem Notenaustausch mit Deutschland die Absicht, Persiens Integrität unangetastet zu lassen, Erwähnung finde, eine solche Erwäh-

* Siehe Nr. 10214. Der Erlaß ist vom 29., nicht vom 27. April.

nung gebe aber dem Notenaustausch einen ausgesprochen politischen Charakter, den er bisher nicht gehabt habe*. Als ich darauf bemerkte, ich könne nicht einsehen, welche Bedenken gegen diesen politischen Charakter sprächen, da die Anerkennung der Integrität Persiens von vornherein die Basis unserer Verhandlungen gebildet habe, erwiderte der Minister, er wolle auch vorläufig solche Bedenken nicht äußern, sondern nur auf die prinzipielle Bedeutung der von uns vorgeschlagenen Abänderung hinweisen.

Meine Ausführungen zu den Abänderungen im Artikel III hörte Herr Neratow mit großer Aufmerksamkeit an, er beschränkte sich aber auf die Äußerung, daß seines Wissens Herr Sasonow den Punkt, betreffend die in der Richtung auf die persische Grenze zu bauenden Bahnen, stets als einen der wichtigsten des ganzen Abkommens angesehen habe. Ich erwiderte, es dürfe nicht vergessen werden, daß bei den vorhergegangenen Verhandlungen deutscherseits immer nur von Anschlußbahnen zwischen der Bagdadbahn und der russisch-persischen Grenze die Rede gewesen sei. Daß wir in einem Notenaustausch uns verpflichten, auf türkischem Gebiet innerhalb einer bestimmten Zone keine Bahnen zu bauen, sei schon an sich ausgeschlossen. Besonders aber nach den von uns in Konstantinopel über unsere Verhandlungen mit Rußland abgegebenen Erklärungen seien wir nicht in der Lage, eine solche Verpflichtung zu übernehmen, welche übrigens auch in gar keinem Verhältnis zu der russischerseits angebotenen Gegenleistung stehen würde, da Rußland uns nur versprechen wolle, dem ohnehin jetzt gesicherten Bau der Strecke Konia-Bagdad keine Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Wir würden daher auf den Artikel III lieber ganz verzichten, als demselben in der Fassung des russischen Entwurfs unsere Zustimmung erteilen. Wohl aber sei ich ermächtigt, hier mündlich die ausdrückliche Erklärung abzugeben, daß wir, außer den der russischen Regierung bekannten drei Zweiglinien der Bagdadbahn, für welche die Bagdadbahngesellschaft die Konzessionen bereits besitze, keine weiteren Bahnen in der obenerwähnten Zone zu bauen beabsichtigen.

Herr Neratow bemerkte hierzu nochmals, es seien wichtige prinzipielle Fragen, um die es sich bei unseren Abänderungsvorschlägen handele. Er müsse sich daher vorläufig jeder Äußerung enthalten, könne aber nicht umhin, schon jetzt darauf aufmerksam zu machen, daß er bis zum Abschluß unseres Abkommens noch lange Verhandlungen voraussehe.

F. Pourtalès.

---

* Vgl. dazu Graf Benckendorffs Ausführungen in seinem Privatbrief an Sasonow vom 14. Februar 1911: „Beim Abschlusse des persischen Abkommens garantierten wir — das heißt Rußland und England — uns gegenseitig unsere Interessen in diesem Lande, und ohne die wirtschaftlichen Interessen der andern Staaten direkt ausschließen zu wollen, wollten wir doch außer den russischen und englischen keine anderen politischen Interessen gelten lassen; auch nicht zulassen, daß ein anderer Staat sich solche politischen Interessen schafft" (v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 387).

Nr. 10216

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 142 St. Petersburg, den 15. Mai 1911

Herr Neratow hat sich bis jetzt mir gegenüber zu unseren letzten Vorschlägen für den Notenaustausch über Persien und die Bagdadbahn amtlich noch nicht geäußert. Die Frage wurde jedoch bei den letzten Unterredungen, die ich mit dem Ministergehilfen hatte, wieder gestreift, und ich gewann dabei den Eindruck, daß vorläufig vor allem die von uns gewünschte Einschaltung der auf die Integrität und Unabhängigkeit Persiens bezüglichen Worte in dem „préambule" hier auf Bedenken stößt. Herr Neratow kam immer wieder darauf zurück, daß diese Worte „den ganzen Charakter des Abkommens veränderten", da nach russischer Auffassung das Abkommen von vornherein kein politisches sein sollte. Der Ministergehilfe ging so weit, durchblicken zu lassen, daß die russische Regierung möglicherweise diesen Abänderungsvorschlag ablehnen werde. Obgleich diese Äußerung des Ministergehilfen, wie er ausdrücklich betonte, noch keine offizielle Antwort auf unsere Vorschläge sein sollte, glaube ich doch, sie zu Euerer Exzellenz hochgeneigten Kenntnis bringen zu sollen. Sollten Euere Exzellenz etwa der Ansicht sein, daß die erwähnte Einschaltung im „préambule" zur Not fallen gelassen werden könnte[1], besonders wenn sich etwa dadurch die Aussichten günstiger gestalten sollten, die übrigen von uns gewünschten Abänderungen durchzusetzen, so darf ich gehorsamst bitten, mich mit diesbezüglichen Weisungen hochgeneigtest versehen zu wollen.

F. Pourtalès

Randbemerkung Zimmermanns:

[1] Meo voto müssen wir darauf bestehen. Darf der Botschafter demgemäß instruiert werden? Z. 17/5.

Nr. 10217

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Botschafter in Petersburg Grafen von Pourtalès

Telegramm. Konzept von der Hand des Unterstaatssekretärs Zimmermann

Nr. 77

Auf Bericht Nr. 142*. Berlin, den 23. Mai 1911

Wir haben bisher niemals Standpunkt vertreten, daß unser Abkommen mit Rußland „unpolitisch" sein soll. An Zusatz über Integrität und Unabhängigkeit Persiens halten wir unbedingt fest. Es sprechen dafür die Gründe des Erlaß Nr. 335**. Hinzu kommt, daß nachträglich Verzicht

* Siehe Nr. 10216.

** Siehe Nr. 10214.

auf diesen an sich harmlosen Zusatz infolge russischen Widerspruchs zweifellos Eindruck hervorrufen würde, als ob wir Persien an Rußland ausgeliefert hätten nur kleinlicher handelspolitischer Vorteile wegen. Diesem Verdacht müssen wir schon mit Rücksicht auf unser Prestige in muhamedanischer Welt vorbeugen.

v. Bethmann Hollweg

Nr. 10218

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 199 St. Petersburg, den 16. Juli 1911

Herr Neratow hat mir nunmehr einen Gegenvorschlag zu unserem setzten Entwurf für den Notenaustausch, betreffend Persien und die Bagdadbahn, übergeben. Ich erlaube mir, Euerer Exzellenz dieses Schriftstück in der Anlage* gehorsamst vorzulegen.

Wie ich bereits zu berichten die Ehre hatte, erhob der Vertreter des Ministers, als ich ihm unseren neuesten Entwurf überreichte, von vornherein Bedenken gegen die Worte des Préambule: „s'étant mutuellement engagés à respecter l'intégrité et l'indépendance de la Perse". Ich bin seitdem in wiederholten Unterredungen mit Herrn Neratow auf diesen Punkt zurückgekommen und habe mich auf jede Weise bemüht, ihn zur Aufgabe seines Widerspruchs gegen die Einschaltung der obigen Worte in den Text des Préambule zu bewegen. Dabei bin ich so weit gegangen darauf hinzuweisen, wie bedauerlich es sein würde, wenn etwa unsere Verhandlungen an diesem Punkte, auf den meine Regierung, wie ich ihm nicht verhehlen könne, den größten Wert lege, schließlich scheitern sollten. Meine Bemühungen blieben leider ohne Erfolg. Der Ministergehilfe blieb hartnäckig auf seinem Standpunkte stehen und stützte sich dabei immer wieder auf diejenigen Argumente, die er von Anfang an gegen den in Rede stehenden Vorschlag geltend gemacht hatte. Von einer Erwähnung der Integrität und Unabhängigkeit Persiens sei seit dem Beginn unserer Verhandlungen bis jetzt niemals die Rede gewesen, er könne nicht verstehen, weshalb wir neuerdings plötzlich auf diese Erwähnung beständen.

Ich erwiderte, wir hätten von vornherein nur auf der Basis der Integrität und Unabhängigkeit Persiens verhandelt, meine Regierung halte die Erwähnung, daß Persiens Integrität nicht angetastet werden solle, für durchaus erforderlich, wir müßten uns umsomehr darüber wundern, daß Rußland die Einschaltung eines diesbezüglichen Passus beanstande, als die gleiche Klausel in Verträgen dieser Art üblich sei und insbesondere

* Siehe die Anlage.

genau derselbe Wortlaut sich in der russisch-englischen Abmachung über Persien fände. Ich könne nicht umhin, auf den üblen Eindruck aufmerksam zu machen, den es bei uns erwecken müsse, wenn uns verweigert würde, was den Engländern zugestanden worden sei.

Herr Neratow bemühte sich darauf, mir in längerer Ausführung den Unterschied vor Augen zu führen, der zwischen dem russisch-englischen Abkommen und demjenigen, über welches wir jetzt verhandelten, bestehe. Zwischen Rußland und England, als Grenznachbarn Persiens, habe Jahre hindurch großes Mißtrauen bezüglich der beiderseitigen Absichten auf dieses Land bestanden. Es sei daher zur Beseitigung dieses Mißtrauens notwendig gewesen, daß beide Staaten sich verpflichteten, die persische Integrität zu respektieren. Zwischen Deutschland und Rußland lägen die Verhältnisse ganz anders. Den Grundgedanken und Ausgangspunkt unserer Verhandlungen, welcher auch in dem Préambule zum Ausdruck gelange, bilde der von Deutschland vertretene Standpunkt, daß es die besondere politische Stellung Rußlands in Persien zwar anerkennen wolle, aber dafür die Berücksichtigung gewisser auf wirtschaftlichem Gebiete liegender Wünsche beanspruche. Man könne also unmöglich behaupten, daß das deutsch-russische Abkommen in derselben Weise wie das englisch-russische einen politischen Charakter trage.

Auch durch den Hinweis darauf, daß die von uns gewünschte Klausel geeignet sein würde, den in Rußland hin und wieder hervortretenden Argwohn abzutun, als ob wir die Türkei zu Aspirationen auf Persien zu ermuntern suchen, vermochte ich den Minister nicht zu unserem Standpunkte zu bekehren. Nach mehreren längeren Diskussionen kam Herr Neratow schließlich merkwürdigerweise noch mit dem Argument, einer der Hauptgründe, welche ihm die Einschaltung der fraglichen Worte im höchsten Grade bedenklich erscheinen ließen, sei der üble Eindruck, den diese Worte in Teheran machen würden. Als ich hierüber mein Erstaunen ausdrückte und bemerkte, daß die von Rußland und Deutschland zu übernehmende Verpflichtung, Persiens Integrität zu respektieren, mir weit eher geeignet erscheine, die Perser angenehm zu berühren, erwiderte der Ministergehilfe, er könne mir auf das bestimmteste versichern, daß diese Auffassung eine irrige sei. Die Perser seien bezüglich ihrer Selbständigkeit derart empfindlich, daß jede Erwähnung dieses Punktes in einem Abkommen zwischen anderen Mächten bei ihnen den größten Unwillen hervorrufe. Er könne sich noch deutlich erinnern, mit welcher Entrüstung beim Abschluß des russisch-englischen Abkommens der diesbezügliche Passus dieses Abkommens in Teheran aufgenommen worden sei. Rußland habe weder Neigung noch Veranlassung, die Eigenliebe der Perser von neuem zu verletzen.

Obschon Herr Neratow diese Äußerungen im Tone der vollsten Überzeugung vorbrachte, habe ich dennoch keinen Zweifel, daß er nur die Absicht hatte, durch dieses Argument eine Wirkung bei uns zu erzielen und uns zum Verzicht auf die mehrerwähnte Klausel zu bewegen. Wie

dem auch sei, der Widerstand des Ministergehilfen gegen die von uns gewünschte Klausel ist ein so hartnäckiger, daß ich mir von einem weiteren Insistieren keinen Erfolg zu versprechen vermag. Herr Neratow bemerkte übrigens bei unserer letzten Unterredung auch noch, ich könne versichert sein, daß Herr Sasonow über den fraglichen Punkt genau so denke wie er, und daß es ihm nicht möglich sein würde, bei dem Minister die Aufnahme der betreffenden Klausel in den Text des Abkommens durchzusetzen. Mein Eindruck ist der, daß man es hier lieber auf die Eventualität eines Abbruchs der Verhandlungen ankommen lassen würde, als in diesem Punkte nachzugeben. Ob die Klausel für uns die Bedeutung hat, daß ohne dieselbe das Abkommen für uns keinen Wert mehr besitzen würde, darf ich Euerer Exzellenz geneigten Erwägung anheimstellen. Vom hiesigen Standpunkt aus kann ich aber nicht umhin, pflichtgemäß darauf hinzuweisen, daß das schließliche Scheitern unserer Verhandlungen von unseren Gegnern mit lautem Jubel begrüßt werden würde.

Zu den russischerseits infolge unserer letzten Gegenvorschläge zugestandenen, beziehungsweise neuangeregten Abänderungen gestatte ich mir, noch nachstehendes erläuternd zu bemerken.

Wenn es in dem neuen Entwurf des Herrn Neratow im Eingang des Artikels II heißt: le Gouvernement russe pp. s'engage à demander, entre autre, une concession pp. (statt s'engage à procéder à la construction), so bemerkte hierzu der Ministergehilfe, bei dem früheren Wortlaut sei ein lapsus unterlaufen, denn Rußland könne sich zunächst nur verpflichten, die Konzession zum Bau der Linie bei der persischen Regierung einzuholen. Rußland übernehme im übrigen in demselben Artikel die Verpflichtung, spätestens zwei Jahre nach Beendigung der Zweiglinie Sadijé—Chanikin den Bau der Linie Teheran—Chanikin zu beginnen.

Auf unseren Wunsch, einen Termin für die Fertigstellung der Linie Teheran—Chanikin festzusetzen, geht Herr Neratow ein und nennt auch Teheran ausdrücklich als Ausgangspunkt der Bahn. Der Ministergehilfe verlangt aber eine Bauzeit von vier Jahren, da, wie er bemerkte, mit Rücksicht auf das sehr schwierige Terrain eine Fertigstellung der Bahn in kürzerer Zeit nicht möglich erscheine.

Auch gegenüber unserem Wunsch, bei der endgiltigen Festsetzung der Trace gehört zu werden, zeigt der neue Entwurf Entgegenkommen. Herr Neratow ist übrigens auch noch bereit, die Worte „en tant que possible" hinter den Worten „en prenant en considération" zu streichen, und würde auch keine Bedenken haben, den Ausdruck „en prenant en considération les desiderata" durch die Wendung „en tenant compte des desiderata" zu ersetzen, falls Euere Exzellenz auf diese Nuance, der er keine große Bedeutung beimißt, Wert legen sollten.

Bei dem von Herrn Neratow neuerdings angeregten Schlußsatz „si au bout de deux années" etc. habe ich einen Zusatz vorgeschlagen, welcher unzweifelhaft feststellt, daß Deutschland im Falle des Verzichts von seiten Rußlands das Recht haben soll, die Bahn selbst zu bauen, damit

nicht etwa gegen die Erwerbung der Konzession durch uns Einwendungen auf Grund des Artikels I erhoben werden können. Herr Neratow ist damit einverstanden und schlägt vor, daß am Schluß des betreffenden Artikels etwa gesagt wird: „Le Gouvernement Allemand sera libre dans ce cas de rechercher de son côté cette concession."

Was den Ausdruck „chemin de fer de Bagdad" in Artikel III betrifft, so will der Vertreter des Ministers die endgültige Zustimmung des Herrn Sasonow dafür einholen, daß dieser Ausdruck statt des in dem vorigen russischen Entwurf gebrauchten Ausdruckes „dudit chemin de fer" (scil. chemin de fer Konia—Bagdad) gewählt werde*. Der Gerent des Ministeriums bemerkte ferner, er wünsche die Worte: à condition, bien entendu etc. in nicht zu engem Sinne aufgefaßt zu sehen. Zum Beispiel könne er sich durch diese Worte nicht bezüglich seiner Stellungnahme in der Frage der surtaxe douanière als gebunden ansehen. Herr Neratow erläuterte diese Bemerkung noch dahin, daß Rußland sich das Recht vorbehalten müsse, seine Zustimmung zur surtaxe douanière, eventuell unabhängig von der Frage der Bagdadbahn, nach Maßgabe allgemeiner politischer Gesichtspunkte zu erteilen. Rußland werde aber, falls es der surtaxe zustimme, jedenfalls keine Einwendungen dagegen erheben, daß die Einkünfte der surtaxe eventuell für den Bau der Bagdadbahn Verwendung finden.

Hinsichtlich des Schlußsatzes des Artikels III drückte der Ministergehilfe den Wunsch aus, wir möchten in einer „Note secrète" erklären, daß wir nicht die Absicht hätten, abgesehen von den bekannten in der Bagdadkonvention bereits bewilligten oder vorbehaltenen Zweiglinien, zwischen der Bagdadbahn und der russisch-persischen Grenze Bahnen zu bauen oder den Bau solcher Bahnen zu fördern. Ich sagte darauf dem Ministergehilfen, daß ich zwar ermächtigt sei, ihm mündlich eine solche Erklärung zu geben, aber nicht wüßte, ob Euere Exzellenz geneigt sein würden, dieselbe in die schriftliche Form zu kleiden. Herr Neratow bemerkte, daß

---

* Inzwischen hatte man russischerseits die Bedenken, die in London und Paris gegen die generelle Fassung „Bagdadbahn" in Artikel III erhoben worden waren, zu zerstreuen vermocht. So hatte Iswolsky am 16. März dem französischen Außenminister Cruppi auseinandergesetzt, daß das russische Versprechen, sich der Beteiligung fremden Kapitals am Bagdadunternehmen nicht zu widersetzen, nicht nur die Stellung Englands und Frankreichs nicht schwäche, sondern im Gegenteil nur den Vorwand zu den ständigen Klagen der englischen und französischen Finanzkreise über Rußland aus der Welt räume. Iswolsky an Neratow, 16. März 1911, v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 398 f. Ebenso suchte man russischerseits die generelle Fassung des Artikel III, die auch auf eine eventuelle Beteiligung Rußlands an dem Endabschnitt der Bagdadbahn abzielte, mit einer direkten Wahrnehmung englischer und französischer Interessen mundgerecht zu machen. Am 22. März fragte Iswolsky bei dem stellvertretenden russischen Außenminister an, ob er wohl auf der wenn auch nur fiktiven russischen Beteiligung an der Golfstrecke mit dem Argument bestehen könne, daß Rußland auf diese Weise der Tripelentente das Übergewicht sichern würde: eine Anfrage, die sofort bejaht wurde. Daselbst S. 399 f.; Der diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve I, 52.

er auf diese Form, durch welche auch unsere Nachfolger gebunden würden, großen Wert lege.

Aus dem letzten Absatz des Artikels IV schlägt Herr Neratow vor, einen besonderen Artikel V zu machen. Bei den Worten „indépendamment de la manière dont la construction de ladite ligne sera effectuée" schwebt ihm, wie er mir sagte, der Fall vor, daß die Linie Teheran—Chanikin nach dem Verzicht Rußlands auf die betreffende Konzession von einer deutschen oder einer anderen fremden Finanzgruppe gebaut wird.

Herr Neratow sagte mir schließlich, er glaube, daß er, falls wir seinen neuen Entwurf in der vorliegenden Form oder mit nur unwesentlichen Abänderungen annehmen sollten, vom Zaren zur Unterzeichnung des Abkommens ermächtigt werden würde. Sollten wir indessen noch größere Abänderungen vorschlagen, so würde er genötigt sein, zunächst mit Herrn Sasonow in Verbindung zu treten.

F. Pourtalès

Anlage

Projet de Convention

Préambule

Les Gouvernements Russe et Allemand, partant du principe de l'égalité de traitement pour le commerce de toutes les nations en Perse;

considérant, d'une part, que la Russie possède dans ce pays des intérêts spéciaux d'ordre politique, stratégique et économique, et que, d'autre part, l'Allemagne n'y poursuit que des buts commerciaux;

se sont mis d'accord sur les points suivants:

Article I

Le Gouvernement Impérial d'Allemagne déclare qu'il n'a pas l'intention de rechercher pour lui-même ou d'appuyer en faveur de ressortissants allemands ou de sujets étrangers, — au nord d'une ligne partant de Kasri-Chirin, passant par Isfahan, Jezd et Khakh et aboutissant à la frontière afghane à la latitude de Ghazik, — de concessions de chemin de fer, de routes, de navigation et de télégraphes.

Article II

De son côté, le Gouvernement Russe, ayant en vue d'obtenir du Gouvernement Persan une concession pour la création d'un réseau de voies ferrées dans le nord de la Perse s'engage à demander, entre autres, une concession pour la construction d'une voie qui doit partir de Téhéran et aboutir à Hanékin pour raccorder sur la frontière turco-persane ledit réseau à la ligne Sadijé-Hanékin, dès que cette embranchement du chemin de fer Konia—Bagdad aura été achevé. Une fois cette concession obtenue, les travaux de construction de ladite ligne devront être commencés

dans deux ans au plus tard après l'achèvement de l'embranchement Sadijé—Hanékin et terminés dans le courant de quatre années. Le Gouvernement Russe se réserve de fixer en son temps le tracé définitif de la ligne en question, tout en prenant en considération, en tant que possible, les desiderata du Gouvernement Allemand à ce sujet. Les deux Gouvernements faciliteront le trafic international sur la ligne Hanékin—Téhéran ainsi que sur celle de Hanékin à Bagdad en évitant toute mesures qui pourraient l'entraver, telles que l'établissement de droits de transit ou l'application d'un traitement différentiel. Si au bout de deux années à partir du moment où l'embranchement Sadijé—Hanékin du chemin de fer Konia—Bagdad aura été achevé, il n'est pas procédé à la construction de la ligne Hanékin—Téhéran, le Gouvernement Russe avisera le Gouvernement Allemand qu'il renonce à la concession se rapportant à cette dernière ligne.

Article III

Reconnaissant l'importance générale qu'aurait pour le commerce international la réalisation du chemin de fer de Bagdad, le Gouvernement Russe s'engage à ne pas prendre de mesures visant à en entraver la construction ou à empêcher la participation de capitaux étrangers à cette entreprise, à condition, bien entendu, que cela n'entraîne pour la Russie aucun sacrifice de nature pécuniaire ou économique. En ce qui concerne la construction d'autres lignes pouvant servir de raccordement de la ligne de Bagdad aux frontières russe et persane au nord de Hanékin, le Gouvernement Allemand s'engage, en revanche, à ne prendre aucune décision à ce sujet sans un accord préalable entre les deux Gouvernements.

Article IV

Le Gouvernement Russe se réserve le droit de confier l'exécution du projet de la ligne de chemin de fer reliant son réseau en Perse à la ligne Sadijé—Hanékin à un groupe financier étranger à son choix, au lieu de la faire construire lui-même.

Article V

Indépendamment de la manière dont la construction de ladite ligne sera effectuée, la Russie se réserve le droit à toute participation aux travaux qu'elle pourrait désirer, ainsi qu'à tout les privilèges de tarifs et d'autre nature que le constructeur se réservera pour lui-même. Si plus tard le Gouvernement Russe désirerait entrer en possession du chemin de fer en question, il aura le droit de le faire au prix des frais réels effectués par le constructeur.

Dans tous les cas les autres stipulations du présent arrangement resteront en vigueur.

Nr. 10219

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Petersburg Grafen von Pourtalès

Eigenhändiges Konzept

Nr. 574

Berlin, den 27. Juli 1911
[abgegangen am 28. Juli]

Euerer Exzellenz beehre ich mich in der Anlage den Text eines Entwurfs zu dem Notenaustausch betreffend Persien und die Bagdadbahn zu übersenden*.

Der diesseitige Entwurf trägt den russischen Wünschen Rechnung; wir halten uns daher zu der Hoffnung berechtigt, daß er russischerseits keine Beanstandung mehr finden wird, und Euere Exzellenz wollen im Falle der Annahme unseres Textes von russischer Seite sofort den vorgesehenen Notenaustausch vornehmen. Über die Aufnahme, die unser heutiger Vorschlag findet, bitte ich telegraphisch zu berichten.

Es liegt hier noch ein weiteres Exemplar unseres Entwurfes bei, dem der von Euerer Exzellenz eingereichte russische Entwurf beiliegt, und in dem unsere letzten Änderungsvorschläge rot eingezeichnet sind**.

Im einzelnen bemerke ich noch zu unserm Entwurf ergebenst das Folgende:

Auf die für das Préambule von uns vorgeschlagenen Worte „s'étant mutuellement engagés à respecter l'intégrité et l'indépendance de la Perse" haben wir verzichtet. Die für die Weglassung dieser Worte von Herrn Neratow angeführten Gründe haben uns nicht überzeugen können. Am wenigsten schien uns die Behauptung gerechtfertigt, daß dadurch persische Empfindlichkeiten wachgerufen werden könnten. Wir haben auf die Worte lediglich verzichtet, um der russischen Regierung unser Entgegenkommen zu beweisen. Ob und inwieweit Sie dies Herrn Neratow gegenüber verwerten wollen, stelle ich ganz in Ihr Ermessen.

Im Préambule haben wir die Worte „d'ordre politique, stratégique et économique" gestrichen. Sie wollen Herrn Neratow sagen, daß die Anerkennung der russischen „intérêts spéciaux" wohl genügen dürfte. Das Wort „stratégique" dürfte die persische Empfindlichkeit, die er ja selbst schonen will, unangenehm berühren. Sie erscheinen gerade in einem Abkommen mit uns überflüssig; denn wir werden sicher keine strategischen Interessen in Persien geltend machen.

Bezüglich des Schlußsatzes des Artikels III, wonach wir uns verpflichten sollen, außer den schon bekannten und bewilligten Zweiglinien keine Abzweigungen der Bagdadbahn nach der persischen Grenze zu bauen respektive zu fördern, wollen Sie Herrn Neratow sagen, daß wir in dieser

* Siehe Anlage.
** Hier nicht abgedruckt.

Beziehung materiell seinen Wünschen voll entgegenkommen wollen*. Doch hätten wir dieselben Bedenken, dies in einer Note secrète auszusprechen, die Rußland seinerzeit gegen eine Festlegung unserer allgemeinen Abmachung in geheimen Noten geltend gemacht habe. Dagegen seien Euere Exzellenz ermächtigt, ihm die gewünschte Zusicherung mündlich im Namen Seiner Majestät des Kaisers und Königs und der Kaiserlichen Regierung ebenso abzugeben, wie einst Herr Sasonow dies uns gegenüber getan habe.

Damit wird sein Einwand beseitigt, daß unsere Zusage durch Personenwechsel beeinflußt werden könnte.

Den letzten Absatz des russischen Entwurfs, der mit den Worten „Indépendamment de la manière" beginnt, und den Herr Neratow als Artikel V beifügen möchte, schlagen wir vor wegzulassen.

Das Recht, das Rußland sich in diesem Artikel vorbehält, steht ihm unseres Erachtens eo ipso zu. Sobald die russische Regierung den Bahnbau irgendwelchem Privatunternehmer, welcher Nationalität er auch sei, überträgt, so ist sie unbehindert, die in Artikel V vorgesehenen Bedingungen dem betreffenden Unternehmer aufzuerlegen und sie sich vertraglich zu sichern.

Kiderlen

Anlage

Projet de Convention

Préambule

Les Gouvernements Russe et Allemand, partant du principe de l'égalité de traitement pour le commerce de toutes les nations en Perse;

considérant, d'une part, que la Russie possède dans ce pays des intérêts spéciaux et que, d'autre part, l'Allemagne n'y poursuit que des buts commerciaux;

se sont mis d'accord sur les points suivants:

Article I

Le Gouvernement Impérial d'Allemagne déclare qu'il n'a pas l'intention de rechercher pour lui-même ou d'appuyer en faveur de ressortis-

* Das große Entgegenkommen, das deutscherseits den Russen durch Wegfall des Passus über die Integrität Persiens bewiesen wurde, findet seine Erklärung in der gespannten politischen Lage — eben damals trat die Agadirkrise (vgl. dazu Bd. XXIX) in ihr kritischstes Stadium. Auch drängte — wohl aus gleichem Grunde — der auf der Nordlandreise befindliche Kaiser fortgesetzt auf den Abschluß der Verhandlungen mit Rußland. Schon am 18. Juli hieß es in einem Privatbrief des Gesandten von Treutler an Kiderlen: „Ich möchte noch hinzufügen, daß Seine Majestät sehr oft gesprächsweise bedauernd erwähnt, daß die Potsdamer Abmachungen noch nicht unter Dach gebracht sind." Ebenso in einem Telegramm vom 19. Juli: „Die bisher nur von Wolff gemeldeten Vorgänge in Persien erregen bei Seiner Majestät großes Interesse und erneuerten das öfter ausgedrückte Bedauern, daß Potsdamer Abmachungen noch ohne feste Gestalt geblieben sind."

sants allemands ou de sujets étrangers, — au nord d'une ligne partant de Kasri-Chirin, passant par Isfahan, Jezd et Khakh et aboutissant à la frontière afghane à la latitude de Ghazik, — de concessions de chemins de fer, de routes, de navigation et de télégraphes.

Article II

De son côté, le Gouvernement Russe, ayant en vue d'obtenir du Gouvernement Persan une concession pour la création d'un réseau de voies ferrées dans le nord de la Perse s'engage à demander, entre autres, une concession pour la construction d'une voie qui doit partir de Téhéran et aboutir à Hanékin pour raccorder sur la frontière turco-persane ledit réseau à la ligne Sadijé—Hanékin, dès que cet embranchement du chemin de fer Konia—Bagdad aura été achevé. Une fois cette concession obtenue, les travaux de construction de ladite ligne devront être commencés dans deux ans au plus tard après l'achèvement de l'embranchement Sadijé — Hanékin et terminés dans le courant de quatre années. Le Gouvernement Russe se réserve de fixer en son temps le tracé définitif de la ligne en question, tout en tenant compte des desiderata du Gouvernement Allemand à ce sujet. Les deux Gouvernements faciliteront le trafic international sur la ligne Hanékin—Téhéran ainsi que sur celle de Hanékin à Bagdad en évitant toutes mesures qui pourraient l'entraver, telles que l'établissement de droits de transit ou l'application d'un traitement différentiel. Si au bout de deux années à partir du moment où l'embranchement Sadijé—Hanékin du chemin de fer Konia—Bagdad aura été achevé, il n'est pas procédé à la construction de la ligne Hanékin—Téhéran, le Gouvernement Russe avisera le Gouvernement Allemand qu'il renonce à la concession se rapportant à cette dernière ligne. Le Gouvernement Allemand sera libre dans ce cas de rechercher de son côté cette concession.

Article III

Reconnaissant l'importance générale qu'aurait pour le commerce international la réalisation du chemin de fer de Bagdad, le Gouvernement Russe s'engage à ne pas prendre de mesures visant à en entraver la construction ou à empêcher la participation de capitaux étrangers à cette entreprise, à condition, bien entendu, que cela n'entraîne pour la Russie aucun sacrifice de nature pécuniaire ou économique.

Article IV

Le Gouvernement Russe se réserve le droit de confier l'exécution du projet de la ligne de chemin de fer reliant son réseau en Perse à la ligne Sadijé—Hanékin à un groupe financier étranger à son choix, au lieu de la faire construire lui-même.

Nr. 10220

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 138 St. Petersburg, den 31. Juli 1911

Antwort auf Erlaß Nr. 574*.

Neuer Entwurf fand bei Herrn Neratow im allgemeinen günstige Aufnahme. Gegen Streichung im Préambule sowie gegen Abänderung in Artikel II und Schlußsatz zu diesem Artikel kein Bedenken. Artikel V möchte Ministergehilfe beibehalten, da er Wert darauf legt, durch denselben Gewißheit zu erlangen, daß, falls Konzession etwa durch andere Staaten erworben oder fremden Finanzgruppen zediert würde oder der im Schlußsatz Artikels II vorgesehene Fall eintritt, deutscherseits gegen eventuellen späteren Kauf der Bahn durch Rußland um den Preis der vom Erbauer aufgewendeten Kosten keine Einwendungen erhoben werden würden. Auf die Frage, ob Euere Exzellenz mit Beibehaltung des Artikels V einverstanden, bittet Herr Neratow gern um möglichst baldige Antwort**. Streichung Schlußsatzes des Artikels III und Ersetzung durch mündliche Erklärung erschien Herrn Neratow auf ersten Blick annehmbare Lösung. Er erklärte aber, derselben nicht ohne vorherigen Vortrag beim Zaren definitiv zustimmen zu können. Seine Majestät kehrt Ende dieser Woche aus den Schären zurück. Vortrag des Herrn Neratow findet Dienstag 8. August statt. Vor Mittwoch 9. August wird er mir daher keine Antwort erteilen können.

Pourtalès

Nr. 10221

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 153 St. Petersburg, den 15. August 1911

Immediatbericht beim Zaren betreffend persisches Abkommen wahrscheinlich heute oder morgen. Herr Neratow glaubt, daß Unterzeichnung eventuell noch in dieser Woche erfolgen kann. Er bat mich noch gestern abend spät, wir möchten uns damit einverstanden erklären, daß in Artikel V auch Recht Rußlands, sich an Arbeiten der fraglichen Bahnlinie zu beteiligen, zum Ausdruck komme. Da wir uns zu diesem Zugeständnis schon früher bereit erklärt haben (cfr. Erlaß Nr. 5 vom 2. Januar d. Js.)***, habe ich vorbehaltlich Euerer Exzellenz nachträglicher

* Siehe Nr. 10219.
** Sie erfolgte in zustimmendem Sinne am 1. August.
*** Siehe Nr. 10196.

Zustimmung der Kürze der Zeit wegen Einverständnis ausgesprochen. Artikel V würde dementsprechend lauten: Indépendamment de la manière dont la construction de la ligne en question sera effectuée le Gouvernement Russe se réserve le droit à toute participation aux travaux qu'il pourrait désirer ainsi qu'à celui d'entrer en possession etc.

Falls Euere Exzellenz einverstanden, stelle anheim, den von mir gestern mit Bericht Nr. 212 eingereichten endgültig festgestellten Text, den ich mit Herrn von Klemm kollationiert habe, in Artikel V entsprechend zu ergänzen.

Pourtalès

Nr. 10222

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 155 St. Petersburg, den 17. August 1911

Zar hat persisches Abkommen genehmigt. Unterzeichnung wird voraussichtlich Sonnabend 19. d. Mts. 5 Uhr nachmittags stattfinden. Herr Neratow schlägt vor, daß Veröffentlichung alsdann gleichzeitig Sonntag früh erfolgt.

Pourtalès

Nr. 10223

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 159 St. Petersburg, den 19. August 1911

Habe soeben mit Herrn Neratow Abkommen unterzeichnet. In dem unterzeichneten Text beginnt Artikel IV mit den Worten: Le Gouvernement Russe se réserve le droit de confier etc., statt mit den Worten: Le Gouvernement Russe pourra confier etc.

Ich wurde auf diesen Unterschied kurz vor Unterzeichnung aufmerksam gemacht, wobei bemerkt wurde, daß derselbe auf bedauerlichem, erst im letzten Augenblick entdecktem Versehen des Kopisten beruhe. Da Unterschied unwesentlich ist und am Sinne nichts ändert, habe ich, um neue Verzögerung zu vermeiden, Abkommen in dieser Form unterzeichnet.

Publikation erfolgt morgen früh*.

Pourtalès

* Tatsächlich erfolgte die Publikation des Abkommens vom 19. August gleichzeitig am 20. in Petersburg und Berlin, hier in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung." Siehe den Text auch in Schultheß' Europäischem Geschichtskalender, Jg. 1911, S. 498f.

Nr. 10224

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 160 St. Petersburg, den 19. August 1911

Nach Unterzeichnung persischen Abkommens sagte mir Herr Neratow, „Rossija" werde morgen Artikel mit einer „Besprechung" des Abkommens bringen, in welchem zugleich ausgeführt werden würde, das Abkommen sei der Ausfluß des gelegentlich der Potsdamer Entrevue zwischen Rußland und Deutschland zum Ausdruck gelangten freundlichen Einvernehmens und werde gewiß im Sinne des allgemeinen Friedens günstig wirken. Ministergehilfe fügte hinzu: ich hoffe dies wird nur der erste Schritt sein, und wir werden auch noch zu weiteren „Arrangements" gelangen[1].

Pourtalès

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Hoffentlich!

Nr. 10225

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 223 St. Petersburg, den 25. August 1911

Bei den Erörterungen der hiesigen, sowie der französischen und englischen Presse über unser Abkommen mit Rußland habe ich verschiedene Anspielungen gefunden, welche deutlich auf hier begangene halbe und ganze Indiskretionen hinweisen*. Ich habe es daher für angezeigt gehalten, in einer Unterredung, die ich gestern mit Herrn Neratow hatte, diese Indiskretionen in freundschaftlicher aber ernster Weise zur Sprache zu bringen und die dringende Bitte auszusprechen, daß den Anspielungen auf Einzelheiten unserer glücklich zu Ende geführten Verhandlungen, die nicht für die Öffentlichkeit bestimmt waren, ein Ende gemacht werde.

Ich erinnerte daran, daß wir seinerzeit übereingekommen wären, nach außen hin über diejenigen Punkte, über welche in Potsdam gegenseitige Zusicherungen gegeben worden seien, nicht mehr zu sagen, als was Euere Exzellenz in den bekannten, vorher von Herrn Sasonow gutgeheiße-

---

* Der „Matin" hatte das Abkommen vom 19. August schon am 16. August veröffentlichen können. Er war dazu von niemand anders als Iswolsky instand gesetzt worden, vgl. den Brief Iswolskys an Sasonow vom 17. August 1911. Un Livre Noir I, 128; Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Friedrich Stieve I, 132 f.

nen Reichstagserklärungen ausgesprochen hätten. Es sei nun deutlich zu bemerken, daß gewisse Zeitungen, unter denen ich die „Nowoje Wremja", die „Times", den „Matin" und den „Temps" hervorhob, den Versuch machen, den Anschein zu erwecken, als seien außer dem persischen Abkommen in Potsdam Vereinbarungen getroffen worden, welche ihre Spitze gegen die Türkei richteten*. Was würde man hier dazu sagen, bemerkte ich, wenn in deutschen Zeitungen, von denen bekannt ist, daß sie mit dem Berliner Auswärtigen Amt in Beziehungen stehen, Andeutungen gemacht würden in dem Sinne, daß mündliche Vereinbarungen zwischen uns getroffen worden seien, deren Spitze sich gegen England richte. Wenn aber die Anspielungen der obengenannten Blätter nicht aufhören, so würde man uns nicht übelnehmen können, wenn dieselben in der deutschen Presse in einer Weise ergänzt würden, die der russischen Regierung aus Gründen, denen wir, wie Herr Neratow wisse, gerne Rechnung getragen hätten, wahrscheinlich wenig angenehm sein würden.

Die halben Indiskretionen der obengenannten Blätter, so fuhr ich fort, seien um so befremdlicher, als diese Blätter sich offen und anscheinend nicht ohne Berechtigung sehr intimer Beziehungen mit eingeweihten russischen Kreisen rühmten. Wie wäre es sonst möglich, daß der „Matin" das Siegel, mit dem ich das Abkommen gesiegelt hätte, zu beschreiben in der Lage gewesen wäre? Diese Ungezogenheit des St. Petersburger „Matin"-Korrespondenten würde ich gar nicht erwähnt haben, wenn in demselben Artikel nicht stände, Deutschland hätte versucht zu erreichen, daß in dem Préambule zu dem Abkommen nur von speziellen Interessen Rußlands in Nordpersien statt in Persien gesprochen werde, und Rußland habe dieses Ansinnen abgelehnt. Diese Bemerkung liefere den deutlichen Beweis, daß der erwähnte Korrespondent von sehr gut informierter Seite Kenntnis einzelner Phasen unserer vertraulichen Verhandlungen erhalten habe. Der erwähnte Korrespondent des „Matin" sei aber, wie hier jeder wisse, niemand anders als der bekannte Korrespondent der „Times", Mr. Wilton, dessen Beziehungen mit dem Redakteur Jegorow der „Nowoje Wremja" hier für niemanden ein Geheimnis seien. Herr Neratow könne sich nun nicht wundern, wenn aus den erwähnten handgreiflichen Indiskretionen der Schluß gezogen würde, daß auch andere Andeutungen, wie zum Beispiel die, daß wir auf die Türkei bezügliche Zusicherungen erteilt hätten, aus derselben Quelle geflossen seien. Ich versicherte dem Ministergehilfen, ich sei auf das festeste davon überzeugt, daß die frag-

* Tatsächlich zeigte man sich in Konstantinopel über das Abkommen vom 19. August einigermaßen erregt. Großwesir Hakki Pascha erklärte am 28. August, daß die Pforte sich durch einige Bestimmungen des Abkommens verletzt fühle, insbesondere durch Artikel II und V. Telegramm des Geschäftsträgers von Miquel Nr. 197 vom 28. August. Entgegenkommende deutsche Erklärungen, an denen sich zu beteiligen indessen Rußland ablehnte, vermochten die türkischen Bedenken zu beschwichtigen. In einem Telegramm Miquels vom 10. September (Nr. 212) heißt es darüber: „Hakki Pascha wiederholte, daß materiell gar nichts gegen das Abkommen einzuwenden sei, und daß er sich persönlich wegen der formellen Seite nicht mehr beunruhigt fühle."

lichen Indiskretionen ohne sein Wissen und gegen seinen Willen erfolgt seien, ich hätte aber nicht umhin gekonnt, seine Aufmerksamkeit auf dieselben zu lenken, da es der Wille unserer beiden Souveräne sei, daß nach der Potsdamer Aussprache die Beziehungen zwischen beiden Kabinetten auf die Basis vollen gegenseitigen Vertrauens gestellt würden und ich die Befürchtung nicht unterdrücken könnte, daß Indiskretionen der erwähnten Art nur zu geeignet wären, dieses Vertrauen zu erschüttern.

Herr Neratow hörte mich ruhig an und versuchte gewisse, von mir erwähnte Andeutungen der hiesigen und ausländischen Presse als haltlose Zeitungskombinationen hinzustellen. Er konnte aber nicht umhin zuzugeben, daß die Mitteilungen des „Matin" auf Indiskretionen zurückzuführen seien, und versprach, Nachforschungen anzustellen, um womöglich den Urheber zu ermitteln. Der Ministergehilfe erklärte ferner, er stimme vollkommen mit mir darin überein, daß es am besten sei, wenn über die beiderseits gegebenen mündlichen Zusicherungen nach außen hin nichts gesagt werde, und versprach, soweit es in seiner Macht stehe, dahin zu wirken, daß keine Andeutungen mehr über Vereinbarungen, die bezüglich der Türkei getroffen worden seien, veröffentlicht würden.

Die Unterhaltung, im Laufe welcher Herr Neratow Gelegenheit nahm, sich als aufrichtiger und überzeugter Anhänger eines guten und vertrauensvollen Verhältnisses zwischen Deutschland und Rußland zu bekennen, schloß von beiden Seiten in dem freundschaftlichen Ton, den ich ihr vom Beginn an zu geben bestrebt gewesen war.

F. Pourtalès